



# Monatsbericht Juni 2022

74. Jahrgang  
Nr. 6

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Tel.: 069 9566-33512  
E-Mail: [www.bundesbank.de/kontakt](http://www.bundesbank.de/kontakt)

Internet: [www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de)

Publizistische Verwertung nur mit Quellen-  
angabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)  
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:  
17. Juni 2022, 11:00 Uhr.

Ein Veröffentlichungskalender für ausgewählte  
Statistiken kann unter der nebenstehenden Inter-  
netadresse abgerufen werden. Die entsprechen-  
den Daten werden ebenfalls im Internet publi-  
ziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag  
der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main,  
und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über  
die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird  
an Interessenten kostenlos abgegeben.



## **■ Inhalt**

<b>■ Kurzberichte .....</b>	<b>5</b>
Konjunkturlage .....	5
Öffentliche Finanzen .....	8
Wertpapiermärkte.....	9
Zahlungsbilanz .....	11
<b>■ Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024 ..</b>	<b>15</b>
<i>Rahmenbedingungen für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen .....</i>	<i>19</i>
<i>Wofür verwenden die privaten Haushalte die während der Coronavirus-Pandemie zusätzlich gebildeten Ersparnisse? .....</i>	<i>25</i>
<i>Mögliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft in einem adversen Risikoszenario .....</i>	<i>37</i>
<b>■ Rentenversicherung: Langfristszenarien und Reformoptionen .....</b>	<b>49</b>
<b>■ Zur kalten Progression im Einkommensteuertarif.....</b>	<b>65</b>
<i>Progression aufgrund Preisentwicklung auch bei anderen Steuerarten .....</i>	<i>67</i>
<i>Progressionseffekte allgemeiner Lohnzuwächse .....</i>	<i>72</i>
<b>■ Öffentliche Finanzen im Euroraum: aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen .....</b>	<b>77</b>
<i>Fehlende Angaben zu Defiziten und Schulden der EU-Ebene verzerren die Fiskalanalyse.....</i>	<i>79</i>
<b>■ Unternehmensbefragungen der Deutschen Bundesbank – Anwendungen zur Bewertung der finanziellen Lage im Unternehmenssektor.....</b>	<b>85</b>
<i>Die Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Lage von Unternehmen .....</i>	<i>96</i>

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken .....	20*
Mindestreserven .....	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt .....	50*
Finanzierungsrechnung .....	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58*
Konjunkturlage in Deutschland .....	66*
Außenwirtschaft .....	75*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank .....	85*

## Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## ■ Kurzberichte

### ■ Konjunkturlage

#### Grundtendenzen

*Deutsche Wirtschaft dürfte im Frühjahr 2022 leicht zulegen*

Im Frühjahr 2022 dürfte die deutsche Wirtschaft leicht zulegen.<sup>1)</sup> Die Unternehmen waren im Mittel von April und Mai laut Umfragen des ifo Instituts deutlich zufriedener mit ihrer Geschäftslage als noch im Wintervierteljahr. Dafür sorgten maßgeblich die Aufwärtskräfte nach dem weitgehenden Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen, die die zuvor gebeutelten Dienstleister – wie etwa das Gastgewerbe – anschoßen. Der Einzelhandel startete hingegen schlecht ins laufende Quartal. Hier machten sich zum einen wieder verschärfte Lieferengpässe, insbesondere infolge der Schließung von Häfen in China, bemerkbar.<sup>2)</sup> Zum anderen hielten sich die Verbraucherinnen und Verbraucher bei ihren Anschaffungen zurück. Denn die hohe Teuerung belastete ihre Kaufkraft und – im Verbund mit der Unsicherheit bezüglich des Fortgangs des Ukrainekriegs – ihre Kauflaune. Dies zeigt sich auch in dem stark eingetrübten Konsumklima, das vom Marktforschungsinstitut GfK erhoben wird. Im Produzierenden Gewerbe waren Materialengpässe und stark steigende Kosten weiterhin ein Problem. Im Bau klagten zudem im Mai erneut mehr Unternehmen über Schwierigkeiten, genügend Arbeitskräfte einstellen zu können. Die Industrie konnte im April zwar einen kleinen Teil der im März erlittenen Produktionseinbußen wieder aufholen. Zudem lassen günstige Kfz-Stückzahlen des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) für Mai hoffen, dass sich manche Verwerfungen aufgrund des Ukrainekriegs bereits wieder weitgehend aufgelöst haben. Dennoch ist insgesamt nicht damit zu rechnen, dass von der Industrie ein nennenswerter Wachstumsbeitrag ausgeht. Der Auftragseingang ist rückläufig, und die kurzfristigen Produktionspläne gemäß ifo Institut sind schwach.

### Industrie

Die Industrieproduktion konnte sich im April ein wenig erholen. Sie erhöhte sich nach dem erheblichen Rückgang im März gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um + ¼ %.<sup>3)</sup> Gegenüber dem Durchschnitt des ersten Quartals liegt die Produktion aber dennoch deutlich zurück (– 2¼ %). Während die Erzeugung von Konsumgütern zum Vorquartal nur leicht zurückging, wurden spürbar weniger Vorleistungsgüter und erheblich weniger Investitionsgüter hergestellt. Im Investitionsgüterbereich schlägt sich die Unsicherheit in Zeiten wirtschaftlicher und geopolitischer Spannungen in besonderem Maße nieder. Vor allem waren hier der Maschinenbau und die Kfz-Branche betroffen. Gemäß Angaben des VDA – hier liegen Angaben schon für den Mai vor – stieg die Zahl gefertigter Personenkraftwagen zuletzt aber kräftig. Bei den Konsumgütern ging insbesondere die Produktion von pharmazeutischen Erzeugnissen zurück. Bei den Vorleistungsgütern brach die Herstellung im Bereich Glas und Glaswaren, Keramik und Verarbeitung von Steinen ein. Gerade in diesen Branchen ist der Energieeinsatz hoch, sodass die infolge des Ukrainekriegs stark gestiegenen Energiepreise die Produktion hier besonders belasteten. Insgesamt lag die Industrieproduktion weiterhin erheblich unter dem Vorpandemiestand aus dem vierten Quartal 2019 (– 6¼ %).

*Industrieproduktion im April geringfügig gestiegen*

Der industrielle Auftragseingang ging im April 2022 deutlich zurück. Im Vormonatsvergleich

1 Zu den weiteren gesamtwirtschaftlichen Perspektiven vgl. S. 15 ff. in diesem Monatsbericht. Aufgrund des späteren Abschlusstermins dieses Kurzberichts stehen hier für die Einschätzung der gegenwärtigen Lage aktuellere Informationen zur Verfügung als bei Abschluss der Projektion und des zugehörigen Berichts.

2 Nachdem im April nach einer Sonderbefragung des ifo Instituts noch zwei Drittel der Einzelhändler von Lieferproblemen berichteten, waren es im Mai schon etwas mehr als 80 %. Vgl.: ifo Institut (2022).

3 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.

## Zur Wirtschaftslage in Deutschland <sup>\*)</sup>

saison- und kalenderbereinigt

Zeit	Auftragseingang (Volumen); 2015 = 100			
	Industrie			Bauhaupt- gewerbe
	insgesamt	davon:		
Inland		Ausland		
2021 3. Vj.	114,5	106,3	120,7	126,9
4. Vj.	109,2	105,3	112,3	128,6
2022 1. Vj.	112,0	103,4	118,6	127,7
Febr.	113,1	104,1	119,9	122,3
März	108,4	102,4	113,0	134,6
April	105,5	101,5	108,5	...
Produktion; 2015 = 100				
Zeit	Industrie			Bau- gewerbe
	insgesamt	darunter:		
		Vorlei- stungs- güter- produ- zenten	Investi- tions- güter- produ- zenten	
2021 3. Vj.	93,2	101,2	84,2	114,0
4. Vj.	94,6	101,1	87,2	114,0
2022 1. Vj.	95,2	101,8	86,3	118,1
Febr.	96,6	103,2	87,4	117,6
März	92,7	99,6	82,3	117,5
April	93,0	100,0	83,0	115,0
Außenhandel; Mrd €				nachr.: Leis- tungs- bilanz- saldo; Mrd €
Zeit	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	
2021 3. Vj.	341,04	296,86	44,17	64,15
4. Vj.	357,18	326,42	30,68	59,22
2022 1. Vj.	363,09	343,49	19,67	45,53
Febr.	124,77	115,39	9,38	21,88
März	120,98	119,13	1,85	5,97
April	126,43	123,37	3,06	8,98
Arbeitsmarkt				
Zeit	Erwerbs- tätige	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Arbeits- lose	Arbeits- losen- quote in %
	Anzahl in 1 000			
2021 3. Vj.	45 004	748	2 537	5,5
4. Vj.	45 167	798	2 425	5,3
2022 1. Vj.	45 385	848	2 324	5,1
März.	45 464	855	2 302	5,0
April	45 519	866	2 289	5,0
Mai	...	876	2 285	5,0
Preise; 2015 = 100				
Zeit	Einfuhr- preise	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Bau- preise <sup>2)</sup>	Harmo- nisierte Ver- braucher- preise
2021 3. Vj.	112,5	115,9	129,4	109,7
4. Vj.	120,8	125,7	132,2	111,1
2022 1. Vj.	130,4	136,2	138,1	114,2
März.	135,6	141,1	.	116,2
April	137,9	145,0	.	116,7
Mai	...	...	.	118,0

\* Erläuterungen siehe: Statistischer Teil, XI, und Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. <sup>1</sup> Ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen. <sup>2</sup> Nicht saison- und kalenderbereinigt.

Deutsche Bundesbank

sank er saisonbereinigt um 2¾ %. Es war der dritte Rückgang in Folge. Somit fiel das Niveau des Auftragseingangs im April auch relativ weit unter das Mittel des Winterquartals (- 5¾ %). Zu dem kräftigen Rückgang trugen unter anderem fehlende Großaufträge bei. Aber auch um diese bereinigt reduzierte sich der Orderzufluss gegenüber dem Vorquartal deutlich (- 3 %). Nach Regionen aufgeschlüsselt ging vor allem der Auftragseingang aus dem Ausland stark zurück (- 8½ %), aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums sogar außerordentlich stark (- 11¼ %). Nach Sektoren aufgegliedert sank der Auftragseingang bei Investitionsgütern ganz erheblich (- 9¼ %). Spiegelbildlich zum Rückgang der Produktion von Investitionsgütern drückt sich dabei die Zurückhaltung bei Investitionen auf der Nachfrageseite aus. Bei Vorleistungsgütern ging der Auftragseingang dagegen nur leicht zurück (- 1¾ %). Konsumgüter wurden im April sogar etwas mehr bestellt als im Mittel des Winterquartals (+ 1 %). Zu den besonders stark von Auftragsrückgängen betroffenen Branchen zählte die Automobilindustrie. Andere Branchen wie der Maschinenbau und die Hersteller von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen erhielten dagegen im April etwas mehr Aufträge als noch im ersten Vierteljahr.

*Industrieller Auf-  
tragseingang im  
April den dritten  
Monat in Folge  
gesunken*

Die Industrie konnte ihre Umsätze im April 2022 gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt spürbar steigern (+ 2½ %). Auch preisbereinigt bleibt trotz der gegenwärtig hohen Teuerung ein geringer Zuwachs (+ ¼ %). Gegenüber dem Mittel des ersten Quartals erhöhten sich die nominalen Umsätze jedoch nur wenig (+ ¼ %). Für das leichte Plus zeichneten die Inlandsumsätze sowie die Umsätze in den Euro-Ländern verantwortlich. Die Umsätze in Drittstaaten außerhalb des Euroraums sanken dagegen deutlich. Nach Sektoren aufgegliedert erhöhten sich die Umsätze mit Vorleistungs- und Konsumgütern kräftig. Bei den Investitionsgütern sanken sie dagegen in vergleichbarem Ausmaß. Insbesondere bei den Autobauern und deren Zulieferern sowie dem sonstigen Fahrzeugbau fielen die Umsätze im April deutlich unter das

*Hohe Teuerung  
lässt Industrie-  
umsätze und  
Umsätze im  
Außenhandel  
im April kräftig  
steigen*

Mittel des Winterquartals. Im Außenhandel mit Waren insgesamt stiegen die Umsatzerlöse im April kräftig gegenüber dem Vormonat, saisonbereinigt um 4½ %. Auch im Vergleich zum Mittel des Winterquartals war das Umsatzplus ähnlich hoch. Preisbereinigt blieb davon aber nur wenig übrig (+ ¾ %). Die wertmäßigen Ausfuhren in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums waren etwas weniger kräftig als diejenigen in den Euroraum (3 % und 6¾ %). Die Exporte nach China waren, wohl wegen der dort verschärften Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, sogar deutlich rückläufig. Im Russlandgeschäft wurden zuletzt nur noch 0,8 Mrd € umgesetzt, im Februar waren es hier noch 2,3 Mrd € gewesen. Für die Einfuhr von Waren lagen die Ausgaben auch aufgrund der hohen Teuerung erheblich über dem Vormonat (saisonbereinigt um rund 3½ %). Gegenüber dem Mittel des Winterquartals stiegen die Ausgaben sogar um 7¾ % (preisbereinigt +2 %). Der Großteil dieser Mehrausgaben verteilte sich dabei auf Drittländer außerhalb des Euroraums (+9½ %). Nach Russland flossen im April nur noch 3,7 Mrd €, nachdem die Einfuhren im März auf ein Rekordhoch von 4,4 Mrd € geklettert waren.

## Baugewerbe

*Bauproduktion im April merklich zurückgegangen*

Die Produktion im Baugewerbe verringerte sich im April 2022 merklich. Gegenüber dem Vormonat sank sie saisonbereinigt um etwas mehr als 2 % und gegenüber dem ersten Quartal – welches auch durch eine milde Witterung begünstigt worden war – um etwas mehr als 2½ %. Besonders kräftig fiel der Rückgang im Bauhauptgewerbe aus. Das Ausbaugewerbe konnte dagegen sogar leicht zulegen. Hier wurden die Produktionszahlen für den März allerdings merklich nach unten revidiert. Die Auftragslage im Bauhauptgewerbe ist insgesamt aber weiterhin als gut zu beurteilen. Zwar gingen die Auftragseingänge im ersten Quartal – bis dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem Jahresschlussquartal 2021 leicht zurück. Gemäß Umfragen des ifo Instituts blieb die

Reichweite des Auftragsbestandes im Mai aber nahe ihres Rekordhochs vom Februar. Ähnlich verhält es sich bei der Geräteauslastung. Dagegen belastet die Angebotsseite die Produktion im Baugewerbe derzeit wohl stark. Im April und Mai klagten nochmal deutlich mehr Unternehmen über einen Mangel an Arbeitskräften und über Materialknappheit als im Mittel der Wintermonate.

## Arbeitsmarkt

Im April verlangsamte sich der im Winter noch kräftige Beschäftigungsanstieg etwas. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt gleichwohl immer noch deutlich um 55 000 Personen. Inzwischen sind mehr Menschen erwerbstätig als vor Ausbruch der Pandemie. In vielen Wirtschaftsbereichen wird es für Arbeitgeber zunehmend schwieriger, geeignetes Personal zu finden. Insbesondere im Produzierenden Gewerbe dürften auch Lieferengpässe und die hohe Unsicherheit aufgrund des Ukrainekriegs dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung wirken. Gemäß der ersten Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bereits im März weniger schwungvoll. Dagegen konnte konjunkturelle Kurzarbeit im März häufig beendet werden. Insbesondere wegfallende coronabedingte Einschränkungen eröffneten Tätigkeitsfelder in vielen Dienstleistungsbereichen. Neuanmeldungen zur Kurzarbeit gingen im April und Mai nur noch in moderatem Umfang ein. Die anhaltend hohe Einstellungsbereitschaft der Unternehmen deutet auf eine weitere Stellenzunahme in den kommenden Monaten hin.

*Beschäftigung steigt etwas langsamer als zuvor*

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im Mai kaum noch, nachdem sich die positive Entwicklung zuvor verlangsamt hatte. Saisonbereinigt betrug der Rückgang gegenüber April nur noch 4 000 Personen. Die Arbeitslosenquote verblieb damit auf ihrem niedrigen Vorpandemiestand von 5,0 %. Dabei entlastet die aktive Arbeitsmarktpolitik die Arbeitslosenzahlen – abge-

*Arbeitslosigkeit kaum noch gesunken*

sehen von der Kurzarbeit – derzeit in geringem Umfang als vor der Pandemie. Das IAB-Barometer Arbeitslosigkeit sank im Mai deutlich, blieb aber im positiven Bereich, der eine weiter sinkende Arbeitslosigkeit anzeigt.

## Preise

*Erneuter Anstieg der Rohölpreise bei gleichzeitigem Rückgang der Erdgaspreise*

Die internationalen Rohstoffpreise für Energie entwickelten sich im Mai 2022 uneinheitlich. Rohöl verteuerte sich infolge des europäischen Ölembargos gegen Russland und gelockerter Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen in China wieder, nachdem der durch den russischen Einmarsch in die Ukraine ausgelöste Anstieg vom März im April zum Teil wieder korrigiert worden war. Zuletzt kostete ein Fass der Sorte Brent 122 US-\$. Der Preis lag damit um rund 15 % über den Werten zu Beginn des Monats Mai. Die Erdgaspreise gaben im Mai weiter nach, nachdem sie sich unmittelbar nach der Invasion Russlands in die Ukraine sprunghaft um das Dreifache verteuert hatten. Zuletzt stieg der europäische Erdgaspreis (TTF) jedoch wieder stark an und belief sich auf rund 130 € pro Megawattstunde.

*Anhaltender Preisdruck auf den vorgelagerten Produktionsstufen*

Der bereits Ende des abgelaufenen Jahres einsetzende Preisauftrieb auf den vorgelagerten Produktionsstufen verstärkte sich aufgrund des Krieges noch weiter. Einfuhren verteuerten sich im April im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 30 %, womit historische Höchststände aus den 1970er Jahren nur knapp unterschritten wurden. Haupttreiber waren weiterhin Energie und Vorleistungsgüter. Ein ähnliches Bild ergab sich auf der Erzeugerstufe. Hier verteuerten sich inländische Erzeugnisse im April um fast 35 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei war zuletzt ein zunehmender Preisauftrieb bei denjenigen Konsumgütern ohne Nahrungsmittel festzustellen, die einen besonders engen Zusammenhang mit den im Verbraucherpreisindex erfassten Industrieerzeugnissen ohne Energie aufweisen.

Die deutschen Verbraucherpreise stiegen gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreis-

index (HVPI) im Mai im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 %. Damit wurde erneut ein historischer Höchststand erreicht. Gemessen am nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) wurden sogar die hohen Raten der 1970er Jahre überschritten.<sup>4)</sup> Im Vergleich zum Vormonat stiegen die Verbraucherpreise saisonbereinigt um 1,1 %, und damit wieder etwas stärker als im April. Mit Ausnahme der Dienstleistungen trugen alle Hauptkomponenten – auch die Industriegüter – zum verstärkten Preisauftrieb bei. In den nächsten Monaten dürfte die Inflationsrate aufgrund des starken Preisdrucks auf den vorgelagerten Produktionsstufen, trotz der ab Juni entlastenden Maßnahmen in Form des Tankrabatts und des Neun-Euro-Tickets, deutlich erhöht bleiben.

*Inflationsrate erreichte im Mai abermals neuen historischen Höchststand*

## ■ Öffentliche Finanzen<sup>5)</sup>

### Soziale Pflegeversicherung

Die soziale Pflegeversicherung verbuchte im ersten Quartal 2022 im operativen Bereich ein deutliches Defizit von 2 Mrd €. <sup>6)</sup> Gegenüber dem Vorjahr erhöhte es sich um ½ Mrd €, obwohl die pandemiebedingten Sonderausgaben sanken. Grund für das höhere Defizit ist im Wesentlichen die jüngste Pflegereform, die zu Jahresbeginn in Kraft trat.<sup>7)</sup>

*Trotz rückläufiger Corona-Lasten gestiegenes Defizit: deutliche Lasten aus Pflegereform*

Die Einnahmen wuchsen kräftig um 7 %. Die Pflegeversicherung erhält seit Jahresbeginn einen regulären Bundeszuschuss von jährlich 1 Mrd € (¼ Mrd € im Quartal). Zudem stieg zu

<sup>4</sup> Die VPI-Rate lag im Mai bei 7,9 %. Derartige Werte wurden zuletzt in den 1950er Jahren erreicht.

<sup>5</sup> In den Kurzberichten werden aktuelle Ergebnisse der öffentlichen Finanzen erläutert. In den Vierteljahresberichten (Februar, Mai, August, November) wird die Entwicklung der Staatsfinanzen im jeweils vorangegangenen Quartal ausführlich dargestellt. Detaillierte Angaben zur Haushaltsentwicklung und zur Verschuldung finden sich im Statistischen Teil dieses Berichts.

<sup>6</sup> Hier und im Folgenden ist die Entwicklung ohne den Vorgesonderten Fonds beschrieben. Dieser erhält seit 2015 Zuweisungen des operativen Zweiges, die den Einnahmen von 0,1 Prozentpunkten des Beitragssatzes entsprechen. Das so gebildete Vermögen soll im nächsten Jahrzehnt wieder abgeschmolzen werden, um den erwarteten Beitragssatzanstieg zu dämpfen.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2021), S. 10.



*Neuer Bundeszuschuss und höherer Beitragssatz für Kinderlose stärken Einnahmen*

Jahresbeginn der Beitragssatz für Kinderlose um 0,1 Prozentpunkte auf 3,4%. Ohne diese beiden Faktoren wuchsen die Einnahmen um 4%, getragen von deutlich gestiegenen Beiträgen der Beschäftigten.

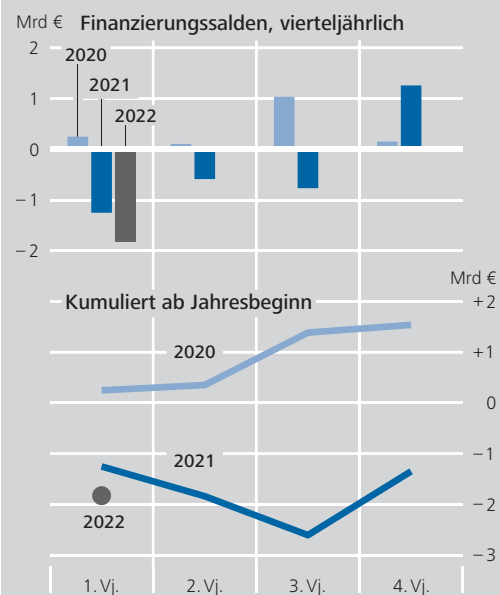
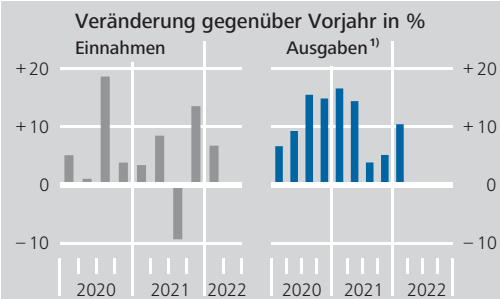
*Leistungsausweitungen ließen Ausgaben stark steigen*

Die Ausgaben wuchsen um 10½% und damit deutlich stärker als die Einnahmen. Ursächlich für den hohen Zuwachs war, dass die Aufwendungen für stationäre Pflege außerordentlich stark zunahmen (+ 25%). Dies lag vor allem an der Pflegereform. Die Pflegeversicherung beteiligt sich nun mit zunehmender Verweildauer im Pflegeheim stärker an den Pflegekosten:<sup>8)</sup> Der nach den regulären Sätzen der Pflegeversicherung verbleibende Eigenanteil der Pflegebedürftigen sinkt bis auf 30% nach einer dreijährigen Verweildauer. Eingeplant waren dafür Mehrausgaben von 2½ Mrd €. Insgesamt zeichnen sich nach dem ersten Quartal spürbar höhere Mehrausgaben ab. Dass die coronabedingten Sonderzahlungen an Pflegeeinrichtungen und für Corona-Tests<sup>9)</sup> zurückgingen, bremste den Ausgabenanstieg hingegen. Diese Sonderzahlungen sanken um 10% auf 1½ Mrd €.

*2022: Defizit könnte steigen und Beitragssatz schon bald weiter angehoben werden müssen*

Alles in allem könnte das Defizit im laufenden Jahr damit höher ausfallen als im Vorjahr. Die Einnahmen dürften deutlich wachsen, auch wenn der Ukrainekrieg einen Unsicherheitsfaktor darstellt. Ausgabenseitig laufen die coronabedingten Sonderausgaben planmäßig zur Jahresmitte aus. Derzeit ist nicht vorgesehen, sie zu verlängern. In den Schlussberatungen zum Bundeshaushalt 2022 wurde zwar noch ein Sonderzuschuss des Bundes von gut 1 Mrd € aufgenommen. Dieser deckt aber schon die bisherigen Sonderausgaben nicht ganz. Der neue regelmäßige Bundeszuschuss und die Einnahmen aus der Anhebung des Beitragssatzes für Kinderlose (+ 0,1 Prozentpunkte) gleichen die Lasten aus der Pflegereform nur teilweise aus. Die frei verfügbaren Rücklagen könnten damit soweit aufgebraucht sein, dass der Beitragssatz bereits 2023 weiter angehoben werden muss.

## Finanzen der sozialen Pflegeversicherung<sup>1)</sup>



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. \* Vorläufige Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. <sup>1</sup> Einschl. der Zuführungen an den Pflegevorsorgefonds.

Deutsche Bundesbank

## Wertpapiermärkte

### Rentenmarkt

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt lag im April mit 129,0 Mrd € deut-

<sup>8</sup> Die Begrenzung des Eigenanteils gilt nicht bezüglich der Entgelte für Unterkunft, Verpflegung und Investitionen.

<sup>9</sup> Die Pflegeversicherung erstattete ambulanten und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen pandemiebedingte Testkosten (½ Mrd €). Die Einrichtungen erhielten zusätzlich einen finanziellen Ausgleich für pandemiebezogene Mehrausgaben. Außerdem bekamen sie einen Ausgleich für Mindereinnahmen bei coronabedingtem Wegfall von Pflegeleistungen, weil etwa keine neuen Pflegefälle aufgenommen wurden.

## Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen

Mrd €

Position	2021	2022	
	April	März	April
<b>Absatz</b>			
Inländische Schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	12,1	43,1	- 2,1
darunter:			
Bankschuldverschreibungen	- 2,7	22,8	- 3,0
Anleihen der öffentlichen Hand	8,8	12,4	0,2
Ausländische Schuldverschreibungen <sup>2)</sup>	5,1	19,4	- 16,3
<b>Erwerb</b>			
Inländer	25,6	46,1	- 3,7
Kreditinstitute <sup>3)</sup>	- 17,6	6,8	- 16,9
Deutsche Bundesbank			
Übrige Sektoren <sup>4)</sup>	24,1	10,7	13,1
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	4,0	13,4	9,0
Ausländer <sup>2)</sup>	- 8,4	16,4	- 14,7
<b>Absatz bzw. Erwerb insgesamt</b>	<b>17,2</b>	<b>62,5</b>	<b>- 18,4</b>

1 Nettoabsatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Transaktionswerte. 3 Buchwerte, statistisch bereinigt. 4 Als Rest errechnet.

Deutsche Bundesbank

*Umlauf deutscher Schuldverschreibungen im April 2022 im Ergebnis gesunken*

lich unter dem Niveau des Vormonats (167,3 Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und bei Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten reduzierte sich im Ergebnis der Umlauf heimischer Rentenwerte um 2,1 Mrd €. Zugleich wurden im Umfang von 16,3 Mrd € auch ausländische Schuldtitel am deutschen Markt getilgt. Insgesamt sank der Umlauf von Schuldverschreibungen in Deutschland im April damit um 18,4 Mrd €.

*Kreditinstitute tilgen per saldo Schuldverschreibungen*

Heimische Kreditinstitute tilgten im Berichtsmontat Schuldverschreibungen für per saldo 3,0 Mrd €, nachdem sie im März derartige Titel für 22,8 Mrd € begeben hatten. Vor allem Spezialkreditinstitute reduzierten dabei ihre Kapitalmarktverschuldung, und zwar um 4,4 Mrd €. Auch öffentliche Pfandbriefe wurden in geringem Umfang getilgt (0,3 Mrd €). Begeben wurden dagegen per saldo Hypothekenspfandbriefe (1,3 Mrd €) und flexibel gestaltbare Sonstige Bankschuldverschreibungen (0,4 Mrd €).

Inländische Unternehmen begaben im April Schuldverschreibungen für netto 0,7 Mrd €, nach 8,0 Mrd € im Vormonat. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Sonstige Finanzinstitute erhöhten im Ergebnis ihre Kapitalmarktverschuldung um 0,4 Mrd € beziehungsweise 0,3 Mrd €.

*Geringe Nettoemissionen von Unternehmen*

Die öffentliche Hand emittierte im April Anleihen für netto 0,2 Mrd €, nach 12,4 Mrd € im Vormonat. Im Ergebnis weitete ausschließlich der Bund seine Kapitalmarktverschuldung aus, und zwar um 2,7 Mrd €. Er begab vor allem zehn- und 30-jährige Anleihen (6,5 Mrd € bzw. 6,1 Mrd €) sowie zweijährige Schatzanweisungen (5,6 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen fünfjähriger Obligationen von 15,9 Mrd € gegenüber. Die Länder und Gemeinden tilgten Schuldverschreibungen für per saldo 2,5 Mrd €.

*Geringe Nettoemissionen der öffentlichen Hand*

Als Erwerber trat im Berichtsmontat im Ergebnis vorrangig die Bundesbank auf. Nachdem im März die Netto-Anleihekäufe unter dem Pandemie-Notfallankaufprogramm planmäßig ausgelaufen waren, nahm sie im April per saldo vor allem im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten des Eurosystems Rentenwerte auf ihre Bilanz (13,1 Mrd €). Inländische Nichtbanken vergrößerten ihre Rentenportfolios im Ergebnis nur geringfügig (0,1 Mrd €). Heimische Kreditinstitute und ausländische Investoren verkleinerten hingegen netto ihre Rentenportfolios um 16,9 Mrd € beziehungsweise 14,7 Mrd €.

*Erwerb von Schuldverschreibungen*

## Aktienmarkt

Am deutschen Aktienmarkt nahmen inländische Gesellschaften im April im Ergebnis kaum neue Mittel auf (0,2 Mrd €, nach 0,4 Mrd € im März). Auch der Umlauf an ausländischen Dividendenwerten am deutschen Markt stieg in geringerem Umfang als im Vormonat (3,1 Mrd €, nach 9,1 Mrd € im März). Erworben wurden Aktien im Ergebnis vor allem durch inländische Nichtbanken (6,0 Mrd €), während inländische Kreditinstitute per saldo nur geringfügig Dividen-

*Geringe Nettoemissionen deutscher Aktien*

dentitel in ihre Aktienportfolios aufnahmen (0,5 Mrd €). Gebietsfremde Investoren verringerten per saldo ihre Portfolios deutscher Aktien um 3,2 Mrd €.

## Investmentfonds

Mittelzuflüsse bei Investmentfonds

Inländische Investmentfonds verzeichneten im Berichtsmonat Mittelzuflüsse von 9,3 Mrd €, nach 6,5 Mrd € im März. Von den neuen Mitteln profitierten im Ergebnis vor allem Spezialfonds (6,9 Mrd €), welche institutionellen Anlegern vorbehalten sind. Unter den Anlageklassen brachten insbesondere Gemischte Wertpapierfonds (4,6 Mrd €) neue Anteile unter. Auch Aktienfonds (2,8 Mrd €) und Offene Immobilienfonds (1,9 Mrd €) verzeichneten Zuflüsse. Der Umlauf der am deutschen Markt vertriebenen Anteilscheine ausländischer Fonds stieg im April um 2,2 Mrd €, nachdem er im März gesunken war (1,2 Mrd €). Auf der Erwerberseite traten vor allem inländische Nichtbanken auf (10,9 Mrd €). Ausländische Investoren und inländische Kreditinstitute erwarben Anteilscheine von Investmentfonds per saldo nur in geringem Umfang (0,5 Mrd € bzw. 0,2 Mrd €).

## Zahlungsbilanz

Leistungsbilanzüberschuss sehr kräftig gesunken ...

Die deutsche Leistungsbilanz verzeichnete im April 2022 einen Überschuss von 7,4 Mrd €. Das Ergebnis lag um 11,3 Mrd € unter dem Niveau des Vormonats. Ausschlaggebend dafür war ein verminderter Aktivsaldo im Warenhandel. Hinzu kam ein etwas geringerer Überschuss im Bereich der „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen, die neben Dienstleistungen auch Primär- und Sekundäreinkommen umfassen.

... wegen rückläufigem Aktivsaldo im Warenhandel

Im Warenhandel gab der positive Saldo im Berichtsmonat gegenüber März 2022 um 10,8 Mrd € auf 2,0 Mrd € nach, da die Einnahmen stärker sanken als die Ausgaben.

Bei den „unsichtbaren“ Leistungstransaktionen ging der Überschuss im April 2022 um 0,5

## Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2021	2022	
	Apr.	März	Apr. <sup>P)</sup>
<b>I. Leistungsbilanz</b>	+ 23,0	+ 18,8	+ 7,4
1. Warenhandel	+ 15,9	+ 12,8	+ 2,0
Einnahmen	110,5	136,7	118,8
Ausgaben	94,6	123,9	116,7
nachrichtlich:			
Außenhandel <sup>1)</sup>	+ 15,3	+ 9,7	+ 1,3
Ausfuhr	111,9	137,4	122,2
Einfuhr	96,6	127,7	120,9
2. Dienstleistungen	+ 3,1	- 2,5	- 0,7
Einnahmen	25,2	29,5	28,6
Ausgaben	22,1	32,0	29,3
3. Primäreinkommen	+ 7,8	+ 13,4	+ 10,7
Einnahmen	18,5	20,5	19,9
Ausgaben	10,7	7,1	9,3
4. Sekundäreinkommen	- 3,7	- 4,9	- 4,6
<b>II. Vermögensänderungsbilanz</b>	- 0,7	- 0,5	- 1,2
<b>III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)</b>	+ 35,4	+ 9,3	- 2,1
1. Direktinvestition	+ 6,5	- 3,8	+ 13,6
Inländische Anlagen im Ausland	+ 18,2	+ 0,9	+ 30,1
Ausländische Anlagen im Inland	+ 11,6	+ 4,7	+ 16,5
2. Wertpapieranlagen	+ 25,7	+ 16,9	+ 7,4
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 16,2	+ 26,0	- 10,5
Aktien <sup>2)</sup>	+ 2,0	+ 7,9	+ 3,6
Investmentfondsanteile <sup>3)</sup>	+ 9,1	- 1,2	+ 2,2
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,5
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 4,7	+ 17,4	- 16,8
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 9,4	+ 9,1	- 17,9
Aktien <sup>2)</sup>	- 2,6	- 4,7	- 3,7
Investmentfondsanteile	+ 1,5	- 2,6	+ 0,5
Kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	- 3,1	+ 11,2	- 7,1
Langfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	- 5,3	+ 5,2	- 7,5
3. Finanzderivate <sup>6)</sup>	+ 4,9	- 6,9	+ 3,8
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	- 1,5	+ 2,5	- 27,1
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>	+ 10,3	- 1,3	- 9,1
darunter: kurzfristig	- 4,4	- 16,7	- 4,1
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	+ 3,3	+ 21,6	- 0,0
Staat	- 0,5	- 4,3	- 1,7
Bundesbank	- 14,5	- 13,5	- 16,2
5. Währungsreserven	- 0,3	+ 0,7	+ 0,1
<b>IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen<sup>10)</sup></b>	+ 13,1	- 9,0	- 8,3

<sup>1</sup> Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). <sup>2</sup> Einschl. Genusscheine. <sup>3</sup> Einschl. reinvestierter Erträge. <sup>4</sup> Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. <sup>5</sup> Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. <sup>6</sup> Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. <sup>7</sup> Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. <sup>8</sup> Ohne Bundesbank. <sup>9</sup> Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbzweck. <sup>10</sup> Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

*Verminderung der Nettoeinkünfte bei Primäreinkommen beinahe durch Gegenbewegungen in Dienstleistungsbilanz und bei Sekundäreinkommen aufgewogen*

Mrd € auf 5,4 Mrd € zurück. Die Nettoeinkünfte bei den Primäreinkommen gaben um 2,7 Mrd € auf 10,7 Mrd € nach, vor allem wegen höherer Dividendenzahlungen an Gebietsfremde für Wertpapierengagements. Demgegenüber verkleinerte sich das Defizit in der Dienstleistungsbilanz um 1,9 Mrd € auf 0,7 Mrd €. Die Ausgaben verminderten sich stärker als die Einnahmen; dazu trugen gesunkene Aufwendungen für Transportleistungen und sonstige unternehmensbezogene Dienste wesentlich bei. Zudem ging der Passivsaldo bei den Sekundäreinkommen leicht um 0,3 Mrd € auf 4,6 Mrd € zurück.

*Netto-Kapitalexporte im Wertpapierverkehr*

Im April 2022 standen die Finanzmärkte weiterhin unter dem Eindruck des russischen Einmarschs in die Ukraine und steigender Inflationsraten. Der grenzüberschreitende Wertpapierverkehr Deutschlands verzeichnete Netto-Kapitalexporte von 7,4 Mrd € (nach 16,9 Mrd € im März). Ausländische Anleger gaben im Ergebnis inländische Wertpapiere für 17,9 Mrd € ab. Dabei trennten sie sich von Anleihen (7,5 Mrd €), und zwar insbesondere von Titeln öffentlicher Emittenten, sowie von Geldmarktpapieren (7,1 Mrd €). Darüber hinaus veräußerten sie im Inland begebene Aktien (3,7 Mrd €). Investmentzertifikate nahmen sie für 0,5 Mrd € zusätzlich in ihre Portfolios auf. Inländische Anleger gaben per saldo ausländische Wertpapiere für 10,5 Mrd € ab. Sie trennten sich für 16,8 Mrd € von ausländischen Anleihen. Hingegen erwarben sie ausländische Aktien (3,6 Mrd €), Investmentzertifikate (2,2 Mrd €) und Geldmarktpapiere (0,5 Mrd €).

*Finanzderivate*

Die Transaktionen mit Finanzderivaten schlossen im April mit Mittelabflüssen (3,8 Mrd €).

*Bei den Direktinvestitionen Netto-Kapitalexporte*

Im Bereich der Direktinvestitionen ergaben sich im April Netto-Kapitalexporte von 13,6 Mrd € (März: Netto-Kapitalimporte von 3,8 Mrd €). In-

ländische Gesellschaften führten verbundenen Unternehmen im Ausland insgesamt 30,1 Mrd € an Direktinvestitionsmitteln zu. Sie stockten das Beteiligungskapital um 9,5 Mrd € auf und vergaben per saldo zusätzliche Kredite über insgesamt 20,5 Mrd €. Dabei wurden die Mittel fast ausschließlich über Finanzkredite bereitgestellt. In umgekehrter Richtung weiteten Unternehmen aus dem Ausland ihre Direktinvestitionen in Deutschland um 16,5 Mrd € aus. Sie erhöhten ihr Beteiligungskapital um 1,1 Mrd €. Außerdem vergaben sie zusätzliche Kredite von 15,3 Mrd € an verbundene Unternehmen in Deutschland.

Im übrigen statistisch erfassten Kapitalverkehr, der Finanz- und Handelskredite (soweit diese nicht zu den Direktinvestitionen zählen), Bankguthaben und sonstige Anlagen umfasst, ergaben sich im April per saldo Netto-Kapitalimporte von 27,1 Mrd € (nach Netto-Kapitalexporten von 2,5 Mrd € im März). Während sich bei Unternehmen und Privatpersonen die grenzüberschreitenden Transaktionen ausglich, verzeichneten alle übrigen volkswirtschaftlichen Sektoren Netto-Kapitalimporte. So sanken die Netto-Auslandsforderungen der Bundesbank um 16,2 Mrd €. Ihre TARGET2-Forderungen gingen dabei um 34,6 Mrd € zurück. Zugleich sanken auch die Auslandsverbindlichkeiten der Bundesbank deutlich, da Ansässige außerhalb des Euroraums ihre Einlagen bei der Bundesbank verringerten. Die Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) wiesen Netto-Kapitalimporte von 9,1 Mrd € aus, und auch der Staat verzeichnete im übrigen Kapitalverkehr einen Anstieg seiner Netto-Auslandsverbindlichkeiten (1,7 Mrd €).

*Netto-Kapitalimporte im übrigen Kapitalverkehr*

Die Währungsreserven der Bundesbank stiegen im April – zu Transaktionswerten gerechnet – um 0,1 Mrd €.

*Währungsreserven*

## ■ Literaturverzeichnis

Ifo Institut (2022), Lieferprobleme im Einzelhandel verschärft, Pressemitteilung vom 1. Juni 2022, <https://www.ifo.de/node/69833>.



## Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024

*Die deutsche Wirtschaft trotz dem Gegenwind von Ukrainekrieg, hoher Teuerung und Lieferengpässen. Die Erholung verläuft wegen dieser Faktoren gleichwohl deutlich gedämpfter als in der Dezember-Projektion angenommen. In dem Basisszenario der Projektion wird unterstellt, dass sich der Konflikt mit Russland nicht weiter verschärft. In einem adversen Risikoszenario, welches einen Abbruch russischer Energielieferungen enthält, käme es hingegen zu einem markanten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität.*

*Auf die deutsche Wirtschaft wirken gegensätzliche Kräfte. Da die Pandemie-Schutzvorkehrungen weitgehend entfallen sind, erhalten die Dienstleister und der private Konsum einen kräftigen Schub. Dagegen befeuern die im Gefolge des Ukrainekriegs stark gestiegenen Energiepreise die ohnehin hohe Teuerung. Diese schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Verstärkte Lieferengpässe bremsen die Produktion, und die Exporte leiden zudem unter einer schwächeren Nachfrage. Die Aufwärtskräfte gewinnen ab der zweiten Jahreshälfte 2022 stärker die Oberhand. Die Energierohstoffpreise sinken etwas, die Lieferengpässe lassen graduell nach, die Auslandsnachfrage legt wieder zu, und der private Konsum wird durch einen teilweisen Abbau der während der Coronavirus-Pandemie aufgelaufenen Ersparnisse gestützt. Zusätzliche staatliche Verteidigungsausgaben sorgen durchgängig für Impulse.*

*Unter diesen Bedingungen wächst die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 um etwa 2 %, im Jahr 2023 um rund 2½ % und im Jahr 2024 um knapp 2 %. Damit erreicht sie 2024 ihr Produktionspotenzial. Der Arbeitsmarkt bleibt aufwärtsgerichtet. Die Löhne legen kräftig zu, die hohe Teuerung wird zunächst aber nur teilweise ausgeglichen.*

*Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate wird im laufenden Jahr mit etwa 7 % sogar noch etwas höher ausfallen als Anfang der 1980er Jahre. Dies liegt vor allem an dem rasanten Anstieg der Preise für Energie- und Nahrungsmittelrohstoffe. Aber auch die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) könnte mit etwa 3½ % weit überdurchschnittlich ausfallen. Neben stark verteuerten Rohstoffen wirken hier vor allem Lieferengpässe preistreibend. Diese Effekte lassen im Projektionszeitraum nach. Zugleich bleibt aber der Druck vonseiten der Arbeitskosten hoch, und der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft sorgt für weitere Kosten. Im Ergebnis nimmt die Teuerung zwar merklich ab. Die Gesamt- und die Kernrate bleiben jedoch auch 2024 mit rund 2½ % noch erhöht. Verglichen mit der Vorausschätzung vom Dezember 2021 wurde die Inflationsrate für alle Jahre im Projektionszeitraum aufwärtsrevidiert.*

*Die gesamtstaatliche Defizit- und die Schuldenquote gehen im Projektionszeitraum spürbar zurück. Ausschlaggebend sind auslaufende coronabedingte Budgetbelastungen. Diese überwiegen defizit-erhöhende finanzpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit den hohen Energiekosten, dem Ukrainekrieg und dem Klimawandel.*

*Die Risiken für die Wirtschaftsaktivität sind abwärtsgerichtet – vor allem wegen der Unwägbarkeiten in Bezug auf den Ukrainekrieg. Hinsichtlich der Inflation dominieren die Aufwärtsrisiken. Nach Abschluss der Projektion ist ein Teil dieser Risiken bereits eingetreten. Aufgrund der überraschend hohen Inflationsdynamik im Mai könnte die HVPI-Rate im Jahresdurchschnitt 2022 aus heutiger Sicht bei 7¾ % liegen.*



*Deutsche Wirtschaft zeigte sich im vergangenen Winterhalbjahr überraschend robust*

## Konjunktureller Ausblick<sup>1)</sup>

Die deutsche Wirtschaft schrumpfte im vergangenen Winterhalbjahr geringfügig. Damit zeigte sie sich robuster als in der Dezember-Projektion erwartet.<sup>2)</sup> Dies gilt umso mehr, als mit der überraschend hohen Teuerung und dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine neue Belastungsfaktoren hinzukamen. Die genauen Auswirkungen der Omikron-Welle des Coronavirus waren noch kaum abschätzbar, insbesondere da über die Eigenschaften dieser Variante zum damaligen Projektionsabschluss Anfang Dezember wenig Informationen vorlagen.<sup>3)</sup> Insgesamt dürfte die Pandemie das Wirtschaftsgeschehen wohl etwas weniger gedämpft haben als damals angenommen. Überraschend gut lief es zudem in der Industrie, die vor Ausbruch des Krieges ihre Produktion kräftig ausweiten konnte. Dabei profitierte sie von zunächst nachlassenden Einschränkungen durch Lieferengpässe bei Vorprodukten. Auch die Bauwirtschaft konnte stärker als erwartet zulegen. Sie erhielt in den Wintermonaten einen kräftigen Schub durch die milde Witterung.

Gegenwärtig befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Spannungsfeld gegensätzlich wirkender Kräfte. Von den weitgehend entfallenen Schutzvorkehrungen gegen die Pandemie gehen starke Aufwärtskräfte aus. Sie kommen

insbesondere den zuvor noch eingeschränkten Dienstleistern zugute und verleihen den damit verbundenen Konsumausgaben einen kräftigen Schub. Dem wirken mehrere Faktoren entgegen: Die im Gefolge des Ukrainekriegs stark gestiegenen Energiepreise befeuern die ohnehin hohe Teuerung und belasten sowohl die Produktion energieintensiver Unternehmen als auch die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die Lieferengpässe verstärkten sich bereits wieder aufgrund der Kriegsauswirkungen und wohl auch wegen des Pandemiegeschehens in China. Dies dürfte unter anderem auf die Exporte ausstrahlen, die zudem durch die Sanktionen gegen Russland und eine schwächere Auslandsnachfrage belastet werden. Schließlich ist ungewiss, wie sich der Konflikt fortsetzt und welche Auswirkungen er in Zukunft auf die Lebensumstände der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Rahmenbedingungen der Wirtschaft haben wird. Diese Unsicherheit dämpft die Konsum- und Investitionsneigung. Dagegen stützen zusätzliche staatliche Maßnahmen die Nachfrage.

Alles in allem dürften die Aufwärtskräfte im Frühjahr leicht überwiegen, und die Wirtschaftsleistung könnte leicht ansteigen. Darauf deuten die jüngsten Umfrageergebnisse des ifo Instituts hin, wonach die Unternehmen insgesamt im Mittel von April und Mai merklich zufriedener mit ihren laufenden Geschäften waren als im

*Auftrieb nach Wegfall der Pandemie-Schutzmaßnahmen und Gegenwind von den Kriegsauswirkungen, der hohen Teuerung und verschärften Lieferengpässen*

*Im Frühjahr dürfte Wirtschaftsleistung nur leicht ansteigen, ...*

### Projektion vom Juni 2022

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2021	2022	2023	2024
Reales BIP, kalenderbereinigt	2,9	1,9	2,4	1,8
Reales BIP, unbereinigt	2,9	1,8	2,2	1,8
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	3,2	7,1	4,5	2,6
ohne Energie und Nahrungsmittel	2,2	3,6	3,2	2,4

Quelle: Statistisches Bundesamt. Jahreswerte für 2022 bis 2024 eigene Projektionen.

Deutsche Bundesbank

<sup>1</sup> Die hier vorgestellten Vorausschätzungen für Deutschland wurden am 24. Mai 2022 abgeschlossen. Sie gingen in die am 9. Juni 2022 von der EZB veröffentlichte Projektion für den Euroraum ein. Da die neuen Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für das erste Vierteljahr 2022 erst am 25. Mai 2022 veröffentlicht wurden, liegt den Projektionen der VGR-Datenstand vom 25. Februar 2022 zugrunde. Die Schnellmeldung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das erste Vierteljahr 2022 vom 29. April 2022 ist gleichwohl enthalten.

<sup>2</sup> In der Projektion vom Dezember 2021 war ein etwas deutlicherer Rückgang des realen BIP erwartet worden. Da zudem die Vorquartale des Jahres 2021 aufwärtsrevidiert wurden, betrug der Rückstand der Wirtschaftsaktivität gegenüber dem Vorpandemiestand aus dem vierten Quartal 2019 im ersten Vierteljahr 2022 nur noch 0,9 %, während die Dezember-Projektion von 1,5 % ausgegangen war; vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

<sup>3</sup> Damals wurde daher unterstellt, dass die Omikron-Variante keine wesentlichen, über die ohnehin für die Pandemie veranschlagten Effekte hinausgehenden, wirtschaftlichen Folgen haben wird.



ersten Quartal. Auch der wöchentliche Aktivitätsindex (WAI) der Bundesbank, der bis mindestens Ende Mai vorliegende hochfrequente Indikatoren wie den Mautindex oder Kreditkartenzahlungen beinhaltet, deutet in diese Richtung.<sup>4)</sup> Dagegen weisen die auch im Mai noch stark eingetrübten Erwartungen der Unternehmen darauf hin, dass die Wirtschaftsaktivität deutlich schwächer ausfallen könnte. Die Diskrepanz zwischen der Erwartungs- und der Lageeinschätzung zeigt jedoch Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen des Ukrainekriegs auf, die sich bislang jedenfalls nicht vollständig materialisiert haben. Da dem Basisszenario dieser Projektion die Annahme zugrunde liegt, dass sich der Konflikt nicht weiter verschärft, wirken sich die vorausschauenden Indikatoren nur begrenzt aus. Ein alternatives Szenario, in dem eine erhebliche Verschärfung des Konfliktes mit Russland – einschließlich einer vollständigen Unterbrechung russischer Energielieferungen – unterstellt wird, wird in den Erläuterungen auf Seite 37 ff. beschrieben.

... bevor Aufwärtskräfte wieder stärker die Oberhand gewinnen und Wirtschaft kräftiger zulegt

Ab der zweiten Jahreshälfte dürften die Aufwärtskräfte unter den für diese Projektion getroffenen Annahmen wieder stärker die Oberhand gewinnen. Die Wirtschaft sollte daher im weiteren Projektionszeitraum kräftiger expandieren. So gehen die Energierohstoffpreise über den Projektionszeitraum etwas zurück, und die hohe Teuerung nimmt nach und nach ab. Auch die Belastungen durch Lieferengpässe lassen graduell nach. Dies verleiht den Exporten Auftrieb, zumal die Auslandsnachfrage wieder auf Expansionskurs geht. Dies stützt auch die Unternehmensinvestitionen, die – wie der private Konsum – zudem von der sinkenden Unsicherheit profitieren. Gleichzeitig dürften die privaten Haushalte zumindest einen Teil der während der Pandemie unfreiwillig gebildeten Ersparnisse für zusätzliche Konsumzwecke ausgeben.<sup>5)</sup> Zusätzliche Verteidigungsausgaben sorgen über den gesamten Projektionszeitraum für Impulse.

Unter diesen Bedingungen wächst die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr um 1,9 %, im kommenden Jahr um 2,4 % und im darauffol-

### Geschäftslage und -erwartungen in der Gesamtwirtschaft

Salden, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: ifo Institut.  
 Deutsche Bundesbank

### Revisionen gegenüber der Projektion vom Dezember 2021

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2022	2023	2024
<b>BIP (real, kalenderbereinigt)</b>			
Projektion vom Juni 2022	1,9	2,4	1,8
Projektion vom Dezember 2021	4,2	3,2	0,9
Differenz (in Prozentpunkten)	- 2,3	- 0,8	0,9
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex</b>			
Projektion vom Juni 2022	7,1	4,5	2,6
Projektion vom Dezember 2021	3,6	2,2	2,2
Differenz (in Prozentpunkten)	3,5	2,3	0,4

Deutsche Bundesbank

genden Jahr um 1,8 %. Damit setzt sich die Wirtschaftserholung trotz des beträchtlichen Gegenwinds fort. Sie fällt gleichwohl im Vergleich mit der Projektion vom Dezember 2021 erheblich schwächer aus. Das reale BIP übersteigt den Stand von vor der Pandemie aus dem Schlussvierteljahr 2019 erst am Ende des laufenden Jahres und damit ein halbes Jahr später als zuvor erwartet. Auch im weiteren Projektions-

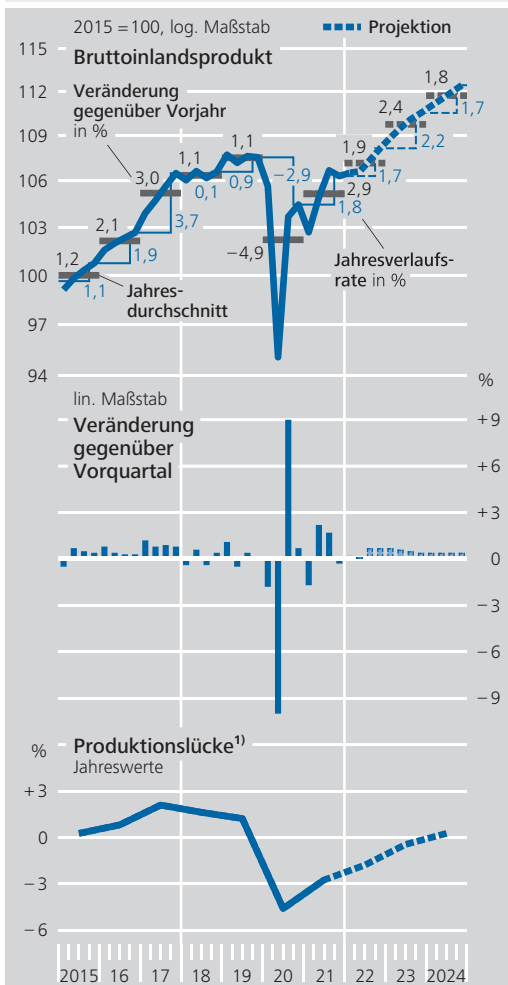
Wirtschaftserholung setzt sich trotz Gegenwind fort, fällt jedoch erheblich schwächer aus als in Dezember-Projektion erwartet

<sup>4</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022a). Die WAI-implizierte BIP-Wachstumsrate für die letzten 13 Wochen drehte Anfang Mai von negativen Werten in den leicht positiven Bereich.

<sup>5</sup> Hinsichtlich der Pandemie wird unterstellt, dass es im Projektionszeitraum zu keinen Rückschlägen kommt, die erneute makroökonomisch bedeutsame Folgen hätten.

## Gesamtwirtschaftliche Produktion und Produktionslücke

preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. 2022 bis 2024 eigene Projektionen. **1** Abweichung des jahresdurchschnittlichen BIP vom geschätzten Produktionspotenzial. Deutsche Bundesbank

## Technische Komponenten zur BIP-Wachstumsprojektion

in % bzw. Prozentpunkten

Position	2021	2022	2023	2024
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres <sup>1)</sup>	2,2	1,1	0,9	0,7
Jahresverlaufsrate <sup>2)</sup>	1,8	1,7	2,2	1,7
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,9	1,9	2,4	1,8
Kalendereffekt <sup>3)</sup>	0,0	-0,1	-0,2	0,0
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate <sup>4)</sup>	2,9	1,8	2,2	1,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. Jahreswerte für 2022 bis 2024 eigene Projektionen. **1** Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. **2** Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. **3** In % des BIP. **4** Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Deutsche Bundesbank

zeitraum fällt das erwartete Aktivitätsniveau deutlich niedriger aus als in der Dezember-Projektion. Maßgeblich für die Abwärtsrevision sind die Auswirkungen des Ukrainekriegs, die bereits zuvor höher als erwartete Teuerung und die – wohl auch mit dem verschärften Pandemiegeschehen in China zusammenhängenden – gravierenderen Lieferengpässe.

Gegen Ende des kommenden Jahres dürfte die Wirtschaft zu ihrem Produktionspotenzial aufschließen. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden demnach erst im Jahr 2024 wieder in etwa durchschnittlich ausgelastet sein. Die Zuwachsrate des Produktionspotenzials wird für das laufende Jahr auf 0,9 %, für das kommende Jahr auf 1,0 % und für das Jahr 2024 auf 1,1 % geschätzt. Damit wurden die Raten im Zeitraum bis zum Jahr 2023 abwärtsrevidiert. Es besteht jedoch gegenwärtig eine erhöhte Unsicherheit dahingehend, inwiefern die veränderten geopolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die längerfristige Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beschädigen.

Die Exporte liefen noch bis zum Februar deutlich besser als in der Dezember-Projektion erwartet, vor allem, da die Lieferengpässe rascher nachließen. Mit Ausbruch des Ukrainekriegs wurde dieser Entwicklung aber ein jähes Ende gesetzt. Die Auslandsnachfrage schwächte sich ab und die Exporte nach Russland brachen im Gefolge der Sanktionen drastisch ein. Zudem verstärkten sich die Lieferengpässe wieder. Gemäß Unternehmensbefragungen werden sie die Produktion im Frühjahr wohl stärker dämpfen.<sup>6)</sup> Dies wird voraussichtlich auf die Exporte ausstrahlen, die spürbar unter den Stand des Winters fallen dürften. Ab der zweiten Jahreshälfte erwarten die Unternehmen jedoch graduell nachlassende Belastungen durch die Liefereng-

*Wirtschaft erreicht Ende 2023 ihr Produktionspotenzial, gesamtwirtschaftliche Kapazitäten erst 2024 durchschnittlich ausgelastet*

*Exporte zunächst deutlich belastet; kräftige Aufholleffekte sobald sich Lieferengpässe auflösen*

<sup>6</sup> Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wurden im März im Rahmen des Bundesbank-Online-Panels-Firmen (BOP-F) zu den gegenwärtigen und erwarteten Auswirkungen der Lieferengpässe auf ihre Produktion befragt. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b).

## Rahmenbedingungen für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen

Die Projektion basiert auf Annahmen über die Weltwirtschaft, die Wechselkurse, die Rohstoffpreise und die Zinssätze, die von Fachleuten des Eurosystems festgelegt wurden. Ihnen liegen Informationen zugrunde, die am 17. Mai 2022 verfügbar waren. Die Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum ergeben sich aus den Projektionen der nationalen Zentralbanken der Euro-Länder.<sup>1)</sup> Diese beziehen die finanzpolitischen Maßnahmen ein, die entweder verabschiedet waren oder die hinreichend spezifiziert waren und deren Umsetzung als wahrscheinlich angesehen wurde.

Hinsichtlich des Ukrainekriegs und seiner Folgen wird unterstellt, dass sich der Konflikt nicht weiter verschärft, die bestehenden Sanktionen aber im Projektionszeitraum in Kraft bleiben werden.<sup>2)</sup> Zudem wird angenommen, dass sich die teilweise auch auf Corona-Eindämmungsmaßnahmen zurückzuführenden Lieferengpässe bei Vorprodukten, welche die Industrie und den Welthandel belasten, bis Ende des kommenden Jahres weitgehend auflösen.

### **Erholung der Weltwirtschaft durch die Folgen des Ukrainekriegs deutlich gedämpft, dabei hoher globaler Preisdruck**

Die Dynamik der globalen Wirtschaftsaktivität war im Herbst des vergangenen Jahres zunächst höher als in der Dezember-Projektion erwartet. Im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres fiel sie hingegen deutlich schwächer aus. Hier wirkte sich zum einen der Ende Februar begonnene russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zahlreiche Rohstoffnotierungen in die Höhe trieb und die Unsicherheit erhöhte, bremsend aus. Wegen Produktionsausfällen in der Ukraine fehlten Vorprodukte, und bei einigen dort und in Russland geförderten Industrierohstoffen deuteten sich Knappheiten an. We-

gen der ergriffenen Sanktionen wird für das laufende Jahr von einem starken Einbruch der russischen Wirtschaftsleistung ausgegangen. Auch anschließend dürfte der Ukrainekrieg die russische Wirtschaft spürbar schwächen.<sup>3)</sup> Vor diesem Hintergrund trübten sich die Aussichten für die Länder in geografischer Nähe oder mit hoher Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland ebenfalls deutlich ein. Zum anderen dämpfte die Ausbreitung der Omikron-Variante des Coronavirus. In China wurden ab März strikte Maßnahmen zu deren Eindämmung ergriffen. Betriebsschließungen und dadurch ausgelöste logistische Probleme dürften die globale Wirtschaftsaktivität insbesondere im laufenden Quartal beeinträchtigen.

Weltweit belastet in vielen Ländern die erhebliche Verteuerung von Energie und anderen Rohstoffen bis hin zu Nahrungsmitteln die Verbraucher und Unternehmen. Zwar wird erwartet, dass der Preisdruck über den Projektionszeitraum wieder nachlässt. Die Verwerfungen insgesamt tragen aber für dieses und das kommende Jahr zu einer gegenüber der Dezember-Projektion deutlich gedämpften Erholung der globalen Wirtschaftsaktivität bei. Für die Weltwirtschaft ohne den Euroraum wird nach einem Anstieg um 3 % in diesem Jahr für die kommenden beiden Jahre jeweils ein Zuwachs von 3½ % veranschlagt. Der internationale Handel (ohne den Euroraum) expandiert mit 4¼ % im laufenden Jahr etwas stärker als das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) und

<sup>1</sup> Die Projektionen der nationalen Zentralbanken der Euro-Länder wurden am 24. Mai 2022 abgeschlossen.

<sup>2</sup> Die aus den Terminnotierungen abgeleiteten Annahmen für den Rohölpreis dürften bereits gewisse Erwartungen von Einfuhrbeschränkungen für russisches Öl in die Europäische Union (EU) enthalten. Die EU hat kürzlich ein Verbot von Ölimporten aus Russland über den Seeweg beschlossen.

<sup>3</sup> Zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekriegs auf Russland vgl.: Deutsche Bundesbank (2022c).

### Wichtige Annahmen der Projektion

Position	2021	2022	2023	2024
Wechselkurse für den Euro				
US-Dollar je Euro	1,18	1,07	1,05	1,05
Effektiv <sup>1)</sup>	120,8	116,7	116,1	116,1
Zinssätze				
EURIBOR-Dreimonatsgeld	-0,6	0,0	1,3	1,6
Umlaufrendite öffentlicher Anleihen <sup>2)</sup>	-0,3	0,8	1,2	1,2
Rohstoffpreise				
Rohöl <sup>3)</sup>	71,1	105,8	93,4	84,3
Erdgas <sup>4)</sup>	46,6	98,8	80,9	62,9
Sonstige Rohstoffe <sup>5) 6)</sup>	42,1	14,4	-4,9	-6,3
Nahrungsmittel <sup>7)</sup>	14,3	41,4	2,9	-2,9
Absatzmärkte der deutschen Exporteure <sup>8)</sup>	10,4	3,5	2,9	3,7

<sup>1</sup> Gegenüber 42 Währungen wichtiger Handelspartner des Euroraums (EWK-42-Gruppe), 1. Vj. 1999 = 100. <sup>2</sup> Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von über neun bis zehn Jahren. <sup>3</sup> US-Dollar je Fass der Sorte Brent. <sup>4</sup> Euro je Megawattstunde. <sup>5</sup> In US-Dollar. <sup>6</sup> Veränderung gegenüber Vorjahr in %. <sup>7</sup> Erzeugerpreise für Nahrungsmittel im Euroraum basierend auf Daten der Europäischen Kommission. In Euro. <sup>8</sup> Kalenderbereinigt.  
 Deutsche Bundesbank

als in der Dezember-Projektion erwartet. Dies ist aber auf den Zuwachs in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zurückzuführen. Für 2023 und 2024 wird mit Raten von 3 % und 3¾ % eine geringere Dynamik als im Dezember erwartet.

### Ukrainekrieg belastet die Erholung im Euroraum erheblich, hohe Inflationsraten dämpfen Kaufkraft

Die Erholung der Wirtschaftsaktivität im Euroraum schwächte sich im vergangenen Winterhalbjahr erwartungsgemäß deutlich ab. Belastend wirkten insbesondere Maßnahmen zur Eingrenzung des hohen Infektionsgeschehens, Lieferengpässe bei Vorprodukten im Verarbeitenden Gewerbe und die hohe Teuerung von Energie und Nahrungsmitteln. Im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg stieg zudem die Unsicherheit: Sie dürfte Unternehmen und private Haushalte weiterhin dazu veranlassen, Ausgaben

vorsichtig zu planen. Das Wirtschaftswachstum im Sommerhalbjahr 2022 wird bei dieser Gesamtlage deutlich schwächer angesetzt als in der Dezember-Projektion. Erst mit abnehmender Unsicherheit, dem Auflösen der Lieferengpässe und einem Rückgang der Teuerungsraten dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder erhöhen. Für das laufende und das kommende Jahr wird bei Zuwachsraten von 3,2 % im Jahr 2022 und 1,9 % im Jahr 2023 mit einem deutlich geringeren Wirtschaftswachstum im Euroraum (ohne Deutschland) gerechnet als in der Dezember-Projektion. Für 2024 wird mit 2,2 % dann eine etwas höhere Rate projiziert.

Die Absatzmärkte deutscher Exporteure dürften in diesem und im kommenden Jahr schwächer expandieren als der Welthandel. Dies ist zum einen auf die – relativ gesehen – größere Bedeutung der russischen und ukrainischen Märkte zurückzuführen. Zum anderen sind auch die stark mit Deutschland verflochtenen Volkswirtschaften innerhalb der EU, und dort insbesondere die osteuropäischen EU-Mitglieder, stärker durch den Ukrainekrieg beeinträchtigt.

### Technische Annahmen der Projektion

Bereits im Januar und Februar hatten Sorgen über die angespannte Versorgungslage des globalen Ölmarkts bei einer gleichzeitig robusten Nachfrage die Rohölnotierungen weiter ansteigen lassen. Die Gaspreise gaben von den im Dezember 2021 erreichten Höchstständen im Januar zunächst wegen der milden Witterung und vermehrten Flüssiggasimporten aus den USA etwas nach. Nach Beginn des Ukrainekriegs schnellten dann die Preise fossiler Energieträger, einiger Industriemetalle und für Nahrungsmittelrohstoffe, wie Weizen und Mais, in die Höhe. Russland und die Ukraine sind wichtige Exporteure dieser Güter, sodass Befürchtungen möglicher Lieferunterbrechungen die Notierungen auf Höchststände springen ließen. Inzwischen gaben die Preise

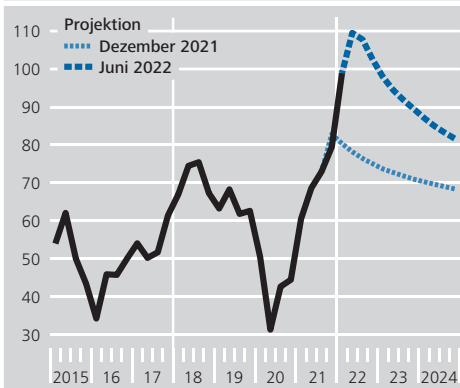
für fossile Energieträger wieder ein gutes Stück weit nach. Abgeleitet aus den Terminnotierungen wird für die Energie- und sonstigen Rohstoffe über den Projektionszeitraum von rückläufigen Notierungen ausgegangen. Dabei bleiben sie allerdings sehr deutlich über dem Niveau der Dezember-Projektion. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Euroraum legen nach ihrem massiven Anstieg im laufenden Jahr auch im Mittel des kommenden Jahres noch etwas zu, bevor sie 2024 wieder sinken.

Das Eurosystem beendete Ende März seine Nettoankäufe von Wertpapieren im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP). Im März beschloss der EZB-Rat zudem, die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) schneller als zunächst vorgesehen zu reduzieren, bis diese im dritten Quartal 2022 eingestellt werden. Zudem stellte der EZB-Rat angesichts der weiterhin erwarteten hohen Inflationsraten eine Erhöhung der EZB-Leitzinsen einige Zeit nach dem Ende der Nettokäufe im Rahmen des APP in Aussicht. Am Geldmarkt stiegen die Zinssätze in den vergangenen Monaten, und die Terminnotierungen für den EURIBOR sind über den Projektionszeitraum sehr viel stärker aufwärtsgerichtet als in der Dezember-Projektion unterstellt worden war. Vor dem Hintergrund der von den Marktteilnehmern erwarteten höheren kurzfristigen Zinsen nahmen auch die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen seit Dezember deutlich zu. Außerdem steigt der aus Terminnotierungen abgeleitete Renditepfad über den Projektionszeitraum – ähnlich wie in der Dezember-Projektion, aber auf höherem Niveau – weiter an. Auch für Bankkredite wird mit höheren Finanzierungskosten gerechnet.

Erwartungen eines beschleunigten geldpolitischen Normalisierungsprozesses in den USA sowie die für den Euroraum erwarteten ökonomischen Folgen des Ukrainekriegs

### Ölpreis

US-\$ je Fass (Brent), Quartalsdurchschnitte



Quellen: Bloomberg und EZB-Stab. Projektionen abgeleitet aus den Terminnotierungen.  
 Deutsche Bundesbank

dämpften den Wert des Euro seit Jahresbeginn. In dem für die Ableitung der Wechselkursannahmen relevanten Zeitraum notierte der Euro bei 1,05 US-\$ und damit 7 % unter der Dezember-Annahme. In Bezug auf 42 für den Außenhandel wichtige Währungen wertete der Euro um 2 % ab.

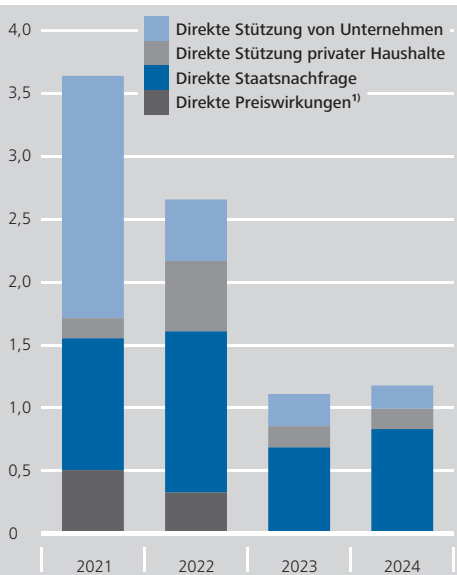
### Finanzpolitik reagiert auf hohe Energiepreise und Ukrainekrieg

Finanzpolitische Maßnahmen entlasten im Projektionszeitraum per saldo die Staatsfinanzen. Dabei verlieren einerseits staatliche Stützungsmaßnahmen schrittweise an Gewicht, die im Zuge der Pandemie und der hohen Energiekosten beschlossen wurden. Andererseits steigen die Ausgaben vor allem für Verteidigung und Klimaschutz. Zudem ist zugrunde gelegt, dass auch in den kommenden Jahren die kalte Progression bei der Einkommensteuer kompensiert wird. Dies wurde von der Bundesregierung angekündigt.

Entfallende Corona-Maßnahmen entlasten den Staatshaushalt im laufenden Jahr. Sie belaufen sich nur noch auf 1¼ % des BIP – nach 3¾ % im Jahr 2021. Denn Stützungsmaßnahmen für Unternehmen sowie private Haushalte spielen im laufenden Jahr nur noch eine geringe Rolle. Die coronabe-

**Defizitwirksame Maßnahmen mit direktem Bezug zu Corona-Pandemie, hohen Energiekosten und Ukrainekrieg<sup>\*)</sup>**

in % des BIP



\* Eigene Schätzung. 1 Senkung von Umsatzsteuer- und Energiesteuersätzen, Stabilisierung/Abschaffung der EEG-Umlage, Ticketvergünstigungen für den öffentlichen Personennahverkehr.

Deutsche Bundesbank

dingten Gesundheitsausgaben bleiben hingegen hoch. Es handelt sich dabei vor allem um Aufwendungen für Tests und Impfungen sowie Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser. Im Jahr 2023 entfallen diese Ausgaben weitgehend.

Neue Maßnahmen belasten den Staatshaushalt hingegen. Die Hilfen zur Abfederung gestiegener Energiekosten schlagen vor allem im laufenden Jahr zu Buche. Danach entfallen sie weitestgehend. Dabei werden private Haushalte insbesondere durch eine einmalige Energiepreispauschale, einen Kinderbonus sowie bedarfsgeprüfte Sonderzahlungen unterstützt. Unternehmen, die besonders von den hohen Energiekosten beeinträchtigt sind, können unter anderem Kostenzuschüsse beantragen. Zudem sinken die Energiesteuer für Kraftstoffe sowie Ticketpreise für den öffentlichen Personennahverkehr für drei Monate. Die Umlage im Strompreis für erneuerbare Energien entfällt zur Jahresmitte. Aufgrund weiter hoher

Strompreise und umfangreicher Umlage-Guthaben belastet dies den Staatshaushalt in der Projektion jedoch nicht.

Bei den Ausgaben enthält die Projektion zudem in verschiedenen Bereichen deutliche Zuwächse. Dabei wird unterstellt, dass zunehmend Ausgaben aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr abfließen – vor allem für Waffenkäufe. Dadurch wachsen besonders die Ausrüstungsinvestitionen über den Projektionszeitraum kräftig. Darüber hinaus sind Aufwendungen für Flüchtlinge sowie Aufbauhilfen in der Ukraine vorgesehen. Auch die Ausgaben für den Klimaschutz legen deutlich zu. Schließlich steigen die Rentenausgaben im Projektionszeitraum spürbar – trotz verschiedener ausgaben-dämpfender Maßnahmen.<sup>4)</sup>

Einnahmenseitig verringern beschleunigte Abschreibungen für Anlagegüter sowie Tarifierhöhungen die Lohn- und Einkommensteuer. Für die Kompensation der kalten Progression werden die Tarifeckwerte (einschließlich Grundfreibetrag) 2023 und 2024 mit der projizierten Inflationsrate des jeweiligen Vorjahres verschoben. Des Weiteren sinken im Projektionszeitraum die Einnahmen aus dem EU-Programm Next Generation EU (NGEU).<sup>5)</sup> Einnahmensteigernd wirken hingegen zunehmende Beitragssätze der Sozialversicherungen: Sie steigen in den Jahren 2023 und 2024 zusammengenommen um gut 1 Prozentpunkt. Insbesondere die Sätze der Krankenversicherung legen zu. Damit wird die strukturelle Finanzierungslücke geschlossen, die zuletzt weitgehend vom Bund ausgeglichen wurde. Geringe Mehreinnahmen resultieren aus dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten sowie der diesjährigen Erhöhung der Tabaksteuern.

<sup>4</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022d), S. 83–84.

<sup>5</sup> Mit NGEU werden in Deutschland überwiegend bestehende Programme finanziert, sodass insoweit das Staatsdefizit niedriger ausfällt.



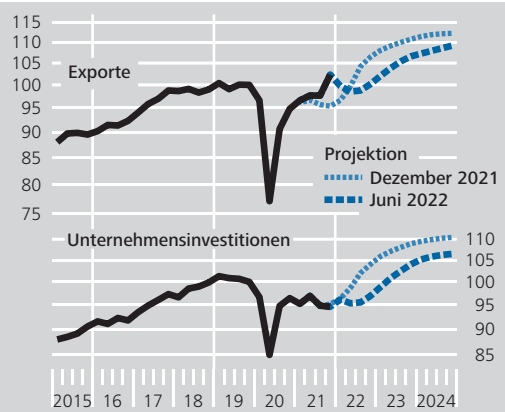
pässe.<sup>7)</sup> Darüber hinaus beginnt die Nachfrage auf den Absatzmärkten deutscher Exporteure wieder zu steigen. Damit gehen auch die Exporte wieder auf Expansionskurs – zunächst nur zögerlich, ab dem Jahresschlussviertel dann aber recht kräftig. Die zunehmende Normalisierung der Beschaffung von Vormaterialien verleiht ihnen einen deutlichen Schub. Diese Aufholerfekte laufen im Jahr 2024 aus, und die Exporte verlieren wieder an Schwung. Im Projektionszeitraum insgesamt werden die hiesigen Unternehmen gewisse Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. Insbesondere im Handel mit Partnerländern im Euroraum geht aufgrund vergleichsweise stärker ansteigender Arbeitskosten und Preise die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ein Stück weit zurück.

*Ukrainekrieg, Lieferengpässe und höhere Zinsen verzögern und dämpfen die Erholung der Unternehmensinvestitionen*

Auch die Unternehmensinvestitionen waren bis zum Ausbruch des Ukrainekriegs aufwärtsgerichtet. Im ersten Vierteljahr überwogen wohl noch die zuvor positiven Produktionserwartungen und nachlassende Lieferengpässe gegenüber den mit Beginn des Krieges verschlechterten Aussichten und der damit verbundenen Unsicherheit. Im Frühjahr dürfte es jedoch einen merklichen Rückschlag geben. Darauf deuten vorausschauende Indikatoren hin, etwa das im April und Mai erheblich eingetrübte Geschäftsklima der Investitionsgüterhersteller oder ihre im März spürbar gesunkenen Inlandsaufträge. Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums sollte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen mit nachlassender Unsicherheit, gradueller Auflösung der Lieferengpässe, steigender Auslandsnachfrage und einer höheren Kapazitätsauslastung wieder deutlich zunehmen. Darüber hinaus könnten Investitionsprojekte im Zusammenhang mit der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft die gewerblichen Investitionen stützen. Gegenwind kommt jedoch durchgängig von den weniger günstigen Finanzierungsbedingungen. Alles in allem verzögert sich die Erholung der Unternehmensinvestitionen merklich, und die erwarteten Investitionsvolumina bleiben durchweg hinter dem Niveau aus der Dezember-Projektion zurück.

## Exporte und Unternehmensinvestitionen

4. Vj. 2019 = 100, log. Maßstab, preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Projektionen.  
 Deutsche Bundesbank

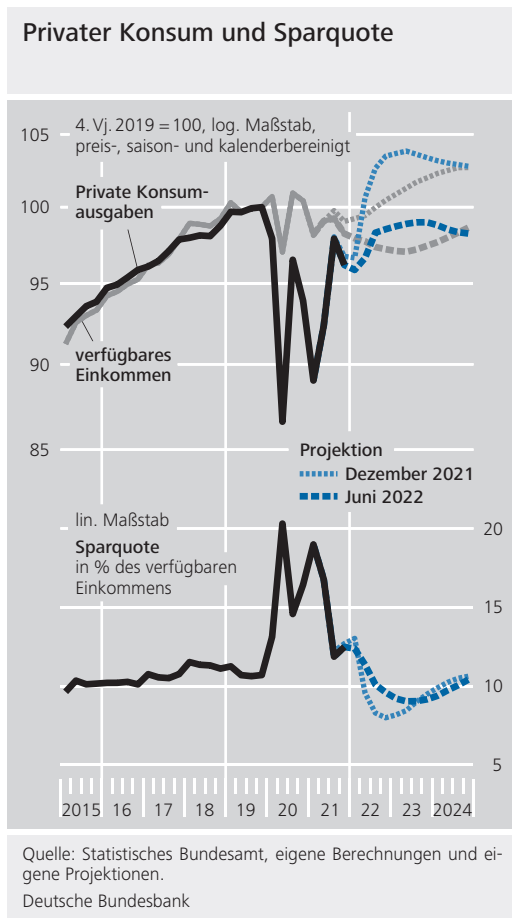
Der private Konsum ging im vergangenen Winterhalbjahr angesichts der Belastungen durch die Pandemie und die hohe Teuerung spürbar zurück. Obwohl die Inflation erheblich höher ausfiel als in der Dezember-Projektion erwartet und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärker dämpfte, lag der Rückgang etwa im Rahmen der Projektion.<sup>8)</sup> Mit der weitgehenden Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen sollten die privaten Konsumausgaben ab dem Frühjahr einen starken Schub bekommen.<sup>9)</sup> Die Konsummöglichkeiten stehen nunmehr weitgehend ohne Einschränkungen zur Verfügung und werden offenkundig auch genutzt. Darauf deuten etwa die im März kräftig gestiegenen realen

*Im Sommerhalbjahr deutliche Belebung des privaten Konsums dank Wegfall der Corona-Schutzmaßnahmen, wengleich preisbedingte Kaufkraftverluste und Unsicherheit dämpfen*

<sup>7</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b). Hier wird unterstellt, dass sich die davon ausgehenden dämpfenden Effekte auf die Produktion und die Exporte bis Ende 2023 zurückbilden. In der Unternehmensbefragung erwarteten die Teilnehmer zwar im Mittel auch noch 2024 eine durch Lieferengpässe gedämpfte Produktion. Zugleich gingen sie aber auch von Nachholeffekten vorausgegangener Produktionsausfälle aus, sodass dann ein insgesamt neutraler Effekt plausibel erscheint.

<sup>8</sup> Die Auswirkungen der Pandemie waren wohl etwas geringer als befürchtet.

<sup>9</sup> Auch in den vergangenen beiden Jahren erholte sich der private Konsum mit Entspannung der Infektionslage kräftig. Da die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der Pandemie bislang – auch aufgrund staatlicher Hilfen – weitgehend stabil blieben, stieg die Sparquote in den bisherigen Infektionswellen stark an. Umfrageergebnissen zufolge führten vor allem pandemiebedingte Gründe – die Sorge vor Ansteckung und insbesondere verschlossene Konsummöglichkeiten – zu einer unfreiwilligen Ersparnisbildung. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020, 2021b).



Umsätze im Gastgewerbe und die dort auch im April und Mai weiter stark verbesserte Geschäftslage hin. Zugleich kommt jedoch heftiger Gegenwind von der nach wie vor hohen Inflation. Die Teuerung schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte. Sie lastet auch auf ihrer Konsumstimmung, die zudem unter den Unwägbarkeiten hinsichtlich des Fortgangs des Ukrainekriegs leidet.<sup>10</sup> Insgesamt dürften die Aufwärtskräfte jedoch überwiegen und den privaten Verbrauch im laufenden Sommerhalbjahr deutlich beleben – wenn auch erheblich weniger als noch in der Dezember-Projektion erwartet worden war.

*Danach nur noch moderate Expansion des privaten Konsums angelegt*

Im Anschluss ist für den privaten Verbrauch eine weitere, aber nur noch moderate Expansion angelegt. Die realen verfügbaren Einkommen gehen aufgrund der hohen Teuerung zunächst noch zurück. Erst nach und nach steigen sie bei nachlassender Inflation wieder an. Schub bekommt der private Konsum hingegen in den kommenden Quartalen durch eine weiter rück-

läufige Sparquote. Neue Umfrageergebnisse des Bundesbank-Online-Panels-Haushalte (BOP-HH) deuten darauf hin, dass die privaten Haushalte weiterhin einen Teil des während der Pandemie unfreiwillig gesparten Geldes für zusätzliche Konsumausgaben verwenden wollen (vgl. die Ausführungen auf S. 25 f.). Allerdings zeigt sich auch, dass sie wohl zurückhaltender mit diesen Ersparnissen umgehen werden. Der davon ausgehende Impuls für den privaten Konsum ist daher deutlich geringer als in früheren Projektionen unterstellt. Dementsprechend sinkt die Sparquote weniger weit unter ihren Vorpandemiestand. Ihren Tiefpunkt erreicht sie Mitte des kommenden Jahres. Anschließend steigt die Sparquote jedoch wieder an.<sup>11</sup> Dies wirkt den steigenden Realeinkommen entgegen und die privaten Konsumausgaben bleiben am Ende des Projektionszeitraums nahezu unverändert.

Die Wohnungsbauinvestitionen übertrafen die Erwartungen der Dezember-Projektion spürbar. Neben den bis Februar nachlassenden Materialengpässen erhielten sie in den Wintermonaten einen kräftigen Schub von der milden Witterung. Im Frühjahr dürfte hier eine Normalisierung für einen Rücksetzer sorgen. Beträchtlicher Gegenwind geht zudem von den wieder verstärkten Lieferengpässen bei Materialien und Rohstoffen sowie den sehr stark angestiegenen Baupreisen aus. Die Nachfrage zeigte sich zuletzt zwar noch kräftig und sollte durch einen robusten Arbeitsmarkt auch im Projektionszeit-

*Wohnungsbauinvestitionen halten ihr hohes Niveau*

<sup>10</sup> Vgl.: Gesellschaft für Konsumforschung (2022).

<sup>11</sup> Gemäß den neuen Umfrageergebnissen des BOP-HH vom März 2022 dürfte die Sparquote in der langen Frist in etwa auf ihren Stand von vor Beginn der Pandemie zurückkehren. Die knapp 5 400 Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden – nachdem sie gebeten wurden, sich vorzustellen, die Pandemie sei endgültig vorüber – nämlich gefragt, ob sie langfristig einen ähnlichen Anteil ihres Haushaltseinkommens für Konsumzwecke ausgeben würden wie vor der Pandemie, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022e). Dies bejahten drei Viertel; das übrige Viertel verteilt sich nahezu gleichmäßig: 13 % planen, ihre Konsumquote langfristig zu erhöhen, 12 % wollen sie verringern. Die Pandemie dürfte demzufolge also keine bleibenden Auswirkungen auf das Spar- bzw. Konsumverhalten der privaten Haushalte haben. Nichtsdestotrotz wird in der Projektion davon ausgegangen, dass die Sparquote ihren Vorpandemiestand erst jenseits des Projektionshorizontes wieder erreicht.



## Wofür verwenden die privaten Haushalte die während der Coronavirus-Pandemie zusätzlich gebildeten Ersparnisse?

Die privaten Konsumausgaben unterlagen seit Beginn der Coronavirus-Pandemie großen Schwankungen. Die Infektionswellen und damit einhergehende Schutzmaßnahmen führten dazu, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher weniger konsumierten, meist entweder aus Sorge vor einer Ansteckung oder weil Konsummöglichkeiten verschlossen waren.<sup>1)</sup> Da die realen verfügbaren Einkommen in dieser Zeit – auch aufgrund staatlicher Stützungsmaßnahmen – weitgehend stabil blieben, stieg die Sparquote der privaten Haushalte außerordentlich kräftig an. Bis zuletzt überstieg sie noch ihren Stand von vor dem Beginn der Pandemie. Die privaten Haushalte bildeten somit seit dem ersten Vierteljahr 2020 in jedem Quartal mehr Ersparnisse, als sie es wohl ohne die Pandemie getan hätten. Diese zusätzlich angehäuften Ersparnisse („Corona-Ersparnisse“) können durch einen Vergleich mit den Erwartungen aus der Projektion im Dezember 2019 abgeschätzt werden. Sie betragen demnach rund 185 Mrd €.

Vor dem Hintergrund der ab dem Frühjahr 2022 weitgehend entfallenen Corona-Schutzmaßnahmen sollte der private Konsum eigentlich durch eine Normalisierung der erhöhten Sparquote und einen nachfolgenden – zumindest teilweisen – Abbau der Corona-Ersparnisse einen kräftigen Schub erhalten.<sup>2)</sup> Diese Einschätzung wurde in der Vergangenheit durch Umfrageergebnisse des Bundesbank-Online-Panels-Haushalte (BOP-HH) gestützt.<sup>3)</sup> Die durch die hohe Teuerung und die weiteren Auswirkungen des Ukrainekriegs veränderten Rahmenbedingungen stellen allerdings eine erhebliche Belastung für die privaten Haushalte und ihre Konsumpläne dar. Auch darüber hinaus könnten Verbraucherinnen und Ver-

braucher ihre Pläne geändert haben. Um die Entwicklung jener Ersparnisse und ihre Auswirkungen auf die Projektion des privaten Verbrauchs abzuschätzen, wurden die privaten Haushalte erneut mithilfe des BOP-HH zu ihrem Konsumverhalten befragt.<sup>4)</sup> Die Ergebnisse basieren auf den Antworten von 5 380 Personen, die zwischen dem 15. und 30. März 2022, und damit nach Beginn des Ukrainekriegs, eingingen.

Knapp ein Drittel der Befragten gab an, dass sie während der Coronavirus-Pandemie in den letzten zwei Jahren im Durchschnitt einen geringeren Anteil ihres Haushaltseinkommens konsumierten als in den Jahren 2018 und 2019.<sup>5)</sup> Auf diese Haushalte dürften also die Corona-Ersparnisse entfallen. Befragt nach der Verwendung dieses zusätzlich übrig gebliebenen Geldes, gab der Großteil (gewichtet nach Haushaltseinkommen) an, es in Form liquider Mittel zu halten (44%). Das heißt, diese Gelder liegen auf einem Giro- oder Tagesgeldkonto oder werden bar aufbewahrt. Die Befragten nutzten außerdem insgesamt 26% der Corona-

---

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020, 2021b).

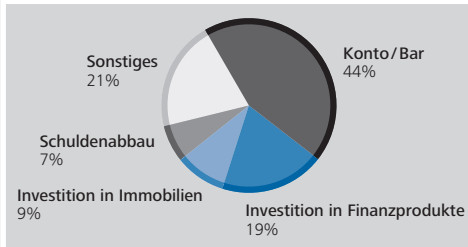
2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020, 2021b). Für nähere Informationen zur Methodik des BOP-HH vgl.: Beckmann und Schmidt (2020). Eine aktualisierte Fassung ist in Vorbereitung und soll als Bundesbank Technical Paper erscheinen.

4 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022e).

5 Vor einem Jahr gab noch die Hälfte der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten am Monatsende im Durchschnitt mehr Geld übriggehabt zu haben als vor der Pandemie, vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b). Einige Haushalte haben also über den längeren Zeitraum insgesamt keine zusätzlichen Ersparnisse gebildet, sei es aufgrund eines seit der letzten Befragung höheren Konsums oder eines verringerten Einkommens. Die Mehrheit (55%) der Befragten gab in der aktuellen Befragung an, durchschnittlich einen ähnlichen Anteil ihres Haushaltseinkommens konsumiert zu haben wie vor der Pandemie; die Sparquote der übrigen Befragten (14%) sank sogar.

### Aktuelle Verwendung noch verfügbarer Corona-Ersparnisse<sup>1)</sup>



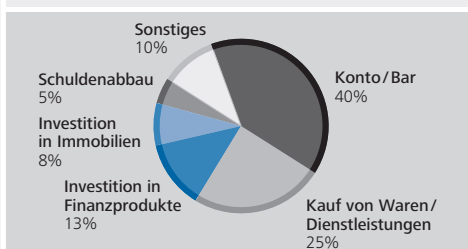
Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Haushalte, März 2022. \* Basierend auf den Antworten von 1 509 Umfrageteilnehmern, die angaben, dass sie während der Coronavirus-Pandemie im Durchschnitt einen geringeren Anteil ihres Haushaltseinkommens für Konsumzwecke ausgegeben haben als vor der Pandemie, zu der Frage: „Könnten Sie grob schätzen, wofür Sie dieses zusätzlich übrig gebliebene Geld bisher verwendet haben?“ Die Antworten wurden nach Haushaltseinkommen gewichtet.

Deutsche Bundesbank

Ersparnisse für Investitionen in Immobilien oder Finanzprodukte und 9 % für den Schuldenabbau.<sup>6)</sup>

Die Personen, die angaben, dass ihr Haushalt zumindest einen Teil des zusätzlich übrig gebliebenen Geldes in Form liquider Mittel verfügbar hat,<sup>7)</sup> wurden gefragt, wofür sie dieses Geld in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich verwenden werden. Einen großen Teil dieser Corona-Ersparnisse (39 %) beabsichtigen die Befragten zwar weiterhin in Form liquider Mittel bereit zu halten.<sup>8)</sup> Die privaten Haushalte planen

### Zukünftige Verwendung noch verfügbarer Corona-Ersparnisse<sup>1)</sup>



Quelle: Bundesbank-Online-Panel-Haushalte, März 2022. \* Basierend auf den Antworten von 1 076 Umfrageteilnehmern, die angaben, dass sie zumindest einen Teil des zusätzlich übrig gebliebenen Geldes bar oder auf einem Giro-/Tagesgeldkonto verfügbar haben, zu der Frage: „Was denken Sie, wofür werden Sie dieses in liquiden Mitteln verfügbare Geld in den kommenden 12 Monaten verwenden?“ Die Antworten wurden nach Haushaltseinkommen gewichtet.

Deutsche Bundesbank

aber immerhin auch, ein Viertel dieses Geldes für den Konsum von Waren und Dienstleistungen auszugeben. Überschlägig gerechnet dürften sie somit insgesamt etwa 11 % (44 % multipliziert mit 25 %) ihrer noch in Form liquider Mittel verbliebenen Corona-Ersparnisse zwischen April 2022 und März 2023 konsumieren. Schreibt man diese Konsum- und Sparpräferenzen fort – das heißt, in den jeweils folgenden zwölf Monaten werden stets ein Viertel der noch in liquiden Mitteln verfügbaren Corona-Ersparnisse konsumiert und 39 % in Form liquider Mittel gehalten – werden die privaten Haushalte bis zum Ende des Jahres 2024 hochgerechnet rund 16½ % der Corona-Ersparnisse konsumieren.

Diese Abschätzung bestätigt zwar die Annahme der bisherigen Projektionen einer zusätzlichen Unterstützung des privaten Konsums durch den Abbau von Corona-Ersparnissen. Der veranschlagte Anteil hat sich aber im Vergleich zur Schätzung auf Basis der letzten Erhebung mehr als halbiert.<sup>9)</sup> Die Ergebnisse sprechen also für eine gewisse, aber auch begrenzte Aufwärtsrevision der Sparquote im Projektionszeitraum. Das Bild eines vorübergehenden „Unterschießens“ gegenüber dem Vorpandemiestand bleibt dabei gleichwohl erhalten.

<sup>6</sup> Sonstige Verwendungen, auf die immerhin 21 % der Corona-Ersparnisse entfielen, sind bspw. Schenkungen oder Spenden.

<sup>7</sup> Dies trifft auf ein Fünftel der Befragten zu.

<sup>8</sup> Dies könnte vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs und der damit verbundenen Unwägbarkeiten – auch im Hinblick auf die schon hohe Teuerung – auf eine gewisse Neigung zur „Vorsichtersparnisbildung“ hindeuten. Schließlich werden einige Kostenerhöhungen, insbesondere bei den Energieausgaben (bspw. Heizung und Strom), erst in Zukunft fällig.

<sup>9</sup> Damals wurde für diesen Anteil eine Untergrenze von 25 % und eine Obergrenze von 45 % ermittelt; für die Projektion wurde mit 35 % die Mitte dieser Spanne angesetzt. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

raum gestützt werden. Zudem wird ein Teil der während der Pandemie unfreiwillig gebildeten Ersparnisse für Investitionen in Immobilien genutzt.<sup>12)</sup> Schließlich sollten auch die Wohnungsbauinvestitionen von den graduell abklingenden Lieferengpässen profitieren. Allerdings belasten höhere Bauzinsen und Kaufkraftverluste der privaten Haushalte im Gefolge der hohen Teuerung deren Investitionstätigkeit im Projektionszeitraum erheblich. Auch lässt der Anstieg der Haushaltsneugründungen demografiebedingt (per saldo) nach. Insgesamt dürften die Wohnungsbauinvestitionen im laufenden Jahr dank des starken Auftakts noch spürbar zulegen. Im kommenden Jahr sollten sie dann das hohe Niveau in etwa halten. Aus heutiger Sicht könnten sie im Jahr 2024 allenfalls wieder leicht ansteigen.

*Staatliche Investitionen steigen wegen militärischer Beschaffungen außergewöhnlich stark*

Die realen staatlichen Investitionen legen in der Projektion ganz erheblich zu. Dies liegt an steigenden militärischen Ausrüstungsinvestitionen.<sup>13)</sup> Die nominalen Zuwachsraten sind angesichts des starken Preisanstiegs noch höher, vor allem im laufenden Jahr.

*Auslaufende Corona-Ausgaben dämpfen realen Staatsverbrauch*

Der reale Staatsverbrauch bleibt im laufenden Jahr gegenüber 2021 nahezu unverändert: Den sinkenden coronabedingten Gesundheitsausgaben stehen unter anderem steigende laufende Militärausgaben, Zahlungen für Aufstockungen der Gasreserven und Aufwendungen für Flüchtlinge gegenüber.<sup>14)</sup> Im Jahr 2023 sinkt der reale Staatsverbrauch deutlich: Die coronabedingten Gesundheitsausgaben entfallen weitgehend, und die kriegsbedingten Aufwendungen gehen etwas zurück. Im Jahr 2024 steigt der reale Staatsverbrauch weitestgehend im Gleichschritt mit der Gesamtwirtschaft.

<sup>12</sup> Vgl. die Schaubilder auf S. 26.

<sup>13</sup> In der Projektion steigen die Ausrüstungsinvestitionen bereits im laufenden Jahr stark. Das nach Projektionsabschluss vom Bundestag beschlossene Sondervermögen Bundeswehr sieht ausweislich des Wirtschaftsplanes aber nur sehr geringe Ausgaben im laufenden Jahr vor. Dies legt nahe, dass sich die Ausgabenzuwächse im Vergleich zur Projektion verzögern. Insgesamt ist die Unsicherheit hinsichtlich des Verlaufs der Ausrüstungsinvestitionen hoch.

<sup>14</sup> Der nominale Staatsverbrauch legt 2022 kräftig zu. Deswegen Deflator wächst über 4 %.

## Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Projektion

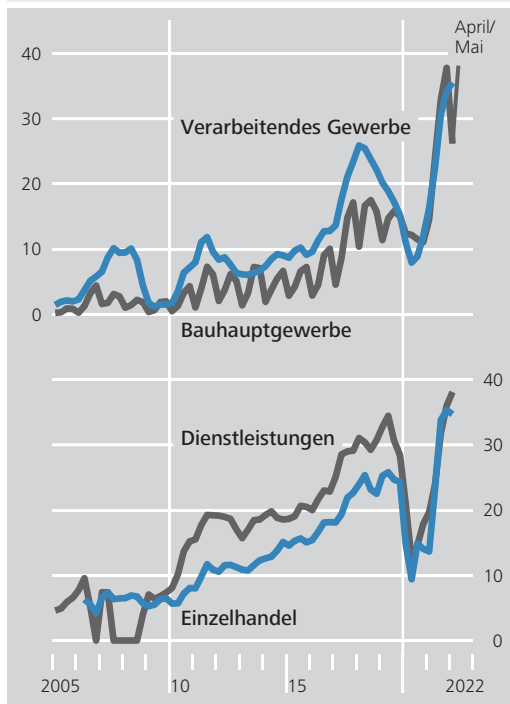
Veränderung gegenüber Vorjahr in %, kalenderbereinigt <sup>1)</sup>

Position	2021	2022	2023
BIP (real)	2,9	1,9	2,4
desgl. unbereinigt	2,9	1,8	2,2
<b>Verwendung des realen BIP</b>			
Private Konsumausgaben	0,1	3,7	1,6
nachrichtlich: Sparquote	15,0	10,9	9,1
Konsumausgaben des Staates	3,1	0,1	-2,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	1,6	4,5
Unternehmensinvestitionen <sup>2)</sup>	2,3	0,6	5,8
Private Wohnungsbauinvestitionen	1,1	1,1	0,0
Exporte	9,8	0,8	5,2
Importe	9,1	2,8	3,1
nachrichtlich:			
Leistungsbilanzsaldo <sup>3)</sup>	7,5	4,1	4,8
<b>Beiträge zum BIP-Wachstum <sup>4)</sup></b>			
Inländische Endnachfrage	1,1	2,2	1,3
Vorratsveränderungen	1,0	0,5	0,0
Exporte	4,2	0,4	2,6
Importe	-3,4	-1,2	-1,5
<b>Arbeitsmarkt</b>			
Arbeitsvolumen <sup>5)</sup>	1,8	1,8	1,7
Erwerbstätige <sup>5)</sup>	0,0	1,3	0,3
Arbeitslose <sup>6)</sup>	2,6	2,3	2,3
Arbeitslosenquote <sup>7)</sup>	5,7	5,0	4,9
nachrichtlich: Erwerbslosenquote <sup>8)</sup>	3,6	3,0	3,0
<b>Löhne und Lohnkosten</b>			
Tarifverdienste <sup>9)</sup>	1,6	2,7	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	3,5	4,3	4,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	3,4	4,0	4,5
Reales BIP je Erwerbstätigen	2,8	0,6	2,1
Lohnstückkosten <sup>10)</sup>	0,6	3,4	2,4
nachrichtlich:			
BIP-Deflator	3,1	3,8	3,2
<b>Verbraucherpreise <sup>11)</sup></b>			
ohne Energie	2,4	4,4	3,9
Energiekomponente	10,1	27,2	8,5
ohne Energie und Nahrungsmittel	2,2	3,6	3,2
Nahrungsmittelkomponente	3,0	7,8	6,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Eurostat. 2022 bis 2023 eigene Projektionen. **1** Falls Kalendereinfluss vorhanden. Angaben in Ursprungswerten befinden sich in der Tabelle auf S. 44. **2** Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. **3** In % des nominalen BIP. **4** Rechnerisch, in Prozentpunkten. Abweichungen in der Summe rundungsbedingt. **5** Inlandskonzept. **6** In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). **7** In % der zivilen Erwerbspersonen. **8** International standardisiert gemäß ILO-Definition, Eurostat-Abgrenzung. **9** Ursprungswerte auf Monatsbasis; gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank. **10** Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. **11** Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI), Ursprungswerte.

### Produktionsbehinderung durch Arbeitskräftemangel<sup>\*)</sup>

in % der Betriebe, vierteljährlich



Quelle: ifo Institut und eigene Berechnungen. \* Ergebnisse basierend auf der ifo-Konjunkturumfrage.  
 Deutsche Bundesbank

*Importe legen deutlich zu*

Die Importe steigen im Projektionszeitraum im Einklang mit der Gesamtnachfrage deutlich an. Im laufenden Frühjahr dürften sie im Gefolge der sinkenden Exporte und Unternehmensinvestitionen zunächst aber noch einen merklichen Dämpfer erleiden. Ab der zweiten Jahreshälfte stehen dank der wieder anziehenden Exportgeschäfte und höherer Investitionen – insbesondere auch zur Aufstockung der staatlichen Ausrüstungen – die Zeichen wieder auf Expansion. Die für beides benötigten Vorleistungen weisen einen hohen Anteil an Importen auf, sodass auch diese dann wieder kräftig zulegen. Hinzu kommt in diesem und etwas schwächer im nächsten Jahr noch ein positiver Impuls seitens der Nachfrage der privaten Haushalte. Ein Teil der während der Pandemie zusätzlich gebildeten Ersparnisse dürfte – etwa über höhere Ausgaben für Auslandsreisen – einen Schub für die Dienstleistungsimporte bringen. Allerdings wird dieser Effekt im Vergleich zur Dezember-Projektion nun schwächer

eingeschätzt. Im Jahr 2024 lassen die Importzuwächse wieder ein wenig nach.

Der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz schmilzt im laufenden Jahr kräftig ab. Er könnte im Jahresdurchschnitt bei nur noch gut 4 % des BIP liegen, nach noch 7 ½ % im Jahr 2021. Hier schlagen sich vor allem die im Zuge der stark gestiegenen Preise für Energie und andere importierte Rohstoffe massiv verschlechterten Terms of Trade nieder. Mit Blick auf die realen Handelsströme trägt aber auch der im Vergleich zu den Importen stärker gedrückte Zuwachs der Exporte dazu bei. Diese Entwicklung kehrt sich im weiteren Projektionszeitraum etwas um, insbesondere da die Exporte im Gefolge nachlassender Lieferengpässe kräftig ansteigen. Für die Terms of Trade ist hingegen angesichts der Annahmen der Projektion hinsichtlich der Rohstoffpreise und Wechselkurse keine nennenswerte Erholung angelegt. Damit steigt der Leistungsbilanzüberschuss von seinem niedrigeren Niveau aus 2023 nur wenig an. Er könnte immer noch merklich unter 5 % liegen, 2024 aus heutiger Sicht dann etwas darüber.

*Leistungsbilanzüberschuss sinkt deutlich unter 5% des BIP*

## ■ Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt erholte sich im Winterhalbjahr 2021/22 kräftig. Aufgrund der rückläufigen Wirtschaftsaktivität war in der letzten Projektion eine Unterbrechung im Erholungsprozess erwartet worden. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit verbesserten sich jedoch ohne Tempoeinbußen und erreichten zuletzt wieder das Niveau von vor der Pandemie. Das Stellenangebot erhöhte sich kräftig, und mehr Betriebe als vor der Pandemie berichten derzeit über Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von geeignetem Personal. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit stieg gleichwohl um den Jahreswechsel herum wieder moderat an. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist im letzten halben Jahr wohl gesunken und befindet sich noch spürbar unter dem Vorpandemiestand.

*Arbeitsmarkt erholte sich im vergangenen Winterhalbjahr trotz schwacher Wirtschaftsaktivität kräftig*

*Schwäche im Produzierenden Gewerbe und knappes Arbeitsangebot bei den Dienstleistern begrenzen weitere Verbesserung im Sommerhalbjahr*

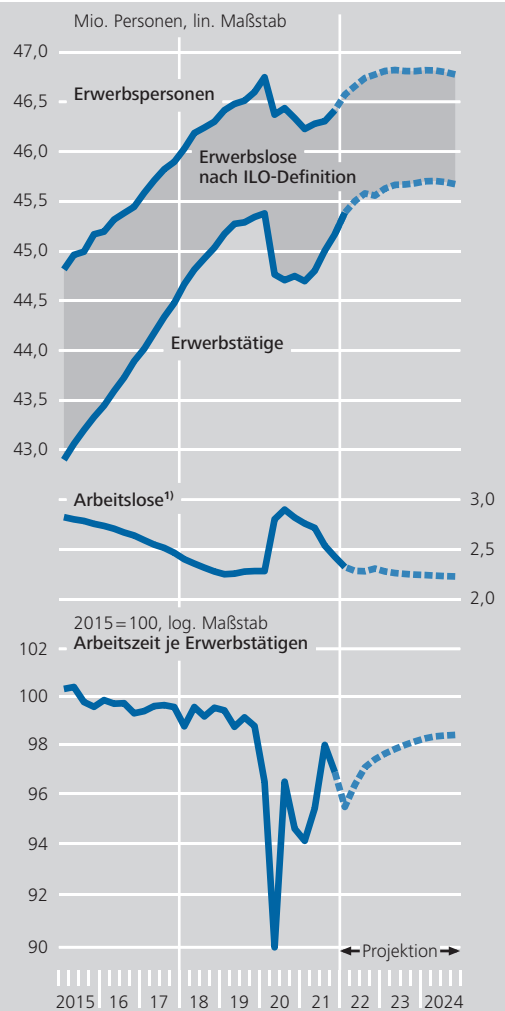
Die derzeit gegenläufig wirkenden Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen prägen auch die kurzfristigen Aussichten am Arbeitsmarkt und erhöhen deren Unsicherheit. Die weitgehend entfallenen Pandemie-Schutzmaßnahmen verbessern die Aussichten im Dienstleistungsgewerbe. Die Kurzarbeit dürfte hier kräftig sinken und die Arbeitszeit ansteigen. Allerdings steht das knappe Arbeitsangebot einer schnellen Beschäftigungsausweitung entgegen. Zudem dämpfen wieder aufgekommene Lieferkettenprobleme, die erhöhte Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und hohe Energiepreise die Arbeitsnachfrage im Produzierenden Gewerbe. Für das Sommerhalbjahr 2022 ist daher insgesamt von einem nachlassenden Beschäftigungswachstum auszugehen. Die Arbeitslosigkeit wird wohl kaum noch sinken.

*Kräftige Mindestlohn-anhebung im Sommer und Herbst 2022 mit moderatem Effekt auf Beschäftigung*

Im Juli sowie im Oktober 2022 wird der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in zwei Stufen auf 12 € je Stunde ansteigen und damit im Herbst um etwa ein Viertel höher liegen als ein Jahr zuvor. Die Lohnsumme dürfte sich dadurch allein im Herbst nahezu so stark erhöhen wie zur Mindestlohneinführung im Jahr 2015.<sup>15</sup> Adverse Beschäftigungseffekte konzentrierten sich damals auf die geringfügige Beschäftigung. Auch diesmal dürfte diese Gruppe am stärksten von Anpassungsreaktionen betroffen sein. Allerdings spricht einiges dafür, dass weniger Minijobs verloren gehen als im Jahr 2015. Die Arbeitskräfteknappheit reicht inzwischen bis in den Helferbereich. Außerdem können selbst Personen, die ihre Stelle verlieren, im Zusammenhang mit dem starken Strukturwandel in produktiveren Branchen schnell eine neue Stelle finden.<sup>16</sup> Darüber hinaus sind im derzeitigen Umfeld Preiserhöhungen für Unternehmer wohl leichter durchsetzbar als im Jahr 2015. Dennoch dürfte es im Herbst 2022 zu einer kurzfristigen Unterbrechung des Beschäftigungszuwachses kommen. Die Arbeitslosigkeit steigt gleichwohl nur geringfügig an, da die besonders betroffenen Minijobber entweder bereits arbeitslos gemeldet sind oder gar keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anstreben.

## Arbeitsmarkt

vierteljährlich, saison- und kalenderbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit und eigene Projektionen. <sup>1</sup> Arbeitslosigkeit nach nationaler Definition (gemäß § 16 SGB III). Deutsche Bundesbank

Die Erwerbsbeteiligung der hiesigen Bevölkerung sollte sich nach der pandemiebedingten Delle schnell wieder erholen.<sup>17</sup> Die Zahl der Erwerbspersonen erreichte zuletzt nahezu wieder den Stand von vor der Pandemie. Die bereits seit geraumer Zeit anhaltenden demografischen Verschiebungen in der inländischen Bevölke-

*Zuwanderung stützt Arbeitsangebot*

<sup>15</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022f).

<sup>16</sup> Vgl.: Dustmann et al. (2022).

<sup>17</sup> Während der Pandemie verließen einige Erwerbspersonen (temporär) den Arbeitsmarkt, blieben länger im Bildungssystem oder beendeten ihr Erwerbsleben etwas früher als geplant. Es ist davon auszugehen, dass der Effekt recht zügig verschwindet, da sich die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt nicht dauerhaft strukturell verschlechtert haben. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c).



zung belasten das Arbeitsangebot auch im Projektionszeitraum. Die damit einhergehende hohe Arbeitsmarkttension könnte durch verstärkte Zuwanderung gemildert werden. Nach der pandemiebedingt verringerten Immigration kam es im zweiten Halbjahr 2021 bereits zu gewissen Nachholeffekten. Die Nettozuwanderung nach Deutschland übertraf mit 207 000 Personen den Vergleichswert aus dem Vorpandemiejahr 2019 um rund 60 %.<sup>18)</sup> Mit dem Einmarsch des russischen Militärs in die Ukraine suchen nunmehr zahlreiche Menschen aus der Ukraine Zuflucht auch in Deutschland. Ob diese das Arbeitsangebot in substantieller Weise erhöhen, ist jedoch ungewiss.<sup>19)</sup> In dieser Projektion wird im laufenden Jahr mit insgesamt 700 000 Zuwanderern netto nach Deutschland gerechnet, ab 2023 mit 300 000 Personen jährlich.<sup>20)</sup> Insgesamt dürfte die Erwerbspersonenzahl im Jahr 2023 noch ansteigen. Ab dem Jahr 2024 wird jedoch der negative demografische Trend wieder überwiegen und das Arbeitsangebot sinken.

*2023 und 2024 wenig Bewegung bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Reserven noch bei der Arbeitszeit je Erwerbstätigen*

Bereits im Jahr 2023 dürfte das Arbeitsangebot die beschränkende Größe für den Beschäftigungsanstieg darstellen. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt dann nur noch leicht. Sie könnte im Verlauf des Jahres 2024 ihr Maximum erreichen. Die Arbeitslosigkeit vermindert sich in diesen beiden Jahren kaum noch. Die Integration der vielen Zuwanderer wirkt dem Rückgang des Arbeitslosenbestandes entgegen. Außerdem wird auch der beschleunigte Strukturwandel aufgrund von Digitalisierung und energetischer Umstellung Friktionen am Arbeitsmarkt hervorrufen. Reserven zur Ausweitung des Arbeitsvolumens bestehen vor allem bei der Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Das Überstundenvolumen dürfte im Zuge der wirtschaftlichen Erholung weiter zunehmen. Die Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten steigt bereits seit einigen Jahren an und die der Vollzeitbeschäftigten ist stabil. Dem entgegen wirkt weiterhin der leicht zunehmende Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung. Angesichts des angespannten Arbeitsmarktes ist aber eine auch mittelfristig steigende Arbeits-

zeit anzunehmen. Vor dem Hintergrund erweiterter Homeoffice-Möglichkeiten und steigender Kinderbetreuungskapazitäten könnten viele Beschäftigte ihre Arbeitszeit erhöhen.

## ■ Arbeitskosten und Preise

Die Lohnabschlüsse seit Jahresbeginn fielen gemessen an den hohen Inflationsraten insgesamt vergleichsweise moderat aus. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Tarifpartner mit der wirtschaftlichen Belebung allerdings spürbar höhere Neuabschlüsse vereinbaren. Neue Verträge wichtiger Branchen stehen ab dem Herbst an, in dem die Tarifpartner in der Chemischen Industrie und der Metall- und Elektroindustrie über Lohnzuwächse verhandeln. Die Gewerkschaften streben zwar einen vollständigen Ausgleich für die hohen Inflationsraten an, werden aber wohl zunächst lediglich eine teilweise Kompensation durchsetzen können.<sup>21)</sup> Auch im kommenden Jahr, wenn eine große Tarifrunde ansteht, dürften neben der Wirtschaftserholung und zunehmenden Arbeitskräfteengpässen die weiterhin hohen Teuerungsraten zu stärkeren Lohnsteigerungen beitragen. Hinzu kommen mögliche Nachholeffekte als Ausgleich für die verhaltenen Lohnanhebungen in den während der Pandemie abgeschlossenen Tarifverträgen.

*Tarifverdienste ziehen an und steigen am Ende des Projektionszeitraums sogar noch deutlich stärker als im letzten Konjunkturhoch*

<sup>18</sup> Die Zuwanderung war damit auch spürbar höher als in der letzten Projektion erwartet. Allerdings war der Anteil von Flüchtlingen an diesem Anstieg sehr hoch, insbesondere aus Syrien und Afghanistan. Die Arbeitsmarktintegration ist hier wesentlich aufwendiger als im Fall arbeitsmarkt-orientierter Zuwanderung, etwa aus anderen EU-Staaten.

<sup>19</sup> Zunächst sind vor allem Frauen mit Kindern nach Deutschland geflohen. Den Frauen kann zwar generell eine hohe Erwerbsbereitschaft und eine gute Qualifikation unterstellt werden, dennoch haben sie häufig Kinderbetreuungsaufgaben zu erfüllen. Außerdem sind Sprachhürden zu überwinden und die Aufenthaltsperspektive ist je nach Kriegsverlauf und der sehr hohen Rückkehrwilligkeit der Betroffenen kaum abzuschätzen.

<sup>20</sup> Zusammen mit der erhöhten Zuwanderung im Jahr 2021 werden damit im Projektionszeitraum etwa 300 000 mehr Erwerbspersonen erwartet als in der Dezember-Projektion unterstellt.

<sup>21</sup> Auch in der Vergangenheit setzten die Gewerkschaften ihre Tarifforderungen nur zum Teil durch. Zu berücksichtigen ist zudem die aktuelle Lage: Die gestiegenen Preise für die weitgehend importierten fossilen Energieträger verringern für sich genommen den Verteilungsspielraum im Inland.

Im Jahr 2024 könnte sich der Lohnanstieg vor allem aufgrund der sich verschärfenden Arbeitsmarktknappheit noch weiter verstärken. Damit legen die Tarifverdienste im laufenden und im kommenden Jahr beinahe so kräftig zu wie im konjunkturellen Boom vor der Pandemie, am Ende des Projektionszeitraums sogar noch deutlich stärker.<sup>22)</sup>

*Effektivverdienste wachsen durchgehend stark, können hohe Teuerung aber zunächst nicht voll ausgleichen*

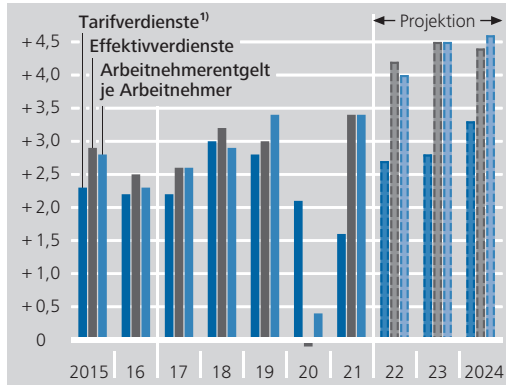
Die Effektivverdienste steigen im laufenden Jahr wohl erneut erheblich kräftiger an als die Tarifverdienste. Dies liegt maßgeblich an dem weiteren Rückgang der Kurzarbeit und der zunehmenden Arbeitszeit. Hinzu kommen höhere erfolgsabhängige Prämien der Industriekonzerne. Zudem löst die Anhebung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € je Stunde im Herbst 2022 einen kräftigen Lohnschub aus, der allerdings bei jahresdurchschnittlicher Betrachtung erst im Jahr 2023 seine volle Wirkung entfaltet.<sup>23)</sup> Im weiteren Verlauf des Projektionszeitraums dürften darüber hinaus vermehrt bezahlte Überstunden und vor allem die zunehmende Arbeitsmarktknappheit zu stärkeren Lohnsteigerungen beitragen. Die Lohndrift ist daher durchgängig positiv. Die nominalen Lohnsteigerungen liegen im Projektionszeitraum über alle drei Jahre bei fast 4½ %, was seit der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr zu beobachten war. Gleichwohl reichen diese starken Zuwächse zunächst nicht aus, um die hohe Teuerung vollständig zu kompensieren. Erst im Jahr 2024 dürften die – anhand des HVPI berechneten – Reallöhne wieder merklich ansteigen.

*Lohnstückkosten steigen kräftig, am BIP-Deflator gemessene Binneninflation bleibt auch 2024 noch erhöht*

Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer legen im Projektionszeitraum mit ähnlich hohen Raten zu wie die Effektivverdienste – im Jahr 2024 sogar noch etwas kräftiger, da sich hier die deutlich steigenden Sozialbeiträge der Arbeitgeber bemerkbar machen. Für die Lohnstückkosten bedeutet dies, dass sie nach dem verhaltenen Zuwachs im vergangenen Jahr im laufenden Jahr mit rund 3½ % besonders kräftig ansteigen. Maßgeblich dafür ist, dass der erhöhte konjunkturelle Gegenwind den Zuwachs der Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen) vor-

### Tarif- und Effektivverdienste sowie Arbeitnehmerentgelte

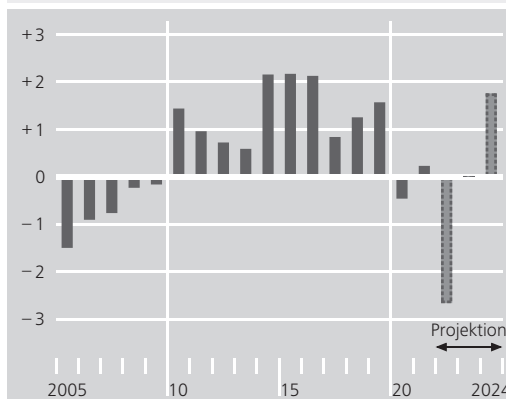
Veränderung gegenüber Vorjahr in %, auf Monatsbasis



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Projektionen.  
 1 Gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank.  
 Deutsche Bundesbank

### Reale Effektivverdienste je Arbeitnehmer<sup>2)</sup>

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und eigene Projektionen. \* Deflationiert mit dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex.  
 Deutsche Bundesbank

rübergehend dämpft. Darin spiegelt sich die vergleichsweise robuste Erholung des Arbeitsmarktes wider. Im kommenden Jahr legt die

**22** In den Vorausschätzungen der Tarifverdienststeigerungen werden sämtliche in der Tarifverdienststatistik der Bundesbank erfassten Abschlüsse der Vergangenheit (etwa 500 Tarifverträge und Besoldungsregelungen) berücksichtigt. Am Ende ihrer vertraglichen Laufzeit werden sie unter Beachtung gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und branchenspezifischer Besonderheiten fortgeschrieben.

**23** Der Impuls des höheren Mindestlohns auf den Anstieg der Effektivverdienste wird auf etwa 0,8 Prozentpunkte geschätzt. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022f). Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn steigt zuvor bereits zum 1. Januar 2022 und zum 1. Juli 2022 an. Diese Anhebungen wirken sich gesamtwirtschaftlich stärker auf die Effektivlöhne aus als auf die Tarifverdienste, die gleichwohl in einigen Niedriglohnbranchen wie dem Hotel- und Gastgewerbe stark beeinflusst werden.

Arbeitsproduktivität wieder stärker zu, sodass die Lohnstückkosten mit rund 2 ½ % moderater steigen. Aus heutiger Sicht dürften sie 2024 aber erneut etwas stärker anziehen. Der von den Arbeitskosten ausgehende Preisdruck ist damit im Projektionszeitraum durchgehend hoch. Dies beschränkt für sich genommen den Spielraum für höhere Gewinnmargen. Diese wurden im vergangenen Jahr noch stark ausgeweitet. Zugleich setzt auch der starke Anstieg der Energiepreise die Profitabilität der Unternehmen unter Druck. Allerdings ist das gegenwärtige Umfeld immer noch durch eine hohe Nachfrage gekennzeichnet, sodass steigende Kosten gut weitergegeben werden können.<sup>24)</sup> Insgesamt dürfte der Anstieg des BIP-Deflators im laufenden und im kommenden Jahr den Zuwachs der Lohnstückkosten noch etwas übertreffen. Im Jahr 2024 könnte er hingegen etwas dahinter zurückbleiben. Mit einem Anstieg um rund 2 ½ % wäre die am BIP-Deflator gemessene Binneninflation dann aber immer noch deutlich erhöht.

*Inflationsrate überstieg frühere Erwartungen bei Weitem*

Die bereits zuvor überaus hohe Inflationsrate legte im Winterhalbjahr noch weiter zu. Die Teuerungsrate (gemessen am HVPI) erreichte im April 2022 einen historischen Höchststand von 7,8 %.<sup>25)</sup> So hohe Preissteigerungsraten gab es hierzulande zuletzt zu Zeiten der Ölpreis-Krise in den 1970er Jahren. In der Projektion vom Dezember war dagegen ein Rückgang der Rate auf etwa 4 % erwartet worden. Dass die Teuerung die Erwartung so stark überstieg, lag vor allem, aber nicht nur, an der Energiekomponente. Schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine zeigte sich der Preisaufrtrieb in der Breite kräftiger als erwartet. Der Krieg und seine Folgen verschärften den ohnehin hohen Preisdruck. So stiegen die Rohölnotierungen drastisch an. Zudem verteuerten sich dadurch wohl auch andere Kosten der Mineralölproduktion. Auf der Verbraucherstufe zogen deshalb die Preise für Benzin und Heizöl allein zwischen Februar und März um knapp 30 % an. Auch auf die Preise für Nahrungsmittel waren die Auswirkungen massiv. Sie lagen im April fast 7 % höher als im Vorjahr. In der Projektion vom

Dezember war noch nicht einmal mit einer halb so hohen Rate gerechnet worden. Auch Industriegüter ohne Energie verteuerten sich deutlich stärker als erwartet, wohl aufgrund von wieder verschärften Lieferengpässen und dem Anstieg der Rohstoffpreise. Die Preise für Dienstleistungen überraschten ebenfalls nach oben. Dies ist zum Teil auf Reiseleistungen zurückzuführen, bei denen der kräftige Ölpreisanstieg eine Rolle gespielt haben dürfte. Aber auch die anderen Dienstleistungskomponenten verteuerten sich stärker als erwartet.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürfte die HVPI-Rate nur sehr langsam zurückgehen.<sup>26)</sup> Denn der Preisdruck bleibt vorerst hoch: Zwar sinken die Rohölnotierungen annahmegemäß spürbar. Gleichzeitig dürften andere für Kraftstoffe und Heizöl maßgebliche Kostensteigerungen noch einige Zeit fortbestehen. Darüber hinaus wird wahrscheinlich der vorangegangene massive Anstieg der Marktnotierungen für Erdgas weiter an die Verbraucherinnen und Verbraucher durchgereicht werden.<sup>27)</sup> Auch bei Nahrungsmitteln dürfte der starke Preisanstieg die Spitze noch nicht erreicht haben. Den Annahmen zufolge ziehen die europäischen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in diesem Jahr insgesamt um rund 40 % an. Dies reflektiert auch die Kriegsfolgen: Die Erzeugerpreise für Produkte wie Weizen, bei dessen Export die Ukraine eine wichtige Rolle einnimmt, steigen sogar noch stärker an. Durch den Krieg wurden zudem Kosten für andere Produktionsbestandteile in die

*Preisdruck bleibt vorerst hoch: Bei Energie und Nahrungsmitteln, ...*

<sup>24</sup> In Branchen, die besonders unter den Einschränkungen der Pandemie litten, könnten die Preise sogar überproportional steigen, um vergangene Verluste auszugleichen.

<sup>25</sup> Die bereits veröffentlichte Schnellschätzung für den Monat Mai 2022 lag bei Projektionsabschluss noch nicht vor.

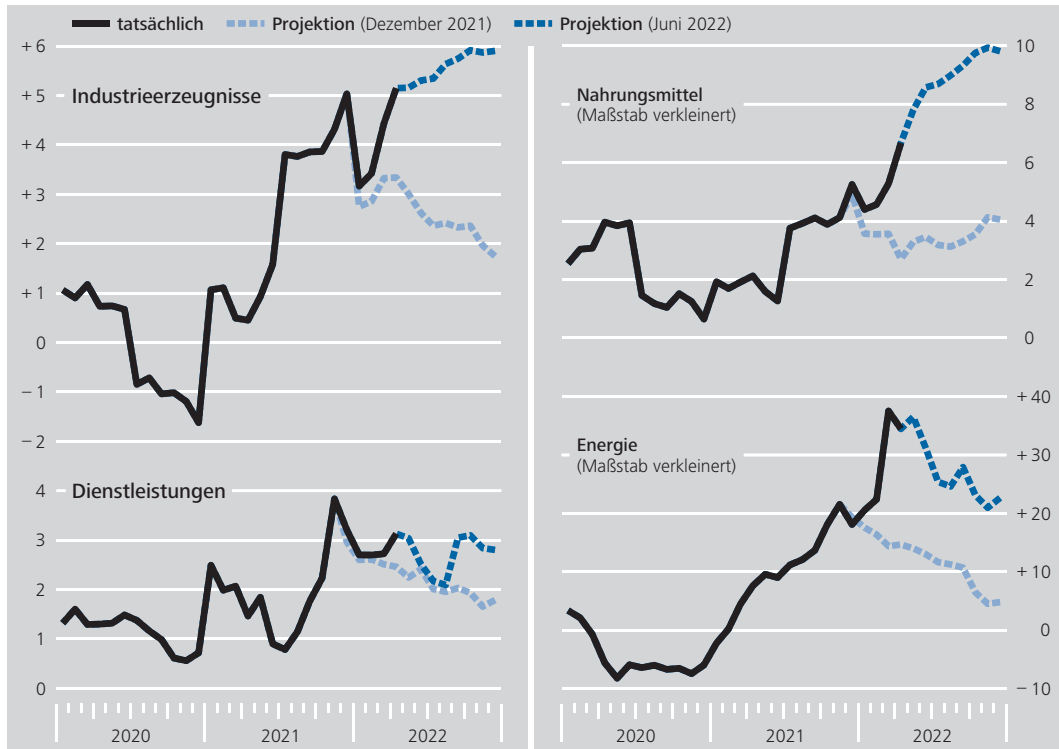
<sup>26</sup> Die staatlichen Entlastungsmaßnahmen können den Preisdruck nur etwas dämpfen. Unmittelbare Preiswirkungen haben die Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe, die Einführung eines Neun-Euro-Tickets im öffentlichen Personennahverkehr von Juni bis August sowie die staatliche Übernahme der Umlage für Erneuerbare Energien (EEG-Umlage) auf den Strompreis zum Juli. Die geschätzten Preiswirkungen dieser Maßnahmen finden sich in der Tabelle auf S. 34.

<sup>27</sup> Die Energiepreise werden auch von der zu Jahresbeginn erfolgten Anhebung des CO<sub>2</sub>-Preises auf die Verwendung fossiler Brennstoffe beeinflusst. Diese dürfte die Gesamtrate im laufenden Jahr um etwas weniger als 0,2 Prozentpunkte erhöhen. Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2019).



## Jüngste Aufwärtsrevisionen der Projektionen der HVPI-Komponenten in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Projektionen.  
 Deutsche Bundesbank

Höhe getrieben, beispielsweise der Preis für Düngemittel. Schließlich betrifft die deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns im Oktober einige Bereiche des Nahrungsmittelsektors besonders, wie etwa das Bäckereihandwerk.

... aber auch bei anderen Industriewaren und Dienstleistungen

Auch die Preise für Industriegüter ohne Energie werden in diesem Jahr wohl erheblich zulegen. Maßgeblich hierfür dürften – abgesehen von den höheren Preisen für Energierohstoffe – weiterhin vor allem Lieferengpässe sein. Zudem könnten bei einigen Dienstleistern pandemiebedingte Geschäftsschließungen im Nachgang zusätzlich preiserhöhend wirken, wenn zuvor erlittene Verluste nach Wegfall der Schutzmaßnahmen über höhere Margen kompensiert werden. Auch von den wieder anziehenden Arbeitskosten dürfte Preisdruck ausgehen, der üblicherweise vor allem bei den Dienstleistern zu Buche schlägt. Auch hier sind zudem einige Branchen, wie beispielsweise das Friseurhandwerk oder das Taxigewerbe, in besonderem

Maß von der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 € je Stunde betroffen.<sup>28)</sup>

Nimmt man die Entwicklungen in den einzelnen Teilbereichen zusammen, so könnte die HVPI-Rate im Jahr 2022 auf 7,1% ansteigen. Dies ist mehr als doppelt so hoch wie im Jahr zuvor und die mit Abstand höchste Rate seit Beginn der Währungsunion. Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet könnte sich die Rate von 2,2% auf 3,6% erhöhen, was dreimal höher als der langjährige Durchschnitt ist.

*Inflationsrate wird im laufenden Jahr wohl einen historischen Höchststand erreichen*

Ab dem kommenden Jahr dürfte die Teuerungsrate allmählich zurückgehen. Annahmegemäß

<sup>28</sup> Spürbare Preiseffekte in einigen Dienstleistungsbereichen hatte es auch zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 gegeben. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2015). Auf den Warenkorb insgesamt bezogen dürften die Auswirkungen allerdings begrenzt bleiben. So ist über den gesamten Projektionszeitraum von einem Mindestlohneffekt auf die HVPI-Rate von nur knapp zwei Zehntel Prozent auszugehen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022f).

## Geschätzte Wirkungen staatlicher Entlastungsmaßnahmen auf die Verbraucherpreise

Effekte in Prozentpunkten

Maßnahme	Zeitraum	Betroffene HVPI-Komponente	Effekt auf HVPI-Rate insgesamt		
			Monat	Jahresdurchschnitt	
				2022	2023
Absenkung Kraftstoffsteuer	Juni bis August 2022	Energie	1) -0,4	-0,1	+0,1
Neun-Euro-Ticket ÖPNV	Juni bis August 2022	Dienstleistungen	1) -0,5	gut -0,1	gut +0,1
Staatliche Übernahme der Erneuerbaren Energien (EEG)-Umlage	ab Juli 2022	Energie	-0,4	-0,2	-0,2
Insgesamt	-	-	-	gut -0,4	0,0

1 Vorübergehende Maßnahme, Effekt im Monat der Einführung, Gegeneffekt in gleicher Höhe im Monat nach Auslauf der Maßnahme.  
 Deutsche Bundesbank

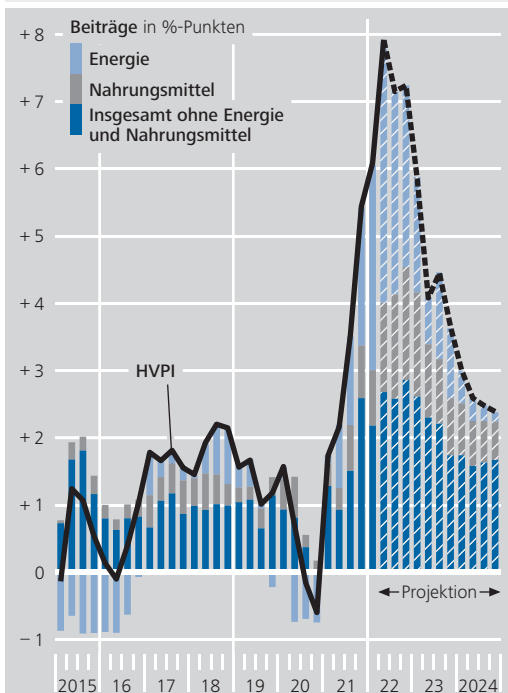
Im weiteren Projektionszeitraum geht Teuerungsrate zwar zurück, ...

sinken die Rohstoffpreise für Energie deutlich. Da die kräftige Verteuerung an den Märkten für Erdgas und Elektrizität aber teilweise erst mit Verzögerung an die Endkunden weitergereicht werden dürfte, fällt der Preisanstieg bei Energie im Jahr 2023 noch merklich überdurchschnitt-

lich aus. Erst im Jahr 2024 könnte er sich wieder normalisieren.<sup>29)</sup> Auch bei den Nahrungsmittelpreisen lässt der Druck gemäß den Annahmen zu den Rohstoffpreisen nach. Allerdings sorgen die kräftig steigenden Löhne und die Kosten, die mit dem Umbau hin zu einer nachhaltigeren und tierfreundlicheren Produktionsweise einhergehen, weiter für Auftrieb. Die Raten fallen daher in den Folgejahren zwar niedriger, aber immer noch überdurchschnittlich hoch aus. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel dürfte ebenfalls zurückgehen. Maßgeblich ist, dass sich der Preisdruck von den Lieferengpässen über den Projektionszeitraum nach und nach abschwächt und die indirekten Auswirkungen der hohen Energiepreise sowie die Verteuerung von Importen (ohne Energie) nachlassen. Dem wirken mehrere Faktoren teilweise entgegen: Der hohe Druck von den Arbeitskosten wirkt sich zunehmend aus, zumal sich die Konjunkturlage verbessert. Zweitrundeeffekte der zuvor stark gestiegenen Verbraucherpreise über den Lohnkanal spielen dabei auch eine – wenngleich begrenzte – Rolle. Hinzu kommen verzögerte Auswirkungen der kräftigen Mindestlohnhebung im Herbst 2022. Schließlich wird wohl auch die Transfor-

## Beiträge der Komponenten zur HVPI-Gesamtrate

vierteljährlich, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und eigene Projektionen.  
 Deutsche Bundesbank

<sup>29</sup> In den Jahren 2023 und 2024 wird der weiter steigende CO<sub>2</sub>-Preis die Gesamtrate jeweils um etwa 0,1 Prozentpunkte erhöhen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019).

mation der deutschen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität und zur Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die durch den Ukrainekrieg an Dringlichkeit gewann, mit steigendem Kostendruck einhergehen.

*... liegt aber auch am Projektionshorizont noch auf vergleichsweise hohem Niveau*

Insgesamt könnte die HVPI-Rate auf 4,5 % im Jahr 2023 und auf 2,6 % im Jahr 2024 zurückgehen. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel könnte sich 2023 zunächst auf 3,2 % und 2024 weiter auf 2,4 % verringern. Die Teuerungsraten fallen damit am Ende des Projektionszeitraums immer noch merklich höher aus als im längerfristigen Durchschnitt.

## ■ Öffentliche Finanzen

*Abnehmende coronabedingte Budgetlasten lassen Defizitquote 2022 sinken*

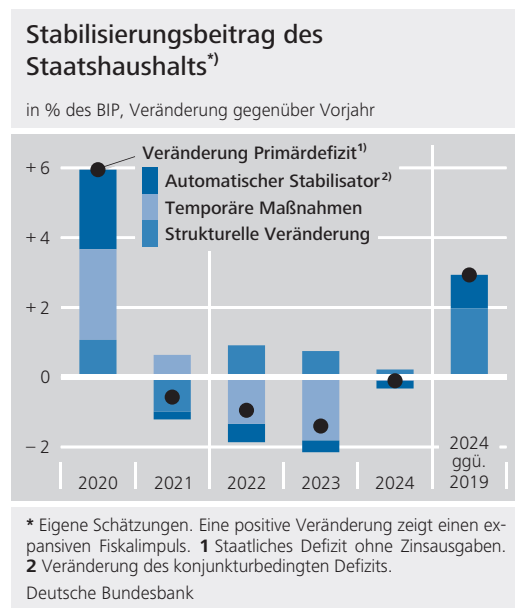
Im Jahr 2022 geht die gesamtstaatliche Defizitquote gemäß dieser Projektion auf etwa 2¾ % zurück (2021: 3,7 %). Ausschlaggebend sind deutlich abnehmende coronabedingte Budgetlasten. Zudem profitieren die Einnahmen vom dynamischen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter und des nominalen privaten Konsums. Belastend schlagen hingegen neue Maßnahmen zu Buche (vgl. zu diesen sowie zu den Corona-Maßnahmen S. 21f.). Zudem wachsen die Ausgaben der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung deutlich. Die starken Preisanstiege verteuern insbesondere den Staatsverbrauch und die staatlichen Investitionen.

*2023 noch stärkerer Rückgang, es bleiben aber deutliche Defizite*

Im Jahr 2023 sinkt die Defizitquote deutlich auf 1½ %. Denn die Maßnahmen aus der Coronakrise sowie die Hilfen aufgrund der hohen Energiekosten entfallen weitestgehend. Zudem profitiert der Staatshaushalt von der fortgesetzten Konjunkturerholung. Im Jahr 2024 verändert sich die Defizitquote kaum. Wachsende Fehlbeträge der Extrahaushalte des Bundes für Klimaschutz und die Bundeswehr gleichen entlastende Faktoren in anderen Bereichen aus.

*Strukturelle Defizite bei historisch hohen Primärausgaben*

Das strukturelle gesamtstaatliche Defizit bewegt sich im Projektionszeitraum nach oben Richtung 1½ % des BIP.<sup>30</sup> Defizite sind vor allem beim Bund angelegt, insbesondere bei seinen Son-



dervermögen. Vor der Coronakrise stand noch ein gesamtstaatlicher struktureller Überschuss zu Buche (2019: ½ % des BIP). Ausschlaggebend für den Umschwung sind steigende Ausgaben, insbesondere für Verteidigung und Klimaschutz, aber auch im sozialen Bereich, vor allem für Renten und Pflege. Die strukturelle Primärausgabenquote (ohne Zinsausgaben) steigt über den Projektionszeitraum weiter deutlich.

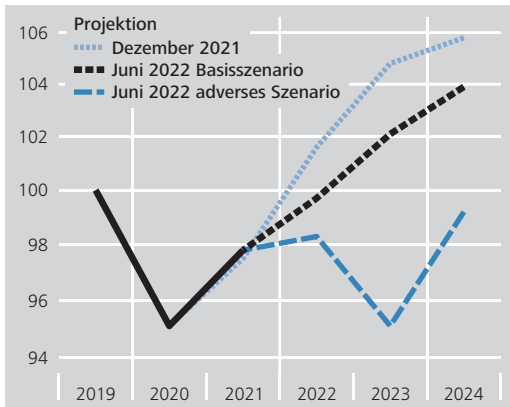
Über den Projektionszeitraum sinkt die Schuldenquote deutlich auf rund 63 % (2021: 69,3 %). Hinter dem Rückgang steht vor allem das relativ stark wachsende nominale BIP im Nenner. Trotz der Defizite sinkt dadurch die Quote. Des Weiteren gehen schuldenstandserhöhende Corona-Sondereffekte zurück, die sich nicht im Defizit zeigen. So werden etwa Hilfskredite zurückgezahlt. Auch dürften vorhandene Kassenreserven zur Haushaltsfinanzierung eingesetzt werden, was den Schuldenbedarf verringert. Außerdem werden die Portfolios staatlicher Bad Banks weiter abgebaut.

*Schuldenquote fällt deutlich, bleibt aber über 60 %*

**30** Aus den strukturellen Größen werden Konjunkturreinflüsse und spezielle temporäre Effekte herausgerechnet. In den Jahren 2023 und 2024 spielen diese Einflüsse kaum noch eine Rolle.

## Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2019=100, log. Maßstab, Jahresdurchschnitte



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Projektionen.  
 Deutsche Bundesbank

## Risikobeurteilung

*Risiken in der Gesamtschau für das Wirtschaftswachstum abwärts-, für die Inflationsrate aufwärtsgerichtet*

Die hier beschriebenen makroökonomischen Projektionen unterliegen im gegenwärtigen Umfeld einer außergewöhnlich hohen Unsicherheit. Zu den größten Unwägbarkeiten zählen der weitere Verlauf des Ukrainekriegs einschließlich seiner wirtschaftlichen Folgewirkungen, die weltweite Entwicklung der Pandemie sowie die Auswirkungen der hohen Teuerung. Aus heutiger Sicht erscheinen die Risiken in der Gesamtbetrachtung für das Wirtschaftswachstum – vor allem wegen eines möglichen Ausfalls russischer Energielieferungen – abwärtsgerichtet. Hinsichtlich der Inflation dominieren im gesamten Projektionszeitraum die Aufwärtsrisiken. Nach Abschluss der Projektion ist ein Teil dieser Risiken bereits eingetreten. Bereits aufgrund der überraschend hohen Inflationsdynamik im Mai könnte die HVPI-Rate im Jahresdurchschnitt 2022 aus heutiger Sicht bei 7 ¾ % liegen.

*Realwirtschaftliche Abwärtsrisiken in Bezug auf den Fortgang des Ukrainekriegs und seine Folgen*

Schon im Basisszenario der Projektion sind aufgrund des Ukrainekriegs beträchtliche Abschläge für die wirtschaftlichen Aussichten unterstellt. Diese könnten aber noch erheblich stärker ausfallen. Sollte sich der Konflikt intensivieren, würden die direkten und mittelbaren Auswirkungen länger und stärker zum Tragen

kommen. In diesem Zusammenhang könnte es auch zu einem Lieferstopp aller russischen Energieprodukte kommen – entweder durch ein Einfuhreembargo seitens der EU und ihrer Partner oder durch einen einseitigen Stopp der Lieferungen seitens Russlands. Zwar konnte die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieträgern seit Beginn des Krieges bereits deutlich reduziert werden (vgl. die Ausführungen auf S. 37 ff.). Dennoch würde die deutsche Wirtschaft in einem solchen adversen Risikoszenario wohl einen markanten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität erfahren, der zugleich mit weiteren Preissteigerungen verbunden wäre (vgl. die Ausführungen auf S. 37 ff.).<sup>31)</sup> Sollte sich die Situation dagegen unerwartet rasch entspannen, könnte die wirtschaftliche Aktivität höher und die Inflationsrate niedriger ausfallen.

Auch mit dem Fortgang der Pandemie ist weiterhin ein Abwärtsrisiko für die wirtschaftliche Aktivität verbunden. Zwar entfielen hierzulande im Frühjahr die meisten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus. In China führen Schutzmaßnahmen aber weiterhin zu erheblichen Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens mit teilweise beträchtlichen Folgen für dessen Wirtschaft, aber auch für die globale Konjunktur. So dämpften angeordnete Lockdowns in mehreren großen Städten – etwa in Shanghai mit seinem weltgrößten Containerhafen – das Wirtschaftsgeschehen und verstärkten die Störungen der globalen Lieferketten. Sollte die Weltwirtschaft im Sog anhaltender Verwerfungen in China ins Stocken geraten, könnten im Projektionszeitraum die Lieferengpässe<sup>32)</sup> noch hartnäckiger und die Auslandsnachfrage schwächer ausfallen als angenom-

*Entwicklung der Pandemie weiterhin ein Abwärtsrisiko für die Wirtschaftsaktivität*

<sup>31</sup> Im Vergleich zu früheren Simulationsrechnungen verschiebt sich die zu erwartende Rezession vor allem aufgrund der zeitlichen Verlagerung der Effekte durch Gasrationierungen in das nächste Jahr. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022g).

<sup>32</sup> Störungen der globalen Wertschöpfungs- und Logistikketten könnten auch aus anderen Gründen – etwa aufgrund von Folgen des Ukrainekriegs – gravierender ausfallen als in der Projektion unterstellt. Aber auch eine günstigere Entwicklung ist nicht ausgeschlossen. Weniger bindende Lieferengpässe gingen mit einer dynamischeren Erholung der Ausfuhren und einer früheren Normalisierung des Preisanstiegs einher.

## Mögliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft in einem adversen Risikoszenario

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine globalen ökonomischen Auswirkungen prägen die der gesamtwirtschaftlichen Projektion zugrunde liegenden Annahmen (siehe die Ausführungen auf S. 19 ff.). Ein adverses Risikoszenario soll dazu beitragen, der bezüglich zentraler Annahmen bestehenden Unsicherheit Rechnung zu tragen. Anders als im Basisszenario wird hier davon ausgegangen, dass sich der Konflikt verschärft.<sup>1)</sup> Damit verbunden ist eine weitere Intensivierung und Ausweitung der Sanktionsmaßnahmen ab Sommer dieses Jahres. Die Preise für Energie- und Nahrungsmittelrohstoffe steigen stärker und bleiben über den gesamten Projektionszeitraum auf einem höheren Niveau. Zudem wird ein vollständiger permanenter Stopp russischer Energieexporte in die Europäische Union (EU) angenommen. Dies hat Rationierungen von Energie und Produktionskürzungen in den betroffenen Ländern zur Folge. Zudem werden in diesem Szenario weitere Verwerfungen beim Außenhandel und verschärfte Lieferkettenprobleme unterstellt. Insbesondere Nahrungsmittelexporte aus der Ukraine und Russland gehen im Vergleich zum Basisszenario stärker zurück. Insgesamt erhöht sich annahmegemäß die makroökonomische Unsicherheit sowie die Volatilität an den Finanzmärkten. Gegenüber dem Basisszenario wird eine unveränderte Geld- und Fiskalpolitik unterstellt.<sup>2)</sup>

### Rationierungseffekte im Zuge eines Lieferstopps von Gas

Ein Ausfall russischer Energielieferungen ab dem dritten Vierteljahr 2022 führt im Szenariozeitraum zu Engpässen bei der Gasversorgung. Durch das Ausbleiben von Erdöl und Steinkohle aus Russland ergeben sich aufgrund der mittlerweile weitgehend beste-

### Wichtige Annahmen im adversen Szenario

Abweichungen gegenüber Basisszenario in %<sup>1)</sup>

Position	2022	2023	2024
Rohstoffpreise			
Rohöl	25,5	53,2	34,7
Erdgas	90,5	170,4	109,5
Nahrungsmittel	3,2	19,2	23,8
Absatzmärkte der deutschen Exporteure	- 1,8	- 5,7	- 5,9

Quelle: EZB-Stab. <sup>1</sup> Angaben zu den Annahmen im Basisszenario befinden sich in der Tabelle auf S. 20.

Deutsche Bundesbank

henden Unabhängigkeit von diesen Lieferungen annahmegemäß keine Rationierungseffekte.<sup>3)</sup> Die Höhe der Gaslücke – also

<sup>1</sup> Das adverse Szenario wurde als Teil der gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems spezifiziert und von allen nationalen Zentralbanken des Eurosystems simuliert. Es basiert auf gemeinsamen Annahmen, auf die sich die Fachleute des Eurosystems verständigten; die Ergebnisse sind in die Szenariorechnung für den Euroraum insgesamt eingegangen. Vgl.: Europäische Zentralbank (2022). Die Auswirkungen auf die Entwicklung ausländischer Absatzmärkte der Exporteure und die Konkurrenzpreise wurden vom EZB-Stab berechnet und den nationalen Zentralbanken zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für eine Abschätzung zu Bewegungen von Kreditzinsen und Aktienmarkt. Frühere Rechnungen der Bundesbank zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs in einem ähnlich definierten Risikoszenario finden sich in: Deutsche Bundesbank (2022g). Auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu diesen früheren Rechnungen wird nachfolgend an geeigneten Stellen eingegangen (siehe insbesondere S. 28 f.).

<sup>2</sup> In Bezug auf die Fiskalpolitik in Deutschland bedeutet dies für die hier vorgestellten Rechnungen, dass keine zusätzlichen fiskalischen Maßnahmen angenommen werden, die über die modellendogen angelegten automatischen Stabilisatoren hinausgehen.

<sup>3</sup> Seit Jahresbeginn 2022 haben sich die jeweiligen Abhängigkeiten von Russland deutlich reduziert, vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022). Der Anteil von russischen Lieferungen für Steinkohle lag Anfang Mai 2022 noch bei rund 8%; durch das 5. EU-Sanktionspaket ist eine vollständige Unabhängigkeit bis Mitte August 2022 gesetzlich vorgegeben. Für Rohöl beträgt die Abhängigkeit von russischen Lieferungen aktuell noch rund 12%; hier entfällt der Großteil auf die Raffinerie in Schwedt. Sie kann jedoch mit einer gewissen Übergangsfrist über die Häfen Rostock und Danzig mit Ersatzlieferungen versorgt werden, vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022).

des Betrages, um den der Gasbedarf die verfügbare Menge übersteigt – hängt von mehreren Aspekten ab. Dazu zählen das Ausmaß der zu ersetzenden russischen Lieferungen sowie die Möglichkeit, kurzfristig Gas aus anderen Ländern zu beziehen.<sup>4)</sup> Darüber hinaus spielen Anpassungen der Energieverbraucher eine wichtige Rolle. Mehrere jüngere Studien legen nahe, dass signifikante Einsparungen beim Erdgasverbrauch auch in der kurzen Frist möglich sind.<sup>5)</sup> Zudem ist die voraussichtliche Befüllung der Erdgasspeicher ein wichtiger Faktor. Ausgehend von der durchschnittlichen Entwicklung der Gasspeicherstände seit Anfang Mai 2022 wird angenommen, dass die Gasspeicher Anfang Juli 2022 zu über 60 % gefüllt sind.

Das zeitliche Profil der Deckungslücke bei der Gasversorgung wird zum einen durch das Tempo der Angebotsausweitungen und durch die Einsparmöglichkeiten bestimmt.<sup>6)</sup> Zum anderen spielt das Saisonmuster des Erdgasverbrauchs, der Vorrang bestimmter Verbrauchergruppen und der Füllstand der Gasspeicher eine Rolle. Der Gasverbrauch verringert sich üblicherweise in den Sommermonaten deutlich, was die Befüllung der Erdgasspeicher für die Wintermonate ermöglicht. Durch die gesetzlich festgelegte Priorisierung bei der Gasversorgung von grundlegenden sozialen Diensten und Haushaltskunden sowie kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, ist die Industrie überproportional von der Gasrationierung betroffen.<sup>7)</sup> Dabei wird in der Modellierung die Annahme getroffen, dass zwei Fünftel der Industrie durchgängig mit Gas versorgt werden, beispielsweise um die Produktion essenzieller Vorleistungen und Endprodukte zu gewährleisten oder permanente Schäden an den Produktionsanlagen zu vermeiden.<sup>8)</sup> Schließlich wird in der Modellierung in allen Monaten ein gewisser Mindestfüllstand der Gasspeicher unterstellt, um die zukünftige

Versorgung geschützter Kunden zu gewährleisten und die Unsicherheit bezüglich des voraussichtlichen Gasverbrauchs – zum Beispiel im Falle eines höheren Bedarfs während eines ungewöhnlich kalten Winters –

---

**4** Laut Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) lag die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen im April dieses Jahres bei 35 %. Sie konnte im Vergleich zu den Vorjahren, wo sie im Mittel bei 55 % gelegen hatte, in den ersten Monaten dieses Jahres bereits deutlich reduziert werden. Dafür waren Angebotsausweitungen anderer Länder ausschlaggebend, die anhalten könnten. Darüber hinaus wird in der vorliegenden Rechnung unterstellt, dass ab Januar 2023 zusätzliche Lieferungen über schwimmende LNG-Terminals in Deutschland zur Verfügung stehen und dass diese Kapazitäten ab Mitte 2023 sukzessive ausgebaut werden. Ab dem 3. Vj. 2024 führen die Angebotsausweitungen und die unterstellten Einsparungen dazu, dass die deutsche Gasversorgung unabhängig von russischen Lieferungen ist. Diese Unabhängigkeit würde aufgrund des unterstellten höheren Anpassungsdruckes etwas schneller erreicht, als vom BMWK angenommen, vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022).

**5** Vgl.: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2022), Forschungszentrum Jülich (2022) sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2022). In den Szenariorechnungen werden Einsparungen bei der Industrie, den privaten Haushalten, dem Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, dem Verkehr sowie der Strom- und der Wärmeerzeugung unterstellt. Insgesamt ergeben sich Einsparungen beim Gasverbrauch in Höhe von ungefähr 18 % in den ersten vier Quartalen nach Beginn des Lieferstopps. Ab Sommer 2023 werden aufgrund des bis dahin für Anpassungen zur Verfügung stehenden Zeitraums weitere Einsparungen von 10 Prozentpunkten (d. h. insgesamt 28 % relativ zum Verbrauch vor dem Lieferstopp) unterstellt.

**6** Für eine weitere Szenarioanalyse mit einer unterjährigen Gaslücke, vgl. auch: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022).

**7** Vgl.: Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung, § 53a. Zum Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen zählen in diesem Kontext aus dem Bereich des Produzierenden Gewerbes alle Handwerksbetriebe und Betriebe bis 19 Beschäftigten sowie sämtliche Betriebe des Handel- und Dienstleistungsbereichs. Es wird hier angenommen, dass zwei Drittel des Bereichs Gewerbe, Handel und Dienstleistungen der priorisierten Gruppe angehören.

**8** Die Entscheidung über die Rationierung von nicht geschützten Kunden in der Notfallstufe des Notfallplans Gas für die Bundesrepublik Deutschland (vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019)) trifft die Bundesnetzagentur. Hierbei spielen laut Bundesnetzagentur mehrere Kriterien wie bspw. notwendige Vorlaufzeiten der Abschaltung, die Abwendung von volks- und betriebswirtschaftlichen Schäden, Versorgungssicherheit mit kritischen Endprodukten wie Lebensmitteln oder Medikamenten und Substitutionsmöglichkeiten in der Produktion eine wichtige Rolle, vgl.: Frankfurter Allgemeine Zeitung (2022) sowie Bundesnetzagentur (2022).



zu berücksichtigen.<sup>9)</sup> Der Verbrauch der übrigen, ungeschützten Gaskunden muss dann im Zeitraum vom dritten Vierteljahr 2022 bis zum zweiten Vierteljahr 2023 im Durchschnitt um knapp ein Drittel gedrosselt werden. Auch ab dem dritten Vierteljahr 2023 kommt es zu einer gewissen Gaslücke. Diese fällt aber deutlich kleiner aus als in den vorangegangenen vier Quartalen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Einschränkungen bei der Gasversorgung können mithilfe eines sektoralen Input-Output-Modells überschlägig abgeschätzt werden.<sup>10)</sup> Das Modell bildet unter anderem die Lieferketten unter den Sektoren der deutschen Wirtschaft über die im Rechenwerk enthaltenen Vorleistungsverflechtungen ab. In den Rechnungen werden die direkt betroffenen Sektoren in der Industrie und im

**9** Die im Gasspeichergesetz festgelegten Füllstandsvorgaben werden hingegen in der Szenariorechnung nicht vollständig eingehalten. Diese könnten im Notfall hinter den anderen Kriterien der Bundesnetzagentur zurückstehen, vgl.: Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs. Die in jedem Monat zu gewährleistende Mindestbefüllung der Speicher wird hier auf 10 % gesetzt.

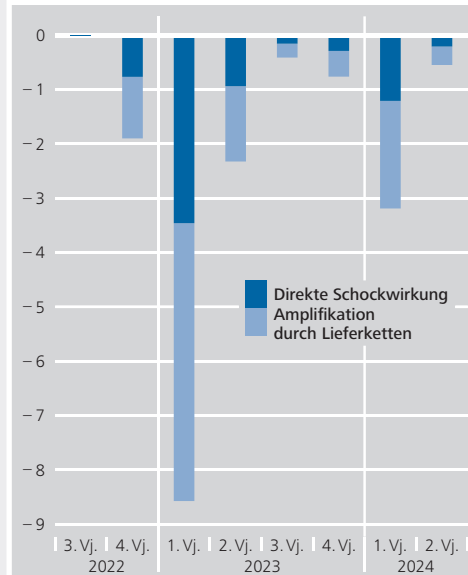
**10** Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022g).

**11** Für Branchen in der Industrie mit hoher Intensität des Erdgaseinsatzes (gemessen am Verhältnis von Erdgaseinsatz zu Wertschöpfung) wird unterstellt, dass der Rückgang der Erdgasversorgung in Höhe von 31 % (3. Vj. 2022 bis 2. Vj. 2023) bzw. 11 % (3. Vj. 2023 bis 2. Vj. 2024) zu einem Rückgang des Outputs in prozentual gleicher Höhe führt. Für eine Übersicht dieser Branchen, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022g). Für die übrigen Branchen wird die Schockhöhe entsprechend ihrer geringeren Intensität des Erdgaseinsatzes sowie ihres Anteils an priorisierten Verbrauchergruppen nach unten angepasst.

**12** Das Quartalsprofil der BIP-Einbußen ergibt sich aus den vierteljährlichen Anteilen an der Gaslücke pro Jahr. Um die Rationierungseffekte zu glätten, wird angenommen, dass zwischen dem 4. Vj. 2022 und dem 2. Vj. 2024 ein konstanter Anteil des Gasverbrauchs der ungeschützten Kunden gekürzt wird. Diese Annahme wirkt sich weder auf die Höhe der Gaslücke noch auf die kumulierten wirtschaftlichen Verluste aus. Sie beeinflusst lediglich die Verteilung der Verluste beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) über die Quartale und ermöglicht so eine bessere Integration der Rationierungseffekte in die nachfolgende Simulation mit dem makroökonomischen Modell der Bundesbank. Ohne diese Annahme würden sich die BIP-Verluste noch stärker auf das 1. Vj. 2024 konzentrieren.

### Mögliche BIP-Verluste aufgrund von Produktionskürzungen bei Rationierung von Erdgas<sup>\*)</sup>

Abweichungen vom Basisszenario in %



Quelle: Berechnungen auf Basis der deutschen Input-Output-Tabelle für 2018 des Statistischen Bundesamtes. \* Schocks auf nicht-priorisierte Branchen in der Industrie und bei den Dienstleistungen in Abhängigkeit der Erdgasintensität ihrer Tätigkeit.  
 Deutsche Bundesbank

Dienstleistungsbereich dem Gasrationierungsschock in unterschiedlichem Maße ausgesetzt. Branchen mit höherem Erdgasinsatz in der Produktion relativ zur Wertschöpfung – wie die Chemiebranche oder Metallindustrie – trifft es stärker als jene mit geringer Erdgasintensität in der Produktion.<sup>11)</sup>

Gemäß den Modellrechnungen würden die durch den Gaslieferstopp verursachten Produktionsausfälle zu Wertschöpfungsverlusten in Höhe von 3¼ % im Zeitraum vom dritten Vierteljahr 2022 bis zum zweiten Vierteljahr 2023 führen.<sup>12)</sup> Dabei wirkt die Gasrationierung vor allem im ersten Vierteljahr des kommenden Jahres. Daher materialisiert sich ein Großteil der BIP-Verluste im Jahr 2023. Die für den Zeitraum vom dritten Vierteljahr 2023 bis zum zweiten Vierteljahr 2024 errechneten BIP-Verluste fallen aufgrund des geringeren Ausmaßes der Gaslücke mit 1¼ % deutlich kleiner aus als in

den vier Quartalen zuvor. Starke Amplifikationseffekte über die Lieferketten erhöhen dabei die ursprüngliche Schockwirkung auf das Zweieinhalbfache. Dies ist dadurch zu erklären, dass einige der besonders stark betroffenen Branchen wichtige Vorleistungen für andere Produktionsbereiche liefern.<sup>13)</sup>

### Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Szenarios werden mithilfe des makroökonomischen Modells der Bundesbank (BbkM-DE) abgeschätzt.<sup>14)</sup> Dabei werden auch die Effekte der Gasrationierung in die Simulationen mit BbkM-DE integriert.<sup>15)</sup> Der einheitliche Modellrahmen bietet die Möglichkeit, das zeitliche Profil der Produktionsausfälle aufgrund fehlender Gaslieferungen mit den weiteren Angaben zum makroökonomischen Umfeld – unter anderem bezüglich der Rohstoffpreis- und Absatzmarktentwicklung sowie der Unsicherheitseffekte – zu kombinieren. So können auch ihr Einfluss auf die Inflationsrate ermittelt und gesamtwirtschaftliche Rückkopplungen, etwa über den Arbeitsmarkt, einbezogen werden. Da in BbkM-DE das BIP – wie in dieser Modellklasse üblich – über seine Verwendungskomponenten bestimmt wird, werden die sektorspezifischen Produktionsausfälle mithilfe von Angaben aus den Input-Output-Tabellen zur Aufteilung der jeweiligen Gütergruppen auf die Komponenten der letzten Verwendung verteilt.<sup>16)</sup> Die Implementierung in BbkM-DE mittels zusätzlicher Schocks auf die verwendungsseitigen BIP-Komponenten berücksichtigt gleichwohl den angebotsseitigen Charakter der Produktionskürzungen.<sup>17)</sup>

Die Simulationsrechnungen weisen für das kommende Jahr die stärkste Belastung des realen BIP aus. Neben den Rationierungseffekten trägt hierzu vor allem der Einbruch der Absatzmärkte deutscher Exporteure bei.<sup>18)</sup> Insgesamt vergrößert sich der Rück-

stand des realen BIP-Niveaus gegenüber dem Basisszenario von ungefähr 1½ % im laufenden Jahr auf etwa 6¾ % im Jahr 2023. Das BIP geht dann gegenüber dem Jahr 2022 um gut 3 % zurück – statt wie im Basisszenario um knapp 2½ % zu steigen.

**13** Die Höhe dieses Faktors ergibt sich vor allem aus der Zusammensetzung der vom Schock betroffenen Sektoren und ihrer relativen Position im deutschen Produktionsnetzwerk. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Verstärkungseffekte über die Lieferkettenverflechtungen im gewählten Modellrahmen unterschätzt werden. Vgl. bspw.: Deutsche Bundesbank (2022g) sowie Krebs (2022).

**14** Die Unsicherheitseffekte und disaggregierten Preiswirkungen auf die HVPI-Komponenten Energie und Nahrungsmittel werden – wie in Deutsche Bundesbank (2022g) – mithilfe von Satellitenmodellen quantifiziert und dann in die Simulationen eingebunden. Für Details zu BbkM-DE, vgl.: Haertel et al. (2022).

**15** Dies wurde in früheren Simulationsrechnungen der Bundesbank nicht in dieser Weise umgesetzt, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022g).

**16** Demnach werden die Exporte am stärksten von den Gasrationierungen beeinträchtigt, gefolgt von den Ausrüstungs- und sonstigen Anlageinvestitionen. Der private Konsum ist weniger betroffen. Bei der Verteilung der Produktionskürzungen auf die Verwendungskomponenten wird unterstellt, dass die Wirtschaftssubjekte im Fall der Nichtverfügbarkeit eines Gutes keine Ausweichmöglichkeiten nutzen, die über das hinausgehen, was bereits bei der Ermittlung der Rationierungseffekte annahmegemäß veranschlagt wurde (vgl. auch Fußnote 22). Dies erscheint insbesondere im Fall der maßgeblichen Investitionen und Exporte plausibel.

**17** Zu diesem Zweck wird angenommen, dass der hierdurch herbeigeführte Rückgang des BIP, der ökonomisch den Produktionskürzungen zuzuordnen ist, keine Wirkung auf die Produktionslücke hat. Ein möglicher preisdämpfender Effekt aufgrund der Rationierung wird dadurch ausgeschaltet. Zusätzlich wird angenommen, dass die Unternehmen bei ihrer Preissetzung den Einfluss der Produktivitätsrückgänge auf die Lohnstückkosten entsprechend der geschätzten Verhaltensgleichungen durchschlagen lassen. Die davon ausgehenden Preiserhöhungen wurden mithilfe eines strukturellen vektorautoregressiven Modells plausibilisiert.

**18** Die Abgrenzung der Wirkungskanäle in den Abbildungen unterscheidet sich von jener in Deutsche Bundesbank (2022g). Darin umfasste der Beitrag der deutschen Auslandsnachfrage nur die direkten Verwerfungen im bilateralen Außenhandel mit der Ukraine und Russland. Indirekte Auswirkungen der höheren Rohstoffpreise auf die Absatzmärkte in anderen Ländern wurden dem Kanal der Rohstoffpreise zugeordnet. Der dargestellte Effekt ausländischer Konkurrenzpreise hatte sich in Deutsche Bundesbank (2022g) auf die darin ausgewiesenen Wirkungskanäle verteilt, wobei der weitaus größte Teil auf den Rohstoffpreiskanal entfiel. Der dargestellte Unsicherheitskanal enthält – anders als in Deutsche Bundesbank (2022g) – auch explizit die Auswirkungen höherer Kreditzinsen und niedrigerer Aktienkurse.



Im Jahr 2024 wächst das BIP im adversen Szenario allerdings erheblich stärker als im Basisszenario. Gleichwohl liegt das Niveau des realen BIP dann noch 4½ % unter dem des Basisszenarios.

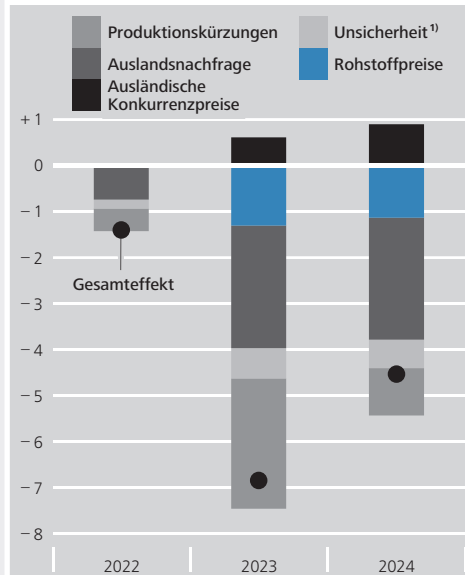
Die Inflationsrate übersteigt die Raten aus dem Basisszenario im laufenden Jahr insbesondere wegen der höheren Ölpreise. Erst im Folgejahr entfalten auch die Gaspreissteigerungen ihre Wirkung auf die Verbraucherpreise. Im selben Jahr zeigen sich zudem die aus den Produktionskürzungen resultierenden Preiserhöhungen. Gemäß den Simulationen klingen die Einflüsse von Ölpreis und Produktionsausfällen im Jahr 2024 wieder ab, und die anhaltend niedrigere Nachfrage aus dem Ausland dämpft die Preisentwicklung. Insgesamt läge die Inflationsrate im adversen Szenario im Durchschnitt des laufenden Jahres ½ Prozentpunkt und im Jahr 2023 um etwas mehr als 1½ Prozentpunkte über den Raten des Basisszenarios, bevor sich der Effekt im Jahr 2024 auf knapp ¼ Prozentpunkt abschwächt.

Die in den Simulationen ermittelten Effekte bedeuten, dass die deutsche Wirtschaft in diesem adversen Szenario vorübergehend erheblich schrumpft anstatt wie im Basisszenario auf einen gedämpften Erholungskurs zu gehen. Im Durchschnitt des laufenden Jahres stellt sich zwar noch ein leicht positives BIP-Wachstum ein (siehe Tabelle auf S. 43). Dies ist jedoch nur der BIP-Steigerung in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu verdanken.<sup>19)</sup> Insbesondere aufgrund der im kommenden Winter einsetzenden Rationierungseffekte geht das BIP im Jahr 2023 stark zurück. Im Jahr 2024 erholt sich die Wirtschaft zwar von dem neuerlichen Rückschlag, erreicht das Leistungsniveau von vor der Pandemie aber noch nicht wieder. Die Inflationsrate fällt zugleich für einen länge-

<sup>19</sup> Der daraus resultierende statistische Überhang aus dem Jahr 2021 beträgt 1,1 Prozentpunkte.

### Mögliche Auswirkungen auf das Niveau des realen BIP in Deutschland im adversen Szenario

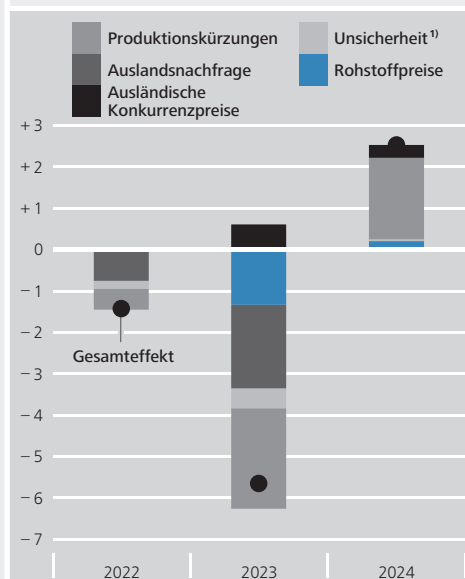
Abweichungen vom Basisszenario in %



Quelle: Eigene Berechnungen mit BbKM-DE, aufbauend auf den gemeinsamen Annahmen des Eurosystems zum internationalen Umfeld und einschl. Informationen aus SVAR-Modell und Input-Output-Analyse. <sup>1</sup> Einschl. Kreditzinsen und Aktienmarkt. Deutsche Bundesbank

### Mögliche Auswirkungen auf die Jahresveränderungsrate des realen BIP in Deutschland im adversen Szenario

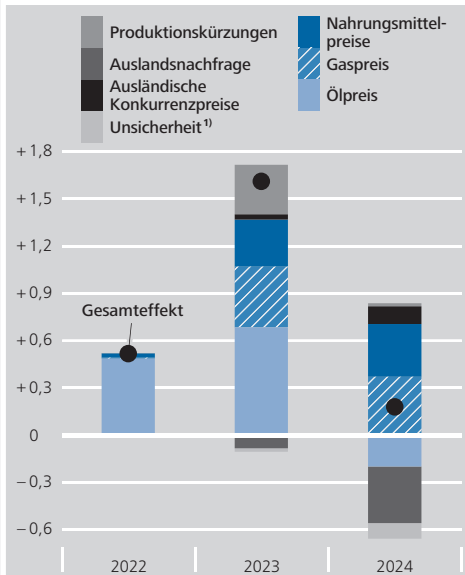
Abweichungen vom Basisszenario in %-Punkten



Quelle: Eigene Berechnungen mit BbKM-DE, aufbauend auf den gemeinsamen Annahmen des Eurosystems zum internationalen Umfeld und einschl. Informationen aus SVAR-Modell und Input-Output-Analyse. <sup>1</sup> Einschl. Kreditzinsen und Aktienmarkt. Deutsche Bundesbank

### Mögliche Auswirkungen auf die HVPI-Rate in Deutschland im adversen Szenario

Abweichungen vom Basisszenario in %-Punkten



Quelle: Eigene Berechnungen mit Bbkm-DE aufbauend auf den gemeinsamen Annahmen des Eurosystems zum internationalen Umfeld und einschl. Informationen aus SVAR-Modell und Input-Output-Analyse. <sup>1</sup> Einschl. Kreditzinsen und Aktienmarkt. Deutsche Bundesbank

ren Zeitraum sehr hoch aus. Im Jahr 2024 liegt die Teuerung noch etwas höher als ohnehin im Basisszenario der Projektion veranschlagt.

### Einordnung der Ergebnisse

Aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung seit Beginn des Ukrainekriegs spielt der Zeitpunkt, zu dem dieses adverse Szenario erstellt wurde, eine wichtige Rolle bei der Einordnung der Ergebnisse. Hieraus leiten sich auch Unterschiede zu früheren Berechnungen der Bundesbank ab, die im April 2022 veröffentlicht wurden.<sup>20</sup> Diese betreffen sowohl den Ausblick zum makroökonomischen Umfeld<sup>21</sup> als auch die Auswirkung der Energierationierung.<sup>22</sup> Durch den späteren Aufsatzpunkt des aktuellen adversen Szenarios und die Berücksichtigung der saisonalen Muster bei der Gasversorgung verschiebt sich die Wirkung der Mengenausfälle bei der Gasversorgung auf die wirt-

schaftliche Aktivität in das kommende Jahr. Dann schlagen zusätzlich der dämpfende Einfluss höherer Rohstoffpreise und des schwächeren Außenhandels zu Buche. Daher treffen die Belastungsfaktoren des adversen Szenarios die deutsche Wirtschaft aus heutiger Sicht erst ab dem Jahr 2023 mit voller Wucht.

Insgesamt unterliegen die Schätzungen der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des

**20** Im Monatsbericht April 2022 lag der Szenariobeginn am Ende des ersten Vierteljahres 2022, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022g). In den aktuellen Rechnungen wurde er auf den Beginn der zweiten Jahreshälfte verschoben. Daher kommt es im laufenden Jahr zu geringeren Auswirkungen auf das internationale Umfeld und die deutsche Wirtschaft.

**21** Der Anstieg der Energierohstoffpreise gegenüber dem Basisszenario fällt nunmehr geringer aus. Ein Teil der in den früheren Rechnungen veranschlagten Preisanstiege bei den Rohstoffen ist inzwischen im Basisszenario enthalten. Der Impuls von den Rohstoffpreisen lässt im letzten Jahr des Projektionszeitraums zudem stärker nach, auch weil für das Jahr 2024 nun ein deutlicherer Rückgang gegenüber dem Vorjahr unterstellt wird. Die unterstellten Auswirkungen des Szenarios auf die deutsche Auslandsnachfrage liegen in einer ähnlichen Größenordnung wie zuvor (abgesehen vom laufenden Jahr). Dies gilt auch für die Effekte auf die Nahrungsmittelpreise und die ausländischen Konkurrenzpreise. Die Unsicherheitseffekte verlagern sich stärker in die Folgejahre. Die zuvor einbezogenen und weitere zwischenzeitlich von der Bundesregierung beschlossenen fiskalischen Maßnahmen (im Bereich Rüstung und zur Entlastung von gestiegenen Energiekosten) sind nunmehr bereits im Basisszenario enthalten (vgl. S. 21 f.) und damit nicht mehr Teil des adversen Szenarios.

**22** Im Vergleich zu den früheren Rechnungen wurden u. a. die Gaslücke detaillierter über Einsparmöglichkeiten und Angebotsausweitungen berechnet und ein Quartalsprofil der Rationierung modelliert. Durch den späteren unterstellten Beginn des Lieferstopps füllen sich die Erdgasspeicher nunmehr über das Sommerhalbjahr 2022, sodass der Gasversorgungsengpass später auftritt. Die Schocksetzung wurde dahingehend angepasst, dass die ungeschützten Branchen entsprechend ihrer (relativen) Gasintensität direkt dem Schock ausgesetzt werden. Hingegen werden die Gaslieferungen an die Energieversorger nunmehr aufgrund von Substitutionen bzw. Priorisierung kaum von der Rationierung betroffen sein. Schließlich werden bei der Bestimmung der Gaslücke explizit Verhaltensanpassungen unterschiedlicher Verbrauchergruppen, etwa aufgrund höherer Gaspreise, berücksichtigt. Diese Anpassungen nehmen im Zeitablauf außerdem zu. Daher wird in den vorliegenden Rechnungen über den gesamten Analysezeitraum die vollständige Additivität der BIP-Verluste, die auf Mengenbeschränkungen gemäß Input-Output-Modell zurückzuführen sind, mit jenen aufgrund höherer Gaspreise gemäß Bbkm-DE unterstellt.

adversen Szenarios erheblicher Unsicherheit.<sup>23)</sup> Insbesondere die Rechnungen zu den Ausstrahlwirkungen ausgebliebener Gaslieferungen über die Lieferketten der deutschen Wirtschaft können der Komplexität der sektoralen Verflechtungen nur grob Rechnung tragen. Die Effekte auf das reale BIP können sowohl höher als auch niedriger als hier dargestellt ausfallen.<sup>24)</sup> In Bezug auf die Inflationsrate überwiegt das Aufwärtsrisiko. So ist bei den weiterhin erwarteten hohen Inflationsraten auch eine stärkere Weitergabe gestiegener Produktionskosten in die Verbraucherpreise möglich.<sup>25)</sup> Außerdem ist die Gefahr einer Verfestigung der hohen Teuerung über stärkere Zweitrundeneffekte im adversen Szenario noch höher (vgl. die Ausführungen zur Risikobeurteilung auf S. 44 f.).

### Vergleich Basisszenario zu adversem Szenario – Projektion vom Juni 2022

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2022	2023	2024
Reales BIP, kalenderbereinigt			
Basisszenario	1,9	2,4	1,8
adverses Szenario	0,5	-3,2	4,3
HVPI			
Basisszenario	7,1	4,5	2,6
adverses Szenario	7,6	6,1	2,8

Deutsche Bundesbank

**23** Zu Modellunsicherheiten und Unsicherheiten bei der Definition des Szenarios, vgl. auch die Ausführungen in: Deutsche Bundesbank (2022g), S. 28 f.

**24** So könnten mehr Möglichkeiten zur Substitution die BIP-Verluste dämpfen. Hierzu zählen Ausweichmöglichkeiten beim Konsum oder Verhaltensänderungen bei privaten Haushalten oder Unternehmen, die mit BbKM-DE nicht abgebildet werden. Andererseits könnten die Gewinne preislicher Wettbewerbsfähigkeit in dem Umfang überzeichnet sein, wie der Anstieg ausländischer Konkurrenzpreise auf höhere Absatzpreise energieexportierender Handelspartner zurückzuführen ist. Denn deutsche Exporteure konkurrieren nicht auf dem Energiemarkt, sondern führen andere Güter aus. Auch im Hinblick auf die Rationierungseffekte besteht Unsicherheit, insbesondere hinsichtlich der Einsparmöglichkeiten unterschiedlicher Verbrauchergruppen, der Terminierung und des Ausmaßes der Angebotsausweitung sowie des Ausmaßes der Verstärkungseffekte über die Lieferketten.

**25** Aktuelle Inflationszahlen deuten darauf hin, dass die Weitergabe bei den Gasverbraucherpreisen in den letzten Monaten schneller erfolgte, als dies in den Modellschätzungen zugrunde liegenden Stichprobenzeitraum der Fall war. Dementsprechend könnten sich die hier ausgewiesenen Gaspreiseffekte zeitlich nach vorne verlagern. Zudem ermöglicht eine Preisanpassungsklausel in der kürzlich beschlossenen Novelle des Energiesicherungsgesetzes den Energieversorgern, bereits mit der Alarmstufe des Notfallplans Gas kurzfristig und unabhängig von der Vertragssituation Preiserhöhungen an ihre Kunden weiterzugeben.

## Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Projektion – ohne Kalenderbereinigung

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Position	2021	2022	2023
BIP (real)	2,9	1,8	2,2
desgl. kalenderbereinigt	2,9	1,9	2,4
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,1	3,7	1,5
nachrichtlich: Sparquote	15,0	10,8	9,1
Konsumausgaben des Staates	3,1	0,1	-2,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	1,8	4,7
Unternehmensinvestitionen <sup>1)</sup>	2,5	1,3	6,6
Private Wohnungsbauinvestitionen	1,3	0,8	-0,5
Exporte	9,9	0,5	4,8
Importe	9,3	2,7	2,9
nachrichtlich: Leistungsbilanzsaldo <sup>2)</sup>	7,4	4,1	4,7
Beiträge zum BIP-Wachstum <sup>3)</sup>			
Inländische Endnachfrage	1,1	2,2	1,3
Vorratsveränderungen	1,0	0,4	-0,1
Exporte	4,3	0,3	2,4
Importe	-3,5	-1,1	-1,3
Arbeitsmarkt			
Arbeitsvolumen <sup>4)</sup>	1,9	1,5	1,4
Erwerbstätige <sup>4)</sup>	0,0	1,3	0,3
Arbeitslose <sup>5)</sup>	2,6	2,3	2,3
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	5,7	5,0	4,9
nachrichtlich: Erwerbslosenquote <sup>7)</sup>	3,6	3,0	3,0
Löhne und Lohnkosten			
Tarifverdienste <sup>8)</sup>	1,6	2,7	2,8
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	3,5	4,2	4,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	3,4	4,0	4,5
Reales BIP je Erwerbstätigen	2,8	0,5	1,9
Lohnstückkosten <sup>9)</sup>	0,5	3,4	2,6
nachrichtlich: BIP-Deflator	3,1	3,8	3,2
Verbraucherpreise <sup>10)</sup>			
ohne Energie	2,4	4,4	3,9
Energiekomponente	10,1	27,2	8,5
ohne Energie und Nahrungsmittel	2,2	3,6	3,2
Nahrungsmittelkomponente	3,0	7,8	6,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Eurostat. 2022 bis 2023 eigene Projektionen. <sup>1</sup> Private Anlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. <sup>2</sup> In % des nominalen BIP. <sup>3</sup> Rechnerisch, in Prozentpunkten. Abweichungen in der Summierung bedingt. <sup>4</sup> Inlandskonzept. <sup>5</sup> In Millionen Personen (Definition der Bundesagentur für Arbeit). <sup>6</sup> In % der zivilen Erwerbspersonen. <sup>7</sup> International standardisiert gemäß ILO-Definition, Eurostat-Abgrenzung. <sup>8</sup> Auf Monatsbasis; gemäß Tarifverdienstindex der Bundesbank. <sup>9</sup> Quotient aus dem im Inland entstandenen Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und dem realen BIP je Erwerbstätigen. <sup>10</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Deutsche Bundesbank

men. Dies würde die deutschen Exporte und Investitionen belasten. Aber auch der weitere Verlauf der Pandemie hierzulande birgt Risiken. Sollte sich – etwa im Herbst – die Infektionslage verschärfen, beispielsweise infolge neuer Virusvarianten, und wieder umfangreichere Schutzmaßnahmen ergriffen werden, könnte der private Konsum erneut einen Rückschlag erleiden.

Im Inland bestehen mit Blick auf den privaten Konsum weitere Risiken in beide Richtungen. Die privaten Haushalte könnten ihre während der Pandemie zusätzlich gebildeten Ersparnisse in einem größeren oder kleineren Ausmaß als hier unterstellt für künftige Konsumausgaben verwenden. Die diesbezüglichen Unwägbarkeiten rühren vor allem von möglichen Wechselwirkungen mit der hohen Teuerung und der Unsicherheit über deren Dauer sowie den Sorgen in Bezug auf den Fortgang des Ukrainekriegs her.

Die Aussichten für den Preisanstieg waren bereits in den vergangenen Projektionen mit großer Unsicherheit behaftet. Vor dem Hintergrund der Pandemie und ihrer Besonderheiten war schon länger unklar, inwieweit historische Zusammenhänge noch gelten. Die wiederholte deutliche Unterschätzung des Preisauftriebs und die extrem hohen Inflationsraten stellen dies immer mehr infrage. Seit Ausbruch des Ukrainekriegs übertrafen die Preisanstiege die Erwartungen in noch größerem Ausmaß. Mit einem möglichen Lieferstopp russischer Energieexporte würden die Preise für Energie nochmals spürbar steigen (vgl. die Ausführungen auf S. 37 ff.). Nicht nur die Öl- und Gaspreise selbst dürften dann anziehen. Infolge der Knappheiten könnte es überdies – ähnlich wie zuletzt beobachtet – zu Kostenaufschlägen in anderen Bereichen kommen. Auch zusätzliche Lieferprobleme, etwa aufgrund einer Verschärfung des Pandemiegeschehens in Asien, könnten für vermehrten Preisdruck sorgen.<sup>33)</sup> Schließlich könn-

*Unwägbarkeiten mit Blick auf Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland*

*Preisanstiege könnten sich wegen Ukrainekrieg und Lieferengpässen noch verstärken*

<sup>33</sup> Aufgrund Chinas zentraler Rolle für die globale Rohstoffnachfrage könnte eine langanhaltende Schwächephase der chinesischen Wirtschaft die Preise für Öl und Industriemetalle allerdings auch drücken.

ten die Kosten der Transformation der deutschen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität noch höher ausfallen als in der Projektion unterstellt.

*Anhaltend hohe Inflationsraten erhöhen das Risiko von Zweitrundeneffekten über Inflationserwartungen und Löhne*

Die Vielzahl der Kostenanstiege, denen sich Unternehmen ausgesetzt sehen, dürfte die Wahrscheinlichkeit noch erhöhen, dass diese Kosten schneller und stärker an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergereicht werden als dies in der Vergangenheit der Fall war. Eine solche stärkere Kostenweitergabe wurde in der Projektion nur sehr begrenzt unterstellt; auch, weil diesbezügliche Annahmen ebenfalls einer hohen Unsicherheit unterliegen.<sup>34)</sup> Entsprechend stellt dies ein Aufwärtsrisiko dar. Die längerfristigen Inflationserwartungen verharrten zuletzt auf einem Niveau von rund 2 % und waren damit höher als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Sollten sie weiter steigen, könnten sie das Preissetzungsverhalten der Unternehmen dahingehend beeinflussen, dass sie ihre Preise in Erwartung einer höheren Inflation bereits heute anheben. Dies könnte zu einer

länger anhaltenden hohen Teuerung beitragen. Ähnliche Zweitrundeneffekte könnten auch in Form höherer Lohnanstiege auftreten. Bislang spielte dieser Kanal in Deutschland zwar keine größere Rolle und auch in der Projektion ist nur ein geringes Maß an Verstärkungseffekten über die Löhne enthalten. Dennoch könnten anhaltend hohe Teuerungsraten und gestiegene Inflationserwartungen zu breitflächig höheren Lohnforderungen und vermehrt zu stärkeren Tarifierhebungen führen, die über das in der Projektion veranschlagte Maß hinausgehen. Sollten die Unternehmen daraufhin erneut ihre Preise anpassen, blieben die Inflationsraten über einen längeren Zeitraum erhöht. Eine daraufhin stärkere geldpolitische Straffung als in den Projektionen unterstellt, würde die wirtschaftliche Aktivität womöglich deutlicher dämpfen.

---

<sup>34</sup> In Einzelfällen gibt es Hinweise darauf, dass zumindest bei einigen Gütern eine schnellere Weitergabe bereits der Fall ist.

## ■ Literaturverzeichnis

Beckmann, E. und T. Schmidt (2020), Bundesbank online pilot survey on consumer expectations, Technical Paper der Deutschen Bundesbank, 01/2020.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019), Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland, September 2019.

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2022), Zweiter Fortschrittsbericht Energiesicherheit, 1. Mai 2022.

Bundesnetzagentur (2022), Lastverteilung Gas – Handlungsoptionen, Abwägungsentscheidung, situationsbedingtes Handeln, 17. Mai 2022, [https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle\\_gasversorgung/HintergrundFAQ/Download.pdf](https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/aktuelle_gasversorgung/HintergrundFAQ/Download.pdf).

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2022), Kurzfristige Substitutions- und Einsparpotenziale Erdgas in Deutschland, 17. März 2022.

Deutsche Bundesbank (2022a), Wöchentlicher Aktivitätsindex für die deutsche Wirtschaft, <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/konjunktur-und-preise/woechentlicher-aktivitaetsindex>.

Deutsche Bundesbank (2022b), Lieferengpässe dürften Industrieproduktion noch längere Zeit beeinträchtigen, Monatsbericht, Mai 2022, S. 60–61.

Deutsche Bundesbank (2022c), Zu den möglichen längerfristigen Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die russische Wirtschaft, Monatsbericht, Mai 2022, S. 15–16.

Deutsche Bundesbank (2022d), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2022, S. 72–86.

Deutsche Bundesbank (2022e), Bundesbank-Online-Panel-Haushalte (BOP-HH) – Fragebogen Welle 27 – März 2022, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/825490/b509f03af0fe6d16eac44269c86e4f45/mL/questionnaire-27-data.pdf>.

Deutsche Bundesbank (2022f), Makroökonomische Effekte der geplanten Erhöhung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf 12 € je Stunde, Monatsbericht, Februar 2022, S. 56–57.

Deutsche Bundesbank (2022g), Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario, Monatsbericht, April 2022, S. 15–31.

Deutsche Bundesbank (2021a), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 17–44.

Deutsche Bundesbank (2021b), Zu den Sparmotiven privater Haushalte während der Pandemie und ihren Implikationen für die Projektion, Monatsbericht, Juni 2021, S. 25–28.

Deutsche Bundesbank (2021c), Pandemiebedingte Schäden am deutschen Produktionspotenzial bislang moderat, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 30–32.

Deutsche Bundesbank (2020), Zum Sparverhalten privater Haushalte in der Pandemie, Monatsbericht, Dezember 2020, S. 28–29.

Deutsche Bundesbank (2019), Auswirkungen des Klimapakets auf Wirtschaftswachstum und Inflationsrate, Monatsbericht, Dezember 2019, S. 30–34.

Deutsche Bundesbank (2015), Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Verbraucherpreise – erste Erfahrungen, Monatsbericht, Mai 2015, S. 66–68.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2022), Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert, DIW aktuell, Nr. 83, 8. April 2022.

Dustmann, C., A. Lindner, U. Schönberg, M. Umkehrer und P. vom Berge (2022), Reallocation Effects of the Minimum Wage, *The Quarterly Journal of Economics*, 137, S. 267–328.

Europäische Zentralbank (2022), Eurosystem staff macroeconomic projections for the euro area, Juni 2022, [https://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/ecb.projections202206\\_eurosystemstaff~2299e41f1e.en.html](https://www.ecb.europa.eu/pub/projections/html/ecb.projections202206_eurosystemstaff~2299e41f1e.en.html).

Forschungszentrum Jülich (2022), Wie sicher ist die Energieversorgung ohne russisches Erdgas?, 16. März 2022.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2022), Netzagenturchef zur Gasnotlage „Das Leben ist dann nicht mehr fröhlich und locker“, 17. Mai 2022, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gas-aus-russland-das-passiert-wenn-nichts-mehr-geliefert-wird-18037540.html>.

Gesellschaft für Konsumforschung (2022), Konsumklima erreicht historisches Tief, Pressemitteilung vom 27. April 2022, <https://www.gfk.com/de/presse/konsumklima-erreicht-historisches-tief>.

Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG), § 53a, Sicherstellung der Versorgung von Haushaltskunden mit Erdgas.

Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen sowie zur Änderung von § 246 des Baugesetzbuchs, 26. April 2022.

Haertel, T., B. Hamburg und V. Kusin (2022), The macroeconomic model of the Bundesbank revisited, Technical Paper der Deutschen Bundesbank, 01/2022.

Krebs, T. (2022), Auswirkungen eines Erdgasembargos auf die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland, IMK Study, Nr. 79.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), Von der Pandemie zur Energiekrise – Wirtschaft und Politik im Dauerstress, Frühjahr 2022.





## Rentenversicherung: Langfristszenarien und Reformoptionen

*Die demografische Entwicklung setzt die Finanzen der Rentenversicherung künftig unter Druck. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Versorgungsniveau nach 2025 dauerhaft bei dem derzeitigen Wert von 48 % zu halten. Es bliebe dann deutlich höher als im rechtlichen Status quo. Dadurch stiegen der Beitragssatz und die steuerfinanzierten Bundesmittel erheblich stärker als bislang angelegt.*

*Die Höhe des Versorgungsniveaus sowie die Verteilung der Finanzierungslasten sind politisch abzuwägen und festzulegen. Bei aller Unsicherheit gilt es aber, die maßgeblichen langfristigen finanziellen Wirkungen transparent darzustellen. Dieser Aufsatz aktualisiert langfristige Simulationen der Bundesbank aus dem Jahr 2019. Diese sind keine Punktprognosen, sie zeigen aber Zusammenhänge und bebildern Ausgestaltungsoptionen. Die Simulationen starten 2026, also nach dem Ende der derzeitigen Übergangsregelungen. Daher steht die aktuelle Situation mit sehr hohen Inflationsraten nicht im Fokus.*

*Die Simulationen bilden zunächst den rechtlichen Status quo ab und vergleichen diesen mit dem Regierungsvorhaben (Versorgungsniveau stabil bei 48 %). In beiden Szenarien bleibt das Rentenalter ab den 2030er Jahren unverändert bei 67 Jahren. Gegenüber dem rechtlichen Status quo ist der Beitragssatz bei einem Versorgungsniveau von 48 % deutlich höher und steigt bis 2070 auf 29 %. Auch die Bundesmittel wachsen viel kräftiger, und der Bundeshaushalt gerät erheblich stärker unter Druck.*

*Darüber hinaus bebildet der Aufsatz zwei Reformoptionen. Beide orientieren sich an Vorgehensweisen zahlreicher europäischer Länder. Die erste Option garantiert ebenso wie das Regierungsvorhaben ein festes Versorgungsniveau, aber nur bei Rentenzugang. In der anschließenden Bezugsphase steigen die Renten mit der Inflation. Die Kaufkraft bleibt insoweit zwar erhalten. Allerdings dürfte das Versorgungsniveau im Verlauf des Ruhestands spürbar sinken, weil die Renten schwächer wachsen dürften als die Löhne. Die Effekte für Versicherte und Rentenfinanzen hängen maßgeblich davon ab, wie die Reform konkret ausgestaltet wird und wie sich die Reallöhne langfristig entwickeln. Wählt man ein Versorgungsniveau von 48 % bei Rentenzugang, sind Rentenleistungen, Beitragssatz und Bundeszuschüsse geringer als beim Regierungsvorhaben. Ein etwas höherer Startwert verringert die Abstände. Versicherte, die länger leben, sind insgesamt stärker von geringeren Rentenzahlungen gegenüber dem Regierungsvorhaben betroffen. Diese verfügen im Durchschnitt aber auch über höhere Einkommen. Solche Verteilungsaspekte sind letztlich politisch zu bewerten. Nachteilig erscheint, dass die längerfristige Finanzentwicklung der Rentenversicherung weniger vorhersehbar ist, weil sie zusätzlich davon abhängt, wie sich die Reallöhne entwickeln.*

*Die zweite Reformoption koppelt das gesetzliche Rentenalter an die steigende Lebenserwartung. Dies verhindert, dass die Rentenjahre stärker steigen als die Beitragsjahre. In der Simulation bleibt deren Relation ab Anfang der 2030er Jahre in etwa auf dem dann erreichten Niveau. Auf Basis aktueller Vorausschätzungen steigt das Renteneintrittsalter bis 2070 auf gut 69 Jahre. Die Koppelung dämpft den Druck auf Beitragssatz und Bundeshaushalt spürbar. Mit der längeren Erwerbsphase steigt neben den individuellen Renten zudem die Beschäftigung. Dies erhöht Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen. Es erscheint insgesamt gut nachvollziehbar, dass etliche nationale und internationale Beratungsgremien Deutschland eine solche Ausgestaltung empfehlen.*

## Demografische Entwicklung setzt Rentenfinanzen unter Druck

*Demografische Entwicklung setzt Rentenfinanzen perspektivisch unter Druck*

Die demografische Entwicklung setzt die Finanzen der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) perspektivisch unter Druck.<sup>1)</sup> Erstens erreichen bis zur Mitte der 2030er Jahre zunehmend geburtenstarke Jahrgänge ihr Rentenalter. Zweitens dürfte die Lebenserwartung weiter zunehmen.<sup>2)</sup> Um die Rentenversicherung finanziell stabil zu halten, ist an den Stellgrößen anzusetzen. Dazu zählen vor allem: das (standardisierte) Versorgungsniveau<sup>3)</sup>, das gesetzliche Rentenalter, der Beitragssatz und die steuerfinanzierten Mittel, die der Bund überweist (Bundesmittel).

*Bis 2025 Halte­linien für Bei­tragssatz und Versorgungs­niveau*

Bis einschließlich 2025 gelten für den Beitragssatz und das Versorgungsniveau Haltelinien. Der Beitragssatz, der gegenwärtig 18,6 % beträgt, darf 20 % nicht übersteigen. Das Versorgungsniveau darf 48 % nicht unterschreiten. Da es bereits bei 48 % liegt, wachsen die Renten bis 2025 parallel zu den Löhnen (nach Abzug der Sozialabgaben, vor Steuern). Das Rentenalter steigt zunächst noch weiter an.

*Status quo: ab 2026 wieder relativ breiter Anpassungsmix der Stellgrößen*

Ab 2026 sieht das geltende Recht wieder einen breiteren Anpassungsmix bei den Stellgrößen vor: Erstens sinkt das Versorgungsniveau, das heißt, die Renten wachsen langsamer als die Löhne.<sup>4)</sup> Zweitens steigt der Beitragssatz. Drittens nehmen die Bundesmittel stärker zu, weil sie an die steigenden Beitragssätze gebunden sind. Und viertens steigt das Rentenalter – aber nur bis Anfang der 2030er Jahre auf dann 67 Jahre.

*Bundesregierung plant längerfristige Haltelinie für Versorgungsniveau: Abgabenlast steigt dann deutlich stärker*

Die Bundesregierung beabsichtigt, das Versorgungsniveau langfristig zu stabilisieren, das heißt auch nach 2025 bei 48 %.<sup>5)</sup> Die Lasten verlagerten sich dann stärker auf die Beitragszahlenden, die zugleich den Hauptteil des Steueraufkommens leisten. Im Ergebnis stiegen der Beitragssatz und die steuerfinanzierten Bundesmittel deutlich kräftiger als nach derzeitiger Rechtslage. Der Bund müsste dann an anderer Stelle einsparen oder die Steuern deutlich er-

höhen. Es ist derzeit nicht vorgesehen, das Rentenalter nach 2031 weiter anzuheben. Die Bundesregierung hat dies für diese Legislaturperiode ausgeschlossen.<sup>6)</sup>

<sup>1</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2022) und Deutsche Bundesbank (2019), S. 62–64. Die Staatsfinanzen sind ein wichtiger Teil der gesamtwirtschaftlichen Analysen und Projektionen der Bundesbank. Die Rentenversicherung ist wiederum ein gewichtiger Teil der Staatsfinanzen. Die Bundesbank unterrichtet vierteljährlich über die aktuelle Entwicklung der Rentenversicherung. Sie legt in unregelmäßigen Abständen ausführlichere Berichte zur Rentenversicherung und insbesondere zu deren längerfristigen Perspektiven vor.

<sup>2</sup> Die Annahmen zur Lebenserwartung basieren auf der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (vgl.: Statistisches Bundesamt (2019)). Zwischenzeitlich legte das Statistische Bundesamt aktualisierte Vorausberechnungen zur mittleren Frist bis 2035 vor (vgl.: Statistisches Bundesamt (2021)). Diese berücksichtigen vor allem die tatsächliche Entwicklung bis zum aktuellen Rand. Damit bleibt die Entwicklung der Lebenserwartung hinter den zuvor gestellten Annahmen leicht zurück. Für die Zeit bis 2035 nimmt das Statistische Bundesamt nun an, dass die Lebenserwartung ab Geburt etwas weniger stark zunimmt als in vorangegangenen Vorausberechnungen. Die fernere Lebenserwartung ab 67 Jahren ist bis 2070 von den Revisionen kaum betroffen.

<sup>3</sup> Eine Definition wichtiger Begriffe in der Rentendiskussion findet sich in: Deutsche Bundesbank (2019), S. 57–58. Das Versorgungsniveau (Sicherungsniveau nach Sozialbeiträgen, aber vor Steuern) bildet die Standardrente im Verhältnis zum durchschnittlichen versicherungspflichtigen Entgelt ab. Die Standardrente ergibt sich nach 45 Beitragsjahren mit Durchschnittslohn. Das so ermittelte Versorgungsniveau beläuft sich aktuell auf gut 48 %. Die Standardrente fällt also knapp halb so hoch aus wie der Durchschnittsverdienst aller rentenversicherungspflichtig Beschäftigten (nach Abzug der Sozialbeiträge). Es handelt sich dabei folglich nicht um ein Verhältnis zum letzten individuellen Einkommen. Das Versorgungsniveau nach Steuern dürfte (ohne weitere Einkünfte und ohne Kindergeldansprüche) spürbar höher liegen, vgl.: Deutsche Bundesbank (2019), S. 58.

<sup>4</sup> Dies bewirkt insbesondere der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenanpassungsformel. Demnach wachsen die Renten schwächer als die Löhne (vor Abzug der Steuern aber nach Abzug der Sozialabgaben), wenn sich das Verhältnis von Rentenbeziehenden zu Beitragszahlenden erhöht. Die Rentenanpassungsformel ist detailliert beschrieben in: Deutsche Bundesbank (2019), S. 58.

<sup>5</sup> Vgl.: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021).

<sup>6</sup> Gemäß Koalitionsvertrag plant die Bundesregierung einen Kapitalstock in der GRV zu bilden. Dieser soll helfen, den Anstieg des Beitragssatzes zu dämpfen. Das Vorhaben ist bislang aber nicht weiter spezifiziert. Das im Koalitionsvertrag genannte Volumen von 10 Mrd € reicht nicht aus, um quantitativ nennenswerte Effekte zu erzielen.

## Internationale Tendenzen: Renten häufig mit Preisen indexiert und Rentenalter an Lebenserwartung gekoppelt

*In den meisten europäischen Ländern sind Renten an Preisentwicklung gebunden*

Viele Länder stehen vor vergleichbaren demografischen Herausforderungen wie Deutschland. Eine grundsätzlich lohnorientierte Rentenanpassung nach dem Rentenzugang (wie in Deutschland geplant) ist andernorts unüblich.<sup>7)</sup> Die meisten europäischen und weitere OECD-Länder indexieren die Renten zumindest teilweise mit den Preisen. Eine reine Preisindexierung gibt es unter anderem in Österreich. Im Vergleich zur Lohnanpassung wachsen die Bestandsrenten bei Preisindexierung langsamer, wenn die Löhne stärker steigen als die Preise. Eine solche Entwicklung ist bei real wachsenden Volkswirtschaften in der Grundtendenz üblich und wird auch für die Zukunft erwartet. Während des Rentenbezugs sinkt bei einer Preisindexierung das individuelle Versorgungsniveau, also die Relation der Rente zum Durchschnittsentgelt des jeweiligen Jahres.<sup>8)</sup> Dies bedeutet, dass die eigene Rente im Zeitverlauf langsamer steigt als der Durchschnittslohn (nach Sozialbeiträgen, vor Steuern).

*In vielen EU-Ländern ist das Rentenalter systematisch an die Lebenserwartung geknüpft*

In vielen EU-Ländern steigt inzwischen zudem das gesetzliche Rentenalter mit der Lebenserwartung.<sup>9)</sup> Es verlängern sich somit nicht allein die Rentenbezugs-, sondern auch die Beitragsphasen. Dies verringert den Anpassungsdruck für die anderen Stellgrößen spürbar. Einige der nationalen und internationalen Institutionen, die die Bundesregierung wirtschaftspolitisch beraten, empfehlen, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu binden.<sup>10)</sup>

## Langfristige Entwicklung der Rentenversicherung anhand von Simulationen

### Vorberechnungen verdeutlichen langfristige Entwicklungen und Zusammenhänge

Der Aufsatz knüpft an die langfristigen Simulationen der Bundesbank zur finanziellen Entwicklung der GRV aus dem Jahr 2019 an. Er aktualisiert Simulationen zum rechtlichen Status quo sowie zum stabilen Versorgungsniveau von 48 %, wie es die Regierung beabsichtigt. Zudem bebildert er die Wirkungen einer inflationsbezogenen Anpassung von Bestandsrenten. Darüber hinaus aktualisiert und erweitert der Aufsatz Simulationen, die das Rentenalter mit der Lebenserwartung verknüpfen. Die Simulationen setzen 2026 ein, also nachdem die bis 2025 geltenden Haltelinien für das Versorgungsniveau und den Beitragssatz ausgelaufen sind. Die aktuelle Entwicklung, die unter anderem durch außergewöhnlich hohe Inflationsraten gekennzeichnet ist, steht bei dieser längerfristigen Sichtweise nicht im Fokus.

*Bundesbank-Simulationen zu verschiedenen Ausgestaltungsoptionen*

Die Unsicherheit ist bei langfristigen Vorberechnungen naturgemäß hoch. Die Ergebnisse der Simulationen sind nicht als Prognosen

<sup>7</sup> Eine Eins-zu-eins-Anpassung mit den Löhnen bietet derzeit nur Dänemark. Viele Länder verwenden Mischindizes aus Löhnen und Preisen. Ziel ist, das Ausgabenwachstum zu bremsen und so die demografisch bedingten Finanzierungsprobleme im Umlagesystem abzumildern. Vgl.: OECD (2021), S. 34–36.

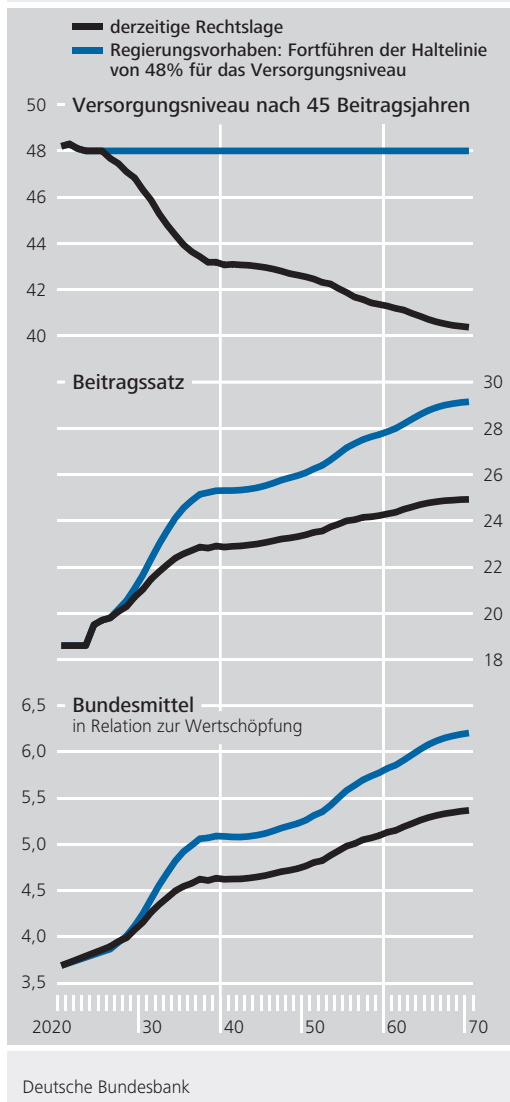
<sup>8</sup> Eine Umstellung der Rentenanpassung auf eine Preisindexierung wurde zuletzt auch vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und von der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ diskutiert (vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021) und Kommission Verlässlicher Generationenvertrag (2020)).

<sup>9</sup> Zu diesen Ländern zählen u. a. Dänemark, Italien, Niederlande oder Portugal, vgl.: Europäische Kommission (2021), S. 56. Vergleichbar ist ein System, bei dem das Rentenalter flexibel ist und Ab- und Zuschläge bei Rentenzugang an die steigende Lebenserwartung gekoppelt sind.

<sup>10</sup> Dies empfehlen internationale (u. a.: Internationaler Währungsfonds (2019) und OECD (2020)) und nationale Organisationen (Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi, vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021) und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020)).

### Simulation: derzeitige Rechtslage und Regierungsvorhaben

in %



*Vorausberechnungen verdeutlichen langfristige Entwicklungen und erhöhen Transparenz*

zu verstehen. Die präsentierten Ausgestaltungsoptionen stellen keine Forderungen oder Empfehlungen dar. Die Simulationen sollen vielmehr wichtige Entwicklungstendenzen der einzelnen Stellgrößen und deren Zusammenhänge aufzeigen. Dabei wären auch andere Ausgestaltungen denkbar, wie etwa eine andere Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung oder eine Mischindexierung der Renten mit Löhnen und Preisen. Letztlich muss die Politik entscheiden, wie sie die Lasten der Demografie auf Beitragssatz, Bundesmittel und Renten verteilen will. Sie sollte aber transparent durch langfristige Vorausberechnungen erläutern, welche Auswirkungen die beabsichtigte Reform aus

heutiger Sicht unter plausiblen Annahmen haben wird.<sup>11)</sup>

## Längerfristige Perspektive: derzeitige Rechtslage und Regierungsvorhaben eines dauerhaften Versorgungsniveaus bei 48 %

### Basisszenario: der rechtliche Status quo<sup>12)</sup>

Im Jahr 2025 laufen die Haltelinien für das Versorgungsniveau (48 %) und den Beitragssatz (20 %) aus. Ohne Anschlussregeln verteilen sich ab 2026 die demografischen Lasten wieder breiter auf die Stellgrößen (vgl. nebenstehendes Schaubild). In diesem Basisszenario sinkt das Versorgungsniveau. Die nominalen Renten steigen aber weiterhin. Ende der 2030er Jahre ergeben die Simulationen im Basisszenario eine Größenordnung des Versorgungsniveaus von 43 %, 2070 von 40 ½ %.<sup>13)</sup> Der Beitragssatz legt bis Ende der 2030er Jahre auf 23 % zu. Im Jahr 2070 beträgt er 25 %. Die Bundesmittel in Relation zur Wertschöpfung steigen ebenfalls deutlich, da sie weitestgehend an den Beitragssatz gekoppelt sind. Bis 2070 nehmen die Bundesmittel in Relation zur Wertschöpfung ausgehend von 2021 um 1 ½ Prozentpunkte zu. Zum Vergleich: Dies entspricht aus heutiger

*Basisszenario: Beitragssatz und Bundesmittel steigen deutlich; nominale Renten wachsen schwächer: Versorgungsniveau sinkt*

<sup>11</sup> Die Bundesregierung betrachtet in ihrem jährlichen Rentenversicherungsbericht lediglich die jeweils nächsten 14 Jahre, zuletzt im November 2021 bis 2035, vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021). Dagegen veröffentlichte der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi Vorausschau bis zum Jahr 2060, vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021). Die Berechnungen der Ageing Working Group der Europäischen Kommission reichen sogar bis zum Jahr 2070, vgl.: Europäische Kommission (2021).

<sup>12</sup> Die Ergebnisse liegen im Spektrum anderer Simulationen, vgl. u. a.: Börsch-Supan und Rausch (2021), Bundeswirtschaftsministerium für Wirtschaft und Energie (2021) oder Werding (2021).

<sup>13</sup> Gleichzeitig fördert der Gesetzgeber über Steuermittel die kapitalgedeckte ergänzende Altersvorsorge auf individueller Ebene (bspw. Riester-Rente). Ziel dabei ist, dass eine ergänzende kapitalgedeckte Vorsorge planmäßig niedrigere Versorgungsniveaus der gesetzlichen Rente abfedert, vgl. zu früheren Berechnungen der Bundesbank: Deutsche Bundesbank (2016). Neben der Verbreitung werden vor allem die möglichen Erträge öffentlich kritisch diskutiert.

Sicht dem Aufkommen aus 4 Prozentpunkten des Umsatzsteuerregelsatzes.<sup>14)</sup>

### **Regierungsvorhaben: dauerhaftes Versorgungsniveau bei 48 %**

*Haltelinie für Versorgungsniveau: Beitragssatz und Bundesmittel steigen nochmals stärker*

Die Bundesregierung plant, das Versorgungsniveau dauerhaft bei 48 % zu stabilisieren. Die Renten wachsen dann auch nach 2025 mit den Löhnen.<sup>15)</sup> Die Simulationen zeigen, dass der Beitragssatz und die Bundesmittel in diesem Fall stark steigen. Der Beitragssatz liegt im Jahr 2070 bei 29 % (+ 4 Prozentpunkte gegenüber dem Basisszenario). Die daran gebundenen Bundesmittel fallen in Relation zur Wertschöpfung um etwa 1 Prozentpunkt höher aus als im Basisszenario und um 2 ½ Prozentpunkte höher als im Jahr 2021. Zur Finanzierung des gesamten Anstiegs wäre dann beispielsweise das Aufkommen aus einem insgesamt um 6 Prozentpunkte höheren Umsatzsteuerregelsatz im Jahr 2070 nötig. Der Bundeshaushalt gerät also erheblich unter Druck. Es liegt demnach nahe, andere – international weitverbreitete – Ausgestaltungsoptionen des Rentensystems zumindest in den Blick zu nehmen.

## **Reformoption: Nach Rentenzugang wachsen Renten mit der Inflationsrate**

### **Start-Versorgungsniveau garantiert, im Rentenbezug Preissteigerungen ausgleichen**

*Inflationsindexierung: Nach Rentenzugang steigen Renten weniger stark*

In Deutschland werden Rentenansprüche vor und nach Rentenzugang mit dem gleichen Anpassungsfaktor indexiert. Damit ist das Versorgungsniveau bei Rentenzugang identisch mit jenem von Personen, die bereits Renten beziehen (bei äquivalenten früheren Beitragszahlungen).<sup>16)</sup> Eine Reformoption besteht darin, die individuellen Renten nach Rentenzugang in der Bezugsphase langsamer steigen zu lassen. Das Versorgungsniveau bei Rentenzugang bleibt gleichwohl stabil. Dies ist beispielsweise bei einer Indexierung der Bestandsrenten mit der

Preisentwicklung der Fall, die international weit verbreitet ist. Gegenüber einer Lohnindexierung (d.h. stabiles Versorgungsniveau bei Rentenzugang und im Rentenbezug) dämpft die Preisindexierung für sich genommen den Anpassungsdruck für die Rentenfinanzen: Beitragssatz und Bundesmittel steigen langsamer. Denkbar sind aber auch Mischformen: Bei diesen wachsen die Renten nach Rentenzugang mit einem Index, der sowohl die Preis- als auch die Lohnentwicklung beinhaltet. Die Effekte liegen dann zwischen denen der beiden Reinformen Lohn- oder Preisindexierung. Um die Effekte klarer herauszustellen, betrachtet dieser Aufsatz die Umstellung auf eine reine Preisindexierung. Die Simulationen stellen dabei auch den gesamten Rentenbestand auf das neue System um.<sup>17)</sup>

In den Simulationen nehmen die Renten in der Bezugsphase gemäß der Preisentwicklung zu. Diese bemisst sich am Zuwachs des Verbraucherpreisindex. Preissteigerungen in der Bezugsphase schmälern deren Kaufkraft daher nicht.<sup>18)</sup> Allerdings sinkt bei zunehmender Rentendauer die Relation der eigenen Rente zum

*Während der Bezugsphase: Preissteigerungen ausgleichen*

<sup>14</sup> Die Relation zur Wertschöpfung ist weniger greifbar. Ein Vergleich zur Umsatzsteuer ermöglicht es, Größenordnungen zu bebildern, vgl.: Deutsche Bundesbank (2019).

<sup>15</sup> Steigende oder fallende Sozialbeitragssätze (mit Ausnahme der von Rentenbeziehenden und Erwerbstätigen jeweils hälftig zu tragenden Krankenversicherungsbeiträge) beeinflussen die Höhe des Versorgungsniveaus. Dies liegt daran, dass bspw. Rentenbeziehende den Beitrag zur Pflegeversicherung alleine tragen. Die verfügbare Standardrente ebenso wie das Versorgungsniveau sinken, wenn dieser Satz steigt.

<sup>16</sup> Die zunehmende Besteuerung der Renten bleibt beim Versorgungsniveau ausgeblendet.

<sup>17</sup> Dies ist nicht als Umsetzungsempfehlung zu interpretieren. Sollte ein Umstieg politisch erwogen werden, so bestünden verschiedene Ausgestaltungsmöglichkeiten. So wäre unter anderem zu entscheiden, wie die Renten von Personen, die Ende 2025 bereits in Rente sind, in das neue System überführt werden. Dabei ergäben sich je nach Ausgestaltung unterschiedliche finanzielle Effekte für die GRV.

<sup>18</sup> Steigende Sozialbeiträge und Steuern mindern allerdings die Kaufkraft der Renten. In den Simulationen steigt der Beitragssatz zur GRV. Dies dämpft das verfügbare Durchschnittsentgelt. Das Versorgungsniveau (Rente im Verhältnis zum Lohn nach Beiträgen) ist entsprechend höher. Durch diesen Effekt verläuft das Versorgungsniveau im Rentenbezug nicht linear (vgl. Schaubild auf S. 55). Nicht berücksichtigt ist der voraussichtlich gegenläufige Effekt durch die Beitragssätze zur Pflegeversicherung. Wenn sie wie erwartet steigen, sind Rentenbeziehende stärker belastet, weil sie den vollen Beitrag alleine tragen. Das Versorgungsniveau sinkt dann etwas stärker.



aktuellen Durchschnittslohn der Beschäftigten. Denn es ist zu erwarten, dass die Löhne (pro Kopf) auch künftig durchschnittlich stärker als die Preise zulegen. Sie hängen grundsätzlich vom Zuwachs der Arbeitsproduktivität zuzüglich der Preissteigerungen ab.

*Annahmen zur trendmäßigen Produktivitäts- und Preisentwicklung*

Die folgenden Simulationen zeigen die Effekte, die sich bei einer Umstellung auf eine Inflationsindexierung ab dem Jahr 2026 ergeben.<sup>19)</sup> Das Jahr 2026 bietet sich an, weil die bisherigen Regeln zuvor auslaufen und die Bundesregierung neue Anschlussregeln plant. Den Simulationen liegen folgende jahresbezogene Annahmen zugrunde, die mit denen anderer Studien vergleichbar sind:

- Der trendmäßige Preisanstieg wird gemäß dem Ziel des Eurosystems mit 2 % angesetzt.<sup>20)</sup> Bei Inflationsindexierung wachsen die Renten damit jährlich im Mittel um 2 %. In den vergangenen Jahren lagen die Inflationsraten niedriger. Aktuell sind dagegen außergewöhnlich hohe Raten zu beobachten. Zwar können die Inflationsraten vorübergehend vom Inflationsziel des Eurosystems abweichen. Hier geht es jedoch um die längere Frist: Dabei ist im Prinzip unterstellt, dass sich Über- und Unterschreitungen langfristig ausgleichen und die Europäische Zentralbank das Inflationsziel im Schnitt erreicht.
- Die durchschnittlichen Löhne nehmen trendmäßig um 3 % zu (brutto, also vor Abzug von Sozialabgaben und Steuern). Der Anstieg wäre etwa kompatibel mit dem genannten Preisanstieg von 2 % und einem Zuwachs der trendmäßigen Arbeitsproduktivität von 1 %. Andere Langfristschätzungen legen ähnliche Werte zugrunde.<sup>21)</sup> Die Löhne bestimmen zusammen mit der Beschäftigung die Höhe der Beitragseinnahmen der GRV.

*Annahmen mit Unsicherheit verbunden*

Solche Annahmen sind regelmäßig mit einiger Unsicherheit verbunden. Weicht die tatsächliche Entwicklung davon ab, können sich Renten, Beitragssatz und Bundesmittel deutlich anders entwickeln. Ganz allgemein gilt: Eine für

die Beitrags- und Steuerzahlenden vorteilhaftere Entwicklung der Reallöhne führt zu niedrigeren Versorgungsniveaus der Rentenbeziehenden und umgekehrt. Mögliche konkrete Auswirkungen und Reaktionen darauf werden weiter unten diskutiert.

## Perspektive der einzelnen Rentenjahrgänge

Das Schaubild auf Seite 55 zeigt, wie sich eine solche Inflationsindexierung unter den getroffenen Annahmen auswirkt. Dargestellt ist die Wirkung auf das individuelle Versorgungsniveau im Rentenbezug verschiedener Rentenzugangsjahre (ab 2026).<sup>22)</sup> Die Höhe des Start-Versorgungsniveaus ist dabei ein wichtiger Parameter. Über ihn muss letztlich politisch entschieden werden. Beispielsweise könnte nach 2025 die Haltelinie von 48 % als Startwert dienen. Im Verlauf des Ruhestands sinkt das Versorgungsniveau, weil der Durchschnittslohn stärker wächst als die mit der Inflation angepassten Rente. Der Realwert der Rente ändert sich aber nicht. Im Durchschnitt beträgt das Versorgungsniveau während einer durchschnittlichen Bezugsdauer knapp 44 %. Gegenüber dem Basis-szenario bei derzeitigem Recht ist es vor allem für Rentenzugänge ab 2035 spürbar höher. Allerdings fallen die individuellen Versorgungsniveaus zum Ende des Rentenbezugs dann

*Inflationsindexierung: Versorgungsniveau im Rentenbezug sinkt*

<sup>19)</sup> Die Simulationen erfolgen mit dem Bundesbank-Modell überlappender Generationen (Overlapping Generations, OLG). Für mehr Informationen dazu vgl.: Schön (2020). Das Modell wurde aktualisiert und berücksichtigt die tatsächliche Entwicklung bis zum aktuellen Rand.

<sup>20)</sup> Dies entspricht (zufällig) den im aktuellen Rentenversicherungsbericht erwarteten durchschnittlichen Rentenzuwächsen zwischen 2026 und 2035 auf Basis des geltenden Rechts. Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021).

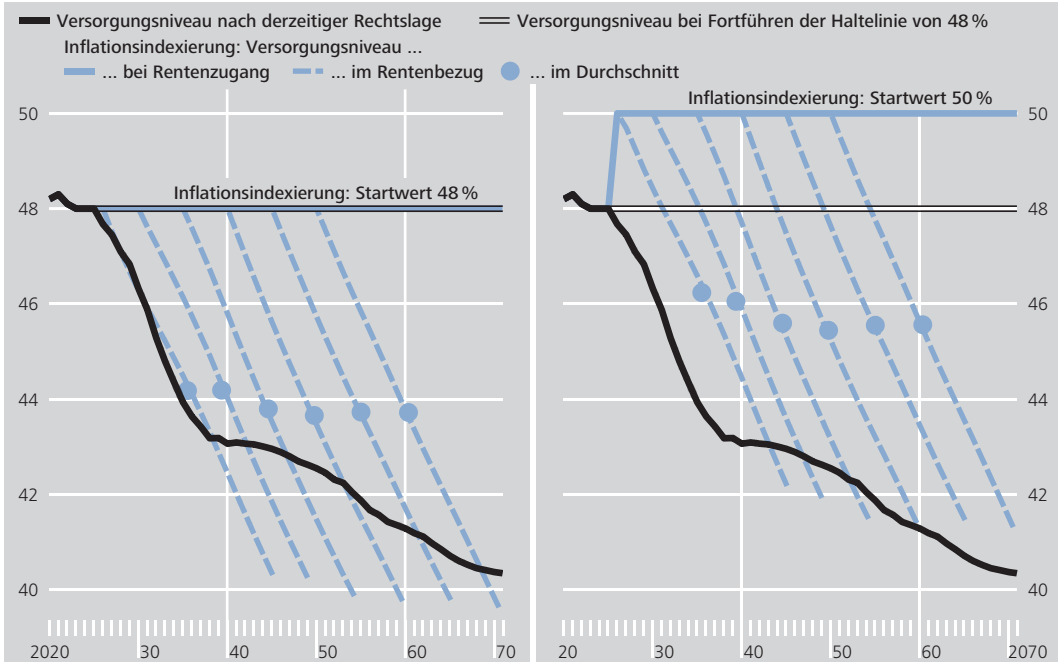
<sup>21)</sup> Im Rentenversicherungsbericht unterstellt die Bundesregierung ebenfalls ein Lohnwachstum von längerfristig 3 % und dabei ein Produktivitätswachstum von 1 %, vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021). Im jüngsten Bericht der Ageing Working Group der Europäischen Kommission sind für Deutschland mit 1,4 % längerfristig höhere Zuwächse der Arbeitsproduktivität unterstellt, vgl.: Europäische Kommission (2021).

<sup>22)</sup> Die Simulationen zur Inflationsindexierung unterstellen einen Rentenzugang zum 1. Juli eines Jahres. Die erste Anpassung erfolgt dann nach zwölf Monaten zum 1. Juli des Folgejahres. Zur Diskussion des Übergangs für Personen, die sich bereits zum Umstellungszeitpunkt in Rente befinden, siehe die Ausführungen weiter unten.



### Rente in Relation zum Durchschnittsentgelt bei unterschiedlichen Anpassungsregeln<sup>23)</sup>

in % der durchschnittlichen Löhne nach Sozialbeiträgen und vor Steuern des jeweiligen Jahres



\* Standardrente in Relation zum Durchschnittsentgelt gem. Anlage 1 SGB VI. Eine Standardrente erhält eine Person bei durchschnittlichen Beitragszahlungen, die nach 45 Jahren zum gesetzlichen Rentenalter in Rente geht. Zu Rentenbeginn liegt die Relation bei 48 % bzw. 50 %. Im Verlauf des Rentenbezugs sinkt sie entsprechend den gestrichelten Linien. Der Rückgang resultiert daraus, dass die eigene Rente mit der Inflation steigt und nicht mit dem schneller wachsenden Durchschnittsentgelt. Die Punkte zeigen das durchschnittliche Versorgungsniveau einer durchschnittlichen Bezugsphase.

Deutsche Bundesbank

unter die Versorgungsniveaus im Basisszenario.<sup>23)</sup>

*Bei Startniveau 50 %: durchschnittliches Versorgungsniveau über Bezugsphase bei 46 %*

Das Startniveau lässt sich auch höher oder niedriger ansetzen. Das oben stehende Schaubild zeigt zusätzlich die Wirkungen einer zweiten Simulation mit einem exemplarischen Startwert von 50 %.<sup>24)</sup> Gegenüber dem Basisszenario liegt die individuelle Rente in der simulierten Reform für alle zukünftigen Generationen höher, sowohl beim Rentenzugang als auch im weiteren Verlauf des Ruhestands (bei durchschnittlicher Lebenserwartung). Das durchschnittliche Versorgungsniveau der Rentenbeziehenden über die gesamte Rentenlaufzeit fällt mit knapp 46 % entsprechend höher aus. Die individuellen Versorgungsniveaus zum Ende einer durchschnittlichen Bezugsdauer sind für Personen, die vor 2040 Rente beziehen, geringer als im Basisszenario, aber nicht wesentlich. Ab dem Rentenzugangsjahr 2040 sind sie über die gesamte abgebildete Rentenphase höher.

Wie verhält sich die Inflationsindexierung mit einem Start-Versorgungsniveau von 50 % im Vergleich zum Regierungsvorhaben eines konstanten Versorgungsniveaus von 48 %? In den ersten fünf Jahren nach Rentenzugang liegt das individuelle Versorgungsniveau höher. Denn die Inflationsindexierung startet von einem höheren Niveau (50 %). Im weiteren Verlauf des Rentenbezugs sinkt es jedoch unter 48 %. Auch im Durchschnitt des Rentenbezugs fällt das Versorgungsniveau niedriger aus als beim Regierungsvorhaben. Die simulierte Reform ordnet sich diesbezüglich zwischen dem Regierungsvorhaben mit Beibehalten des Versorgungsniveaus von 48 % und dem Basisszenario ein. Folglich resultieren daraus für Beitrags- und Steuerzahlende geringere Lasten als beim Regierungsvor-

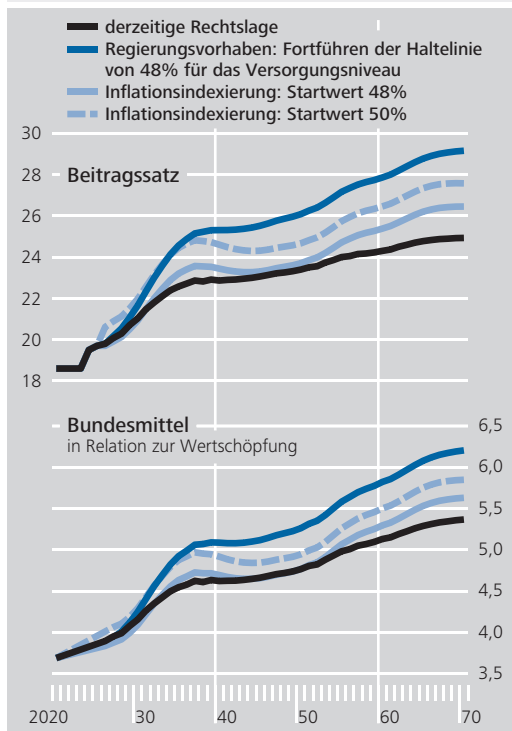
*Versorgungsniveau zwischen Basisszenario und Regierungsvorhaben einer Haltelinie von 48 %*

<sup>23</sup> Dies gilt bei der angenommenen Differenz von Lohnwachstum und Inflation sowie einer durchschnittlichen Bezugsdauer.

<sup>24</sup> Für Personen, die sich zum Umstellungszeitpunkt bereits in Rente befinden, erhöht sich das standardisierte Versorgungsniveau um 2 Prozentpunkte auf 50 %.

### Simulation: Indexierung der Bestandsrenten mit der Inflation

in %



Deutsche Bundesbank

haben und höhere als im Basisszenario (siehe unten).

#### Perspektive der Rentenversicherung, der Beitrags- und Steuerzahlenden

*Bei Startniveau 48%: Beitragsatz und Bundesmittel höher als im Basis-szenario und geringer als bei Regierungsvorhaben*

In der ersten Simulation zur Inflationsindexierung liegt das Start-Versorgungsniveau bei 48%. Die Rentenausgaben sind folglich deutlich geringer als beim Regierungsvorhaben eines stabilen Versorgungsniveaus bei Rentenzugang und Rentenbezug. Der Beitragsatz steigt bis 2070 immer noch deutlich auf 26½% (vgl. oben stehendes Schaubild). Er ist aber gut 2½ Prozentpunkte niedriger als beim Regierungsvorhaben. Auch die Bundesmittel nehmen weniger zu, bis 2070 aber immer noch um knapp 2 Prozentpunkte der Wertschöpfung. Dies entspricht aus heutiger Sicht einem Aufkommen aus fast 5 Prozentpunkten des Umsatzsteuerregelsatzes. Im Vergleich zum Regierungsvorhaben wären dies 1½ Prozentpunkte weniger. Im Vergleich zum Basisszenario sind

der Beitragsatz und die Bundesmittel aber gleichwohl deutlich höher.

Im Szenario mit erhöhtem Start-Versorgungsniveau von 50% springen auch die Bestandsrenten zum Umstellungszeitpunkt im Jahr 2026 von 48% auf 50%. In diesem Szenario steigen die Rentenausgaben zunächst spürbar. Deshalb wachsen Beitragsatz und Bundesmittel vorübergehend stärker (vgl. nebenstehendes Schaubild). Längerfristig liegen die finanziellen Lasten aber auch bei diesem Szenario zwischen dem Basisszenario und dem Regierungsvorhaben. Im Vergleich zum Regierungsvorhaben fällt der Beitragsatz nach einem spürbar schnelleren Anstieg bis Mitte der 2030er Jahre im Jahr 2070 um 1½ Prozentpunkte geringer aus. Er ist 2070 aber noch 2½ Prozentpunkte höher als im Basisszenario. Die Bundesmittel nehmen bis 2070 um 2 Prozentpunkte zu (entspricht dem Aufkommen aus gut 5 Prozentpunkten des Umsatzsteuerregelsatzes).

*Bei Startniveau 50%: zum Umstellungszeitpunkt höhere Bestandsrenten, Beitragsätze und Bundesmittel*

#### Zu ausgewählten weiteren Aspekten einer Inflationsindexierung

Kaufkraftstabilisierung versus Lohnorientierung aus Sicht der Versicherten

Bei einer Inflationsindexierung koppeln sich die Renten in der Bezugsphase von der Entwicklung der Löhne ab. Dadurch partizipieren die laufenden Renten nicht mehr an Produktivitätsfortschritten und den damit verbundenen Wohlstandszuwächsen. Das individuelle Versorgungsniveau während des Rentenbezugs fällt abhängig vom Zuwachs der Reallöhne unterschiedlich aus. Wachsen die Reallöhne jährlich trendmäßig statt um 1% (wie in den Simulationen unterstellt) nur um 0,6%, ist das Versorgungsniveau nach einer durchschnittlichen Bezugsphase im Mittel gut 1½ Prozentpunkte höher (Rentenzugangsjahr: 2026). Bei einem Zuwachs um 1,4% ist es dagegen gut 1½ Prozentpunkte geringer.

*Versorgungsniveau in der Bezugsphase abhängig vom Zuwachs der Reallöhne*

Das sinkende Versorgungsniveau im Rentenbezug und die diesbezügliche Unsicherheit

*Höheres Start-Versorgungsniveau könnte sinkendes Versorgungsniveau im Ruhestand teils kompensieren*

könnten der Akzeptanz einer solchen Reform entgegenstehen. Ein höheres Startniveau kann die Effekte abmildern. Allerdings fallen dann wiederum der Beitragssatz und die notwendigen Bundesmittel höher aus. Im Hinblick auf ein sinkendes Versorgungsniveau im Rentenbezug ist aber zu berücksichtigen: Im Basisszenario (dem rechtlichen Status quo) sinkt bereits das Versorgungsniveau zum Rentenzugang im Zeitverlauf.

Kaufkraftstabilisierung versus Lohnorientierung aus Sicht der Rentenversicherung

*Für Rentenfinanzen kommt weiterer Unsicherheitsfaktor hinzu: Reallohnentwicklung*

Die Finanzlage der Rentenversicherung hängt derzeit nicht vom Ausmaß der Reallohnsteigerungen ab. Höhere Reallohnsteigerungen – zum Beispiel aufgrund einer höheren Produktivität – erhöhen zwar die Einnahmen. Dem stehen aber auch höhere Ausgaben für Renten gegenüber. Bei einer Umstellung auf Inflationsindexierung wird hingegen die Entwicklung der Reallöhne für die Rentenfinanzen relevant. Im Einklang mit anderen Langfristberechnungen ist in den Simulationen ein jährlicher trendmäßiger Anstieg der Reallöhne um 1 % unterstellt. Diese Annahme ist aber mit einiger Unsicherheit verbunden:

- Die Reallöhne könnten stärker zunehmen als unterstellt: So könnten mit der Digitalisierung die Anforderungen an die Beschäftigten zunehmen. Wenn dadurch im Durchschnitt die Qualifizierung steigt, erhöht sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität.
- Die Reallöhne könnten schwächer zunehmen als unterstellt, weil etwa Rückschritte bei der internationalen Arbeitsteilung und klimaschonende Produktionsumstellungen die Reallohnzuwächse dämpfen könnten.

*Reallohn-sensitivität des Beitragssatzes*

Insofern ist bei einer Inflationsindexierung der langfristige Ausblick auf die Rentenfinanzen weniger vorhersehbar. Nehmen die Reallöhne beispielsweise um 0,4 Prozentpunkte stärker zu als unterstellt, folgt daraus ein rund 1 Prozentpunkt niedrigerer Beitragssatz im Jahr 2070.

Das gleiche gilt mit umgekehrten Vorzeichen bei einem schwächeren Anstieg der Reallöhne. Aus heutiger Sicht ist nicht zu erwarten, dass die Reallöhne über einen längeren Zeitraum nicht wachsen (die Löhne steigen dann nur mit der Inflationsrate). Würden sie allerdings langfristig nicht zunehmen, stiege das Versorgungsniveau während des gesamten Rentenbezugs sogar. Ursächlich sind die steigenden Rentenbeitragssätze. Diese belasten bei einer Inflationsindexierung nur noch die Beitragszahlenden. Weil dadurch für sich genommen das verfügbare Durchschnittsentgelt sinkt, steigt das Versorgungsniveau. Die Lasten für Beitrags- und Steuerzahlende sind im Ergebnis dann sogar höher als bei einem konstanten Versorgungsniveau von 48 %.

Inflationsindexierung aus geldpolitischer Sicht

Aus geldpolitischer Sicht sind weitgehend automatische Indexierungen an die Preisentwicklung grundsätzlich bedenklich. Unter Umständen sinkt durch eine Indexierung das Interesse vieler Menschen an stabilen Preisen. Damit ist die Gefahr verbunden, dass sich die Inflationserwartungen entankern. Eine sich aufschaukelnde Inflation würde wahrscheinlicher. Beispielsweise verstärken preisindexierte Mieten einen Inflationsschub, vorausgesetzt, sie werden im Preisindex erfasst. Bei Löhnen könnte eine Indexierung zu Zweitrundeneffekten führen, die den inflationären Prozess verstärken. Beides ist bei einer Umstellung auf Preisindexierung der Bestandsrenten nicht der Fall. Sie beeinflussen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, und eine Inflationsindexierung könnte damit prozyklisch wirken. Andererseits ersetzt eine Inflationsindexierung eine bereits vorhandene Lohnindexierung, die in der Regel im Vergleich zur Preisindexierung prozyklischer wirken dürfte. Eine Umstellung von einer Lohn- auf eine Preisindexierung bei den Renten scheint daher aus geldpolitischer Sicht kaum bedenklich und wird auch in anderen Ländern unkritisch gesehen.

*Etwaige Umstellung geldpolitisch nicht bedenklich*

## Inflationsindexierung und Effekte bei unterschiedlichen Lebenserwartungen

*Durchschnittliches Versorgungsniveau sinkt mit längerer Rentenbezugsdauer*

Grundsätzlich ändert sich mit einer Inflationsindexierung die Art und Weise, wie die GRV innerhalb eines Rentenjahrgangs umverteilt: Ausgehend von einem stabilen Start-Versorgungsniveau bei Rentenzugang sinkt das Versorgungsniveau während des Rentenbezugs kontinuierlich. Das heißt, anders als im Status quo ist das Versorgungsniveau im Durchschnitt der gesamten Bezugsphase umso niedriger, je länger eine Person lebt. Auch das durchschnittliche Versorgungsniveau über die gesamte Rentenphase sinkt, und zwar um rund  $\frac{1}{5}$  Prozentpunkt je zusätzlichem Rentenbezugsjahr.

*Langlebigere – tendenziell Einkommensstärkere – tragen relativ größere Umstellungskosten*

Empirische Untersuchungen zeigen, dass die fernere Lebenserwartung mit dem Einkommen korreliert.<sup>25)</sup> Daher tragen bei einer Umstellung auf Inflationsindexierung tendenziell einkommensstärkere (langlebigere) Personen die relativ größeren Lasten.<sup>26)</sup> Ungeachtet dieser Durchschnittsbetrachtungen gibt es natürlich auch langlebige Personen mit geringer gesetzlicher Rente und ohne weitere Alterseinkommen (auch nicht im gleichen Haushalt). Die Kaufkraft ihrer Renten ist zwar geschützt, aber das Versorgungsniveau geht zurück. Dadurch erreichen oder unterschreiten diese Personen Armutsschwellen in der Rentenbezugsphase eher. Denn diese Schwellen steigen zumindest teilweise mit den Reallöhnen.<sup>27)</sup> Sofern Haushaltseinkommen und -vermögen bestimmte Schwellen unterschreiten, gibt es in Deutschland die bedürftigkeitsabhängige Grundsicherung im Alter, die dann Unterstützung leistet.<sup>28)</sup>

## Indexierung des Rentenalters an die Lebenserwartung

### Kombination mit Basisszenario und Regierungsvorhaben

*Rentenalter systematisch mit Lebenserwartung verknüpfen*

Eine steigende Lebenserwartung erhöht sukzessive den Druck auf die Rentenversicherung, wenn das gesetzliche Rentenalter ab 2031 un-

verändert bleibt. Die folgenden Simulationen knüpfen an frühere Berechnungen der Bundesbank zum Rentenalter an.<sup>29)</sup> Dabei wird unterstellt, dass das Rentenalter nach 2031 so steigt, dass die durchschnittliche Relation von Rentenzu Beitragsjahren in etwa auf dem 2031 erreichten Niveau von gut 40 % bleibt.<sup>30)</sup> Unter den zugrunde gelegten Annahmen zur Lebenserwartung steigt das gesetzliche Rentenalter dann bis 2070 auf gut 69 Jahre.<sup>31)</sup> Stiege die Lebenserwartung beispielsweise schwächer, würde auch das Rentenalter automatisch weniger angehoben. Wie heute schon wird es nicht jedem und jeder möglich sein, bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten. Daher ist der Schutz durch die Erwerbsminderungsrente

<sup>25</sup> Lampert et al. (2019) sowie Haan und Schaller (2021) kommen zu dem Ergebnis, dass die fernere Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren für Personen mit geringen Einkommen deutlich unterhalb derer von Menschen mit hohen Einkommen liegt.

<sup>26</sup> Im Vergleich zu einer Lohnindexierung entlastet es die Rentenfinanzen insgesamt gesehen bei einer Inflationsindexierung, wenn Personen mit höheren Renten (mehr Entgeltpunkten) länger Rente beziehen. Bei längerem Rentenbezug sinkt bei Inflationsindexierung das durchschnittliche Versorgungsniveau, und hiervon sind dann überproportional Personen mit höheren Renten betroffen. Dieser Effekt, der den Beitragssatz eher dämpft, ist in den Simulationen nicht berücksichtigt, weil hier keine Haushalte mit heterogenen Einkommen berücksichtigt sind.

<sup>27</sup> Börsch-Supan und Rausch (2021) zeigen, dass bei einem Start-Versorgungsniveau von 48 % und einer Rente von 80 % der Standardrente nach einer Bezugsphase von 20 Jahren die Armutsschwelle unterschritten sein könnte. Die Berechnungen unterstellen dabei einen jährlichen Produktivitätszuwachs von 1,2 %. Die Versorgungsniveaus sinken dadurch während der Bezugsphase stärker als in den Simulationen dieses Berichts.

<sup>28</sup> Frauen haben im Durchschnitt eine höhere Lebenserwartung als Männer. Insofern haben sie längere Rentenlaufzeiten. Bei einem Umstieg auf eine Inflationsindexierung würden sie daher – wie für längere Lebenserwartungen beschrieben – stärker belastet. Dies gilt, soweit sich die Lebenserwartungen von Frauen und Männern künftig nicht vollständig angleichen.

<sup>29</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019). Dort wurde das höhere Rentenalter lediglich mit dem rechtlichen Status quo kombiniert. Eine Simulation für ein höheres Rentenalter bei einer Haltelinie von 48 % ist nicht enthalten.

<sup>30</sup> Diese relative Rentenbezugsphase setzt eine standardisierte Rentenphase (fernere Lebenserwartung ab gesetzlichem Rentenalter) ins Verhältnis zur standardisierten Erwerbsphase. Dabei ist unterstellt, dass die Erwerbsphase mit 20 Jahren beginnt und bis zum gesetzlichen Rentenalter dauert.

<sup>31</sup> Mit der Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats beim BMWi ergibt sich ein etwas höheres Rentenalter im Jahr 2070. Vgl.: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021), S. 25.

wichtig. Dieser wurde zuletzt auch spürbar ausgeweitet.

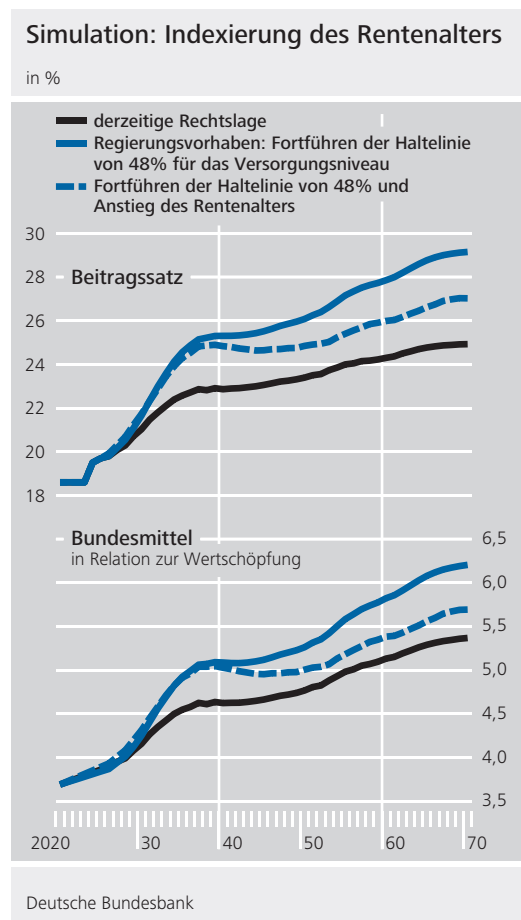
*Höheres Rentenalter dämpft Entwicklung von Beitragssatz und Bundesmitteln*

Die Simulationen bis 2070 zeigen, dass der Druck auf die Rentenfinanzen spürbar nachlässt, wenn das Rentenalter nach 2031 weiter sukzessive zunimmt (vgl. nebenstehendes Schaubild). Zwar steigen der Beitragssatz und die Bundesmittel immer noch erheblich. Langfristig nehmen sie aber weniger stark zu als bei unverändertem Rentenalter. Bei einer Haltelinie von 48 % nach 45 Beitragsjahren ist der Beitragssatz 2070 mit 27 % um 2 Prozentpunkte geringer. Auch die Haushalte der Gebietskörperschaften werden weniger stark durch die demografische Entwicklung belastet: Mit der längeren Erwerbsphase sind die Steuereinnahmen höher. Außerdem fallen die erforderlichen steuerfinanzierten Bundesmittel geringer aus als bei unverändertem Rentenalter. Sie nehmen zwar in Relation zur Wertschöpfung gegenüber 2021 um 2 Prozentpunkte zu (knapp 5 Prozentpunkte des Umsatzsteuerregelsatzes). Bezogen auf die Wertschöpfung ist dies jedoch ½ Prozentpunkt weniger als bei unverändertem Rentenalter.<sup>32)</sup>

### Dynamisiertes Versorgungsniveau bei höherem Rentenalter spürbar höher

*Beitragsjahre steigen mit höherem Rentenalter*

Die zuvor standardisiert ausgewiesenen Versorgungsniveaus nach 45 Beitragsjahren vernachlässigen, dass bei steigendem Rentenalter tendenziell auch die Anzahl der Beitragsjahre zunimmt. Seit 2012 steigt das Rentenalter sukzessive an: seitdem ist zu beobachten, dass sich auch die Rentenzugänge im Durchschnitt schrittweise nach hinten verschieben.<sup>33)</sup> Mit der längeren Erwerbsphase wachsen damit auch die Rentenansprüche. Dies ist ebenso bei einem nach 2031 weiter steigenden Rentenalter zu erwarten.<sup>34)</sup> Dieser Effekt lässt sich mit einem dynamisiert ausgewiesenen Versorgungsniveau abbilden. Das dynamisierte Versorgungsniveau berücksichtigt, dass bei steigendem Rentenalter die Beitragsjahre zunehmen. Es errechnet sich dann nicht mehr aus konstant 45 Beitragsjahren. Vielmehr ergeben sich die in das dyna-



misierte Versorgungsniveau eingerechneten Beitragsjahre aus der Differenz von jeweiligem gesetzlichen Rentenalter und 20 Jahren (angenommener Berufseinstieg).

Das dynamisierte Versorgungsniveau ist mit steigendem Rentenalter im Zeitverlauf sukzessive höher (vgl. Schaubild auf S. 60). Bereits nach derzeitiger Rechtslage steigt das Rentenalter auf 67 Jahre. Im Jahr 2031 erreichen Personen erstmals mit 67 Jahren die Regelaltersgrenze.

*Dynamisiertes Versorgungsniveau fällt sukzessive höher aus*

So ist beispielsweise das dynamisierte Versorgungsniveau bei Fortführen der Haltelinie von

<sup>32</sup> Bei einer Kombination aus Inflationsindexierung und Indexierung des Rentenalters erreicht der Beitragssatz im Jahr 2070 eine Größenordnung von gut 25 ½ % (Startniveau 50 %) bzw. 24 ½ % (Startniveau 48 %).

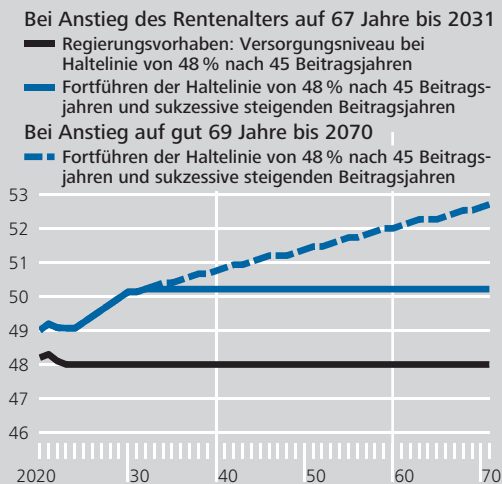
<sup>33</sup> Dies zeigen die Daten der Deutschen Rentenversicherung, vgl.: Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (2020).

<sup>34</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2019), S. 73.



## Rente in Relation zum Durchschnittsentgelt bei steigenden Beitragsjahren<sup>\*)</sup>

in %



\* Standardrente in Relation zum Durchschnittsentgelt gem. Anlage 1 SGB VI. Die Definition der Standardrente unterscheidet sich aber zu den vorherigen Schaubildern: Dargestellt ist der Fall einer Person mit durchschnittlichen Beitragszahlungen, die mit 20 Jahren versicherungspflichtig wurde und zum (steigenden) gesetzlichen Rentenalter in Rente geht. Je später die Person in Rente geht, desto mehr Entgeltpunkte hat sie erworben und umso höher ist die Relation zum Durchschnittsentgelt. Z. B. ist eine Person, die im Jahr 2026 (2031) in Rente geht, 66 1/3 (67) Jahre und verfügt über 46 1/3 (47) Entgeltpunkte. Ab Anfang der 2030er Jahre ist das gesetzliche Rentenalter an die Lebenserwartung gebunden und steigt bis 2070 auf 69 Jahre.

Deutsche Bundesbank

*Dynamisiertes Versorgungsniveau bei Haltelinie von 48 % im Jahr 2070 bei 52 1/2 %.*

48 % nach 45 Beitragsjahren entsprechend höher. Für eine Person, die im Jahr 2031 nach 47 Beitragsjahren in Rente geht, beträgt es 50 %.<sup>35)</sup> Nimmt danach das Rentenalter weiter zu, liegt das dynamisierte Versorgungsniveau im Jahr 2070 nach gut 49 Beitragsjahren bei knapp 52 1/2 %.<sup>36)</sup>

*Bei Definition von Haltelinien oder Start-Versorgungsniveau dynamisierte Größen verwenden*

Diesen Sachverhalt blendet die politische Diskussion bislang aus. Es wäre zu erwägen, bei der Definition von Haltelinien oder stabilen Start-Versorgungsniveaus die zusätzlichen Beitragsjahre zu berücksichtigen: Das Versorgungsniveau würde dann also dynamisch ermittelt. Damit würde den zunehmenden Rentenansprüchen Rechnung getragen. Gleichzeitig dämpft dies den Beitragssatzanstieg.<sup>37)</sup> Dies gilt für eine etwaige Anhebung des Rentenalters nach 2031. Eine solche Anpassung könnte aber auch für die Zeit bis 2031 geprüft werden, unabhängig von einer weiteren Anhebung des Rentenalters.

## Schlussbemerkungen

Es ist eine politische Entscheidung, wie die demografischen Lasten auf Erwerbstätige, Steuerzahlende und Rentenbeziehende verteilt werden. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, welche Effekte sich auf Wachstum und Beschäftigung ergeben. Denn eine hohe Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger Baustein, um den demografisch angelegten finanziellen Druck für die Rentenversicherung zu dämpfen. Für eine umfassende und fundierte Diskussion ist wichtig, dass die Regierung durch langfristige, plausible Vorausberechnungen aufzeigt, wie sich die von ihr beabsichtigte Ausgestaltung auf die Stellgrößen der Rentenversicherung auswirkt. Bei aller Schätzunsicherheit spricht viel dafür, einen sehr viel längeren Zeitraum zugrunde zu legen als in den derzeitigen Rentenversicherungsberichten. Denn die Berechnungen sollten auch für diejenigen eine Orientierung bieten, die aktuell am Beginn ihres Erwerbslebens stehen.

*Finanzlasten einer Reform durch langfristige Vorausberechnungen offenlegen*

Dieser Aufsatz bebildert mit Langfristsimulationen zunächst Effekte, die sich beim rechtlichen Status quo ergeben. Eine weitere Simulation zeigt die Wirkung eines dauerhaft stabilen Versorgungsniveaus von 48 % nach 45 Beitragsjahren (Regierungsvorhaben). Das gesetzliche Rentenalter bleibt dabei ab den 2030er Jahren unverändert bei 67 Jahren: Unter den getroffenen Annahmen steigt der Beitragssatz sehr stark von derzeit 18,6 % auf eine Größenordnung von 29 %. Damit ist der Beitragssatz deutlich höher als im rechtlichen Status quo, der ein sinkendes Versorgungsniveau vorsieht. Der hohe Beitragssatz steht im Einklang mit Vorausberechnungen anderer Institutionen. Auch der Bundeshaushalt gerät aufgrund stärker steigen-

*Dauerhaftes Versorgungsniveau von 48 %: Beitragssatz und Bundesmittel steigen erheblich*

<sup>35</sup> Dabei handelt es sich jeweils um das Versorgungsniveau bei Rentenzugang. Das dynamisierte Versorgungsniveau nach Rentenzugang bleibt dann unverändert, weil im Rentenbezug keine zusätzlichen Beitragsjahre erworben werden.

<sup>36</sup> Das dynamisiert ausgewiesene Versorgungsniveau liegt auch im Basisszenario deutlich höher, vgl. hierzu und potenzieller Ausgestaltungsoptionen der Renten Anpassungsformel: Deutsche Bundesbank (2019), S. 74 f.

<sup>37</sup> Für ausführlichere Informationen zum dynamisierten Versorgungsniveau vgl.: Deutsche Bundesbank (2019).



der Bundesmittel erheblich unter finanziellen Druck. Für diese zusätzlichen Mittel besteht absehbar aber wohl kein Spielraum, ohne Ausgaben an anderer Stelle zu kürzen oder Steuern zu erhöhen.

*Inflationsindexierung kann Druck von Rentenfinanzen nehmen; allerdings sind die Rentenfinanzen weniger vorhersehbar*

Weitere Simulationen bebildern eine Inflationsindexierung von Bestandsrenten. Diese ist international weit verbreitet. Sie kann je nach Ausgestaltung der Parameter den Druck auf die Rentenfinanzen dämpfen. Der Beitragssatz und die Bundesmittel nehmen dann weniger stark zu. Eine Inflationsindexierung gleicht zwar Preissteigerungen während des Rentenbezugs aus, die Kaufkraft bleibt insoweit erhalten. Allerdings sinkt das Versorgungsniveau während des Rentenbezugs bei weiter wachsenden Reallohnen kontinuierlich. Dabei tragen Rentenbeziehende, die länger leben, die größeren Lasten einer solchen Umstellung. Gemäß empirischer Studien sind dies Personen, die tendenziell über höhere Einkommen verfügen. Ein weiterer Unterschied ergibt sich für die Planbarkeit der Rentenfinanzen: Durch eine Umstellung auf Inflationsindexierung wird die künftige finanzielle Entwicklung der Rentenfinanzen weniger vorhersehbar als bei derzeitiger Rechtslage. Denn die Rentenfinanzen sind zusätzlich abhängig davon, wie sich der Reallohn entwickelt. Eine solche erhöhte Unsicherheit ist für sich genommen ein Nachteil einer Inflationsindexierung.

Viele Institutionen, die die Bundesregierung wirtschaftspolitisch beraten, empfehlen, das

Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln. Es wäre in der Tat gut nachvollziehbar, etwa das Verhältnis zwischen Renten- und Beitragsjahren weitgehend zu stabilisieren. Im dazu simulierten Szenario steigt das Renteneintrittsalter zwischen Anfang der 2030er Jahre und 2070 von 67 Jahren auf gut 69 Jahre. Dies verringert den Anstieg des Beitragssatzes. Im Jahr 2070 liegt der Beitragssatz bei einer Haltelinie von 48 % für das Versorgungsniveau bei etwa 27 % (statt bei 29 % ohne höheres Rentenalter).

*Mit höherem Rentenalter finanzielle Lasten abfedern*

In der Vergangenheit verschoben Versicherte die tatsächlichen Rentenzugänge sukzessive nach hinten, wenn das Rentenalter zunahm. Sofern Versicherte den Rentenzugang auch weiterhin mit dem gesetzlichen Rentenalter verschieben, stützt dies ihre individuelle Rente: Das individuelle (dynamisierte) Versorgungsniveau entwickelt sich günstiger als das ausgewiesene Versorgungsniveau nach 45 Beitragsjahren. Liegt letzteres bei konstant 48 %, beträgt das dynamisierte Versorgungsniveau im Jahr 2031 50 %. Es wäre zu erwägen, bei der Definition von Haltelinien oder stabilen Start-Versorgungsniveaus die zusätzlichen Beitragsjahre zu berücksichtigen. Das Niveau würde also dynamisch ermittelt. Längere Erwerbsphasen bei steigender Lebenserwartung stützen im Übrigen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Damit tragen sie über die Rentenversicherung hinaus dazu bei, den demografischen Wandel gut zu bewältigen.

*Erwägenswert: bei der Definition von Haltelinien oder Start-Versorgungsniveaus zusätzliche Beitragsjahre einbeziehen*

## ■ Literaturverzeichnis

Börsch-Supan, A. und J. Rausch (2021), Lassen sich Haltelinien, finanzielle Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit trotz der Corona-Pandemie miteinander verbinden?, MEA Discussion Paper, 01–2021.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2021), Rentenversicherungsbericht 2021, 24. November 2021.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2021), Vorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), 22. April 2021.

Deutsche Bundesbank (2022), Zu häufig gestellten Fragen, Anmerkungen und Kritik an Monatsberichten der Bundesbank zum Thema Rente, <https://www.bundesbank.de/content/892742>.

Deutsche Bundesbank (2019), Langfristige Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung, Monatsbericht, Oktober 2019, S. 55–82.

Deutsche Bundesbank (2016), Exkurs: Zur längerfristigen Entwicklung der Alterssicherung, Monatsbericht, August 2016, S. 69–78.

Europäische Kommission (2021), The 2021 Aging Report, Economic & Budgetary Projections for the EU Member States (2019–2070), Institutional Paper 148, Mai 2021.

Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (2020), SUF-Versichertenrentenzugang 2007–2020.

Haan, P. und M. Schaller (2021), Heterogene Lebenserwartung, Forschungsprojekt im Auftrag des Sozialverbands VdK Deutschland, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 171, 16. August 2021.

Internationaler Währungsfonds (2019), Germany, 2019 Article IV Consultation – Press Release; Staff Report; And Statement by the Executive Director for Germany, IMF Country Report 19/213, Juli 2019.

Kommission Verlässlicher Generationenvertrag (2020), Bericht der Kommission Verlässlicher Generationenvertrag, Band I – Empfehlungen, Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Lampert, T., J. Hoebel und L. E. Kroll (2019), Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland – Aktuelle Situation und Trends, Journal of Health Monitoring 2019/4, Robert-Koch-Institut.

OECD (2021), Pensions at a Glance 2021, OECD and G20 Indicators, OECD Publishing.

OECD (2020), OECD Economic Surveys: Germany 2020, OECD Publishing.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020), Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken, Jahresgutachten 2020/2021, 10. November 2021.

Schön, M. (2020), Long-term outlook for the German statutory pension system, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 22/2020.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021), Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, 20. Legislaturperiode.

Statistisches Bundesamt (2021), Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020, Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnungen 2021 bis 2035, 30. September 2021.

Statistisches Bundesamt (2019), Bevölkerung im Wandel: Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, 27. Juni 2019.

Werding, M. (2021), Demografische Alterung und öffentliche Finanzen, Wie geht es nach der Covid-19-Krise weiter?, Bertelsmann Stiftung, 18. November 2021.



## Zur kalten Progression im Einkommensteuertarif

*Die Einkommensteuer soll Steuerlasten nach der Leistungsfähigkeit verteilen und ist daher progressiv: Je höher die nominalen Einkommen sind, umso höher ist der durchschnittliche Steuersatz. Steigende Preise führen dabei zur sogenannten kalten Progression: In realer (preisbereinigter) Betrachtung steigt der Steuersatz. Das heißt: Bei einem gegebenen Steuertarif erhöhen steigende Preise die Steuerbelastung der realen Einkommen (der eigentlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit). Dies bezeichnet man als kalte Progression.*

*In den vergangenen Jahren verhinderten Senkungen des Steuertarifs alles in allem eine kalte Progression. Gegenüber dem Stand Ende der 1990er Jahre wurde der Tarif bis 2005 durch größere Reformen auch in realer Betrachtung deutlich gesenkt. Danach stieg er preisbereinigt wieder etwas an. Seit 2013 wurde der Tarif im Prinzip regelmäßig mit einem Jahr verzögert an die erwartete Inflationsrate angepasst. Die kalte Progression wurde damit zwar nicht immer in jedem Jahr genau kompensiert, aber insgesamt betrachtet etwa ausgeglichen.*

*Im vergangenen Jahr übertraf die kalte Progression die Tarifentlastung 2021 deutlich, da die Preise stark stiegen. In den zwei Vorjahren war es aber zu entgegengesetzten Effekten gekommen – in insgesamt ähnlicher Größenordnung. Dieses Jahr fällt die Inflationsrate nun nochmals sehr viel höher aus. Der Umfang der kalten Progression dürfte sich auf etwa 13½ Mrd € belaufen und erheblich über die bisher beschlossenen Tarifentlastungen hinausgehen. Der Grund hierfür ist, dass zum einen der Steuertarif regelmäßig zeitverzögert angepasst wird und zum anderen die Inflationsdynamik für 2021 unterschätzt wurde. Die Koalitionsparteien diskutieren derzeit, inwiefern die kalte Progression weiter vollständig kompensiert werden soll. Nach bisherigem Vorgehen würde der Tarif 2023 entsprechend der sehr hohen Inflationsrate aus dem Jahr 2022 angepasst.*

*Ungeachtet der konkreten Vorgehensweise für 2023 wäre es für die Zukunft naheliegend, ein zeitnäheres und genaueres Verfahren vorzusehen. Bisher passt der Gesetzgeber den Steuertarif zeitverzögert an die Inflation an und legt die Anpassung für zwei Jahre im Voraus fest. Stattdessen könnte im Herbst jedes Jahres auf Basis der Regierungsprognose für die Inflationsrate des kommenden Jahres der Tarif für das kommende Jahr angepasst werden. Schätzfehler könnten mit der nächsten Tarifverschiebung verrechnet werden. Etwaige davon abweichende Anpassungen wären im Gesetzgebungsverfahren weiterhin möglich.*

*Solange die Finanzpolitik die kalte Progression durch entsprechende Steuertarifsenkungen regelmäßig kompensiert, ergibt sich aus ihr kein zusätzlicher Finanzspielraum. Es wäre deshalb folgerichtig, dass Bund und Länder dann auch nicht mit solchen Einnahmen planen – auch nicht in der mittleren Frist. Vielmehr wären entsprechende Tarifverschiebungen zu berücksichtigen. Inwieweit dies bisher bereits der Fall ist, ist den Planungen häufig nicht zu entnehmen. Hier ist mehr Transparenz wünschenswert.*

*Selbst wenn die kalte Progression zielgenau kompensiert wird, ist die Einkommensbesteuerung regelmäßig grundlegend zu überprüfen. So nimmt die Progression auch durch gesamtwirtschaftlich wachsende Realeinkommen zu. Die Anreiz- und Verteilungswirkungen der Einkommensbesteuerung insgesamt sind daher von Zeit zu Zeit zu evaluieren.*

## Wirkungen der Inflation auf die Einkommensbesteuerung

*Einkommensteuer mit progressivem Tarif*

Die Haupteinnahmequelle von Bund, Ländern und Gemeinden sind Steuern. Im Jahr 2021 belief sich ihr Aufkommen auf ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Einkommensteuer ist die gewichtigste Steuer. Sie wird auf die nominalen Einkommen erhoben. Für die Lohnsteuer, als größter Teil der Einkommensteuer, sind die nominalen Löhne und Gehälter relevant. Der Einkommensteuertarif<sup>1)</sup> soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Das Einkommen bleibt dabei steuerfrei, soweit es zur Deckung des Grundbedarfs nötig ist. Bei darüber liegenden Einkommen steigt der Abgabesatz bis zu einem Spitzensatz von 45 %. Der Einkommensteuertarif ist also progressiv ausgestaltet, sodass der durchschnittliche Steuersatz mit zunehmendem Einkommen steigt.

*Bei Inflation steigt reale Steuerbelastung im progressiven Einkommensteuertarif*

Bei einer nominalen Bemessungsgrundlage und einem progressiven Steuertarif führen steigende Preise zur kalten Progression: In realer (preisbereinigter) Betrachtung steigt der Steuersatz. Das heißt: Bei einem gegebenen Steuertarif wirken regelmäßig steigende Preise wie kontinuierliche Steuererhöhungen auf die realen Einkommen. Dies lässt sich anhand von zwei Beispielen verdeutlichen:

- Meistens wachsen die nominalen Löhne stärker als die Preise. Dann verbleibt ein realer Lohnanstieg. Aus dem nominalen Lohnanstieg resultiert im progressiven Tarif ein höherer durchschnittlicher Steuersatz. Dabei stellt der Lohnanstieg in Höhe der Inflationsrate aber keine höhere Leistungsfähigkeit dar. Denn dieser Teil des Anstiegs kompensiert nur die höheren Preise. Im Ergebnis erhöht sich der durchschnittliche Steuersatz bezogen auf den preisbereinigten Lohn stärker als bezogen auf den nominalen Lohn. Die kalte Progression erhöht also letztlich den durchschnittlichen Steuersatz für einen gegebenen Reallohn (reale Steuerzahlung im Ver-

hältnis zum realen Lohn). Bei gleicher Leistungsfähigkeit steigt somit die Steuerlast.

- Im laufenden Jahr ist die Entwicklung insofern speziell, als die Inflationsrate sogar deutlich über den nominalen Lohnanstieg hinausgeht. Gemäß Projektion der Bundesbank liegt die Inflationsrate bei 7 %. Die durchschnittlichen Nominallöhne steigen nur um 4 %. Damit sinken die Reallöhne vor Steuern. Da die Steuerbelastung an die steigenden Nominallöhne anknüpft, steigt die tarifliche Steuerbelastung bei rückläufigen Reallöhnen. Das heißt, obwohl die Leistungsfähigkeit sinkt (und demnach bei einer progressiven Steuer ein geringerer Steuersatz naheliegt), steigt der Steuersatz.

Da Preisanstiege die Leistungsfähigkeit schwächen, wäre es folgerichtig, dies bei der Einkommensbesteuerung zu berücksichtigen. Wenn solche schleichenden Steuererhöhungen aufgrund der kalten Progression verhindert werden sollen, ist bei steigenden Preisen regelmäßig der Steuertarif entsprechend zu senken.

Aus geldpolitischer Sicht sind weit verbreitete automatische Preisindexierungen grundsätzlich bedenklich. Hierdurch könnte – etwa im Fall einer Lohnindexierung – ein sich selbst verstärkender Inflationsprozess ausgelöst werden. Unter Umständen könnte dann das Interesse vieler Menschen an stabilen Preisen sinken. Damit stiege die Gefahr, dass sich die Inflationserwartungen entankern. Eine Kompensation der kalten Progression im Steuersystem erscheint diesbezüglich alles in allem aber wenig problematisch. Hierbei wird lediglich eine automatische reale Steuersatzerhöhung vermieden. Bei regelmäßigen Anpassungen wäre das Steuersystem in diesem Sinn neutral hinsichtlich

*Laufende Kompensation der kalten Progression verhindert Höherbelastung des realen Einkommens*

*Geldpolitische Implikationen eines Ausgleichs der kalten Progression*

<sup>1</sup> Der Einkommensteuertarif ist eine mathematische Funktion, die jedem Einkommen eine Steuerzahlung zuordnet.



der Preisentwicklung ausgerichtet.<sup>2)</sup> Dies wäre beispielsweise auch bei einem proportionalen Tarif der Fall.

*Im Mittel seit 1999 niedrige Inflationsraten – aktuell dagegen sehr kräftige Preissteigerungen*

Wie stark die kalte Progression ausfällt, hängt von der Höhe der Inflationsrate ab. Die Preissteigerungsrate lag in Deutschland von 1999 bis 2021 im Mittel bei 1,3 % – gemessen am Konsumdeflator.<sup>3)</sup> Nach bereits hohen Preissteigerungen im Jahr 2021 (+ 3,1 %) werden gemäß der jüngsten Bundesbank-Projektion im laufenden Jahr 6,8 % erwartet. Danach nimmt der Preisdruck allmählich wieder ab. Er liegt aber gemäß der Projektion bis einschließlich 2024 noch merklich über 2 %.<sup>4)</sup>

## Zur Kompensation der kalten Progression im Einkommensteuertarif

*Fokus auf Löhne als Einkunftsart*

Bei den Einkunftsarten, die dem Einkommensteuertarif unterliegen, dominieren die Löhne. Zudem ballen sich diese im Progressionsbereich des Tarifs. Die konkrete Betrachtung des Tarifs fokussiert daher im Folgenden auf die Lohnsteuer – womit der bei Weitem größte Effekt

2 Kalte Progression würde bei hoher Inflationsrate die verfügbaren Realeinkommen besonders stark belasten. Dies würde dann für sich genommen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und den Preisauftrieb dämpfen und potenziell zu einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung beitragen. Allerdings wäre in einer solchen Situation nicht gesichert, dass dies nicht durch fiskalische Maßnahmen an anderer Stelle kompensiert wird oder der Staat inflationsbedingte Mehreinnahmen im Rahmen der Haushaltsregeln an anderer Stelle einsetzt. Letztlich hat die Notenbank die geldpolitischen Instrumente, um die Inflation einzudämmen.

3 Hier wird der Deflator des privaten Verbrauchs aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verwendet. Dieser liegt auch dem Steuerprogressionsbericht der Bundesregierung zugrunde. Das Eurosystem zielt dagegen auf den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ab. Er ist die zentrale Messgröße für Preisstabilität im Rahmen der europäischen Geldpolitik. Trotz gewisser methodischer Unterschiede verlaufen die beiden Preisindizes über einen langen Zeitraum betrachtet relativ ähnlich. Dabei fielen die Teuerungsraten des Deflators der privaten Konsumausgaben in den vergangenen Jahren etwas niedriger aus. So liegt der Anstieg des HVPI über den Zeitraum 1999 bis 2021 bei 1,5 %. Im Jahr 2022 steigt der HVPI gemäß der Bundesbank-Projektion um 7,1 %.

4 Deutsche Bundesbank (2022a), S. 16 ff.

## Progression aufgrund Preisentwicklung auch bei anderen Steuerarten

Auch bei anderen Steuerarten verändert Inflation die Steuerbelastung. Dies gilt insbesondere für die mengenabhängigen Verbrauchsteuern und die Besteuerung von Zinserträgen. Im Vergleich zur kalten Progression bei der Einkommensteuer sind die Effekte aber von kleinerer Bedeutung.

Bei den mengenabhängigen Verbrauchsteuern senkt Inflation die Belastung. Wichtig ist hier vor allem die Energiesteuer. Ein Regelsteuersatz von 47 Cent je Liter Diesel verliert an Wert, wenn das Preisniveau steigt.<sup>1)</sup> Bei Inflation sinkt damit die Steuerlast im Zeitverlauf – die kalte Progression ist hier regelmäßig negativ. Um die mit mengenabhängigen Verbrauchsteuern verfolgten Lenkungswirkungen abzusichern, können deshalb im Zeitverlauf Anpassungen erforderlich werden.

Bei der Besteuerung von Zinserträgen entkoppelt Inflation die Belastung von der Leistungsfähigkeit, die sich im realen Zinssatz niederschlägt. Ein Teil der nominalen Zinseinnahmen kompensiert lediglich den inflationsbedingten Wertverlust des Nominalvermögens. Er stellt keine gestiegene Leistungsfähigkeit dar. Bei gleichen Nominalzinsen bedeutet eine höhere Inflation einen niedrigeren Realzins. Die proportionale Besteuerung der nominalen Zinseinnahmen führt zu einer umso höheren Steuerbelastung des realen Zinssatzes, je höher die Inflation ausfällt. Es entsteht gegebenenfalls sogar eine Abgabepflicht, wenn die Realzinsen negativ ausfallen.<sup>2)</sup>

1 Dies ist bei der Umsatzsteuer nicht der Fall. Sie ist eine proportionale Wertsteuer. Ein jeweils fester Steuersatz wird auf die nominale Bemessungsgrundlage erhoben.

2 Siehe ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2017), S. 71 ff.

## Steuerprogressionsberichte und jahresbezogene Betrachtung

in %

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022
(1) Im Steuerprogressionsbericht veranschlagte Inflationsraten (für jeweiliges Jahr)	1,8	2,0	0,5	1,2	•
(2) Einkommensteuertarif wurde verschoben um (i. d. R. um jeweiligen Vorjahreswert aus Zeile (1))	1,7	1,8	2,0	1,5	1,2
(3) Realisierte Inflationsrate	1,5	1,3	0,6	3,1 <sup>p)</sup>	6,8
(4) Jahresbezogene Betrachtung <sup>1)</sup>					
Über (+) oder Unterkompensation (-) bei Abweichung Tarifverschiebung (2) von der realisierten Inflationsrate im gleichen Jahr (3)	0,2	0,5	1,3	-1,5	<sup>p)</sup> -5,6
darunter wegen ...					
... zeitverzögerter Anpassung	0,0	0,1	0,7	-2,4	<sup>p)</sup> -3,7
... Schätzfehler bezüglich Inflationsrate <sup>2)</sup>	0,1	0,4	0,6	0,9	<sup>p)</sup> -1,9

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. <sup>p</sup> Projektion der Deutschen Bundesbank vom Mai 2022. <sup>1</sup> Jahresbezogene Betrachtung: 2021 wurde der Steuertarif um 1,5 % verschoben. Die Inflation 2021 fiel aber mit 3,1 % deutlich höher aus. Daher wurde der Steuertarif um 1,5 Prozentpunkte zu wenig verschoben (1,5 % - 3,1 % = -1,5 %; rundungsbedingte Abweichung). Hierdurch stiegen die durchschnittlichen Steuersätze bezogen auf die realen Einkommen. <sup>2</sup> Der Steuertarif eines Jahres wurde i. d. R. um die im Steuerprogressionsbericht für das Vorjahr geschätzte Inflation verschoben. Für 2021 ist die Verschiebung des Tarifs 2021 abzüglich der realisierten Inflation des Jahres 2020 angegeben. Somit wurde in diesem Jahr im Steuertarif überkompensiert (1,5 % - 0,6 % = 0,9 %).

Deutsche Bundesbank

der kalten Progression berücksichtigt sein dürfte.<sup>5)</sup>

## Berichterstattung der Bundesregierung zur Wirkung der Inflation im Steuertarif

*Existenzminimumbericht prüft, ob Anhebung des Grundfreibetrags notwendig ist*

Die Inflationsrate spielt an zwei Stellen eine Rolle für Anpassungen am Einkommensteuertarif. Zum Ersten erstellt die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Existenzminimumbericht (seit 1995). Die Regierung prüft, ob der steuerliche Grundfreibetrag gemäß den verfassungsgerichtlichen Vorgaben angehoben werden muss, um das Existenzminimum steuerfrei zu halten. Der dort verwendete Mischpreisindex berücksichtigt, wie sich die Preise relevanter Güter und die Nettolöhne und -gehälter entwickeln.

*Steuerprogressionsbericht schlägt Anhebung der übrigen Eckwerte des Einkommensteuertarifs vor*

Zum Zweiten hat die Bundesregierung seit 2012 den Auftrag, über die Wirkung der kalten Progression im Einkommensteuertarif zu berichten (Steuerprogressionsbericht).<sup>6)</sup> Darin stellt sie die (erwartete) inflationsbedingte kalte Progression im Einkommensteuertarif dar. Der Bericht enthält Vorschläge für Tarifverschiebungen (Steuersenkungen) für die beiden kommenden Jahre. Ziel ist es, damit zeitverzögert die inflationsbedingten, schleichenden Steuererhöhungen

des laufenden und des kommenden Jahres auszugleichen. Die Vorschläge basieren auf der Inflationssschätzung der Bundesregierung: Die Schätzung für das laufende Jahr liegt der vorgeschlagenen Tarifanpassung für das nächste Jahr zugrunde. Die Inflationssschätzung für das nächste Jahr bildet die Basis für die empfohlene Anpassung im Tarif des übernächsten Jahres (siehe auch oben stehende Tabelle). Die Entscheidung über konkrete Tarifanpassungen liegt dann bei Bundestag und Bundesrat. Bisher ist der Gesetzgeber den Empfehlungen der Steuerprogressionsberichte weitestgehend gefolgt – oder hat darüber hinaus entlastet.

<sup>5</sup> Die hier enthaltenen Schätzungen zur kalten Progression beschränken sich auf die Lohnsteuer. Es sind daher auch kompensierende Tarifsenkungen nur für die Lohnsteuer einbezogen.

<sup>6</sup> Der Bundestag beauftragte die Bundesregierung im Jahr 2012, regelmäßig über die kalte Progression im Einkommensteuertarif zu berichten. Der erste Steuerprogressionsbericht wurde im Januar 2015 vorgelegt. Dieser weicht vom späteren Vorgehen ab. Seinerzeit wurden vier Jahre behandelt. Ferner wurden Steuersenkungen breiter mit den Progressionseffekten verrechnet. Die Regierung schwenkte mit dem zweiten Bericht (vom Herbst 2016) auf ein anderes Verfahren um – auf das wir uns im Folgenden beziehen.

## Früher größere Anpassungen des Steuertarifs in unregelmäßigen Abständen

*Steuertarifanpassungen in unregelmäßigeren Abständen*

Bei der Einkommensteuer waren früher keine regelmäßigen Tarifanpassungen zum Ausgleich der kalten Progression vorgesehen. Dafür wurde der Einkommensteuertarif aber in unregelmäßigen Abständen umfassender überarbeitet und stärker gesenkt.

*Größere Steuer-senkungen zu Beginn und zur Mitte der 2000er Jahre*

Kurz vor der Jahrtausendwende war die Einkommensteuerbelastung inklusive Solidaritätszuschlag recht hoch: Dem Tarif 1998 gingen einige Jahre ohne regelmäßige oder größere Tarifsenkung bei der Einkommensteuer voraus. Größere Reformen reduzierten dann aber die Tarifbelastung in den Jahren 1999 bis 2001 und 2004 bis 2005 deutlich. 2007 wurde dagegen der Spitzensteuersatz für Einkommen ab 250 000 € von 42 % auf 45 % erhöht. In der Finanzkrise wurde der Tarif im Rahmen der Konjunkturstützung wieder gesenkt. Bis 2013 blieb er dann weitgehend unverändert.

## Seit 2013 weitgehend systematische Tarifanpassungen

*2013 bis 2021: Tarifkorrekturen verhinderten kalte Progression in der Gesamtschau*

Ab dem Steuertarif 2013 berichtet die Bundesregierung über die kalte Progression (zunächst teils nachträglich im ersten Bericht 2015). Seither wurde die kalte Progression durch Tarifkorrekturen in der Summe in etwa ausgeglichen:<sup>7)</sup> Zwar fiel die Inflationsrate im Jahr 2021 höher aus als die Tarifkorrektur für die veranschlagte Inflationsrate des Vorjahres (siehe auch Tabelle auf S. 68). Die kalte Progression wurde daher im Jahr 2021 nur unvollständig kompensiert. Dafür wurde der Steuertarif in vorherigen Jahren aber spürbar stärker gesenkt, als es auf Basis der realisierten Inflationsraten notwendig gewesen wäre. Insbesondere 2019 und 2020 stiegen die Preise spürbar weniger als zuvor für die Kompensation veranschlagt. Hierbei schlug einerseits die zeitverzögerte Anpassung zu Buche. Andererseits wirkten sich auch Fehl-

schätzungen und bewusste Überkompensationen der Inflationsrate aus.

Im laufenden Jahr dürfte die Inflationsrate mit 7 % außergewöhnlich hoch ausfallen. Die Anpassung betrug dagegen nur gut 1 %. In der niedrigen Anpassung schlägt sich zum Ersten nieder, dass regelmäßig der Tarif auf Basis der Inflationsrate des Vorjahres angepasst wird. Zum Zweiten wurde die hier relevante Inflationsrate 2021 zusätzlich deutlich unterschätzt.<sup>8)</sup> Im Mai 2022 hat der Gesetzgeber ad hoc auf die kräftige Inflation reagiert. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 2022 beschloss er, den Grundfreibetrag rückwirkend zum Jahresbeginn 2022 nochmals heraufzusetzen.<sup>9)</sup>

Im kommenden Jahr dürfte die kalte Progression dann aus heutiger Sicht deutlich überkompensiert werden – wenn die bisherige Vorgehensweise hinsichtlich der allgemeinen Tarifanpassungen beibehalten wird und die Inflationsrate nicht erneut nach oben überrascht. Dann würde die im kommenden Steuerprogressionsbericht für 2022 erwartete Inflationsrate zeitverzögert im 2023er Tarif berücksichtigt werden. Bei einer derzeit erwarteten Inflationsrate von 7 %, würde eine deutliche Tarifsenkung anstehen. Diese könnte bei der Lohnsteuer Ausfälle von insgesamt etwa 13½ Mrd € bewirken.<sup>10)</sup> Die Koalitionsparteien diskutieren der-

*Tarif des Jahres 2022 teils nachgebessert: Grundfreibetrag weiter angehoben*

*Überkompensation der kalten Progression in 2023 angelegt*

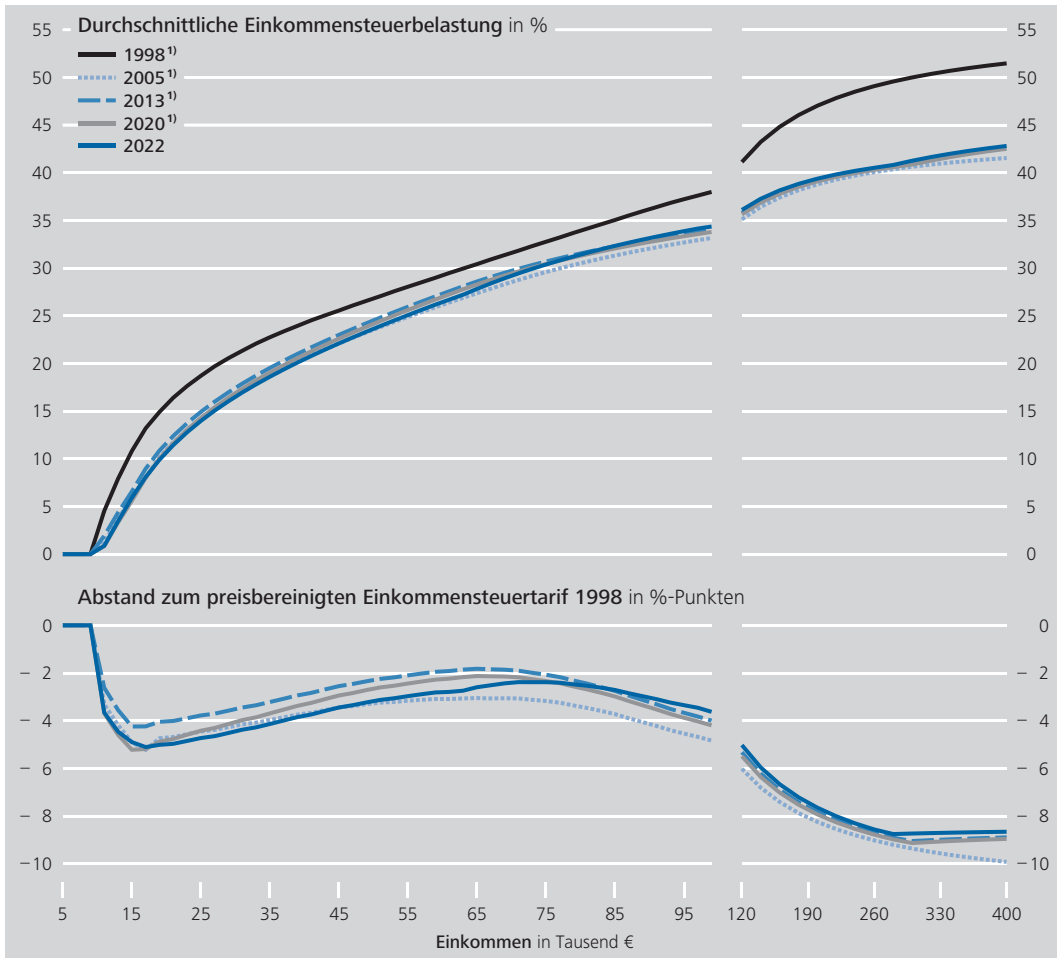
<sup>7</sup> Dabei sind einbezogen: Änderungen am Einkommensteuertarif einschl. der Kinderfreibeträge. Die Anhebungen des Kindergelds sind hier nicht berücksichtigt. Dieses wird vom Lohnsteueraufkommen abgezogen.

<sup>8</sup> Sie wurde auf Basis des Steuerprogressionsberichts vom Herbst 2020 festgelegt. Damals wurde für 2021 nur eine Inflationsrate von 1,2 % erwartet. Das Ergebnis war dann 3,1 %. Der Grundfreibetrag wurde dagegen bereits annähernd ausreichend angehoben.

<sup>9</sup> Zum kleineren Teil soll damit der Grundfreibetrag rückwirkend an die unerwartet hohe Inflationsrate 2021 angepasst werden. Zum größeren Teil wird dies mit der hohen Inflationsrate des Jahres 2022 begründet. Auch über die (hier einbezogenen) tariflichen Entlastungen hinaus senkte der Gesetzgeber die Einkommensteuerbelastung: Insbesondere steigt der Arbeitnehmer-Pauschbetrag rückwirkend zum 1. Januar 2022.

<sup>10</sup> Ob die rückwirkende Anhebung des Grundfreibetrags 2022 als eine Art Vorabentlastung verrechnet wird, ist noch nicht bekannt. Mit einer solchen Verrechnung wären es etwa 11½ Mrd €.

Preisbereinigte Einkommensteuertarife und Abstand zum Tarif 1998<sup>1)</sup>



Quelle: BMF und eigene Berechnungen. \* Grundlage ist der Einkommensteuertarif für einzeln veranlagte Steuerzahlerinnen und -zahler. Die Tarife werden inklusive des jeweils geltenden Solidaritätszuschlags gezeigt. Die Preisbereinigung erfolgt mit dem Deflator des privaten Verbrauchs aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (für 2022: Projektion der Bundesbank). Hierfür werden die Einkommen mit der Inflationsrate vom jeweiligen Geltungsjahr des Tarifs bis 2022 deflationiert. Darauf werden die jeweils geltenden Steuersätze angewendet. Wäre der Steuertarif immer exakt mit der Inflationsrate verschoben worden, lägen die Tarife exakt übereinander.  
<sup>1)</sup> Preisbereinigt.  
 Deutsche Bundesbank

zeit, inwiefern die kalte Progression weiter vollständig kompensiert werden soll.

**Der preisbereinigte Steuertarif im Zeitverlauf**

Wie sich tarifliche Steuersätze bezogen auf Realeinkommen im Zeitverlauf verschoben haben, lässt sich anhand preisbereinigter Steuertarife darstellen. Das oben stehende Schaubild gibt einen Überblick über den Einkommensteuertarif<sup>11)</sup> (einschl. des preisbereinigten Solidaritätszuschlags<sup>12)</sup>) in ausgewählten Jahren. Konkret zeigt beispielsweise der preisbereinigte

Steuertarif 2013 den Steuersatz jeweils für Realeinkommen in Preisen des Jahres 2022. Die Realeinkommen ergeben sich, indem die nominalen steuerpflichtigen Einkommen im Jahr 2022 mit dem Preisanstieg zwischen 2013 bis 2022 deflationiert werden. Liegt nun der 2022er Steuertarif über dem preisbereinigten 2013er Tarif, haben Tarifanpassungen die kalte Progression nicht vollständig kompensiert. Im umge-

<sup>11</sup> Hierbei ist der Einkommensteuertarif inkl. Solidaritätszuschlag berücksichtigt. Nicht berücksichtigt ist, ob Abzugsbeträge angepasst wurden.  
<sup>12</sup> Die Preisbereinigung erfolgt mit dem Deflator des privaten Verbrauchs aus den VGR. D. h., dass für alle Einkommen die gleichen Preissteigerungen unterstellt sind.

Vergleich der Steuertarife über die Zeit

kehrten Fall haben Tarifierhöhungen den 2022er Tarif stärker gesenkt, als die kalte Progression die Steuerbelastung erhöht hat. Wäre der Tarif seit 2013 jeweils exakt um die Inflationsrate verschoben worden, läge der preisbereinigte Steuertarif 2022 genau auf dem 2013er Tarif. Dies ist nicht der Fall, weil zwischenzeitliche Steuertarifänderungen neben der Korrektur der kalten Progression auch anderen Zielen folgten. So wurde beispielsweise der Solidaritätszuschlag 2021 teilweise abgeschafft, mit spürbarer Wirkung auf den abgebildeten Tarif 2022.

*Reale Durchschnittssteuersätze zwischen 1998 und 2005 gesunken, ab 2013 meist etwa konstant*

Es zeigt sich, dass ausgehend von der hohen Steuerbelastung im Jahr 1998 die Tarife im weiteren Verlauf deutlich sanken. Die kalte Progression wurde bis 2005 über den gesamten Verlauf des progressiven Steuertarifs deutlich überkompensiert. Bis 2013 stieg die reale Tarifbelastung dann wieder etwas. In den Folgejahren liegen die realen Tarife dann enger beieinander. Das heißt, die kalte Progression wurde ab dann über den Tarifverlauf in etwa ausgeglichen.

*2021 und 2022: Kompensation der kalten Progression zu niedrig – wegen Zeitverzögerung und Schätzfehlern*

Im Jahr 2021 kam es zu vergleichsweise starken Abweichungen zwischen Tarifverschiebungen und kalter Progression. So führte die hohe Inflationsrate für sich genommen zu einer hohen kalten Progression. Die auf Basis des Steuerprogressionsberichts ermittelte ausgleichende Tarifanpassung war deutlich niedriger (siehe Tabelle auf S. 68). Allerdings entlastete erheblich, dass der Solidaritätszuschlag teilweise abgeschafft wurde. Entlastet wurden hierdurch insbesondere mittlere Einkommen. Im laufenden Jahr schlägt dann die kalte Progression wegen der außergewöhnlich hohen Inflationsrate noch kräftiger zu Buche.<sup>13)</sup> Der Tarif wurde nur moderat verschoben. Die Tarifierhöhung wurde 2020 auf Basis der damals noch niedrigen Inflationserwartungen für 2021 beschlossen (siehe Tabelle auf S. 68).

Der Tarif 2022 liegt aber trotz der zuletzt hohen (und noch weitgehend unkompensierten) kalten Progression für mittlere Einkommen relativ niedrig. Ausschlaggebend ist die starke Entlas-

tung durch die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags. Die realen Tarife liegen nahe der vergleichsweise niedrigen Belastung des Jahres 2005. Für höhere Einkommen liegt die Belastung über diesem Vergleichsniveau. Ausschlaggebend dafür ist, dass der Solidaritätszuschlag für diese Einkommen weiter erhoben wird und dass 2007 eine zusätzliche Zone für Einkommen ab 250 000 € eingeführt wurde (45 % statt zuvor 42 %). Gegenüber den hohen Spitzensatzes des Jahres 1998 lagen die realen Belastungen aber auch im 2022er Tarif durchweg deutlich niedriger.

*Preisbereinigter Tarif 2022 auf relativ niedrigem Niveau – auch wegen Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags*

## Verbesserungspotenziale erschließen

### Kalte Progression zeitnäher berücksichtigen

Die Entwicklung am aktuellen Rand führt vor Augen, wieso das derzeitige Verfahren die kalte Progression nicht zielgenau und zeitnah kompensiert. Zum Ersten wird die kalte Progression konstruktionsbedingt ein Jahr verzögert berücksichtigt. Dadurch steigen für sich genommen bei gesteigerter Inflationsrate zunächst die realen Steuersätze (z. B. 2021 und 2022). Zum Zweiten können Schätzfehler dazu führen, dass die kalte Progression nicht zielgenau kompensiert wird: Zum Beispiel wurde die Inflationsrate 2018 und 2019 unterschätzt. 2020 wurde sie bewusst überkompensiert. 2021 wurde die Inflation dann deutlich unterschätzt. Wenn die Inflationsraten vergleichsweise stabil sind, fallen diese beiden Aspekte nicht stärker ins Gewicht. Schwankungen und größere Schätzfehler können aber auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Deshalb ist zu erwarten, dass

*Aktuelles Vorgehen hat grob funktioniert, ließe sich aber deutlich verbessern*

<sup>13</sup> Die kalte Progression tritt häufig auf, wenn hohe Inflation auf entsprechend steigende Nominallöhne trifft und dadurch ein progressionsbedingter Aufkommenszuwachs ausgelöst wird. Die sehr hohe Inflationsrate geht 2022 nicht mit entsprechend höheren Lohnanhebungen einher. Vielmehr führt sie zu sinkenden Reallöhnen. Die kalte Progression bedeutet hier, dass die Steuerlasten sich nominal wie erwartet entwickelten, während die Reallöhne niedriger ausfallen.

## Progressionseffekte allgemeiner Lohnzuwächse

### Progression auch durch Zuwächse der realen Einkommen

Im Zentrum dieses Aufsatzes steht die kalte Progression bei der Einkommensteuer: Allein inflationsbedingte Einkommenszuwächse erhöhen die Steuerbelastung aufgrund des progressiven Steuertarifs – obwohl sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht verändert. Es ist naheliegend, dass der Staat Zusatzeinnahmen aus dieser kalten Progression durch Tarifverschiebungen zeitnah zurückgibt. Gleichet der Staat den Inflationseffekt im Steuertarif nicht aus, sinkt insoweit das reale verfügbare Einkommen.

Diese kalte Progression ist aber nur ein Teil der Progressionswirkung. Daneben wirkt die Progression auch bei steigenden realen Einkommen. Einerseits steht dabei der höheren steuerlichen Belastung eine höhere individuelle Leistungsfähigkeit gegenüber – wenn diese am realen Einkommen gemessen wird. Insofern ist diese Progression gewünscht: Höhere Leistungsfähigkeit soll im progressiven Steuertarif höheren Steuersätzen unterliegen als niedrigere: Für Steuerpflichtige mit höheren Einkommen sollen höhere Steuersätze gelten als für Steuerpflichtige mit niedrigeren Einkommen. Andererseits steigen dadurch die durchschnittlichen Steuersätze im Zeitverlauf<sup>1)</sup> – wenn die progressive Besteuerung der Einkommenszuwächse nicht kompensiert wird: Die Einkommenszuwächse von immer mehr Steuerpflichtigen unterliegen immer höheren Sätzen – bis hin zum Spitzensteuersatz.

Eine Steuerpolitik, die sich einzig auf die Entlastung von der kalten Progression beschränkt, bringt folglich einen stetigen Belastungsanstieg mit sich. Auch deshalb ist es wichtig, den Tarif und das Steuersystem insgesamt in regelmäßigen Abständen auf Belastungs- und Verteilungswirkungen zu überprüfen.

### Entwicklungen seit der Jahrtausendwende

Im Folgenden werden – im Einklang mit dem Betrachtungszeitraum im Haupttext – die Entwicklungen seit der Jahrtausendwende anhand der Progressionswirkungen der gesamten nominalen Lohnzuwächse verdeutlicht. Neben der Inflationskomponente werden also zusätzlich die realen (d. h. preisbereinigten) Lohnzuwächse im Zeitverlauf berücksichtigt. Der Fokus auf Lohnzuwächse ist gewählt, weil die Löhne im Progressionsbereich des Einkommensteuertarifs dominieren.

Seit 1998 verteilen sich die Progressionseffekte wie folgt: Zwei Drittel entfallen auf die Inflation, und ein Drittel entfällt auf reale Lohnsteigerungen. Der Progressionseffekt aus dem Reallohn war besonders ausgeprägt in den Jahren 1998 bis 2000, 2014 bis 2016 sowie 2018 und 2019.

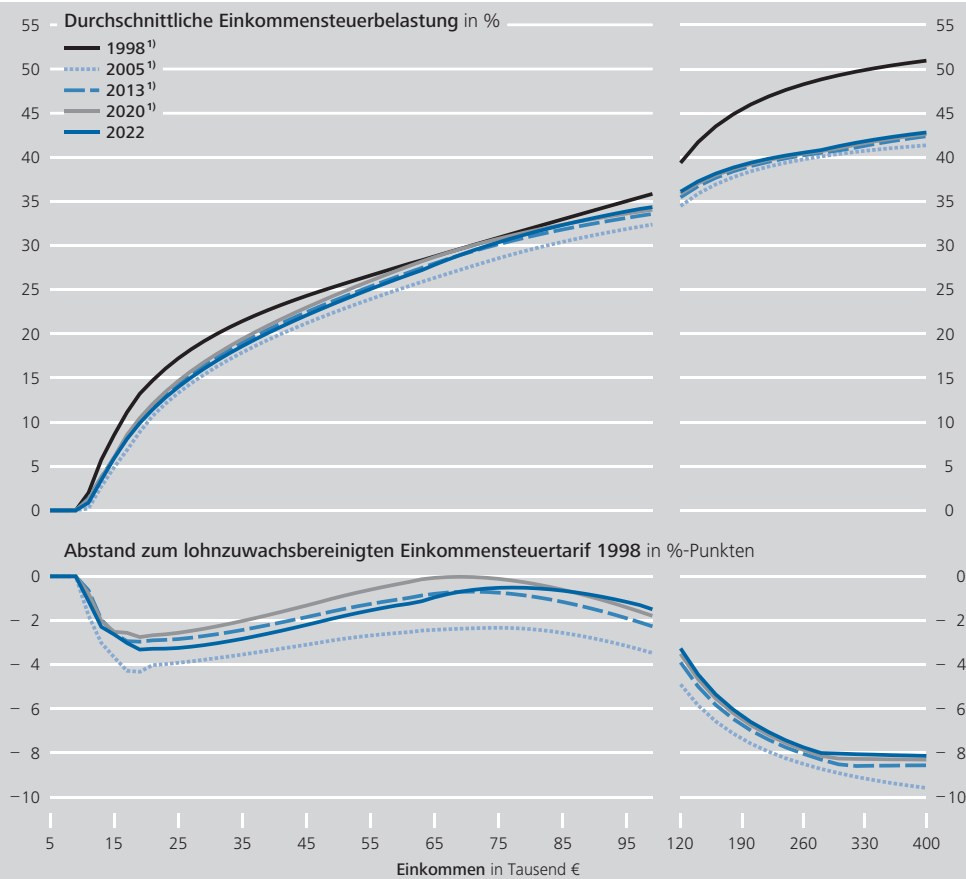
Das Schaubild auf Seite 73 zeigt, wie sich der individuelle tarifliche Durchschnittssatz der Einkommensteuer über die Zeit verändert hat: Unterstellt sind individuelle Einkommen, die jeweils mit der durchschnittlichen Veränderungsrate der nominalen Bruttolöhne und -gehälter (pro Kopf) bereinigt wurden. Konkret wurden alle Einkommen mit der Veränderungsrate des Durchschnittslohnes vom jeweiligen Jahr bis 2022 lohnzuwachsbereinigt.<sup>2)</sup> Darauf wird der jeweilige Einkommensteuertarif angewendet. Wäre der Steuertarif im Zeitverlauf nicht verändert worden, lägen diese Tarife von Jahr zu Jahr höher – durch inflations- und

<sup>1</sup> Ebenso steigt dann die Steuerquote (die Steuern im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung) im Zeitverlauf.

<sup>2</sup> Individuelle Karrierefortschritte bleiben somit ebenso ausgeblendet wie Eheschließungen oder Kindergeldansprüche. Auch andere Einkunftsarten, z. B. aus Gewerbebetrieb oder Vermietung und Verpachtung, werden nicht betrachtet.



### Lohnzuwachsberichtigte Einkommensteuertarife und Abstand zum Tarif 1998<sup>1)</sup>



Quelle: BMF und eigene Berechnungen. \* Grundlage ist der Einkommensteuertarif für einzeln veranlagte Steuerzahlerinnen und -zahler. Die Tarife werden inklusive des jeweils geltenden Solidaritätszuschlags gezeigt. Verwendet werden die Zuwachsraten der Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf (ohne geringfügige Beschäftigung und Ein-Euro-Jobs) aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (für 2022: Projektion der Bundesbank). Konkret sind alle Löhne mit der Veränderungsrate des Durchschnittslohns seit dem jeweiligen Geltungsjahr des Tarifs bis 2022 bereinigt. Darauf wird der jeweils geltende Einkommensteuertarif angewendet. Wäre der Steuertarif immer exakt mit dem Lohnzuwachs verschoben worden, lägen die Tarife exakt übereinander. 1 Lohnzuwachsberichtigt.

Deutsche Bundesbank

reallohnbedingte Progression. Wäre der Steuertarif hingegen immer entsprechend der Entwicklung der Nominallöhne verschoben worden, lägen die Tarife genau übereinander.

Nach dem hohen Tarifverlauf im Jahr 1998 sank dieser bis 2005 durch die großen Steuerreformen deutlich – wie hier gezeigt auch bereinigt um den zwischenzeitlichen gesamten Zuwachs der Nominallöhne. Im Anschluss zehrten die Progressionseffekte der Lohnzuwächse die Senkung dann aber teilweise wieder auf. Dabei rutschten die Steuersätze für manche Einkommensgruppen zwischenzeitlich wieder nahe an den

Tarif im Jahr 1998 heran. Die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags im Jahr 2021 sorgte dann bei mittleren Einkommen für Entlastung. Falls sich die Regierung an den Tarifsenkungen der letzten Jahre orientiert, könnte eine vergleichsweise hohe Kompensation anstehen – um die hohen Inflationsraten des Jahres 2022 auszugleichen. Die Verschiebung könnte dann stärker ausfallen als das Wachstum der Nominallöhne – und die Steuersätze näher an den bereinigten relativ niedrigen Tarif des Jahres 2005 bringen. Dieser könnte in manchen Bereichen sogar unterschritten werden.

das Verfahren auch künftig immer mal wieder zu wenig passgenauen Kompensationsbeschlüssen führt.

*Kompensation der kalten Progression direkt in dem Jahr, in dem sie entsteht*

Wenn die kalte Progression zeitnäher und genauer kompensiert werden soll, wäre es folgerichtig, dass derzeit verfolgte Verfahren anzupassen. So ließen sich unerwartet stark schwankende Preissteigerungen oder eine außergewöhnlich hohe Inflationsrate zeitnäher berücksichtigen. Statt alle zwei Jahre könnten Steuertarife künftig im jährlichen Rhythmus überprüft und über eine Verschiebung entschieden werden. Statt für die kommenden zwei Jahre würde die Steuertarifverschiebung dann nur noch für das nächste Jahr festgelegt. Auch könnte der Steuertarif nicht mehr um ein Jahr verzögert, sondern um die Inflation des gleichen Jahres verschoben werden. So könnte im Herbst jeden Jahres auf Basis der Regierungsprognose für die Inflationsrate des kommenden Jahres eine Tarifanpassung für das kommende Jahr ermittelt werden. Etwaige Schätzfehler für Vorjahre könnten regelgebunden in die nächste Tarifverschiebung einfließen. Beispielsweise würde eine solche Verfahrensumstellung ab dem Jahr 2023 bedeuten:

- Der Tarif des Jahres 2023 würde um die im Herbst 2022 geschätzte Inflationsrate für das Jahr 2023 verschoben. Zugleich wäre eine Korrektur für Schätzfehler bei der letzten Anpassung vorzunehmen. Die Anpassung für 2022 auf Grundlage der Herbstschätzung 2020 wäre aus heutiger Sicht viel zu niedrig ausgefallen. Der fehlende Teil des Ausgleichs wäre nachzuholen. Dabei könnte die Ad-hoc-Erhöhung des Grundfreibetrags angerechnet werden. So wäre dafür Sorge getragen, dass die überraschend hohe Inflation im laufenden Jahr nicht dauerhaft über die kalte Progression belastet.
- Der Steuertarif 2024 würde um die im Herbst 2023 für das Jahr 2024 geschätzte Inflationsrate verschoben. In den Folgejahren würde entsprechend vorgegangen.

Insgesamt ließe sich mit einer solchen Verfahrensumstellung die kalte Progression zeitnäher und genauer verhindern. Im Unterschied zu einer automatischen Anpassung läge die Entscheidung für eine Tarifverschiebung aber letztlich weiterhin bei Bundestag und Bundesrat. Das Verfahren unterscheidet sich insoweit nicht vom derzeitigen. In den Gesetzgebungsprozess können dann auch grundsätzlich andere Vorstellungen zur Tarifgestaltung insgesamt oder für einzelne Zonen des Tarifs einfließen. So diskutiert die Koalition etwa derzeit, bei hohen Einkommen die kalte Progression nicht zu kompensieren. Solche Entscheidungen sind letztlich politisch abzuwägen.

## Einnahmen aus kalter Progression nicht in Finanzplanung einstellen

Dem Staat bringt eine nicht kompensierte kalte Progression in der Regel höhere Steuereinnahmen. Solange die Kompensation politische Praxis ist, ergibt sich aus der kalten Progression perspektivisch kein zusätzlicher Finanzspielraum. Es wäre dann folgerichtig, dass Bund und Länder keine Einnahmen aus der kalten Progression in ihre (mittelfristigen) Finanzplanungen einstellen.

Seit einigen Jahren praktiziert der Gesetzgeber zwar ein weitgehend regelgebundenes Verfahren zur Korrektur der kalten Progression. Es bedarf aber eines konkreten Umsetzungsbeschlusses. Die offiziellen Steuerschätzungen basieren auf dem rechtlichen Status quo. Solange der Umsetzungsbeschluss noch nicht erfolgt ist, fließen Mehreinnahmen aus der kalten Progression deshalb in die offiziellen Steuerschätzungen ein. Insoweit gehen sie zunächst auch in die kurz- und mittelfristigen Planungen ein – obwohl es jahrelange politische Praxis ist, die kalte Progression nicht durchwirken zu lassen. Dadurch kann der falsche Eindruck von fiskalischen Spielräumen entstehen. Inwieweit diesbezüglich durch Abschlüsse Vorsorge getroffen wird, ist den Planungen häufig nicht zu entneh-

*Ausgleichende Steuersenkungen in Finanzplanung berücksichtigen*

*Mit konkret spezifizierten globalen Mindereinnahmen Vorsorge treffen für Kompensation der kalten Progression*

men. Hier ist mehr Transparenz wünschenswert. Es wäre grundsätzlich ratsam, in den Finanzplanungen von Bund und Ländern konkret spezifizierte globale Mindereinnahmen für den Ausgleich der kalten Progression zu veranschlagen. Dazu könnte die Steuerschätzung die rechnerischen Aufkommenswirkungen der unterstellten Verbraucherpreisanstiege bei der Einkommensteuer ausweisen. Denn die Finanzwirkungen der kalten Progression können im Mittelfristzeitraum erheblich sein.<sup>14)</sup> Daher sollten Regierungen die Mittel nicht verplanen, wenn sie gleichzeitig die Kompensation der kalten Progression in Aussicht stellen.

## Regelmäßig grundlegende Überprüfung der Besteuerung

*Regelmäßige Überprüfung der Besteuerung*

Jährliche Verschiebungen des Steuertarifs zur Kompensation der kalten Progression machen anderweitige grundlegendere Tarifreformen nicht überflüssig. Beispielsweise lassen auch Realeinkommenszuwächse durchschnittliche Steuersätze im Zeitverlauf steigen (vgl. Erläuterungen auf S. 72 f.). Der Staat bleibt dabei gefordert, den Umfang und die Ausgestaltung des Steuersystems zu prüfen. Zu berücksichtigen ist, dass höhere Steuersätze die Arbeitsanreize einschränken. Auch könnten etwa ursprüngliche Verteilungsziele zwischenzeitlich verfehlt werden. Die Anreiz- und Verteilungswirkungen der Einkommensbesteuerung insgesamt sollten daher von Zeit zu Zeit evaluiert werden. Abgesehen davon schiene es aktuell naheliegend, die

rechtliche Unsicherheit beim Solidaritätszuschlag zu beenden.<sup>15)</sup> Es spricht einiges dafür, diesen abzuschaffen und bedarfsweise gleichzeitig den Einkommensteuertarif zu reformieren. Auch die Einnahmenverteilung zwischen Bund und Ländern wäre regelmäßig zu prüfen und etwa in einem solchen Fall bedarfsgerecht anzupassen. Darüber hinaus bleiben begrenzte länderspezifische Zu- oder Abschläge bei der Einkommensbesteuerung erwägenswert. Damit würden die Länder und ihre Eigenverantwortung gestärkt.<sup>16)</sup> Auch das Gewicht der einzelnen Steuerarten im gesamten Steuermix ist zu überprüfen. Bei den speziellen Verbrauchsteuern strebt der Staat neben Einnahmen auch eine Lenkungswirkung an. Soweit dabei mengenbezogene feste Abgabesätze erhoben werden, können hier nach einiger Zeit Anpassungen geboten erscheinen. Anderenfalls entwerfen die Inflation und die realen Einkommenszuwächse das Lenkungssignal. Es ist letztlich wichtig, dass der Staat Ausgabenbedarfe und Einnahmen in Einklang bringt. Dabei ist regelmäßig auch zu prüfen, ob Steuererhöhungen oder -senkungen angezeigt sind.

---

<sup>14</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2022b), S. 76: Eine fortlaufende Kompensation der kalten Progression könnte Mindereinnahmen von 11,4 Mrd € (2023), 16,6 Mrd € (2024), 20,8 Mrd € (2025) und 25,1 Mrd € (2026) bewirken. Angegeben sind die Niveaus der jeweiligen Jahre. Zugrunde gelegt ist die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung. Diese wurde im April 2022 veröffentlicht und projiziert niedrigere Inflationsraten als die Projektion der Bundesbank vom Mai 2022. Die Vorabanhebung des Grundfreibetrags (Steuerentlastungsgesetz 2022) wurde nicht abgezogen.

<sup>15</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019), S. 69.

<sup>16</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2014), S. 46 ff.

## ■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2022a), Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024, Monatsbericht, Juni 2022, S. 15–48.

Deutsche Bundesbank (2022b), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2022, S. 72–86.

Deutsche Bundesbank (2019), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, August 2019, S. 64–73.

Deutsche Bundesbank (2017), Zur Verzinsung privater Finanzanlagen unter Berücksichtigung von Inflation und Steuern, Monatsbericht, Juli 2017, S. 71–77.

Deutsche Bundesbank (2014), Zur Einführung von Steuerzu- und -abschlägen der Länder, Monatsbericht, September 2014, S. 46–48.

## Öffentliche Finanzen im Euroraum: aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen

*Die Fiskalpolitiken im Euroraum haben weiter schwere Aufgaben zu bewältigen. Zwar klingt die Corona-Pandemie ab. Aber die Euro-Länder stehen insbesondere wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Energiewende vor großen Herausforderungen. Dabei sind die Staatsfinanzen in schlechterer Verfassung als vor der Coronakrise. Etliche Länder weisen sehr hohe Schuldenquoten und hohe Defizite auf. Gleichzeitig haben sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gewandelt. In ihren Basislinien gehen aktuelle Prognosen für den Euroraum von einer fortgesetzten wirtschaftlichen Erholung aus. Zugleich werden aber deutliche angebotsseitige Verspannungen verzeichnet. Der Preisdruck ist hoch und droht sich zu verfestigen. Daher hat die Geldpolitik die Zinswende eingeleitet.*

*Vor diesem Hintergrund ist eine umsichtige Finanzpolitik erforderlich. Nicht angemessen sind zusätzliche, breit angelegte, durch Schulden finanzierte Stützungsmaßnahmen und Fiskalimpulse. Die Finanzpolitik sollte vielmehr zielgenau agieren. Maßnahmen, die Energiepreise senken, entsprechen dem nicht. Außerdem vermindern sie Anreize zur Energiewende, und es lohnt sich weniger, Energie zu sparen. Stattdessen sollten beispielsweise gezielter nur einkommensschwache Haushalte unterstützt werden, da sie besonders stark von steigenden Preisen betroffen sind. Für die Energiewende und für die Verteidigung dürften vermehrt staatliche Mittel nötig sein. Viel spricht aber dafür, auch gezielte zusätzliche Maßnahmen weitgehend im Haushalt gegenzufinanzieren. Denn höhere Defizite drohen gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv zu wirken, indem sie den bereits vorhandenen Preisdruck verstärken. Zudem würden die teils stark angespannten Staatsfinanzen noch mehr belastet – während der Fokus eigentlich wieder stärker auf solide Staatsfinanzen gerichtet werden sollte.*

*Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist allerdings hoch. Eine andere finanzpolitische Herangehensweise wäre zu empfehlen, wenn negative Risiken einträten und beispielsweise doch die Nachfrage einbräche. Dies ist aber derzeit nicht die Basislinie der meisten Prognosen, auch nicht der der Europäischen Kommission. Deshalb überzeugt nicht, dass die Generalausnahme der europäischen Fiskalregeln bis 2023 verlängert wurde. Selbst ohne diese Entscheidung hätten nur wenige Mitgliedstaaten ihren derzeit angelegten Fiskalkurs straffen müssen. Dagegen schafft die Verlängerung nun Spielraum für zusätzliche schuldenfinanzierte Fiskalprogramme, die aus heutiger Sicht nicht angezeigt erscheinen. Die fiskalische Lage ist in einigen Mitgliedstaaten fragil. Um das Vertrauen in solide Staatsfinanzen zu stärken, ist die jeweilige nationale Finanzpolitik gefordert. In diesem Umfeld sind glaubwürdige Fiskalregeln wichtiger denn je. Denn bindende und nachvollziehbare Regeln können Vertrauen schaffen. Deswegen kommt einer stabilitätsorientierten Reform der europäischen Fiskalregeln große Bedeutung zu.*

## Prognose der Europäischen Kommission zur Entwicklung der Staatsfinanzen

### Euroraum: Defizit- und Schuldenquote sinken

*Defizit sinkt wegen auslaufender Corona-Maßnahmen und günstiger Konjunktur-entwicklung*

Die Europäische Kommission (im Folgenden kurz: Kommission) erwartet,<sup>1)</sup> dass die Defizitquote im Euroraum im laufenden und im kommenden Jahr sinkt. Nach 5,1% im vergangenen Jahr soll sie auf 3,7% und 2,5% zurückgehen. Ausschlaggebend ist zum Ersten die sich verbessernde Konjunkturlage. Gemäß Kommission schließt sich die Produktionslücke bis 2023 vollständig. Die Defizitquote sinkt deshalb 2022 um  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte und 2023 um  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt. Zum Zweiten laufen haushaltsbelastende Maßnahmen aus. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hatten gemäß Kommission 2021 noch  $3\frac{1}{4}$ % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Sie gehen im laufenden Jahr auf  $\frac{3}{4}$ % zurück und laufen dann wohl ganz aus.<sup>2)</sup> Neue Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und den sprunghaft gestiegenen Energiepreisen beziffert die Kommission auf  $\frac{3}{4}$ % des BIP im laufenden Jahr. Diese defiziterhöhenden Maßnahmen sollen 2023 wieder weitgehend entfallen. Die entlassenden konjunkturellen und temporären Einflüsse verdecken, dass die übrigen Haushaltsentwicklungen die Defizitquote spürbar erhöhen: 2022 um  $1\frac{1}{4}$  Prozentpunkte und 2023 um  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt. Die Schuldenquote sinkt gemäß der Kommissionsprognose von 97,4% im vergangenen Jahr auf 92,7% im Jahr 2023. Ausschlaggebend hierfür ist das recht stark zunehmende nominale BIP im Nenner.

*Fiskalischer Kurs derzeit schwer zu interpretieren*

Es ist derzeit besonders schwierig, den aktuellen fiskalischen Kurs zu beurteilen. Für das laufende und das kommende Jahr zusammengekommen zeigt der herkömmliche Indikator zwar einen restriktiven Kurs an (d.h. die strukturelle Primärdefizitquote sinkt<sup>3)</sup>). Ursächlich sind aber vor allem auslaufende Corona-Maßnahmen. Diese staatlichen Maßnahmen haben in der Coronakrise vielfach die ausgefallenen

Markteinkommen beziehungsweise Umsätze von privaten Haushalten und Unternehmen ersetzt. Diese können nunmehr wieder regulär erzielt werden. Die Ersatzleistungen können deswegen weitgehend entfallen, ohne dass damit ein restriktiver Effekt einhergeht. Dies ähnelt konjunkturbedingt schwankenden Ausgaben für Arbeitslosigkeit (automatischer Stabilisator). Analog wäre es daher treffender, einen guten Teil dieser entfallenden Corona-Maßnahmen aus dem Indikator herauszurechnen, der keine automatischen Stabilisatoren enthält. Insofern dürfte die fiskalpolitische Ausrichtung 2022 und 2023 zusammengenommen nicht restriktiv, sondern sogar eher expansiv zu interpretieren sein.

### Einzelne Mitgliedstaaten: Lage sehr unterschiedlich

Die fiskalische Lage in den Mitgliedstaaten unterscheidet sich stark (vgl. Tabelle auf S. 80). Sie soll sich 2022 und 2023 aber in allen Ländern verbessern – maßgeblich getrieben durch auslaufende Corona-Maßnahmen. 2022 haben trotzdem zwölf Länder eine Defizitquote über dem Referenzwert von 3%. 2023 sind es immer noch sieben Länder. Darunter sind auch die sehr hoch verschuldeten Länder Belgien, Frankreich, Italien und Spanien. In Griechenland und Portugal – die ebenfalls sehr hohe Schuldenquoten aufweisen – sinken die Defizitquoten bis 2023 dagegen auf 1%.

*Vielfach zwar Referenzwertverletzungen, ...*

Das Haushaltsziel eines strukturell nahezu ausgeglichenen Saldos (Medium-Term Objective, MTO) erreicht bis 2023 fast kein Mitgliedstaat. Damit ist die Lage meist beträchtlich ungünstiger als vor der Corona-Pandemie. Gleichzeitig ist in den meisten Ländern die Produktionslücke

*... aber regelkonforme Verbesserung prognostiziert*

<sup>1</sup> Vgl.: Europäische Kommission (2022a).

<sup>2</sup> Die Angaben der Kommission zu Corona-Belastungen beziehen sich auf die EU insgesamt.

<sup>3</sup> Strukturell bedeutet: Ausgeblendet wird der Einfluss auf das Defizit aus der Konjunktur-entwicklung und der aus bestimmten temporären Maßnahmen. So wird die grundlegende, langfristig bedeutende fiskalische Position erkennbar.



## Fehlende Angaben zu Defiziten und Schulden der EU-Ebene verzerren die Fiskalanalyse

Die Europäische Kommission weist in ihrer Prognose die Defizite und Schulden der EU-Ebene nicht aus. Auch für die Vergangenheit stellt Eurostat (das für Statistik zuständige Amt der Europäischen Kommission) diese noch nicht zur Verfügung. Somit umfassen die Angaben der Europäischen Kommission für die EU oder den Euroraum ausschließlich die aggregierten Defizite und Schulden der Mitgliedstaaten. Es ist zu begrüßen, dass der Rat einfordert, dass die Statistiken für die EU-Institutionen erstellt werden. Wünschenswert wäre, wenn Eurostat diese in der gleichen Struktur und Abgrenzung bereitstellt, die auch von den Mitgliedstaaten verlangt wird (Konten gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Maastricht-Abgrenzung).

Wegen unvollständiger Angaben ist das Bild zu den öffentlichen Finanzen verzerrt. Nimmt die Europäische Kommission im Namen der EU Schulden auf und zahlt damit Transfers an die Mitgliedstaaten, entsteht auf der EU-Ebene ein Defizit, das auf die nationalen Staatshaushalte nicht angerechnet wird. Diese Transfers senken aber wiederum für sich genommen die Defizite und Schulden der Mitgliedstaaten. Mit den Defiziten der EU-Ebene sind Schulden der EU-Ebene verbunden, die genau wie nationale Schulden auf den Steuerzahlenden der Mitgliedstaaten lasten. Das heißt, ökonomisch werden lediglich Defizite innerhalb der EU verschoben (von den Nationalstaaten auf die EU-Ebene), während statistisch für die EU insgesamt niedrigere Defizite und niedrigere Schulden ausgewiesen werden.

Im vergangenen Jahr entstand auf der EU-Ebene aufgrund des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU (NGEU) erstmals ein merkliches Defizit. Dies könnte sich auf rund 1/2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) belau-

fen haben. Bis 2026 sind weitere Defizite für die NGEU-Transfers an die EU-Länder geplant.<sup>1)</sup> Gemäß den Stabilitätsprogrammen planen von den Euro-Ländern Griechenland (insgesamt rund 8 % des BIP), Portugal und Spanien (je rund 5 1/2 % des BIP) mit den höchsten diesbezüglichen Transfereinnahmen bis 2026.<sup>2)</sup>

Für analytische Zwecke sollten zum einen für die EU Defizite und Schulden ausgewiesen werden, die auch die EU-Ebene beinhalten. Zudem sollten bei einer Betrachtung der einzelnen Mitgliedstaaten die Defizite und Schulden der EU-Ebene mit ins Bild genommen werden. Die Schulden der EU-Ebene werden nach aktuellem Stand aus dem EU-Haushalt bedient. Daher müssen die nationalen Steuerzahlenden künftig höhere Beiträge zum EU-Haushalt aufbringen. Die Mitgliedstaaten finanzieren den EU-Haushalt weitgehend gemäß ihrem Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) der EU. Daher liegt es bei ökonomischen Analysen nahe, die Defizite und Schulden der EU-Ebene gemäß BNE-Anteil den Mitgliedstaaten zuzurechnen.<sup>3)</sup>

Auch die europäischen Fiskalregeln sollten die Defizite und Schulden der EU-Ebene einbeziehen. Andernfalls drohen die Regeln ins Leere zu laufen: Die Schuldenaufnahme könnte schlicht auf die europäische Ebene verlagert werden und wäre damit von der Regel ausgenommen.

---

1 Außerdem werden die supranationalen EU-Schulden genutzt, um NGEU-Hilfskredite an EU-Länder zu vergeben. Dies schlägt sich statistisch nicht im EU-Defizit, sondern nur in den Schulden der EU-Ebene nieder.

2 Vgl.: Europäische Kommission (2022b). Die Angaben sind allerdings nicht vollständig.

3 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020). Die Last der Steuerzahlenden wird auch nicht gemindert, wenn neue Steuern eingeführt werden, mit denen der EU-Haushalt finanziert werden soll.

## Öffentliche Finanzen der Länder des Euroraums

Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission, Mai 2022

Land	Finanzierungssaldo in % des BIP			Staatsschulden in % des BIP			Struktureller Saldo in % des Potenzial-BIP		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023	2021	2022	2023
Belgien	-5,5	-5,0	-4,4	108,2	107,5	107,6	-4,6	-4,5	-4,2
Deutschland	-3,7	-2,5	-1,0	69,3	66,4	64,5	-2,6	-1,8	-1,0
Estland	-2,4	-4,4	-3,7	18,1	20,9	23,5	-3,3	-3,8	-3,0
Finnland	-2,6	-2,2	-1,7	65,8	65,9	66,6	-2,0	-1,7	-1,4
Frankreich	-6,5	-4,6	-3,2	112,9	111,2	109,1	-5,3	-4,5	-3,3
Griechenland	-7,4	-4,3	-1,0	193,3	185,7	180,4	-5,5	-3,0	-0,9
Irland	-1,9	-0,5	0,4	56,0	50,3	45,5	-3,2	-2,0	-0,9
Italien	-7,2	-5,5	-4,3	150,8	147,9	146,8	-6,3	-5,8	-4,8
Lettland	-7,3	-7,2	-3,0	44,8	47,0	46,5	-6,9	-6,6	-2,7
Litauen	-1,0	-4,6	-2,3	44,3	42,7	43,1	-0,9	-4,0	-1,5
Luxemburg	0,9	-0,1	0,1	24,4	24,7	25,1	0,9	0,1	0,4
Malta	-8,0	-5,6	-4,6	57,0	58,5	59,5	-7,4	-5,2	-4,3
Niederlande	-2,5	-2,7	-2,1	52,1	51,4	50,9	-2,0	-3,2	-2,5
Österreich	-5,9	-3,1	-1,5	82,8	80,0	77,5	-4,4	-3,0	-1,6
Portugal	-2,8	-1,9	-1,0	127,4	119,9	115,3	-1,3	-1,9	-1,5
Slowakei	-6,2	-3,6	-2,6	63,1	61,7	58,3	-5,7	-3,3	-2,6
Slowenien	-5,2	-4,3	-3,4	74,7	74,1	72,7	-6,1	-5,5	-4,5
Spanien	-6,9	-4,9	-4,4	118,4	115,1	113,7	-3,8	-3,5	-4,3
Zypern	-1,7	-0,3	-0,2	103,6	93,9	88,8	-2,1	-0,4	-0,7
Euroraum	-5,1	-3,7	-2,5	97,4	94,7	92,7	-4,0	-3,4	-2,6

Quelle: Europäische Kommission (ameco).

Deutsche Bundesbank

gemäß der Kommissionsprognose geschlossen, und die Belastung durch temporäre Krisenmaßnahmen spielt nur noch eine kleinere Rolle. In Belgien, Frankreich, Italien, Malta, Slowenien und Spanien liegen die strukturellen Defizitquoten 2023 über 3 % – und dies, obwohl zum Teil umfangreiche Transfers aus dem Wiederaufbaufonds NextGenerationEU die Staatshaushalte entlasten. Solange ein Mitgliedstaat sein Haushaltsziel verfehlt, verlangen die Fiskalregeln eine Annäherung. Dafür muss das Land sein strukturelles Defizit im Regelfall jährlich um 0,5 % des BIP reduzieren. Zwar gelten die Regelgrenzen im kommenden Jahr nicht, da die Generalausnahme verlängert wurde. Dennoch erfüllen gemäß der Kommissionsprognose die meisten Länder die reguläre Verbesserung um 0,5 % des BIP – oftmals sogar mit Abstand. Nur Spanien verfehlt diesen Konsolidierungsschritt und erhöht den großen Abstand zum Haushaltsziel. Ausschlaggebend für die deutliche strukturelle Verbesserung in den meisten Mitgliedstaaten ist, dass die von der Kommission ausgewiesenen

strukturellen Salden auch temporäre Maßnahmen enthalten. Diese entfallen 2023 planmäßig.

Die Schuldenquoten sinken 2022 und 2023 in allen Ländern – oftmals jedoch nur mäßig. Teilweise sind Primärdefizite hoch und dämpfen den Einfluss aus sehr vorteilhaften Zins-Wachstums-Konstellationen. Aufgrund der umfangreichen fiskalischen Stabilisierung während der Coronakrise liegen die Schuldenquoten 2023 zumeist deutlich höher als vor der Pandemie. Der Abstand ist vor allem in den bereits zuvor hoch verschuldeten Ländern besonders groß. Ausnahmen sind hier Griechenland und Zypern.

*Schuldenquoten 2023 auf teils sehr hohem Niveau*

## Finanzpolitik vor neuen Herausforderungen

Der Staat ist in Krisen besonders gefordert. In der Coronakrise etwa waren stützende Maßnahmen wichtig. Die Wirtschaft brach ein, auch

*Trotz auslaufender Corona-Pandemie umfangreiche fiskalische Herausforderungen, ...*

die Nachfrage war gering, und der Preisdruck war zunächst schwach. In dieser Situation war es angemessen, dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen über Defizite und damit höhere Schulden finanzierten. Zwar klingt die Corona-Pandemie ab, aber insbesondere wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der notwendigen Energiewende steht (auch) die Finanzpolitik weiterhin vor großen Herausforderungen. Da jedoch die Rahmenbedingungen entscheidend anders sind als in der Coronakrise, sollte die Finanzpolitik in dieser Situation auch anders reagieren.

*... die in schwierigem Umfeld zu bewältigen sind*

So prognostiziert die Kommission in ihrem Basisszenario (wie andere Institutionen auch), dass sich die Wirtschaft erholt. Die Produktionslücke soll 2023 geschlossen sein. Dabei bestehen angebotsseitige Verspannungen, der Preisdruck ist hoch und droht sich zu verfestigen. Daher hat die Geldpolitik die Zinswende eingeleitet und angekündigt, den expansiven Kurs zurückzufahren. Sie will verhindern, dass sich Inflationserwartungen entankern.

*Auch hohe Schulden sind eine fiskalische Herausforderung*

Aufseiten der Staatsfinanzen sind die Defizite und Schulden weiter hoch – teils sehr hoch. Nicht zuletzt steigende Risikoaufschläge an den Kapitalmärkten deuten darauf hin, dass es zunehmend wieder notwendig wird, das Vertrauen in solide Staatsfinanzen zu stärken. Deshalb ist es wichtig, dass konkrete Pläne hoch verschuldeter Mitgliedstaaten spürbar sinkende Schuldenquoten erkennbar werden lassen. Die jeweilige nationale Finanzpolitik ist verantwortlich dafür, dass ihre öffentlichen Finanzen widerstandsfähiger werden. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus wurde eine zwischenstaatliche fiskalische Institution geschaffen, die dabei bedarfsweise unterstützen kann. Es ist hingegen nicht die Aufgabe der Geldpolitik, fiskalische Handlungsspielräume und eine günstige Kapitalmarktfinanzierung zu garantieren.

*Anhaltend expansiver Kurs wäre riskant*

Vor diesem gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Hintergrund ist eine umsichtige Finanzpolitik wichtig. Gegenwärtig sind allgemeine, durch Schulden finanzierte Unterstützungs-

maßnahmen und Fiskalimpulse nicht angemessen. Das heißt nicht, dass die Finanzpolitik nicht handlungsfähig wäre und auf notwendige Maßnahmen verzichten müsste. Es ist aber empfehlenswert, zum Ersten nur temporär und zielgenau zu unterstützen. Maßnahmen, die Energiepreise senken, entsprechen dem nicht. Außerdem vermindern sie die Anreize zur Energiewende und zu Energieeinsparungen und stehen damit wesentlichen klimapolitischen Zielen entgegen. Stattdessen sollten etwaige Maßnahmen beispielsweise auf einkommensschwache Haushalte ausgerichtet werden, da sie besonders stark von steigenden Energiepreisen betroffen sind, und auf besonders betroffene Unternehmen mit validem Geschäftsmodell. Auch für die Verteidigung und die Energiewende dürften zusätzliche zielgenaue staatliche Mittel nötig sein. Zum Zweiten ist empfehlenswert, dass auch solche neuen gezielten Maßnahmen nicht mit Schulden finanziert werden. Vielmehr sollten die Länder zusätzliche Maßnahmen weitgehend in ihrem Haushalt gegenfinanzieren. Denn höhere Defizite drohen gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv zu wirken, indem sie den bereits vorhandenen Preisdruck verstärken. Hinzu kommt, dass sie auch die teils stark angespannten Staatsfinanzen noch mehr belasten würden – obwohl hier wieder stärker auf solide Staatsfinanzen fokussiert werden sollte.

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist allerdings hoch. Und eine andere finanzpolitische Herangehensweise wäre zu empfehlen, wenn bestehende negative Risiken einträten – beispielsweise wenn doch eine breite Nachfrageschwäche einsetzte. Dies ist aber derzeit nicht die Basislinie. Daher sollten die aktuellen Planungen nicht auf einem solchen Szenario aufsetzen.

*Unsicherheit hoch*

## Reform der Fiskalregeln nutzen, um Vertrauen zu schaffen

Die fiskalische Lage ist in einigen Ländern fragil, und zuletzt sind die Risikoprämien an den Kapi-

*Glaubwürdige Fiskalregeln wichtiger denn je*

talmärkten gestiegen. Dies ist ein Umfeld, in dem glaubwürdige, bindende Fiskalregeln wichtiger denn je sind. Es wäre daher gefährlich, die europäischen Fiskalgrenzen auszuhöhlen oder faktisch abzuschaffen.

*General-  
ausnahme zu  
verlängern ...*

Die Kommission hat im Mai 2022 empfohlen, die europäischen Fiskalregeln weiterhin nicht anzuwenden. Die 2020 erstmals gezogene Generalausnahme soll bis 2023 verlängert werden. Die Kommission weist auf erhöhte Unsicherheit und starke Abwärtsrisiken hin. Sie lehnt es ab, im kommenden Jahr die geltenden Fiskalgrenzen wieder anzuwenden, da die Zeiten noch nicht wieder normal seien. Den Ländern müsse eingeräumt werden, auf die russische Aggression einschließlich der damit verbundenen Energielieferprobleme zu reagieren. Auch könne ohne Fiskalgrenzen von der breiten in eine gezielte Stützung übergegangen werden. Die Finanzminister der Euro-Länder (Eurogruppe) haben die Verlängerung der Generalausnahme begrüßt.

*... ist zum  
jetzigen Zeit-  
punkt nicht  
überzeugend*

Die Generalausnahme zu diesem Zeitpunkt zu verlängern, überzeugt nicht. Diese Entscheidung steht nicht im Einklang mit der derzeit in der Basislinie projizierten, sich verbessernden wirtschaftlichen Lage. Bedenklich ist auch, dass die Kommission nicht genauer angibt, was sie unter normal versteht. Beispielsweise wäre es naheliegend, hohe Energiepreise auch künftig als normal zu erachten – dann im Kontext einer verstärkten Klimapolitik. Ausnahmen von Verschuldungsgrenzen sollte das jedoch nicht mit sich bringen; denn eine nachhaltige Klimapolitik sollte nicht auf Kosten einer nachhaltigen Finanzpolitik gehen.

*Risiken legen  
spätere Prüfung  
nahe*

Zwar ist nicht auszuschließen, dass im weiteren Verlauf Risiken eintreten und es letztlich doch sinnvoll wäre, die Generalausnahme zu verlängern. Es wäre aber angemessen gewesen, dies dann später erneut zu prüfen – anstelle die Regalgrenzen präventiv auszusetzen.

Aus heutiger Sicht schränken die Regeln auch ohne Generalausnahme den fiskalischen Spiel-

raum 2023 nicht über Gebühr ein. Zwar würde dann verlangt, dass die strukturellen Defizitquoten um 0,5 % pro Jahr sinken. Denn fast alle Euro-Länder verfehlen mindestens eine der quantitativen Regelobergrenzen (den Referenzwert für die Defizitquote von 3 %, den für die Schuldenquote von 60 % oder das mittelfristige Haushaltsziel MTO). Gemäß Kommissionsprognose erreichen aber fast alle Euro-Länder diese Verbesserung ohne Konsolidierungsmaßnahmen, da auslaufende Corona-Maßnahmen eingerechnet werden. Die verlängerte Generalausnahme eröffnet nun jedoch im kommenden Jahr zusätzliche Defizitspielräume. Dies ist nicht empfehlenswert (siehe oben).

Im Rahmen ihrer turnusmäßigen Haushaltsüberwachung prüfte die Kommission zudem, ob übermäßige Defizite vorliegen und sie deshalb Defizitverfahren starten müsse. Denn die Generalausnahme setzt nicht das Defizitverfahren außer Kraft, sondern nur die in den Regeln festgelegten quantitativen Grenzen für übermäßige Defizite. Zahlreiche Länder überschritten 2021 die Defizit- und Schuldenreferenzwerte oder planen, diese 2022 zu überschreiten. Die Kommission empfiehlt, kein Verfahren zu eröffnen.<sup>4)</sup> Denn sie ist der Ansicht, dass die Lage derzeit zu unsicher sei, um einen detaillierten Pfad für die Fiskalpolitik vorzugeben. Sie ist auch der Ansicht, dass bei den betrachteten Ländern mit Schulden über 60 % des BIP der „1/20-Schuldenabbaupfad“<sup>5)</sup> zu anspruchsvoll sei: Hielten Länder diesen ein, drohe ein geringeres BIP-Wachstum.

Ungeachtet der für 2022 beschlossenen Generalausnahme wäre es bedenklich, wenn die von der Kommission aktuell gewählte Methode

*Ausnahme nicht  
hilfreich, den  
derzeit ange-  
messenen Kurs  
zu finden*

*Referenzwerte  
2021 und 2022  
häufig verfehlt*

<sup>4</sup> Die Kommission hat einen Bericht gemäß Art 126.3 AEUV vorgelegt, in dem sie für alle 18 Länder, die die Kriterien a priori verletzen, die Verfahrenseröffnung prüft. Vgl.: Europäische Kommission (2022c).

<sup>5</sup> Das Schuldenkriterium verlangt, dass sich eine Schuldenquote über 60 % hinreichend rasch diesem Referenzwert nähert. Diese Bestimmung wird in Verordnungen weiter spezifiziert. Demnach soll der den Referenzwert übersteigende Teil der Schulden jährlich um 1/20 sinken. Weitere, nicht abschließend aufgezählte Faktoren sind aber auch zu berücksichtigen.

*Derzeitige Methode ist keine geeignete Basis für künftige Bewertung*

in der Haushaltsüberwachung auch für künftige Bewertungen im Rahmen der Regeln gelten sollte. Die Kommission betrachtet – wie auch in den länderspezifischen Empfehlungen – das Wachstum verschiedener Ausgabenkategorien. Grenzwerte für das Ausgabenwachstum insgesamt legt sie dabei nicht zugrunde. Bei den laufenden Primärausgaben wird beispielsweise jedwede defiziterhöhende Maßnahme im Zusammenhang mit gestiegenen Energiepreisen entschuldigt, und hohe und steigende Investitionsausgaben werden uneingeschränkt begrüßt. So drohen hohe strukturelle Defizite oder hohe Schuldenquoten aus dem Blickfeld zu geraten.

*Reform der Fiskalregeln sollte Vertrauen in Staatsfinanzen sichern*

Dieses Jahr will die Kommission Vorschläge zur Reform der Fiskalregeln vorlegen. Es wäre kritisch, wenn sie vorschlagen würde, ihre aktuelle Vorgehensweise als Regel zu etablieren. Damit würde der Fiskalkurs nur noch vage qualitativ zwischen Kommission und Land abgesprochen. Ungeeignet wäre auch, manche Ausgabenkate-

gorien aus quantitativen Grenzen herauszunehmen. Dies könnte anhaltend hohe und sogar steigende Schuldenquoten zur Folge haben. Deshalb sollten Reformen stattdessen darauf abzielen, verbindliche numerische Haushaltsgrenzen festzulegen. Das bedeutet, die Regeln sollten ex ante festgelegt werden, transparent sein und konkrete quantifizierte Vorgaben machen. Die Vorgaben sollten nicht verhandelbar sein. Und sie sollten so gewählt sein, dass eine hohe Schuldenquote verlässlich sinkt, wenn ein Land die Regeln einhält. Regelverfehlungen sind zu sanktionieren. Es ist wichtig, Vertrauen dahingehend zu schaffen, dass die Regeln die Staatsfinanzen auf einen soliden Kurs leiten. Ein solches Vertrauen entlastet die Fiskalpolitik, hilft aber auch der Geldpolitik. In diesem Sinne hat die Bundesbank Vorschläge unterbreitet, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt stabilitätsorientiert verbessert werden könnte.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021).

## ■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021), Schriftliche Stellungnahme der Deutschen Bundesbank anlässlich des Konsultationsprozesses der Europäischen Kommission zur Überprüfung des wirtschaftspolitischen Rahmens der EU, Oktober bis Dezember 2021, <http://www.bundesbank.de/content/884870>, Dezember 2021.

Deutsche Bundesbank (2020), Zur Aussagekraft nationaler Fiskalkennzahlen bei Verschuldung auf der europäischen Ebene, Monatsbericht, Dezember 2020, S. 39–49.

Europäische Kommission (2022a), European Economic Forecast, Institutional Paper, 173, Mai 2022.

Europäische Kommission (2022b), Commission Staff working document, Fiscal Statistical Tables providing background data relevant for the assessment of the 2022 Stability and Convergence Programmes, Mai 2022.

Europäische Kommission (2022c), Report from the Commission, Belgium, Bulgaria, Czechia, Germany, Estonia, Greece, Spain, France, Italy, Latvia, Lithuania, Hungary, Malta, Austria, Poland, Slovenia, Slovakia and Finland, Report prepared in accordance with Article 126(3) of the Treaty on the Functioning of the European Union, Mai 2022.





## Unternehmensbefragungen der Deutschen Bundesbank – Anwendungen zur Bewertung der finanziellen Lage im Unternehmenssektor

*Die Bundesbank benötigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben, etwa in den Bereichen der Geldpolitik, der Finanzstabilität und der Bankenaufsicht, aktuelle Informationen über die Lage in der deutschen Volkswirtschaft und im Unternehmenssektor. Mit Blick auf die bedeutende Rolle der Unternehmensfinanzierung für deutsche Banken sind zeitnahe Erkenntnisse über Entwicklungen im Unternehmenssektor für die Beurteilung der Entwicklung im Finanzsystem von besonderem Interesse. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen sich volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen sehr schnell durch einschneidende Ereignisse, wie etwa die Corona-Pandemie oder den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, ändern können. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesbank zwei Befragungen initiiert, um die finanzielle Situation des Unternehmenssektors zielgerichtet und zeitnah einschätzen und bewerten zu können: eine regelmäßige Befragung der Unternehmen (Bundesbank-Online-Panel-Firmen) und – zu Zeiten der Pandemie – eine Ad-hoc-Befragung der Wirtschaftsverbände. In diesem Zusammenhang können die erhobenen Informationen dazu genutzt werden, um die finanzielle Situation sowie die Geschäftslage von Unternehmen am aktuellen Rand darzustellen, und um potenzielle Entwicklungen und künftige Herausforderungen anhand von Erwartungsfragen zu erfassen.*

*Bereits zu Beginn der Pandemie konnte die Bundesbank die Befragungsdaten zur Beurteilung der Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen nutzen. Die Befragungsdaten belegen markante sektorale Unterschiede und bestätigen die Analysen zur Ertragslage und zu den Finanzierungsverhältnissen deutscher Unternehmen aus dem Monatsbericht vom Dezember 2021. So gingen im Frühjahr 2020 die Infektionsschutzmaßnahmen vor allem bei Unternehmen aus besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen wie dem Einzelhandel, Transport und Logistik sowie dem Gastgewerbe mit einem erheblichen Rückgang der Geschäftstätigkeit einher. Neben Umsatzeinbußen verzeichneten diese Unternehmen einen gestiegenen Finanzierungsbedarf. Dazu erschwerte sich der Zugang zu Krediten bei gleichzeitig schwindenden Liquiditätsreserven.*

*Die jüngsten Befragungen der Bundesbank zeigen, dass sich die finanzielle Lage im Unternehmenssektor Anfang des Jahres 2022 gegenüber der Situation im Jahr 2020 verbessert hat. So waren im ersten Quartal 2022 die Sorgen über mögliche Liquiditätsengpässe deutlich geringer als in der Anfangsphase der Pandemie. Allerdings haben Schwierigkeiten auf der Angebotsseite, wie der Mangel an Fachkräften, gestiegene Kosten und Lieferkettenengpässe, an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die beiden letztgenannten Herausforderungen haben durch den russischen Überfall auf die Ukraine nochmal deutlich zugenommen. Gerade energieintensive Unternehmen verzeichneten zu Beginn des Jahres 2022 einen gestiegenen Finanzierungsbedarf, während sich die Kreditvergabekonditionen für diese Unternehmen verschärft haben.*

*Mithilfe der Befragungsdaten war es möglich, die Folgen des Krieges gegen die Ukraine für den Unternehmenssektor zeitnah zu erfassen. So berichteten Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine von größeren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und einem gestiegenen Finanzierungsbedarf im Vergleich zu Unternehmen ohne Beziehungen zu beiden Staaten.*

## ■ Einleitung

*Notwendigkeit eigenständiger Befragungen zur Erfassung aktueller Entwicklungen im Unternehmenssektor*

Die Bundesbank benötigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben, etwa in den Bereichen der Geldpolitik, der Finanzstabilität und der Bankenaufsicht, aktuelle Informationen über die Lage in der deutschen Volkswirtschaft. Diesbezüglich verfügt die Bundesbank durch die Jahresabschlussstatistik der Unternehmen sowie durch das Meldewesen über umfangreiche Informationen über den Unternehmenssektor und dessen finanzielle Lage.<sup>1)</sup> Dennoch hat die Bundesbank im Jahr 2020 den Bedarf für eigenständige Erhebungen zur Geschäftslage im Unternehmenssektor identifiziert, um zeitnahe Erkenntnisse über Entwicklungen im Unternehmenssektor zu erlangen. Dies gilt insbesondere für die Beurteilung der Entwicklung im Finanzsystem, da die Unternehmensfinanzierung für deutsche Banken eine bedeutende Rolle spielt. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesbank zwei Befragungen initiiert, um die finanzielle Situation des Unternehmenssektors zielgerichtet und zeitnah einschätzen und bewerten zu können: eine regelmäßige Befragung der Unternehmen und – zu Zeiten der Pandemie – eine Ad-hoc-Befragung der Wirtschaftsverbände.

*Rund 10 000 Unternehmen werden vierteljährlich zu Einschätzungen und Erwartungen ihrer Geschäftstätigkeit befragt*

Im Rahmen des Bundesbank-Online-Panels-Firmen (BOP-F) befragt die Bundesbank eine repräsentative Auswahl von Unternehmen zu ihrer Lage, ihren Einschätzungen und Erwartungen. Die Unternehmensstudie wurde im Juni 2020 gestartet und findet seit Juli 2021 im vierteljährlichen Turnus statt. Dabei ist jede Befragung in drei Runden untergliedert, sodass Informationen über die Entwicklung im Unternehmenssektor in einer monatlichen Frequenz erfasst werden können. Je Quartal nehmen rund 10 000 Unternehmen an der Befragung teil. Der Fragebogen besteht zur Hälfte aus sogenannten Kernfragen, die in jeder Befragung gestellt werden und somit einen Vergleich über die Zeit ermöglichen. Dies betrifft beispielsweise Fragen zur Entwicklung der Geschäftstätigkeit, zu Erwartungen sowie zum Finanzierungsbedarf. Die andere Hälfte besteht aus variierenden Fragemodulen, die sowohl aktuelle Ereignis-

nisse, wie etwa den Einfluss des Krieges gegen die Ukraine auf die Umsatzzahlen, als auch strukturelle Eigenschaften von Unternehmen, wie deren Energieverbrauch, adressieren können.

Darüber hinaus hat die Bundesbank mehrfach Wirtschaftsverbände zur Entwicklung der finanziellen Lage ihrer Mitgliedsunternehmen befragt. Diese Befragungen fanden in unregelmäßigen Abständen statt, um untersuchen zu können, wie sich ausgewählte Ereignisse auf die finanzielle Lage im Unternehmenssektor auswirken. Nachdem im Jahr 2020 die Verbände drei Mal befragt worden sind, fand die vierte und jüngste Umfrage im Januar 2022 statt.<sup>2)</sup> Im Schnitt haben bisher rund 40 Verbände an der Befragung teilgenommen. Die Verbandsbefragung enthält nur relativ wenige und auch offene Fragen. Damit lassen sich nicht nur die Daten relativ schnell auswerten, sondern auch Aspekte erfassen, die bei der Fragestellung nicht explizit angesprochen wurden.

Wie sich im Kontext der Corona-Pandemie sowie des russischen Angriffs auf die Ukraine zeigte, lassen sich anhand beider Befragungen die Entwicklung und die Finanzierungslage im Unternehmenssektor zeitnah beurteilen. Diese Ereignisse haben das wirtschaftliche Umfeld in einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß verändert, wie es in den vergangenen Jahrzehnten nur selten der Fall war. So führten die seit dem Frühjahr 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens unter anderem zu einem starken Rückgang der Nachfrage und damit zu hohen Umsatzeinbußen bei Unternehmen. Im Zuge der Pandemie kam es zudem zu Schwierigkeiten bei internationalen Lieferketten. Darüber hinaus stiegen Energie- und Erzeugerpreise im Jahr 2021 deutlich an. Diese Schwierigkeiten haben durch den russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 weiter an Bedeutung gewonnen. So be-

*Befragung der Wirtschaftsverbände liefert relativ schnell Informationen zur finanziellen Lage von Unternehmen*

*Corona-Pandemie und russischer Angriffskrieg gegen Ukraine illustrieren Nutzen der Befragungen*

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2011, 2021a).

<sup>2</sup> Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

richteten Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine von größeren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und einem gestiegenen Finanzierungsbedarf im Vergleich zu Unternehmen ohne Beziehungen zu beiden Staaten. Allerdings repräsentieren diese Unternehmen einen kleinen Teil des Unternehmenssektors.

## Die Entwicklung der Geschäftslage im Unternehmenssektor seit Beginn der Corona-Pandemie

Die Informationen aus beiden Befragungen können dazu genutzt werden, um aktuelle Entwicklungen der finanziellen Situation und Geschäftslage im Unternehmenssektor darzustellen. Dies betrifft nicht nur die Geschäftstätigkeit und Liquiditätslage, sondern auch Entwicklungen hinsichtlich des Bedarfs der Unternehmen an externer Finanzierung. Überdies können anhand von Erwartungsfragen potenzielle Entwicklungen und künftige Herausforderungen nichtfinanzieller Unternehmen erfasst werden. Diese Informationen können für die Beurteilung der Auswirkungen einschneidender Ereignisse, wie die Corona-Pandemie, auf den Unternehmenssektor genutzt werden.

Die Unternehmen werden regelmäßig befragt, wie sich wesentliche Unternehmenskennzahlen am aktuellen Rand entwickelt haben. Zu Beginn der Pandemie traten die Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen auf die Nachfrage besonders deutlich hervor. So haben im Juni 2020 58 % der Unternehmen über eine rückläufige Geschäftstätigkeit infolge der Corona-Pandemie berichtet. Zum vierten Befragungszeitpunkt im Februar 2021 lag der Anteil der Unternehmen, die gegenüber dem Vorjahresmonat einen Rückgang der Geschäftstätigkeit verzeichneten, bei 48 %. Dabei gab es erhebliche sektorale Unterschiede. So waren die Gastronomie, das Verkehrs- und Lagereiwesen sowie der Einzelhandel<sup>3)</sup> besonders stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen<sup>4)</sup> In der jüngs-

ten Befragung aus dem zweiten Quartal 2022 wurden die Unternehmen erneut nach der Entwicklung der Umsatzzahlen befragt. Im Zeitraum zwischen März 2021 und März 2022 haben 28 % der teilnehmenden Unternehmen gesunkene Umsätze verzeichnet, während der Anteil der Unternehmen mit steigenden Umsatzzahlen bei 35 % lag.

Ebenfalls entspannt hat sich die Entwicklung der verfügbaren Liquidität der Unternehmen. Zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 meldeten 46 % der befragten Unternehmen einen Rückgang an liquiden Mitteln. Während des Lockdowns im Winter 2020/21 lag dieser Anteil bei 36 % und stabilisierte sich im Jahr 2021 bei 28 %. Der Anteil der Unternehmen mit einem Anstieg liquider Mittel ist in diesem Zeitraum von 8 % im Frühjahr 2020 auf 22 % Ende des Jahres 2021 gestiegen.

Demgegenüber hat sich für Unternehmen der Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten besonders im Laufe des Jahres 2021 verschlechtert. Zu Beginn der Pandemie verzeichneten 43 % einen schlechteren Zugang zu Vorprodukten. Dieser Anteil ist zunächst auf 36 % im ersten Quartal 2021 gesunken. Im Anschluss haben die Zulieferschwierigkeiten wieder zugenommen, was sich in einem Anteil von 56 % der Unternehmen widerspiegelt, die im ersten Quartal 2022 von einem gesunkenen Zugang zu Vorprodukten berichteten.

Die Engpässe bei Lieferketten sowie die weitgehende Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen stehen in Zusammenhang mit der Entwicklung kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung. Diese waren laut der ersten Befragung zu Beginn der Pandemie deutlich rückläufig. Im Juni 2020 berichteten 33 % der Unternehmen von einem Rückgang an Forderungen aus Lieferung und Leistung, während 26 % gesunkene Ver-

*Liquiditätslage hat sich ebenfalls entspannt*

*Lieferkettenprobleme haben im Verlauf der Pandemie zugenommen*

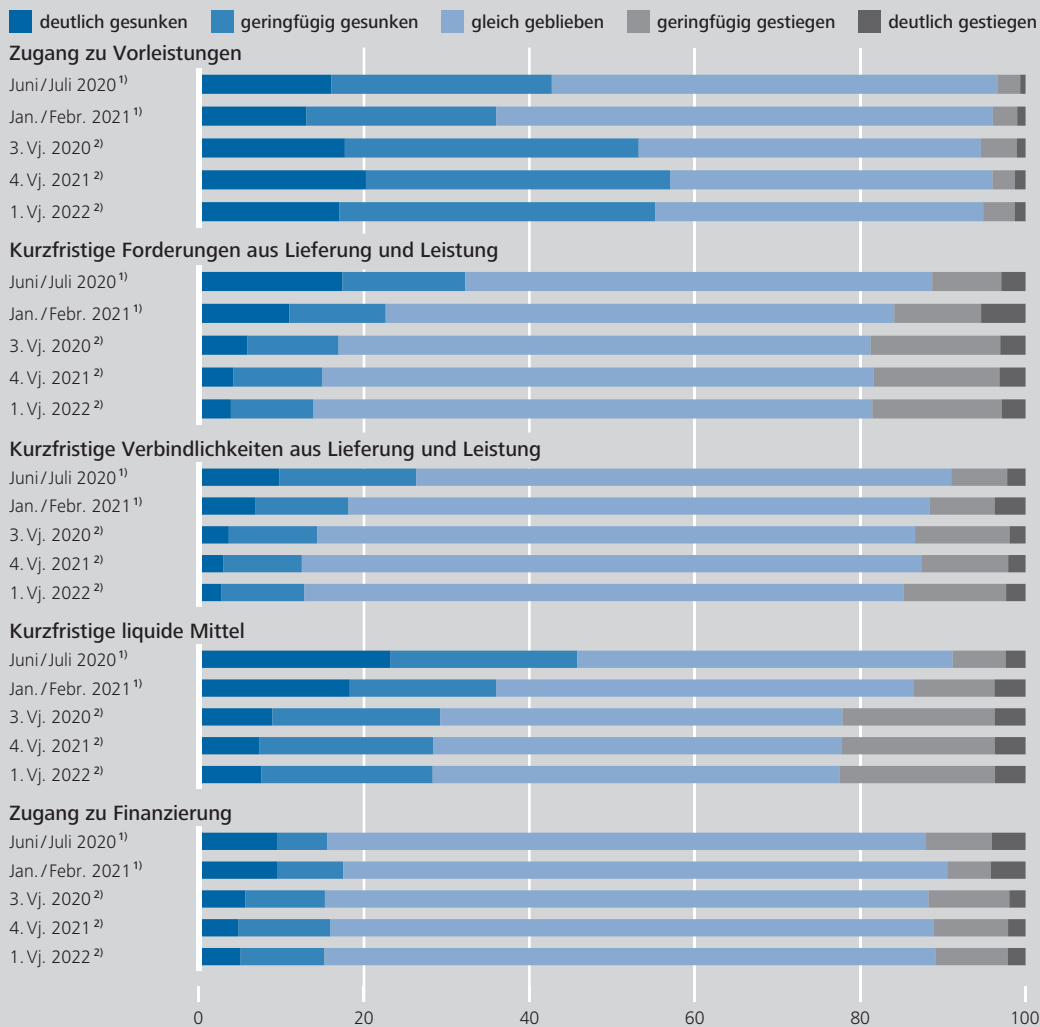
*Starker Nachfragerückgang zu Beginn der Pandemie – deutliche Verbesserung der Umsatzlage zu Beginn 2022*

<sup>3</sup> Im Folgenden umfasst die Bezeichnung „betroffene Branchen“ Unternehmen aus dem Einzelhandel, Transport und Logistik oder dem Gastgewerbe.

<sup>4</sup> Siehe auch: Deutsche Bundesbank (2021a, 2021b).

## Unternehmenskennzahlen seit dem 2. Vierteljahr 2020

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. **1** Vergleich zwischen Vormonat und dem Monat davor. **2** Vergleich zwischen dem letzten Monat im vorigen Quartal und dessen Vorjahresmonat.  
 Deutsche Bundesbank

bindlichkeiten aus Lieferung und Leistung vermeldeten. Im Verlauf der Pandemie sind beide Kennzahlen wieder gestiegen. Der Anteil an Unternehmen mit rückläufigen Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sank stetig auf 14 % beziehungsweise 13 % Ende des Jahres 2021, während der Anteil der Unternehmen mit zunehmenden Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Lieferverflechtungen von 11 % beziehungsweise 9 % im Frühjahr 2020 auf 19 % beziehungsweise 15 % im ersten Quartal 2022 gestiegen ist.

Als recht stabil erachteten die Unternehmen ihren Zugang zu Finanzierung. Der Anteil der Unternehmen, die einen erschwerten Zugang zu Finanzierung vermeldeten, lag seit der ersten Befragung konstant bei rund 15 %.

Die wirtschaftliche Erholung spiegelt sich auch in der Befragung von Wirtschaftsverbänden wider. So wurden die Verbände im November 2020 sowie im Januar 2022 zum Anteil der Mitgliedsunternehmen befragt, die Umsatzeinbußen im Vergleich zu einem typischen Quartal (bspw. dem vierten Quartal 2019) zu verzeichnen hatten. Im November 2020 lag der mittlere Anteil der Unternehmen mit Umsatzrückgängen

*Trotz stabilisierter Nachfrage weiterhin große sektorale Unterschiede*

bei knapp 50 %. Bis zur folgenden Befragung im Januar 2022 ist unter den Verbänden der mittlere Anteil der Unternehmen mit rückläufigen Umsatzzahlen auf 20 % gesunken. Weiterhin zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. Die Verbände verwiesen darauf, dass insbesondere das Gastgewerbe, die Veranstaltungsbranche sowie personenbezogene Dienstleistungen (Kosmetik, Friseur etc.) zu Beginn des Jahres 2022 weiterhin von den Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen betroffen waren.

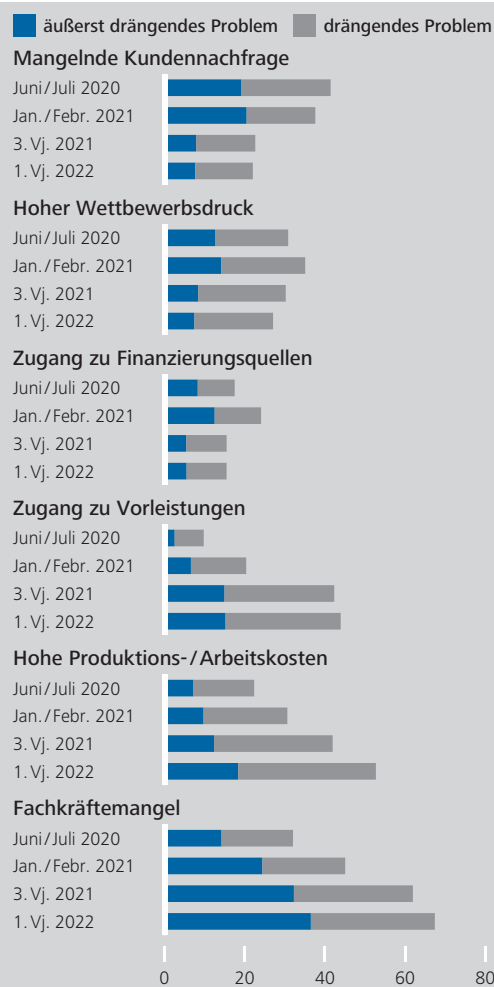
*Verschiebung der Herausforderungen für Unternehmen von mangelnder Nachfrage hin zu Problemen auf Angebotsseite*

In der BOP-F-Studie werden die Unternehmen regelmäßig zu ihren Erwartungen und größten Herausforderungen befragt. An der Entwicklung der Herausforderungen lassen sich die Auswirkungen der Pandemie besonders gut ablesen. Die mangelnde Kundennachfrage wurde im Frühjahr 2020 als ein besonders schwerwiegendes Problem für die kommenden sechs Monate eingestuft. So bewerteten 42 % der Unternehmen das Ausbleiben von Nachfrage als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem für die kommenden sechs Monate. Weitere Herausforderungen wurden im Juni 2020 wie folgt als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem bewertet: Wettbewerbsdruck und Fachkräftemangel (je 31 %), hohe Arbeits- und Produktionskosten (22 %), Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierung (17 %) und Zulieferschwierigkeiten (10 %).

Im Verlauf der Pandemie haben sich die Herausforderungen der Unternehmen deutlich verschoben. Der Anteil der Unternehmen, die einen möglichen Nachfragerückgang als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem erachteten, ist kontinuierlich auf 22 % im ersten Quartal 2022 gesunken. Demgegenüber haben Schwierigkeiten auf der Angebotsseite deutlich an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der Unternehmen, die Schwierigkeiten aufgrund des Fachkräftemangels erwarten, stieg von 31 % im Frühjahr 2020 auf 67 % zu Beginn des Jahres 2022. In diesem Zeitraum haben auch die Herausforderungen durch hohe Arbeits- und Produktionskosten (von 22 % auf

## Erwartungen zu Problemen für die Unternehmen in den kommenden sechs Monaten

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

53 %) sowie Zulieferschwierigkeiten (von 10 % auf 44 %) deutlich zugenommen.

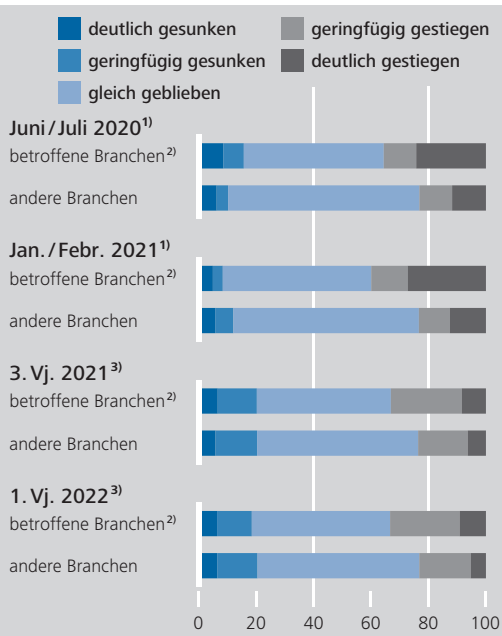
## Die Entwicklung der finanziellen Lage von Unternehmen im Verlauf der Pandemie

Bei der finanziellen Lage der Unternehmen zeigt sich ein ähnliches sektorales Muster wie bei den Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. So waren die Auswirkungen der Pandemie insbesondere im Einzelhandel, im Gastgewerbe sowie im Transport-

*Besonders hoher Finanzierungsbedarf in von Pandemie betroffenen Dienstleistungssektoren zu Beginn der Pandemie*

## Bedarf an Kreditfinanzierung nach Sektoren

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse

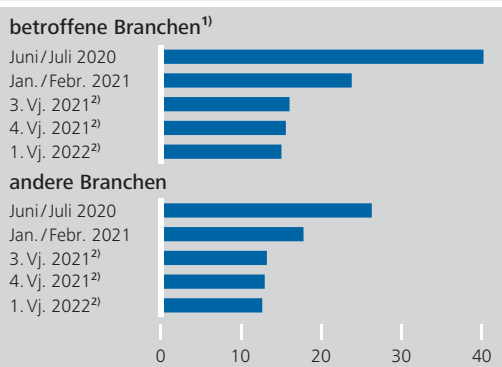


Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. **1** Vergleich zwischen Vormonat und dem Monat davor. **2** Einzelhandel, Verkehr & Lagerei sowie Gastgewerbe. **3** Vergleich zwischen dem letzten Monat im vorigen Quartal und dessen Vorjahresmonat.

Deutsche Bundesbank

## Unternehmen mit Kreditverhandlungen in den vergangenen drei Monaten

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. **1** Einzelhandel, Transport & Logistik und Gastgewerbe. **2** Referenzzeitraum voriges Quartal.

Deutsche Bundesbank

und Logistiksektor zu beobachten. In diesen Branchen hat der Bedarf an Finanzierung zu Beginn der Pandemie zwischen April 2020 und Mai 2020 stark zugenommen (deutlich gestiegen: 24 %, geringfügig gestiegen: 11 %). Zum Jahresende 2020 haben diese Werte nochmal leicht zugelegt (deutlich gestiegen: 27 %, ge-

ringfügig gestiegen: 13 %). In den anderen Branchen lag zu diesen beiden Zeitpunkten der Anteil eines deutlichen Anstiegs bei 12 % und der eines geringfügig gestiegenen Finanzierungsbedarfs bei 11 %. Im Jahr 2021 wurde der Referenzzeitraum der Entwicklung von einem Monat auf ein Jahr verlängert. Daher sind die Werte nicht unmittelbar vergleichbar. Dennoch zeigt die sektorale Unterscheidung, dass beim Bedarf an Finanzierung in Bezug auf die Betroffenheit der Pandemie sektorale Unterschiede auch noch im Jahr 2021 ausgeprägt waren – allerdings auf einem niedrigeren Niveau. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag sowohl im Juni 2021 als auch im Dezember 2021 der Anteil der Unternehmen aus von der Pandemie betroffenen Branchen mit einem erhöhten Finanzierungsbedarf bei 33 % (9 % deutlich gestiegen, 24 % geringfügig gestiegen), während in anderen Branchen der Anteil bei 23 % (6 % deutlich gestiegen, 17 % geringfügig gestiegen) lag.

Die Entspannung im Unternehmenssektor spiegelt sich auch in der Entwicklung der aufgenommenen Kreditverhandlungen wider. So haben zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 rund 28 % der Unternehmen angegeben, dass in den drei Monaten vor der Befragung Verhandlungen zur Aufnahme eines Bankkredits aufgenommen wurden. Dieser Anteil ist bereits Ende 2020 unter 20 % gefallen und sank in der Folge stetig auf 13 % im vierten Quartal 2021. Eine sektorale Unterteilung nach der Betroffenheit der Pandemie zeigt, dass im Frühjahr 2020 rund 40 % der Unternehmen aus betroffenen Branchen Kreditverhandlungen aufgenommen haben, während dieser Anteil für Unternehmen aus anderen Branchen bei rund 25 % lag. Diese sektoralen Unterschiede sind im Verlauf der Pandemie kontinuierlich kleiner geworden. Der Anteil der Unternehmen aus betroffenen Branchen, die Kreditverhandlungen aufgenommen haben, lag Ende des Jahres 2020 bei 23 % und ist bis zum vierten Quartal 2021 auf 15 % gesunken. Demgegenüber fiel der Anteil an Unternehmen mit Kreditverhandlungen in anderen

*Anteil der Unternehmen, die Kreditverhandlungen geführt haben, bis zum vierten Quartal 2021 rückläufig*



*Verbesserung des Kreditzugangs für Unternehmen im Verlauf der Pandemie*

Branchen nach 18 % Ende des Jahres 2020 auf 13 % im vierten Quartal 2021.

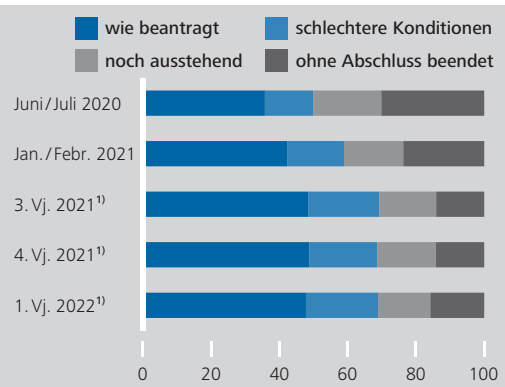
Der Einfluss der Pandemie auf den Unternehmenssektor lässt sich auch anhand der Ergebnisse geführter Kreditverhandlungen ablesen. So waren die Banken bei der Kreditvergabe zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 recht vorsichtig. Gerade mal ein Drittel der geführten Kreditverhandlungen wurde zu den beantragten Konditionen zum Abschluss gebracht, und bei 15 % wurden die Kredite zu schlechteren Konditionen gewährt. Demgegenüber waren 22 % der Kreditverhandlungen zum Befragungszeitpunkt im Juni/Juli 2020 noch nicht beendet, während gar 28 % ohne Abschluss beendet wurden.

Die Kreditvergabebedingungen haben sich für die Unternehmen im weiteren Pandemieverlauf deutlich verbessert. Nachdem Ende des Jahres 2020 44 % der Kreditverhandlungen zu beantragten Bedingungen genehmigt wurden, hat sich dieser Anteil im Lauf des Jahres 2021 auf rund 50 % verbessert. Der Anteil der Kreditverhandlungen, die zu schlechteren Konditionen genehmigt wurden, ist bis zum Jahr 2021 auf 21 % gestiegen. Währenddessen ist der Anteil der Kreditverhandlungen, die zum Befragungszeitpunkt noch offen waren beziehungsweise ohne Abschluss beendet wurden, auf jeweils rund 15 % im Jahr 2021 gesunken.

Die Befragung der Wirtschaftsverbände zeigt ebenfalls, dass sich der Kreditzugang für Unternehmen im Verlauf der Pandemie verbessert hat. Im Januar 2022 berichteten zwei Drittel der Verbände, dass sich der Zugang ihrer Unternehmen zu Bankkrediten im vierten Quartal 2021 trotz erneuter Einschränkungen nicht verschlechtert hat. Insgesamt war der Kreditzugang im Januar 2022 im Vergleich zum November 2020 über alle Branchen hinweg bei weitem nicht mehr so stark eingeschränkt. Lediglich Unternehmen des Gastgewerbes und körpernaher Dienstleistungen berichteten von anhaltenden Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme. Insgesamt stellten im Januar 2022 ab-

### Ergebnis geführter Kreditverhandlungen in den vergangenen drei Monaten

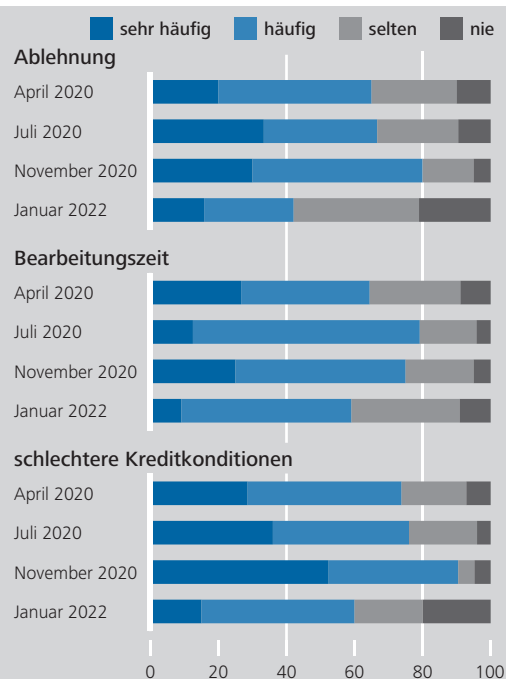
Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. <sup>1</sup> Referenzzeitraum voriges Quartal.  
 Deutsche Bundesbank

### Schwierigkeiten der Unternehmen beim Kreditzugang ohne KfW-Corona-Hilfe oder Förderprogramme

Anteil der Verbände in %

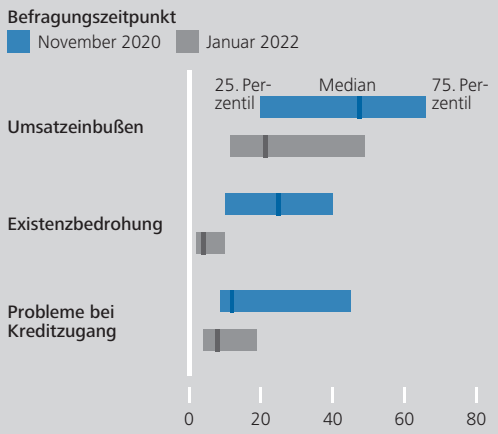


Quelle: Verbandsbefragung der Bundesbank.  
 Deutsche Bundesbank

gelehnte Kreditanträge für 42 % (17 % sehr häufig, 25 % häufig) der Verbände ein erhebliches Problem dar, nachdem im November 2020 noch 80 % der Verbände meldeten, dass Kreditanträge ihrer Mitglieder häufig (50 %) beziehungsweise sehr häufig (30 %), abgelehnt wurden. Der Anteil der Verbände, deren Unter-

### Geschäftslage der Unternehmen

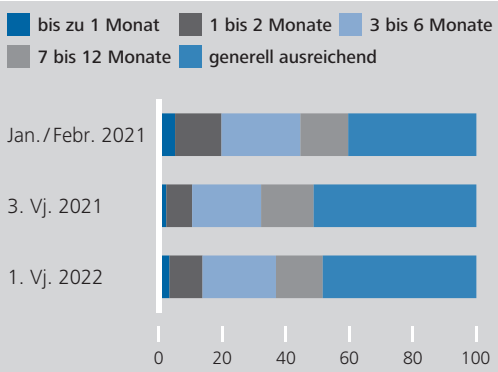
Angaben der Verbände zu Anteil betroffener Unternehmen in %



Quelle: Verbandsbefragung der Bundesbank.  
 Deutsche Bundesbank

### Zeitraum ausreichend verfügbarer Liquidität bis zur Einstellung oder Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

nehmen über lange Bearbeitungszeiten bei Kreditanträgen klagten, war im Zeitraum zwischen November 2020 und Januar 2022 ebenfalls rückläufig (von 75 % auf 59 %). In diesem Zeitraum ist der Anteil der Verbände, deren Mitglieder von schlechteren Kreditkonditionen berichteten, ebenfalls gesunken, und zwar von 90 % auf 60 %.

Dass sich die finanzielle Lage im Unternehmenssektor im Januar 2022 nicht so ungünstig wie im Vorjahr darstellte, zeigt sich auch in einem gesunkenen Anteil von Unternehmen, die von existentiellen Schwierigkeiten berichteten. Diesbezüglich ergibt das Bild aus der Verbands-

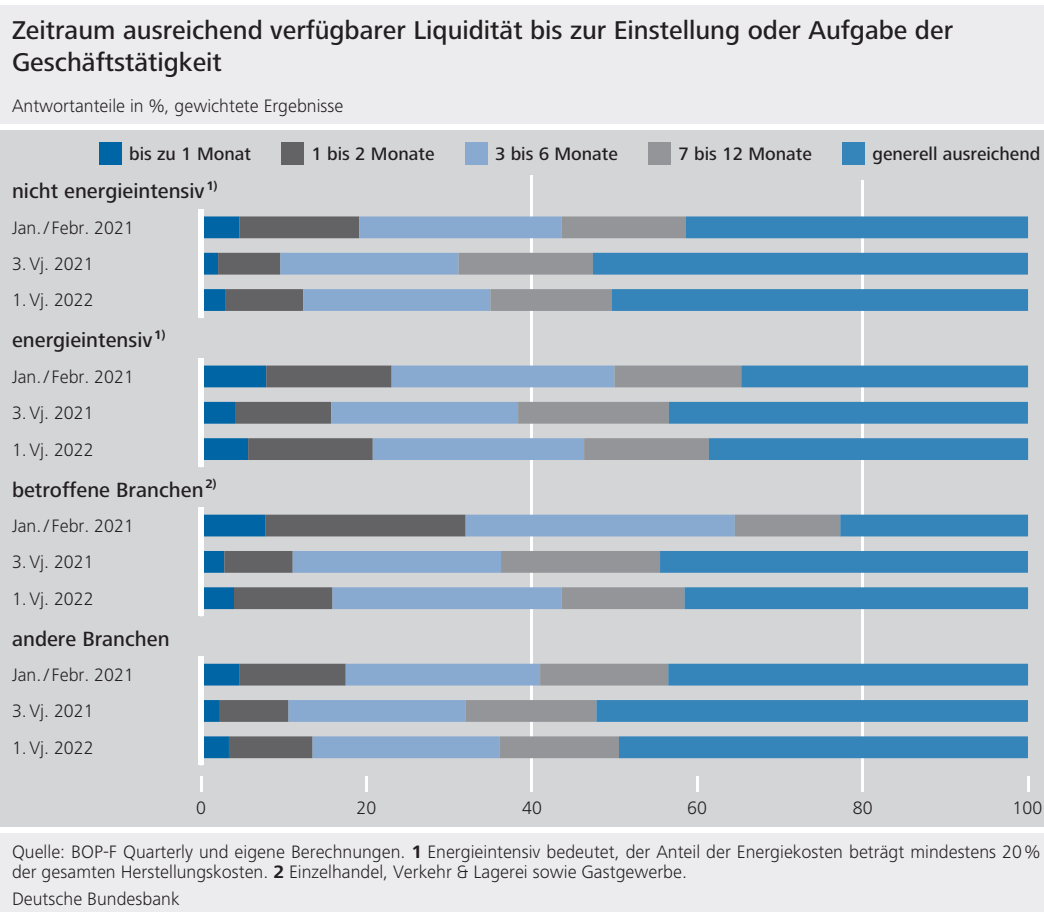
*Anteil existenzbedrohter Unternehmen zwischen November 2020 und Januar 2022 rückläufig*

befragung aus dem Januar 2022, dass sich gemessen am Median über die Verbände 5 % der Unternehmen in ihrer Existenz bedroht sahen. Dies ist eine deutliche Verbesserung verglichen mit den 25 % aus der Befragung im November 2020.

Dass die finanziellen Engpässe im Unternehmenssektor im Laufe des Jahres 2021 weniger schwerwiegend waren, wird in der Unternehmensbefragung durch die Angaben zu den verfügbaren Liquiditätsreserven bestätigt. Dabei wurden die Unternehmen um ihre Einschätzung gebeten, für welchen Zeitraum noch ausreichend Liquidität vorhanden ist, bevor die Geschäftstätigkeit eingestellt oder aufgegeben werden muss. Der Anteil der Unternehmen, die generell über ausreichend Liquidität verfügen, stieg von 40 % Anfang 2021 auf 51 % im dritten Quartal 2021. Im ersten Quartal 2022 lag der Anteil schließlich bei 48 %. Der Anteil der Unternehmen, die sich mit akuten Liquiditätsengpässen (Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten) konfrontiert sehen, sank von 20 % im ersten Quartal 2021 auf 10 % im Sommer 2021. Die jüngsten Zahlen aus dem ersten Quartal 2022 zeigen jedoch, dass der Anteil dieser Unternehmen auf 14 % gestiegen ist.

*Anfang 2022 deutlich verbesserte Liquiditätsreserven im Vergleich zum ersten Quartal 2021 – sektorale Unterschiede rückläufig*

Eine sektorale Differenzierung hilft, die Entwicklung möglicher Liquiditätsengpässe besser einzuordnen. Zu Beginn des Jahres 2021 verfügten knapp ein Drittel der Unternehmen aus von der Pandemie besonders betroffenen Branchen (Einzelhandel, Transport und Logistik sowie Gastgewerbe) über Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten, während 22 % generell ausreichend Liquidität aufwiesen. Demgegenüber lag der Anteil an Unternehmen aus anderen Branchen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten bei 17 % und der Anteil mit generell ausreichend Liquidität bei 44 %. Diese Unterschiede waren im dritten Quartal 2021 kaum noch zu beobachten. In beiden sektoralen Gruppen fiel der Anteil an Unternehmen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten auf jeweils 10 %. Der Anteil an Unternehmen mit generell ausreichend Liquidität ist in betroffe-



nen Sektoren auf 45 % und in anderen Sektoren auf 52 % gestiegen. Im ersten Quartal 2022 hat sich die Liquiditätslage bei beiden Unternehmensgruppen wieder etwas verschlechtert, allerdings nicht auf das Niveau des Vorjahresquartals. Der Anteil der Unternehmen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten stieg in betroffenen Branchen auf 16 % und in anderen Sektoren auf 13 %. Der Anteil der Unternehmen mit generell ausreichend Liquidität war leicht rückläufig – in betroffenen Branchen 42 % und in anderen Branchen 50 %.

## Aktuelle Entwicklungen im Unternehmenssektor in Anbetracht hoher Energiepreise und des russischen Angriffs auf die Ukraine

Während zu Beginn des Jahres 2022 ein Großteil der Infektionsschutzmaßnahmen aufgehoben

wurde, brachten steigende Energie- und Erzeugerpreise sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine neue Herausforderungen für den Unternehmenssektor.

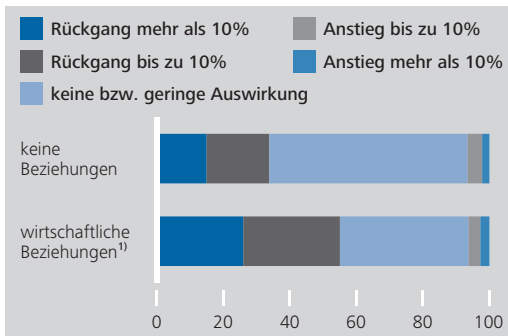
Die Energiepreise, die bereits im Jahr 2021 gestiegen sind, haben durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nochmals einen deutlichen Preissprung erfahren. Dies haben insbesondere energieintensive Unternehmen zu spüren bekommen. Mithilfe der Frage des Kostenanteils für Energieträger an den Produktionskosten konnte in der Unternehmensbefragung im ersten Quartal 2022 die Energieintensität der Unternehmen erfasst werden. Im Folgenden werden Unternehmen mit einem Energiekostenanteil von mehr als 20 % als energieintensiv klassifiziert. Dies traf im ersten Quartal 2022 auf 17 % der befragten Unternehmen zu.

*Energieintensive Unternehmen aufgrund steigender Energiepreise und des russischen Angriffskrieges unter Druck*

In Bezug auf die Energieintensität weist die Befragungsrunde aus dem ersten Quartal 2022 deutliche Unterschiede hinsichtlich der Beurtei-

### Erwartungen zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Umsatz im Jahr 2022

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Monthly und eigene Berechnungen, Befragungszeitraum April und Mai 2022. <sup>1</sup> Handel, Investitionen oder Produktionsstätten in Russland oder der Ukraine im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank

lung künftiger Herausforderungen auf. Besonders auffällig waren die Unterschiede bei der Einschätzung der Produktionskosten und des Zugangs zu Finanzierung. So lag unter den energieintensiven Firmen der Anteil der Unternehmen, die hohe Arbeits- und Produktionskosten als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem für die kommenden sechs Monate bewerteten, bei 65 %, während 22 % den Zugang zu Finanzierung als problematisch betrachteten. Demgegenüber haben im ersten Quartal 2022 unter den Unternehmen mit geringer Energieintensität rund 50 % hohe Produktionskosten und 14 % den Zugang zu Finanzierung als drängendes oder äußerst drängendes Problem eingestuft.

*Bereits Anfang 2022 höherer Finanzierungsbedarf und erschwelter Kreditzugang für Unternehmen mit hoher Energieintensität*

Am aktuellen Rand vermeldeten energieintensive Unternehmen einen höheren Finanzierungsbedarf als Unternehmen mit einer geringen Energieintensität. Unter den energieintensiven Unternehmen haben im vierten Quartal 2021 sowie im ersten Quartal 2022 jeweils 18 % der Unternehmen Verhandlungen für einen Bankkredit geführt. Bei Unternehmen mit geringer Energieintensität ist dieser Anteil von 12 % im vierten Quartal 2021 auf 14 % im ersten Quartal 2022 leicht angestiegen. Das Ergebnis der geführten Kreditverhandlungen fiel zuletzt für energieintensive Unternehmen deutlich schlechter aus. So sank für diese Unternehmen

der Anteil der Kreditverhandlungen, die zu den gewünschten Konditionen gewährt wurden, von 47 % im dritten Quartal 2021 auf 29 % im ersten Quartal 2022, während der Anteil der Kredite, die zu schlechteren Konditionen vergeben wurden, im gleichen Zeitraum von 18 % auf 30 % gestiegen ist. Demgegenüber fiel unter den nichtenergieintensiven Unternehmen der Anteil der Kreditkreditverhandlungen, die zu den gewünschten Konditionen abgeschlossen wurden, von 53 % im dritten Quartal 2021 auf 47 % im ersten Quartal 2022, während der Anteil der Kredite, die zu schlechteren Konditionen gewährt wurden, im gleichen Zeitraum von 16 % auf 27 % gestiegen ist.

Anfang des Jahres 2022 verfügten energieintensive Unternehmen über geringere Liquiditätspuffer als Unternehmen mit geringer Energieintensität. Rund 21 % der energieintensiven Unternehmen hatten im ersten Quartal 2022 Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten, während der Anteil dieser Unternehmen mit generell ausreichend Liquidität bei 36 % lag. Demgegenüber lag der Anteil nichtenergieintensiver Unternehmen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten bei 12 % und der entsprechende Anteil mit generell ausreichend Liquidität bei 49 %.

Im zweiten Quartal 2022 wurden die Unternehmen überdies zu ihren Erwartungen befragt, inwiefern sich der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf den Jahresumsatz im Jahr 2022 auswirken würde. Insgesamt erwarteten knapp 15 % der befragten Unternehmen, dass der Umsatz durch den Krieg um mindestens 10 % sinken würde. Weitere 20 % erwarteten einen Rückgang von bis zu 10 %. Demgegenüber gingen im April und Mai 2022 knapp 7 % der Unternehmen davon aus, dass sich der Krieg positiv auf die Umsatzzahlen auswirken könnte. In Bezug auf die Energieintensität zeigt sich, dass energieintensive Unternehmen die Auswirkungen des Krieges auf ihre Umsatzzahlen als deutlich gravierender einschätzten als Unternehmen mit geringer Energieintensität. Unter den Unternehmen mit hoher Energieintensität

*Energieintensive Unternehmen erwarten Umsatzeinbußen infolge des russischen Angriffskrieges*

Stand: 17. Juni 2022

rechneten 45 % damit, dass der Jahresumsatz im Jahr 2022 infolge des Krieges sinken würde, wobei 24 % einen Umsatzrückgang von mindestens 10 % erwarteten. Demgegenüber erwarteten rund 32 % der nichtenergieintensiven Unternehmen rückläufige Umsätze infolge des Krieges, von denen 12 % mit Umsatzeinbußen von mindestens 10 % rechneten.

*8 % der Unternehmen mit direkten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder Ukraine – Großteil erwartet ebenfalls Umsatzeinbußen*

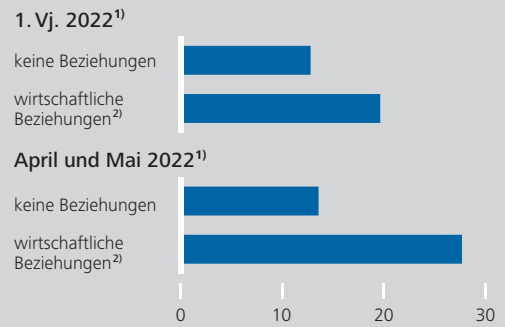
Um die direkten Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine abschätzen zu können, wurden die Unternehmen befragt, ob sie im Jahr 2021 wirtschaftliche Beziehungen (Handel, Investitionen oder Produktionsstätten) mit Russland beziehungsweise der Ukraine unterhalten haben. Diese Frage wurde im April und Mai 2022 von knapp 8 % der befragten Unternehmen bejaht. Diese Unternehmen sind deutlich größer als Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu beiden Staaten (45 % vs. 14 % der Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten) und gehörten häufiger dem Verarbeitenden Gewerbe an (47 % vs. 13 %). Wenig überraschend erwarteten die Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine beziehungsweise zu Russland, dass sich die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges deutlich stärker auf den Umsatz im Jahr 2022 auswirken würden. So gingen rund 26 % dieser Unternehmen davon aus, dass der Umsatz um mehr als 10 % fallen würde. Weitere 29 % der Unternehmen erwarteten Umsatzeinbußen von bis zu 10 %. Demgegenüber lag der Anteil der Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine, die Umsatzeinbußen erwarteten, bei 34 %, wobei 15 % Umsatzeinbußen von mehr als 10 % befürchteten.

*Unternehmen mit direkten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine mit gestiegenem Finanzierungsbedarf am aktuellen Rand*

Die Auswirkungen des Krieges auf die Kreditnachfrage der Unternehmen hängen auch von den wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Konfliktparteien ab. Dabei war der Anstieg bei Unternehmen ohne Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine, die Kreditverhandlungen geführt haben, von 13 % im vierten Quartal 2021 auf 14 % im ersten Quartal 2022 moderat. Im Gegensatz dazu hat sich die Kreditnachfrage von Unternehmen mit wirtschaft-

### Unternehmen mit Kreditverhandlungen nach wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Monthly und eigene Berechnungen. **1** Referenzzeitraum voriges Quartal. **2** Handel, Investitionen oder Produktionsstätten in Russland oder der Ukraine im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank

lichen Beziehungen zu den Konfliktparteien von 20 % im vierten Quartal 2021 auf 28 % im ersten Quartal deutlich erhöht. Das Ergebnis geführter Kreditverhandlungen hat sich in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Unternehmen zu Russland beziehungsweise der Ukraine im ersten Quartal 2022 kaum unterschieden. So lag der Anteil der Kreditverhandlungen, die zu gewünschten beziehungsweise schlechteren Konditionen abgeschlossen wurden, unter Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Ländern bei 39 % beziehungsweise 27 %. Demgegenüber wurden 42 % beziehungsweise 28 % der Kreditverhandlungen von Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu diesen Staaten zu den gewünschten Konditionen beziehungsweise zu schlechteren Bedingungen gewährt.

Der Einfluss der wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine beziehungsweise zu Russland war im zweiten Quartal 2022 bei den Erwartungen der Unternehmen zu den Entwicklungen relevanter Unternehmenskennzahlen erkennbar. Von den Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu den Konfliktparteien, erwarteten 31 % rückläufige und 38 % steigende Umsätze für den Zeitraum zwischen März 2022 und März 2023. 61 % dieser Unternehmen erwarteten zudem eine Verschlechterung beim Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten, während

*Wirtschaftliche Beziehungen zu Konfliktstaaten prägen Erwartungen relevanter Unternehmenskennzahlen*

## Die Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Lage von Unternehmen

Die Bundesregierung hat im Zuge der Pandemie verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der Pandemie für den Unternehmenssektor möglichst gering zu halten. Hierzu gehörten insbesondere die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, die Absicherung von Bankkrediten über das Sonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie diverse Soforthilfetransfers für Unternehmen als Kompensation für Umsatzeinbußen durch angeordnete Infektionsschutzmaßnahmen. Bis zum Mai 2022 hat die Bundesregierung mehr als 70 Mrd € an Zuschüssen im Rahmen der Corona-Hilfen ausgezahlt.<sup>1)</sup>

In einer Studie der Bundesbank wurden die Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Situation von Unternehmen während des Lockdowns im Winter 2020/21 untersucht (siehe: Gärtner und Marek (2022)). Die BOP-F-Befragung aus dem Februar 2021 ermöglichte die Anwendung quasi-experimenteller Methoden für eine eingehende Bewertung der unmittelbaren Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Lage der Unternehmen. Konkret wurden die Auswirkungen der Hilfsmaßnahmen auf Liquiditätsreserven, Beschäftigungserwartungen, Investitionsentscheidungen sowie Kreditverhandlungen und -ergebnisse analysiert. Zum Befragungszeitpunkt war ein Großteil der Anträge für die November/Dezember-Hilfen noch nicht bearbeitet. Daher können die Effekte der Hilfstransfers durch den Vergleich zwischen Firmen mit ausstehenden und genehmigten Anträgen abgeschätzt werden. In der Analyse wurden empirische Matching-Methoden verwendet, um Unternehmenscharakteristika zu berücksichtigen, die sich auf den Antragsstatus auswirken können.

Die empirische Analyse deutet darauf hin, dass sich Unternehmen, deren Antrag auf Hilfstransfers im Rahmen der November/Dezember-Hilfen bewilligt worden ist, mit einer um 5 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit mit Liquiditätsengpässen (Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten) konfrontiert sahen. Demgegenüber gibt es jedoch kaum Anzeichen, dass die Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen sich auf die Beschäftigungserwartungen beziehungsweise Investitionstätigkeit ausgewirkt haben. Die Studie zeigt überdies, dass Unternehmen sich zunehmend durch Bankkredite finanzieren, wenn die Transferzahlungen ausbleiben sollten. Die Wahrscheinlichkeit, Kreditverhandlungen aufzunehmen, ist bei Unternehmen mit einer Bewilligung der Fördermaßnahme um 8 Prozentpunkte geringer. Zudem belegen die Ergebnisse, dass Transfers die Kreditwürdigkeit der Unternehmen verbessert haben. So ist durch den Erhalt von Hilfsmaßnahmen die Wahrscheinlichkeit, einen Kredit zu den gewünschten Konditionen zu erhalten, um bis zu 18 Prozentpunkte gestiegen.

Im Ergebnis haben die November/Dezember-Hilfen dazu beigetragen, die Wahrscheinlichkeit restriktiverer Kreditbedingungen zu verringern. Dies hätte wiederum zu einer Verstärkung finanzieller Engpässe in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen führen können.

Im Ergebnis haben die November/Dezember-Hilfen dazu beigetragen, die Wahrscheinlichkeit restriktiverer Kreditbedingungen zu verringern. Dies hätte wiederum zu einer Verstärkung finanzieller Engpässe in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen führen können.

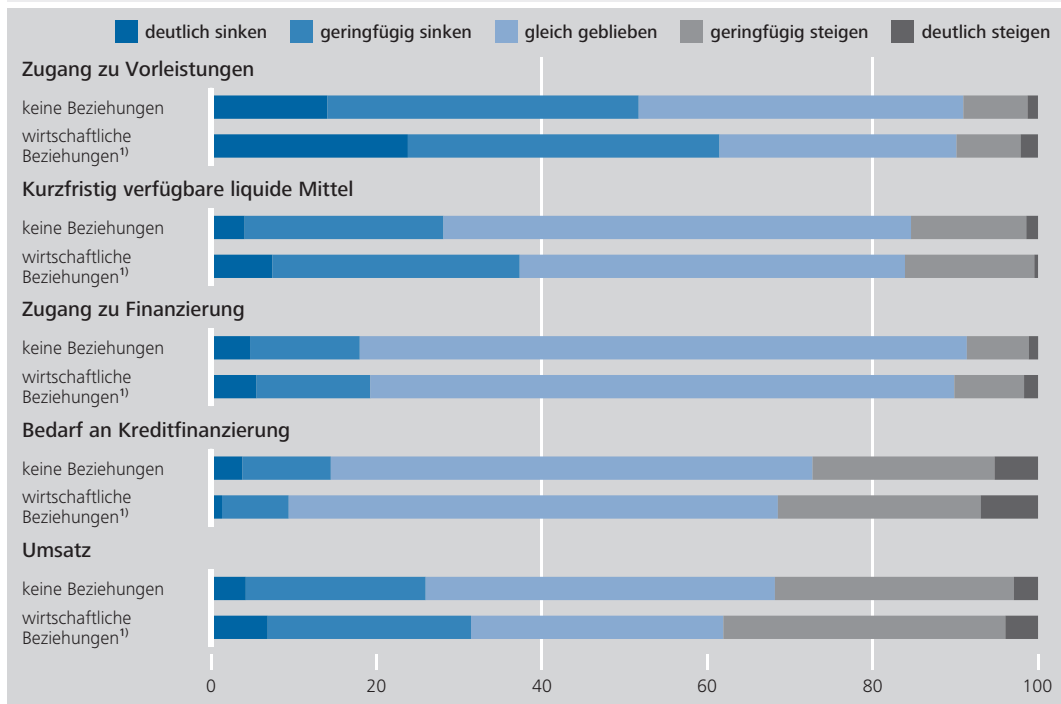
---

<sup>1</sup> Siehe: [www.dashboard-deutschland.de](http://www.dashboard-deutschland.de).



## Erwartungen zu Unternehmenskennzahlen zwischen März 2022 und März 2023 nach wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Monthly und eigene Berechnungen, Befragungszeitraum April und Mai 2022. <sup>1</sup> Handel, Investitionen oder Produktionsstätten in Russland oder der Ukraine im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank

37 % beziehungsweise 16 % einen Rückgang beziehungsweise Anstieg an verfügbaren liquiden Mitteln erwarteten. Bei Unternehmen ohne Beziehungen zu beiden Staaten lag der Anteil mit rückläufiger beziehungsweise steigender Umsatzerwartung für den Bezugszeitraum zwischen März 2022 und März 2023 bei 26 % beziehungsweise 31 %, während 52 % einen schlechteren Zugang zu Vorleistungen erwarteten. 28 % beziehungsweise 15 % dieser Unternehmen erwarteten rückläufige beziehungsweise steigende liquide Mittel.

Die Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine erwarteten im Vergleich zu Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu beiden Ländern im zweiten Quartal 2022 einen

wachsenden Finanzierungsbedarf für den Zeitraum bis März 2023. So erwarteten 31 % beziehungsweise 27 % der Unternehmen mit beziehungsweise ohne Beziehungen zu den Konfliktparteien einen Anstieg am Bedarf an Kreditfinanzierung für den Zeitraum zwischen März 2022 und März 2023. Trotz der unterschiedlichen Erwartungen hinsichtlich der Geschäftslage sind die Unterschiede bei den Erwartungen zum Zugang zu Finanzierung in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine äußerst gering. So erwarteten im zweiten Quartal 2022 19 % beziehungsweise 18 % der Unternehmen mit beziehungsweise ohne wirtschaftliche Beziehungen zu den betroffenen Staaten einen rückläufigen Zugang zu Finanzierung für den Zeitraum zwischen März 2022 und März 2023.

## ■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021a), Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2020, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 45 ff.

Deutsche Bundesbank (2021b), Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in der Pandemie – Erkenntnisse aus dem Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F), Monatsbericht, April 2021, S. 35 ff.

Deutsche Bundesbank (2011), Unternehmensabschlussstatistik mit breiterer sektoraler Abdeckung und neuer Hochrechnungsbasis, Monatsbericht, Dezember 2011, S. 34 f.

Gärtner L. und P. Marek (2022), The impact of German public support transfers on firm finance – Evidence from the Covid-19 crisis, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 19/2022.

# Statistischer Teil

## ■ Inhalt

### ■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

### ■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

### ■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

### ■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

## ■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

## ■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze.....	43•
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
3. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

## ■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

## ■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

## ■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

## ■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	60•

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern .....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen .....	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung .....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung .....	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme .....	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern .....	63*
14. Maastricht-Verschuldung nach Arten .....	64*
15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten .....	65*

## ■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe .....	67*
3. Auftragseingang in der Industrie .....	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe .....	69*
5. Umsätze des Einzelhandels .....	69*
6. Arbeitsmarkt .....	70*
7. Preise .....	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft .....	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen .....	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen .....	74*

## ■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum .....	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern .....	77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank .....	80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen .....	81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen .....	82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion .....	82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft .....	83*



## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

### 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
			M3 3)	gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	% p. a. im Monatsdurchschnitt										
2020 Sept.	13,8	10,3	10,3	10,1	8,2	4,5	- 0,4	- 0,55	- 0,49	- 0,1	
Okt.	13,9	10,4	10,4	10,6	8,3	4,3	- 0,5	- 0,55	- 0,51	- 0,2	
Nov.	14,5	10,8	10,9	11,2	8,6	4,4	- 0,7	- 0,56	- 0,52	- 0,2	
Dez.	15,6	11,7	12,2	11,9	9,3	5,0	- 0,5	- 0,56	- 0,54	- 0,2	
2021 Jan.	16,4	12,2	12,5	12,3	9,4	4,8	- 0,9	- 0,56	- 0,55	- 0,2	
Febr.	16,4	12,1	12,3	11,6	9,6	4,7	- 0,9	- 0,56	- 0,54	- 0,1	
März	13,7	10,2	10,1	10,6	8,6	4,0	- 0,3	- 0,56	- 0,54	0,0	
April	12,4	9,2	9,4	9,4	7,3	3,4	- 0,3	- 0,57	- 0,54	0,1	
Mai	11,7	8,4	8,6	8,8	6,3	2,9	- 1,0	- 0,56	- 0,54	0,2	
Juni	11,8	8,3	8,4	8,3	6,0	3,3	- 0,6	- 0,56	- 0,54	0,2	
Juli	11,0	7,6	7,8	8,1	5,8	3,2	- 0,5	- 0,57	- 0,55	0,0	
Aug.	11,1	7,8	8,0	7,8	5,5	2,9	- 0,8	- 0,57	- 0,55	- 0,1	
Sept.	11,1	7,6	7,6	7,8	5,6	3,4	- 0,7	- 0,57	- 0,55	0,1	
Okt.	10,7	7,5	7,7	7,5	5,7	3,6	- 0,3	- 0,57	- 0,55	0,2	
Nov.	10,0	7,1	7,3	7,3	5,8	3,7	- 0,4	- 0,57	- 0,57	0,2	
Dez.	9,8	7,0	6,9	6,9	6,1	3,9	- 0,5	- 0,58	- 0,58	0,1	
2022 Jan.	9,2	6,8	6,5	6,6	6,2	4,4	- 0,2	- 0,58	- 0,56	0,4	
Febr.	9,1	6,8	6,4	6,4	6,3	4,5	- 0,5	- 0,58	- 0,53	0,8	
März	8,8	6,6	6,3	6,2	6,1	4,5	- 0,7	- 0,58	- 0,50	0,9	
April	8,2	6,3	6,0	...	6,3	5,1	0,0	- 0,58	- 0,45	1,4	
Mai	...	...	...	...	...	...	...	- 0,59	- 0,39	1,7	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro Short-Term Rate. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43\*. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

### 2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz						Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
Mio €									1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2020 Sept.	+ 37 429	+ 34 583	+ 44 329	- 22 205	- 1 563	- 9 399	+ 74 908	+ 2 589	1,1792	101,5	94,9
Okt.	+ 30 735	+ 38 534	+ 35 707	+ 33 821	+ 98 039	+ 3 739	- 102 806	+ 2 914	1,1775	101,3	94,8
Nov.	+ 28 199	+ 34 904	+ 40 627	- 45 561	+ 185 623	+ 10 347	- 107 174	+ 2 610	1,1838	100,6	94,3
Dez.	+ 42 689	+ 39 241	+ 52 603	- 97 995	+ 298 039	- 30 237	- 118 954	+ 1 749	1,2170	101,8	95,3
2021 Jan.	+ 17 245	+ 21 625	+ 31 004	+ 44 251	+ 22 828	+ 11 025	- 46 147	- 954	1,2171	101,3	95,3
Febr.	+ 23 309	+ 33 347	+ 53 581	+ 49 087	+ 94 564	- 1 787	- 86 704	- 1 579	1,2098	100,6	94,5
März	+ 39 748	+ 37 742	+ 22 237	+ 37 796	- 29 880	- 6 061	+ 20 817	- 435	1,1899	100,3	94,1
April	+ 32 309	+ 28 369	+ 3 863	+ 752	+ 27 253	+ 6 906	- 31 632	+ 583	1,1979	100,6	94,2
Mai	+ 13 642	+ 27 661	+ 38 501	+ 17 653	+ 80 744	- 7 016	- 54 223	+ 1 343	1,2146	100,8	94,2
Juni	+ 31 970	+ 31 926	+ 60 619	- 13 146	+ 52 022	- 2 378	+ 18 930	+ 5 192	1,2047	100,2	93,7
Juli	+ 40 745	+ 33 888	+ 46 417	+ 43 006	+ 2 693	+ 18 359	- 17 304	- 338	1,1822	99,7	93,5
Aug.	+ 20 099	+ 15 839	+ 34 276	+ 42 708	+ 34 628	+ 1 688	- 166 830	+ 122 082	1,1772	99,3	93,2
Sept.	+ 33 160	+ 21 246	+ 4 092	+ 21 261	+ 16 776	+ 4 169	- 39 569	+ 1 455	1,1770	99,4	93,3
Okt.	+ 7 218	+ 12 497	+ 23 260	+ 15 410	+ 33 345	+ 13 923	- 42 584	+ 3 165	1,1601	98,4	92,4
Nov.	+ 9 733	+ 15 111	- 2 532	- 775	+ 64 801	+ 26 302	- 93 412	+ 553	1,1414	97,6	91,7
Dez.	+ 22 452	+ 10 998	+ 1 441	+ 32 649	+ 21 592	+ 4 304	- 56 275	- 827	1,1304	97,1	91,2
2022 Jan.	- 2 598	- 7 353	+ 8 113	+ 4 469	+ 26 115	+ 3 781	- 24 083	- 2 169	1,1314	96,6	91,2
Febr.	+ 6 548	+ 6 502	+ 6 126	+ 47 461	- 21 585	- 1 034	- 20 393	+ 1 675	1,1342	96,9	91,6
März	+ 8 656	+ 4 708	- 19 319	- 2 955	- 50 993	- 1 855	+ 36 425	+ 60	1,1019	95,9	91,3
April	...	...	...	...	...	...	...	...	1,0819	95,2	p) 89,9
Mai	...	...	...	...	...	...	...	...	1,0579	95,6	p) 90,0

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII.10 und 11, S. 82\* / 83\*. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Berechnung

der Bundesbank. Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

### 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup></b>										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2019	1,6	2,1	1,1	4,1	1,2	1,8	1,8	4,9	0,5	2,5
2020	- 6,3	- 5,7	- 4,6	- 3,0	- 2,3	- 7,8	- 9,0	5,9	- 9,0	- 3,8
2021	5,4	6,2	2,9	8,3	3,5	6,8	8,3	13,5	6,6	4,5
2020 4.Vj.	- 4,2	- 4,3	- 1,9	- 1,5	0,0	- 3,6	- 7,1	4,5	- 5,8	- 1,2
2021 1.Vj.	- 0,9	0,0	- 3,0	3,7	- 1,3	1,9	- 0,8	12,8	0,3	- 0,9
2.Vj.	14,7	15,1	10,8	12,7	8,2	19,5	15,0	21,0	17,9	10,6
3.Vj.	4,0	5,0	2,8	8,3	3,6	3,1	11,8	11,3	3,8	5,0
4.Vj.	4,7	5,6	1,8	8,6	3,5	4,6	7,4	9,6	5,8	3,1
2022 1.Vj.	5,4	4,8	4,0	4,3	3,9	4,6	7,9	11,0	5,9	6,7
<b>Industrieproduktion <sup>2)</sup></b>										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2019	- 1,0	4,8	- 4,3	7,1	1,6	0,5	- 0,7	7,0	- 1,1	0,8
2020	- 8,0	- 3,8	- 10,2	- 2,8	- 3,2	- 10,9	- 2,1	14,5	- 11,4	- 1,8
2021	7,8	16,8	p)	6,8	4,2	5,9	10,2	16,4	12,2	6,5
2020 4.Vj.	- 0,6	0,6	- 3,0	3,2	- 2,1	- 4,2	3,1	25,0	- 2,5	2,2
2021 1.Vj.	4,8	8,4	- 1,2	- 0,2	0,0	2,1	4,7	40,6	10,4	3,7
2.Vj.	23,2	29,8	19,3	15,1	4,4	22,3	15,6	33,2	32,6	12,6
3.Vj.	6,0	19,4	2,6	7,1	4,6	2,6	9,7	27,6	4,9	6,3
4.Vj.	0,1	11,2	p)	5,7	7,4	- 0,4	11,3	- 18,2	4,6	3,6
2022 1.Vj.	- 0,1	6,8	p)	4,1	3,4	0,2	4,4	- 15,0	1,4	4,0
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>3)</sup></b>										
in % der Vollausslastung										
2019	82,2	81,2	84,6	72,6	81,0	84,5	71,6	77,3	77,4	76,3
2020	74,5	75,6	77,3	67,6	76,9	73,8	71,0	68,8	53,4	72,0
2021	81,4	80,1	84,8	78,2	81,2	81,1	75,6	78,2	76,4	75,2
2021 1.Vj.	79,2	78,9	82,1	74,0	78,9	79,3	73,0	76,8	75,1	74,1
2.Vj.	80,8	79,6	84,9	76,8	81,6	80,2	74,4	73,6	75,4	74,7
3.Vj.	83,0	80,9	86,1	78,6	81,5	82,9	77,8	80,8	77,5	75,5
4.Vj.	82,7	81,1	85,9	83,2	82,7	82,0	77,3	81,6	77,7	76,6
2022 1.Vj.	82,4	80,0	85,8	72,3	81,9	82,7	76,8	78,9	78,7	75,5
2.Vj.	82,6	80,2	84,9	70,0	80,2	82,2	76,7	82,6	78,8	75,6
<b>Standardisierte Erwerbslosenquote <sup>4)</sup></b>										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
2019	7,5	5,4	3,2	4,5	6,7	8,2	17,3	5,0	10,0	6,3
2020	7,8	5,6	3,8	7,0	7,8	7,8	16,3	5,6	9,2	8,1
2021	s)	s)	3,6	s)	6,2	s)	7,7	s)	14,8	s)
2021 Dez.	7,0	5,7	3,2	5,4	7,2	7,4	12,9	5,1	8,9	7,4
2022 Jan.	6,9	5,6	3,1	5,8	7,0	7,3	13,2	5,0	8,7	7,2
Febr.	6,8	5,6	3,1	5,5	6,5	7,3	12,5	4,8	8,6	6,9
März	6,8	5,6	3,0	5,5	6,4	7,3	12,2	5,1	8,4	6,7
April	6,8	5,7	3,0	5,6	6,2	7,2	12,7	4,8	8,4	6,6
Mai	...	...	...	...	...	...	...	4,7	...	...
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex</b>										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2019	1,2	1,2	1,4	- 2,3	1,1	1,3	- 0,5	- 0,9	0,6	2,7
2020	0,3	0,4	s)	0,4	- 0,6	0,4	0,5	- 1,3	- 0,5	0,1
2021	2,6	3,2	s)	3,2	4,5	2,1	2,1	0,6	2,4	3,2
2021 Dez.	5,0	6,6	s)	5,7	12,0	3,2	3,4	4,4	5,7	4,2
2022 Jan.	5,1	8,5	5,1	11,0	4,1	3,3	5,5	5,0	5,1	7,5
Febr.	5,9	9,5	5,5	11,6	4,4	4,2	6,3	5,7	6,2	8,8
März	7,4	9,3	7,6	14,8	5,8	5,1	8,0	6,9	6,8	11,5
April	7,4	9,3	7,8	19,1	5,8	5,4	9,1	7,3	6,3	13,1
Mai	s)	s)	8,7	s)	20,1	s)	7,1	s)	5,8	s)
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>6)</sup></b>										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2019	- 0,7	- 2,0	1,5	0,1	- 0,9	- 3,1	1,1	0,5	- 1,5	- 0,6
2020	- 7,1	- 9,0	- 4,3	- 5,6	- 5,5	- 8,9	- 10,2	- 5,1	- 9,6	- 4,5
2021	- 5,1	- 5,5	- 3,7	- 2,4	- 2,6	- 6,5	- 7,4	- 1,9	- 7,2	- 7,3
<b>Staatliche Verschuldung <sup>6)</sup></b>										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2019	83,8	97,7	58,9	8,6	59,6	97,4	180,7	57,2	134,1	36,7
2020	97,2	112,8	68,7	19,0	69,0	114,6	206,3	58,4	155,3	43,3
2021	95,6	108,2	69,3	18,1	65,8	112,9	193,3	56,0	150,8	44,8

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. 1 Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup></b>										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
4,6	3,3	5,9	2,0	1,5	2,7	2,6	3,3	2,1	5,3	2019
- 0,1	- 1,8	- 8,3	- 3,8	- 6,7	- 8,4	- 4,4	- 4,2	- 10,8	- 5,0	2020
5,0	6,9	10,4	5,0	4,8	4,9	3,0	8,1	5,1	5,5	2021
0,3	0,7	- 7,9	- 2,9	- 5,7	- 6,4	- 1,8	- 3,1	- 8,8	- 3,8	2020 4.Vj.
1,6	5,6	0,1	- 2,2	- 5,0	- 5,3	0,2	1,5	- 4,5	- 2,1	2021 1.Vj.
8,3	12,7	16,4	10,7	13,1	16,0	9,6	16,1	17,8	13,0	2.Vj.
4,8	4,8	14,1	5,4	5,4	4,5	1,3	5,0	3,4	5,3	3.Vj.
5,2	4,8	11,8	6,5	6,3	5,8	1,4	10,4	5,5	6,4	4.Vj.
4,6	...	7,6	6,9	9,5	11,1	3,1	9,8	6,5	5,9	2022 1.Vj.
<b>Industrieproduktion <sup>2)</sup></b>										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,9	- 3,1	1,1	- 0,9	- 0,1	- 2,2	0,5	2,8	0,5	4,4	2019
- 1,7	- 10,8	- 0,2	- 3,9	- 5,9	- 7,3	- 9,1	- 6,4	- 9,8	- 7,3	2020
20,0	8,4	- 0,3	5,0	11,2	3,5	10,4	9,9	7,5	6,4	2021
2,7	- 2,7	- 0,9	- 1,9	0,9	- 2,0	1,8	- 1,1	- 2,1	- 1,7	2020 4.Vj.
13,3	5,1	- 8,5	- 0,8	3,2	- 0,6	6,5	3,4	2,5	1,2	2021 1.Vj.
25,0	24,0	14,4	10,0	24,1	24,3	35,8	24,1	27,2	21,2	2.Vj.
17,8	3,5	- 0,2	6,8	9,7	- 3,8	0,9	6,2	1,9	4,5	3.Vj.
23,9	2,9	- 5,6	4,4	9,7	- 1,7	4,0	7,6	1,8	1,0	4.Vj.
23,5	0,2	- 2,0	1,9	11,1	- 3,1	- 1,7	4,1	1,8	4,0	2022 1.Vj.
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>3)</sup></b>										
in % der Vollauslastung										
77,3	80,0	77,4	84,1	86,6	78,0	87,2	84,3	80,3	63,8	2019
73,0	72,5	70,7	78,3	79,5	74,9	79,5	78,5	74,4	51,5	2020
76,7	81,9	76,8	82,4	87,1	79,2	82,2	84,4	77,8	51,3	2021
74,1	78,7	75,8	80,4	84,0	78,8	82,4	82,5	77,0	50,5	2021 1.Vj.
76,6	83,6	77,9	81,8	86,3	78,7	82,5	84,2	77,4	48,8	2.Vj.
77,7	83,1	78,4	83,8	89,5	78,9	81,9	85,8	77,5	50,2	3.Vj.
78,3	82,1	75,2	83,6	88,5	80,2	82,1	85,2	79,2	55,6	4.Vj.
77,9	81,8	62,9	84,0	88,4	81,8	82,8	86,4	78,8	55,4	2022 1.Vj.
77,5	80,1	64,6	84,3	89,0	82,5	83,9	85,5	80,0	58,1	2.Vj.
<b>Standardisierte Erwerbslosenquote <sup>4)</sup></b>										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
6,3	5,6	3,6	3,4	4,5	6,5	5,8	4,5	14,1	7,1	2019
8,6	6,8	4,4	3,9	5,4	6,9	6,7	5,0	15,5	7,6	2020
7,1	5,4	3,6	4,2	6,2	6,6	6,9	4,8	14,8	7,5	2021
6,6	4,7	3,2	3,8	4,8	5,9	6,5	4,4	13,3	6,5	2021 Dez.
6,5	4,5	3,3	3,6	4,7	5,8	6,5	4,2	13,2	6,4	2022 Jan.
6,2	4,5	3,3	3,4	4,8	5,7	6,5	4,0	13,3	6,2	Febr.
6,1	4,3	3,2	3,3	4,3	5,8	6,4	4,0	13,5	5,8	März
6,2	4,2	3,1	3,2	4,4	5,8	6,3	4,0	13,3	5,4	April
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	Mai
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex</b>										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,2	1,6	1,5	2,7	1,5	0,3	2,8	1,7	0,8	0,5	2019
1,1	0,0	0,8	1,1	1,4	- 0,1	2,0	- 0,3	- 0,3	- 1,1	2020
4,6	3,5	0,7	2,8	2,8	0,9	2,8	2,0	3,0	2,3	2021
10,7	5,4	2,6	6,4	3,8	2,8	5,1	5,1	6,6	4,8	2021 Dez.
12,3	4,6	4,1	7,6	4,5	3,4	7,7	6,0	6,2	5,0	2022 Jan.
14,0	7,8	4,2	7,3	5,5	4,4	8,3	7,0	7,6	5,8	Febr.
15,6	7,9	4,5	11,7	6,6	5,5	9,6	6,0	9,8	6,2	März
16,6	9,0	5,4	11,2	7,1	7,4	10,9	7,4	8,3	8,6	April
18,5	9,1	5,6	10,2	8,1	8,1	11,8	8,7	8,5	8,8	Mai
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>6)</sup></b>										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
- 0,5	- 2,3	- 0,6	- 1,7	- 0,6	- 0,1	- 1,3	0,4	- 3,1	1,3	2019
- 7,3	- 3,4	- 9,5	- 3,7	- 8,0	- 5,8	- 5,5	- 7,8	- 10,3	- 5,8	2020
- 1,0	0,9	- 8,0	- 2,5	- 5,9	- 2,8	- 6,2	- 5,2	- 6,9	- 1,7	2021
<b>Staatliche Verschuldung <sup>6)</sup></b>										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
35,9	22,3	40,7	48,5	70,6	116,6	48,1	65,6	98,3	91,1	2019
46,6	24,8	53,4	54,3	83,3	135,2	59,7	79,8	120,0	115,0	2020
44,3	24,4	57,0	52,1	82,8	127,4	63,1	74,7	118,4	103,6	2021

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. 5 Beeinflusst durch eine

befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 6 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*) a) Euroraum <sup>1)</sup>

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet				II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte	insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barer Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mo-naten	Schuldver-schreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rück-lagen <sup>3)</sup>	
		zusammen	darunter Wert-papiere										zusammen
2020 Sept.	84,4	- 2,8	- 2,9	87,2	86,3	46,0	- 26,7	- 72,6	10,6	- 11,0	- 0,2	19,4	2,5
Okt.	69,9	30,9	- 4,7	39,0	33,1	- 26,7	87,6	114,3	- 17,4	- 4,3	- 0,4	- 29,7	17,1
Nov.	117,4	72,8	29,0	44,6	45,3	- 30,4	91,8	122,2	4,7	13,2	- 0,5	- 10,7	2,7
Dez.	- 3,6	- 1,0	30,0	- 2,6	6,2	- 46,9	- 194,4	- 147,5	9,3	- 5,5	- 0,5	- 14,3	29,7
2021 Jan.	133,3	30,1	4,3	103,2	94,1	- 38,8	162,4	123,6	- 36,2	- 9,2	0,1	- 16,0	- 11,1
Febr.	99,8	33,8	9,0	66,0	72,7	- 14,7	28,9	43,6	- 1,2	- 5,7	- 0,5	- 2,4	7,4
März	176,0	100,7	8,5	75,3	74,0	- 5,9	- 6,7	- 0,7	12,2	- 9,0	- 0,3	1,2	20,3
April	55,9	13,3	8,6	42,6	29,0	- 11,4	104,5	115,9	- 36,9	- 23,9	- 0,1	- 7,5	- 5,4
Mai	124,9	48,3	15,2	76,6	77,6	2,6	24,5	21,8	- 23,5	- 1,2	- 0,2	- 15,1	- 6,9
Juni	94,5	37,2	0,8	57,3	58,6	9,2	- 74,4	- 83,6	26,8	- 6,1	- 0,4	- 4,2	37,6
Juli	118,9	62,0	8,1	56,8	50,3	- 4,8	78,3	83,1	4,4	- 4,2	- 0,6	9,3	- 0,1
Aug.	35,0	- 16,6	- 7,8	51,7	60,9	- 4,7	141,2	146,0	- 5,9	- 7,3	- 0,4	- 7,0	8,9
Sept.	107,4	72,9	3,7	34,4	43,2	- 40,1	- 58,2	- 18,1	16,6	- 4,5	- 0,4	8,3	13,2
Okt.	80,7	68,3	21,3	12,3	18,4	- 16,4	192,1	208,6	11,5	- 10,6	- 0,7	16,8	6,0
Nov.	156,2	89,4	- 3,7	66,8	67,5	- 26,4	14,9	41,3	- 7,0	- 10,6	- 0,7	1,8	2,5
Dez.	53,1	28,0	20,4	25,1	22,6	- 51,2	- 203,4	- 152,3	6,0	18,1	- 0,8	- 25,0	13,7
2022 Jan.	165,9	92,4	- 9,1	73,5	63,2	- 2,2	136,3	138,5	- 16,7	- 14,9	- 0,1	11,6	- 13,3
Febr.	113,3	46,8	1,9	66,5	73,8	- 13,8	83,1	96,8	- 18,9	- 8,9	- 0,4	- 3,7	- 6,0
März	156,5	111,8	26,3	44,7	35,4	3,4	- 23,0	- 26,4	- 3,5	2,8	- 0,7	- 26,4	20,9
April	101,3	102,1	24,7	- 0,9	- 9,7	- 91,2	- 67,2	24,0	10,8	- 10,4	- 0,1	- 3,1	24,4

### b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet				II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet					
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte	insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barer Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mo-naten	Schuldver-schreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rück-lagen <sup>3)</sup>	
		zusammen	darunter: Wert-papiere										zusammen
2020 Sept.	22,6	4,6	1,3	18,1	15,8	- 34,8	22,9	57,8	10,4	- 3,4	- 0,4	5,1	9,1
Okt.	48,7	22,1	6,6	26,7	23,9	- 30,1	- 16,6	- 46,8	- 2,0	- 0,5	- 0,4	- 4,5	3,4
Nov.	44,0	19,6	4,5	24,5	26,0	- 15,1	7,4	22,5	0,6	- 1,5	- 0,4	0,2	2,3
Dez.	- 0,9	7,5	3,6	- 8,4	- 4,6	- 107,2	- 35,1	72,1	- 7,5	- 1,3	- 0,3	- 7,1	1,2
2021 Jan.	30,1	12,1	3,1	18,1	18,1	41,7	79,7	38,0	- 11,4	- 2,9	- 0,6	- 1,6	- 6,4
Febr.	29,8	18,8	4,6	11,1	13,4	26,3	7,0	- 19,3	0,8	- 1,8	- 0,3	4,3	- 1,4
März	54,1	35,8	1,8	18,3	19,5	- 61,9	1,9	63,9	3,5	- 3,5	- 0,3	7,1	0,2
April	11,4	0,5	2,4	10,8	7,0	67,3	25,3	- 42,0	9,3	- 2,4	- 0,3	6,4	5,6
Mai	33,4	16,8	3,2	16,6	18,9	- 35,0	- 10,9	24,1	- 10,3	- 2,8	- 0,1	- 7,3	0,0
Juni	30,0	8,7	2,4	21,4	22,3	- 36,1	- 5,3	30,8	3,2	- 3,4	- 0,2	- 7,3	14,1
Juli	42,9	22,4	2,2	20,4	18,4	42,8	- 14,6	- 57,4	5,1	- 1,8	- 0,3	4,3	2,8
Aug.	28,5	16,6	1,6	11,9	15,7	- 18,0	18,2	36,2	2,0	- 0,5	- 0,2	0,9	1,9
Sept.	33,1	16,7	5,4	16,4	16,5	- 92,2	- 0,7	91,5	3,8	- 2,2	- 0,2	2,6	3,6
Okt.	37,8	34,7	7,2	3,0	- 0,6	47,0	47,6	0,7	18,6	1,4	- 0,2	15,6	1,8
Nov.	54,0	28,5	3,4	25,4	28,0	- 59,0	- 4,2	54,8	5,0	- 0,6	- 0,2	4,7	1,1
Dez.	12,8	10,9	6,8	2,0	4,7	- 122,9	- 47,1	75,8	- 2,3	9,1	- 0,2	- 13,2	2,0
2022 Jan.	40,4	31,0	1,4	9,4	7,5	111,9	72,2	- 39,7	- 4,0	- 1,1	- 0,8	12,6	- 14,8
Febr.	32,7	27,6	3,4	5,2	7,2	16,0	21,9	5,9	5,1	- 1,3	- 0,2	7,0	- 0,4
März	37,0	23,3	4,1	13,7	12,9	- 44,2	- 22,2	22,0	6,1	- 2,0	- 0,2	4,1	4,2
April	18,9	18,7	2,7	0,2	- 4,5	18,3	- 14,8	- 33,1	5,6	- 2,7	- 0,2	3,1	5,4

\* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **4** Einschl.

Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. **9** Einschl. noch im Umlauf befindlicher

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)
				Geldmenge M1			täglich fällige Einlagen 5)	Bargeldumlauf	zusammen						
				zusammen	zusammen	Bargeldumlauf									
20,2	42,1	0,0	88,0	82,3	63,7	3,5	60,1	16,7	1,9	- 29,5	8,2	- 3,5	2020 Sept.		
- 17,2	- 40,1	0,0	108,9	85,9	100,7	7,8	93,0	- 17,3	2,5	5,3	14,1	12,5	Okt.		
- 98,5	52,3	0,0	129,4	125,2	152,4	11,8	140,6	- 35,2	8,1	- 0,7	1,1	3,2	Nov.		
- 128,1	- 52,0	0,0	138,2	128,3	117,1	20,8	96,2	10,6	0,6	- 24,7	20,1	- 3,5	Dez.		
78,3	33,2	0,0	69,1	32,3	44,5	2,6	41,9	- 30,6	18,4	29,9	18,5	5,7	2021 Jan.		
30,4	5,2	0,0	52,6	65,4	71,8	7,3	64,5	- 18,0	11,6	2,8	- 30,7	13,1	Febr.		
19,6	73,2	0,0	83,2	101,6	82,6	10,5	72,2	7,3	11,7	- 18,6	- 4,7	- 13,3	März		
- 32,3	14,2	0,0	94,5	69,1	88,9	8,5	80,4	- 27,9	8,1	15,3	8,9	6,8	April		
- 8,5	48,9	0,0	110,1	115,6	116,7	13,2	103,5	- 11,7	10,7	- 4,1	- 8,9	8,1	Mai		
16,8	- 4,3	0,0	74,0	88,1	119,7	10,5	109,2	- 33,9	2,3	- 10,8	- 8,4	- 4,6	Juni		
0,4	- 53,4	0,0	152,9	115,2	104,9	14,6	90,3	10,5	- 0,3	17,4	22,6	7,4	Juli		
26,6	- 10,6	0,0	28,3	33,4	32,4	1,7	30,7	- 2,5	3,6	- 12,3	5,3	- 6,1	Aug.		
6,5	- 0,8	0,0	31,2	60,4	76,0	5,3	70,8	- 16,5	0,8	12,7	- 31,1	2,9	Sept.		
- 2,4	- 74,9	0,0	129,0	84,7	70,4	6,8	63,7	19,2	- 5,0	13,2	31,5	0,7	Okt.		
- 48,5	84,8	0,0	95,8	83,7	102,7	6,0	96,7	- 19,7	0,7	- 4,4	26,2	- 5,1	Nov.		
- 44,5	- 21,6	0,0	87,9	114,4	104,0	20,6	83,3	6,9	3,6	- 41,8	- 6,7	- 3,7	Dez.		
68,1	88,5	0,0	- 23,9	- 23,8	- 51,3	1,0	- 52,3	15,0	12,6	63,5	- 23,2	6,1	2022 Jan.		
44,6	33,6	0,0	39,7	70,2	77,1	9,1	67,9	- 14,8	8,0	9,4	- 37,2	- 2,1	Febr.		
13,7	52,8	0,0	104,5	111,3	91,8	22,5	69,3	15,7	3,7	- 21,8	- 0,2	2,3	März		
- 22,1	- 84,0	0,0	78,5	58,5	53,0	11,2	41,8	3,1	2,4	28,7	19,8	- 1,0	April		

### b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
					täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)					
										Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren			Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	
15,3	- 58,3	2,7	0,6	20,4	26,2	- 5,2	- 0,1	- 0,4	0,2	- 0,2	0,2	- 0,2	2020 Sept.	
- 20,0	70,5	2,4	1,7	30,3	30,6	- 0,1	- 0,0	0,2	0,6	- 1,0	1,0	- 1,0	Okt.	
- 12,7	3,6	1,3	3,0	37,4	49,3	- 14,3	0,3	3,3	- 0,3	- 0,9	0,9	- 0,9	Nov.	
- 22,9	- 73,4	2,4	5,6	- 4,3	- 5,8	- 1,7	1,3	3,1	0,1	1,3	- 1,3	1,3	Dez.	
- 40,3	95,7	1,1	0,9	27,8	45,9	- 14,8	1,6	- 3,8	- 0,0	- 1,1	1,1	- 1,1	2021 Jan.	
15,4	29,1	2,3	1,5	10,8	20,3	- 8,5	1,2	- 2,4	- 0,0	0,3	0,3	- 0,3	Febr.	
- 2,3	- 38,0	2,5	2,7	29,1	24,3	- 0,6	0,1	5,0	0,5	- 0,1	0,1	- 0,1	März	
- 7,4	71,2	0,7	2,6	5,5	13,9	- 5,2	0,7	- 3,4	- 0,1	0,4	- 0,1	0,4	April	
18,8	- 44,9	3,0	2,9	34,8	27,8	2,8	0,6	1,7	- 0,1	2,0	- 0,1	2,0	Mai	
6,0	- 14,0	3,1	2,3	- 1,2	7,1	- 8,0	- 0,4	- 0,2	0,1	0,3	0,1	- 0,1	Juni	
- 12,0	75,2	4,2	3,7	17,4	21,2	- 4,1	- 0,3	0,6	- 0,1	0,1	- 0,1	0,1	Juli	
0,7	- 13,2	2,9	0,2	21,0	20,4	- 1,6	- 0,3	0,1	0,0	2,3	0,0	2,3	Aug.	
7,1	- 77,3	4,6	0,8	7,3	7,6	- 1,3	- 0,6	1,5	- 0,0	0,1	- 0,0	0,1	Sept.	
- 3,9	53,7	3,3	1,6	16,4	3,9	13,0	- 0,4	- 0,4	- 0,1	0,4	- 0,1	0,4	Okt.	
7,2	- 42,3	3,7	1,2	25,0	40,9	- 12,3	- 0,1	- 4,7	- 0,3	1,4	- 0,3	1,4	Nov.	
27,8	- 135,3	5,3	4,5	- 0,4	- 12,8	9,1	1,6	- 0,3	0,3	1,7	0,3	- 1,7	Dez.	
- 38,1	166,0	1,3	0,8	28,4	22,4	9,3	0,3	- 1,2	0,0	2,4	- 2,4	2,4	2022 Jan.	
- 2,5	14,4	3,0	2,2	26,8	23,3	1,1	0,3	1,1	0,1	0,8	- 0,1	0,8	Febr.	
- 0,1	- 13,2	5,8	4,2	- 0,1	- 7,4	8,4	- 1,6	0,5	0,2	0,1	- 0,1	0,1	März	
- 3,0	30,3	3,4	2,3	4,3	- 3,4	11,0	- 0,4	- 2,0	- 0,2	0,7	- 0,2	0,7	April	

DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten

Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Monatsende	Aktiva											
	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen					öffentliche Haushalte					
insgesamt		zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)				
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>												
2020 März	30 019,5	19 015,8	14 241,5	11 884,9	1 559,3	797,3	4 774,4	1 006,7	3 767,6	6 482,9	4 520,8	
April	30 449,1	19 309,4	14 349,9	11 933,4	1 614,3	802,2	4 959,5	1 018,1	3 941,4	6 583,3	4 556,4	
Mai	30 500,5	19 611,5	14 470,1	12 020,6	1 646,6	802,8	5 141,4	1 013,8	4 127,7	6 464,0	4 425,1	
Juni	30 406,4	19 761,9	14 451,9	11 982,0	1 653,7	816,1	5 310,0	1 005,3	4 304,7	6 297,2	4 347,3	
Juli	30 598,6	19 912,2	14 334,1	12 013,7	1 506,0	814,5	5 578,1	1 006,0	4 572,1	6 291,1	4 395,3	
Aug.	30 434,9	19 985,0	14 355,1	12 019,1	1 525,0	811,0	5 629,9	997,8	4 632,1	6 241,9	4 208,0	
Sept.	30 522,8	20 084,9	14 349,5	12 019,2	1 520,4	809,9	5 735,4	998,7	4 736,8	6 238,1	4 199,8	
Okt.	30 687,0	20 162,5	14 376,6	12 054,8	1 520,5	801,3	5 785,9	1 004,2	4 781,7	6 337,4	4 187,0	
Nov.	30 749,4	20 292,0	14 457,7	12 090,4	1 542,2	825,0	5 834,4	1 003,4	4 831,0	6 331,0	4 126,4	
Dez.	30 438,8	20 266,1	14 438,3	12 042,9	1 532,2	863,2	5 827,8	990,2	4 837,6	6 108,9	4 063,8	
2021 Jan.	30 643,8	20 387,8	14 466,2	12 067,8	1 535,8	862,6	5 921,6	999,4	4 922,1	6 299,8	3 956,2	
Febr.	30 546,3	20 463,6	14 500,5	12 090,1	1 541,1	869,3	5 963,1	992,4	4 970,6	6 300,7	3 782,0	
März	30 827,0	20 653,7	14 576,8	12 185,3	1 512,6	879,0	6 076,9	993,3	5 083,5	6 360,7	3 812,6	
April	30 752,9	20 667,2	14 566,6	12 169,2	1 509,7	887,7	6 100,6	1 007,2	5 093,4	6 396,3	3 689,5	
Mai	30 890,4	20 788,2	14 612,8	12 198,6	1 521,6	892,6	6 175,5	1 006,2	5 169,2	6 434,1	3 668,1	
Juni	30 991,0	20 890,7	14 652,8	12 234,6	1 530,0	888,3	6 237,8	1 004,8	5 233,1	6 400,0	3 700,3	
Juli	31 313,8	21 028,7	14 708,3	12 278,0	1 543,6	886,7	6 320,4	1 011,3	5 309,1	6 504,2	3 781,0	
Aug.	31 438,1	21 047,9	14 684,9	12 261,1	1 533,4	890,4	6 363,1	1 002,3	5 360,8	6 653,5	3 736,6	
Sept.	31 473,8	21 133,9	14 757,6	12 331,3	1 534,9	891,4	6 376,3	993,6	5 382,7	6 620,6	3 719,3	
Okt.	31 776,5	21 201,7	14 817,7	12 379,4	1 548,1	890,2	6 384,0	987,7	5 396,3	6 823,0	3 751,8	
Nov.	32 190,7	21 381,3	14 911,3	12 478,2	1 542,2	890,9	6 470,0	985,8	5 484,2	6 914,9	3 894,4	
Dez.	31 778,2	21 384,7	14 917,4	12 463,1	1 567,2	887,1	6 467,3	988,5	5 478,8	6 738,5	3 655,1	
2022 Jan.	32 393,3	21 552,1	15 028,7	12 590,2	1 554,5	884,0	6 523,4	999,2	5 524,3	6 909,4	3 931,9	
Febr.	32 580,7	21 611,7	15 059,8	12 628,9	1 554,9	876,0	6 551,9	991,8	5 560,0	7 007,4	3 894,4	
März	32 933,1	21 734,6	15 175,7	12 721,0	1 588,6	866,1	6 558,9	1 001,4	5 557,5	6 993,1	4 205,4	
April	33 567,3	21 750,6	15 258,4	12 804,7	1 602,9	850,9	6 492,2	1 010,1	5 482,1	7 065,3	4 751,4	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>												
2020 März	7 148,1	4 567,1	3 589,0	3 128,9	202,1	258,0	978,1	292,4	685,7	1 321,3	1 259,6	
April	7 258,0	4 605,2	3 606,5	3 143,8	206,5	256,1	998,7	294,8	703,9	1 346,6	1 306,2	
Mai	7 230,4	4 666,4	3 640,1	3 167,2	215,9	257,1	1 026,2	293,8	732,5	1 326,0	1 238,1	
Juni	7 225,3	4 692,6	3 641,6	3 164,7	220,4	256,6	1 051,0	291,5	759,6	1 304,2	1 228,5	
Juli	7 267,6	4 718,8	3 634,9	3 175,5	202,7	256,7	1 083,9	293,4	790,5	1 282,9	1 265,8	
Aug.	7 167,3	4 723,0	3 642,2	3 180,7	202,9	258,6	1 080,8	287,4	793,3	1 268,8	1 175,5	
Sept.	7 236,4	4 749,2	3 647,1	3 184,0	204,9	258,1	1 102,1	289,7	812,4	1 293,8	1 193,4	
Okt.	7 257,1	4 801,4	3 670,3	3 200,4	210,7	259,3	1 131,1	292,0	839,1	1 278,8	1 176,8	
Nov.	7 240,5	4 841,7	3 688,6	3 213,7	214,3	260,6	1 153,1	290,2	862,9	1 261,9	1 136,9	
Dez.	7 172,5	4 839,4	3 695,5	3 216,4	214,7	264,5	1 143,9	286,4	857,4	1 224,1	1 109,1	
2021 Jan.	7 220,7	4 865,5	3 705,9	3 224,4	216,4	265,1	1 159,6	286,5	873,1	1 307,6	1 047,6	
Febr.	7 182,0	4 885,0	3 724,3	3 238,8	217,4	268,1	1 160,7	283,8	877,0	1 305,0	991,9	
März	7 233,5	4 939,8	3 761,1	3 273,4	217,3	270,4	1 178,7	282,6	896,1	1 315,4	978,3	
April	7 228,4	4 946,1	3 760,5	3 270,3	217,6	272,6	1 185,6	285,7	899,9	1 333,6	948,6	
Mai	7 228,0	4 977,5	3 772,2	3 283,3	219,5	274,4	1 200,3	283,4	916,9	1 329,8	920,7	
Juni	7 277,1	5 009,8	3 786,4	3 290,4	220,8	275,2	1 223,4	282,3	941,1	1 325,1	942,1	
Juli	7 362,7	5 062,4	3 808,5	3 310,2	221,9	276,4	1 253,9	284,4	969,5	1 317,4	982,9	
Aug.	7 395,2	5 087,3	3 824,6	3 325,1	221,4	278,1	1 262,8	280,8	982,0	1 336,0	971,9	
Sept.	7 398,6	5 110,8	3 840,8	3 336,4	224,7	279,7	1 270,1	280,7	989,4	1 335,1	952,6	
Okt.	7 461,0	5 147,0	3 874,5	3 363,5	228,6	282,4	1 272,5	284,4	988,0	1 385,2	928,8	
Nov.	7 575,0	5 210,7	3 904,2	3 389,9	229,0	285,3	1 306,4	280,7	1 025,7	1 396,4	967,9	
Dez.	7 475,8	5 212,1	3 914,7	3 393,2	237,0	284,5	1 297,4	278,0	1 019,5	1 355,9	907,8	
2022 Jan.	7 787,0	5 243,9	3 944,7	3 422,9	235,8	286,0	1 299,2	279,9	1 019,3	1 433,6	1 109,5	
Febr.	7 871,3	5 262,9	3 968,5	3 445,2	238,0	285,3	1 294,3	277,8	1 016,5	1 464,4	1 144,0	
März	7 997,7	5 280,7	3 990,2	3 464,4	240,6	285,2	1 290,6	278,6	1 012,0	1 447,5	1 269,5	
April	8 258,8	5 279,0	4 008,1	3 481,9	240,1	286,1	1 270,9	283,2	987,7	1 464,0	1 515,8	

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem).  
1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel

und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12\*) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom



II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											Stand am Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen					mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)				
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>											
1 253,1	13 775,3	12 782,4	12 903,7	7 698,1	759,4	192,1	1 883,4	2 327,6	43,1	2020 März	
1 273,5	13 996,0	12 953,0	13 065,1	7 852,4	762,3	188,2	1 876,7	2 343,4	42,1	April	
1 293,5	14 302,8	13 164,0	13 264,9	8 009,7	779,7	188,4	1 881,9	2 363,7	41,4	Mai	
1 306,6	14 478,2	13 208,9	13 310,8	8 066,5	763,6	186,8	1 877,8	2 375,5	40,6	Juni	
1 320,9	14 592,9	13 276,6	13 363,7	8 090,1	783,2	186,3	1 882,5	2 381,1	40,4	Juli	
1 326,8	14 668,1	13 304,3	13 391,2	8 117,1	767,8	184,4	1 892,0	2 390,0	40,0	Aug.	
1 330,3	14 758,4	13 361,0	13 467,6	8 175,8	781,0	195,4	1 883,6	2 392,0	39,8	Sept.	
1 338,1	14 814,8	13 431,7	13 545,6	8 266,0	783,3	181,9	1 880,4	2 394,6	39,4	Okt.	
1 349,9	14 813,0	13 527,2	13 621,6	8 358,3	756,5	179,6	1 885,7	2 402,5	39,0	Nov.	
1 370,7	14 772,9	13 620,6	13 728,8	8 459,6	772,0	176,9	1 877,6	2 404,2	38,5	Dez.	
1 373,3	14 873,9	13 631,3	13 752,9	8 505,4	743,9	173,8	1 870,6	2 421,0	38,1	2021 Jan.	
1 380,6	14 957,8	13 678,6	13 807,8	8 569,6	733,7	169,2	1 865,1	2 432,5	37,7	Febr.	
1 391,1	15 076,4	13 757,0	13 913,7	8 654,9	753,5	164,3	1 858,8	2 444,8	37,4	März	
1 399,6	15 061,0	13 775,3	13 936,1	8 727,0	731,8	159,5	1 827,5	2 453,0	37,3	April	
1 412,8	15 147,4	13 870,8	14 018,1	8 811,1	724,4	155,5	1 826,2	2 463,6	37,1	Mai	
1 423,2	15 241,8	13 943,4	14 091,3	8 917,7	698,2	150,4	1 822,0	2 466,2	36,8	Juni	
1 437,6	15 335,4	14 017,2	14 185,7	9 006,7	705,9	153,6	1 817,0	2 466,2	36,3	Juli	
1 439,2	15 386,3	14 039,3	14 196,7	9 030,0	707,3	151,2	1 809,9	2 462,4	35,9	Aug.	
1 444,5	15 442,5	14 075,3	14 239,7	9 092,9	701,1	140,0	1 806,7	2 463,3	35,6	Sept.	
1 450,3	15 504,6	14 139,4	14 312,4	9 166,1	709,0	148,0	1 795,5	2 458,8	34,9	Okt.	
1 456,3	15 518,6	14 188,7	14 345,5	9 224,1	697,5	143,3	1 786,4	2 459,8	34,3	Nov.	
1 476,9	15 579,8	14 310,2	14 464,6	9 316,4	714,5	131,3	1 805,4	2 463,5	33,6	Dez.	
1 477,9	15 624,8	14 264,9	14 457,0	9 294,6	707,9	135,3	1 808,2	2 478,2	32,9	2022 Jan.	
1 487,0	15 723,7	14 315,6	14 498,3	9 357,2	688,6	134,3	1 799,3	2 486,2	32,7	Febr.	
1 509,6	15 838,7	14 414,1	14 598,2	9 438,9	703,5	123,4	1 809,4	2 490,8	32,2	März	
1 520,7	15 874,9	14 462,8	14 652,9	9 493,1	709,2	123,5	1 801,9	2 493,0	32,1	April	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
282,2	3 982,8	3 830,4	3 655,2	2 346,4	147,3	30,5	567,2	532,0	31,8	2020 März	
286,5	3 997,3	3 828,9	3 665,7	2 359,6	149,2	30,0	563,6	532,2	31,1	April	
291,8	4 080,7	3 885,8	3 710,9	2 396,9	158,3	29,0	563,6	532,5	30,7	Mai	
296,5	4 132,2	3 873,6	3 711,6	2 408,7	152,1	29,6	559,0	532,6	29,7	Juni	
300,4	4 170,7	3 880,3	3 716,8	2 409,9	163,5	30,0	552,8	531,5	29,2	Juli	
301,3	4 202,4	3 889,9	3 720,2	2 419,2	159,3	30,1	551,3	531,6	28,8	Aug.	
301,9	4 235,6	3 905,7	3 745,0	2 445,3	160,3	30,3	549,2	531,5	28,4	Sept.	
303,6	4 245,3	3 935,3	3 781,4	2 476,4	165,4	30,5	549,7	531,5	28,0	Okt.	
306,6	4 260,2	3 961,8	3 804,4	2 507,7	157,7	30,6	549,0	531,8	27,6	Nov.	
312,2	4 228,5	3 954,1	3 801,5	2 500,9	160,3	31,0	548,8	533,1	27,3	Dez.	
313,1	4 218,7	3 980,7	3 829,7	2 541,7	147,0	31,0	548,5	534,8	26,8	2021 Jan.	
314,6	4 245,1	3 990,0	3 837,4	2 555,8	141,0	31,1	547,0	536,0	26,4	Febr.	
317,3	4 264,3	4 011,8	3 863,4	2 579,8	145,1	31,7	544,6	536,1	26,1	März	
319,9	4 262,2	4 013,0	3 874,5	2 594,4	143,0	31,9	542,5	536,8	25,8	April	
322,8	4 308,8	4 040,3	3 895,1	2 613,5	146,0	32,2	540,4	537,4	25,7	Mai	
325,1	4 311,0	4 035,3	3 890,5	2 619,4	139,3	31,9	537,5	537,0	25,5	Juni	
328,8	4 313,9	4 047,3	3 911,3	2 645,8	136,0	31,4	536,0	536,7	25,2	Juli	
329,0	4 333,1	4 065,2	3 923,1	2 659,1	135,6	31,3	535,7	536,4	25,0	Aug.	
329,8	4 340,5	4 064,1	3 919,8	2 662,1	132,2	31,2	533,6	535,8	24,8	Sept.	
331,4	4 354,3	4 080,9	3 950,3	2 681,4	143,0	31,1	534,8	535,5	24,6	Okt.	
332,6	4 390,5	4 107,1	3 968,0	2 710,9	132,5	30,3	534,6	535,5	24,3	Nov.	
337,1	4 425,2	4 113,0	3 968,5	2 691,5	141,2	30,1	544,6	537,0	24,1	Dez.	
337,9	4 418,1	4 139,2	4 006,8	2 737,3	135,4	29,7	543,6	537,4	23,4	2022 Jan.	
340,1	4 444,1	4 161,0	4 017,1	2 752,3	132,4	29,4	542,3	537,7	23,1	Febr.	
344,3	4 441,6	4 159,0	4 014,6	2 755,3	130,7	29,3	540,4	536,0	22,9	März	
346,7	4 446,2	4 158,1	4 020,4	2 754,9	140,6	29,4	537,7	535,1	22,7	April	

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotennumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbind-

lichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

noch: Passiva													
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
öffentliche Haushalte													
Stand am Monatsende	sonstige öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarkt-fonds-anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten					
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>													
2020 März	430,2	441,4	232,8	93,3	31,0	58,2	22,3	3,9	293,2	292,6	526,9	2 173,9	1 484,3
April	502,3	428,6	233,9	84,0	29,4	56,4	21,1	3,8	289,0	288,6	542,9	2 158,7	1 472,6
Mai	603,1	434,8	245,9	81,7	28,4	54,7	20,3	3,8	297,8	297,5	542,3	2 134,3	1 470,7
Juni	726,2	441,1	259,5	82,4	24,6	51,8	19,3	3,4	254,8	254,6	556,6	2 105,0	1 453,7
Juli	787,6	441,5	264,3	80,1	23,2	51,0	19,4	3,5	271,8	271,6	586,4	2 055,1	1 434,5
Aug.	828,4	448,5	273,6	79,5	22,1	50,3	19,6	3,5	266,9	266,7	587,0	2 036,6	1 425,3
Sept.	848,8	442,1	274,8	74,4	20,8	49,1	19,5	3,4	237,7	237,5	595,2	2 059,6	1 431,0
Okt.	831,5	437,6	277,4	69,6	20,8	47,0	19,5	3,4	243,1	242,9	609,3	2 043,2	1 418,6
Nov.	733,0	458,4	307,1	64,6	17,8	46,1	19,4	3,3	246,4	246,4	610,3	2 025,2	1 406,4
Dez.	604,8	439,3	294,7	60,3	17,2	44,8	19,0	3,3	221,4	221,3	625,9	1 995,5	1 386,3
2021 Jan.	683,2	437,8	294,4	58,9	17,4	44,1	19,2	3,8	251,6	251,5	644,4	1 990,9	1 369,7
Febr.	713,6	436,4	296,4	54,3	19,0	43,9	19,2	3,7	254,6	254,5	613,7	2 004,4	1 369,6
März	733,1	429,6	295,4	52,1	16,4	43,2	18,9	3,7	236,5	236,5	609,1	2 005,5	1 357,4
April	700,9	424,0	293,9	48,5	16,2	42,9	18,9	3,6	251,1	251,0	617,9	1 991,6	1 350,5
Mai	692,4	436,9	308,3	47,7	15,9	42,4	19,1	3,5	246,7	246,7	608,4	1 980,7	1 339,4
Juni	709,3	441,2	314,0	46,6	16,3	42,0	18,8	3,5	236,5	236,5	600,0	1 984,2	1 332,5
Juli	709,7	440,1	313,9	45,6	16,6	42,0	18,6	3,5	253,9	253,9	622,6	1 999,3	1 334,0
Aug.	736,1	453,5	329,1	43,9	17,0	42,0	18,0	3,4	241,7	241,7	627,9	1 988,5	1 334,0
Sept.	742,7	460,1	334,6	46,3	16,6	41,3	18,1	3,3	257,3	257,2	596,8	2 011,7	1 343,3
Okt.	740,3	451,9	323,3	48,1	18,0	41,6	17,7	3,3	270,3	270,3	628,3	2 045,2	1 353,1
Nov.	691,5	481,6	349,8	50,3	19,1	41,7	17,5	3,3	266,4	266,4	654,5	2 040,0	1 352,6
Dez.	646,7	468,4	337,4	49,7	19,4	41,1	17,6	3,2	224,7	223,5	647,7	2 016,4	1 345,8
2022 Jan.	710,9	456,9	307,3	67,4	19,6	41,2	17,6	3,8	288,5	288,3	624,5	2 045,3	1 350,3
Febr.	755,5	469,9	314,1	73,5	19,8	41,3	17,6	3,7	297,9	297,7	587,2	2 039,1	1 355,5
März	769,6	470,9	304,7	82,5	20,5	42,4	17,3	3,4	276,2	276,0	586,9	2 021,0	1 356,2
April	747,6	474,5	306,7	83,3	21,3	42,6	17,2	3,4	306,0	305,9	606,7	2 045,5	1 355,5
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>													
2020 März	69,7	257,9	97,6	82,5	24,7	49,8	2,8	0,4	1,7	1,6	2,2	553,0	310,7
April	87,5	244,0	94,7	74,4	23,7	48,3	2,7	0,4	3,4	3,3	2,1	550,6	306,2
Mai	116,2	253,6	108,0	72,9	22,9	46,7	2,8	0,3	2,4	2,3	1,9	543,1	305,4
Juni	174,0	246,5	106,1	74,1	19,5	44,0	2,5	0,3	0,9	0,7	1,8	532,8	297,2
Juli	208,5	245,3	109,6	71,4	18,3	43,2	2,5	0,3	2,1	2,0	1,6	523,3	293,3
Aug.	229,5	252,8	118,7	71,3	17,4	42,4	2,6	0,3	1,7	1,5	1,9	517,9	291,1
Sept.	244,7	245,8	119,4	66,0	16,5	41,1	2,5	0,3	1,3	1,1	2,0	525,3	296,1
Okt.	224,8	239,1	119,1	61,7	16,6	39,0	2,5	0,3	1,4	1,3	2,7	519,9	296,2
Nov.	212,1	243,7	131,6	57,3	14,0	38,0	2,5	0,2	9,1	9,1	2,4	515,5	296,1
Dez.	189,2	237,8	131,9	52,8	13,5	36,8	2,5	0,2	12,2	12,2	2,5	503,3	290,1
2021 Jan.	148,9	240,1	136,5	51,6	13,5	35,8	2,4	0,2	8,4	8,4	2,4	503,3	284,6
Febr.	164,3	243,4	142,8	47,3	15,2	35,5	2,5	0,2	6,0	6,0	2,4	510,0	288,4
März	161,9	239,0	144,4	44,9	12,7	34,4	2,4	0,2	11,0	11,0	2,9	523,3	289,8
April	154,6	233,1	142,4	41,5	12,5	34,1	2,4	0,2	7,6	7,6	2,8	524,3	296,2
Mai	173,3	240,3	150,8	41,0	12,5	33,4	2,4	0,2	9,2	9,2	2,2	518,0	293,2
Juni	179,3	241,2	152,9	39,9	13,0	32,8	2,4	0,2	9,0	9,0	2,3	515,5	294,6
Juli	167,3	235,3	148,0	38,9	13,3	32,5	2,4	0,2	9,6	9,6	2,2	518,3	295,1
Aug.	168,1	241,8	155,7	37,3	13,9	32,4	2,4	0,2	9,7	9,7	2,2	522,4	303,1
Sept.	175,2	245,6	158,2	39,8	13,4	31,7	2,3	0,2	11,2	11,2	2,2	530,1	305,5
Okt.	171,3	232,7	142,7	40,9	14,8	31,8	2,3	0,2	10,8	10,8	2,1	547,9	316,4
Nov.	178,4	244,1	155,2	38,8	16,1	31,6	2,2	0,2	6,1	6,1	1,8	556,5	324,8
Dez.	206,2	250,5	161,9	39,1	16,4	30,7	2,3	0,2	5,8	4,8	2,1	547,6	316,3
2022 Jan.	168,1	243,3	139,1	54,6	16,5	30,7	2,2	0,2	4,7	4,7	2,2	562,8	325,1
Febr.	170,6	256,3	147,8	59,2	16,3	30,6	2,2	0,2	5,8	5,8	2,3	572,5	338,8
März	170,6	256,4	137,6	68,8	17,0	30,7	2,2	0,1	6,3	6,3	2,4	581,5	354,8
April	167,6	258,2	137,6	70,0	17,6	30,6	2,2	0,2	4,4	4,4	2,2	596,4	357,2

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10\*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) 3)							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 10)	M2 11)	M3 12)	Geldkapitalbildung 13)		
<b>Euroraum (Mrd €) 1)</b>													
29,8	20,5	2 123,6	4 910,3	2 930,7	11,6	4 144,5	0,0	9 312,6	12 762,0	13 448,8	7 043,0	152,5	2020 März
12,7	21,3	2 124,8	5 058,7	2 947,0	- 25,5	4 208,7	0,0	9 490,6	12 941,2	13 619,4	7 050,8	153,0	April
4,1	22,2	2 108,0	4 956,8	2 952,8	- 33,1	4 053,3	0,0	9 682,0	13 166,2	13 836,0	7 042,6	154,7	Mai
- 0,3	20,6	2 084,7	4 723,1	2 977,4	- 4,2	4 008,9	0,0	9 768,9	13 242,8	13 915,4	7 035,8	158,0	Juni
- 11,9	19,9	2 047,1	4 744,5	3 017,5	- 54,6	4 064,1	0,0	9 813,1	13 308,1	14 012,0	7 042,1	159,4	Juli
- 15,4	19,2	2 032,9	4 711,2	3 014,5	- 38,8	3 862,5	0,0	9 856,0	13 340,6	14 027,9	7 033,2	160,0	Aug.
- 14,4	15,3	2 058,7	4 666,9	3 011,2	- 15,9	3 879,2	0,0	9 923,5	13 428,0	14 122,0	7 045,9	163,9	Sept.
- 2,2	15,2	2 030,1	4 789,8	3 038,2	- 47,9	3 858,5	0,0	10 025,3	13 516,4	14 233,1	7 038,6	165,3	Okt.
- 1,5	17,4	2 009,2	4 868,1	2 995,8	- 44,2	3 884,8	0,0	10 167,5	13 629,7	14 354,2	6 979,2	174,0	Nov.
- 4,6	16,9	1 983,2	4 671,6	3 020,5	- 11,3	3 771,5	0,0	10 278,9	13 750,6	14 480,1	6 967,9	176,0	Dez.
1,9	15,7	1 973,3	4 821,4	2 998,4	- 10,2	3 700,0	0,0	10 326,2	13 784,9	14 551,1	6 928,3	177,5	2021 Jan.
13,8	16,4	1 974,2	4 872,9	2 953,0	- 10,8	3 520,1	0,0	10 398,7	13 851,2	14 604,3	6 877,6	176,8	Febr.
- 0,7	16,9	1 989,3	4 944,3	2 967,6	15,9	3 580,6	0,0	10 490,2	13 964,4	14 699,0	6 899,9	173,1	März
6,5	16,6	1 968,5	4 989,3	2 948,0	10,5	3 484,0	0,0	10 569,9	14 021,8	14 781,1	6 827,9	173,5	April
14,8	15,9	1 950,0	4 995,9	2 968,5	53,4	3 476,5	0,0	10 684,4	14 134,5	14 887,0	6 827,9	176,1	Mai
10,6	16,1	1 957,6	4 964,4	2 979,9	57,4	3 503,6	0,0	10 811,2	14 231,7	14 971,1	6 841,7	180,3	Juni
16,9	17,1	1 965,4	5 051,0	3 024,8	38,9	3 550,3	0,0	10 914,9	14 345,4	15 122,6	6 888,9	180,9	Juli
11,9	16,3	1 960,4	5 201,1	3 024,5	29,8	3 499,0	0,0	10 956,6	14 380,5	15 153,0	6 876,1	182,3	Aug.
14,0	17,9	1 979,8	5 226,4	2 997,6	16,1	3 480,9	0,0	11 035,4	14 444,8	15 191,8	6 864,3	187,4	Sept.
14,4	17,8	1 999,5	5 432,8	2 999,7	- 22,7	3 481,5	0,0	11 103,9	14 527,5	15 318,2	6 874,5	188,2	Okt.
12,6	17,8	2 009,6	5 516,8	3 037,4	21,7	3 679,0	0,0	11 195,9	14 607,5	15 414,2	6 912,6	189,7	Nov.
9,0	18,0	1 989,4	5 378,8	3 025,6	54,3	3 374,1	0,0	11 299,5	14 721,8	15 502,3	6 898,2	195,0	Dez.
16,0	18,2	2 011,2	5 554,1	3 000,7	62,6	3 714,9	0,0	11 252,2	14 701,8	15 483,5	6 897,9	196,0	2022 Jan.
25,5	5,6	2 008,0	5 641,7	2 995,0	55,5	3 753,6	0,0	11 331,6	14 773,3	15 523,4	6 880,0	195,0	Febr.
27,7	5,7	1 987,6	5 624,1	3 007,8	79,8	3 989,0	0,0	11 424,7	14 886,3	15 629,7	6 882,9	195,1	März
28,6	5,3	2 011,7	5 761,2	2 989,2	68,2	4 394,7	0,0	11 493,8	14 965,3	15 731,2	6 880,9	197,2	April
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>													
18,4	6,3	528,3	901,4	757,6	- 990,7	1 940,1	455,0	2 444,0	3 263,9	3 292,5	1 935,1	0,0	2020 März
15,9	6,9	527,8	942,0	759,1	- 1 003,6	2 007,1	458,2	2 454,3	3 266,4	3 294,7	1 930,3	0,0	April
14,9	7,3	520,8	917,3	756,1	- 1 003,8	1 932,8	458,5	2 505,0	3 323,2	3 349,8	1 918,3	0,0	Mai
14,8	7,1	510,9	939,7	769,1	- 1 074,1	1 923,1	458,1	2 514,8	3 325,2	3 349,7	1 913,0	0,0	Juni
12,8	6,7	503,7	907,0	784,6	- 1 089,1	1 967,5	460,5	2 519,5	3 336,8	3 360,1	1 913,6	0,0	Juli
12,0	7,2	498,7	891,2	778,4	- 1 114,7	1 888,5	464,3	2 537,9	3 350,2	3 372,9	1 899,9	0,0	Aug.
12,4	6,7	506,2	952,4	787,3	- 1 172,8	1 905,3	467,0	2 564,6	3 371,8	3 394,2	1 912,5	0,0	Sept.
11,1	7,0	501,8	906,4	794,7	- 1 107,6	1 894,1	469,4	2 595,4	3 403,6	3 425,7	1 913,5	0,0	Okt.
10,0	7,1	498,4	923,3	780,2	- 1 109,5	1 859,4	470,7	2 639,3	3 433,2	3 461,8	1 893,5	0,0	Nov.
9,0	6,6	487,7	985,7	787,5	- 1 192,0	1 844,9	473,1	2 632,8	3 426,1	3 456,4	1 888,4	0,0	Dez.
7,8	6,8	488,7	1 026,4	778,3	- 1 113,3	1 796,5	474,2	2 678,2	3 458,5	3 483,9	1 878,3	0,0	2021 Jan.
7,4	7,5	495,1	1 007,6	756,3	- 1 095,7	1 750,3	476,5	2 698,6	3 471,7	3 494,9	1 860,6	0,0	Febr.
8,1	6,8	508,4	1 080,1	754,4	- 1 144,4	1 742,0	479,0	2 724,1	3 497,0	3 525,7	1 868,2	0,0	März
7,8	6,6	510,0	1 029,5	759,2	- 1 074,2	1 717,0	479,7	2 736,8	3 505,0	3 529,7	1 871,8	0,0	April
9,6	6,7	501,7	1 051,5	768,2	- 1 126,5	1 696,6	482,8	2 764,3	3 535,8	3 563,5	1 869,6	0,0	Mai
9,8	6,9	498,8	1 088,8	775,4	- 1 149,4	1 724,5	485,9	2 772,3	3 535,7	3 563,7	1 870,2	0,0	Juni
9,8	7,0	501,5	1 031,5	795,8	- 1 075,6	1 767,0	490,0	2 793,9	3 552,6	3 581,2	1 891,2	0,0	Juli
12,7	6,5	503,2	1 068,1	793,5	- 1 088,4	1 754,6	492,9	2 814,8	3 571,7	3 602,8	1 889,9	0,0	Aug.
13,1	7,0	510,1	1 165,5	781,6	- 1 156,2	1 723,6	497,5	2 820,3	3 575,1	3 608,5	1 881,9	0,0	Sept.
13,3	7,2	527,5	1 165,8	783,9	- 1 110,5	1 706,6	500,8	2 824,1	3 591,6	3 625,0	1 902,8	0,0	Okt.
14,5	7,4	534,6	1 227,7	803,0	- 1 154,8	1 744,2	504,5	2 866,1	3 621,4	3 651,2	1 928,3	0,0	Nov.
16,1	7,5	524,0	1 305,6	796,1	- 1 297,0	1 690,3	509,8	2 853,4	3 619,4	3 651,0	1 919,7	0,0	Dez.
13,6	7,7	541,5	1 271,1	778,4	- 1 169,6	1 919,3	511,1	2 876,4	3 652,3	3 680,4	1 917,7	0,0	2022 Jan.
14,7	7,5	550,4	1 275,8	774,8	- 1 172,9	1 969,0	514,2	2 900,0	3 677,2	3 707,4	1 921,4	0,0	Febr.
14,8	7,3	559,5	1 299,3	781,2	- 1 190,8	2 076,2	520,0	2 892,9	3 677,0	3 707,8	1 934,7	0,0	März
14,6	7,0	574,8	1 284,1	771,1	- 1 168,6	2 323,1	523,3	2 892,4	3 687,4	3 715,6	1 937,1	0,0	April

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für

den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

### 3. Liquiditätsposition des Bankensystems \*) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
<b>Eurosystem 2)</b>												
2020 Mai	926,3	0,6	865,7	0,0	2 784,2	271,8	0,0	1 321,9	374,4	788,6	1 820,2	3 413,8
Juni	950,4	0,3	984,2	0,0	2 986,9	299,9	0,0	1 347,9	477,1	830,5	1 966,5	3 614,4
Juli	871,3	0,8	1 401,5	0,0	3 168,2	356,0	0,0	1 365,7	671,2	703,1	2 345,9	4 067,5
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	865,9	1,3	1 593,2	0,0	3 323,6	413,2	0,0	1 381,2	712,9	651,0	2 625,7	4 420,1
Okt.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	864,4	1,3	1 707,8	0,0	3 475,8	460,7	0,0	1 389,1	749,0	653,5	2 797,0	4 646,8
Dez.	865,1	0,5	1 754,4	0,0	3 614,7	535,4	0,0	1 403,9	647,0	687,7	2 960,7	4 900,0
2021 Jan.	848,6	0,3	1 792,6	0,0	3 712,9	586,9	0,0	1 429,4	530,3	778,4	3 029,4	5 045,7
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	834,9	0,4	1 792,4	0,0	3 825,1	598,0	0,0	1 433,4	595,8	667,9	3 157,7	5 189,1
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	816,7	0,3	2 054,6	0,0	3 951,4	676,4	0,0	1 447,7	644,5	633,4	3 421,1	5 545,2
Juni	809,8	0,2	2 107,0	0,0	4 092,7	706,5	0,0	1 465,8	586,7	659,1	3 591,7	5 763,9
Juli	821,7	0,1	2 196,0	0,0	4 244,5	736,6	0,0	1 485,8	652,3	734,5	3 653,1	5 875,5
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	826,7	0,2	2 213,2	0,0	4 378,9	766,6	0,0	1 499,9	635,7	790,4	3 726,2	5 992,8
Okt.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	835,1	0,2	2 209,9	0,0	4 512,3	738,5	0,0	1 507,4	671,3	833,7	3 806,5	6 052,4
Dez.	839,2	0,2	2 208,8	0,0	4 655,6	745,0	0,0	1 521,4	628,3	965,7	3 843,3	6 109,7
2022 Jan.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	877,7	0,3	2 201,5	0,0	4 750,2	734,2	0,0	1 540,6	582,0	1 160,5	3 812,3	6 087,1
März	887,2	0,3	2 201,3	0,0	4 842,0	746,0	0,0	1 550,6	642,6	1 091,1	3 900,8	6 197,3
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	913,2	0,4	2 199,8	0,0	4 889,2	714,9	0,0	1 575,9	667,8	1 116,7	3 927,3	6 218,1
Juni	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
2020 Mai	238,0	0,2	106,8	0,0	585,3	76,3	0,0	324,1	102,0	- 174,5	602,8	1 003,2
Juni	248,7	0,1	122,5	0,0	623,1	85,0	0,0	326,4	137,6	- 172,6	618,1	1 029,5
Juli	222,1	0,5	235,2	0,0	655,9	108,2	0,0	331,5	205,0	- 238,1	707,1	1 146,8
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	212,1	0,8	284,0	0,0	692,0	136,0	0,0	336,4	239,6	- 298,0	774,8	1 247,3
Okt.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	212,1	0,7	319,5	0,0	729,0	145,5	0,0	338,1	254,7	- 302,9	826,0	1 309,6
Dez.	213,0	0,3	333,9	0,0	768,7	166,6	0,0	341,2	217,9	- 294,5	884,7	1 392,5
2021 Jan.	208,3	0,1	341,1	0,0	791,3	178,9	0,0	347,3	189,4	- 252,8	878,0	1 404,2
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	205,3	0,1	341,0	0,0	816,9	177,5	0,0	348,3	172,7	- 298,0	962,8	1 488,6
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	198,0	0,0	407,3	0,0	845,8	203,0	0,0	351,7	187,4	- 300,4	1 008,9	1 563,5
Juni	194,3	0,0	420,5	0,0	884,3	208,5	0,0	356,8	187,3	- 301,9	1 046,7	1 612,0
Juli	197,4	0,0	434,3	0,0	918,5	204,2	0,0	362,0	206,8	- 270,8	1 046,2	1 612,4
Aug.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	199,0	0,1	436,7	0,0	950,8	210,7	0,0	365,0	204,3	- 240,8	1 045,3	1 621,0
Okt.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	200,3	0,1	439,1	0,0	978,5	204,4	0,0	367,4	217,7	- 235,2	1 061,6	1 633,3
Dez.	201,3	0,0	440,3	0,0	1 015,8	206,4	0,0	370,9	220,4	- 219,4	1 077,1	1 654,4
2022 Jan.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	212,4	0,3	421,7	0,0	1 034,0	204,5	0,0	374,6	205,6	- 165,1	1 048,8	1 627,9
März	215,6	0,1	421,7	0,0	1 057,9	211,8	0,0	378,1	191,1	- 193,7	1 108,0	1 698,0
April	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Mai	223,9	0,1	420,8	0,0	1 068,7	197,7	0,0	384,9	196,7	- 189,1	1 123,3	1 705,9
Juni	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. \* Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
<b>Eurosystem 2)</b>												
+ 159,2	- 0,8	+ 249,8	± 0,0	+ 117,5	+ 27,2	± 0,0	+ 44,8	+ 105,8	+ 170,2	+ 177,9	+ 249,7	2020 Mai
+ 24,1	- 0,3	+ 118,5	± 0,0	+ 202,7	+ 28,1	± 0,0	+ 26,0	+ 102,7	+ 41,9	+ 146,3	+ 200,6	Juni
- 79,1	+ 0,5	+ 417,3	± 0,0	+ 181,3	+ 56,1	± 0,0	+ 17,8	+ 194,1	- 127,4	+ 379,4	+ 453,1	Juli
- 5,4	+ 0,5	+ 191,7	± 0,0	+ 155,4	+ 57,2	± 0,0	+ 15,5	+ 41,7	- 52,1	+ 279,8	+ 352,6	Aug. Sept.
- 1,5	± 0,0	+ 114,6	± 0,0	+ 152,2	+ 47,5	± 0,0	+ 7,9	+ 36,1	+ 2,5	+ 171,3	+ 226,7	Okt.
+ 0,7	- 0,8	+ 46,6	± 0,0	+ 138,9	+ 74,7	± 0,0	+ 14,8	- 102,0	+ 34,2	+ 163,7	+ 253,2	Nov. Dez.
- 16,5	- 0,2	+ 38,2	± 0,0	+ 98,2	+ 51,5	± 0,0	+ 25,5	- 116,7	+ 90,7	+ 68,7	+ 145,7	2021 Jan.
- 13,7	+ 0,1	- 0,2	± 0,0	+ 112,2	+ 11,1	± 0,0	+ 4,0	+ 65,5	- 110,5	+ 128,3	+ 143,4	Febr. März
- 18,2	- 0,1	+ 262,2	± 0,0	+ 126,3	+ 78,4	± 0,0	+ 14,3	+ 48,7	- 34,5	+ 263,4	+ 356,1	April
- 6,9	- 0,1	+ 52,4	± 0,0	+ 141,3	+ 30,1	± 0,0	+ 18,1	- 57,8	+ 25,7	+ 170,6	+ 218,7	Mai Juni
+ 11,9	- 0,1	+ 89,0	± 0,0	+ 151,8	+ 30,1	± 0,0	+ 20,0	+ 65,6	+ 75,4	+ 61,4	+ 111,6	Juli
+ 5,0	+ 0,1	+ 17,2	± 0,0	+ 134,4	+ 30,0	± 0,0	+ 14,1	- 16,6	+ 55,9	+ 73,1	+ 117,3	Aug. Sept.
+ 8,4	± 0,0	- 3,3	± 0,0	+ 133,4	- 28,1	± 0,0	+ 7,5	+ 35,6	+ 43,3	+ 80,3	+ 59,6	Okt.
+ 4,1	± 0,0	- 1,1	± 0,0	+ 143,3	+ 6,5	± 0,0	+ 14,0	- 43,0	+ 132,0	+ 36,8	+ 57,3	Nov. Dez.
+ 38,5	+ 0,1	- 7,3	± 0,0	+ 94,6	- 10,8	± 0,0	+ 19,2	- 46,3	+ 194,8	- 31,0	- 22,6	2022 Jan.
+ 9,5	± 0,0	- 0,2	± 0,0	+ 91,8	+ 11,8	± 0,0	+ 10,0	+ 60,6	- 69,4	+ 88,5	+ 110,2	Febr. März
+ 26,0	+ 0,1	- 1,5	± 0,0	+ 47,2	- 31,1	± 0,0	+ 25,3	+ 25,2	+ 25,6	+ 26,5	+ 20,8	April Mai
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
+ 53,0	- 0,2	+ 32,9	- 0,0	+ 11,6	+ 10,9	± 0,0	+ 12,9	+ 37,6	- 49,6	+ 85,6	+ 109,5	2020 Mai
+ 10,7	- 0,1	+ 15,7	+ 0,0	+ 37,8	+ 8,7	± 0,0	+ 2,3	+ 35,6	+ 2,0	+ 15,3	+ 26,3	Juni
- 26,6	+ 0,4	+ 112,6	- 0,0	+ 32,8	+ 23,2	± 0,0	+ 5,1	+ 67,5	- 65,5	+ 89,0	+ 117,3	Juli
- 10,0	+ 0,3	+ 48,9	+ 0,0	+ 36,1	+ 27,9	± 0,0	+ 5,0	+ 34,6	- 59,9	+ 67,6	+ 100,5	Aug. Sept.
+ 0,0	- 0,1	+ 35,5	- 0,0	+ 37,0	+ 9,5	± 0,0	+ 1,7	+ 15,0	- 5,0	+ 51,2	+ 62,3	Okt.
+ 0,9	- 0,4	+ 14,4	+ 0,0	+ 39,8	+ 21,1	± 0,0	+ 3,1	- 36,8	+ 8,4	+ 58,7	+ 82,9	Nov. Dez.
- 4,7	- 0,2	+ 7,1	+ 0,0	+ 22,6	+ 12,3	± 0,0	+ 6,1	- 28,5	+ 41,7	- 6,7	+ 11,7	2021 Jan.
- 3,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 25,6	- 1,4	± 0,0	+ 1,0	- 16,7	- 45,2	+ 84,8	+ 84,4	Febr. März
- 7,3	- 0,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 28,8	+ 25,5	± 0,0	+ 3,4	+ 14,7	- 2,4	+ 46,0	+ 74,9	April
- 3,7	+ 0,0	+ 13,2	+ 0,0	+ 38,6	+ 5,5	± 0,0	+ 5,1	- 0,1	- 1,5	+ 37,9	+ 48,5	Mai Juni
+ 3,1	- 0,0	+ 13,8	- 0,0	+ 34,2	- 4,3	± 0,0	+ 5,2	+ 19,4	+ 31,1	- 0,5	+ 0,4	Juli
+ 1,6	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 32,3	+ 6,5	± 0,0	+ 3,0	- 2,5	+ 29,9	- 0,9	+ 8,6	Aug. Sept.
+ 1,3	+ 0,0	+ 2,4	- 0,0	+ 27,8	- 6,4	± 0,0	+ 2,4	+ 13,4	+ 5,7	+ 16,3	+ 12,3	Okt.
+ 1,0	- 0,1	+ 1,2	- 0,0	+ 37,3	+ 2,1	± 0,0	+ 3,5	+ 2,7	+ 15,7	+ 15,6	+ 21,1	Nov. Dez.
+ 11,1	+ 0,2	- 18,6	+ 0,0	+ 18,2	- 2,0	± 0,0	+ 3,7	- 14,7	+ 54,3	- 28,3	- 26,6	2022 Jan.
+ 3,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 23,9	+ 7,4	± 0,0	+ 3,5	- 14,5	- 28,6	+ 59,2	+ 70,1	Febr. März
+ 8,2	- 0,0	- 0,9	- 0,0	+ 10,8	- 14,2	± 0,0	+ 6,8	+ 5,6	+ 4,6	+ 15,2	+ 7,9	April Mai

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
<b>Eurosystem <sup>1)</sup></b>										
2021 Nov. 12.	8 404,8	517,9	489,7	214,9	274,8	24,0	11,0	11,0	–	
19.	8 442,3	517,9	490,7	214,9	275,8	25,5	10,7	10,7	–	
26.	8 457,0	517,9	490,7	214,9	275,8	26,1	10,4	10,4	–	
Dez. 3.	8 469,9	517,9	490,8	214,9	275,9	24,3	10,0	10,0	–	
10.	8 496,6	517,9	490,9	215,2	275,7	24,6	11,5	11,5	–	
17.	8 511,5	517,9	490,6	215,3	275,3	24,4	11,6	11,6	–	
24.	8 512,3	517,9	491,3	215,6	275,7	24,7	13,3	13,3	–	
31.	8 566,4	559,4	500,1	218,9	281,2	24,6	13,0	13,0	–	
2022 Jan. 7.	8 573,3	559,4	497,2	218,9	278,3	26,1	10,0	10,0	–	
14.	8 594,0	559,4	496,2	218,9	277,3	26,6	10,5	10,5	–	
21.	8 600,3	559,4	495,6	218,9	276,7	26,7	10,4	10,4	–	
28.	8 622,6	559,4	496,7	219,0	277,7	26,7	10,2	10,2	–	
Febr. 4.	8 630,1	559,4	496,8	219,3	277,5	25,6	10,0	10,0	–	
11.	8 651,8	559,4	497,1	219,3	277,8	25,8	10,1	10,1	–	
18.	8 667,9	559,4	498,9	219,3	279,5	24,1	10,0	10,0	–	
25.	8 671,3	559,4	499,2	219,3	279,8	24,0	10,2	10,2	–	
März 4.	8 673,0	559,4	498,2	219,3	278,9	25,4	10,4	10,4	–	
11.	8 687,0	559,4	498,9	219,4	279,5	24,7	10,4	10,4	–	
18.	8 700,0	559,5	498,4	219,3	279,0	24,6	10,6	10,6	–	
25.	8 710,6	559,5	498,7	220,4	278,4	24,9	12,4	12,4	–	
April 1.	8 754,0	604,5	500,2	222,0	278,1	26,4	11,3	11,3	–	
8.	8 763,7	604,5	498,6	220,2	278,4	25,8	10,0	10,0	–	
15.	8 787,9	604,5	500,0	220,2	279,8	25,3	10,0	10,0	–	
22.	8 790,9	604,5	499,3	220,3	279,0	26,6	10,1	10,1	–	
29.	8 783,6	604,5	499,3	220,2	279,0	27,1	10,4	10,4	–	
Mai 6.	8 796,1	604,5	501,1	220,3	280,8	25,9	10,1	10,1	–	
13.	8 810,3	604,5	500,2	220,2	279,9	27,2	10,2	10,2	–	
20.	8 814,0	604,3	500,4	220,2	280,1	27,1	10,4	10,4	–	
27.	8 813,8	604,3	500,3	220,2	280,0	26,7	10,6	10,6	–	
Juni 3.	8 817,9	604,3	500,8	220,2	280,6	26,2	10,1	10,1	–	
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
2021 Nov. 12.	2 826,1	160,9	86,7	54,1	32,6	0,0	0,1	0,1	–	
19.	2 866,9	160,9	87,1	54,1	33,1	0,0	0,4	0,4	–	
26.	2 865,0	160,9	87,3	54,1	33,2	0,0	0,2	0,2	–	
Dez. 3.	2 889,6	160,9	86,9	54,1	32,9	0,0	–	–	–	
10.	2 929,3	160,9	86,4	54,1	32,3	0,0	–	–	–	
17.	2 960,9	160,9	86,2	54,1	32,1	0,0	–	–	–	
24.	2 968,1	160,9	86,2	54,1	32,1	0,0	–	–	–	
31.	3 012,2	173,8	87,6	54,9	32,6	0,0	–	–	–	
2022 Jan. 7.	2 942,1	173,8	87,9	54,9	33,0	0,0	–	–	–	
14.	2 946,1	173,8	87,9	54,9	32,9	0,0	–	–	–	
21.	2 912,1	173,8	87,8	54,9	32,9	0,0	0,1	0,1	–	
28.	2 922,8	173,8	88,1	54,9	33,2	0,0	–	–	–	
Febr. 4.	2 921,6	173,8	88,4	55,1	33,3	0,0	–	–	–	
11.	2 934,4	173,8	88,9	55,1	33,7	0,0	–	–	–	
18.	2 932,3	173,8	89,0	55,1	33,9	0,0	–	–	–	
25.	2 923,7	173,8	89,0	55,1	33,9	0,0	–	–	–	
März 4.	2 939,9	173,8	89,0	55,1	33,9	0,1	–	–	–	
11.	2 933,8	173,8	88,5	55,1	33,3	0,0	–	–	–	
18.	2 961,2	173,8	88,4	55,1	33,3	0,0	0,0	0,0	–	
25.	2 925,4	173,8	89,4	55,6	33,7	0,0	–	–	–	
April 1.	2 972,8	187,8	90,0	56,0	34,0	0,0	–	–	–	
8.	2 950,8	187,8	89,8	56,0	33,7	0,0	–	–	–	
15.	2 952,6	187,8	89,8	56,0	33,7	0,0	–	–	–	
22.	2 945,6	187,7	89,9	56,1	33,8	0,0	–	–	–	
29.	2 952,6	187,7	90,1	56,1	34,0	0,0	–	–	–	
Mai 6.	2 991,6	187,7	90,3	56,1	34,2	0,0	–	–	–	
13.	2 998,1	187,7	90,3	56,1	34,2	0,0	–	–	–	
20.	2 975,2	187,6	90,3	56,1	34,2	0,0	–	–	–	
27.	2 992,4	187,6	90,3	56,1	34,3	0,0	–	–	–	
Juni 3.	2 992,8	187,6	90,2	56,1	34,1	0,0	–	–	–	

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und



III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroberationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenfinanzierungsfazität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
<b>Eurosystem 1)</b>													
2 208,9	0,3	2 208,7	–	–	–	–	23,1	4 789,0	4 611,1	177,8	22,2	319,1	2021 Nov. 12.
2 208,8	0,2	2 208,7	–	–	0,0	–	31,9	4 818,4	4 640,4	178,0	22,2	316,2	19.
2 208,8	0,2	2 208,6	–	–	–	–	27,4	4 838,6	4 662,5	176,1	22,2	314,9	26.
2 208,8	0,2	2 208,6	–	–	–	–	27,3	4 851,0	4 676,0	175,0	22,2	317,5	Dez. 3.
2 208,8	0,2	2 208,6	–	–	0,0	–	29,9	4 874,9	4 699,9	175,0	22,2	315,9	10.
2 209,8	0,1	2 209,7	–	–	–	–	32,0	4 885,9	4 713,7	172,2	22,2	317,0	17.
2 201,7	0,2	2 201,5	–	–	–	–	28,4	4 896,6	4 723,8	172,8	22,2	316,2	24.
2 201,9	0,4	2 201,5	–	–	–	–	26,6	4 886,5	4 713,5	173,0	22,2	332,3	31.
2 201,9	0,4	2 201,5	–	–	–	–	30,7	4 896,1	4 723,1	173,0	22,2	329,8	2022 Jan. 7.
2 201,9	0,4	2 201,5	–	–	–	–	31,7	4 921,5	4 748,7	172,8	22,2	324,0	14.
2 201,9	0,4	2 201,5	–	–	–	–	30,5	4 934,5	4 761,3	173,2	22,2	319,0	21.
2 201,7	0,2	2 201,5	–	–	–	–	32,0	4 955,7	4 783,4	172,3	22,2	318,0	28.
2 201,7	0,2	2 201,5	–	–	–	–	32,6	4 970,1	4 800,3	169,8	22,1	311,9	Febr. 4.
2 201,8	0,2	2 201,5	–	–	0,1	–	27,9	4 990,8	4 820,2	170,7	22,1	316,8	11.
2 201,8	0,3	2 201,5	–	–	–	–	27,3	5 008,3	4 836,9	171,5	22,1	316,0	18.
2 201,9	0,4	2 201,5	–	–	–	–	27,6	5 011,1	4 839,4	171,6	22,1	315,7	25.
2 201,3	0,2	2 201,1	–	–	–	–	30,1	5 018,0	4 848,7	169,2	22,1	308,0	März 4.
2 201,4	0,3	2 201,1	–	–	–	–	25,6	5 031,9	4 862,4	169,5	22,1	312,6	11.
2 201,3	0,2	2 201,0	–	–	–	–	28,4	5 042,8	4 873,1	169,7	22,1	312,4	18.
2 201,3	0,2	2 201,0	–	–	–	–	33,5	5 054,1	4 883,7	170,4	22,1	304,2	25.
2 199,5	0,4	2 198,9	–	–	0,3	–	34,1	5 045,7	4 877,5	168,2	22,1	310,2	April 1.
2 199,3	0,4	2 198,9	–	–	0,0	–	32,4	5 061,2	4 892,6	168,6	22,1	309,9	8.
2 199,4	0,5	2 198,9	–	–	0,0	–	32,8	5 082,8	4 914,1	168,6	22,1	311,0	15.
2 199,3	0,5	2 198,8	–	–	0,0	–	32,0	5 082,1	4 915,3	166,8	22,1	314,9	22.
2 199,6	0,7	2 198,8	–	–	–	–	28,0	5 084,0	4 919,2	164,8	22,1	308,7	29.
2 199,4	0,5	2 198,8	–	–	0,0	–	30,7	5 092,8	4 927,8	165,0	22,1	309,5	Mai 6.
2 199,3	0,5	2 198,8	–	–	–	–	29,5	5 105,9	4 940,6	165,3	22,1	311,4	13.
2 199,2	0,3	2 198,8	–	–	–	–	29,9	5 114,7	4 949,4	165,3	22,1	306,0	20.
2 199,5	0,7	2 198,9	–	–	–	–	28,3	5 117,1	4 952,7	164,4	22,1	305,0	27.
2 199,3	0,4	2 198,9	–	–	–	–	30,7	5 119,4	4 954,5	165,0	22,1	304,9	Juni 3.
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
440,4	0,1	440,3	–	–	0,0	–	5,2	1 006,1	1 006,1	–	4,4	1 122,4	2021 Nov. 12.
440,4	0,1	440,3	–	–	0,0	–	5,7	1 013,5	1 013,5	–	4,4	1 154,4	19.
440,3	0,0	440,3	–	–	0,0	–	4,2	1 015,0	1 015,0	–	4,4	1 152,7	26.
440,3	0,0	440,3	–	–	0,0	–	4,4	1 021,8	1 021,8	–	4,4	1 170,8	Dez. 3.
440,3	0,0	440,3	–	–	0,0	–	5,5	1 025,5	1 025,5	–	4,4	1 206,2	10.
440,6	0,0	440,6	–	–	0,0	–	5,0	1 027,6	1 027,6	–	4,4	1 236,2	17.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	4,3	1 029,6	1 029,6	–	4,4	1 260,7	24.
422,0	0,3	421,7	–	–	0,0	–	3,5	1 027,7	1 027,7	–	4,4	1 293,1	31.
422,0	0,3	421,7	–	–	0,0	–	4,0	1 025,3	1 025,3	–	4,4	1 224,6	2022 Jan. 7.
422,0	0,3	421,7	–	–	0,0	–	3,4	1 031,6	1 031,6	–	4,4	1 222,9	14.
422,1	0,4	421,7	–	–	0,0	–	3,1	1 034,7	1 034,7	–	4,4	1 186,0	21.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	3,3	1 041,9	1 041,9	–	4,4	1 189,4	28.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	4,3	1 048,9	1 048,9	–	4,4	1 179,8	Febr. 4.
421,9	0,2	421,7	–	–	0,1	–	4,6	1 053,7	1 053,7	–	4,4	1 187,1	11.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	4,3	1 057,5	1 057,5	–	4,4	1 181,4	18.
421,8	0,2	421,7	–	–	0,0	–	4,8	1 057,2	1 057,2	–	4,4	1 172,7	25.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	4,4	1 059,6	1 059,6	–	4,4	1 186,9	März 4.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	4,0	1 060,1	1 060,1	–	4,4	1 181,2	11.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	7,0	1 065,6	1 065,6	–	4,4	1 200,2	18.
421,7	0,0	421,7	–	–	0,0	–	5,2	1 065,9	1 065,9	–	4,4	1 165,0	25.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	5,2	1 068,4	1 068,4	–	4,4	1 196,6	April 1.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	4,4	1 067,3	1 067,3	–	4,4	1 176,9	8.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	4,8	1 074,1	1 074,1	–	4,4	1 171,5	15.
420,3	0,1	420,2	–	–	0,0	–	6,1	1 075,6	1 075,6	–	4,4	1 161,6	22.
420,4	0,3	420,2	–	–	0,0	–	3,8	1 079,5	1 079,5	–	4,4	1 166,6	29.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	4,3	1 084,4	1 084,4	–	4,4	1 200,2	Mai 6.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	3,9	1 089,0	1 089,0	–	4,4	1 202,4	13.
420,2	0,1	420,2	–	–	0,0	–	4,0	1 088,4	1 088,4	–	4,4	1 180,2	20.
420,5	0,3	420,2	–	–	0,0	–	4,3	1 093,3	1 093,3	–	4,4	1 191,9	27.
420,2	0,0	420,2	–	–	0,0	–	5,9	1 095,3	1 095,3	–	4,4	1 189,1	Juni 3.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknoten- lauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
<b>Eurosystem 3)</b>													
2021 Nov. 12.	8 404,8	1 515,5	4 636,0	3 902,5	731,4	–	–	2,1	34,9	–	711,8	596,1	115,7
19.	8 442,3	1 516,3	4 557,0	3 787,1	767,8	–	–	2,1	39,9	–	809,5	686,6	123,0
26.	8 457,0	1 518,3	4 539,6	3 766,0	771,5	–	–	2,1	37,3	–	831,1	707,8	123,3
Dez. 3.	8 469,9	1 523,3	4 623,1	3 827,4	793,6	–	–	2,1	40,1	–	735,9	620,4	115,5
10.	8 496,6	1 528,2	4 600,8	3 813,2	785,4	–	–	2,2	43,7	–	738,5	612,6	125,9
17.	8 511,5	1 534,3	4 504,7	3 743,2	759,3	–	–	2,2	51,4	–	760,0	616,8	143,2
24.	8 512,3	1 543,0	4 439,9	3 759,0	678,7	–	–	2,2	53,6	–	751,5	593,5	158,0
31.	8 566,4	1 544,4	4 293,9	3 512,2	779,6	–	–	2,2	76,7	–	757,1	590,4	166,7
2022 Jan. 7.	8 573,3	1 541,6	4 541,5	3 894,0	644,5	–	–	2,9	49,4	–	668,3	510,1	158,2
14.	8 594,0	1 538,8	4 599,8	3 891,5	705,4	–	–	2,8	46,9	–	720,2	574,0	146,2
21.	8 600,3	1 538,5	4 623,8	3 838,8	782,4	–	–	2,7	49,3	–	739,9	588,7	151,3
28.	8 622,6	1 539,1	4 598,2	3 819,0	776,8	–	–	2,4	45,6	–	818,1	656,8	161,3
Febr. 4.	8 630,1	1 540,4	4 700,5	3 897,7	800,7	–	–	2,2	51,2	–	710,7	567,7	143,0
11.	8 651,8	1 542,3	4 679,4	4 069,3	607,4	–	–	2,8	50,2	–	765,1	616,4	148,7
18.	8 667,9	1 543,5	4 637,1	3 876,6	757,9	–	–	2,6	49,4	–	832,0	690,4	141,6
25.	8 671,3	1 546,5	4 636,9	3 875,5	759,0	–	–	2,5	46,3	–	842,8	667,9	174,9
März 4.	8 673,0	1 556,2	4 656,7	3 855,9	798,6	–	–	2,2	56,3	–	770,1	601,2	169,0
11.	8 687,0	1 565,2	4 648,0	3 836,6	809,2	–	–	2,2	49,4	–	793,6	629,0	164,6
18.	8 700,0	1 569,1	4 582,1	3 992,4	587,0	–	–	2,7	48,4	–	854,2	699,4	154,7
25.	8 710,6	1 571,3	4 605,9	3 839,6	763,7	–	–	2,7	52,7	–	866,3	708,2	158,2
April 1.	8 754,0	1 575,1	4 646,7	3 886,3	758,2	–	–	2,3	60,6	–	787,0	628,7	158,3
8.	8 763,7	1 578,5	4 722,9	3 987,1	733,3	–	–	2,5	52,8	–	761,7	609,3	152,4
15.	8 787,9	1 586,5	4 690,0	3 967,1	720,4	–	–	2,5	48,7	–	835,7	677,7	158,0
22.	8 790,9	1 585,6	4 720,4	4 155,8	562,0	–	–	2,6	43,8	–	811,0	656,0	155,1
29.	8 783,6	1 587,5	4 701,7	4 022,6	676,4	–	–	2,7	42,0	–	810,1	646,0	164,2
Mai 6.	8 796,1	1 589,2	4 729,1	4 012,8	713,7	–	–	2,7	48,7	–	747,1	589,6	157,4
13.	8 810,3	1 590,5	4 729,8	4 079,6	647,8	–	–	2,4	46,6	–	782,1	620,7	161,4
20.	8 814,0	1 590,9	4 679,3	3 997,8	678,9	–	–	2,6	47,8	–	825,6	660,1	165,5
27.	8 813,8	1 594,0	4 692,9	3 987,3	703,2	–	–	2,5	42,6	–	825,8	662,5	163,2
Juni 3.	8 817,9	1 597,5	4 768,8	4 060,2	706,3	–	–	2,3	52,1	–	758,2	593,9	164,3
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
2021 Nov. 12.	2 826,1	369,2	1 292,1	1 124,8	165,2	–	–	2,1	18,2	–	221,4	194,2	27,2
19.	2 866,9	370,1	1 285,9	1 062,8	221,0	–	–	2,1	20,1	–	260,8	230,5	30,3
26.	2 865,0	371,6	1 274,5	1 057,7	214,7	–	–	2,1	16,4	–	267,4	236,9	30,5
Dez. 3.	2 889,6	370,1	1 300,1	1 066,5	231,5	–	–	2,1	15,7	–	251,2	220,0	31,2
10.	2 929,3	372,4	1 293,6	1 054,4	237,0	–	–	2,2	15,9	–	267,8	230,5	37,3
17.	2 960,9	375,8	1 229,9	1 017,3	210,4	–	–	2,1	17,5	–	310,5	260,9	49,5
24.	2 968,1	378,9	1 193,5	975,4	215,9	–	–	2,1	13,7	–	309,4	248,9	60,5
31.	3 012,2	374,6	1 138,2	902,1	233,9	–	–	2,2	27,0	–	298,9	246,7	52,2
2022 Jan. 7.	2 942,1	373,3	1 233,9	1 085,0	146,6	–	–	2,2	19,5	–	245,4	193,0	52,3
14.	2 946,1	373,2	1 267,0	1 110,6	154,1	–	–	2,2	16,4	–	266,5	220,5	46,0
21.	2 912,1	373,4	1 289,5	1 059,4	227,8	–	–	2,3	18,5	–	222,2	176,7	45,5
28.	2 922,8	374,4	1 292,4	1 062,1	228,2	–	–	2,1	15,7	–	253,2	202,2	51,0
Febr. 4.	2 921,6	374,0	1 340,7	1 094,6	244,0	–	–	2,1	16,4	–	206,4	162,7	43,8
11.	2 934,4	375,4	1 335,5	1 179,8	153,4	–	–	2,3	19,7	–	227,4	185,0	42,4
18.	2 932,3	375,9	1 324,7	1 100,4	222,1	–	–	2,1	17,6	–	252,2	214,2	38,0
25.	2 923,7	378,0	1 304,6	1 071,0	231,4	–	–	2,1	16,4	–	266,5	201,2	65,2
März 4.	2 939,9	379,1	1 315,2	1 078,3	234,8	–	–	2,1	20,0	–	243,7	174,0	69,7
11.	2 933,8	383,3	1 322,8	1 084,0	236,7	–	–	2,1	16,9	–	238,3	181,8	56,5
18.	2 961,2	385,2	1 299,4	1 167,3	130,0	–	–	2,1	17,7	–	274,4	224,3	50,1
25.	2 925,4	385,9	1 301,1	1 082,0	217,1	–	–	2,1	17,0	–	252,5	200,0	52,4
April 1.	2 972,8	382,2	1 347,5	1 110,7	234,6	–	–	2,2	18,7	–	230,4	181,1	49,3
8.	2 950,8	383,5	1 354,0	1 136,8	215,1	–	–	2,1	16,9	–	213,9	166,4	47,5
15.	2 952,6	387,4	1 324,3	1 116,8	205,3	–	–	2,1	15,3	–	248,5	201,7	46,7
22.	2 945,6	387,0	1 338,7	1 215,0	121,4	–	–	2,2	14,6	–	229,7	184,6	45,0
29.	2 952,6	385,0	1 335,7	1 198,1	135,5	–	–	2,2	14,0	–	223,4	178,8	44,6
Mai 6.	2 991,6	386,7	1 350,6	1 133,7	214,6	–	–	2,3	17,1	–	216,3	169,5	46,8
13.	2 998,1	388,3	1 339,4	1 136,1	201,0	–	–	2,4	17,6	–	251,7	206,1	45,7
20.	2 975,2	388,6	1 323,6	1 122,3	198,9	–	–	2,4	15,9	–	240,6	197,7	42,9
27.	2 992,4	390,0	1 320,3	1 116,7	201,2	–	–	2,4	16,0	–	269,1	227,3	41,8
Juni 3.	2 992,8	388,7	1 346,6	1 132,9	211,5	–	–	2,2	18,7	–	248,9	205,6	43,4

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBn) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungs-

verfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva <sup>2)</sup>	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten <sup>1)</sup>	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweissichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
<b>Eurosystem <sup>3)</sup></b>										
377,7	12,8	3,4	3,4	–	176,1	321,3	–	506,0	109,3	2021 Nov. 12.
385,8	15,0	3,8	3,8	–	176,1	323,5	–	506,0	109,3	19.
399,5	15,7	3,8	3,8	–	176,1	320,2	–	506,0	109,3	26.
417,3	14,2	3,8	3,8	–	176,1	320,8	–	506,0	109,3	Dez. 3.
455,1	14,2	3,9	3,9	–	176,1	320,9	–	506,0	109,3	10.
531,7	13,8	3,8	3,8	–	176,1	320,4	–	506,0	109,3	17.
593,0	14,2	3,5	3,5	–	176,1	322,3	–	506,0	109,3	24.
710,0	14,1	2,7	2,7	–	178,8	324,6	–	554,8	109,3	31.
586,8	14,4	3,5	3,5	–	178,8	324,6	–	554,8	109,6	2022 Jan. 7.
504,4	14,1	3,9	3,9	–	178,8	322,7	–	554,8	109,6	14.
466,8	14,2	3,4	3,4	–	178,8	321,2	–	554,8	109,6	21.
439,3	14,5	3,6	3,6	–	178,8	320,8	–	554,8	109,6	28.
446,1	13,1	3,3	3,3	–	178,8	321,1	–	554,8	109,9	Febr. 4.
431,1	13,1	3,3	3,3	–	178,8	323,5	–	554,9	110,0	11.
420,4	13,2	3,3	3,3	–	178,8	325,4	–	554,9	109,9	18.
415,6	13,0	3,5	3,5	–	178,8	323,1	–	554,9	109,9	25.
447,2	13,2	3,7	3,7	–	178,8	323,1	–	554,9	112,7	März 4.
444,2	12,8	3,8	3,8	–	178,8	320,6	–	554,9	115,7	11.
458,3	12,3	4,2	4,2	–	178,8	322,1	–	554,9	115,7	18.
427,4	11,7	5,2	5,2	–	178,8	320,8	–	554,9	115,7	25.
452,5	12,5	5,4	5,4	–	180,2	319,1	–	598,9	115,9	April 1.
423,9	11,0	5,4	5,4	–	180,2	312,5	–	598,9	115,9	8.
398,7	12,1	5,0	5,0	–	180,2	316,0	–	598,9	115,9	15.
395,8	11,7	5,4	5,4	–	180,2	322,1	–	598,9	115,9	22.
411,9	11,5	5,6	5,6	–	180,2	318,3	–	598,9	115,9	29.
446,1	11,6	5,7	5,7	–	180,2	323,6	–	598,9	116,0	Mai 6.
425,3	11,7	5,7	5,7	–	180,2	323,4	–	598,9	116,0	13.
437,2	11,3	5,6	5,6	–	180,2	321,3	–	598,9	116,0	20.
426,4	11,1	5,6	5,6	–	180,2	320,5	–	598,9	116,0	27.
409,9	11,4	5,5	5,5	–	180,2	320,6	–	598,9	114,9	Juni 3.
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
178,9	0,3	0,4	0,4	–	45,8	36,3	500,8	157,2	5,7	2021 Nov. 12.
183,1	0,3	0,8	0,8	–	45,8	36,3	500,8	157,2	5,7	19.
188,0	0,3	0,8	0,8	–	45,8	36,5	500,8	157,2	5,7	26.
202,0	0,3	0,4	0,4	–	45,8	36,4	504,5	157,2	5,7	Dez. 3.
229,6	0,3	–0,0	–0,0	–	45,8	36,5	504,5	157,2	5,7	10.
277,4	0,0	–0,0	–0,0	–	45,8	36,7	504,5	157,2	5,7	17.
322,3	0,0	–0,0	–0,0	–	45,8	37,0	504,5	157,2	5,7	24.
404,3	0,0	–	–	–	46,5	36,4	509,8	170,7	5,7	31.
299,5	0,0	0,5	0,5	–	46,5	37,3	509,8	170,7	5,7	2022 Jan. 7.
252,4	0,0	0,4	0,4	–	46,5	37,4	509,8	170,7	5,7	14.
237,4	0,4	0,1	0,1	–	46,5	37,7	509,8	170,7	5,7	21.
215,9	0,4	0,3	0,3	–	46,5	36,6	511,0	170,7	5,7	28.
213,0	0,4	–0,0	–0,0	–	46,5	36,6	511,1	170,7	5,7	Febr. 4.
204,3	0,4	0,2	0,2	–	46,5	37,5	511,1	170,7	5,7	11.
189,5	0,4	0,4	0,4	–	46,5	37,6	511,1	170,7	5,7	18.
185,8	0,4	0,4	0,4	–	46,5	37,7	511,1	170,7	5,7	25.
206,4	0,4	0,4	0,4	–	46,5	37,7	514,2	170,7	5,7	März 4.
197,4	0,3	–0,0	–0,0	–	46,5	37,8	514,2	170,7	5,7	11.
208,8	0,3	–0,0	–0,0	–	46,5	38,3	514,2	170,7	5,7	18.
192,6	0,3	0,4	0,4	–	46,5	38,6	514,2	170,7	5,7	25.
198,0	0,7	0,5	0,5	–	46,8	37,4	520,0	185,0	5,7	April 1.
186,5	0,7	0,3	0,3	–	46,8	37,6	520,0	185,0	5,7	8.
181,2	0,7	0,2	0,2	–	46,8	37,7	520,0	185,0	5,7	15.
179,2	0,7	0,2	0,2	–	46,8	38,2	520,0	185,0	5,7	22.
194,5	0,7	0,2	0,2	–	46,8	38,4	523,3	185,0	5,7	29.
220,6	0,7	0,2	0,2	–	46,8	38,6	523,3	185,0	5,7	Mai 6.
200,8	0,5	0,2	0,2	–	46,8	38,8	523,3	185,0	5,7	13.
206,0	0,5	0,1	0,1	–	46,8	39,0	523,3	185,0	5,7	20.
196,4	0,5	0,1	0,1	–	46,8	39,2	523,3	185,0	5,7	27.
185,8	0,5	–0,0	–0,0	–	46,8	39,3	526,8	185,0	5,7	Juni 3.

NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. <sup>2</sup> Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. <sup>3</sup> Quelle: EZB.

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)

###### Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			an Banken im Inland				an Banken in anderen Mitgliedsländern		an Nichtbanken im Inland				
			insgesamt	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	insgesamt	zu- sammen	Unternehmen und Privatpersonen	
									zu- sammen	Buch- kredite			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0
2014	7 802,3	19,2	2 022,8	1 530,5	1 147,2	383,3	492,3	333,9	158,4	3 654,5	3 239,4	2 661,2	2 384,8
2015	7 665,2	19,5	2 013,6	1 523,8	1 218,0	305,8	489,8	344,9	144,9	3 719,9	3 302,5	2 727,4	2 440,0
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2020 Juli	9 069,0	45,5	2 574,4	2 099,6	1 830,7	268,9	474,8	333,3	141,5	4 153,7	3 688,0	3 258,4	2 958,3
Aug.	8 985,5	46,0	2 595,4	2 127,5	1 858,5	269,0	467,9	328,0	139,9	4 148,3	3 691,9	3 266,7	2 966,1
Sept.	9 097,4	46,1	2 657,2	2 196,9	1 926,4	270,6	460,3	320,7	139,5	4 153,9	3 696,5	3 269,8	2 968,7
Okt.	9 124,3	46,3	2 686,7	2 226,8	1 957,0	269,8	459,9	320,9	139,0	4 181,8	3 713,6	3 283,1	2 980,6
Nov.	9 096,0	45,7	2 684,1	2 232,1	1 965,3	266,9	452,0	313,9	138,1	4 198,6	3 723,7	3 293,3	2 991,0
Dez.	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021 Jan.	9 150,4	44,9	2 793,5	2 309,4	2 042,2	267,2	484,1	348,8	135,3	4 195,0	3 716,6	3 302,6	2 997,8
Febr.	9 148,1	45,5	2 824,0	2 328,8	2 060,6	268,2	495,2	361,1	134,1	4 210,4	3 731,9	3 318,5	3 011,4
März	9 261,9	45,7	2 904,5	2 419,8	2 145,0	274,8	484,8	351,2	133,6	4 245,8	3 762,0	3 347,6	3 038,5
April	9 269,2	44,9	2 935,1	2 441,4	2 168,7	272,8	493,7	360,0	133,7	4 236,4	3 756,9	3 347,0	3 036,8
Mai	9 277,1	45,7	2 974,7	2 485,3	2 212,9	272,4	489,4	355,6	133,9	4 246,1	3 772,8	3 363,3	3 049,8
Juni	9 293,7	46,5	2 959,9	2 469,9	2 197,4	272,5	490,0	356,7	133,3	4 253,7	3 772,0	3 370,7	3 056,9
Juli	9 321,9	46,8	2 943,6	2 448,2	2 178,3	269,9	495,3	361,1	134,2	4 270,2	3 788,1	3 386,0	3 071,8
Aug.	9 319,3	46,9	2 950,1	2 457,4	2 188,5	268,8	492,8	359,5	133,3	4 283,3	3 799,4	3 400,4	3 085,0
Sept.	9 325,3	47,4	2 952,3	2 472,9	2 203,6	269,3	479,4	344,9	134,5	4 280,0	3 812,2	3 409,8	3 093,8
Okt.	9 395,0	47,8	2 979,8	2 490,1	2 221,1	269,0	489,7	356,2	133,5	4 322,0	3 832,5	3 437,3	3 117,5
Nov.	9 495,5	48,1	3 008,0	2 519,5	2 253,4	266,1	488,5	355,4	133,1	4 352,1	3 856,4	3 459,8	3 138,9
Dez.	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022 Jan.	9 717,0	47,7	3 029,2	2 522,4	2 258,2	264,2	506,8	375,0	131,8	4 378,1	3 875,3	3 484,8	3 162,4
Febr.	9 842,7	47,7	3 082,6	2 564,8	2 299,1	265,8	517,8	383,9	133,9	4 396,3	3 889,1	3 504,4	3 181,6
März	9 962,9	50,0	3 066,9	2 546,2	2 281,9	264,3	520,7	387,1	133,7	4 426,8	3 916,4	3 526,5	3 204,1
April	10 268,3	51,0	3 112,2	2 577,9	2 313,7	264,3	534,3	400,5	133,8	4 434,7	3 929,2	3 546,3	3 223,8
<b>Veränderungen 3)</b>													
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6
2014	206,8	0,4	- 126,2	- 128,6	- 95,3	- 33,4	2,4	7,2	- 4,8	55,1	40,0	52,3	36,8
2015	- 191,4	0,3	- 18,2	- 12,1	- 66,1	- 78,2	- 6,1	6,6	- 12,8	64,8	64,1	68,1	56,6
2016	184,3	6,5	120,3	178,4	195,3	- 16,8	- 58,1	- 49,2	- 8,8	57,5	53,4	88,8	81,0
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	- 17,6	- 29,1	- 19,6	- 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	- 29,2	- 49,7	- 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	- 3,8	- 2,3	- 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	- 18,8	- 16,2	- 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	- 0,8	5,7	11,7	- 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2020 Aug.	- 79,5	0,5	21,7	28,2	28,0	0,1	- 6,4	- 4,9	- 1,5	- 4,9	4,3	8,7	8,1
Sept.	104,9	0,1	60,5	69,0	67,5	1,5	- 8,5	- 8,0	- 0,4	5,2	4,5	3,0	2,6
Okt.	25,2	0,2	29,1	29,7	30,5	- 0,8	- 0,6	0,1	- 0,7	27,6	17,3	12,9	11,3
Nov.	12,0	- 0,6	29,0	35,8	37,2	- 1,4	- 6,8	- 6,1	- 0,8	18,6	11,3	11,2	11,5
Dez.	- 141,5	1,8	- 59,5	- 53,6	- 51,2	- 2,4	- 5,9	- 5,8	- 0,2	- 18,3	- 13,3	4,2	2,7
2021 Jan.	207,1	- 2,6	170,2	131,4	128,6	2,9	38,8	41,1	- 2,2	17,4	7,9	6,8	5,3
Febr.	- 2,3	0,7	30,3	19,2	18,2	1,1	11,0	12,2	- 1,2	15,9	15,5	15,7	13,4
März	100,0	0,2	78,0	90,0	83,7	6,3	- 12,0	- 11,5	- 0,5	34,3	29,7	28,8	27,0
April	21,2	- 0,8	33,6	23,0	24,6	- 1,6	10,6	10,5	0,2	- 8,8	- 5,2	- 0,1	- 1,1
Mai	10,7	0,8	38,9	44,1	44,4	- 0,3	- 5,2	- 5,5	- 0,3	10,4	16,0	15,7	13,0
Juni	5,3	0,9	- 17,1	- 16,3	- 15,8	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 0,6	7,3	- 0,5	7,6	6,7
Juli	26,3	0,2	- 15,0	- 19,5	- 17,5	- 2,0	4,5	4,4	0,1	17,3	16,4	15,6	15,3
Aug.	- 3,9	0,2	6,7	9,3	10,3	- 1,0	- 2,6	- 1,7	- 0,9	13,2	11,2	14,7	13,4
Sept.	3,0	0,4	0,1	14,4	13,9	0,5	- 14,4	- 15,6	1,3	19,8	13,0	9,4	8,8
Okt.	70,4	0,5	27,7	17,3	17,6	- 0,3	10,5	11,4	- 1,0	19,2	20,6	28,0	24,1
Nov.	95,5	0,3	26,6	29,2	32,2	- 3,0	- 2,5	- 2,1	- 0,5	30,6	25,2	22,1	21,0
Dez.	- 326,2	1,6	- 218,7	- 186,4	- 183,6	- 2,8	- 32,2	- 31,2	- 1,0	- 0,9	4,7	9,4	9,1
2022 Jan.	340,3	- 1,9	238,6	189,0	186,9	2,1	49,6	49,7	- 0,1	28,1	15,4	16,2	14,9
Febr.	128,5	- 0,0	52,7	41,4	39,7	- 1,7	11,3	9,1	- 2,2	20,4	15,8	21,3	20,9
März	119,7	2,2	- 15,5	- 18,4	- 17,2	- 1,2	2,9	3,0	- 0,1	31,4	27,6	22,2	22,6
April	308,3	1,1	45,8	32,0	31,8	0,2	13,8	13,4	0,3	9,5	13,7	20,4	20,2

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bauparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
öffentliche Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013
276,4	578,2	327,9	250,4	415,0	270,0	142,7	145,0	31,9	113,2	1 050,1	805,0	1 055,8	2014
287,4	575,1	324,5	250,6	417,5	276,0	146,4	141,5	29,4	112,1	1 006,5	746,3	905,6	2015
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
300,1	429,6	259,1	170,5	465,7	313,2	217,1	152,5	29,9	122,6	1 047,3	792,5	1 248,1	2020 Juli
300,7	425,1	253,7	171,4	456,5	311,1	214,5	145,4	29,2	116,1	1 037,6	784,0	1 158,2	Aug.
301,1	426,7	256,0	170,8	457,4	311,0	215,2	146,4	29,3	117,0	1 063,9	808,9	1 176,3	Sept.
302,5	430,5	257,3	173,2	468,2	318,6	219,6	149,5	30,2	119,3	1 049,9	793,4	1 159,6	Okt.
302,2	430,5	256,7	173,8	474,8	325,6	222,5	149,2	29,1	120,1	1 048,0	792,3	1 119,7	Nov.
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	Dez.
304,9	414,0	253,3	160,7	478,4	330,8	224,5	147,6	28,7	118,9	1 087,5	834,6	1 029,5	2021 Jan.
307,1	413,4	250,6	162,9	478,5	334,5	227,0	144,0	28,8	115,2	1 093,8	843,9	974,4	Febr.
309,1	414,4	249,3	165,1	483,8	339,4	232,3	144,4	28,9	115,5	1 105,7	855,5	960,1	März
310,2	409,9	251,0	158,9	479,5	339,8	232,3	139,7	30,3	109,4	1 122,5	876,2	930,3	April
313,5	409,5	250,6	158,9	473,2	339,1	231,9	134,1	28,4	105,7	1 108,3	862,4	902,3	Mai
313,8	401,4	249,1	152,3	481,7	339,4	231,8	142,3	28,8	113,5	1 111,0	864,8	922,5	Juni
314,2	402,2	251,3	150,8	482,0	344,2	236,6	137,8	28,6	109,2	1 097,1	849,1	964,3	Juli
315,4	398,9	248,0	150,9	484,0	346,1	238,8	137,9	28,3	109,6	1 084,8	839,7	954,2	Aug.
316,0	402,4	248,3	154,1	490,7	352,5	241,7	138,2	27,9	110,3	1 087,9	840,8	934,8	Sept.
319,9	395,1	249,7	145,4	489,5	356,0	244,3	133,4	30,3	103,2	1 134,6	889,6	910,9	Okt.
320,9	396,5	247,8	148,8	495,7	361,6	249,6	134,1	28,5	105,6	1 137,3	892,4	950,0	Nov.
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	Dez.
322,4	390,6	246,9	143,6	502,7	377,7	260,4	125,0	28,5	96,5	1 171,3	925,2	1 090,8	2022 Jan.
322,8	384,8	244,7	140,0	507,2	381,4	262,7	125,8	28,6	97,2	1 190,1	939,6	1 125,9	Febr.
322,3	390,0	245,2	144,8	510,4	379,5	259,4	130,9	29,0	101,9	1 169,2	921,9	1 249,9	März
322,5	382,9	246,5	136,4	505,5	378,8	257,8	126,7	32,2	94,5	1 174,4	925,9	1 495,9	April
<b>Veränderungen 3)</b>													
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,1	0,4	- 4,0	14,6	0,9	13,8	83,6	72,0	194,0	2014
11,5	- 3,9	- 4,2	0,3	0,7	4,4	1,8	- 3,7	- 1,0	- 2,8	- 88,3	- 101,0	- 150,1	2015
7,8	- 35,4	- 12,1	- 23,3	4,0	8,2	14,6	- 4,2	- 0,9	- 3,3	51,4	55,0	- 51,4	2016
13,7	- 51,3	- 22,8	- 28,5	- 12,2	- 3,4	4,0	- 8,7	0,1	- 8,9	- 12,3	- 6,7	- 173,1	2017
- 9,8	- 46,2	- 19,1	- 27,0	6,8	18,2	18,6	- 11,4	- 1,5	- 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	- 17,7	- 8,6	- 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	- 32,1	- 33,3	330,3	2019
0,2	- 2,4	- 1,7	- 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	- 0,4	0,7	- 9,7	- 8,2	108,8	2020
17,8	- 19,1	- 6,1	- 13,1	21,1	35,5	22,6	- 14,3	- 1,1	- 13,2	71,7	84,9	- 203,7	2021
0,6	- 4,4	- 5,4	0,9	- 9,2	- 2,3	- 2,5	- 6,9	- 0,7	- 6,2	- 7,0	- 6,0	- 89,8	2020 Aug.
0,4	1,5	2,2	- 0,7	0,7	0,1	0,7	0,9	0,1	0,7	21,1	20,0	18,0	Sept.
1,6	4,4	2,0	2,5	10,4	7,3	4,2	3,0	0,9	2,1	- 15,3	- 16,7	- 16,4	Okt.
- 0,3	0,2	- 0,5	0,7	7,3	7,6	3,6	- 0,3	- 1,1	0,8	6,4	6,6	- 41,4	Nov.
1,5	- 17,5	- 4,4	- 13,2	- 4,9	1,9	0,3	- 6,9	0,6	- 7,4	- 36,3	- 34,4	- 29,3	Dez.
1,5	1,1	0,9	0,2	9,5	4,1	3,2	5,3	- 0,9	6,3	84,4	83,6	- 62,3	2021 Jan.
2,3	- 0,2	- 2,4	2,3	0,3	3,7	2,4	- 3,4	0,1	- 3,4	6,3	8,9	- 55,4	Febr.
1,9	0,9	- 1,3	2,2	4,6	4,2	4,9	0,4	0,1	0,3	2,8	3,3	- 15,3	März
1,0	- 5,0	1,7	- 6,7	- 3,6	0,9	0,7	- 4,5	1,5	- 6,0	26,0	29,0	- 28,8	April
2,7	0,4	- 0,3	0,7	- 5,6	- 0,1	0,3	- 5,5	- 1,9	- 3,6	- 11,4	- 11,4	- 28,0	Mai
0,8	- 8,1	- 1,4	- 6,7	7,8	- 0,4	- 0,6	8,2	0,4	7,7	- 5,7	- 5,3	19,9	Juni
0,4	0,7	2,3	- 1,5	1,0	5,6	4,8	- 4,7	- 0,2	- 4,5	- 15,0	- 16,5	38,7	Juli
1,2	- 3,4	- 3,5	0,1	1,9	1,8	2,2	0,1	- 0,3	0,4	- 13,1	- 10,0	- 10,8	Aug.
0,6	3,6	0,3	3,2	6,8	6,3	2,9	0,5	- 0,4	0,9	0,1	- 1,5	- 17,4	Sept.
3,9	- 7,4	1,2	- 8,7	- 1,4	3,5	2,6	- 4,8	2,3	- 7,2	47,6	49,5	- 24,6	Okt.
1,1	3,0	- 0,9	4,0	5,5	4,8	4,4	0,6	- 1,6	2,2	- 4,5	- 3,6	42,4	Nov.
0,3	- 4,7	- 2,6	- 2,2	- 5,6	0,9	- 5,3	- 6,5	- 0,1	- 6,3	- 45,9	- 41,0	- 62,3	Dez.
1,3	- 0,8	1,8	- 2,6	12,7	14,8	16,0	- 2,1	0,2	- 2,2	72,3	66,7	3,3	2022 Jan.
0,5	- 5,5	- 2,1	- 3,4	4,6	3,7	2,5	0,9	0,1	0,8	20,6	15,8	34,9	Febr.
- 0,4	5,5	0,5	5,0	3,8	1,7	- 3,3	5,5	0,4	5,1	- 22,2	- 19,2	123,7	März
0,2	- 6,8	1,4	- 8,2	- 4,1	- 0,5	- 1,8	- 3,6	3,3	- 6,8	5,9	4,0	246,0	April

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungsdaten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung \* in Tabelle II,1).

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*) Passiva

Mrd €

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanz- summe 1)	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitglieds- ländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
								zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,7	3 107,4	1 514,3	985,4	298,1	607,7	531,3	79,7	34,4
2015	7 665,2	1 267,8	1 065,9	201,9	3 307,1	3 215,1	1 670,2	948,4	291,5	596,4	534,5	80,8	35,3
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2020 Juli	9 069,0	1 488,7	1 209,5	279,2	3 937,1	3 783,3	2 408,1	814,3	263,0	560,9	531,7	132,9	65,5
Aug.	8 985,5	1 489,8	1 213,2	276,6	3 951,0	3 790,7	2 421,8	808,3	258,8	560,6	531,8	129,7	63,6
Sept.	9 097,4	1 523,9	1 252,4	271,5	3 975,9	3 795,1	2 436,7	798,3	251,4	560,1	531,7	140,6	72,8
Okt.	9 124,3	1 536,3	1 264,9	271,4	4 015,2	3 827,0	2 473,1	794,2	249,1	559,7	531,7	140,8	69,6
Nov.	9 096,0	1 515,4	1 245,5	269,9	4 035,0	3 846,2	2 508,7	778,0	235,3	559,6	532,0	140,2	69,0
Dez.	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021 Jan.	9 150,4	1 560,0	1 262,3	297,7	4 044,0	3 855,8	2 536,8	757,4	219,4	561,6	534,8	138,4	65,8
Febr.	9 148,1	1 584,4	1 261,7	322,7	4 053,2	3 865,2	2 552,4	750,1	214,1	562,6	536,1	137,7	68,2
März	9 261,9	1 634,1	1 336,6	297,6	4 068,3	3 876,2	2 569,2	744,7	212,3	562,3	536,2	142,2	71,0
April	9 269,2	1 659,9	1 344,1	315,8	4 079,3	3 886,3	2 588,3	735,3	205,8	562,7	536,9	143,0	70,2
Mai	9 277,1	1 661,1	1 353,0	308,1	4 103,8	3 909,2	2 614,0	732,0	205,0	563,2	537,5	146,4	70,4
Juni	9 293,7	1 670,8	1 357,4	313,4	4 088,4	3 890,3	2 605,4	722,3	198,1	562,6	537,1	151,3	76,7
Juli	9 321,9	1 682,5	1 362,0	320,4	4 110,8	3 918,9	2 638,6	718,3	196,7	562,0	536,8	146,4	74,0
Aug.	9 319,3	1 686,5	1 365,8	320,7	4 119,2	3 925,6	2 648,6	715,5	194,1	561,5	536,6	147,8	74,7
Sept.	9 325,3	1 667,9	1 354,2	313,6	4 108,9	3 913,6	2 640,2	712,7	194,3	560,7	535,9	148,8	77,1
Okt.	9 395,0	1 690,9	1 364,7	326,2	4 140,0	3 942,6	2 657,0	725,5	206,4	560,1	535,6	151,4	78,1
Nov.	9 495,5	1 718,6	1 374,9	343,8	4 154,1	3 956,1	2 678,9	717,4	200,2	559,8	535,5	151,4	82,5
Dez.	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022 Jan.	9 717,0	1 725,2	1 363,7	361,5	4 195,2	3 979,5	2 686,4	732,3	215,9	560,7	537,4	166,7	86,2
Febr.	9 842,7	1 743,7	1 369,7	374,0	4 209,7	3 993,9	2 699,7	733,4	217,5	560,8	537,7	169,3	90,1
März	9 962,9	1 737,5	1 367,8	369,8	4 212,3	3 990,1	2 690,3	740,9	226,7	559,0	536,1	177,7	99,4
April	10 268,3	1 766,2	1 384,4	381,8	4 224,3	4 003,6	2 700,1	745,6	234,5	557,9	535,2	176,2	93,4
<b>Veränderungen 4)</b>													
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	- 4,0	- 2,6	- 3,3
2014	206,8	- 28,4	- 32,2	3,9	62,7	71,6	106,0	- 32,1	3,1	- 2,4	- 2,4	- 2,5	0,0
2015	- 191,4	- 62,1	- 50,3	- 11,9	104,1	104,8	153,2	- 37,0	- 10,1	- 11,3	4,2	- 0,4	- 0,3
2016	184,3	- 31,6	- 2,2	- 29,4	105,7	105,2	124,3	- 11,1	- 1,4	- 8,0	2,4	2,7	1,9
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	- 32,5	- 15,3	- 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	- 20,1	- 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	- 18,8	- 6,5	- 4,3	1,2	- 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	- 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	- 30,6	- 6,6	- 3,4	- 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	- 74,7	- 34,9	- 14,5	- 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	- 45,8	- 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2020 Aug.	- 79,5	1,6	4,0	- 2,4	14,4	7,7	13,8	- 5,9	- 4,1	- 0,2	0,2	- 3,2	- 1,9
Sept.	104,9	33,1	38,7	- 5,7	24,1	3,7	14,4	- 10,2	- 7,6	- 0,5	- 0,1	10,7	9,1
Okt.	25,2	12,3	12,4	- 0,1	39,1	32,1	36,4	- 3,9	- 3,3	- 0,4	- 0,0	0,1	- 3,3
Nov.	12,0	8,2	8,4	- 0,1	25,6	20,2	36,4	- 16,0	- 13,6	- 0,1	0,3	4,1	3,9
Dez.	- 141,5	- 25,2	- 7,9	- 17,3	- 12,3	- 8,7	0,3	- 10,0	- 8,0	1,0	1,3	- 4,8	- 11,8
2021 Jan.	207,1	66,0	25,3	40,8	21,6	19,0	28,4	- 10,5	- 7,8	1,1	1,6	2,7	9,7
Febr.	- 2,3	24,4	- 0,7	25,1	9,0	9,2	15,5	- 7,3	- 5,3	1,0	1,3	- 0,7	2,4
März	100,0	47,8	73,8	- 26,0	13,6	9,9	15,8	- 5,6	- 1,9	- 0,3	0,1	4,0	2,5
April	21,2	27,6	8,3	19,3	12,5	11,2	20,1	- 9,4	- 6,5	0,4	0,7	1,2	- 0,6
Mai	10,7	0,6	9,1	- 8,5	24,9	23,2	26,0	- 3,2	- 0,7	0,5	0,6	3,5	0,3
Juni	5,3	8,2	3,7	4,4	- 16,6	- 19,8	- 9,4	- 9,8	- 7,1	- 0,6	- 0,4	4,5	6,1
Juli	26,3	14,4	7,4	7,0	22,3	28,6	33,2	- 4,1	- 1,4	- 0,6	- 0,3	- 4,9	- 3,1
Aug.	- 3,9	3,9	3,7	0,2	7,8	6,5	9,9	- 2,8	- 2,6	- 0,5	- 0,3	0,9	0,2
Sept.	3,0	- 19,5	- 11,7	- 7,8	- 7,3	- 8,9	- 6,5	- 1,6	0,4	- 0,8	- 0,6	0,7	2,7
Okt.	70,4	24,1	11,2	12,9	31,1	29,1	16,8	- 12,9	- 12,1	- 0,6	- 0,4	2,5	1,1
Nov.	95,5	26,4	9,6	16,7	12,9	12,5	21,1	- 8,4	- 6,2	- 0,3	- 0,1	- 0,3	4,2
Dez.	- 326,2	- 90,4	- 36,3	- 54,1	- 24,3	- 24,3	- 29,6	3,9	3,7	1,4	1,6	2,4	- 11,9
2022 Jan.	340,3	93,8	23,2	70,6	64,3	47,0	36,5	10,9	11,9	- 0,4	0,3	12,6	15,3
Febr.	128,5	19,3	6,1	13,2	14,2	14,6	13,4	1,1	1,6	- 0,1	0,3	2,2	3,5
März	119,7	- 6,6	- 2,1	- 4,5	2,2	- 4,2	- 9,7	7,3	9,2	- 1,8	- 1,6	8,3	9,3
April	308,3	28,6	16,6	12,0	12,0	13,4	9,4	4,7	7,8	- 0,6	- 0,4	- 1,5	- 6,0

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben

den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivposi-tionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentral-staaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>													
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
42,0	15,9	3,3	2,7	10,6	10,5	3,4	3,5	1 077,6	39,6	535,3	535,4	1 125,6	2014
42,2	16,0	3,3	2,8	11,3	9,6	2,5	3,5	1 017,7	48,3	526,2	569,3	971,1	2015
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
64,8	20,2	2,6	2,3	20,8	20,1	2,1	1,9	1 067,4	25,9	698,3	694,7	1 178,9	2020 Juli
63,6	19,3	2,6	2,3	30,6	29,8	1,7	1,9	1 063,9	25,5	682,1	699,9	1 095,2	Aug.
65,2	21,8	2,6	2,3	40,2	39,0	1,2	2,6	1 077,3	25,6	687,1	720,4	1 108,9	Sept.
68,6	25,0	2,6	2,3	47,3	46,6	1,4	2,7	1 075,1	24,6	687,8	712,4	1 093,3	Okt.
68,7	24,3	2,6	2,3	48,5	47,6	9,1	2,5	1 070,0	23,3	696,7	713,1	1 054,3	Nov.
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	Dez.
70,0	23,7	2,6	2,3	49,7	48,3	6,3	2,5	1 058,8	19,7	790,8	708,3	979,7	2021 Jan.
67,0	20,5	2,5	2,3	50,3	48,2	4,5	2,5	1 068,3	19,6	803,5	702,4	929,4	Febr.
68,7	22,0	2,5	2,3	49,9	48,9	6,7	2,9	1 090,4	21,5	833,7	712,0	913,8	März
70,3	23,2	2,5	2,3	50,0	48,6	5,1	2,9	1 091,8	21,0	839,1	705,9	885,3	April
73,5	26,7	2,5	2,3	48,2	46,6	6,0	2,3	1 087,7	23,5	854,7	702,7	858,8	Mai
72,0	25,9	2,5	2,3	46,9	45,6	4,5	2,3	1 084,6	23,8	836,9	725,4	880,7	Juni
69,9	22,9	2,5	2,3	45,5	44,3	6,0	2,3	1 087,2	23,5	800,0	719,2	913,9	Juli
70,7	24,0	2,5	2,3	45,8	44,0	7,4	2,3	1 089,9	25,5	790,7	725,0	898,4	Aug.
69,2	22,4	2,5	2,2	46,6	45,2	7,3	2,2	1 100,5	25,1	840,1	735,9	862,6	Sept.
70,9	23,4	2,4	2,2	46,1	45,2	7,4	2,2	1 118,0	24,6	866,7	729,5	840,3	Okt.
66,4	17,4	2,4	2,2	46,6	45,5	4,2	2,1	1 123,9	26,0	883,1	736,5	872,8	Nov.
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	Dez.
78,1	20,3	2,4	2,2	48,9	45,5	3,0	2,3	1 126,9	25,3	907,4	721,2	1 036,0	2022 Jan.
76,8	19,8	2,4	2,2	46,4	42,8	2,4	2,4	1 141,1	26,2	945,9	717,7	1 080,0	Febr.
75,9	19,0	2,4	2,2	44,5	42,1	2,8	2,5	1 148,9	25,9	926,4	736,8	1 195,6	März
80,4	23,1	2,4	2,2	44,6	42,2	2,3	2,3	1 161,1	26,3	939,2	736,6	1 436,4	April
<b>Veränderungen 4)</b>													
- 0,5	- 2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	- 4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 6,4	- 4,8	- 3,4	- 0,6	- 63,7	- 0,2	- 35,9	26,1	- 178,3	2014
- 0,1	0,0	0,0	0,1	- 0,4	- 1,9	- 1,0	- 0,0	- 86,8	- 7,7	- 30,3	28,0	- 143,2	2015
1,1	0,0	- 0,3	- 0,1	- 2,2	- 1,2	- 0,3	- 1,1	8,6	- 1,3	116,1	26,4	- 39,5	2016
10,8	4,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,3	- 3,3	- 8,5	- 16,1	34,1	- 162,3	2017
- 6,4	- 4,1	- 0,1	- 0,1	2,1	2,1	- 2,6	0,3	30,0	- 5,9	- 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	- 0,1	- 0,1	1,4	1,4	5,6	- 0,5	22,3	0,1	- 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	- 0,1	- 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	- 9,3	61,6	- 1,5	108,5	2020
3,1	- 8,0	- 0,2	- 0,1	- 5,5	- 5,0	- 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	- 207,9	2021
- 1,3	- 0,8	- 0,0	- 0,0	9,8	9,8	- 0,5	0,0	- 2,2	- 0,4	- 14,9	5,7	- 83,7	2020 Aug.
1,6	2,4	- 0,0	- 0,0	9,6	9,2	- 0,5	0,7	10,5	0,0	2,6	19,6	14,9	Sept.
3,4	3,2	- 0,0	0,0	7,0	7,5	0,3	0,1	- 2,9	- 1,0	- 0,1	- 8,2	- 15,5	Okt.
0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	1,2	1,0	3,3	- 0,2	- 0,9	- 1,2	12,6	3,3	- 39,9	Nov.
7,0	6,3	0,0	0,0	1,3	1,0	0,3	- 0,0	- 9,0	- 1,9	- 71,4	- 0,7	- 23,2	Dez.
- 7,0	- 6,9	0,0	0,0	- 0,1	- 0,2	- 3,0	- 0,0	2,8	- 0,5	173,2	- 3,7	- 49,8	2021 Jan.
- 3,1	- 3,2	- 0,0	- 0,0	0,6	- 0,2	- 1,8	- 0,0	8,9	- 0,1	12,2	- 6,2	- 48,9	Febr.
1,5	1,3	- 0,0	0,0	- 0,4	0,8	2,1	0,5	15,7	1,7	24,0	7,1	- 10,8	März
1,8	1,3	- 0,0	- 0,0	0,1	- 0,4	- 2,2	- 0,1	7,3	- 0,4	11,1	- 3,7	- 31,3	April
3,2	3,5	- 0,0	0,0	- 1,8	- 1,9	0,9	- 0,1	- 2,7	- 2,5	17,0	- 2,8	- 27,1	Mai
- 1,6	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 1,0	- 1,5	0,1	- 7,7	0,2	- 22,7	20,9	24,6	Juni
- 1,8	- 2,7	- 0,0	- 0,0	- 1,4	- 1,3	1,5	- 0,1	2,3	- 0,2	- 37,2	- 5,4	28,5	Juli
0,7	1,0	- 0,0	- 0,0	0,3	- 0,2	1,4	- 0,0	2,2	- 2,0	- 9,9	5,6	- 14,9	Aug.
- 1,9	- 1,6	- 0,0	- 0,0	0,8	1,2	- 0,1	- 0,0	7,0	- 0,5	45,5	10,0	- 32,4	Sept.
- 1,5	0,9	- 0,0	- 0,0	- 0,5	0,0	0,1	- 0,1	17,3	- 0,5	27,1	- 6,4	- 22,8	Okt.
- 4,5	- 6,1	- 0,0	- 0,0	0,7	0,4	- 3,2	- 0,1	1,7	1,4	11,7	5,9	40,3	Nov.
14,3	5,4	0,0	0,0	- 2,4	- 2,0	- 2,0	0,2	- 14,2	1,4	- 127,3	- 4,6	- 63,4	Dez.
- 2,7	- 2,6	- 0,0	- 0,0	4,7	2,0	0,7	- 0,0	13,4	- 2,3	146,6	- 18,3	39,8	2022 Jan.
- 1,3	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 2,7	- 0,5	0,1	15,0	- 1,0	39,4	- 3,2	44,2	Febr.
- 1,0	- 0,8	- 0,0	- 0,0	- 2,0	- 0,6	0,3	0,2	6,9	- 0,3	- 20,7	19,0	118,4	März
4,5	4,1	- 0,0	- 0,0	0,1	0,0	- 0,5	- 0,3	15,8	4,0	12,8	- 3,8	243,7	April

rungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geld marktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusam-

men mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. \* in Tabelle II,1).



#### IV. Banken

#### 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen \*)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
<b>Alle Bankengruppen</b>													
2021 Nov.	1 448	9 556,7	1 117,4	2 597,0	2 123,8	471,7	4 682,2	414,1	3 557,7	0,3	690,1	95,7	1 064,3
Dez.	1 446	9 233,3	955,4	2 510,2	2 041,2	468,1	4 669,3	398,2	3 566,3	0,4	693,7	95,9	1 002,5
2022 Jan.	1 442	9 779,5	1 114,3	2 639,3	2 169,5	468,0	4 724,4	446,2	3 573,4	0,3	691,1	94,9	1 206,5
Febr.	1 442	9 905,7	1 142,6	2 675,9	2 203,3	470,7	4 750,0	453,5	3 587,6	0,3	694,2	94,9	1 242,3
März	1 442	10 025,3	1 137,0	2 666,8	2 194,2	471,4	4 760,3	441,8	3 604,5	0,3	700,1	94,6	1 366,5
April	1 441	10 332,8	1 252,2	2 589,8	2 116,4	471,2	4 781,0	454,5	3 627,4	0,4	682,1	94,6	1 615,2
<b>Kreditbanken 6)</b>													
2022 März	250	4 417,9	601,4	1 186,0	1 105,0	80,7	1 501,6	289,6	981,7	0,2	223,7	31,9	1 097,0
April	249	4 644,4	628,3	1 164,0	1 082,9	80,7	1 504,6	297,8	988,1	0,3	209,7	31,8	1 315,6
<b>Großbanken 7)</b>													
2022 März	3	2 209,5	172,3	557,6	527,9	29,7	690,0	131,1	448,2	0,0	107,6	26,2	763,4
April	3	2 379,3	179,7	563,2	534,1	29,2	697,8	146,7	449,0	0,1	97,9	26,2	912,4
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>													
2022 März	139	1 740,9	290,7	433,9	384,2	49,5	687,4	114,2	460,7	0,1	109,9	5,0	324,0
April	138	1 808,6	292,4	436,3	385,9	50,0	681,8	107,4	465,1	0,2	105,5	5,0	393,2
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>													
2022 März	108	467,4	138,4	194,5	193,0	1,5	124,2	44,3	72,8	0,0	6,2	0,7	9,6
April	108	456,4	156,2	164,6	162,9	1,6	125,0	43,7	74,0	0,1	6,3	0,7	10,0
<b>Landesbanken</b>													
2022 März	6	886,6	126,8	237,5	188,6	48,6	418,5	42,0	334,7	0,0	38,9	8,1	95,7
April	6	911,6	132,1	241,1	191,6	49,1	423,2	46,2	335,9	0,0	38,2	8,1	107,2
<b>Sparkassen</b>													
2022 März	368	1 553,3	174,3	162,4	47,6	114,8	1 178,2	50,2	948,5	-	178,8	15,2	23,2
April	368	1 565,6	177,2	165,2	50,4	114,7	1 184,5	50,4	954,9	-	178,5	15,2	23,5
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
2022 März	773	1 144,7	66,9	188,3	73,9	114,1	843,2	31,5	688,2	0,0	123,5	19,0	27,2
April	773	1 153,2	67,9	191,3	76,7	114,3	847,9	31,7	692,8	0,0	123,3	19,1	27,1
<b>Realkreditinstitute</b>													
2022 März	9	231,3	11,0	18,4	11,5	6,8	196,2	2,7	176,9	-	16,5	0,1	5,5
April	9	232,9	11,8	18,7	11,7	6,6	196,8	2,3	177,8	-	16,6	0,1	5,4
<b>Bausparkassen</b>													
2022 März	18	255,8	3,3	43,2	27,9	15,4	205,5	1,0	178,7	.	25,7	0,3	3,5
April	18	257,1	3,5	44,3	28,9	15,4	205,4	1,1	179,3	.	25,0	0,3	3,6
<b>Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben</b>													
2022 März	18	1 535,7	153,3	831,0	739,6	90,9	417,0	24,8	295,8	0,0	93,0	20,0	114,3
April	18	1 568,0	231,4	765,2	674,2	90,3	418,5	24,9	298,6	0,0	90,9	20,1	132,8
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>													
2022 März	141	2 030,5	306,2	636,5	600,7	35,6	618,6	137,6	372,9	0,2	105,3	3,6	465,6
April	141	2 117,8	327,3	602,5	566,3	35,9	612,8	129,9	377,5	0,2	101,2	3,6	571,7
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>													
2022 März	33	1 563,0	167,8	442,0	407,7	34,1	494,4	93,4	300,1	0,1	99,1	2,9	456,0
April	33	1 661,4	171,1	437,9	403,3	34,3	487,8	86,2	303,4	0,2	94,9	2,9	561,7

\* Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

(Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termineinlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)								
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
<b>Alle Bankengruppen</b>															
2 442,1	700,6	1 741,5	4 317,8	2 857,2	227,2	642,8	47,4	565,8	541,0	24,9	1 225,7	565,0	1 006,1	2021 Nov. Dez.	
2 253,1	573,1	1 679,9	4 264,5	2 796,5	224,3	651,9	32,0	567,1	542,6	24,7	1 208,2	564,9	942,7		
2 462,3	773,0	1 689,2	4 365,8	2 868,1	252,6	654,0	50,0	566,7	542,8	24,3	1 222,0	569,0	1 160,3	2022 Jan. Febr.	
2 500,1	780,9	1 719,2	4 399,0	2 899,0	257,2	652,0	60,1	566,7	543,1	24,1	1 233,5	569,5	1 203,6		
2 481,6	770,4	1 711,2	4 395,3	2 895,6	260,1	650,7	50,7	564,8	541,5	24,1	1 255,4	576,7	1 316,3	März	
2 497,6	741,2	1 756,3	4 431,9	2 907,0	287,7	649,5	62,5	563,7	540,5	23,9	1 263,1	578,7	1 561,5		
<b>Kreditbanken 6)</b>															
1 311,2	588,8	722,4	1 739,7	1 230,9	156,7	239,8	49,5	102,3	98,8	10,0	177,2	197,9	991,9	2022 März	
1 294,1	562,9	731,1	1 766,3	1 240,0	175,7	238,7	61,4	102,1	98,6	9,9	176,7	199,4	1 208,0		April
<b>Großbanken 7)</b>															
521,1	214,5	306,6	828,0	585,9	77,7	76,3	28,1	86,9	84,0	1,1	130,2	73,2	657,0	2022 März	
525,1	211,9	313,2	843,5	590,0	89,0	76,7	38,1	86,7	83,8	1,1	130,6	74,2	806,0		April
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>															
528,4	224,2	304,2	731,5	511,7	54,5	141,5	21,3	15,0	14,4	8,8	46,0	110,4	324,7	2022 März	
516,6	209,6	307,0	743,5	520,0	59,1	140,7	23,3	15,0	14,4	8,7	45,5	110,9	392,1		April
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
261,7	150,2	111,5	180,2	133,3	24,5	22,0	–	0,4	0,4	0,1	1,0	14,3	10,2	2022 März	
252,4	141,4	111,0	179,3	130,0	27,6	21,3	–	0,4	0,4	0,1	0,6	14,3	9,8		April
<b>Landesbanken</b>															
283,3	56,5	226,8	282,9	163,1	44,5	69,6	0,9	5,7	5,6	0,0	183,1	43,2	94,2	2022 März	
297,5	49,8	247,6	279,2	157,4	46,5	69,6	0,8	5,6	5,6	0,0	182,1	43,1	109,7		April
<b>Sparkassen</b>															
208,8	5,2	203,6	1 145,3	833,1	11,9	13,5	–	276,8	261,0	10,0	16,1	132,4	50,6	2022 März	
211,9	5,0	206,8	1 153,1	841,4	11,7	13,8	–	276,2	260,6	9,9	16,1	132,5	52,0		April
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
173,6	1,8	171,8	829,8	601,9	27,6	16,9	–	179,6	175,6	3,9	8,9	95,2	37,1	2022 März	
176,2	1,9	174,3	835,7	607,6	28,0	17,0	–	179,2	175,3	3,9	9,0	95,6	36,8		April
<b>Realkreditinstitute</b>															
62,4	3,7	58,7	53,3	2,5	3,7	47,2	–	–	–	–	98,5	10,7	6,3	2022 März	
62,1	3,9	58,2	52,9	2,3	3,8	46,9	–	–	–	–	100,8	10,8	6,3		April
<b>Bausparkassen</b>															
35,4	3,1	32,3	194,1	3,6	1,7	188,3	–	0,5	0,5	0,1	4,2	12,3	9,8	2022 März	
37,2	3,3	33,9	193,8	3,5	1,7	188,0	–	0,5	0,5	0,1	4,1	12,2	9,9		April
<b>Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben</b>															
406,7	111,2	295,5	150,1	60,5	14,0	75,4	0,3	–	–	–	767,4	85,0	126,3	2022 März	
418,7	114,4	304,4	150,9	54,9	20,3	75,6	0,3	–	–	–	774,4	85,2	138,8		April
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>															
740,7	380,5	360,2	689,0	511,5	56,2	98,0	10,9	20,5	20,3	2,7	44,2	86,3	470,2	2022 März	
715,7	354,2	361,5	699,2	517,9	61,4	96,7	11,0	20,6	20,3	2,7	43,9	86,4	572,6		April
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>															
479,0	230,4	248,7	508,8	378,2	31,7	76,1	10,9	20,2	19,9	2,6	43,2	72,0	460,0	2022 März	
463,3	212,7	250,6	519,9	387,9	33,7	75,5	11,0	20,2	19,9	2,6	43,3	72,1	562,7		April

fähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen

Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle 1.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken". 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

#### IV. Banken

#### 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015	19,2	155,0	1 346,6	1 062,6	0,0	1,7	282,2	1,7	3 233,9	2 764,0	0,4	0,4	469,0
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	-	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2020 Nov.	45,4	863,2	1 351,9	1 101,3	0,0	0,8	249,8	8,6	3 661,1	3 247,4	0,2	7,6	405,8
Dez.	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021 Jan.	44,6	1 009,1	1 283,1	1 032,1	0,0	0,7	250,2	9,2	3 654,0	3 250,7	0,3	6,6	396,3
Febr.	45,0	929,2	1 382,3	1 130,2	0,0	1,0	251,1	9,6	3 669,3	3 261,7	0,2	7,4	400,0
März	45,5	983,4	1 419,4	1 160,8	0,0	0,9	257,7	9,8	3 699,1	3 287,5	0,2	6,7	404,7
April	44,7	1 062,1	1 362,4	1 105,7	0,0	0,9	255,8	9,8	3 693,9	3 287,5	0,2	5,6	400,5
Mai	45,4	1 044,7	1 423,6	1 167,3	0,0	0,9	255,4	10,1	3 709,6	3 300,2	0,1	4,6	404,7
Juni	46,1	1 042,8	1 409,7	1 153,8	0,0	0,8	255,1	10,3	3 709,2	3 305,7	0,2	5,8	397,6
Juli	46,3	1 059,2	1 372,0	1 118,1	0,0	0,8	253,2	10,3	3 725,3	3 322,9	0,2	6,1	396,2
Aug.	46,5	1 015,2	1 425,2	1 172,4	0,0	0,8	252,1	10,3	3 736,4	3 332,8	0,1	5,7	397,8
Sept.	47,1	1 054,9	1 399,9	1 147,7	0,0	0,7	251,5	10,3	3 749,8	3 341,9	0,1	4,4	403,3
Okt.	47,6	1 052,4	1 419,3	1 167,7	0,0	0,7	250,9	10,3	3 770,2	3 366,9	0,2	5,0	398,0
Nov.	47,9	1 068,7	1 432,2	1 183,6	-	0,7	248,0	10,0	3 794,0	3 386,4	0,2	5,6	401,9
Dez.	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	-	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022 Jan.	47,4	1 066,0	1 439,2	1 191,8	-	0,7	246,7	10,1	3 812,8	3 409,0	0,2	3,1	400,5
Febr.	47,2	1 094,0	1 453,6	1 204,6	-	0,3	248,7	10,0	3 826,5	3 426,0	0,2	5,0	395,3
März	49,5	1 086,3	1 442,6	1 195,1	-	0,3	247,3	10,0	3 853,8	3 449,0	0,2	3,3	401,3
April	50,4	1 200,5	1 360,3	1 112,8	-	0,6	246,9	9,9	3 866,6	3 470,0	0,2	3,5	392,9
<b>Veränderungen *)</b>													
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2015	+ 0,3	+ 73,7	- 80,7	- 4,3	- 0,0	- 0,4	- 75,9	- 0,1	+ 68,9	+ 54,1	- 0,0	- 0,3	+ 15,1
2016	+ 6,5	+ 129,1	+ 48,1	+ 66,9	-	- 0,9	- 17,9	+ 0,4	+ 43,7	+ 62,8	- 0,1	- 0,1	- 18,9
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	- 0,0	+ 0,0	- 20,1	- 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	- 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	- 81,0	- 76,6	+ 0,0	+ 0,1	- 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	- 0,1	- 0,5	- 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	- 63,0	- 61,1	- 0,0	- 0,2	- 1,6	- 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	- 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	- 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	- 0,1	+ 0,7	- 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	- 0,0	- 0,2	- 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	- 2,2	+ 6,6
2020 Nov.	- 0,6	+ 52,3	- 17,1	- 15,6	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,0	+ 10,6	+ 10,5	- 0,0	- 1,4	+ 1,6
Dez.	+ 1,8	- 70,3	+ 16,0	+ 18,4	-	- 0,1	- 2,3	+ 0,2	- 14,1	- 2,3	+ 0,0	+ 3,6	- 8,1
2021 Jan.	- 2,6	+ 216,2	- 84,9	- 87,8	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,4	+ 6,6	+ 5,3	+ 0,0	+ 2,6	- 1,4
Febr.	+ 0,3	- 79,9	+ 98,9	+ 97,8	-	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 15,3	+ 11,0	- 0,0	+ 0,7	+ 3,6
März	+ 0,6	+ 54,3	+ 37,1	+ 30,6	-	+ 0,1	+ 6,6	+ 0,2	+ 29,7	+ 25,6	- 0,0	- 1,4	+ 5,4
April	- 0,8	+ 78,7	- 56,7	- 54,9	- 0,0	- 0,1	- 1,7	+ 0,0	- 5,2	+ 0,0	- 0,0	- 1,1	- 4,1
Mai	+ 0,8	- 17,5	+ 61,2	+ 61,6	-	+ 0,0	- 0,4	+ 0,4	+ 15,6	+ 12,5	- 0,0	- 1,1	+ 4,2
Juni	+ 0,6	- 1,9	- 13,6	- 13,3	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	- 0,4	+ 5,5	+ 0,0	+ 1,3	- 7,1
Juli	+ 0,2	+ 15,3	- 35,1	- 33,1	-	- 0,0	- 1,9	+ 0,1	+ 16,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 0,3	- 1,4
Aug.	+ 0,2	- 43,8	+ 53,4	+ 54,4	-	+ 0,1	- 1,1	- 0,0	+ 10,9	+ 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 1,7
Sept.	+ 0,6	+ 39,7	- 26,2	- 25,5	+ 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,0	+ 13,5	+ 9,2	+ 0,0	- 1,2	+ 5,4
Okt.	+ 0,5	- 2,4	+ 19,5	+ 20,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,1	+ 20,5	+ 25,1	+ 0,0	+ 0,6	- 5,2
Nov.	+ 0,3	+ 16,6	+ 12,9	+ 15,9	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,3	+ 25,5	+ 20,4	+ 0,0	+ 0,6	+ 4,5
Dez.	+ 1,6	- 163,6	- 22,4	- 19,6	-	- 0,1	- 2,7	+ 0,3	+ 4,3	+ 6,2	+ 0,1	- 3,0	+ 0,9
2022 Jan.	- 2,0	+ 161,0	+ 27,8	+ 26,3	-	+ 0,1	+ 1,4	- 0,3	+ 14,7	+ 16,6	- 0,1	+ 0,5	- 2,3
Febr.	- 0,2	+ 28,0	+ 13,1	+ 11,5	-	- 0,4	+ 2,0	- 0,1	+ 15,1	+ 18,4	+ 0,0	+ 1,9	- 5,2
März	+ 2,3	- 7,8	- 10,9	- 9,5	-	- 0,0	- 1,4	- 0,0	+ 27,3	+ 23,0	- 0,0	+ 1,7	+ 6,0
April	+ 0,9	+ 114,2	- 82,3	- 82,3	-	+ 0,3	- 0,4	- 0,0	+ 13,2	+ 21,3	+ 0,0	+ 0,2	- 8,4

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Un- ternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 4)	Termin- ein- lagen 4)	weiter- gegebene Wechsel 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen 6)	Termin- ein- lagen 6)	Spar- ein- lagen 7)	Spar- briefe 8)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	20,4	89,6	1 065,6	131,1	934,5	0,0	6,1	3 224,7	1 673,7	898,4	596,5	56,1	29,3	2015
-	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
-	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
-	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
-	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
-	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
-	22,9	78,1	1 244,8	134,6	1 110,2	0,0	12,5	3 894,3	2 515,3	790,9	559,6	28,5	34,4	2020 Nov.
-	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020 Dez.
-	23,7	78,2	1 261,6	140,5	1 121,2	0,0	13,6	3 904,5	2 542,0	773,1	561,6	27,9	34,3	2021 Jan.
-	24,0	78,2	1 260,6	138,0	1 122,5	0,0	14,2	3 913,7	2 557,5	766,1	562,6	27,5	34,3	2021 Febr.
-	24,3	78,3	1 336,0	135,4	1 200,6	0,0	14,7	3 925,8	2 575,2	761,2	562,3	27,1	34,4	2021 März
-	24,5	77,7	1 343,0	136,2	1 206,8	0,0	15,1	3 935,7	2 594,6	751,6	562,8	26,8	34,4	2021 April
-	24,7	78,6	1 351,9	140,0	1 211,9	0,0	15,5	3 956,3	2 620,5	746,2	563,2	26,3	34,6	2021 Mai
-	25,0	78,7	1 357,0	132,7	1 224,3	0,0	15,8	3 936,4	2 612,1	735,7	562,6	26,1	34,6	2021 Juni
-	25,1	78,1	1 360,7	136,1	1 224,5	0,0	15,9	3 964,6	2 646,0	730,7	562,0	25,9	34,5	2021 Juli
-	25,2	78,2	1 364,7	135,3	1 229,4	0,0	16,1	3 971,0	2 656,0	727,8	561,5	25,6	34,3	2021 Aug.
-	25,2	79,0	1 353,8	128,9	1 224,9	0,0	16,2	3 960,3	2 647,9	726,1	560,7	25,5	34,1	2021 Sept.
-	25,1	79,0	1 363,6	132,9	1 230,7	0,0	16,2	3 989,1	2 664,3	739,3	560,1	25,3	33,9	2021 Okt.
-	25,2	79,1	1 373,9	135,2	1 238,6	0,0	16,3	4 002,4	2 685,9	731,8	559,9	24,8	33,6	2021 Nov.
-	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021 Dez.
-	25,7	78,6	1 363,7	137,2	1 226,5	0,0	16,4	4 025,9	2 690,9	750,0	560,8	24,2	33,9	2022 Jan.
-	25,7	78,7	1 369,7	140,5	1 229,2	0,0	16,6	4 037,8	2 704,5	748,5	560,9	23,9	33,8	2022 Febr.
-	25,8	78,7	1 367,7	137,7	1 230,1	0,0	16,5	4 033,7	2 695,6	755,2	559,0	23,9	33,8	2022 März
-	25,9	78,7	1 384,4	140,6	1 243,8	0,0	16,7	4 046,7	2 705,6	759,4	557,9	23,8	33,8	2022 April
<b>Veränderungen *)</b>														
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	- 1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	- 2,1	- 4,3	- 46,6	+ 3,3	- 50,0	+ 0,0	- 1,3	+ 106,5	+ 156,2	- 28,3	- 11,3	- 10,1	- 1,6	2015
-	- 1,3	+ 1,5	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 104,7	+ 124,5	- 6,9	- 7,9	- 5,0	- 0,5	2016
-	- 0,0	- 1,6	+ 11,0	- 18,4	+ 29,4	- 0,0	- 0,5	+ 103,1	+ 142,8	- 27,5	- 5,6	- 6,7	+ 0,4	2017
-	- 1,0	+ 3,1	- 25,0	- 3,1	- 21,9	+ 0,0	- 0,4	+ 117,0	+ 139,3	- 10,8	- 4,3	- 6,5	+ 3,9	2018
-	- 0,7	+ 0,1	- 8,6	+ 1,6	- 10,2	+ 0,0	- 0,3	+ 122,5	+ 155,8	- 25,7	- 3,4	- 4,1	- 1,4	2019
-	+ 5,7	- 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	- 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	2020
-	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	- 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	+ 0,7	- 3,5	- 0,2	2021
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 8,3	+ 3,5	+ 4,8	- 0,0	+ 0,3	+ 20,5	+ 34,1	- 13,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	2020 Nov.
-	+ 0,6	+ 0,1	- 8,1	- 9,6	+ 1,5	-	+ 0,5	- 9,2	- 2,3	- 7,6	+ 1,0	- 0,2	- 0,0	2020 Dez.
-	+ 0,2	- 0,1	+ 24,9	+ 15,7	+ 9,2	+ 0,0	+ 0,5	+ 19,2	+ 28,9	- 10,3	+ 1,1	- 0,4	- 0,1	2021 Jan.
-	+ 0,3	+ 0,1	- 1,2	- 2,4	+ 1,2	- 0,0	+ 0,6	+ 9,1	+ 15,4	- 7,0	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	2021 Febr.
-	+ 0,3	+ 0,1	+ 75,1	- 2,6	+ 77,7	-	+ 0,5	+ 12,2	+ 17,7	- 4,8	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	2021 März
-	+ 0,2	- 0,6	+ 7,1	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 9,8	+ 19,6	- 9,8	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	2021 April
-	+ 0,3	+ 0,3	+ 8,9	+ 3,9	+ 5,0	-	+ 0,5	+ 20,6	+ 26,0	- 5,3	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	2021 Mai
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 5,0	- 7,3	+ 12,3	+ 0,0	+ 0,3	- 19,8	- 8,5	- 10,5	- 0,6	- 0,2	- 0,0	2021 Juni
-	+ 0,1	+ 0,1	+ 6,6	+ 3,5	+ 3,1	-	+ 0,1	+ 28,2	+ 33,9	- 5,0	- 0,6	- 0,2	- 0,1	2021 Juli
-	+ 0,2	+ 0,1	+ 4,1	- 0,8	+ 4,9	- 0,0	+ 0,2	+ 6,4	+ 10,0	- 2,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	2021 Aug.
-	+ 0,0	+ 0,7	- 10,6	- 6,4	- 4,2	+ 0,0	+ 0,1	- 6,7	- 5,4	- 0,3	- 0,8	- 0,2	- 0,2	2021 Sept.
-	- 0,1	+ 0,1	+ 10,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 28,8	+ 16,4	+ 13,2	- 0,6	- 0,2	- 0,2	2021 Okt.
-	+ 0,1	+ 0,1	+ 10,2	+ 2,3	+ 7,9	-	+ 0,1	+ 13,3	+ 21,5	- 7,6	- 0,2	- 0,3	- 0,3	2021 Nov.
-	+ 0,5	+ 0,1	- 35,4	- 18,0	- 17,4	- 0,0	+ 0,0	- 25,9	- 31,2	+ 4,1	+ 1,4	- 0,2	+ 0,6	2021 Dez.
-	- 0,0	- 0,6	+ 23,5	+ 18,3	+ 5,2	- 0,0	+ 0,0	+ 49,6	+ 36,3	+ 14,1	- 0,4	- 0,4	- 0,3	2022 Jan.
-	+ 0,0	+ 0,1	+ 6,0	+ 3,3	+ 2,7	- 0,0	+ 0,2	+ 11,9	+ 13,6	- 1,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	2022 Febr.
-	+ 0,1	+ 0,0	- 1,9	- 2,8	+ 0,8	-	- 0,0	- 4,1	- 9,0	+ 6,6	- 1,8	+ 0,0	-	2022 März
-	+ 0,2	- 0,0	+ 16,7	+ 3,0	+ 13,7	-	+ 0,2	+ 13,0	+ 9,5	+ 4,2	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	2022 April

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.  
4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank.  
5 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu

Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

#### 4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015	0,3	1 066,9	830,7	555,9	274,7	1,2	235,0	1,0	751,5	424,3	83,8	340,5	7,5	319,7
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2020 Nov.	0,2	1 056,0	815,8	563,4	252,4	3,5	236,7	4,0	845,6	539,5	139,8	399,7	14,0	292,1
2020 Dez.	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021 Jan.	0,2	1 135,1	897,8	645,6	252,2	2,6	234,7	3,8	846,9	538,6	142,7	395,8	14,0	294,3
2021 Febr.	0,6	1 146,4	912,7	659,6	253,1	2,2	231,5	3,8	853,6	548,2	150,4	397,7	14,7	290,7
2021 März	0,2	1 140,4	908,0	646,7	261,3	2,3	230,1	3,8	864,8	559,3	153,3	406,1	11,9	293,5
2021 April	0,2	1 172,3	943,1	680,7	262,3	2,3	227,0	3,9	855,5	555,5	152,6	402,9	13,0	287,0
2021 Mai	0,2	1 157,2	928,1	669,8	258,3	2,4	226,8	3,9	846,1	550,1	147,3	402,8	11,9	284,2
2021 Juni	0,4	1 159,3	930,3	666,6	263,7	2,5	226,4	3,9	855,1	551,6	146,7	404,9	10,5	293,0
2021 Juli	0,4	1 139,3	910,4	651,3	259,1	1,9	227,0	3,8	867,2	565,0	158,4	406,6	13,1	289,2
2021 Aug.	0,4	1 125,9	899,8	647,9	251,8	1,6	224,5	3,7	867,4	566,7	158,7	407,9	15,3	285,5
2021 Sept.	0,3	1 113,1	885,7	634,6	251,1	1,1	226,3	3,6	876,0	569,3	156,6	412,7	15,1	291,6
2021 Okt.	0,3	1 166,7	940,5	672,2	268,2	0,9	225,3	3,5	878,0	579,6	164,1	415,5	17,7	280,6
2021 Nov.	0,3	1 164,8	940,3	674,7	265,6	0,8	223,7	3,4	888,2	585,6	164,4	421,2	14,3	288,3
2021 Dez.	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2022 Jan.	0,3	1 200,2	977,7	714,1	263,6	1,2	221,3	3,5	911,6	610,7	187,0	423,7	10,3	290,7
2022 Febr.	0,5	1 222,3	998,7	734,3	264,4	1,6	222,0	3,6	923,5	615,2	191,4	423,7	9,4	298,9
2022 März	0,5	1 224,2	999,2	729,8	269,4	1,0	224,1	3,6	906,5	597,4	171,8	425,6	10,3	298,9
2022 April	0,6	1 229,5	1 003,6	734,1	269,6	1,6	224,3	3,6	914,4	612,0	180,9	431,1	13,1	289,2
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2015	+ 0,1	- 91,8	- 86,0	- 82,2	- 3,8	- 6,7	+ 0,8	- 0,1	- 6,1	- 9,2	- 6,5	- 2,7	+ 1,1	+ 2,0
2016	+ 0,0	- 25,5	- 14,5	- 38,2	+ 23,7	- 0,7	- 10,3	- 0,0	+ 17,4	+ 28,9	+ 10,1	+ 18,8	- 3,0	- 8,5
2017	+ 0,0	- 57,2	- 48,7	- 61,5	+ 12,8	+ 0,0	- 8,5	+ 0,6	- 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	- 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	- 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	- 0,4	- 9,7
2019	- 0,0	- 4,1	- 11,3	- 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 4,1	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8
2020	- 0,0	- 32,0	- 22,4	- 6,6	- 15,8	+ 0,9	- 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	- 2,5	- 15,8	- 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	- 3,2	+ 1,4
2020 Nov.	- 0,0	- 3,4	- 1,9	+ 1,8	- 3,7	- 0,0	- 1,5	- 0,1	+ 9,7	+ 3,6	+ 2,8	+ 0,8	- 2,5	+ 8,6
2020 Dez.	- 0,0	- 26,9	- 26,3	- 28,9	+ 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 0,1	- 19,3	- 13,7	- 13,6	- 0,0	- 2,7	- 3,0
2021 Jan.	- 0,0	+ 106,1	+ 108,3	+ 110,3	- 1,9	- 0,1	- 2,1	- 0,1	+ 22,5	+ 14,5	+ 17,8	- 3,3	+ 2,7	+ 5,3
2021 Febr.	+ 0,3	+ 11,1	+ 14,7	+ 14,0	+ 0,7	- 0,4	- 3,2	- 0,1	+ 6,3	+ 9,0	+ 7,5	+ 1,5	+ 0,7	- 3,5
2021 März	- 0,3	- 11,7	- 10,1	- 15,8	+ 5,6	+ 0,1	- 1,7	+ 0,0	+ 3,9	+ 4,9	+ 0,7	+ 4,1	- 2,8	+ 1,8
2021 April	- 0,0	+ 37,7	+ 40,7	+ 36,8	+ 3,9	- 0,1	- 2,9	+ 0,1	- 4,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,0	+ 1,1	- 5,6
2021 Mai	+ 0,0	- 14,9	- 14,6	- 11,5	- 3,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 7,7	- 4,2	- 4,4	+ 0,2	- 0,9	- 2,6
2021 Juni	+ 0,2	- 4,1	- 3,7	- 6,3	+ 2,6	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 4,9	- 1,8	- 1,7	- 0,2	- 1,5	+ 8,2
2021 Juli	+ 0,0	- 21,8	- 20,5	- 15,7	- 4,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 12,9	+ 13,0	+ 11,7	+ 1,4	+ 2,6	- 2,8
2021 Aug.	- 0,0	- 13,9	- 11,2	- 3,6	- 7,6	- 0,2	- 2,5	- 0,1	- 0,1	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,2	- 3,8
2021 Sept.	- 0,1	- 18,7	- 19,8	- 17,0	- 2,9	- 0,6	+ 1,7	- 0,1	+ 10,0	+ 4,6	+ 1,2	+ 3,4	- 0,2	+ 5,6
2021 Okt.	+ 0,0	+ 54,3	+ 55,5	+ 38,3	+ 17,3	- 0,1	- 1,1	- 0,1	+ 1,5	+ 9,9	+ 7,6	+ 2,3	+ 2,6	- 11,0
2021 Nov.	- 0,0	- 5,7	- 3,9	+ 0,2	- 4,0	- 0,1	- 1,8	- 0,1	+ 5,4	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,7	- 3,4	+ 7,1
2021 Dez.	- 0,0	- 65,7	- 64,3	- 60,9	- 3,5	- 0,5	- 0,9	+ 0,0	- 17,8	- 14,0	- 12,7	- 1,4	- 6,3	+ 2,5
2022 Jan.	+ 0,1	+ 95,8	+ 96,6	+ 97,4	- 0,8	+ 0,8	- 1,7	+ 0,1	+ 37,7	+ 36,2	+ 34,8	+ 1,4	+ 2,3	- 0,7
2022 Febr.	+ 0,2	+ 23,2	+ 22,1	+ 20,8	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,0	+ 12,7	+ 5,2	+ 4,6	+ 0,5	- 0,8	+ 8,4
2022 März	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 5,8	+ 4,3	- 0,6	+ 2,1	+ 0,0	- 18,3	- 18,9	- 20,1	+ 1,2	+ 0,8	- 0,2
2022 April	+ 0,1	- 9,7	- 10,2	- 4,6	- 5,6	+ 0,6	- 0,1	+ 0,0	- 1,7	+ 6,8	+ 6,7	+ 0,0	+ 2,8	- 11,3

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
13,1	30,5	611,9	323,4	288,5	203,8	84,7	0,1	201,1	102,6	98,5	49,3	49,2	0,7	2015	
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016	
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017	
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018	
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	-	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019	
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	-	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020	
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021	
11,5	19,0	836,8	491,3	345,5	219,0	126,5	-	279,9	154,2	125,8	66,0	59,7	0,1	2020 Nov.	
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	-	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020 Dez.	
11,3	16,5	954,9	507,8	447,0	298,5	148,5	-	279,8	145,0	134,8	69,4	65,3	0,1	2021 Jan.	
11,3	16,5	987,8	520,0	467,7	318,0	149,7	-	283,4	145,2	138,3	71,5	66,8	0,1	2021 Febr.	
11,3	16,6	991,5	520,2	471,3	319,5	151,8	-	288,9	147,8	141,1	73,7	67,4	0,1	2021 März	
11,3	16,5	1 008,7	522,1	486,6	343,1	143,5	-	295,8	150,7	145,0	81,0	64,1	0,1	2021 April	
11,3	16,5	1 013,1	513,9	499,2	360,2	139,0	-	304,0	148,4	155,6	88,0	67,6	0,1	2021 Mai	
11,3	16,5	1 016,2	539,5	476,7	335,5	141,3	-	290,8	148,4	142,5	79,9	62,6	0,1	2021 Juni	
11,2	16,0	981,6	525,0	456,6	304,9	151,7	-	292,2	151,7	140,5	79,3	61,2	0,1	2021 Juli	
11,2	16,3	969,4	513,0	456,4	293,0	163,5	0,0	298,4	158,9	139,6	78,8	60,8	0,1	2021 Aug.	
11,2	16,3	1 003,9	528,2	475,8	315,7	160,1	-	306,0	164,0	142,0	81,5	60,4	0,1	2021 Sept.	
11,2	16,3	1 031,2	550,5	480,7	320,4	160,3	0,0	320,9	169,8	151,1	83,3	67,8	0,1	2021 Okt.	
11,3	16,4	1 068,2	565,4	502,8	335,0	167,9	0,0	315,5	171,3	144,2	75,5	68,7	0,1	2021 Nov.	
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021 Dez.	
11,1	16,1	1 098,5	635,9	462,7	321,8	140,8	0,0	339,9	177,2	162,7	82,1	80,5	0,1	2022 Jan.	
11,1	16,0	1 130,4	640,4	490,0	349,8	140,2	0,0	361,2	194,5	166,7	87,0	79,7	0,1	2022 Febr.	
11,1	15,7	1 113,8	632,7	481,1	349,8	131,3	0,0	361,6	200,0	161,6	82,0	79,6	0,1	2022 März	
11,1	15,7	1 113,1	600,6	512,6	381,1	131,4	0,0	385,2	201,5	183,8	103,2	80,6	0,1	2022 April	
<b>Veränderungen *)</b>															
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,6	- 6,1	- 15,4	+ 40,6	- 56,0	- 48,6	- 7,4	- 0,0	- 26,5	- 13,9	- 12,6	+ 0,3	- 13,0	- 0,0	2015	
- 0,1	- 1,5	+ 82,7	+ 51,0	+ 31,7	+ 27,0	+ 4,7	- 0,0	+ 3,5	- 3,1	+ 6,7	+ 5,9	+ 0,8	- 0,0	2016	
- 1,0	- 4,1	- 15,5	+ 25,2	- 40,8	- 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	- 0,4	2017	
- 0,2	- 2,2	- 23,9	- 23,4	- 0,4	+ 2,1	- 2,6	- 0,0	- 11,9	- 0,2	- 11,8	- 5,7	- 6,0	- 0,2	2018	
- 0,3	- 0,9	- 9,5	- 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	- 0,0	- 0,8	+ 2,1	- 2,9	- 1,8	- 1,1	- 0,0	2019	
- 0,2	- 3,9	+ 83,8	+ 87,8	- 4,1	- 34,7	+ 30,6	-	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020	
- 0,2	- 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	- 0,0	2021	
+ 0,0	+ 0,0	+ 7,9	+ 5,9	+ 2,0	- 3,7	+ 5,7	-	+ 11,6	+ 12,2	- 0,6	- 2,1	+ 1,5	- 0,0	2020 Nov.	
- 0,2	- 1,7	- 72,1	- 60,9	- 11,2	- 12,6	+ 1,4	-	- 20,3	- 20,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	2020 Dez.	
- 0,0	- 0,8	+ 191,3	+ 78,5	+ 112,9	+ 92,4	+ 20,5	-	+ 20,1	+ 12,3	+ 7,8	+ 3,6	+ 4,2	- 0,0	2021 Jan.	
- 0,0	- 0,0	+ 32,7	+ 12,2	+ 20,5	+ 19,3	+ 1,2	-	+ 3,4	+ 0,0	+ 3,4	+ 2,0	+ 1,4	- 0,0	2021 Febr.	
+ 0,1	- 0,0	- 1,8	- 2,6	+ 0,8	- 1,1	+ 1,9	-	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,0	2021 März	
- 0,0	+ 0,0	+ 23,2	+ 4,3	+ 19,0	+ 26,8	- 7,8	-	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	+ 7,3	- 3,0	+ 0,0	2021 April	
+ 0,0	+ 0,0	+ 4,9	- 7,4	+ 12,2	+ 16,6	- 4,4	-	+ 8,6	- 2,2	+ 10,8	+ 7,2	+ 3,5	- 0,0	2021 Mai	
- 0,1	- 0,0	- 1,9	+ 23,7	- 25,6	- 27,4	+ 1,8	-	- 14,8	- 0,6	- 14,2	- 9,0	- 5,2	- 0,0	2021 Juni	
- 0,1	- 0,5	- 34,8	- 14,6	- 20,2	- 30,6	+ 10,4	-	+ 1,3	+ 2,9	- 1,6	- 0,3	- 1,3	+ 0,0	2021 Juli	
+ 0,0	+ 0,2	- 12,8	- 12,3	- 0,5	- 12,2	+ 11,7	+ 0,0	+ 5,7	+ 6,7	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 0,0	2021 Aug.	
- 0,0	+ 0,0	+ 30,5	+ 12,9	+ 17,6	+ 21,4	- 3,9	- 0,0	+ 6,7	+ 4,9	+ 1,7	+ 2,3	- 0,6	+ 0,0	2021 Sept.	
+ 0,0	+ 0,1	+ 27,9	+ 22,7	+ 5,2	+ 5,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 14,7	+ 5,8	+ 9,0	+ 1,6	+ 7,4	- 0,0	2021 Okt.	
+ 0,0	+ 0,1	+ 32,3	+ 12,5	+ 19,9	+ 13,0	+ 6,9	-	- 6,3	+ 0,8	- 7,1	- 8,4	+ 1,3	- 0,0	2021 Nov.	
- 0,1	+ 0,2	- 155,0	- 110,1	- 44,9	- 34,0	- 10,9	-	- 27,7	- 29,6	+ 1,9	- 7,0	+ 8,9	+ 0,0	2021 Dez.	
- 0,0	- 0,6	+ 180,8	+ 178,4	+ 2,4	+ 19,3	- 16,9	-	+ 50,8	+ 34,9	+ 16,0	+ 13,1	+ 2,9	-	2022 Jan.	
+ 0,0	- 0,0	+ 33,4	+ 5,7	+ 27,8	+ 28,3	- 0,5	-	+ 21,2	+ 17,0	+ 4,2	+ 5,0	- 0,8	-	2022 Febr.	
- 0,1	- 0,3	- 18,3	- 8,5	- 9,8	- 0,7	- 9,1	-	- 0,1	+ 5,3	- 5,4	- 5,3	- 0,1	- 0,0	2022 März	
+ 0,0	- 0,1	- 13,8	- 39,6	+ 25,8	+ 27,0	- 1,1	-	+ 19,8	- 0,6	+ 20,4	+ 19,7	+ 0,7	-	2022 April	

#### IV. Banken

#### 5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite						Mittel- und langfristige			
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausleihforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unternehmen	
				zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel			zusammen
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9	
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8	
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4	
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0	
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0	
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	-0,2	3 145,0	2 732,8	
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9	
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0	
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6	
2020 Nov.	3 661,1	3 247,6	258,7	229,3	228,7	0,6	29,4	22,4	7,0	3 402,4	3 001,7	
Dez.	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0	
2021 Jan.	3 654,0	3 251,0	247,7	221,9	221,3	0,6	25,8	19,7	6,1	3 406,3	3 018,4	
Febr.	3 669,3	3 261,9	249,5	224,2	223,6	0,6	25,3	18,5	6,8	3 419,7	3 031,9	
März	3 699,1	3 287,7	261,3	236,6	236,0	0,6	24,7	18,6	6,1	3 437,8	3 048,6	
April	3 693,9	3 287,7	248,6	223,5	222,8	0,7	25,1	20,2	4,9	3 445,2	3 061,5	
Mai	3 709,6	3 300,4	248,7	225,4	224,6	0,8	23,3	19,5	3,8	3 460,9	3 075,1	
Juni	3 709,2	3 305,8	250,7	225,8	225,0	0,8	24,9	19,9	5,1	3 458,5	3 082,5	
Juli	3 725,3	3 323,0	248,2	221,0	220,2	0,8	27,2	21,9	5,3	3 477,1	3 102,5	
Aug.	3 736,4	3 332,9	245,0	221,1	220,4	0,7	23,9	18,9	4,9	3 491,5	3 116,8	
Sept.	3 749,8	3 342,1	247,8	224,5	223,8	0,7	23,4	19,6	3,7	3 501,9	3 123,2	
Okt.	3 770,2	3 367,1	256,5	232,5	231,9	0,6	24,0	19,5	4,4	3 513,7	3 142,9	
Nov.	3 794,0	3 386,5	255,6	232,9	232,3	0,6	22,7	17,7	5,0	3 538,4	3 164,9	
Dez.	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6	
2022 Jan.	3 812,8	3 409,2	262,6	242,3	241,7	0,6	20,3	17,8	2,5	3 550,2	3 180,4	
Febr.	3 826,5	3 426,2	267,4	246,3	246,1	0,8	20,5	16,3	4,2	3 559,1	3 195,3	
März	3 853,8	3 449,2	273,6	254,8	254,0	0,8	18,9	16,3	2,5	3 580,1	3 209,5	
April	3 866,6	3 470,2	277,5	257,9	256,9	0,9	19,6	17,1	2,5	3 589,1	3 226,2	
<b>Veränderungen *)</b>												
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6	
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5	
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9	
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8	
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4	
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	- 0,6	+ 65,0	+ 102,0	
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	- 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8	
2020	+ 123,2	+ 123,6	- 19,6	- 19,8	- 19,8	- 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6	
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	- 0,1	- 4,9	- 2,8	- 2,1	+ 143,4	+ 157,9	
2020 Nov.	+ 10,6	+ 10,4	- 2,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 2,0	- 0,7	- 1,2	+ 12,7	+ 10,6	
Dez.	- 14,1	- 2,3	- 15,5	- 7,7	- 7,5	- 0,2	- 7,8	- 4,4	- 3,4	+ 1,4	+ 11,2	
2021 Jan.	+ 6,6	+ 5,3	+ 4,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 5,2	
Febr.	+ 15,3	+ 10,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0	- 0,5	- 1,2	+ 0,7	+ 13,5	+ 13,3	
März	+ 29,7	+ 25,6	+ 11,2	+ 12,5	+ 12,5	- 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,4	+ 18,5	+ 16,3	
April	- 5,2	- 0,0	- 12,8	- 13,1	- 13,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,6	- 1,2	+ 7,5	+ 13,0	
Mai	+ 15,6	+ 12,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 1,8	- 0,6	- 1,2	+ 15,5	+ 13,4	
Juni	- 0,4	+ 5,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	- 2,4	+ 7,3	
Juli	+ 16,1	+ 17,2	- 2,0	- 4,2	- 4,3	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 18,1	+ 19,5	
Aug.	+ 10,9	+ 9,7	- 3,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 3,3	- 2,9	- 0,4	+ 14,1	+ 14,2	
Sept.	+ 13,5	+ 9,3	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,8	- 0,0	- 0,5	+ 0,7	- 1,2	+ 10,2	+ 6,2	
Okt.	+ 20,5	+ 25,1	+ 8,7	+ 8,1	+ 8,2	- 0,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,7	+ 11,8	+ 19,8	
Nov.	+ 25,5	+ 20,5	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,0	- 1,2	- 1,8	+ 0,6	+ 24,4	+ 19,9	
Dez.	+ 4,3	+ 6,3	- 5,8	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 5,2	- 2,5	- 2,7	+ 10,1	+ 9,8	
2022 Jan.	+ 14,7	+ 16,5	+ 12,9	+ 10,1	+ 9,8	+ 0,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,8	+ 5,8	
Febr.	+ 15,1	+ 18,4	+ 6,2	+ 6,0	+ 5,8	+ 0,2	+ 0,2	- 1,5	+ 1,7	+ 9,0	+ 14,9	
März	+ 27,3	+ 23,0	+ 6,2	+ 7,9	+ 7,9	- 0,0	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	+ 21,0	+ 14,2	
April	+ 13,2	+ 21,4	+ 3,8	+ 3,1	+ 3,0	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 9,3	+ 17,1	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus



IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen						an öffentliche Haushalte							
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016	
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017	
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018	
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019	
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020	
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021	
2 762,3	311,5	2 450,8	239,4	21,8	400,7	234,2	15,7	218,6	166,4	–	1,2	2020 Nov.	
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020 Dez.	
2 776,4	307,8	2 468,6	242,0	22,5	387,9	233,6	15,3	218,3	154,3	–	1,2	2021 Jan.	
2 787,7	309,7	2 478,1	244,2	22,8	387,8	232,0	15,4	216,6	155,8	–	1,1	2021 Febr.	
2 802,4	314,5	2 487,9	246,1	23,1	389,3	230,7	15,2	215,5	158,6	–	1,1	2021 März	
2 813,9	313,6	2 500,3	247,6	23,4	383,7	230,8	15,0	215,8	153,0	–	1,1	2021 April	
2 825,1	311,7	2 513,5	249,9	23,6	385,9	231,1	14,9	216,2	154,8	–	1,1	2021 Mai	
2 831,8	310,0	2 521,8	250,7	23,9	376,0	229,2	14,7	214,5	146,8	–	1,1	2021 Juni	
2 851,4	310,7	2 540,8	251,0	24,0	374,6	229,5	14,9	214,6	145,1	–	1,1	2021 Juli	
2 864,5	311,5	2 553,1	252,2	24,2	374,7	229,1	14,7	214,4	145,6	–	1,1	2021 Aug.	
2 870,0	310,1	2 559,9	253,2	24,2	378,7	228,7	14,3	214,4	150,1	–	1,0	2021 Sept.	
2 885,5	313,5	2 572,0	257,4	24,1	370,9	230,2	14,6	215,6	140,7	–	1,0	2021 Okt.	
2 906,5	315,6	2 590,9	258,4	24,2	373,5	230,0	14,5	215,6	143,5	–	1,0	2021 Nov.	
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021 Dez.	
2 920,6	312,8	2 607,8	259,8	24,7	369,8	229,1	13,9	215,2	140,7	–	1,0	2022 Jan.	
2 935,4	313,8	2 621,6	259,9	24,6	363,8	228,5	13,9	214,5	135,4	–	1,1	2022 Febr.	
2 950,1	316,1	2 633,9	259,4	24,7	370,7	228,8	13,7	215,1	141,8	–	1,1	2022 März	
2 966,8	317,3	2 649,5	259,4	24,9	362,9	229,5	13,7	215,7	133,5	–	1,0	2022 April	
<b>Veränderungen *)</b>													
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	– 0,4	2016	
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017	
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018	
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019	
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020	
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021	
+ 10,9	– 1,2	+ 12,1	– 0,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,5	+ 1,8	–	– 0,0	2020 Nov.	
+ 9,5	– 1,0	+ 10,5	+ 1,7	+ 0,7	– 9,8	+ 0,0	– 0,0	+ 0,0	– 9,9	–	– 0,1	2020 Dez.	
+ 4,3	– 2,7	+ 7,1	+ 0,9	+ 0,1	– 3,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 2,3	–	+ 0,1	2021 Jan.	
+ 11,1	+ 1,8	+ 9,3	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,2	– 1,3	+ 0,1	– 1,4	+ 1,5	–	– 0,0	2021 Febr.	
+ 14,4	+ 4,7	+ 9,7	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,1	– 1,4	– 0,2	– 1,2	+ 3,5	–	– 0,0	2021 März	
+ 11,5	– 0,9	+ 12,4	+ 1,5	+ 0,2	– 5,5	+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	– 5,6	–	– 0,0	2021 April	
+ 11,0	– 1,9	+ 13,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 1,8	–	+ 0,0	2021 Mai	
+ 6,5	– 1,7	+ 8,2	+ 0,8	+ 0,3	– 9,7	– 1,8	– 0,2	– 1,5	– 7,9	–	– 0,0	2021 Juni	
+ 19,2	+ 0,2	+ 19,0	+ 0,3	+ 0,1	– 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	– 1,7	–	– 0,0	2021 Juli	
+ 13,0	+ 0,8	+ 12,3	+ 1,2	+ 0,2	– 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,4	+ 0,5	–	– 0,0	2021 Aug.	
+ 5,2	– 1,4	+ 6,6	+ 1,0	– 0,0	+ 4,0	– 0,4	– 0,5	+ 0,0	+ 4,4	–	+ 0,0	2021 Sept.	
+ 15,6	+ 3,5	+ 12,1	+ 4,1	– 0,1	– 7,9	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,1	– 9,4	–	– 0,0	2021 Okt.	
+ 18,9	+ 4,4	+ 14,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 4,4	+ 0,9	– 0,1	+ 1,0	+ 3,5	–	– 0,0	2021 Nov.	
+ 9,3	– 1,1	+ 10,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	+ 0,4	–	+ 0,0	2021 Dez.	
+ 4,9	– 1,7	+ 6,6	+ 0,8	– 0,0	– 4,0	– 0,8	– 0,4	– 0,4	– 3,2	–	– 0,0	2022 Jan.	
+ 14,8	+ 1,0	+ 13,8	+ 0,1	+ 0,0	– 6,0	– 0,7	– 0,0	– 0,6	– 5,3	–	– 0,0	2022 Febr.	
+ 14,7	+ 2,3	+ 12,4	– 0,5	+ 0,1	+ 6,8	+ 0,4	– 0,2	+ 0,6	+ 6,5	–	– 0,0	2022 März	
+ 17,1	+ 1,5	+ 15,6	– 0,0	+ 0,2	– 7,7	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	– 8,4	–	– 0,0	2022 April	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-  
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

#### IV. Banken

### 6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	darunter:				Kredite an Unternehmen und Selbständige									
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau		Kredite an Unternehmen und Selbständige									
zusammen			Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														
2020	2 993,0	1 601,8	1 565,6	1 285,1	280,5	1 623,4	443,3	146,7	123,4	82,7	135,8	55,3	59,8	176,0
2021 März	3 038,4	1 618,9	1 587,9	1 302,5	285,4	1 657,2	451,2	149,2	123,0	84,6	139,1	55,4	60,1	182,5
2021 Juni	3 056,8	1 634,6	1 619,5	1 316,7	302,8	1 654,3	461,4	142,5	122,1	85,7	135,5	56,0	57,9	182,6
2021 Sept.	3 093,7	1 653,1	1 648,9	1 337,4	311,4	1 666,9	467,9	143,9	122,2	87,7	136,7	56,2	56,3	182,6
2021 Dez.	3 147,5	1 591,4	1 678,2	1 373,0	305,2	1 701,5	477,2	146,1	128,3	98,0	140,4	55,9	55,6	186,3
2022 März	3 204,0	1 613,7	1 701,0	1 391,9	309,0	1 742,4	485,1	150,9	134,3	101,3	145,3	56,3	54,9	193,2
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2020	221,2	–	8,0	–	8,0	192,1	4,6	29,0	6,9	16,0	37,0	3,6	6,1	31,6
2021 März	236,0	–	8,0	–	8,0	207,4	4,7	33,4	6,4	16,7	38,9	3,9	6,1	34,2
2021 Juni	225,0	–	7,8	–	7,8	195,9	4,5	28,8	5,5	16,7	34,7	4,2	4,4	34,4
2021 Sept.	223,8	–	7,8	–	7,8	193,7	4,4	30,4	5,1	17,1	35,6	4,0	4,1	34,1
2021 Dez.	231,8	–	6,9	–	6,9	202,7	4,4	31,6	9,1	18,0	36,4	3,3	3,9	35,0
2022 März	254,0	–	7,0	–	7,0	224,1	4,5	36,5	14,0	19,5	39,3	3,6	4,1	38,0
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2020	310,5	–	38,5	–	38,5	230,4	18,5	30,2	5,4	14,8	19,3	4,8	15,0	51,4
2021 März	314,5	–	38,9	–	38,9	236,4	19,1	29,2	5,1	15,3	19,7	4,5	14,7	52,9
2021 Juni	310,0	–	39,7	–	39,7	232,8	19,8	27,7	5,0	15,3	19,5	4,5	14,1	51,2
2021 Sept.	310,1	–	40,2	–	40,2	233,3	20,2	27,8	5,2	15,8	19,3	4,5	12,3	51,7
2021 Dez.	314,5	–	40,5	–	40,5	239,5	20,6	28,3	5,4	19,3	20,8	4,3	12,3	52,0
2022 März	316,1	–	40,8	–	40,8	242,2	21,0	28,9	5,6	20,0	22,0	4,2	11,7	53,1
<b>Langfristige Kredite</b>														
2020	2 461,4	1 601,8	1 519,1	1 285,1	234,0	1 201,0	420,2	87,5	111,2	51,8	79,4	47,0	38,7	93,0
2021 März	2 487,9	1 618,9	1 541,0	1 302,5	238,5	1 213,5	427,4	86,6	111,5	52,6	80,5	47,1	39,3	95,4
2021 Juni	2 521,8	1 634,6	1 572,0	1 316,7	255,3	1 225,5	437,2	86,0	111,6	53,7	81,3	47,3	39,4	97,0
2021 Sept.	2 559,9	1 653,1	1 600,9	1 337,4	263,5	1 240,0	443,4	85,6	111,9	54,9	81,8	47,7	39,9	96,8
2021 Dez.	2 601,2	1 591,4	1 630,9	1 373,0	257,8	1 259,3	452,2	86,2	113,8	60,8	83,2	48,3	39,4	99,3
2022 März	2 633,9	1 613,7	1 653,1	1 391,9	261,2	1 276,0	459,6	85,5	114,8	61,8	84,0	48,4	39,2	102,1
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
2021 1.Vj.	+ 44,8	+ 17,1	+ 22,2	+ 17,3	+ 4,9	+ 33,0	+ 7,6	+ 2,5	– 0,7	+ 1,9	+ 3,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 6,2
2021 2.Vj.	+ 17,9	+ 20,9	+ 30,7	+ 21,0	+ 9,7	– 3,2	+ 9,6	– 6,7	– 0,9	+ 1,1	– 3,7	+ 0,6	– 2,2	– 0,0
2021 3.Vj.	+ 37,1	+ 18,5	+ 29,1	+ 19,7	+ 9,4	+ 12,7	+ 6,3	+ 1,4	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,1	– 1,7	+ 1,0
2021 4.Vj.	+ 54,1	+ 18,0	+ 28,6	+ 18,9	+ 9,7	+ 34,9	+ 9,0	+ 2,2	+ 5,9	+ 1,5	+ 3,7	– 0,2	– 0,6	+ 3,7
2022 1.Vj.	+ 57,9	+ 17,9	+ 22,0	+ 16,6	+ 5,3	+ 42,0	+ 7,0	+ 4,8	+ 6,3	+ 3,2	+ 4,7	+ 0,4	– 1,1	+ 8,9
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2021 1.Vj.	+ 14,9	–	+ 0,0	–	+ 0,0	+ 15,4	+ 0,1	+ 4,4	– 0,5	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 2,6
2021 2.Vj.	– 11,1	–	– 0,2	–	– 0,2	– 11,6	– 0,2	– 4,6	– 0,9	– 0,1	– 4,2	+ 0,4	– 1,7	+ 0,2
2021 3.Vj.	– 0,3	–	– 0,1	–	– 0,1	– 1,3	– 0,1	+ 1,7	– 0,4	+ 0,4	+ 0,6	– 0,2	– 0,3	– 0,3
2021 4.Vj.	+ 10,3	–	– 0,2	–	– 0,2	+ 10,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,9	– 0,6	– 0,2	+ 1,0
2022 1.Vj.	+ 23,5	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 22,7	+ 0,1	+ 4,9	+ 4,9	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 4,4
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2021 1.Vj.	+ 3,8	–	+ 0,4	–	+ 0,4	+ 5,9	+ 0,6	– 1,0	– 0,2	+ 0,4	+ 0,4	– 0,2	– 0,4	+ 1,5
2021 2.Vj.	– 4,5	–	+ 0,8	–	+ 0,8	– 3,5	+ 0,7	– 1,5	– 0,1	+ 0,0	– 0,3	– 0,1	– 0,6	– 1,8
2021 3.Vj.	– 0,4	–	+ 0,6	–	+ 0,6	– 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,5	– 0,6	+ 0,0	– 1,8	+ 0,7
2021 4.Vj.	+ 6,8	–	+ 0,4	–	+ 0,4	+ 8,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 3,5	+ 1,6	– 0,1	+ 0,0	+ 0,5
2022 1.Vj.	+ 1,7	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 2,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,2	– 0,0	– 0,7	+ 1,2
<b>Langfristige Kredite</b>														
2021 1.Vj.	+ 26,1	+ 17,1	+ 21,8	+ 17,3	+ 4,5	+ 11,7	+ 6,9	– 0,9	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,2
2021 2.Vj.	+ 33,6	+ 20,9	+ 30,2	+ 21,0	+ 9,1	+ 12,0	+ 9,1	– 0,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,5
2021 3.Vj.	+ 37,8	+ 18,5	+ 28,6	+ 19,7	+ 8,9	+ 14,1	+ 6,0	– 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6
2021 4.Vj.	+ 37,0	+ 18,0	+ 28,4	+ 18,9	+ 9,5	+ 16,4	+ 8,4	+ 0,6	+ 1,8	– 3,0	+ 1,2	+ 0,6	– 0,5	+ 2,2
2022 1.Vj.	+ 32,7	+ 17,9	+ 21,5	+ 16,6	+ 4,9	+ 16,5	+ 6,5	– 0,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,1	– 0,6	+ 3,4

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderun-

gen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	darunter:	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														<b>Kredite insgesamt</b>
843,7	286,6	53,8	204,1	464,0	47,9	1 353,4	1 118,3	235,2	177,4	6,7	16,2	4,0	2020	
863,3	293,7	59,2	204,3	467,7	48,3	1 364,8	1 132,6	232,2	175,4	6,6	16,4	4,1	2021 März	
872,0	296,9	58,2	208,6	473,6	48,7	1 386,3	1 154,0	232,4	174,8	6,6	16,2	4,1	Juni	
881,4	304,0	57,5	210,5	478,3	48,9	1 410,5	1 176,6	233,9	176,4	7,0	16,3	4,3	Sept.	
890,8	308,6	63,8	207,9	483,8	48,3	1 429,3	1 196,6	232,7	184,1	6,9	16,7	4,4	Dez.	
906,2	315,6	66,2	209,8	489,1	49,1	1 444,9	1 211,4	233,5	184,4	7,1	16,8	4,4	2022 März	
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
61,9	15,7	9,6	10,5	20,9	3,7	28,6	3,4	25,2	1,3	6,7	0,6	0,0	2020	
67,9	16,5	12,3	10,2	20,5	3,9	27,9	3,4	24,6	1,3	6,6	0,7	0,0	2021 März	
67,1	16,0	11,5	10,4	21,0	4,1	28,6	3,4	25,2	1,4	6,6	0,5	0,0	Juni	
63,3	16,9	10,3	9,8	20,5	4,3	29,6	3,4	26,2	1,5	7,0	0,5	0,0	Sept.	
65,5	14,5	13,0	10,0	19,7	3,8	28,6	2,5	26,1	1,4	6,9	0,5	0,0	Dez.	
69,2	15,3	14,0	10,5	20,3	4,4	29,2	2,5	26,7	1,6	7,1	0,7	0,0	2022 März	
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
89,6	20,4	11,8	24,5	32,0	3,5	79,6	20,0	59,6	56,1	-	0,5	0,0	2020	
94,9	21,9	14,4	25,2	31,5	3,6	77,6	19,8	57,8	54,2	-	0,5	0,0	2021 März	
95,7	22,2	14,4	26,4	31,3	3,4	76,7	19,8	56,9	53,1	-	0,5	0,0	Juni	
96,7	23,2	13,8	27,4	31,1	3,4	76,3	20,0	56,3	52,4	-	0,6	0,1	Sept.	
97,0	23,1	15,2	27,1	30,0	3,3	74,4	19,8	54,6	50,6	-	0,6	0,1	Dez.	
96,8	22,8	15,5	27,2	30,0	3,2	73,4	19,7	53,7	49,6	-	0,5	0,1	2022 März	
<b>Langfristige Kredite</b>														
692,3	250,5	32,4	169,1	411,1	40,7	1 245,3	1 094,9	150,4	120,0	-	15,1	4,0	2020	
700,5	255,3	32,5	168,9	415,7	40,8	1 259,3	1 109,5	149,8	119,9	-	15,2	4,1	2021 März	
709,2	258,7	32,3	171,8	421,3	41,1	1 281,1	1 130,8	150,3	120,3	-	15,2	4,1	Juni	
721,3	263,9	33,3	173,3	426,7	41,2	1 304,7	1 153,3	151,4	122,6	-	15,3	4,2	Sept.	
728,4	271,1	35,6	170,8	434,1	41,3	1 326,3	1 174,3	152,0	132,1	-	15,6	4,3	Dez.	
740,2	277,5	36,8	172,1	438,8	41,4	1 342,3	1 189,2	153,1	133,2	-	15,6	4,4	2022 März	
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														<b>Kredite insgesamt</b>
+ 19,6	+ 7,0	+ 5,4	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,4	+ 11,6	+ 14,6	- 2,9	- 2,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	2021 1.Vj.	
+ 8,7	+ 3,2	- 0,9	+ 4,3	+ 5,8	+ 0,4	+ 21,3	+ 21,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	2.Vj.	
+ 9,4	+ 6,5	- 0,8	+ 1,7	+ 4,2	+ 0,2	+ 24,3	+ 22,7	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	3.Vj.	
+ 18,8	+ 7,3	+ 4,2	+ 2,8	+ 5,2	- 0,6	+ 18,8	+ 19,6	- 0,7	- 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 0,1	4.Vj.	
+ 14,9	+ 6,7	+ 2,4	+ 1,7	+ 5,0	+ 0,7	+ 15,8	+ 14,9	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	2022 1.Vj.	
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
+ 6,0	+ 0,7	+ 2,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	2021 1.Vj.	
- 0,8	- 0,5	- 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
- 2,7	+ 0,9	- 1,2	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 3,4	- 1,1	+ 2,5	+ 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
+ 3,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	2022 1.Vj.	
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
+ 5,6	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,9	-	+ 0,0	+ 0,0	2021 1.Vj.	
+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	+ 1,2	- 0,2	- 0,2	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 1,1	-	- 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,8	+ 0,8	- 0,5	+ 0,9	- 0,2	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,6	- 0,7	-	+ 0,1	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,7	+ 1,3	+ 1,4	- 0,4	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 0,1	- 1,1	- 1,3	-	+ 0,0	+ 0,0	4.Vj.	
- 0,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2022 1.Vj.	
<b>Langfristige Kredite</b>														
+ 8,0	+ 4,8	+ 0,1	- 0,2	+ 4,1	+ 0,1	+ 14,3	+ 14,8	- 0,6	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	2021 1.Vj.	
+ 8,8	+ 3,4	- 0,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 0,3	+ 21,6	+ 21,0	+ 0,6	+ 0,6	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.	
+ 11,3	+ 4,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 4,9	+ 0,1	+ 23,6	+ 22,5	+ 1,2	+ 1,7	-	+ 0,1	+ 0,1	3.Vj.	
+ 13,6	+ 7,2	+ 0,4	+ 2,7	+ 6,2	+ 0,1	+ 20,4	+ 19,9	+ 0,5	+ 1,2	-	+ 0,3	+ 0,1	4.Vj.	
+ 11,5	+ 6,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 4,5	+ 0,1	+ 16,2	+ 15,0	+ 1,2	+ 1,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2022 1.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

#### IV. Banken

#### 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Nichtbanken insgesamt</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2019	3 661,0	2 236,3	816,2	202,7	613,5	52,7	560,8	575,2	33,2	32,5	14,7	0,2		
2020	3 885,2	2 513,0	783,3	188,9	594,4	47,9	546,5	560,6	28,3	34,4	14,4	0,1		
2021	3 976,3	2 654,6	736,0	161,0	574,9	49,7	525,2	561,2	24,5	34,2	17,1	1,3		
2021 Mai	3 956,3	2 620,5	746,2	165,9	580,3	47,3	533,1	563,2	26,3	34,6	14,4	0,7		
Juni	3 936,4	2 612,1	735,7	158,1	577,5	47,4	530,1	562,6	26,1	34,6	14,4	1,0		
Juli	3 964,6	2 646,0	730,7	155,4	575,3	47,7	527,6	562,0	25,9	34,5	14,3	1,5		
Aug.	3 971,0	2 656,0	727,8	151,2	576,7	48,1	528,5	561,5	25,6	34,3	14,3	1,5		
Sept.	3 960,3	2 647,9	726,1	152,7	573,5	47,8	525,7	560,7	25,5	34,1	14,4	1,6		
Okt.	3 989,1	2 664,3	739,3	163,6	575,7	49,1	526,6	560,1	25,3	33,9	15,3	1,4		
Nov.	4 002,4	2 685,9	731,8	157,1	574,7	49,9	524,8	559,9	24,8	33,6	15,3	0,9		
Dez.	3 976,3	2 654,6	736,0	161,0	574,9	49,7	525,2	561,2	24,5	34,2	17,1	1,3		
2022 Jan.	4 025,9	2 690,9	750,0	175,9	574,1	49,5	524,6	560,8	24,2	33,9	17,1	1,1		
Febr.	4 037,8	2 704,5	748,5	175,5	573,0	48,7	524,3	560,9	23,9	33,8	17,1	1,2		
März	4 033,7	2 695,6	755,2	183,4	571,7	49,2	522,5	559,0	23,9	33,8	17,2	1,6		
April	4 046,7	2 705,6	759,4	189,8	569,6	50,0	519,6	557,9	23,8	33,8	17,3	1,1		
<b>Veränderungen *)</b>														
2020	+ 221,6	+ 273,7	- 32,7	- 15,0	- 17,7	- 4,8	- 12,9	- 14,5	- 4,9	+ 1,9	- 0,3	- 0,1		
2021	+ 95,3	+ 144,3	- 46,2	- 27,3	- 18,9	+ 1,5	- 20,5	+ 0,7	- 3,5	+ 0,2	+ 2,7	+ 1,2		
2021 Mai	+ 20,6	+ 26,0	- 5,3	- 3,0	- 2,4	+ 0,4	- 2,8	+ 0,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,0	- 0,3		
Juni	- 19,8	- 8,5	- 10,5	- 7,8	- 2,7	+ 0,2	- 2,9	- 0,6	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Juli	+ 28,2	+ 33,9	- 5,0	- 2,8	- 2,2	+ 0,3	- 2,5	- 0,6	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,6		
Aug.	+ 6,4	+ 10,0	- 2,9	- 4,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0		
Sept.	- 6,7	- 5,4	- 0,3	+ 2,1	- 2,4	- 0,6	- 1,8	- 0,8	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
Okt.	+ 28,8	+ 16,4	+ 13,2	+ 11,0	+ 2,2	+ 1,3	+ 0,9	- 0,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,0	- 0,2		
Nov.	+ 13,3	+ 21,5	- 7,6	- 6,4	- 1,2	+ 0,8	- 2,0	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 0,6		
Dez.	- 25,9	- 31,2	+ 4,1	+ 3,9	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	+ 1,4	- 0,2	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,4		
2022 Jan.	+ 49,6	+ 36,3	+ 14,1	+ 15,0	- 0,9	- 0,2	- 0,7	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 0,2		
Febr.	+ 11,9	+ 13,6	- 1,6	- 0,4	- 1,2	- 0,8	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
März	- 4,1	- 9,0	+ 6,6	+ 7,9	- 1,3	+ 0,5	- 1,8	- 1,8	+ 0,0	-	+ 0,0	+ 0,3		
April	+ 13,0	+ 9,5	+ 4,2	+ 6,4	- 2,2	+ 0,8	- 3,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5		
<b>Inländische öffentliche Haushalte</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2019	237,1	74,7	154,9	76,0	78,9	26,1	52,8	3,4	4,1	24,7	2,2	0,2		
2020	229,5	80,1	143,0	59,6	83,5	20,9	62,6	2,7	3,7	25,4	2,1	-		
2021	210,1	82,4	121,9	42,0	79,9	23,8	56,1	2,5	3,3	25,8	2,0	1,0		
2021 Mai	218,4	88,4	123,8	45,8	78,0	19,8	58,2	2,6	3,5	25,3	2,0	-		
Juni	209,0	81,5	121,5	43,8	77,6	20,3	57,3	2,6	3,4	25,2	2,0	0,2		
Juli	211,8	86,6	119,2	41,6	77,7	20,6	57,0	2,6	3,4	25,2	2,0	-		
Aug.	207,9	84,1	117,9	38,8	79,0	21,2	57,9	2,6	3,4	25,3	2,0	-		
Sept.	210,8	84,8	120,1	42,2	78,0	20,8	57,2	2,5	3,4	25,2	2,0	-		
Okt.	213,9	85,2	122,9	43,5	79,5	22,2	57,3	2,5	3,3	25,2	2,0	-		
Nov.	213,7	86,1	121,8	41,4	80,4	23,5	56,9	2,5	3,3	25,1	2,0	-		
Dez.	210,1	82,4	121,9	42,0	79,9	23,8	56,1	2,5	3,3	25,8	2,0	1,0		
2022 Jan.	233,5	88,5	139,2	59,2	80,0	24,0	56,0	2,5	3,3	25,5	2,0	-		
Febr.	237,9	91,4	140,7	61,0	79,7	23,7	56,0	2,5	3,3	25,5	2,0	-		
März	241,0	85,2	150,0	69,7	80,3	24,4	56,0	2,4	3,4	25,5	2,0	-		
April	243,7	86,2	151,8	70,8	80,9	25,0	55,9	2,4	3,4	25,6	2,0	-		
<b>Veränderungen *)</b>														
2020	- 6,9	+ 5,7	- 11,6	- 16,5	+ 4,8	- 5,3	+ 10,1	- 0,6	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	- 0,2		
2021	- 17,9	+ 3,4	- 20,8	- 17,7	- 3,0	+ 2,9	- 6,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 0,0	+ 1,0		
2021 Mai	+ 4,7	+ 7,9	- 3,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	-		
Juni	- 9,3	- 6,9	- 2,3	- 2,0	- 0,4	+ 0,5	- 0,9	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2		
Juli	+ 2,7	+ 5,0	- 2,2	- 2,2	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2		
Aug.	- 3,9	- 2,5	- 1,4	- 2,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Sept.	+ 4,3	+ 1,8	+ 2,6	+ 3,2	- 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	-		
Okt.	+ 3,1	+ 0,4	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-		
Nov.	- 0,1	+ 0,9	- 1,0	- 2,1	+ 1,1	+ 1,3	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	-		
Dez.	- 3,6	- 3,7	+ 0,0	+ 0,6	- 0,6	+ 0,3	- 0,8	+ 0,0	- 0,0	+ 0,7	+ 0,0	+ 1,0		
2022 Jan.	+ 23,4	+ 6,1	+ 17,4	+ 17,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,0	-	- 0,3	- 0,0	- 1,0		
Febr.	+ 4,3	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,7	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-		
März	+ 3,2	- 6,2	+ 9,4	+ 8,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	-		
April	+ 2,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	-		

Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2019	3 423,9	2 161,6	661,4	126,7	534,7	26,6	508,0	571,8	29,1	7,8	12,6	0,0		
2020	3 655,7	2 432,9	640,3	129,3	511,0	27,0	483,9	557,9	24,6	9,0	12,3	0,1		
2021	3 766,2	2 572,2	614,1	119,0	495,0	25,9	469,2	558,7	21,2	8,4	15,1	0,3		
2021 Mai	3 737,9	2 532,1	622,4	120,1	502,3	27,5	474,9	560,6	22,8	9,2	12,3	0,7		
2021 Juni	3 727,4	2 530,5	614,2	114,3	499,9	27,1	472,8	560,0	22,6	9,3	12,4	0,7		
2021 Juli	3 752,8	2 559,4	611,4	113,8	497,7	27,1	470,6	559,5	22,4	9,3	12,3	1,5		
2021 Aug.	3 763,1	2 571,9	610,0	112,3	497,6	27,0	470,7	559,0	22,3	9,1	12,3	1,5		
2021 Sept.	3 749,4	2 563,1	606,0	110,5	495,5	27,0	468,5	558,2	22,1	8,9	12,4	1,6		
2021 Okt.	3 775,1	2 579,2	616,4	120,2	496,2	27,0	469,3	557,6	22,0	8,7	13,4	1,4		
2021 Nov.	3 788,6	2 599,8	610,0	115,7	494,3	26,3	467,9	557,4	21,4	8,5	13,3	0,9		
2021 Dez.	3 766,2	2 572,2	614,1	119,0	495,0	25,9	469,2	558,7	21,2	8,4	15,1	0,3		
2022 Jan.	3 792,4	2 602,4	610,8	116,6	494,1	25,5	468,6	558,3	20,8	8,4	15,0	1,1		
2022 Febr.	3 799,9	2 613,1	607,8	114,5	493,3	24,9	468,3	558,4	20,6	8,2	15,1	1,2		
2022 März	3 792,7	2 610,4	605,1	113,7	491,4	24,8	466,6	556,6	20,5	8,2	15,2	1,6		
2022 April	3 802,9	2 619,4	607,6	119,0	488,6	25,0	463,6	555,5	20,4	8,2	15,2	1,1		
<b>Veränderungen *)</b>														
2020	+ 228,5	+ 268,0	- 21,1	+ 1,5	- 22,6	+ 0,5	- 23,0	- 13,9	- 4,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,1		
2021	+ 113,2	+ 140,9	- 25,5	- 9,6	- 15,9	- 1,4	- 14,5	+ 0,9	- 3,1	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,2		
2021 Mai	+ 16,0	+ 18,1	- 2,1	- 1,0	- 1,1	+ 0,4	- 1,5	+ 0,4	- 0,4	+ 0,2	- 0,0	- 0,3		
2021 Juni	- 10,5	- 1,6	- 8,2	- 5,8	- 2,4	- 0,4	- 2,0	- 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
2021 Juli	+ 25,4	+ 28,9	- 2,7	- 0,5	- 2,2	+ 0,0	- 2,2	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,0	+ 0,8		
2021 Aug.	+ 10,3	+ 12,4	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0		
2021 Sept.	- 11,0	- 7,2	- 2,9	- 1,1	- 1,7	- 0,2	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2		
2021 Okt.	+ 25,7	+ 16,0	+ 10,3	+ 9,7	+ 0,7	- 0,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,0	- 0,2		
2021 Nov.	+ 13,5	+ 20,6	- 6,6	- 4,3	- 2,3	- 0,6	- 1,7	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,6		
2021 Dez.	- 22,3	- 27,5	+ 4,1	+ 3,3	+ 0,8	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3	- 0,2	- 0,1	+ 1,8	- 0,6		
2022 Jan.	+ 26,2	+ 30,2	- 3,3	- 2,3	- 1,0	- 0,4	- 0,6	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,8		
2022 Febr.	+ 7,5	+ 10,7	- 3,0	- 2,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 0,2		
2022 März	- 7,4	- 2,7	- 2,8	- 0,8	- 2,0	- 0,1	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3		
2022 April	+ 10,3	+ 8,5	+ 2,5	+ 5,3	- 2,8	+ 0,2	- 3,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,5		
<b>darunter: inländische Unternehmen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2019	1 031,5	614,4	399,7	81,1	318,6	15,5	303,1	6,7	10,7	2,4	10,1	0,0		
2020	1 116,1	719,1	381,7	89,2	292,5	15,0	277,5	5,8	9,4	2,3	9,7	0,1		
2021	1 142,7	765,1	364,3	87,4	276,9	15,8	261,1	5,3	8,0	2,3	12,2	0,3		
2021 Mai	1 128,0	746,8	366,7	83,6	283,1	15,7	267,4	5,8	8,7	2,2	9,6	0,7		
2021 Juni	1 115,6	742,7	358,5	77,6	280,9	15,4	265,5	5,8	8,6	2,3	9,6	0,7		
2021 Juli	1 133,9	760,0	359,6	80,7	278,9	15,4	263,6	5,7	8,5	2,3	9,6	1,5		
2021 Aug.	1 148,4	775,4	358,9	79,9	279,0	15,3	263,7	5,7	8,5	2,3	9,5	1,5		
2021 Sept.	1 141,4	772,1	355,1	78,1	277,0	15,5	261,5	5,7	8,5	2,3	9,6	1,6		
2021 Okt.	1 160,1	779,7	366,3	88,4	277,9	15,6	262,3	5,7	8,4	2,3	10,6	1,4		
2021 Nov.	1 166,2	791,7	361,1	84,3	276,7	15,5	261,3	5,5	8,0	2,3	10,5	0,9		
2021 Dez.	1 142,7	765,1	364,3	87,4	276,9	15,8	261,1	5,3	8,0	2,3	12,2	0,3		
2022 Jan.	1 170,4	795,8	361,6	85,3	276,4	15,9	260,4	5,1	7,8	2,4	12,2	1,1		
2022 Febr.	1 165,1	793,2	359,0	83,4	275,6	15,4	260,2	5,2	7,8	2,2	12,2	1,2		
2022 März	1 171,9	802,1	356,9	82,7	274,2	15,5	258,7	5,2	7,8	2,3	12,3	1,6		
2022 April	1 165,3	792,4	360,0	88,0	272,0	15,9	256,1	5,2	7,7	2,3	12,4	1,1		
<b>Veränderungen *)</b>														
2020	+ 81,0	+ 101,2	- 18,0	+ 7,0	- 25,0	- 0,4	- 24,6	- 0,8	- 1,3	- 0,0	- 0,5	+ 0,1		
2021	+ 28,5	+ 47,1	- 16,8	- 1,2	- 15,7	+ 0,5	- 16,2	- 0,5	- 1,3	+ 0,0	+ 2,6	+ 0,2		
2021 Mai	+ 3,2	+ 4,4	- 1,1	+ 0,2	- 1,3	+ 0,5	- 1,8	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,3		
2021 Juni	- 12,3	- 4,2	- 8,0	- 6,0	- 2,0	- 0,3	- 1,8	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
2021 Juli	+ 18,3	+ 17,4	+ 1,1	+ 3,1	- 2,0	- 0,0	- 2,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8		
2021 Aug.	+ 14,6	+ 15,4	- 0,8	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0		
2021 Sept.	- 5,4	- 2,5	- 2,9	- 1,1	- 1,8	- 0,1	- 1,6	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2		
2021 Okt.	+ 18,7	+ 7,7	+ 11,1	+ 10,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,0	- 0,2		
2021 Nov.	+ 6,1	+ 11,9	- 5,4	- 3,9	- 1,5	- 0,1	- 1,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,6		
2021 Dez.	- 23,4	- 26,5	+ 3,3	+ 3,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	+ 1,8	- 0,6		
2022 Jan.	+ 27,8	+ 30,8	- 2,6	- 2,1	- 0,5	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,8		
2022 Febr.	- 5,3	- 2,6	- 2,7	- 1,9	- 0,7	- 0,5	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2		
2022 März	+ 6,6	+ 8,8	- 2,2	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	- 1,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,3		
2022 April	- 6,6	- 9,6	+ 3,2	+ 5,4	- 2,2	+ 0,4	- 2,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

### 8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt							Termineinlagen 1) 2)					
	Sichteinlagen							nach Gläubigergruppen					
	insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen					
		inländische Privatpersonen						inländische Privatpersonen					
zu-		Selb-	wirt-	sonstige	inländi-	zu-		Selb-	wirt-	sonstige			
sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	Private-	sche Orga-	sammen	ständige	schaftlich Unselbst-	Private-	nisatio-	ständige	sonstige		
	insgesamt	insgesamt	ständige	ständige	personen	nen ohne Erwerbszweck	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2019	2 392,4	1 547,2	1 507,9	266,3	1 081,6	160,1	39,3	261,7	248,3	20,8	190,2	37,3	
2020	2 539,5	1 713,8	1 672,7	291,1	1 215,4	166,2	41,1	258,6	245,1	19,3	190,5	35,2	
2021	2 623,6	1 807,1	1 762,4	308,6	1 288,4	165,4	44,7	249,8	237,8	18,2	185,6	33,9	
2021 Nov.	2 622,4	1 808,2	1 763,6	310,5	1 287,6	165,6	44,5	249,0	237,1	18,1	185,2	33,8	
2021 Dez.	2 623,6	1 807,1	1 762,4	308,6	1 288,4	165,4	44,7	249,8	237,8	18,2	185,6	33,9	
2022 Jan.	2 621,9	1 806,6	1 761,8	310,8	1 285,6	165,4	44,8	249,1	237,5	18,2	184,0	35,2	
2022 Febr.	2 634,8	1 819,9	1 774,2	310,4	1 299,6	164,3	45,7	248,8	236,9	18,4	183,4	35,1	
2022 März	2 620,8	1 808,3	1 761,9	303,6	1 296,3	162,0	46,4	248,3	236,3	18,6	182,9	34,9	
2022 April	2 637,6	1 827,0	1 780,5	309,6	1 308,1	162,8	46,4	247,6	235,9	18,6	182,4	34,9	
<b>Veränderungen *)</b>													
2020	+ 147,5	+ 166,9	+ 165,0	+ 26,0	+ 131,5	+ 7,5	+ 1,8	- 3,1	- 3,2	- 1,5	- 1,6	- 0,2	
2021	+ 84,7	+ 93,8	+ 90,3	+ 17,3	+ 73,7	- 0,6	+ 3,5	- 8,6	- 7,2	- 1,1	- 4,7	- 1,3	
2021 Nov.	+ 7,4	+ 8,7	+ 8,0	+ 0,3	+ 8,3	- 0,6	+ 0,7	- 1,2	- 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,2	
2021 Dez.	+ 1,1	- 1,0	- 1,2	- 1,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	
2022 Jan.	- 1,6	- 0,5	- 0,6	+ 2,2	- 2,8	- 0,0	+ 0,1	- 0,7	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,1	
2022 Febr.	+ 12,8	+ 13,3	+ 12,4	- 0,5	+ 14,0	- 1,1	+ 0,9	- 0,4	- 0,6	+ 0,1	- 0,6	- 0,2	
2022 März	- 14,0	- 11,6	- 12,4	- 6,8	- 3,3	- 2,3	+ 0,8	- 0,5	- 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,2	
2022 April	+ 16,8	+ 18,2	+ 18,2	+ 6,0	+ 11,4	+ 0,8	+ 0,0	- 0,7	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

### 9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite															
	Bund und seine Sondervermögen 1)							Länder								
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	zu-	Sicht-	Termineinlagen				Nachrichtlich: Treuhandkredite	zu-	Sicht-	Termineinlagen					
				sammen	einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	sammen	einlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spar-einlagen und Spar-briefe 2)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>																
2019	237,1	11,2	5,4	1,5	4,2	0,1	11,6	53,8	21,1	17,1	14,5	1,0	13,1			
2020	229,5	48,6	4,8	7,2	36,5	0,0	11,3	46,5	21,2	11,4	13,2	0,7	14,1			
2021	210,1	43,5	4,2	3,2	36,0	0,1	11,7	47,4	21,7	13,8	11,3	0,6	14,1			
2021 Nov.	213,7	45,5	6,7	2,8	36,0	0,1	11,4	47,4	22,3	13,0	11,6	0,6	13,7			
2021 Dez.	210,1	43,5	4,2	3,2	36,0	0,1	11,7	47,4	21,7	13,8	11,3	0,6	14,1			
2022 Jan.	233,5	45,5	4,4	5,0	36,0	0,1	11,7	59,3	27,1	20,2	11,3	0,6	13,8			
2022 Febr.	237,9	42,8	4,7	2,1	36,0	0,1	11,7	59,7	26,3	21,2	11,6	0,5	13,8			
2022 März	241,0	42,1	4,9	1,2	36,0	0,1	11,7	61,7	23,5	26,1	11,6	0,5	13,8			
2022 April	243,7	42,2	5,1	1,1	36,0	0,1	11,7	60,7	21,9	26,9	11,4	0,5	13,8			
<b>Veränderungen *)</b>																
2020	- 6,9	+ 37,3	- 0,6	+ 5,7	+ 32,2	- 0,0	- 0,3	- 7,0	+ 0,2	- 5,7	- 1,3	- 0,2	+ 1,0			
2021	- 17,9	- 5,0	- 0,5	- 4,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,3	- 1,8	- 0,1	+ 0,0			
2021 Nov.	- 0,1	+ 0,4	+ 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,6	- 1,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,0	- 0,1			
2021 Dez.	- 3,6	- 2,0	- 2,4	+ 0,3	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,6	+ 0,9	- 0,3	- 0,0	+ 0,4			
2022 Jan.	+ 23,4	+ 2,0	+ 0,2	+ 1,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 11,9	+ 5,4	+ 6,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,3			
2022 Febr.	+ 4,3	- 2,7	+ 0,2	- 2,9	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,8	+ 1,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,0			
2022 März	+ 3,2	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 1,9	- 2,9	+ 4,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0			
2022 April	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 1,0	- 1,6	+ 0,8	- 0,3	- 0,0	+ 0,0			

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:				
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		darunter:								
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.									
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
13,3	45,6	216,1	11,2	204,9	565,1	558,1	7,0	18,4	5,4	2,4	-	2019
13,5	40,1	218,5	12,0	206,5	552,0	545,7	6,3	15,1	6,7	2,7	-	2020
12,0	31,7	218,1	10,1	208,0	553,4	547,2	6,2	13,2	6,1	2,8	-	2021
11,8	31,4	217,5	10,9	206,7	551,9	545,6	6,3	13,4	6,2	2,8	-	2021 Nov. Dez.
12,0	31,7	218,1	10,1	208,0	553,4	547,2	6,2	13,2	6,1	2,8	-	2022 Jan. Febr. März
11,6	31,4	217,8	9,6	208,2	553,2	547,1	6,1	13,0	6,1	2,9	-	2022 Jan. Febr. März
11,9	31,1	217,6	9,5	208,2	553,2	547,2	6,0	12,8	6,0	2,9	-	2022 Jan. Febr. März
11,9	31,1	217,2	9,3	207,9	551,4	545,5	5,9	12,8	6,0	2,9	-	2022 Jan. Febr. März
11,7	31,0	216,6	9,1	207,5	550,3	544,4	5,9	12,7	5,9	2,9	-	2022 April
<b>Veränderungen *)</b>												
+ 0,2	- 5,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,6	- 13,0	- 12,3	- 0,7	- 3,3	+ 1,3	+ 0,2	-	2020
- 1,4	- 8,4	- 0,2	- 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	- 0,1	- 1,9	- 0,6	+ 0,2	-	2021
- 0,5	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	-	2021 Nov. Dez.
+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	-	2021 Nov. Dez.
- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	-	2022 Jan. Febr. März
+ 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	-	2022 Jan. Febr. März
- 0,0	- 0,1	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,8	- 1,7	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	-	2022 Jan. Febr. März
- 0,3	- 0,1	- 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	-	2022 April

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2.

4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
65,3	37,4	8,6	14,0	5,4	0,0	106,8	10,8	48,8	46,2	1,1	-	2019
68,5	43,2	8,0	12,4	4,9	0,0	66,0	10,9	32,9	21,4	0,8	-	2020
70,9	48,5	6,0	12,0	4,4	0,0	48,3	8,0	19,0	20,5	0,8	-	2021
66,0	44,0	5,4	12,2	4,4	0,0	54,7	13,1	20,1	20,6	0,8	-	2021 Nov. Dez.
70,9	48,5	6,0	12,0	4,4	0,0	48,3	8,0	19,0	20,5	0,8	-	2021 Nov. Dez.
64,7	41,8	6,5	12,1	4,4	0,0	64,0	15,1	27,6	20,6	0,8	-	2022 Jan. Febr. März
68,8	45,4	7,0	12,0	4,3	0,0	66,6	15,0	30,7	20,1	0,8	-	2022 Jan. Febr. März
67,4	43,3	7,5	12,2	4,4	0,0	69,8	13,6	34,9	20,5	0,8	-	2022 Jan. Febr. März
67,5	43,1	7,6	12,4	4,4	0,0	73,4	16,1	35,3	21,1	0,9	-	2022 April
<b>Veränderungen *)</b>												
+ 3,5	+ 5,9	- 0,6	- 1,3	- 0,5	- 0,0	- 40,8	+ 0,2	- 15,9	- 24,8	- 0,3	-	2020
+ 2,8	+ 5,6	- 2,0	- 0,2	- 0,5	-	- 16,8	- 2,2	- 13,9	- 0,6	+ 0,1	-	2021
+ 3,7	+ 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	-	- 2,6	- 2,0	- 1,7	+ 1,0	+ 0,1	-	2021 Nov. Dez.
+ 4,9	+ 4,5	+ 0,6	- 0,2	+ 0,0	-	- 6,4	- 5,2	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	-	2021 Nov. Dez.
- 6,2	- 6,6	+ 0,5	+ 0,0	- 0,0	-	+ 15,7	+ 7,1	+ 8,6	+ 0,0	- 0,0	-	2022 Jan. Febr. März
+ 4,0	+ 3,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,0	-	+ 2,5	- 0,0	+ 3,1	- 0,5	- 0,0	-	2022 Jan. Febr. März
- 1,4	- 2,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	-	+ 3,3	- 1,5	+ 4,3	+ 0,5	+ 0,0	-	2022 Jan. Febr. März
+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	-	+ 3,6	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,0	-	2022 April

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Bundesseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit",

Lastenausgleichsfonds. 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. 3 Einschl. Bauspareinlagen. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.



#### IV. Banken

##### 10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)									Sparbriefe 3), abgegeben an				
	insgesamt	von Inländern				von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
		zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zusammen			darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)								
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2019	581,8	575,2	540,5	313,2	34,7	24,7	6,6	5,9	2,0	35,9	33,2	25,1	2,6	
2020	566,8	560,6	533,3	288,0	27,3	18,0	6,3	5,7	1,8	30,2	28,3	22,1	1,9	
2021	567,1	561,2	537,1	269,0	24,1	14,8	5,9	5,4	1,5	24,7	24,5	19,5	0,2	
2021 Dez.	567,1	561,2	537,1	269,0	24,1	14,8	5,9	5,4	0,7	24,7	24,5	19,5	0,2	
2022 Jan.	566,7	560,8	537,5	266,3	23,3	14,3	5,9	5,4	0,1	24,3	24,2	19,2	0,2	
Febr.	566,7	560,9	537,8	266,6	23,1	14,1	5,8	5,4	0,1	24,1	23,9	19,0	0,2	
März	564,8	559,0	536,2	265,0	22,9	13,9	5,8	5,3	0,1	24,1	23,9	19,0	0,2	
April	563,7	557,9	535,3	262,0	22,7	13,7	5,7	5,3	0,1	23,9	23,8	18,9	0,1	
<b>Veränderungen *)</b>														
2020	- 14,8	- 14,5	- 7,2	- 24,6	- 7,3	- 6,7	- 0,3	- 0,2	.	- 5,7	- 4,9	- 3,0	- 0,7	
2021	+ 0,3	+ 0,7	+ 3,9	- 18,5	- 3,2	- 3,2	- 0,4	- 0,3	.	- 5,2	- 3,5	- 2,3	- 1,7	
2021 Dez.	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	- 0,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	
2022 Jan.	- 0,5	- 0,4	+ 0,3	- 2,7	- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,0	
Febr.	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	
März	- 1,9	- 1,8	- 1,6	- 1,5	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	
April	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 3,1	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

##### 11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
	insgesamt	darunter:				mit Laufzeit				insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre			
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2019	1 140,7	123,5	28,6	367,7	96,7	117,7	2,6	23,6	4,2	999,4	0,9	0,7	31,5	0,4
2020	1 119,0	117,1	12,7	313,6	89,4	94,3	1,5	23,8	3,1	1 000,9	1,1	0,9	34,8	0,4
2021	1 173,6	106,8	13,5	331,4	98,7	106,8	1,9	18,0	4,5	1 048,8	0,9	0,7	34,6	0,1
2021 Dez.	1 173,6	106,8	13,5	331,4	98,7	106,8	1,9	18,0	4,5	1 048,8	0,9	0,7	34,6	0,1
2022 Jan.	1 187,6	104,8	14,6	336,1	94,2	102,6	2,2	17,8	4,5	1 067,3	0,7	0,5	34,4	0,1
Febr.	1 199,1	102,5	14,0	330,1	92,3	101,1	3,0	17,6	4,6	1 080,4	0,5	0,4	34,4	0,1
März	1 219,8	100,5	14,2	337,0	105,8	114,7	2,9	17,8	4,4	1 087,4	0,6	0,5	35,6	0,1
April	1 227,1	100,1	14,3	344,7	104,2	113,1	3,0	15,2	4,5	1 098,8	0,5	0,4	36,0	0,1
<b>Veränderungen *)</b>														
2020	- 20,5	- 5,2	- 0,8	- 54,1	- 22,3	- 22,2	- 1,1	+ 0,2	- 1,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,1	- 0,0
2021	+ 54,0	- 10,3	+ 0,8	+ 17,6	+ 9,4	+ 12,6	+ 0,4	- 5,9	+ 1,3	+ 47,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,3
2021 Dez.	- 16,8	- 2,2	- 0,8	- 5,0	- 4,4	- 3,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1	- 13,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,7	-
2022 Jan.	+ 14,0	- 2,0	+ 1,1	+ 4,7	- 4,5	- 4,2	+ 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 18,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	-
Febr.	+ 11,4	- 2,2	- 0,6	- 6,1	- 1,9	- 1,5	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0	+ 13,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	-
März	+ 20,8	- 2,0	+ 0,3	+ 6,9	+ 13,4	+ 13,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 7,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	-
April	+ 7,3	- 0,4	+ 0,0	+ 7,7	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	- 2,6	+ 0,1	+ 11,4	- 0,1	- 0,1	+ 0,4	-

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel

verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland \*)  
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bank-schuldver-schrei-bungen 4)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 5)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 7)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2021	18	253,2	30,0	0,0	15,7	10,1	130,5	36,7	26,5	3,0	30,1	184,4	9,2	4,2	12,4	71,4
2022 Febr.	18	254,1	30,0	0,0	15,4	10,0	131,1	37,4	26,6	3,0	31,0	184,9	9,2	4,2	12,2	5,5
März	18	255,8	31,2	0,0	15,4	10,0	131,9	37,9	25,7	3,0	32,4	184,9	9,2	4,2	12,3	6,1
April	18	257,1	32,4	0,0	15,4	10,1	132,1	38,3	25,0	3,0	34,2	184,6	9,1	4,1	12,2	6,4
<b>Private Bausparkassen</b>																
2022 Febr.	10	178,1	15,0	-	6,8	7,4	102,2	31,8	12,4	1,7	28,3	120,2	8,8	4,2	8,4	3,3
März	10	179,7	15,9	-	6,9	7,3	102,9	32,2	11,8	1,7	29,7	120,1	8,8	4,2	8,4	3,7
April	10	180,7	17,1	-	6,9	7,4	103,0	32,5	11,1	1,7	31,3	119,8	8,7	4,1	8,3	4,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2022 Febr.	8	76,0	15,0	0,0	8,7	2,7	28,9	5,6	14,1	1,3	2,7	64,8	0,4	-	3,9	2,2
März	8	76,2	15,3	0,0	8,5	2,7	29,0	5,7	13,9	1,3	2,7	64,8	0,4	-	3,9	2,4
April	8	76,4	15,3	0,0	8,5	2,7	29,2	5,8	13,8	1,3	2,9	64,9	0,4	-	3,9	2,5

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegan-gene Woh-nungs-bau-prä-mien 13)	
	eingezahlte Bauspar-be-träge 10)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zuteil-lungen 12)	ins-gesamt	Zuteilungen			neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	ins-gesamt	dar-unter aus Zuteil-ungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal		
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 10)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten							
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2021	27,7	2,0	9,1	52,3	27,7	47,1	18,3	4,0	4,2	3,4	24,7	18,6	6,3	6,1	4,9	0,1
2022 Febr.	2,3	0,0	0,7	4,7	2,2	3,7	1,4	0,3	0,3	0,3	1,9	19,7	6,4	0,5	0,0	0,0
März	2,3	0,0	0,8	5,0	2,4	4,5	1,6	0,3	0,4	0,3	2,6	20,0	6,5	0,5	1,2	0,0
April	2,2	0,0	0,8	4,7	2,6	4,1	1,7	0,4	0,4	0,4	2,0	20,0	6,6	0,5	.	0,0
<b>Private Bausparkassen</b>																
2022 Febr.	1,5	0,0	0,4	3,3	1,5	2,8	1,0	0,2	0,2	0,2	1,6	14,4	3,5	0,4	.	0,0
März	1,5	0,0	0,4	3,4	1,7	3,5	1,2	0,2	0,3	0,2	2,0	14,5	3,5	0,4	0,9	0,0
April	1,4	0,0	0,4	3,3	1,9	3,2	1,3	0,3	0,3	0,3	1,5	14,3	3,5	0,4	.	0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2022 Febr.	0,8	0,0	0,3	1,4	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	5,2	3,0	0,1	.	0,0
März	0,8	0,0	0,3	1,6	0,8	1,0	0,4	0,1	0,1	0,1	0,5	5,5	3,0	0,1	0,3	0,0
April	0,8	0,0	0,3	1,3	0,8	1,0	0,4	0,1	0,1	0,1	0,5	5,6	3,1	0,1	.	0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Gut haben bei Zentralnotenbanken. 3 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 4 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 5 Einschl. Ausgleichsforderungen. 6 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 7 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 8 Einschl. Genussrechtskapital und

Fonds für allgemeine Bankrisiken. 9 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 10 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 11 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 12 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 13 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

#### IV. Banken

##### 13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter		insgesamt	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	insgesamt	Buchkredite			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
					zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken			an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)				
<b>Auslandsfilialen</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2019	52	198	1 453,0	407,3	389,2	216,0	173,2	18,1	534,3	436,1	19,7	416,4	98,2	511,5	361,7	
2020	50	206	1 552,2	376,7	364,0	213,2	150,8	12,7	504,8	409,6	14,3	395,3	95,2	670,7	523,6	
2021	51	207	1 504,5	471,2	457,8	297,9	159,9	13,4	497,2	418,8	12,9	405,9	78,4	536,1	404,5	
2021 Juni	49	203	1 475,7	421,2	407,8	242,9	164,9	13,4	492,9	407,5	13,0	394,5	85,5	561,6	417,1	
Juli	50	204	1 524,4	444,9	431,0	266,8	164,2	13,8	494,0	410,8	13,2	397,6	83,2	585,5	436,6	
Aug.	50	204	1 537,2	448,2	434,3	273,1	161,2	13,9	489,2	407,3	13,2	394,1	81,9	599,8	437,4	
Sept.	50	205	1 518,6	452,9	439,1	279,3	159,8	13,8	485,2	404,4	13,1	391,3	80,8	580,5	415,3	
Okt.	52	207	1 552,0	495,3	481,3	310,3	171,0	13,9	497,7	417,4	13,3	404,1	80,3	559,0	402,4	
Nov.	50	204	1 595,0	495,2	481,1	306,5	174,6	14,2	506,4	425,8	13,0	412,7	80,6	593,4	436,9	
Dez.	51	207	1 504,5	471,2	457,8	297,9	159,9	13,4	497,2	418,8	12,9	405,9	78,4	536,1	404,5	
2022 Jan.	50	209	1 618,8	563,0	548,5	366,5	181,9	14,6	537,7	460,1	13,1	447,0	77,6	518,1	378,0	
Febr.	50	209	1 634,4	566,4	551,9	379,5	172,4	14,5	539,7	464,4	13,2	451,1	75,3	528,3	384,8	
März	50	208	1 674,9	564,7	550,5	369,7	180,8	14,2	540,1	461,4	13,5	447,9	78,7	570,1	421,1	
<b>Veränderungen *)</b>																
2020	- 2	+ 9	+104,2	- 20,3	- 15,5	- 2,8	- 12,7	- 4,8	+ 0,2	- 1,0	- 5,4	+ 4,4	+ 1,2	+ 164,2	+ 179,6	
2021	+ 1	+ 1	- 48,4	+ 87,3	+ 87,1	+84,9	+ 2,2	+ 0,3	- 26,2	- 6,5	- 1,3	- 5,1	- 19,7	- 136,9	- 128,1	
2021 Juli	+ 1	+ 1	+ 48,7	+ 23,4	+ 23,0	+24,0	- 0,9	+ 0,4	+ 0,7	+ 3,1	+ 0,2	+ 2,9	- 2,4	+ 24,0	+ 19,5	
Aug.	-	-	+ 12,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 6,3	- 3,2	+ 0,0	- 5,5	- 4,1	+ 0,0	- 4,1	- 1,4	+ 14,1	+ 32,3	
Sept.	-	+ 1	- 19,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 6,1	- 3,1	- 0,1	- 8,8	- 7,0	- 0,1	- 6,9	- 1,8	- 20,4	- 24,3	
Okt.	+ 2	+ 2	+ 33,7	+ 42,6	+ 42,5	+31,0	+ 11,5	+ 0,1	+13,0	+ 13,4	+ 0,2	+ 13,2	- 0,3	- 21,2	- 12,6	
Nov.	- 2	- 3	+ 43,0	- 2,3	- 2,5	- 3,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,4	+ 5,0	- 0,2	+ 5,2	- 0,6	+ 33,0	+ 32,3	
Dez.	+ 1	+ 3	- 90,4	- 24,0	- 23,2	- 8,6	- 14,6	- 0,8	- 9,2	- 7,0	- 0,1	- 6,8	- 2,2	- 57,3	- 32,5	
2022 Jan.	- 1	+ 2	+113,7	+ 90,4	+ 89,2	+68,7	+ 20,5	+ 1,2	+36,3	+ 37,6	+ 0,2	+ 37,4	- 1,4	- 18,6	- 27,9	
Febr.	-	-	+ 15,8	+ 3,8	+ 3,9	+13,0	- 9,0	- 0,1	+ 3,3	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	- 2,1	+ 10,4	+ 7,1	
März	-	- 1	+ 40,1	- 2,0	- 1,7	- 9,9	+ 8,1	- 0,3	- 1,0	- 4,3	+ 0,2	- 4,6	+ 3,3	+ 41,5	+ 35,7	
<b>Auslandstöchter</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2019	15	41	235,2	52,5	46,7	18,3	28,4	5,7	139,0	116,1	14,4	101,7	22,9	43,7	0,0	
2020	12	36	229,5	44,8	39,9	17,4	22,5	4,9	139,7	114,4	13,1	101,4	25,3	44,9	0,0	
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0	
2021 Juni	12	36	235,5	43,6	38,9	19,9	19,0	4,7	136,8	112,5	12,0	100,4	24,3	55,1	0,0	
Juli	12	35	236,5	44,7	39,6	20,1	19,5	5,1	136,4	112,6	12,0	100,6	23,8	55,4	0,0	
Aug.	12	35	236,6	44,0	39,1	18,9	20,2	5,0	137,7	113,5	12,1	101,5	24,2	54,8	0,0	
Sept.	13	36	244,6	51,9	47,1	21,9	25,2	4,8	138,5	114,5	12,2	102,3	24,0	54,1	0,0	
Okt.	12	35	246,1	50,9	45,9	24,3	21,6	5,0	138,5	115,4	12,5	102,9	23,1	56,6	0,0	
Nov.	12	35	247,1	52,9	46,7	24,0	22,8	6,2	138,5	115,4	12,6	102,8	23,1	55,7	0,0	
Dez.	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0	
2022 Jan.	12	35	245,1	45,9	40,9	20,1	20,8	5,0	140,6	117,5	12,7	104,8	23,1	58,5	0,0	
Febr.	12	35	245,7	46,2	41,4	21,1	20,3	4,8	140,6	117,7	12,7	105,0	22,9	58,9	0,0	
März	12	35	249,3	45,9	40,9	20,6	20,3	5,0	143,4	119,7	12,9	106,8	23,7	60,0	0,0	
<b>Veränderungen *)</b>																
2020	- 3	- 5	- 0,8	- 5,3	- 5,0	- 1,0	- 4,0	- 0,3	+ 3,3	+ 0,8	- 1,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,2	± 0,0	
2021	± 0	- 1	+ 12,0	+ 3,8	+ 2,8	+ 3,4	- 0,5	+ 1,0	- 2,5	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 2,1	+ 10,8	± 0,0	
2021 Juli	-	- 1	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,6	+ 0,3	± 0,0	
Aug.	-	-	- 0,0	- 0,7	- 0,6	- 1,3	+ 0,7	- 0,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,5	± 0,0	
Sept.	+ 1	+ 1	+ 7,0	+ 7,3	+ 7,6	+ 3,0	+ 4,6	- 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,2	- 0,7	± 0,0	
Okt.	- 1	- 1	+ 1,5	- 0,9	- 1,1	+ 2,4	- 3,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	- 0,9	+ 2,5	± 0,0	
Nov.	-	-	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	- 0,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	- 0,7	+ 0,0	- 0,9	± 0,0	
Dez.	-	-	- 1,4	- 2,3	- 2,4	- 3,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	± 0,0	
2022 Jan.	-	-	- 1,9	- 5,0	- 3,9	- 0,7	- 3,0	- 1,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 2,6	± 0,0	
Febr.	-	-	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,2	+ 0,3	± 0,0	
März	-	-	+ 3,2	- 0,5	- 0,7	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 2,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,1	± 0,0	

\* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern

grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen <sup>6) 7)</sup>			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf <sup>5)</sup>	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	insgesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands	Zeit		
	zusammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken <sup>4)</sup>			auslän-dische Nicht-banken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig								
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>													<b>Auslandsfilialen</b>		
894,1	613,6	453,2	160,4	280,5	12,7	10,1	2,7	267,8	94,6	53,4	410,9	361,1	2019		
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	2020		
950,2	638,5	461,2	177,3	311,7	8,1	6,3	1,8	303,6	65,2	51,3	437,9	403,4	2021		
904,8	607,4	438,0	169,4	297,4	8,3	6,8	1,5	289,0	72,1	51,0	447,9	415,9	2021 Juni		
930,2	622,8	444,9	177,9	307,3	8,7	7,2	1,5	298,7	74,7	51,2	468,4	435,5	Juli		
932,9	624,6	438,7	185,9	308,3	8,5	7,0	1,5	299,8	81,6	51,3	471,3	436,0	Aug.		
937,3	618,3	432,9	185,4	319,0	9,6	7,8	1,8	309,4	81,1	51,6	448,6	414,2	Sept.		
982,8	654,6	469,2	185,4	328,2	9,0	7,2	1,8	319,2	83,7	51,7	433,8	401,3	Okt.		
988,0	655,8	458,2	197,6	332,2	8,9	7,1	1,8	323,3	82,6	51,9	472,4	435,9	Nov.		
950,2	638,5	461,2	177,3	311,7	8,1	6,3	1,8	303,6	65,2	51,3	437,9	403,4	Dez.		
1 066,8	659,1	457,3	201,8	407,7	9,5	7,7	1,8	398,2	86,1	51,8	414,1	377,6	2022 Jan.		
1 079,5	664,5	466,8	197,6	415,0	9,8	8,1	1,7	405,2	82,7	51,8	420,4	383,8	Febr.		
1 087,0	663,1	462,8	200,3	423,9	10,7	9,0	1,7	413,2	80,7	52,3	454,9	418,8	März		
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>															
- 9,2	- 13,3	- 21,4	+ 8,1	+ 4,1	- 1,0	+ 0,3	- 1,4	+ 5,1	- 28,1	- 3,5	+ 157,6	+ 162,0	2020		
+ 71,1	+ 43,1	+ 31,0	+ 12,0	+ 28,1	- 3,6	- 3,9	+ 0,3	+ 31,7	+ 0,1	+ 1,4	- 130,8	- 119,7	2021		
+ 25,3	+ 15,3	+ 6,9	+ 8,3	+ 10,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 9,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 20,5	+ 19,5	2021 Juli		
+ 2,3	+ 1,4	- 6,2	+ 7,5	+ 0,9	- 0,2	- 0,2	-	+ 1,1	+ 6,6	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,6	Aug.		
+ 1,8	- 8,7	- 5,8	- 2,9	+ 10,5	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 9,4	- 1,6	+ 0,3	- 22,9	- 21,8	Sept.		
+ 46,0	+ 36,8	+ 36,3	+ 0,5	+ 9,2	- 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 9,8	+ 2,9	+ 0,1	- 14,8	- 12,9	Okt.		
+ 3,4	- 0,4	- 9,6	+ 9,2	+ 3,9	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 4,0	- 2,4	+ 0,3	+ 38,6	+ 34,6	Nov.		
- 37,8	- 17,3	+ 3,0	- 20,3	- 20,5	- 0,8	- 0,8	- 0,0	- 19,7	- 17,5	- 0,7	- 34,5	- 32,5	Dez.		
+ 114,7	+ 18,7	- 4,0	+ 22,7	+ 96,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,0	+ 94,6	+ 20,4	+ 0,6	- 23,8	- 25,8	2022 Jan.		
+ 13,3	+ 6,0	- 9,6	- 3,6	+ 7,3	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 7,0	- 3,2	+ 0,0	+ 6,3	+ 6,3	Febr.		
+ 7,0	- 1,8	- 4,0	+ 2,2	+ 8,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	+ 7,9	- 2,4	+ 0,5	+ 34,5	+ 35,0	März		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>													<b>Auslandstöchter</b>		
165,7	68,7	36,6	32,1	97,0	6,6	3,9	2,7	90,4	16,0	22,1	31,4	0,0	2019		
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	2020		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021		
167,8	58,5	32,2	26,3	109,3	6,6	4,2	2,4	102,7	17,6	20,5	29,6	0,0	2021 Juni		
169,7	58,6	32,4	26,3	111,1	6,6	4,2	2,4	104,5	17,7	20,5	28,6	0,0	Juli		
169,8	58,2	31,1	27,1	111,6	6,6	4,2	2,4	105,0	17,5	20,8	28,6	0,0	Aug.		
175,4	61,5	30,0	31,5	113,9	6,6	4,2	2,4	107,3	18,4	20,7	30,0	0,0	Sept.		
177,6	63,8	32,8	31,0	113,8	6,9	4,5	2,4	106,9	17,9	20,4	30,1	0,0	Okt.		
177,5	62,6	31,1	31,5	114,9	7,0	4,6	2,4	107,9	17,5	20,3	31,7	0,0	Nov.		
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	Dez.		
179,6	64,8	33,2	31,7	114,7	7,2	4,8	2,4	107,5	15,9	19,9	29,8	0,0	2022 Jan.		
180,9	66,3	33,7	32,7	114,5	7,4	5,0	2,4	107,1	15,8	19,8	29,3	0,0	Febr.		
184,0	66,5	34,2	32,3	117,5	7,5	5,1	2,4	110,0	15,7	19,8	29,8	0,0	März		
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>															
+ 1,4	- 7,3	- 2,5	- 4,8	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	+ 8,7	+ 0,6	- 1,8	- 1,0	± 0,0	2020		
+ 12,1	+ 3,2	- 1,1	+ 4,3	+ 8,9	+ 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 8,3	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0	2021		
+ 1,8	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	- 1,1	± 0,0	2021 Juli		
- 0,1	- 0,5	- 1,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	± 0,0	Aug.		
+ 4,9	+ 3,0	- 1,0	+ 4,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,9	+ 0,9	- 0,0	+ 1,2	± 0,0	Sept.		
+ 2,3	+ 2,3	+ 2,7	- 0,4	- 0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	± 0,0	Okt.		
- 1,0	- 1,6	- 1,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,4	- 0,4	- 0,0	+ 1,2	± 0,0	Nov.		
+ 0,9	+ 1,5	+ 1,9	- 0,3	- 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0	- 0,9	- 1,2	- 0,0	- 1,2	± 0,0	Dez.		
+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,5	- 1,2	± 0,0	2022 Jan.		
+ 1,5	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,5	± 0,0	Febr.		
+ 2,8	+ 0,1	+ 0,5	- 0,5	+ 2,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 2,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	± 0,0	März		

besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbind-

lichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

## V. Mindestreserven

### 1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat <sup>1)</sup>	Reservebasis <sup>2)</sup>	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages <sup>3)</sup>	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages <sup>4)</sup>	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten <sup>5)</sup>	Überschussreserven <sup>6)</sup>	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls <sup>7)</sup>
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022 April <sup>p)</sup>	15 812,7	158,1	157,8	...	...	...
Mai	...	...	...	...	...	...
Juni <sup>p)</sup>	...	...	...	...	...	...

### 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat <sup>1)</sup>	Reservebasis <sup>2)</sup>	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages <sup>3)</sup>	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages <sup>4)</sup>	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten <sup>5)</sup>	Überschussreserven <sup>6)</sup>	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls <sup>7)</sup>
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022 April <sup>p)</sup>	4 381 728	27,7	43 817	43 678	...	...	...
Mai	...	...	...	...	...	...	...
Juni <sup>p)</sup>	4 408 672	...	44 087	43 948	...	...	...

#### a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat <sup>1)</sup>	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022 April	9 417	7 154	3 021	13 929	8 091	98	1 968
Mai	...	...	...	...	...	...	...
Juni	9 539	6 977	3 008	14 053	8 112	94	2 173

#### b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat <sup>1)</sup>	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022 April	3 154 265	12 984	550 922	562 634	100 923
Mai	...	...	...	...	...
Juni	3 192 515	13 446	534 721	559 707	109 056

**1** Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer

Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

## VI. Zinssätze

### 1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze							Basiszinssätze						
Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszins-satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszins-satz gemäß BGB 1)
		Festsatz	Mindest-bietungs-satz				Festsatz	Mindest-bietungs-satz					
2005 6. Dez.	1,25	-	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	-	2,00	2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
2006 8. März	1,50	-	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	-	2,25	1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
15. Juni	1,75	-	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	-	2,00	2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
9. Aug.	2,00	-	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	-	1,75	1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
11. Okt.	2,25	-	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	-	1,50	2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	-0,13
13. Dez.	2,50	-	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	-	1,00	1. Juli	1,13	1. Juli	-0,38
2007 14. März	2,75	-	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	-	0,75	2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	-0,63
13. Juni	3,00	-	4,00	5,00	2014 11. Juni	-0,10	0,15	-	0,40	1. Juli	1,17	1. Juli	-0,73
2008 9. Juli	3,25	-	4,25	5,25	10. Sept.	-0,20	0,05	-	0,30	2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	-0,83
8. Okt.	2,75	3,75	-	4,75	2015 9. Dez.	-0,30	0,05	-	0,30	1. Juli	1,95	2016 1. Juli	-0,88
9. Okt.	3,25	3,75	-	4,25	2016 16. März	-0,40	0,00	-	0,25	2007 1. Jan.	2,70		
12. Nov.	2,75	3,25	-	3,75	2019 18. Sept.	-0,50	0,00	-	0,25	1. Juli	3,19		
10. Dez.	2,00	2,50	-	3,00						2008 1. Jan.	3,32		
2009 21. Jan.	1,00	2,00	-	3,00						1. Juli	3,19		
11. März	0,50	1,50	-	2,50									
8. April	0,25	1,25	-	2,25									
13. Mai	0,25	1,00	-	1,75									

1 Gemäß § 247 BGB.

### 2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren \*)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest-bietungssatz	marginaler Satz 1)	
<b>Hauptrefinanzierungsgeschäfte</b>							
2022 4. Mai		549	549	0,00	-	-	7
11. Mai		495	495	0,00	-	-	7
18. Mai		319	319	0,00	-	-	7
25. Mai		661	661	0,00	-	-	7
1. Jun.		410	410	0,00	-	-	7
8. Jun.		447	447	0,00	-	-	7
15. Jun.		669	669	0,00	-	-	7
<b>Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte</b>							
2022 28. Apr.		58	58	2) ...	-	-	91
26. Mai		44	44	2) ...	-	-	91

\* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während

der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

### 3. Geldmarktsätze nach Monaten \*)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR 1)	EONIA 1)	EURIBOR 2)				
			Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2021 Okt.	-0,571	-0,49	-0,57	-0,56	-0,55	-0,53	-0,48
Nov.	-0,573	-0,49	-0,57	-0,57	-0,57	-0,53	-0,49
Dez.	-0,577	-0,49	-0,58	-0,60	-0,58	-0,55	-0,50
2022 Jan.	-0,578	.	-0,58	-0,57	-0,56	-0,53	-0,48
Febr.	-0,577	.	-0,57	-0,55	-0,53	-0,48	-0,34
März	-0,579	.	-0,57	-0,54	-0,50	-0,42	-0,24
April	-0,584	.	-0,57	-0,54	-0,45	-0,31	0,01
Mai	-0,585	.	-0,57	-0,55	-0,39	-0,14	0,29

\* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA-Satzes und der EURIBOR-Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Vom 4. Januar 1999 bis 30. September 2019 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act 360 berechneter gewichteter

Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft. Seit 1. Oktober 2019 berechnet als Euro Short-Term Rate (€STR) + 8,5 Basispunkte Aufschlag. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act 360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. Administrator für EONIA und EURIBOR: European Money Markets Institute (EMMI)

## VI. Zinssätze

### 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)

#### a) Bestände <sup>o)</sup>

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 April	0,25	50 078	0,97	220 310	-0,19	74 026	0,84	21 529
Mai	0,24	48 897	0,96	220 455	-0,21	74 080	0,83	21 455
Juni	0,23	48 834	0,95	220 118	-0,23	71 148	0,88	21 464
Juli	0,23	45 300	0,94	219 790	-0,23	69 514	0,82	20 964
Aug.	0,22	44 901	0,93	219 708	-0,26	68 741	0,81	21 058
Sept.	0,23	44 268	0,93	219 587	-0,28	69 338	0,78	21 227
Okt.	0,23	43 497	0,92	219 456	-0,29	75 404	0,77	22 443
Nov.	0,22	42 503	0,91	219 058	-0,30	70 830	0,76	22 793
Dez.	0,18	41 979	0,91	220 289	-0,37	75 038	0,74	22 966
2022 Jan.	0,18	41 157	0,90	220 225	-0,31	72 404	0,73	23 078
Febr.	0,18	40 586	0,90	220 056	-0,30	71 560	0,71	23 680
März	0,17	40 201	0,89	219 655	-0,28	68 341	0,74	24 011
April	0,18	39 502	0,88	219 264	-0,27	72 951	0,73	23 521

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte <sup>3)</sup>						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte <sup>4) 5)</sup>					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 April	1,86	4 496	1,56	26 870	1,88	1 381 533	6,65	43 462	3,34	82 596	3,38	323 494
Mai	1,94	4 575	1,55	26 759	1,87	1 390 096	6,63	43 692	3,33	82 120	3,36	323 923
Juni	1,91	4 485	1,54	26 949	1,85	1 399 549	6,60	45 343	3,33	81 846	3,35	323 511
Juli	1,92	4 642	1,53	26 996	1,83	1 410 004	6,53	44 338	3,33	81 734	3,34	325 291
Aug.	1,94	4 581	1,52	27 041	1,82	1 418 884	6,60	44 785	3,33	81 447	3,32	325 890
Sept.	1,94	4 521	1,52	27 117	1,80	1 427 271	6,67	45 750	3,32	81 133	3,32	325 265
Okt.	1,97	4 623	1,52	27 324	1,79	1 436 840	6,59	44 700	3,32	80 768	3,30	326 197
Nov.	2,08	3 680	1,52	26 929	1,77	1 446 574	6,53	44 871	3,32	79 066	3,30	328 130
Dez.	2,02	3 547	1,52	26 755	1,75	1 454 553	6,60	44 914	3,32	78 679	3,28	327 421
2022 Jan.	2,02	3 697	1,52	26 600	1,74	1 457 100	6,69	44 503	3,32	77 914	3,27	328 356
Febr.	2,02	3 567	1,52	26 633	1,73	1 464 146	6,61	44 917	3,32	77 427	3,26	329 007
März	2,10	3 624	1,53	26 687	1,71	1 473 896	6,59	46 252	3,33	77 401	3,25	329 022
April	2,08	3 642	1,54	26 786	1,71	1 483 063	6,52	45 728	3,33	76 970	3,25	329 976

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 April	1,96	151 270	1,67	195 027	1,68	798 088
Mai	1,93	153 129	1,65	194 737	1,68	802 212
Juni	2,01	149 474	1,65	193 910	1,67	801 420
Juli	1,94	148 978	1,64	194 327	1,65	808 937
Aug.	1,94	148 766	1,63	196 065	1,64	811 706
Sept.	1,97	149 784	1,64	194 697	1,63	811 174
Okt.	1,92	158 326	1,63	197 964	1,62	813 714
Nov.	1,91	156 340	1,58	203 103	1,61	819 855
Dez.	1,82	161 611	1,56	202 457	1,59	822 730
2022 Jan.	1,81	166 542	1,57	202 062	1,58	825 433
Febr.	1,80	172 615	1,56	201 758	1,58	831 417
März	1,90	179 018	1,58	202 657	1,57	833 610
April	1,91	179 936	1,58	204 800	1,57	839 870

\* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. <sup>o</sup> Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum

Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47\*.)



VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 April	-0,00	1 772 803	0,06	2 465	0,28	379	0,32	591	0,09	536 476	0,17	25 840
Mai	-0,01	1 786 469	0,01	2 399	0,37	307	0,32	529	0,09	537 061	0,16	25 715
Juni	-0,01	1 788 689	-0,04	2 957	0,23	310	0,28	566	0,09	536 727	0,16	25 503
Juli	-0,01	1 800 235	0,02	2 414	0,28	401	0,29	695	0,08	536 463	0,16	25 216
Aug.	-0,01	1 797 331	0,02	2 315	0,25	278	0,34	558	0,08	536 145	0,16	24 993
Sept.	-0,01	1 791 879	-0,01	2 254	0,26	241	0,34	513	0,08	535 555	0,15	24 780
Okt.	-0,01	1 800 411	0,06	1 944	0,25	228	0,39	474	0,08	535 197	0,15	24 558
Nov.	-0,01	1 808 547	0,09	1 879	0,21	266	0,48	650	0,08	535 140	0,15	24 329
Dez.	-0,01	1 806 993	-0,07	2 327	0,20	204	0,51	721	0,08	536 715	0,14	24 116
2022 Jan.	-0,01	1 806 352	0,11	2 132	0,22	363	0,36	642	0,08	537 038	0,14	23 363
Febr.	-0,02	1 819 881	0,06	2 167	0,25	226	0,33	564	0,07	537 327	0,13	23 136
März	-0,02	1 808 690	0,12	2 044	0,28	258	0,38	824	0,07	535 696	0,13	22 897
April	-0,02	1 826 796	0,14	1 974	0,39	292	0,46	694	0,07	534 800	0,13	22 686

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2021 April	-0,10	559 616	-0,25	52 411	-0,10	113	0,23	87
Mai	-0,11	564 627	-0,34	53 947	-0,04	194	0,37	231
Juni	-0,12	569 903	-0,50	64 520	-0,14	278	0,20	200
Juli	-0,12	581 879	-0,48	57 334	-0,22	322	0,09	168
Aug.	-0,13	589 698	-0,50	47 074	-0,17	174	0,07	699
Sept.	-0,12	590 408	-0,50	48 685	x)	x)	0,11	333
Okt.	-0,13	598 979	-0,51	70 382	-0,21	214	0,19	1 102
Nov.	-0,13	604 607	-0,52	47 155	-0,16	619	0,25	732
Dez.	-0,14	585 718	-0,58	43 578	-0,07	836	0,19	1 004
2022 Jan.	-0,14	596 648	-0,50	38 323	-0,18	311	0,28	1 033
Febr.	-0,14	594 874	-0,48	30 745	0,03	234	0,63	1 123
März	-0,15	607 552	-0,50	42 187	0,09	417	1,09	1 069
April	-0,15	600 760	-0,49	42 722	0,37	633	1,12	180

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2021 April	5,51	5,38	7 926	6,17	1 482	6,76	325	4,25	2 731	5,92	4 871
Mai	5,49	5,37	7 573	6,21	1 400	7,01	301	4,24	2 605	5,90	4 667
Juni	5,52	5,40	8 979	6,25	1 741	7,20	359	4,23	3 090	5,94	5 530
Juli	5,55	5,47	9 279	6,30	1 924	7,15	386	4,26	3 014	5,98	5 880
Aug.	5,54	5,44	8 696	6,29	1 747	7,54	340	4,30	2 828	5,89	5 528
Sept.	5,54	5,46	8 474	6,28	1 669	7,59	323	4,29	2 783	5,94	5 368
Okt.	5,58	5,50	8 375	6,30	1 660	7,55	345	4,34	2 677	5,95	5 353
Nov.	5,46	5,43	8 076	6,17	1 524	7,24	408	4,34	2 691	5,88	4 976
Dez.	5,35	5,36	6 927	6,04	1 221	6,75	465	4,31	2 445	5,84	4 017
2022 Jan.	5,53	5,54	8 604	6,19	1 862	7,29	383	4,29	2 643	6,01	5 578
Febr.	5,41	5,45	8 372	6,14	1 641	7,31	378	4,28	2 652	5,90	5 343
März	5,34	5,38	10 208	6,24	1 935	7,28	397	4,08	3 481	5,97	6 330
April	5,68	5,63	8 555	6,28	1 706	7,33	345	4,46	2 655	6,08	5 555

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. Anmerkung x s. S. 47\*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Krediten und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die

Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite an private Haushalte</b>										
2021 April	1,65	4 662	1,52	1 263	1,58	1 956	2,08	724	1,55	1 982
Mai	1,74	3 877	1,51	909	1,79	1 589	2,32	550	1,51	1 738
Juni	1,63	5 170	1,53	1 119	1,55	2 198	2,26	702	1,51	2 270
Juli	1,68	4 950	1,50	1 428	1,71	1 920	2,09	732	1,52	2 298
Aug.	1,74	4 101	1,60	806	1,88	1 594	2,17	612	1,48	1 895
Sept.	1,65	4 401	1,46	951	1,72	1 950	1,99	626	1,47	1 825
Okt.	1,69	4 327	1,54	1 068	1,79	1 792	2,23	631	1,42	1 904
Nov.	1,68	4 433	1,39	847	1,65	1 759	2,42	704	1,44	1 970
Dez.	1,64	5 757	1,48	1 144	1,58	2 326	2,45	860	1,44	2 571
2022 Jan.	1,62	4 552	1,48	1 288	1,54	1 914	2,32	622	1,49	2 016
Febr.	1,76	4 173	1,60	859	1,69	1 560	2,55	514	1,62	2 099
März	1,87	5 992	1,61	1 247	1,70	2 149	2,43	724	1,85	3 119
April	2,04	4 939	1,72	1 147	1,84	1 787	2,33	759	2,09	2 393
<b>darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen</b>										
2021 April	1,73	3 212	.	.	1,65	1 316	2,17	555	1,62	1 341
Mai	1,85	2 624	.	.	1,93	1 052	2,29	451	1,59	1 121
Juni	1,70	3 581	.	.	1,64	1 516	2,38	508	1,52	1 557
Juli	1,71	3 514	.	.	1,75	1 339	2,10	587	1,53	1 588
Aug.	1,89	2 666	.	.	2,05	1 045	2,35	441	1,57	1 180
Sept.	1,72	2 879	.	.	1,76	1 259	2,21	444	1,49	1 176
Okt.	1,75	2 884	.	.	1,84	1 193	2,17	514	1,46	1 177
Nov.	1,83	2 674	.	.	1,83	1 076	2,47	461	1,56	1 137
Dez.	1,73	3 787	.	.	1,76	1 495	2,48	564	1,47	1 728
2022 Jan.	1,71	2 950	.	.	1,64	1 227	2,38	455	1,54	1 268
Febr.	1,88	2 728	.	.	1,92	970	2,68	380	1,64	1 378
März	1,96	3 879	.	.	1,84	1 414	2,58	512	1,88	1 953
April	2,14	3 187	.	.	1,96	1 044	2,42	577	2,15	1 566

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	Effektiv- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>													
2021 April	1,27	1,23	24 541	1,30	3 804	1,79	2 343	1,28	1 725	1,06	8 741	1,23	11 732
Mai	1,31	1,27	22 786	1,35	3 379	1,83	2 064	1,30	1 568	1,09	8 416	1,29	10 738
Juni	1,34	1,29	25 161	1,34	3 327	1,74	2 374	1,33	1 775	1,12	9 196	1,33	11 815
Juli	1,36	1,31	25 121	1,36	3 808	1,76	2 686	1,32	1 649	1,14	9 216	1,34	11 570
Aug.	1,31	1,27	22 735	1,32	3 095	1,78	2 324	1,37	1 514	1,10	7 975	1,28	10 922
Sept.	1,31	1,26	22 232	1,33	2 986	1,80	2 204	1,33	1 451	1,09	7 631	1,27	10 946
Okt.	1,32	1,28	22 630	1,29	3 683	1,79	2 353	1,33	1 613	1,10	8 013	1,29	10 650
Nov.	1,36	1,32	22 516	1,31	3 079	1,83	2 022	1,43	1 564	1,15	8 171	1,33	10 759
Dez.	1,37	1,32	23 851	1,27	3 446	1,80	2 383	1,39	1 661	1,16	8 614	1,34	11 194
2022 Jan.	1,39	1,35	25 085	1,33	4 969	1,83	2 527	1,35	1 706	1,19	8 661	1,37	12 191
Febr.	1,49	1,45	26 299	1,43	4 706	1,86	2 270	1,45	1 606	1,29	9 322	1,48	13 100
März	1,69	1,65	32 270	1,63	6 216	1,93	2 704	1,65	1 987	1,50	11 809	1,71	15 770
April	1,98	1,94	25 810	1,90	4 945	2,01	2 323	1,88	1 702	1,81	10 022	2,04	11 763
<b>darunter: besicherte Kredite 11)</b>													
2021 April	.	1,15	10 483	.	.	1,71	801	1,10	822	1,00	3 834	1,18	5 026
Mai	.	1,19	9 797	.	.	1,74	747	1,09	725	1,01	3 738	1,25	4 587
Juni	.	1,23	10 630	.	.	1,69	836	1,14	793	1,06	4 071	1,29	4 930
Juli	.	1,25	10 467	.	.	1,66	934	1,15	749	1,08	3 906	1,33	4 878
Aug.	.	1,21	9 407	.	.	1,67	821	1,21	665	1,03	3 442	1,25	4 479
Sept.	.	1,20	9 471	.	.	1,67	802	1,13	664	1,03	3 299	1,24	4 706
Okt.	.	1,20	9 766	.	.	1,70	874	1,16	746	1,02	3 569	1,25	4 577
Nov.	.	1,23	9 668	.	.	1,72	708	1,22	685	1,08	3 670	1,29	4 605
Dez.	.	1,25	10 265	.	.	1,70	783	1,22	727	1,09	3 784	1,31	4 971
2022 Jan.	.	1,28	11 005	.	.	1,75	942	1,18	861	1,13	4 087	1,33	5 115
Febr.	.	1,37	11 593	.	.	1,74	749	1,28	826	1,24	4 366	1,43	5 652
März	.	1,57	14 566	.	.	1,80	936	1,54	974	1,46	5 637	1,64	7 019
April	.	1,86	11 669	.	.	1,88	804	1,71	830	1,77	4 656	1,96	5 379

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*;  
 Anmerkung 11 s. S. 47\*

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter			
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		Echte Kreditkartenkredite	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2021 April	7,37	34 035	7,02	27 152	15,48	3 899	2,84	70 358	2,85	70 106		
2021 Mai	7,28	34 454	7,01	27 148	15,51	3 905	2,79	72 023	2,80	71 766		
2021 Juni	7,23	35 815	7,05	28 056	15,55	3 938	2,86	72 488	2,87	72 184		
2021 Juli	7,11	35 046	6,90	27 102	15,54	3 987	2,75	73 098	2,76	72 788		
2021 Aug.	7,12	35 662	6,99	27 343	15,58	4 039	2,79	72 942	2,80	72 622		
2021 Sept.	7,19	36 720	7,06	28 404	15,53	4 098	2,79	74 750	2,81	74 389		
2021 Okt.	7,10	35 633	6,94	27 535	15,02	4 109	2,81	75 550	2,83	75 182		
2021 Nov.	7,01	36 013	6,90	27 565	15,01	4 153	2,77	76 312	2,79	75 909		
2021 Dez.	7,11	36 163	6,93	28 124	14,94	4 165	2,73	76 261	2,75	75 914		
2022 Jan.	7,20	36 030	6,97	28 433	14,97	4 110	2,61	81 598	2,62	81 290		
2022 Febr.	7,08	36 335	6,95	28 225	14,96	4 103	2,62	85 173	2,63	84 843		
2022 März	7,14	37 360	7,02	29 314	14,94	4 076	2,71	87 104	2,72	86 709		
2022 April	7,00	36 819	6,91	28 444	14,96	4 100	2,65	88 222	2,66	87 854		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2021 April	1,52	56 777	1,55	18 920	1,90	9 318	2,23	1 385	1,55	1 553	1,46	35 109	1,43	3 022	1,15	6 390
2021 Mai	1,32	58 626	1,53	16 038	1,89	8 462	2,33	1 179	1,56	1 578	1,20	36 993	1,42	2 491	1,06	7 923
2021 Juni	1,28	83 129	1,29	27 883	1,93	9 481	2,37	1 409	1,54	1 734	1,19	52 578	0,78	6 948	1,28	10 979
2021 Juli	1,35	70 171	1,42	20 858	1,84	9 608	2,26	1 403	1,52	1 753	1,30	41 858	1,29	3 934	1,00	11 615
2021 Aug.	1,33	54 047	1,58	14 739	1,79	7 827	2,31	1 094	1,44	1 308	1,25	33 740	1,14	3 001	1,08	7 077
2021 Sept.	1,36	69 341	1,33	23 411	1,83	9 309	2,39	1 198	1,48	1 245	1,28	45 311	1,44	4 339	1,06	7 939
2021 Okt.	1,21	71 404	1,32	20 386	1,76	9 149	2,38	1 247	1,50	1 242	1,08	48 160	1,43	2 573	1,07	9 033
2021 Nov.	1,18	75 363	1,34	18 828	1,85	9 681	2,35	1 402	1,44	1 474	1,03	48 548	0,95	4 444	1,16	9 814
2021 Dez.	1,20	105 525	1,32	29 572	1,94	10 348	2,28	1 529	1,45	1 817	1,05	71 028	1,40	5 515	1,18	15 288
2022 Jan.	1,29	64 813	1,26	21 030	1,80	8 812	2,39	1 280	1,53	1 443	1,14	44 620	1,49	1 821	1,27	6 837
2022 Febr.	1,32	66 898	1,22	18 910	1,78	9 056	2,55	1 205	1,63	1 445	1,13	42 295	1,71	3 088	1,42	9 809
2022 März	1,50	99 725	1,39	29 044	1,78	10 692	2,54	1 571	1,83	1 981	1,38	68 399	1,77	5 314	1,65	11 768
2022 April	1,52	74 411	1,50	19 699	1,81	8 977	2,28	1 389	2,17	1 937	1,31	47 561	1,82	3 866	1,88	10 681
<b>Kredite insgesamt</b>																
<b>darunter: besicherte Kredite 11)</b>																
2021 April	1,44	7 883	.	.	1,79	377	1,68	117	1,15	359	1,55	4 450	1,51	967	1,07	1 613
2021 Mai	1,46	7 097	.	.	1,76	340	1,73	75	1,21	404	1,68	3 830	1,15	439	1,11	2 009
2021 Juni	1,36	13 761	.	.	1,79	410	1,84	109	1,20	444	1,35	8 365	1,38	1 110	1,35	3 323
2021 Juli	1,41	10 857	.	.	1,68	445	1,57	117	1,24	404	1,56	6 539	1,30	933	1,02	2 419
2021 Aug.	1,45	7 709	.	.	1,81	328	1,76	85	1,18	308	1,55	4 191	1,69	819	1,09	1 978
2021 Sept.	1,35	11 637	.	.	1,71	405	2,14	61	1,17	284	1,35	7 760	1,92	827	1,06	2 300
2021 Okt.	1,29	10 023	.	.	1,72	371	1,87	78	1,24	298	1,46	5 810	1,90	660	0,73	2 806
2021 Nov.	1,34	8 064	.	.	1,76	359	1,60	96	1,19	382	1,43	4 537	1,36	704	1,08	1 986
2021 Dez.	1,27	18 534	.	.	1,69	438	1,93	113	1,23	430	1,20	11 302	1,73	1 948	1,18	4 303
2022 Jan.	1,25	10 159	.	.	1,66	371	1,54	102	1,35	406	1,19	7 044	1,20	386	1,37	1 850
2022 Febr.	1,60	9 498	.	.	1,66	296	1,98	87	1,37	318	1,63	4 798	1,85	1 166	1,46	2 833
2022 März	1,40	14 380	.	.	1,71	503	2,07	120	1,63	444	1,15	9 349	2,56	1 117	1,63	2 847
2022 April	1,69	9 094	.	.	1,92	325	2,15	113	1,93	481	1,53	5 242	1,68	817	1,97	2 116

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*: **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden

Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen <sup>1)</sup>	Schuldver- schreibungen	Kredite <sup>2)</sup>	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Technische Rück- stellungen <sup>3)</sup>	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
<b>Versicherungsunternehmen <sup>4)</sup></b>										
2019 2.Vj.	2 407,6	336,8	449,0	339,3	387,9	735,8	3,6	57,9	37,1	60,3
3.Vj.	2 492,5	333,0	468,5	357,2	398,2	768,3	4,6	58,8	38,0	66,0
4.Vj.	2 473,9	317,5	448,2	355,6	407,3	778,3	3,6	64,9	39,8	58,8
2020 1.Vj.	2 426,8	318,2	452,0	364,1	383,1	738,2	4,5	68,5	38,6	59,6
2.Vj.	2 517,5	317,0	460,5	371,9	409,4	788,7	4,3	68,5	38,7	58,5
3.Vj.	2 547,1	311,1	472,9	373,8	411,3	809,5	4,4	67,1	39,0	58,0
4.Vj.	2 587,4	301,7	478,9	370,6	425,4	841,0	4,7	68,1	38,2	58,7
2021 1.Vj.	2 575,3	292,4	466,8	361,7	437,8	844,7	3,9	72,0	38,9	57,2
2.Vj.	2 591,4	280,5	466,5	361,3	449,6	864,5	3,4	72,6	39,0	54,1
3.Vj.	2 633,2	271,8	471,3	358,3	464,4	882,1	3,3	87,9	38,4	55,8
4.Vj.	2 649,9	261,4	468,7	355,1	472,9	903,3	3,2	85,1	40,8	59,4
<b>Lebensversicherung</b>										
2019 2.Vj.	1 291,9	205,8	227,6	214,2	55,4	538,9	2,4	10,0	20,3	17,4
3.Vj.	1 350,1	205,3	242,5	225,2	57,9	563,6	3,1	10,4	20,9	21,0
4.Vj.	1 325,2	194,8	227,6	217,6	61,1	570,4	2,4	13,7	21,1	16,5
2020 1.Vj.	1 295,7	191,4	231,0	220,6	62,0	538,1	2,2	13,9	20,3	16,3
2.Vj.	1 347,1	192,3	234,4	223,6	64,4	577,0	2,8	13,7	20,3	18,5
3.Vj.	1 369,2	188,4	241,6	225,7	66,1	592,6	3,0	13,6	20,6	17,6
4.Vj.	1 395,8	183,5	242,7	229,9	70,2	616,5	3,3	14,3	20,8	14,5
2021 1.Vj.	1 361,2	170,4	231,5	219,6	74,3	614,3	2,1	14,2	21,5	13,2
2.Vj.	1 371,7	164,4	231,3	219,4	78,0	627,2	2,0	14,1	21,5	13,8
3.Vj.	1 386,6	159,1	232,2	214,8	87,7	642,8	1,9	13,4	20,8	13,8
4.Vj.	1 400,8	152,4	232,7	211,8	93,5	658,0	1,7	14,6	21,9	14,3
<b>Nicht-Lebensversicherung</b>										
2019 2.Vj.	665,6	119,8	131,1	76,1	78,2	182,4	0,4	37,7	11,0	29,1
3.Vj.	682,6	116,9	135,3	79,9	80,6	189,4	0,4	38,8	11,3	30,0
4.Vj.	673,5	111,2	130,4	79,6	83,6	193,3	0,4	36,2	12,2	26,7
2020 1.Vj.	669,3	111,1	131,3	79,8	80,0	186,9	0,3	38,7	12,0	29,3
2.Vj.	685,4	111,8	134,4	82,4	81,1	197,0	0,4	39,5	12,1	26,7
3.Vj.	693,0	109,3	137,6	83,3	82,7	203,1	0,4	38,5	12,1	26,3
4.Vj.	703,1	105,9	139,5	84,5	85,1	210,2	0,5	37,6	12,7	27,3
2021 1.Vj.	716,8	108,1	139,5	83,6	88,7	215,1	0,4	40,0	12,8	28,6
2.Vj.	720,3	103,3	140,4	83,5	90,6	221,6	0,4	40,4	12,8	27,3
3.Vj.	727,5	98,8	140,2	83,8	93,9	223,3	0,4	46,6	12,9	27,8
4.Vj.	732,4	94,7	139,9	84,8	97,8	227,8	0,3	44,7	14,0	28,4
<b>Rückversicherung <sup>5)</sup></b>										
2019 2.Vj.	450,1	11,1	90,4	49,0	254,3	14,4	0,8	10,2	5,8	13,9
3.Vj.	459,9	10,8	90,7	52,1	259,6	15,3	1,0	9,6	5,9	15,0
4.Vj.	475,2	11,5	90,2	58,3	262,6	14,5	0,8	15,1	6,6	15,6
2020 1.Vj.	461,7	15,7	89,8	63,7	241,0	13,3	1,9	15,9	6,3	14,1
2.Vj.	485,0	12,9	91,7	65,9	264,0	14,6	1,1	15,2	6,3	13,3
3.Vj.	485,0	13,5	93,7	64,9	262,6	13,7	1,0	15,0	6,3	14,2
4.Vj.	488,5	12,3	96,7	56,3	270,2	14,3	1,0	16,3	4,7	16,9
2021 1.Vj.	497,3	13,9	95,8	58,5	274,7	15,4	1,4	17,7	4,7	15,3
2.Vj.	499,4	12,8	94,8	58,4	280,9	15,6	1,0	18,1	4,6	13,1
3.Vj.	519,0	13,9	98,9	59,6	282,7	16,1	1,0	28,0	4,7	14,2
4.Vj.	516,7	14,3	96,1	58,6	281,6	17,5	1,1	25,9	4,9	16,6
<b>Pensionseinrichtungen <sup>6)</sup></b>										
2019 2.Vj.	707,9	87,6	76,5	31,0	34,1	402,0	-	8,5	46,0	22,2
3.Vj.	726,5	85,6	80,7	31,0	36,5	415,5	-	8,6	46,7	22,0
4.Vj.	735,8	85,2	79,6	31,1	38,7	421,1	-	8,8	48,9	22,3
2020 1.Vj. <sup>7)</sup>	599,1	92,2	57,0	48,5	9,3	361,3	0,1	10,4	17,5	2,7
2.Vj.	623,3	92,2	58,8	49,1	9,7	382,1	0,1	10,4	18,1	2,8
3.Vj.	635,9	90,8	59,6	50,2	10,1	392,8	0,2	11,6	18,2	2,5
4.Vj.	647,7	85,8	59,7	47,4	10,1	412,2	0,2	11,9	17,3	3,2
2021 1.Vj.	661,5	86,9	59,2	48,6	10,9	423,9	0,2	12,3	17,3	2,3
2.Vj.	680,8	86,8	61,3	49,4	11,5	439,3	0,1	12,5	17,7	2,3
3.Vj.	686,5	85,3	61,9	49,0	11,8	445,7	0,1	12,7	17,8	2,3
4.Vj.	706,7	85,6	62,0	49,0	11,5	463,9	0,1	13,3	18,3	3,0

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj Zeitwerte, davor Buchwerte. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj Zeitwerte, davor Buchwerte. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der

Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Bewertung der börsennotierten Wertpapiere zum jeweiligen einheitlichen Preis der Wertpapierstammdatenbank des ESZB. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite <sup>1)</sup>	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen <sup>4)</sup>
					Insgesamt <sup>2)</sup>	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen <sup>3)</sup>	Nicht-Leben			
<b>Versicherungsunternehmen</b>										
2019 2.Vj.	2 407,6	31,9	69,4	489,7	1 687,4	1 466,0	221,4	1,8	127,5	–
3.Vj.	2 492,5	31,7	69,3	488,5	1 769,4	1 543,0	226,4	2,2	131,5	–
4.Vj.	2 473,9	31,7	75,8	515,3	1 714,9	1 499,6	215,3	1,9	134,4	–
2020 1.Vj.	2 426,8	31,8	82,4	464,3	1 721,8	1 483,2	238,6	2,4	124,1	–
2.Vj.	2 517,5	33,1	82,2	505,3	1 767,6	1 527,7	239,9	1,9	127,3	–
3.Vj.	2 547,1	34,3	80,0	515,7	1 785,5	1 549,1	236,4	1,7	129,9	–
4.Vj.	2 587,4	36,6	79,7	540,4	1 799,0	1 579,2	219,8	1,6	130,2	–
2021 1.Vj.	2 575,3	34,8	81,4	551,7	1 778,7	1 541,3	237,4	2,5	126,2	–
2.Vj.	2 591,4	33,0	81,3	558,9	1 793,7	1 556,4	237,3	2,2	122,2	–
3.Vj.	2 633,2	35,4	82,8	567,3	1 818,0	1 569,1	248,9	2,5	127,0	–
4.Vj.	2 649,9	36,1	82,0	579,7	1 821,1	1 578,4	242,7	2,5	128,6	–
<b>Lebensversicherung</b>										
2019 2.Vj.	1 291,9	4,1	14,5	121,8	1 108,6	1 108,6	–	0,4	42,4	–
3.Vj.	1 350,1	3,7	15,6	116,0	1 171,9	1 171,9	–	0,6	42,4	–
4.Vj.	1 325,2	3,6	19,1	127,6	1 129,7	1 129,7	–	0,5	44,7	–
2020 1.Vj.	1 295,7	3,6	19,3	114,2	1 117,8	1 117,8	–	0,6	40,3	–
2.Vj.	1 347,1	3,8	19,2	129,8	1 150,3	1 150,3	–	0,5	43,4	–
3.Vj.	1 369,2	3,9	19,5	136,8	1 164,7	1 164,7	–	0,5	43,7	–
4.Vj.	1 395,8	3,9	20,7	142,8	1 185,6	1 185,6	–	0,5	42,2	–
2021 1.Vj.	1 361,2	3,3	19,9	143,1	1 154,3	1 154,3	–	1,0	39,6	–
2.Vj.	1 371,7	3,3	20,4	144,2	1 164,9	1 164,9	–	1,0	37,9	–
3.Vj.	1 386,6	3,3	19,3	148,1	1 176,4	1 176,4	–	1,1	38,4	–
4.Vj.	1 400,8	3,3	20,7	148,2	1 185,5	1 185,5	–	0,9	42,2	–
<b>Nicht-Lebensversicherung</b>										
2019 2.Vj.	665,6	1,1	8,8	147,0	459,4	341,5	117,8	0,1	49,3	–
3.Vj.	682,6	1,2	9,1	149,7	471,9	354,8	117,1	0,1	50,6	–
4.Vj.	673,5	1,2	9,3	153,7	457,2	349,4	107,8	0,1	52,0	–
2020 1.Vj.	669,3	1,3	9,8	141,9	468,2	344,4	123,8	0,1	48,0	–
2.Vj.	685,4	1,3	9,5	149,3	478,1	355,6	122,5	0,1	47,1	–
3.Vj.	693,0	1,2	9,6	151,9	482,1	362,3	119,8	0,1	48,1	–
4.Vj.	703,1	1,3	9,7	157,9	482,9	368,7	114,2	0,0	51,2	–
2021 1.Vj.	716,8	1,2	10,6	162,8	491,6	362,6	129,0	0,1	50,5	–
2.Vj.	720,3	1,2	10,5	166,4	493,6	366,3	127,3	0,1	48,4	–
3.Vj.	727,5	1,2	10,5	169,2	499,0	367,9	131,2	0,2	47,5	–
4.Vj.	732,4	1,4	10,8	176,2	493,0	367,6	125,4	0,2	50,9	–
<b>Rückversicherung <sup>5)</sup></b>										
2019 2.Vj.	450,1	26,6	46,1	220,8	119,4	15,8	103,6	1,3	35,9	–
3.Vj.	459,9	26,8	44,7	222,8	125,6	16,3	109,3	1,5	38,5	–
4.Vj.	475,2	26,9	47,4	234,0	128,0	20,6	107,5	1,3	37,7	–
2020 1.Vj.	461,7	26,9	53,3	208,1	135,9	21,0	114,9	1,7	35,8	–
2.Vj.	485,0	28,1	53,5	226,2	139,1	21,8	117,4	1,3	36,8	–
3.Vj.	485,0	29,2	50,9	227,0	138,7	22,1	116,6	1,0	38,1	–
4.Vj.	488,5	31,4	49,3	239,6	130,4	24,8	105,6	1,0	36,7	–
2021 1.Vj.	497,3	30,2	50,9	245,8	132,8	24,4	108,4	1,4	36,2	–
2.Vj.	499,4	28,5	50,4	248,3	135,2	25,2	110,0	1,1	35,9	–
3.Vj.	519,0	30,9	53,0	250,1	142,7	24,9	117,8	1,3	41,1	–
4.Vj.	516,7	31,4	50,5	255,3	142,6	25,3	117,3	1,4	35,5	–
<b>Pensionseinrichtungen <sup>6)</sup></b>										
2019 2.Vj.	707,9	–	8,1	8,3	620,3	620,3	–	–	2,8	68,4
3.Vj.	726,5	–	8,2	8,4	628,2	628,2	–	–	2,9	78,9
4.Vj.	735,8	–	8,4	8,6	638,0	638,0	–	–	3,7	77,1
2020 1.Vj. <sup>7)</sup>	599,1	–	1,6	19,4	497,3	496,7	–	0,3	8,1	72,4
2.Vj.	623,3	–	1,6	21,6	506,4	505,8	–	0,3	8,3	85,0
3.Vj.	635,9	–	1,6	22,4	510,0	509,3	–	0,3	8,7	92,9
4.Vj.	647,7	–	1,6	21,8	516,3	515,6	–	0,3	8,9	98,8
2021 1.Vj.	661,5	–	1,5	23,6	526,8	526,1	–	0,3	8,6	100,7
2.Vj.	680,8	–	1,6	26,4	532,4	531,7	–	0,4	9,2	110,8
3.Vj.	686,5	–	1,6	27,2	536,1	535,4	–	0,4	9,2	112,1
4.Vj.	706,7	–	1,6	28,3	550,4	549,7	–	0,4	9,3	116,7

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Das

Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen“ und „Aktien und sonstige Anteilsrechte“. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

## VIII. Kapitalmarkt

### 1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz				Erwerb					
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 3)	Inländer				
zu-sammen	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 5)	Deutsche Bundesbank					übrige Sektoren 6)	zu-sammen 4)			
2010	146 620	- 1 212	- 7 621	24 044	- 17 635	147 831	- 92 682	- 103 271	- 22 967	- 172 986	53 938
2011	33 649	13 575	- 46 796	850	59 521	20 075	- 23 876	- 94 793	36 805	34 112	57 526
2012	51 813	- 21 419	- 98 820	- 8 701	86 103	73 231	- 3 767	- 42 017	- 3 573	41 823	55 580
2013	- 15 971	- 101 616	- 117 187	153	15 415	85 645	16 409	- 25 778	- 12 708	54 895	- 32 380
2014	64 775	- 31 962	- 47 404	- 1 330	16 776	96 737	50 408	- 12 124	- 11 951	74 483	14 366
2015	33 024	- 36 010	- 65 778	26 762	- 3 006	69 034	116 493	- 66 330	121 164	61 659	- 83 471
2016	71 380	27 429	19 177	18 265	- 10 012	43 951	164 148	- 58 012	187 500	34 660	- 92 769
2017	54 840	11 563	1 096	7 112	3 356	43 277	137 907	- 71 454	161 012	48 349	- 83 067
2018	64 682	16 630	33 251	12 433	- 29 055	48 052	93 103	- 24 417	67 328	50 192	- 28 421
2019	136 117	68 536	29 254	32 505	6 778	67 581	59 013	8 059	2 408	48 546	77 104
2020	446 000	374 034	14 462	88 703	270 870	63 941	283 003	18 955	226 887	37 162	162 996
2021	272 617	221 648	31 941	19 754	169 953	62 036	299 771	- 41 852	245 198	96 425	- 27 154
2021 Mai	37 246	32 003	- 3 450	7 280	28 172	5 243	31 693	- 2 194	25 538	8 349	5 553
2021 Juni	28 916	15 267	1 998	- 283	13 553	13 649	30 959	- 583	22 605	8 937	- 2 043
2021 Juli	13 168	3 091	- 9 235	3 715	8 611	10 077	30 955	- 5 500	25 087	11 368	- 17 787
2021 Aug.	27 503	34 709	6 868	1 227	26 615	- 7 206	11 907	- 5 337	17 312	- 68	15 596
2021 Sept.	27 619	17 160	12 855	8 183	- 3 878	10 460	32 908	6 387	17 663	8 858	- 5 289
2021 Okt.	103	3 176	7 354	- 7 515	3 337	- 3 073	9 377	- 17 904	20 765	6 517	- 9 275
2021 Nov.	39 728	31 488	6 574	8 351	16 563	8 241	34 851	- 529	23 375	12 005	4 877
2021 Dez.	- 39 780	- 23 893	- 17 511	- 8 944	2 561	- 15 886	- 1 271	- 9 420	14 137	- 5 988	- 38 509
2022 Jan.	50 489	25 937	10 503	6 559	8 876	24 552	41 057	- 2 870	14 990	28 936	9 432
2022 Febr.	32 161	27 538	10 579	3 056	13 902	4 624	25 309	8 057	14 793	2 459	6 852
2022 März	62 464	43 108	22 778	7 972	12 358	19 356	46 054	6 811	10 709	28 535	16 409
2022 April	- 18 372	- 2 076	- 2 992	695	222	- 16 297	- 3 709	- 16 914	13 068	137	- 14 663

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	ausländische Aktien 9)	Inländer	Kredit-institute 5)	übrige Sektoren 11)
zu-sammen 10)	zu-sammen 10)	zu-sammen 10)	zu-sammen 10)	zu-sammen 10)	zu-sammen 10)	zu-sammen 10)	zu-sammen 10)
2010	37 767	20 049	17 718	36 406	7 340	29 066	1 360
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	11 991	5 345	2 851
2014	43 501	18 778	24 723	43 950	17 203	26 747	449
2015	44 165	7 668	36 497	34 437	- 5 421	39 858	9 728
2016	30 896	4 409	26 487	31 037	- 5 143	36 180	141
2017	51 571	15 570	36 001	49 913	7 031	42 882	1 658
2018	54 883	16 188	38 695	83 107	- 11 184	94 291	28 224
2019	46 021	9 076	36 945	33 675	- 1 119	34 794	12 346
2020	83 859	17 771	66 088	115 960	27	115 933	32 101
2021	125 541	49 066	76 475	124 105	10 869	113 236	1 436
2021 Mai	39	1 131	-	893	-	506	932
2021 Juni	12 178	5 166	7 013	15 030	36	14 994	2 851
2021 Juli	6 139	825	5 314	3 849	- 74	3 923	2 290
2021 Aug.	11 293	4 667	6 626	11 585	204	11 381	291
2021 Sept.	13 516	4 660	8 855	15 099	3 374	11 725	1 583
2021 Okt.	10 042	5 498	4 544	15 060	1 401	13 659	5 018
2021 Nov.	6 393	2 367	4 026	15 628	2 698	12 930	9 235
2021 Dez.	13 692	10 698	2 995	6 987	- 1 848	8 835	6 705
2022 Jan.	6 155	396	5 760	9 711	2 076	7 635	3 556
2022 Febr.	5 455	628	6 084	4 539	- 1 599	2 940	916
2022 März	9 478	359	9 119	14 188	- 1 736	15 924	4 710
2022 April	3 239	150	3 089	6 451	484	5 967	3 212

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestands veränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. 8 Ohne Aktien

der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## VIII. Kapitalmarkt

### 2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten		
<b>Brutto-Absatz</b>							
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	592 375
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	574 530
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	458 892
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	400 701
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	722 958
2021 Aug.	132 171	67 235	1 340	0	59 379	6 516	53 015
Sept.	153 543	68 421	4 772	1 250	55 371	7 028	64 236
Okt.	135 102	61 412	4 207	530	48 932	7 744	65 411
Nov.	129 342	59 684	2 153	1 000	47 873	8 658	58 759
Dez.	83 511	37 389	2 675	1 707	28 987	4 020	41 064
2022 Jan.	136 066	69 054	11 165	1 510	50 426	5 953	53 754
Febr.	123 858	67 336	5 174	1 364	54 198	6 600	47 071
März	168 436	85 551	5 602	875	72 212	6 862	66 412
April	129 200	68 799	3 091	140	59 939	5 629	52 093

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)

2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	173 431
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	166 742
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	250 303
2021 Aug.	27 967	10 632	1 340	0	8 165	1 127	13 892
Sept.	58 157	18 007	4 400	0	10 365	3 241	27 750
Okt.	44 782	17 278	3 528	30	11 600	2 121	25 353
Nov.	29 324	9 512	1 705	500	4 165	3 142	14 145
Dez.	15 792	4 714	1 625	1 150	1 258	680	9 820
2022 Jan.	50 605	25 823	9 165	1 510	12 587	2 561	21 200
Febr.	41 368	22 391	3 487	1 364	14 364	3 175	16 876
März	44 448	17 785	3 236	300	11 718	2 532	20 255
April	28 734	13 879	1 926	50	10 089	1 814	13 805

Netto-Absatz 5)

2011	22 518	54 582	1 657	44 290	32 904	44 852	80 289
2012	85 298	100 198	4 177	41 660	3 259	51 099	21 298
2013	140 011	125 932	17 364	37 778	4 027	66 760	15 479
2014	34 020	56 899	6 313	23 856	862	25 869	12 383
2015	65 147	77 273	9 271	9 754	2 758	74 028	13 174
2016 3)	21 951	10 792	2 176	12 979	16 266	5 327	7 020
2017 3)	2 669	5 954	6 389	4 697	18 788	14 525	10 114
2018	2 758	26 648	19 814	6 564	18 850	5 453	33 630
2019	59 719	28 750	13 098	3 728	26 263	6 885	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	8 816	22 067	11 398	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	7 471	22 973	4 314	122 123
2021 Aug.	28 672	6 654	1 096	92	7 304	539	21 023
Sept.	17 297	11 684	2 474	65	11 735	2 590	4 788
Okt.	9 819	7 037	2 418	536	3 831	1 325	2 269
Nov.	35 511	6 760	2 052	221	6 788	1 803	23 189
Dez.	27 509	13 602	1 753	179	11 559	3 618	7 878
2022 Jan.	10 739	12 647	6 459	397	5 370	1 214	7 317
Febr.	18 055	10 554	2 870	869	7 435	619	6 577
März	41 894	23 733	2 097	250	20 258	1 128	10 620
April	16 444	4 268	830	310	4 357	432	10 823

\* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff.  
1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

5 Brutto-Absatz minus Tilgung. 6 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.



## VIII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	311 572	313 527	1 583 616
2019	3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	342 325	1 584 136
2020 4)	3 545 200	1 174 817	183 980	55 959	687 710	247 169	379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2021 Aug.	3 724 454	1 225 254	197 375	63 869	708 826	255 184	402 609	2 096 591
Sept.	3 749 036	1 242 232	199 933	63 941	725 268	253 090	413 416	2 093 388
Okt.	3 761 389	1 250 677	202 470	63 409	730 167	254 631	413 813	2 096 898
Nov.	3 805 409	1 262 369	200 532	63 672	741 009	257 157	420 551	2 122 489
Dez.	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022 Jan.	3 793 633	1 267 273	208 867	63 110	739 737	255 559	420 487	2 105 873
Febr.	3 805 493	1 277 071	211 728	63 984	746 531	254 828	416 380	2 112 042
März	3 851 357	1 302 974	213 413	64 234	769 133	256 194	424 228	2 124 156
April	3 852 450	1 311 930	214 466	63 960	776 644	256 858	423 660	2 116 860

#### Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: April 2022

bis unter 2	1 221 213	462 300	58 195	26 661	306 318	71 125	78 669	680 244
2 bis unter 4	732 838	314 286	55 425	15 642	187 372	55 847	76 984	341 568
4 bis unter 6	552 848	218 684	45 347	9 420	113 319	50 599	63 908	270 255
6 bis unter 8	387 556	131 725	33 132	6 232	68 031	24 330	40 720	215 111
8 bis unter 10	281 412	80 198	10 400	1 907	46 261	21 629	28 918	172 297
10 bis unter 15	237 820	57 757	7 640	3 601	34 802	11 714	38 281	141 782
15 bis unter 20	101 212	17 076	3 374	409	11 323	1 970	12 330	71 806
20 und darüber	337 551	29 906	953	88	9 219	19 645	83 850	223 796

\* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet vom Berichtsmontat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur

mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen. 4 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

### 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von						Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)			
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung				
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	—	552	—	762	—	3 532	924 214
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	—	478	—	594	—	2 411	1 150 188
2013	171 741	—	6 879	2 971	718	—	1 432	—	619	—	8 992	1 432 658
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	—	465	—	1 044	—	1 446	1 478 063
2015	177 416	319	4 634	397	599	—	1 394	—	1 385	—	2 535	1 614 442
2016	176 355	—	1 062	3 272	319	—	953	—	2 165	—	1 865	1 676 397
2017	178 828	2 471	3 894	776	533	—	457	—	661	—	1 615	1 933 733
2018	180 187	1 357	3 670	716	82	—	1 055	—	1 111	—	946	1 634 155
2019 3) 4)	183 461	1 673	2 411	2 419	542	—	858	—	65	—	2 775	1 950 224
2020 4)	181 881	—	2 872	1 877	219	—	178	—	2 051	—	460	1 963 588
2021	186 580	4 152	9 561	672	35	—	326	—	212	—	5 578	2 301 942
2021 Aug.	186 083	4 425	4 593	171	11	—	70	—	4	—	416	2 315 847
Sept.	186 316	230	678	6	11	—	14	—	9	—	443	2 238 994
Okt.	188 444	2 127	2 166	16	—	—	4	—	35	—	16	2 267 343
Nov.	188 352	109	85	—	6	—	5	—	1	—	194	2 198 231
Dez.	186 580	—	2 595	524	16	—	201	—	106	—	2 827	2 301 942
2022 Jan.	186 830	250	341	—	2	—	9	—	23	—	61	2 211 900
Febr.	186 737	—	110	64	9	—	40	—	11	—	137	2 060 901
März	186 993	256	260	91	—	—	0	—	25	—	70	2 076 514
April	186 971	25	47	1	—	—	0	—	4	—	19	2 007 353

\* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und

der Deutsche Börse AG. 3 Methodische Veränderungen ab Berichtsmontat Oktober 2019. 4 Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

## VIII. Kapitalmarkt

### 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€ -Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)	
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)								
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000			
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19	
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35	
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39	
2013	1,3	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16	
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	2,9	139,68	114,37	468,39	9 805,55	
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01	
2016	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06	
2017	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64	
2018	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5	141,84	109,71	474,85	10 558,96	
2019	–	0,1	–	0,3	–	0,3	0,3	143,72	111,32	575,80	13 249,01	
2020	–	0,2	–	0,4	–	0,5	–	146,15	113,14	586,72	13 718,78	
2021	–	0,1	–	0,3	–	0,4	–	144,23	108,88	654,20	15 884,86	
2021 Dez.	–	0,1	–	0,3	–	0,4	–	144,23	108,88	654,20	15 884,86	
2022 Jan.	0,1	–	0,1	–	0,2	–	0,1	143,24	107,29	636,37	15 471,20	
Feb.	0,4	–	0,2	–	0,1	–	0,2	141,55	105,86	593,56	14 461,02	
März	0,6	–	0,3	–	0,3	–	0,2	138,06	102,90	583,63	14 414,75	
April	1,1	–	0,7	–	0,7	–	0,2	135,85	99,80	564,54	14 097,88	
Mai	1,3	–	1,0	–	1,0	–	0,2	135,30	97,98	561,04	14 388,35	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfälliger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen

Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

### 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €														
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb						
		Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
		zusammen	Publikumsfonds	darunter			Spezial-fonds	aus-ländi-sche Fonds 4)	zusammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	übrige Sektoren 3)		Aus-länder 5)		
	zusammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Immo-bilien-fonds			zusammen	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile				
2010	106 190	84 906	13 381	– 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	– 6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 512	45 221	– 1 340	– 379	– 2 037	1 562	46 561	1 290	39 474	– 7 576	– 694	47 050	1 984	7 035	
2012	111 236	89 942	2 084	– 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	– 3 062	– 1 562	117 738	22 855	– 3 437	
2013	123 736	91 337	9 184	– 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 710	
2014	140 233	97 711	3 998	– 473	862	1 000	93 713	42 521	144 075	819	– 1 745	143 256	44 266	– 3 840	
2015	181 889	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 753	174 018	7 362	494	166 656	35 259	7 871	
2016	156 985	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	37 615	163 934	2 877	– 3 172	161 057	40 787	– 6 947	
2017	153 756	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	58 834	156 282	4 938	1 048	151 344	57 786	– 2 526	
2018	132 033	103 694	15 279	– 377	4 166	6 168	88 415	28 339	138 713	2 979	– 2 306	135 734	30 645	– 6 680	
2019	176 254	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	53 708	180 772	2 719	– 812	178 053	54 520	– 4 519	
2020	178 613	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	62 585	176 751	336	– 1 656	176 415	64 241	– 1 862	
2021	261 295	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	103 434	264 055	13 154	254	250 901	103 180	– 2 760	
2021 Okt.	30 667	20 211	4 435	6	3 507	451	15 775	10 457	31 225	1 775	– 191	29 450	10 648	– 558	
Nov.	29 103	13 176	3 779	– 68	3 006	651	9 398	15 927	30 066	1 737	640	28 329	15 287	– 963	
Dez.	48 350	34 875	3 380	121	2 182	751	31 495	13 475	49 676	1 186	– 704	48 490	14 179	– 1 326	
2022 Jan.	23 418	16 969	5 142	– 25	3 876	1 164	11 827	6 448	22 780	1 178	120	21 602	6 328	638	
Febr.	10 925	12 223	– 910	102	– 1 364	296	13 132	– 1 298	11 212	526	– 107	10 686	– 1 191	– 287	
März	5 368	6 548	– 299	188	– 1 082	596	6 847	– 1 180	7 930	– 132	– 244	8 062	– 936	– 2 562	
April	11 505	9 302	2 398	– 288	1 900	676	6 904	2 203	11 011	156	393	10 855	1 810	494	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020		2021				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
<b>Geldvermögensbildung</b>										
Bargeld und Einlagen	17,93	96,81	40,12	45,66	3,69	21,81	- 25,36	19,57	24,11	
Schuldverschreibungen insgesamt	- 2,37	2,99	3,12	0,57	- 0,20	- 1,53	1,90	1,58	1,17	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,29	1,27	2,27	1,25	- 0,18	- 0,12	0,77	0,26	1,12	
langfristige Schuldverschreibungen	- 1,08	1,72	0,85	- 0,68	- 0,02	- 1,65	1,13	1,32	0,06	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 0,58	1,38	1,34	- 0,48	0,10	- 0,64	0,87	1,75	- 0,64	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,49	- 0,17	0,74	- 0,13	- 0,48	- 0,10	0,62	0,59	- 0,57	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,64	0,12	1,08	- 0,41	0,09	- 0,55	0,48	0,58	0,56	
Staat	- 0,43	1,44	- 0,48	- 0,20	0,49	- 0,20	- 0,24	0,58	- 0,63	
Schuldverschreibungen des Auslands	- 1,79	1,61	1,79	1,05	- 0,30	- 0,88	1,03	- 0,17	1,81	
Kredite insgesamt	- 1,49	- 9,65	50,00	- 6,78	9,66	- 0,38	6,35	13,40	30,64	
kurzfristige Kredite	12,60	- 7,30	38,01	1,41	6,11	- 3,95	7,92	11,48	22,56	
langfristige Kredite	- 14,09	- 2,36	11,99	- 8,19	3,55	3,57	- 1,57	1,92	8,08	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	- 26,04	- 1,15	9,49	- 3,49	3,89	- 6,40	- 0,14	0,03	16,01	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 28,14	- 12,27	7,11	- 3,86	- 4,90	- 1,66	- 3,40	- 1,21	13,38	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,86	10,57	2,38	0,24	8,65	- 4,75	3,26	1,24	2,63	
Staat	0,24	0,55	0,00	0,14	0,14	0,00	0,00	0,00	0,00	
Kredite an das Ausland	24,55	- 8,50	40,51	- 3,29	5,77	6,02	6,49	13,37	14,63	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	115,90	110,30	151,31	41,40	11,97	45,63	36,71	27,01	41,96	
Anteilsrechte insgesamt	106,90	97,53	129,55	36,54	6,07	41,80	29,79	24,27	33,69	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	6,18	- 77,97	15,33	10,02	- 67,75	12,08	4,92	- 18,27	16,59	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,62	- 78,06	16,89	10,15	- 68,34	12,08	5,32	- 18,80	18,30	
finanzielle Kapitalgesellschaften	1,55	0,09	- 1,56	- 0,14	0,60	0,01	- 0,41	0,54	- 1,70	
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,26	6,63	5,69	3,56	4,09	0,72	- 1,61	5,37	1,20	
Übrige Anteilsrechte 1)	93,46	168,86	108,53	22,97	69,72	29,00	26,48	37,16	15,90	
Anteile an Investmentfonds	9,00	12,77	21,76	4,87	5,91	3,83	6,92	2,74	8,27	
Geldmarktfonds	1,78	3,79	0,66	3,27	1,34	- 0,47	- 0,19	- 0,41	1,73	
Sonstige Investmentfonds	7,22	8,99	21,10	1,60	4,57	4,31	7,11	3,15	6,54	
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,81	2,76	2,87	0,66	0,79	0,78	0,80	0,61	0,68	
Finanzderivate	- 0,62	- 27,52	10,14	- 4,14	- 11,28	13,93	2,31	- 2,53	- 3,56	
Sonstige Forderungen	- 64,82	47,61	83,56	44,28	50,68	19,75	- 6,79	11,44	59,16	
<b>Insgesamt</b>	<b>66,33</b>	<b>223,30</b>	<b>341,12</b>	<b>121,65</b>	<b>65,30</b>	<b>99,98</b>	<b>15,90</b>	<b>71,07</b>	<b>154,16</b>	
<b>Außenfinanzierung</b>										
Schuldverschreibungen insgesamt	20,52	36,63	20,86	10,58	- 4,01	2,77	8,92	10,29	- 1,12	
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,88	- 4,40	2,51	- 3,91	- 5,42	- 1,19	1,23	3,50	- 1,02	
langfristige Schuldverschreibungen	15,64	41,02	18,35	14,49	1,41	3,96	7,69	6,79	- 0,10	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	6,61	18,12	9,15	5,05	0,05	1,96	3,29	2,14	1,76	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,49	- 0,17	0,74	0,13	- 0,48	0,10	0,62	0,59	- 0,57	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	5,31	19,86	9,10	5,44	1,18	1,98	2,75	1,78	2,59	
Staat	0,47	- 0,22	0,09	0,05	0,01	0,14	0,03	0,02	- 0,10	
Private Haushalte	0,34	- 1,35	- 0,78	- 0,57	- 0,65	- 0,26	- 0,12	- 0,26	- 0,15	
Schuldverschreibungen des Auslands	13,91	18,51	11,72	5,53	- 4,06	0,81	5,63	8,15	- 2,88	
Kredite insgesamt	82,55	80,70	91,41	2,38	9,38	31,83	- 10,25	20,50	49,32	
kurzfristige Kredite	26,32	- 12,02	47,44	1,28	- 0,25	26,83	- 7,54	12,61	15,54	
langfristige Kredite	56,24	92,71	43,97	1,10	9,62	5,00	- 2,71	7,90	33,78	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	29,31	32,78	65,14	- 3,98	- 0,81	35,16	- 13,68	6,89	36,77	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 28,14	- 12,27	7,11	- 3,86	- 4,90	- 1,66	- 3,40	- 1,21	13,38	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	56,81	9,22	43,20	- 11,14	- 7,67	34,14	- 15,52	5,44	19,13	
Staat	0,64	35,82	14,83	11,02	11,75	2,68	5,24	2,66	4,26	
Kredite aus dem Ausland	53,25	47,92	26,26	6,36	10,19	- 3,33	3,43	13,61	12,55	
Anteilsrechte insgesamt	11,69	60,37	61,44	23,17	21,89	14,63	8,50	17,93	20,38	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	- 24,77	- 62,25	26,37	10,80	- 66,70	15,27	8,02	- 21,42	24,49	
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,62	- 78,06	16,89	10,15	- 68,34	12,08	5,32	- 18,80	18,30	
Finanzielle Kapitalgesellschaften	- 33,41	3,47	- 2,39	- 1,01	1,40	0,02	1,52	- 3,24	- 0,68	
Staat	- 0,01	0,26	- 0,09	- 0,01	- 0,01	- 0,07	- 0,07	- 0,00	0,04	
Private Haushalte	4,03	12,08	11,96	1,67	0,25	3,25	1,25	0,63	6,84	
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 1,16	10,09	18,96	- 0,71	1,68	- 4,97	- 1,15	31,69	- 6,61	
Übrige Anteilsrechte 1)	37,61	112,54	16,11	13,09	86,91	4,32	1,64	7,65	2,50	
Versicherungstechnische Rückstellungen	7,55	5,84	5,84	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	- 1,38	0,54	20,02	0,06	1,26	1,27	8,20	6,58	3,97	
Sonstige Verbindlichkeiten	8,21	15,29	154,39	40,91	22,40	50,13	9,92	31,34	63,01	
<b>Insgesamt</b>	<b>129,14</b>	<b>199,36</b>	<b>353,95</b>	<b>78,55</b>	<b>52,37</b>	<b>102,08</b>	<b>26,76</b>	<b>88,10</b>	<b>137,02</b>	

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020		2021			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	578,6	717,6	721,9	703,4	717,6	713,7	693,5	706,4	721,9
Schuldverschreibungen insgesamt	49,6	51,5	54,6	51,5	51,5	49,9	51,9	53,5	54,6
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,7	4,8	7,4	5,1	4,8	5,0	5,9	6,2	7,4
langfristige Schuldverschreibungen	45,9	46,7	47,2	46,3	46,7	44,9	46,0	47,3	47,2
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	21,1	22,1	23,3	21,9	22,1	21,4	22,3	24,0	23,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,0	4,7	5,3	5,1	4,7	4,7	5,3	5,9	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,6	13,4	14,5	13,2	13,4	12,9	13,4	14,0	14,5
Staat	2,6	4,0	3,5	3,5	4,0	3,8	3,6	4,1	3,5
Schuldverschreibungen des Auslands	28,4	29,4	31,3	29,6	29,4	28,5	29,6	29,5	31,3
Kredite insgesamt	731,9	725,0	778,0	716,7	725,0	726,4	732,4	746,9	778,0
kurzfristige Kredite	568,5	566,1	605,1	560,7	566,1	562,7	570,5	582,7	605,1
langfristige Kredite	163,5	158,8	172,9	156,0	158,8	163,7	161,9	164,2	172,9
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	414,5	413,3	422,8	409,4	413,3	406,9	406,8	406,8	422,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	339,9	327,6	334,7	332,5	327,6	325,9	322,5	321,3	334,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	67,3	77,8	80,2	69,2	77,8	73,1	76,3	77,6	80,2
Staat	7,3	7,9	7,9	7,7	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9
Kredite an das Ausland	317,4	311,7	355,2	307,2	311,7	319,5	325,6	340,1	355,2
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 439,7	2 534,7	2 884,4	2 454,7	2 534,7	2 699,9	2 786,1	2 842,1	2 884,4
Anteilsrechte insgesamt	2 249,7	2 330,0	2 644,3	2 261,3	2 330,0	2 487,6	2 562,0	2 614,6	2 644,3
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	342,0	307,0	393,0	352,5	307,0	359,4	383,5	371,5	393,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	332,9	298,9	384,9	346,0	298,9	350,9	375,0	361,7	384,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	9,0	8,1	8,0	6,5	8,1	8,5	8,5	9,8	8,0
Börsennotierte Aktien des Auslands	52,2	68,1	73,5	56,5	68,1	72,5	70,2	72,6	73,5
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 855,5	1 954,9	2 177,8	1 852,3	1 954,9	2 055,7	2 108,3	2 170,5	2 177,8
Anteile an Investmentfonds	190,0	204,7	240,2	193,5	204,7	212,4	224,1	227,5	240,2
Geldmarktfonds	3,2	7,0	7,6	5,7	7,0	6,5	6,3	5,9	7,6
Sonstige Investmentfonds	186,8	197,7	232,5	187,8	197,7	205,9	217,8	221,6	232,5
Versicherungstechnische Rückstellungen	59,2	62,1	64,8	61,3	62,1	62,8	63,6	64,1	64,8
Finanzderivate	31,6	31,1	26,0	29,6	31,1	30,9	52,0	106,6	26,0
Sonstige Forderungen	1 251,2	1 236,0	1 446,3	1 190,4	1 236,0	1 344,9	1 336,3	1 386,3	1 446,3
<b>Insgesamt</b>	<b>5 141,7</b>	<b>5 358,0</b>	<b>5 976,0</b>	<b>5 207,6</b>	<b>5 358,0</b>	<b>5 628,5</b>	<b>5 715,8</b>	<b>5 905,8</b>	<b>5 976,0</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Schuldverschreibungen insgesamt	204,7	249,6	252,2	251,8	249,6	239,3	249,1	256,0	252,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	11,9	7,1	9,6	12,6	7,1	5,9	7,2	10,6	9,6
langfristige Schuldverschreibungen	192,9	242,5	242,5	239,2	242,5	233,4	242,0	245,3	242,5
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	77,7	96,0	100,6	94,9	96,0	95,6	99,6	99,7	100,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,0	4,7	5,3	5,1	4,7	4,7	5,3	5,9	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	57,8	78,1	83,2	76,1	78,1	78,0	81,2	81,2	83,2
Staat	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4
Private Haushalte	14,4	12,8	11,8	13,3	12,8	12,5	12,5	12,1	11,8
Schuldverschreibungen des Auslands	127,0	153,6	151,5	156,9	153,6	143,7	149,6	156,2	151,5
Kredite insgesamt	2 177,1	2 251,6	2 352,9	2 242,3	2 251,6	2 292,2	2 278,6	2 302,2	2 352,9
kurzfristige Kredite	831,3	813,1	864,2	815,3	813,1	842,6	834,7	847,8	864,2
langfristige Kredite	1 345,8	1 438,4	1 488,7	1 427,0	1 438,4	1 449,6	1 443,9	1 454,4	1 488,7
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 356,5	1 385,9	1 452,0	1 388,5	1 385,9	1 425,1	1 409,0	1 416,7	1 452,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	339,9	327,6	334,7	332,5	327,6	325,9	322,5	321,3	334,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	966,2	970,9	1 015,7	980,5	970,9	1 009,4	991,5	997,8	1 015,7
Staat	50,4	87,4	101,6	75,5	87,4	89,7	95,0	97,6	101,6
Kredite aus dem Ausland	820,6	865,7	900,9	853,9	865,7	867,2	869,6	885,5	900,9
Anteilsrechte insgesamt	3 096,8	3 260,9	3 689,0	3 090,7	3 260,9	3 522,5	3 640,3	3 645,9	3 689,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	734,1	739,9	924,7	747,4	739,9	848,8	896,0	882,4	924,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	332,9	298,9	384,9	346,0	298,9	350,9	375,0	361,7	384,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	158,0	171,9	210,2	156,1	171,9	193,0	202,9	196,9	210,2
Staat	51,8	56,3	69,9	53,3	56,3	67,3	71,8	70,6	69,9
Private Haushalte	191,3	212,8	259,7	192,0	212,8	237,6	246,3	253,2	259,7
Börsennotierte Aktien des Auslands	958,6	995,6	1 126,4	923,5	995,6	1 081,5	1 125,8	1 119,3	1 126,4
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 404,2	1 525,5	1 637,9	1 419,8	1 525,5	1 592,3	1 618,4	1 644,2	1 637,9
Versicherungstechnische Rückstellungen	277,3	283,1	289,0	281,7	283,1	284,6	286,1	287,5	289,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	68,8	83,3	47,7	81,8	83,3	57,2	76,5	128,7	47,7
Sonstige Verbindlichkeiten	1 302,0	1 284,2	1 530,8	1 271,2	1 284,2	1 388,3	1 376,7	1 458,8	1 530,8
<b>Insgesamt</b>	<b>7 126,7</b>	<b>7 412,7</b>	<b>8 161,6</b>	<b>7 219,4</b>	<b>7 412,7</b>	<b>7 784,1</b>	<b>7 907,2</b>	<b>8 079,1</b>	<b>8 161,6</b>

<sup>1</sup> Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020		2021			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Geldvermögensbildung</b>									
Bargeld und Einlagen	146,74	213,23	144,97	41,75	75,28	48,31	53,09	12,10	31,47
Bargeld	35,26	61,86	59,81	12,03	16,47	12,67	16,46	14,97	15,71
Einlagen insgesamt	111,49	151,36	85,16	29,72	58,82	35,64	36,63	- 2,87	15,76
Sichteinlagen	111,01	165,34	90,84	31,76	56,20	34,10	37,70	2,69	16,35
Termineinlagen	5,95	1,29	- 5,55	0,59	2,52	0,06	- 1,06	- 3,76	- 0,79
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 5,47	- 15,26	- 0,13	- 2,63	0,10	1,48	- 0,01	- 1,81	0,20
Schuldverschreibungen insgesamt	- 1,86	- 5,94	- 5,88	- 1,67	- 3,18	- 2,66	- 1,30	- 1,32	- 0,61
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,53	0,08	0,31	0,10	- 0,16	0,16	0,22	- 0,10	0,03
langfristige Schuldverschreibungen	- 1,34	- 6,02	- 6,19	- 1,77	- 3,03	- 2,82	- 1,52	- 1,22	- 0,63
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 2,93	- 2,56	- 3,70	- 1,17	- 1,79	- 1,07	- 1,26	- 0,99	- 0,39
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,21	- 1,32	- 0,83	- 0,56	- 0,62	- 0,28	- 0,13	- 0,25	- 0,16
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 2,23	- 1,26	- 2,57	- 0,36	- 1,02	- 0,67	- 1,02	- 0,66	- 0,23
Staat	- 0,92	0,02	- 0,30	- 0,24	- 0,15	- 0,12	- 0,11	- 0,08	0,00
Schuldverschreibungen des Auslands	1,07	- 3,38	- 2,18	- 0,50	- 1,39	- 1,59	- 0,04	- 0,33	- 0,22
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	49,20	90,18	136,50	20,35	21,48	28,09	31,66	34,68	42,06
Anteilsrechte insgesamt	18,92	48,53	31,72	11,60	7,73	2,60	7,28	7,57	14,28
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	6,61	16,05	14,21	1,98	- 0,35	3,39	2,20	2,34	6,29
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,52	11,92	12,64	1,71	0,33	3,12	1,58	1,82	6,12
finanzielle Kapitalgesellschaften	3,09	4,14	1,58	0,27	- 0,68	0,27	0,62	0,52	0,17
Börsennotierte Aktien des Auslands	7,45	23,28	10,84	7,43	6,43	- 1,72	3,54	3,77	5,24
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	4,86	9,19	6,67	2,20	1,64	0,92	1,54	1,46	2,75
Anteile an Investmentfonds	30,28	41,65	104,78	8,75	13,75	25,50	24,38	27,11	27,79
Geldmarktfonds	- 0,32	0,09	0,18	0,10	- 0,29	0,09	- 0,07	- 0,01	0,18
Sonstige Investmentfonds	30,60	41,56	104,59	8,65	14,04	25,41	24,46	27,12	27,61
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	17,95	18,34	20,31	5,57	1,73	5,40	5,58	3,73	5,60
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	37,76	47,65	51,92	9,41	13,04	16,40	11,14	13,30	11,07
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	37,31	33,74	22,55	7,18	9,78	6,01	4,34	5,03	7,18
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen <sup>2)</sup>	- 14,28	- 10,46	2,32	3,49	- 17,42	21,67	- 3,66	6,40	- 22,10
<b>Insgesamt</b>	<b>272,83</b>	<b>386,74</b>	<b>372,68</b>	<b>86,07</b>	<b>100,71</b>	<b>123,22</b>	<b>100,85</b>	<b>73,93</b>	<b>74,68</b>
<b>Außenfinanzierung</b>									
Kredite insgesamt	82,57	83,84	98,66	27,41	25,14	16,79	27,54	30,68	23,64
kurzfristige Kredite	1,02	- 5,61	0,87	- 0,53	- 1,12	0,48	0,79	1,22	- 1,61
langfristige Kredite	81,55	89,45	97,79	27,94	26,26	16,31	26,76	29,47	25,25
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	68,59	85,62	100,37	25,43	25,51	18,75	26,56	29,35	25,72
Konsumentenkredite	14,42	- 4,29	- 0,89	1,08	- 0,66	- 1,14	- 0,09	2,38	- 2,04
Gewerbliche Kredite	- 0,43	2,51	- 0,82	0,91	0,29	- 0,82	1,08	- 1,04	- 0,04
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	73,41	83,17	94,32	27,32	22,37	14,85	27,19	28,38	23,91
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	9,16	0,67	4,34	0,10	2,77	1,94	0,35	2,31	- 0,26
Kredite vom Staat und Ausland	- 0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,73	0,01	0,95	0,32	- 0,38	0,01	0,01	0,25	0,68
<b>Insgesamt</b>	<b>83,30</b>	<b>83,85</b>	<b>99,61</b>	<b>27,73</b>	<b>24,76</b>	<b>16,80</b>	<b>27,56</b>	<b>30,93</b>	<b>24,32</b>

<sup>1</sup> Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. <sup>2</sup> Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2019	2020	2021	2020		2021			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	2 647,4	2 860,3	3 004,6	2 785,0	2 860,3	2 908,7	2 961,8	2 973,1	3 004,6
Bargeld	262,6	324,4	384,2	308,0	324,4	337,1	353,6	368,5	384,2
Einlagen insgesamt	2 384,8	2 535,8	2 620,3	2 477,0	2 535,8	2 571,6	2 608,3	2 604,6	2 620,3
Sichteinlagen	1 509,1	1 674,1	1 764,4	1 617,9	1 674,1	1 708,3	1 746,0	1 748,1	1 764,4
Termineinlagen	301,6	302,8	297,1	300,3	302,8	302,9	301,9	297,9	297,1
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	574,2	558,9	558,8	558,8	558,9	560,4	560,4	558,6	558,8
Schuldverschreibungen insgesamt	121,4	113,3	109,7	113,5	113,3	112,8	111,6	110,1	109,7
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,6	1,6	1,8	1,8	1,6	1,7	1,9	1,8	1,8
langfristige Schuldverschreibungen	119,8	111,7	107,8	111,7	111,7	111,0	109,7	108,3	107,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	81,5	76,7	75,3	76,1	76,7	77,3	76,5	75,3	75,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	12,4	10,9	9,8	11,3	10,9	10,5	10,5	10,2	9,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	66,6	63,3	63,2	62,1	63,3	64,4	63,7	62,9	63,2
Staat	2,5	2,6	2,2	2,7	2,6	2,4	2,3	2,2	2,2
Schuldverschreibungen des Auslands	39,9	36,5	34,4	37,4	36,5	35,4	35,1	34,8	34,4
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 388,2	1 541,0	1 901,6	1 425,4	1 541,0	1 659,4	1 746,3	1 794,3	1 901,6
Anteilsrechte insgesamt	708,0	806,4	969,0	737,8	806,4	868,6	904,8	923,8	969,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	223,9	243,3	296,0	217,3	243,3	271,7	280,0	287,1	296,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	182,3	204,0	250,4	183,6	204,0	228,2	236,9	244,3	250,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	41,6	39,2	45,6	33,7	39,2	43,4	43,1	42,7	45,6
Börsennotierte Aktien des Auslands	136,3	180,6	249,3	156,1	180,6	199,5	216,5	223,3	249,3
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	347,8	382,6	423,8	364,4	382,6	397,4	408,2	413,4	423,8
Anteile an Investmentfonds	680,3	734,6	932,5	687,7	734,6	790,7	841,5	870,5	932,5
Geldmarktfonds	2,3	2,3	2,5	2,7	2,3	2,4	2,3	2,3	2,5
Sonstige Investmentfonds	678,0	732,2	930,0	684,9	732,2	788,3	839,2	868,2	930,0
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	393,8	412,2	432,5	410,5	412,2	417,6	423,2	426,9	432,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 069,1	1 112,1	1 162,2	1 101,2	1 112,1	1 128,0	1 138,7	1 151,6	1 162,2
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	924,5	956,8	979,4	953,2	956,8	962,8	967,2	972,2	979,4
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen <sup>2)</sup>	29,6	27,9	27,9	30,0	27,9	27,8	28,2	28,5	27,9
<b>Insgesamt</b>	<b>6 574,1</b>	<b>7 023,6</b>	<b>7 617,7</b>	<b>6 818,8</b>	<b>7 023,6</b>	<b>7 217,1</b>	<b>7 377,0</b>	<b>7 456,6</b>	<b>7 617,7</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Kredite insgesamt	1 837,9	1 924,6	2 023,4	1 899,0	1 924,6	1 939,7	1 969,5	2 000,6	2 023,4
kurzfristige Kredite	59,0	53,2	53,0	54,3	53,2	53,6	54,4	55,6	53,0
langfristige Kredite	1 778,9	1 871,3	1 970,4	1 844,7	1 871,3	1 886,1	1 915,1	1 945,0	1 970,4
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 358,7	1 448,2	1 548,4	1 422,6	1 448,2	1 464,9	1 493,9	1 523,1	1 548,4
Konsumentenkredite	231,4	226,1	224,5	227,0	226,1	224,6	224,4	226,7	224,5
Gewerbliche Kredite	247,7	250,2	250,5	249,5	250,2	250,2	251,2	250,8	250,5
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 741,6	1 824,6	1 920,3	1 801,6	1 824,6	1 839,8	1 867,3	1 896,1	1 920,3
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	96,3	99,9	103,1	97,4	99,9	99,8	102,2	104,4	103,1
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	19,9	19,4	19,2	21,2	19,4	20,6	19,5	19,8	19,2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 857,7</b>	<b>1 943,9</b>	<b>2 042,6</b>	<b>1 920,2</b>	<b>1 943,9</b>	<b>1 960,2</b>	<b>1 989,0</b>	<b>2 020,3</b>	<b>2 042,6</b>

<sup>1</sup> Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. <sup>2</sup> Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
<b>Finanzierungssaldo <sup>1)</sup></b>										
2015	+ 29,1	+ 17,6	+ 4,6	+ 3,7	+ 3,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
2016	+ 36,4	+ 13,7	+ 7,7	+ 6,3	+ 8,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
2017	+ 43,7	+ 7,9	+ 13,9	+ 10,7	+ 11,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
2018 p)	+ 64,4	+ 21,1	+ 11,7	+ 15,6	+ 16,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
2019 p)	+ 51,1	+ 22,0	+ 13,8	+ 6,1	+ 9,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020 p)	- 145,2	- 86,4	- 30,1	+ 6,3	- 35,0	- 4,3	- 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 1,0
2021 ts)	- 130,8	- 142,4	+ 3,3	+ 4,0	+ 4,3	- 3,7	- 4,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
2020 1.Hj. p)	- 47,8	- 26,9	- 9,2	+ 0,8	- 12,5	- 2,9	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,8
2.Hj. p)	- 97,4	- 59,5	- 20,9	+ 5,5	- 22,5	- 5,6	- 3,4	- 1,2	+ 0,3	- 1,3
2021 1.Hj. ts)	- 74,3	- 59,5	- 3,5	+ 1,4	- 12,7	- 4,3	- 3,5	- 0,2	+ 0,1	- 0,7
2.Hj. ts)	- 56,5	- 82,9	+ 6,8	+ 2,6	+ 17,0	- 3,0	- 4,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,9
<b>Schuldenstand <sup>2)</sup></b>										
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende</b>										
2015	2 177,2	1 371,9	659,5	163,4	1,5	71,9	45,3	21,8	5,4	0,0
2016	2 161,5	1 365,6	642,3	166,2	1,2	69,0	43,6	20,5	5,3	0,0
2017	2 111,4	1 349,9	614,9	162,7	0,8	64,6	41,3	18,8	5,0	0,0
2018 p)	2 062,6	1 322,9	600,8	155,1	0,7	61,2	39,3	17,8	4,6	0,0
2019 p)	2 045,7	1 299,7	609,8	152,9	0,7	58,9	37,4	17,6	4,4	0,0
2020 p)	2 314,1	1 512,9	660,6	154,1	7,4	68,7	44,9	19,6	4,6	0,2
2021 p)	2 475,8	1 666,4	669,0	154,7	0,3	69,3	46,7	18,7	4,3	0,0
2020 1.Vj. p)	2 090,1	1 327,5	623,1	153,4	0,8	60,1	38,1	17,9	4,4	0,0
2.Vj. p)	2 259,6	1 473,7	645,1	153,6	1,0	66,4	43,3	19,0	4,5	0,0
3.Vj. p)	2 333,1	1 536,7	655,6	154,7	4,6	69,0	45,5	19,4	4,6	0,1
4.Vj. p)	2 314,1	1 512,9	660,6	154,1	7,4	68,7	44,9	19,6	4,6	0,2
2021 1.Vj. p)	2 345,0	1 538,6	665,6	154,2	16,2	69,9	45,8	19,8	4,6	0,5
2.Vj. p)	2 398,8	1 588,7	669,6	155,5	21,2	69,6	46,1	19,4	4,5	0,6
3.Vj. p)	2 432,5	1 616,7	674,8	155,1	24,2	69,3	46,1	19,2	4,4	0,7
4.Vj. p)	2 475,8	1 666,4	669,0	154,7	0,3	69,3	46,7	18,7	4,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

### 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen \*)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt <sup>1)</sup>	
	insgesamt	davon:			insgesamt	davon:							
		Steuern	Sozial- beiträge	sonstige		Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Vor- leistungen	Brutto- investi- tionen	Zinsen			sonstige
<b>Mrd €</b>													
2015	1 364,9	705,1	501,2	158,6	1 335,8	721,9	233,0	153,0	64,5	42,2	121,2	+ 29,1	1 213,3
2016	1 426,7	739,2	524,3	163,3	1 390,4	754,5	240,7	162,5	68,1	37,3	127,2	+ 36,4	1 270,4
2017	1 486,9	773,3	549,5	164,2	1 443,3	784,8	250,6	169,5	71,6	33,8	132,9	+ 43,7	1 329,5
2018 p)	1 557,3	808,2	572,6	176,5	1 492,8	805,6	260,3	176,2	78,4	31,1	141,3	+ 64,4	1 387,8
2019 p)	1 613,8	834,4	598,2	181,2	1 562,7	846,6	272,7	184,2	83,7	27,3	148,3	+ 51,1	1 439,7
2020 p)	1 566,9	782,1	607,9	176,9	1 712,1	905,2	284,1	209,8	90,9	21,0	201,2	- 145,2	1 397,0
2021 ts)	1 711,1	888,2	633,3	189,6	1 841,9	938,0	294,0	229,9	92,1	21,8	266,0	- 130,8	1 529,0
<b>in % des BIP</b>													
2015	45,1	23,3	16,6	5,2	44,1	23,9	7,7	5,1	2,1	1,4	4,0	+ 1,0	40,1
2016	45,5	23,6	16,7	5,2	44,4	24,1	7,7	5,2	2,2	1,2	4,1	+ 1,2	40,5
2017	45,5	23,7	16,8	5,0	44,2	24,0	7,7	5,2	2,2	1,0	4,1	+ 1,3	40,7
2018 p)	46,2	24,0	17,0	5,2	44,3	23,9	7,7	5,2	2,3	0,9	4,2	+ 1,9	41,2
2019 p)	46,5	24,0	17,2	5,2	45,0	24,4	7,9	5,3	2,4	0,8	4,3	+ 1,5	41,5
2020 p)	46,5	23,2	18,1	5,3	50,8	26,9	8,4	6,2	2,7	0,6	6,0	- 4,3	41,5
2021 ts)	47,9	24,9	17,7	5,3	51,6	26,3	8,2	6,4	2,6	0,6	7,5	- 3,7	42,8
<b>Zuwachsraten in %</b>													
2015	+ 3,9	+ 4,8	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,4	+ 4,0	+ 6,6	- 10,5	- 1,8	.	+ 4,6
2016	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,5	+ 3,3	+ 6,2	+ 5,6	- 11,7	+ 4,9	.	+ 4,7
2017	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 5,1	- 9,3	+ 4,5	.	+ 4,7
2018 p)	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,2	+ 7,5	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,9	+ 9,5	- 8,0	+ 6,3	.	+ 4,4
2019 p)	+ 3,6	+ 3,2	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 4,5	+ 6,8	- 12,2	+ 5,0	.	+ 3,7
2020 p)	- 2,9	- 6,3	+ 1,6	- 2,4	+ 9,6	+ 6,9	+ 4,2	+ 13,9	+ 8,7	- 23,4	+ 35,7	.	- 3,0
2021 ts)	+ 9,2	+ 13,6	+ 4,2	+ 7,2	+ 7,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 9,6	+ 1,3	+ 4,0	+ 32,3	.	+ 9,5

Quelle: Statistisches Bundesamt. \* Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.



## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)								Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt				
	Einnahmen			Ausgaben					Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zuschüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2015 p)	829,8	673,3	10,4	804,3	244,1	302,7	49,8	46,4	12,5	+ 25,5	575,0	573,1	+ 1,9	1 301,1	1 273,6	+ 27,4
2016 p)	862,3	705,8	9,0	844,5	251,3	321,6	43,4	49,0	11,8	+ 17,8	601,8	594,8	+ 7,1	1 355,1	1 330,2	+ 24,9
2017 p)	900,3	734,5	7,9	869,4	261,6	327,9	42,0	52,3	13,8	+ 30,8	631,5	622,0	+ 9,5	1 417,5	1 377,2	+ 40,3
2018 p)	951,8	776,3	6,2	905,6	272,5	338,0	39,2	55,8	16,1	+ 46,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 490,7	1 430,9	+ 59,8
2019 p)	1 010,3	799,4	11,2	975,5	285,9	349,7	33,6	62,9	16,8	+ 34,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 573,8	1 530,8	+ 43,0
2020 p)	946,9	739,9	13,9	1 108,0	299,5	422,8	25,9	69,2	59,9	- 161,1	719,5	747,8	- 28,3	1 518,8	1 708,1	- 189,3
2021 p)	1 101,6	833,3	24,9	1 240,4	310,6	530,9	21,0	69,5	26,2	- 138,9	769,2	775,2	- 6,0	1 698,3	1 843,2	- 144,9
2019 1.Vj. p)	240,9	192,7	2,5	227,7	68,3	88,5	11,5	10,2	3,3	+ 13,2	163,3	166,4	- 3,1	374,3	364,1	+ 10,2
2.Vj. p)	256,3	201,7	2,0	236,1	70,1	87,0	12,2	13,0	2,6	+ 20,1	169,9	168,4	+ 1,5	396,1	374,5	+ 21,6
3.Vj. p)	245,3	194,7	3,4	236,7	70,9	86,2	4,5	16,4	3,1	+ 8,6	168,8	170,3	- 1,5	384,0	376,9	+ 7,1
4.Vj. p)	269,1	210,6	3,2	272,2	76,1	87,5	5,1	22,5	7,7	- 3,1	181,9	172,6	+ 9,3	420,7	414,5	+ 6,2
2020 1.Vj. p)	244,8	197,4	2,5	236,4	72,9	90,5	11,9	12,0	2,6	+ 8,4	168,3	175,7	- 7,4	380,0	379,1	+ 0,9
2.Vj. p)	211,9	158,1	2,7	271,8	72,2	119,1	8,6	15,4	3,4	- 59,8	175,9	187,0	- 11,1	354,5	425,4	- 70,9
3.Vj. p)	227,8	181,4	4,0	282,3	72,4	102,0	1,4	18,3	34,3	- 54,5	181,1	195,0	- 13,9	370,1	438,5	- 68,4
4.Vj. p)	259,3	202,0	4,5	315,4	81,4	109,1	5,9	22,8	19,6	- 56,1	186,0	189,6	- 3,5	410,6	470,2	- 59,6
2021 1.Vj. p)	240,7	185,2	4,3	300,6	75,5	134,4	7,3	11,1	14,6	- 59,9	182,4	196,3	- 13,9	385,2	458,9	- 73,8
2.Vj. p)	267,0	195,8	7,5	297,2	74,8	123,2	10,7	15,2	10,5	- 30,2	185,9	197,0	- 11,1	414,1	455,3	- 41,2
3.Vj. p)	270,9	210,7	7,4	290,2	75,8	117,5	- 0,4	16,5	10,4	- 19,3	183,4	191,9	- 8,6	413,5	441,4	- 27,8
4.Vj. p)	326,6	237,8	5,5	342,5	83,9	148,1	3,1	25,9	- 9,4	- 15,9	197,3	190,4	+ 6,9	486,3	495,3	- 9,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

### 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,1	372,4	+ 8,8	248,9	243,1	+ 5,8
2017 p)	357,8	352,8	+ 5,0	397,7	385,8	+ 11,8	260,3	249,1	+ 11,2
2018 p)	374,4	363,5	+ 10,9	420,5	400,1	+ 20,4	271,8	261,5	+ 10,2
2019 p)	382,5	369,2	+ 13,3	437,2	419,6	+ 17,6	284,2	278,1	+ 6,1
2020 p)	341,4	472,1	- 130,7	456,4	489,4	- 33,0	297,0	294,6	+ 2,4
2021 p)	370,3	585,9	- 215,6	513,1	508,9	+ 4,2	309,9	304,8	+ 5,1
2019 1.Vj. p)	84,7	86,1	- 1,4	105,7	96,7	+ 8,9	58,2	63,2	- 4,9
2.Vj. p)	97,7	90,3	+ 7,4	106,0	100,2	+ 5,8	70,6	65,9	+ 4,7
3.Vj. p)	93,2	91,3	+ 1,9	107,9	102,6	+ 5,2	69,1	69,2	- 0,1
4.Vj. p)	106,9	101,5	+ 5,4	115,5	118,4	- 2,9	84,5	78,4	+ 6,0
2020 1.Vj. p)	92,3	90,4	+ 1,9	105,6	99,7	+ 5,9	57,9	67,7	- 9,8
2.Vj. p)	70,8	114,8	- 44,0	108,2	128,0	- 19,8	69,4	69,4	+ 0,1
3.Vj. p)	83,7	105,4	- 21,7	112,9	113,7	- 0,8	67,5	72,6	- 5,1
4.Vj. p)	94,5	161,5	- 67,0	127,4	146,3	- 18,9	100,3	83,5	+ 16,8
2021 1.Vj. p)	75,0	127,5	- 52,5	113,7	120,7	- 7,1	61,1	69,7	- 8,6
2.Vj. p)	86,4	123,5	- 37,1	122,8	122,0	+ 0,8	74,6	71,7	+ 2,9
3.Vj. p)	93,9	128,7	- 34,7	125,9	120,2	+ 5,7	74,6	74,9	- 0,3
4.Vj. p)	115,1	206,3	- 91,2	148,5	144,3	+ 4,2	97,6	87,0	+ 10,6

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt

wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	-	212	27 241
2016	705 797	606 965	316 854	260 837	29 273	98 648	+	186	27 836
2017	734 540	629 458	336 730	271 046	21 682	105 158	-	76	27 368
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+	1	26 775
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+	23	25 998
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	-	274	30 266
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+	1 359	29 321
2020 1.Vj.	198 375	168 123	83 086	75 420	9 617	18 875	+	11 377	6 855
2.Vj.	158 161	135 185	68 653	59 557	6 974	25 107	-	2 131	6 997
3.Vj.	182 202	156 397	78 502	72 613	5 282	25 234	+	571	9 705
4.Vj.	201 173	172 564	83 140	78 475	10 949	38 700	-	10 090	6 709
2021 1.Vj.	189 316	159 271	72 814	73 137	13 320	19 882	+	10 163	6 887
2.Vj.	191 931	163 158	81 129	74 024	8 005	29 609	-	835	7 438
3.Vj.	211 364	180 378	87 603	84 312	8 464	29 726	+	1 260	7 823
4.Vj.	240 726	204 171	101 442	94 295	8 433	45 784	-	9 229	7 173
2022 1.Vj.	...	189 158	92 112	87 240	9 806	...	...	...	7 261
2021 April	.	47 886	23 203	21 816	2 867	.	.	.	2 479
2022 April	.	52 743	25 483	23 918	3 341	.	.	.	2 649

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuch-

ten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

### 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 9)	Ländersteuern 9)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 7)								Gewerbesteuerumlagen 8)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer 4)	Körperschaftsteuer 5)	Kapitalertragsteuer 6)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345	
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141	
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571	
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379	
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107	
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976	
2020 1.Vj.	181 374	88 009	53 389	18 711	8 495	7 415	60 060	46 038	14 022	244	24 517	7 406	1 139	13 251	
2.Vj.	146 360	69 928	50 760	10 633	2 348	6 187	44 262	31 625	12 638	1 170	23 525	6 326	1 149	11 175	
3.Vj.	168 308	73 766	47 470	13 492	5 411	7 392	59 819	47 933	11 886	796	25 930	6 784	1 212	11 910	
4.Vj.	186 334	89 094	57 667	16 146	8 014	7 268	55 343	43 105	12 238	1 744	31 660	7 259	1 234	13 770	
2021 1.Vj.	171 974	86 381	50 854	17 826	10 203	7 498	54 795	45 403	9 392	252	21 712	7 757	1 076	12 703	
2.Vj.	175 242	84 505	50 783	14 347	8 860	10 515	57 634	43 399	14 235	1 215	23 210	7 398	1 281	12 085	
3.Vj.	193 910	90 619	53 857	17 973	9 853	8 936	69 528	49 052	20 476	1 189	23 469	7 813	1 292	13 532	
4.Vj.	219 827	108 791	62 913	22 196	13 208	10 474	68 843	49 777	19 066	2 295	29 780	8 645	1 473	15 656	
2022 1.Vj.	203 130	96 245	56 206	20 915	11 178	7 946	73 584	54 234	19 350	615	22 252	8 975	1 459	13 972	
2021 April	51 471	22 156	18 439	318	1 250	2 150	18 316	13 189	5 127	998	7 083	2 441	478	3 586	
2022 April	56 555	24 257	20 221	555	1 223	2 258	20 774	14 364	6 411	1 229	7 306	2 430	559	3 813	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. 5 Nach Abzug der Forschungszulage. 6 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 7 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2021: 45,1/51,2/3,7. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 8 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2021: 41,4/58,6. 9 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Tabak- steuer	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer	Strom- steuer	Alkohol- steuer	sonstige	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	Rennwett- und Lotterie- steuer	sonstige	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 2)	Grund- steuern
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 319	50 103	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	-4 695	13 139	6 114	1 837	1 115	68 522	52 899	13 966
2018	40 882	18 927	14 339	13 779	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 257	14 136	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 651	14 553	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 733	14 980	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2020 1.Vj.	4 966	4 930	2 413	6 766	2 634	1 708	562	537	4 525	1 981	542	358	17 245	13 391	3 403
2.Vj.	8 117	4 235	3 772	2 606	2 426	1 585	455	328	3 566	2 154	425	181	12 971	8 842	3 895
3.Vj.	9 985	4 365	3 978	2 817	2 366	1 499	506	414	3 730	2 262	509	283	14 690	10 242	4 095
4.Vj.	14 566	5 145	4 487	2 365	2 101	1 768	715	513	4 234	2 203	567	254	16 584	12 997	3 283
2021 1.Vj.	4 126	3 171	2 585	6 776	2 567	1 692	395	400	4 716	2 110	578	353	17 594	13 798	3 503
2.Vj.	8 717	2 546	4 053	2 843	2 469	1 640	528	413	4 231	2 374	538	255	17 904	13 692	4 034
3.Vj.	9 532	2 338	3 636	2 911	2 381	1 618	514	538	4 571	2 457	516	269	18 643	14 215	4 133
4.Vj.	14 745	2 972	4 458	2 449	2 130	1 741	651	633	4 816	2 884	700	244	23 194	19 546	3 316
2022 1.Vj.	4 452	2 840	2 372	7 175	2 594	1 785	531	503	5 061	2 827	701	385	...	...	...
2021 April	2 424	492	1 466	1 014	819	578	134	155	1 403	772	182	84	.	.	.
2022 April	2 777	631	1 202	942	802	591	146	214	1 368	747	230	84	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

### 8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- pieren	Betei- ligungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner							
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147
2017	299 826	211 424	87 502	299 297	255 261	18 028	+ 529	35 366	33 740	1 335	238	53	4 032
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	262	56	4 008
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	303	56	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	- 3 887	39 880	38 196	1 286	344	55	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	400	52	3 807
2019 1.Vj.	77 984	54 393	23 426	78 630	67 328	5 087	- 646	39 432	37 637	1 474	263	57	4 001
2.Vj.	81 410	57 837	23 408	80 804	69 011	5 205	+ 605	40 232	38 639	1 272	264	57	3 996
3.Vj.	80 305	56 637	23 481	82 716	70 633	5 330	- 2 411	38 386	36 876	1 183	271	56	3 995
4.Vj.	86 756	63 133	23 413	82 849	70 674	5 333	+ 3 907	42 945	40 539	2 074	276	56	3 987
2020 1.Vj.	80 578	55 999	24 436	82 622	70 829	5 346	- 2 045	40 840	38 636	1 848	300	56	3 966
2.Vj.	82 098	57 515	24 413	82 875	70 889	5 346	- 777	39 779	37 975	1 446	304	55	3 949
3.Vj.	82 689	58 109	24 418	86 497	74 054	5 591	- 3 808	36 898	35 197	1 333	313	55	3 925
4.Vj.	88 978	64 375	24 412	86 605	73 879	5 576	+ 2 373	39 847	38 186	1 286	321	55	3 916
2021 1.Vj.	83 066	57 351	25 542	86 048	73 799	5 600	- 2 982	36 888	35 326	1 166	342	54	3 887
2.Vj.	86 386	60 666	25 545	86 486	73 905	5 679	- 100	36 941	35 554	988	345	53	3 871
3.Vj.	85 535	59 941	25 468	87 123	74 453	5 718	- 1 588	36 041	34 670	973	345	53	3 840
4.Vj.	92 818	67 211	25 415	87 385	74 556	5 730	+ 5 432	41 974	40 310	1 241	370	52	3 835
2022 1.Vj.	86 684	60 599	25 937	86 841	74 568	5 734	- 157	41 784	39 952	1 367	399	65	3 783

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. \* Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht nachträglich revidiert wer-

den. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung <sup>1)</sup>

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes	
	ins-gesamt <sup>1)</sup>	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld <sup>2)</sup>	Kurz-arbeiter-geld <sup>3)</sup>	berufliche Förderung <sup>4)</sup>	Ein-gliederungs-beitrag	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben <sup>5)</sup>
2015	35 159	29 941	1 333	–	31 439	14 846	771	6 295	–	654	5 597	+ 3 720	–
2016	36 352	31 186	1 114	–	30 889	14 435	749	7 035	–	595	5 314	+ 5 463	–
2017	37 819	32 501	882	–	31 867	14 055	769	7 043	–	687	6 444	+ 5 952	–
2018	39 335	34 172	622	–	33 107	13 757	761	6 951	–	588	8 129	+ 6 228	–
2019	35 285	29 851	638	–	33 154	15 009	772	7 302	–	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	–	61 013	20 617	22 719	7 384	–	1 214	6 076	– 27 335	6 913
2021	35 830	29 571	1 302	–	57 570	19 460	21 003	7 475	–	493	6 080	– 21 739	16 935
2019 1.Vj.	8 369	7 027	148	–	8 597	3 969	403	1 818	–	179	1 450	– 228	–
2.Vj.	8 685	7 440	156	–	8 136	3 673	204	1 832	–	243	1 475	+ 549	–
3.Vj.	8 650	7 263	162	–	7 829	3 682	68	1 711	–	190	1 510	+ 821	–
4.Vj.	9 581	8 121	172	–	8 592	3 685	98	1 941	–	230	1 816	+ 989	–
2020 1.Vj.	8 123	6 851	153	–	9 301	4 469	392	1 934	–	235	1 470	– 1 179	–
2.Vj.	7 906	6 691	151	–	17 005	4 869	7 977	1 793	–	254	1 407	– 9 099	–
3.Vj.	8 350	6 934	153	–	18 619	5 737	8 637	1 701	–	472	1 414	– 10 269	–
4.Vj.	9 299	7 760	174	–	16 088	5 543	5 712	1 957	–	251	1 785	– 6 789	6 913
2021 1.Vj.	8 228	6 747	289	–	18 260	5 956	8 006	1 935	–	184	1 391	– 10 033	–
2.Vj.	8 830	7 301	324	–	16 720	5 029	7 495	1 912	–	108	1 452	– 7 890	–
3.Vj.	8 791	7 290	330	–	12 042	4 447	3 631	1 744	–	91	1 452	– 3 251	–
4.Vj.	9 982	8 234	359	–	10 547	4 028	1 871	1 884	–	110	1 785	– 565	16 935
2022 1.Vj.	8 827	7 374	251	–	10 685	4 424	2 087	1 821	–	135	1 412	– 1 858	–

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. \* Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

### 10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen <sup>1)</sup>			Ausgaben <sup>1)</sup>							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behandlung	Zahn-ärztliche Behandlung <sup>4)</sup>	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben <sup>5)</sup>
		Beiträge <sup>2)</sup>	Bundes-mittel <sup>3)</sup>									
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	– 3 580
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017	233 814	216 227	14 500	230 773	72 303	37 389	38 792	14 070	14 776	12 281	10 912	+ 3 041
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021 <sup>p)</sup>	289 546	249 735	36 977	293 930	82 006	46 248	45 081	16 410	20 025	16 612	11 774	– 4 385
2019 1.Vj.	59 809	55 622	3 625	62 485	19 586	9 947	10 386	3 738	4 106	3 649	2 707	– 2 676
2.Vj.	62 121	57 858	3 625	62 858	19 210	10 127	10 421	3 821	4 289	3 535	2 774	– 736
3.Vj.	62 143	57 763	3 625	62 716	19 109	10 229	10 278	3 630	4 467	3 558	2 804	– 573
4.Vj.	67 094	61 884	3 625	64 075	19 497	10 353	10 455	3 821	4 713	3 659	2 975	+ 3 019
2020 1.Vj.	61 949	57 419	3 625	66 438	20 049	11 086	10 806	3 804	4 470	4 061	2 816	– 4 489
2.Vj.	68 108	58 096	9 359	69 487	17 674	10 492	10 908	3 389	3 986	4 143	2 980	– 1 378
3.Vj.	70 130	59 403	10 151	71 063	20 913	10 567	11 642	3 774	4 852	3 829	2 970	– 934
4.Vj.	68 645	62 672	4 805	67 987	19 887	10 729	11 019	3 891	4 725	3 920	3 039	+ 658
2021 1.Vj.	72 970	59 338	13 303	72 660	19 631	11 175	11 564	4 069	4 564	4 287	2 967	+ 310
2.Vj.	71 964	61 819	9 965	74 492	20 287	11 275	11 536	4 219	5 085	4 120	2 850	– 2 529
3.Vj.	70 592	61 899	7 942	73 569	20 748	11 756	10 730	4 060	5 085	4 004	2 849	– 2 977
4.Vj.	74 020	66 678	5 767	73 209	21 340	12 043	11 252	4 062	5 290	4 200	3 109	+ 810

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Be-

schäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	Insgesamt	darunter: Beiträge 2)	Insgesamt	darunter:					
				Pflege-sachleistung 3)	Stationäre Pflege insgesamt 4)	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 5)		Verwaltungs-ausgaben
2015	30 825	30 751	29 101	4 626	13 003	6 410	960	1 273	+ 1 723
2016	32 171	32 100	30 936	4 904	13 539	6 673	983	1 422	+ 1 235
2017	36 305	36 248	38 862	6 923	16 034	10 010	1 611	1 606	- 2 557
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	- 3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021 p)	52 503	49 696	53 850	9 510	16 452	13 920	3 041	2 032	- 1 347
2019 1.Vj.	11 123	10 938	10 728	2 060	4 082	2 833	547	437	+ 396
2.Vj.	11 795	11 620	10 812	2 012	4 132	2 868	588	449	+ 983
3.Vj.	11 734	11 557	11 159	2 098	4 234	2 972	598	450	+ 576
4.Vj.	12 592	12 413	11 252	2 062	4 243	3 064	626	433	+ 1 339
2020 1.Vj.	11 693	11 473	11 444	2 186	4 214	3 067	633	489	+ 249
2.Vj.	11 921	11 732	11 816	2 051	4 015	3 173	664	468	+ 105
3.Vj.	13 924	11 938	12 890	2 263	4 087	3 249	682	500	+ 1 033
4.Vj.	13 079	12 746	12 927	2 306	4 177	3 403	716	481	+ 152
2021 1.Vj.	12 093	11 831	13 344	2 355	3 971	3 387	725	512	- 1 251
2.Vj.	12 933	12 329	13 521	2 287	4 030	3 421	745	510	- 587
3.Vj.	12 624	12 294	13 390	2 393	4 182	3 466	783	509	- 767
4.Vj.	14 853	13 242	13 595	2 475	4 270	3 646	788	503	+ 1 258
2022 1.Vj.	12 912	12 412	14 739	2 564	4 974	3 572	775	529	- 1 827

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. \* Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des

beitragspflichtigen Einkommens). 3 Revision der Pflegesachleistungen ab 2014. 4 Ab 2014 sind hier u.a. auch Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege enthalten. 5 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

### 12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen 3)
	brutto 2)	netto		
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791
2017	+ 171 906	+ 4 531	+ 11 823	+ 2 897
2018	+ 167 231	- 16 248	- 91	+ 1 670
2019	+ 185 070	+ 63	- 8 044	- 914
2020	+ 456 828	+ 217 904	+ 24 181	- 3 399
2019 1.Vj.	+ 56 654	+ 3 281	- 2 172	- 1 199
2.Vj.	+ 48 545	+ 5 491	- 279	+ 7 227
3.Vj.	+ 48 053	+ 4 030	+ 176	- 5 093
4.Vj.	+ 31 817	- 12 738	- 5 768	- 1 849
2020 1.Vj.	+ 65 656	+ 31 296	+ 9 236	+ 1 698
2.Vj.	+ 185 560	+ 126 585	+ 31 212	- 7 314
3.Vj.	+ 159 067	+ 80 783	+ 6 080	+ 588
4.Vj.	+ 46 545	- 20 760	- 10 187	+ 1 629
2021 1.Vj.	+ 109 953	+ 42 045	- 11 737	- 4 708
2.Vj.	+ 146 852	+ 57 601	+ 3 463	+ 1 576

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

### 13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2015	2 177 231	85 952	607 446	217 604	52 453	1 213 776
2016	2 161 540	205 391	585 446	211 797	48 631	1 110 275
2017	2 111 360	319 159	538 801	180 145	45 109	1 028 146
2018	2 062 629	364 731	495 374	186 399	44 129	971 995
2019	2 045 744	366 562	464 612	183 741	48 740	982 089
2020 p)	2 314 090	522 392	492 545	191 497	53 629	1 054 027
2021 p)	2 475 776	716 004	493 773	191 386	46 195	1 028 418
2019 1.Vj.	2 072 772	359 884	483 567	185 767	44 244	999 309
2.Vj.	2 063 198	361 032	475 693	184 077	43 358	999 037
3.Vj.	2 080 195	358 813	473 766	185 300	49 755	1 012 562
4.Vj.	2 045 744	366 562	464 612	183 741	48 740	982 089
2020 1.Vj. p)	2 090 099	371 076	481 651	186 021	49 824	1 001 527
2.Vj. p)	2 259 576	424 141	546 446	186 616	49 949	1 052 424
3.Vj. p)	2 333 149	468 723	517 114	189 832	51 775	1 105 704
4.Vj. p)	2 314 090	522 392	492 545	191 497	53 629	1 054 027
2021 1.Vj. p)	2 345 044	561 443	476 087	190 467	52 141	1 064 906
2.Vj. p)	2 398 790	620 472	477 542	190 219	44 004	1 066 553
3.Vj. p)	2 432 545	669 659	481 474	191 940	45 707	1 043 766
4.Vj. p)	2 475 776	716 004	493 773	191 386	46 195	1 028 418

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen <sup>1)</sup>	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: <sup>2)</sup>	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
<b>Gesamtstaat</b>								
2015	2 177 231	13 949	65 676	1 499 010	90 350	508 246	.	.
2016	2 161 540	15 491	69 715	1 483 871	96 254	496 208	.	.
2017	2 111 360	14 298	48 789	1 484 462	87 799	476 012	.	.
2018	2 062 629	14 680	52 572	1 456 160	77 296	461 919	.	.
2019 1.Vj.	2 072 772	15 512	64 218	1 460 634	72 005	460 402	.	.
2.Vj.	2 063 198	12 719	56 256	1 463 027	75 284	455 911	.	.
3.Vj.	2 080 195	17 438	62 602	1 465 529	79 918	454 709	.	.
4.Vj.	2 045 744	14 449	49 180	1 458 540	69 289	454 286	.	.
2020 1.Vj. p)	2 090 099	11 410	70 912	1 472 222	85 137	450 418	.	.
2.Vj. p)	2 259 576	13 120	122 225	1 533 857	142 708	447 666	.	.
3.Vj. p)	2 333 149	11 886	180 445	1 582 574	111 480	446 764	.	.
4.Vj. p)	2 314 090	14 486	163 401	1 593 586	94 288	448 330	.	.
2021 1.Vj. p)	2 345 044	12 200	180 788	1 637 903	69 739	444 414	.	.
2.Vj. p)	2 398 790	12 901	175 436	1 690 507	76 438	443 508	.	.
3.Vj. p)	2 432 545	13 319	183 243	1 712 600	79 614	443 770	.	.
4.Vj. p)	2 475 776	17 743	183 990	1 731 270	101 870	440 902	.	.
<b>Bund</b>								
2015	1 371 933	13 949	49 512	1 138 951	45 256	124 265	1 062	13 667
2016	1 365 579	15 491	55 208	1 123 853	50 004	121 022	556	8 567
2017	1 349 945	14 298	36 297	1 131 896	47 761	119 693	1 131	10 618
2018	1 322 905	14 680	42 246	1 107 140	42 057	116 782	933	9 975
2019 1.Vj.	1 324 377	15 512	50 032	1 102 604	39 185	117 044	809	11 583
2.Vj.	1 320 239	12 719	42 752	1 109 057	38 950	116 761	835	13 862
3.Vj.	1 327 958	17 438	48 934	1 105 439	39 067	117 080	704	13 849
4.Vj.	1 299 726	14 449	38 480	1 101 866	28 617	116 314	605	10 301
2020 1.Vj. p)	1 327 548	11 410	56 680	1 103 934	38 714	116 809	605	8 125
2.Vj. p)	1 473 720	13 120	109 221	1 139 510	95 489	116 381	585	7 037
3.Vj. p)	1 536 666	11 886	166 564	1 178 687	62 933	116 596	605	11 731
4.Vj. p)	1 512 917	14 486	154 498	1 180 683	46 811	116 439	609	14 545
2021 1.Vj. p)	1 538 572	12 200	167 484	1 212 495	29 838	116 553	632	22 956
2.Vj. p)	1 588 734	12 901	165 373	1 259 206	35 008	116 247	631	29 479
3.Vj. p)	1 616 738	13 319	170 961	1 280 586	35 984	115 888	677	31 417
4.Vj. p)	1 666 432	17 743	176 427	1 300 416	56 836	115 010	656	7 975
<b>Länder</b>								
2015	659 521	–	16 169	362 376	23 349	257 627	15 867	2 348
2016	642 291	–	14 515	361 996	20 482	245 298	11 273	1 694
2017	614 926	–	12 543	354 688	19 628	228 067	14 038	2 046
2018	600 776	–	10 332	351 994	18 864	219 587	14 035	1 891
2019 1.Vj.	612 478	–	14 190	361 293	19 374	217 621	15 229	2 004
2.Vj.	610 700	–	13 508	357 571	24 784	214 838	17 631	1 887
3.Vj.	620 694	–	13 671	363 723	29 765	213 535	17 755	1 957
4.Vj.	609 828	–	10 703	360 495	25 768	212 862	14 934	1 826
2020 1.Vj. p)	623 096	–	14 234	372 021	28 582	208 260	12 297	1 783
2.Vj. p)	645 075	–	13 006	398 404	28 298	205 368	11 070	2 085
3.Vj. p)	655 581	–	13 882	408 310	29 662	203 728	11 717	2 090
4.Vj. p)	660 572	–	8 904	417 307	30 371	203 991	11 946	1 411
2021 1.Vj. p)	665 620	–	13 305	430 103	23 404	198 808	11 023	2 018
2.Vj. p)	669 596	–	10 064	436 434	25 197	197 901	12 637	2 073
3.Vj. p)	674 769	–	12 284	437 437	26 603	198 446	11 555	2 151
4.Vj. p)	668 951	–	7 564	436 157	29 084	196 146	12 305	1 684
<b>Gemeinden</b>								
2015	163 439	–	–	2 047	27 474	133 918	2 143	463
2016	166 174	–	–	2 404	27 002	136 768	1 819	431
2017	162 745	–	–	3 082	24 572	135 091	1 881	466
2018	155 127	–	1	3 046	20 425	131 655	1 884	497
2019 1.Vj.	153 387	–	1	2 960	18 857	131 570	2 139	498
2.Vj.	152 014	–	–	2 961	18 814	130 239	2 016	525
3.Vj.	151 489	–	–	3 016	18 574	129 899	2 065	555
4.Vj.	152 891	–	–	2 996	19 079	130 816	1 856	532
2020 1.Vj. p)	153 423	–	–	3 128	19 734	130 560	1 825	508
2.Vj. p)	153 556	–	–	3 094	19 718	130 744	2 085	350
3.Vj. p)	154 685	–	–	2 961	20 596	131 128	2 107	339
4.Vj. p)	154 054	–	–	3 366	18 137	132 551	1 406	330
2021 1.Vj. p)	154 202	–	–	3 121	17 429	133 652	2 020	345
2.Vj. p)	155 485	–	–	3 121	18 467	133 897	2 090	348
3.Vj. p)	155 050	–	–	3 000	18 077	133 973	2 156	344
4.Vj. p)	154 717	–	–	3 171	17 203	134 343	1 695	348

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### noch: 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen <sup>1)</sup>	Wertpapiersverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: <sup>2)</sup>	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
<b>Sozialversicherungen</b>								
2015	1 502	–	–	–	537	965	91	2 685
2016	1 232	–	–	–	562	670	89	3 044
2017	807	–	–	–	262	545	15	3 934
2018	690	–	–	–	388	302	16	4 506
2019 1.Vj.	723	–	–	–	453	270	16	4 110
2.Vj.	742	–	–	–	557	185	16	4 224
3.Vj.	594	–	–	–	391	203	16	4 179
4.Vj.	711	–	–	–	375	336	16	4 753
2020 1.Vj. <sup>p)</sup>	775	–	–	–	287	488	16	4 328
2.Vj. <sup>p)</sup>	980	–	–	–	581	399	16	4 284
3.Vj. <sup>p)</sup>	4 602	–	–	–	4 210	392	3 956	4 226
4.Vj. <sup>p)</sup>	7 439	–	–	–	7 128	311	6 931	4 606
2021 1.Vj. <sup>p)</sup>	16 179	–	–	–	15 985	194	15 853	4 209
2.Vj. <sup>p)</sup>	21 194	–	–	–	20 995	199	20 860	4 318
3.Vj. <sup>p)</sup>	24 248	–	–	–	24 053	195	23 872	4 348
4.Vj. <sup>p)</sup>	333	–	–	–	111	222	–	4 650

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. <sup>1)</sup> Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumsatz. <sup>2)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehun-

gen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

### 15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Bargeld und Einlagen <sup>2)</sup>		Wertpapiersverschuldung									Kredit- verschul- dung <sup>1)</sup>	
	insgesamt <sup>1)</sup>	insgesamt <sup>1)</sup>	darunter: <sup>3)</sup> Tages- anleihe	insgesamt <sup>1)</sup>	darunter: <sup>3)</sup>								
					Bundes- anleihen	Bundes- obliga- tionen	inflation- indexierte Anleihen <sup>4)</sup>	inflation- indexierte Obliga- tionen <sup>4)</sup>	Kapitalin- dexierung inflation- indexierter Wertpapiere	Bundes- schatzan- weisungen <sup>5)</sup>	Unver- zinsliche Schatzan- weisungen <sup>6)</sup>		Bundes- schatzbriefe
2007	987 909	6 675	–	917 584	564 137	173 949	10 019	3 444	506	102 083	37 385	10 287	63 650
2008	1 019 905	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	12 017	7 522	1 336	105 684	40 795	9 649	78 685
2009	1 086 173	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	16 982	7 748	1 369	113 637	104 409	9 471	63 121
2010	1 337 160	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	25 958	9 948	2 396	126 220	85 867	8 704	242 251
2011	1 346 869	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	29 313	14 927	3 961	130 648	58 297	8 208	215 109
2012	1 390 377	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	35 350	16 769	5 374	117 719	56 222	6 818	203 467
2013	1 392 735	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	41 105	10 613	4 730	110 029	50 004	4 488	190 127
2014	1 398 472	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	48 692	14 553	5 368	103 445	27 951	2 375	180 123
2015	1 371 933	13 949	1 070	1 188 463	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 521
2016	1 365 579	15 491	1 010	1 179 062	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 026
2017	1 349 945	14 298	966	1 168 193	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	167 455
2018	1 322 905	14 680	921	1 149 386	710 513	182 847	64 647	–	5 139	86 009	12 949	48	158 839
2019	1 299 726	14 449	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 <sup>p)</sup>	1 512 917	14 486	–	1 335 181	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2021 <sup>p)</sup>	1 666 432	17 743	–	1 476 843	909 276	195 654	65 390	–	6 722	103 936	153 978	–	171 846
2019 1.Vj.	1 324 377	15 512	902	1 152 636	709 008	178 900	66 531	–	4 191	89 782	18 288	31	156 229
2.Vj.	1 320 239	12 719	852	1 151 809	720 904	173 313	68 110	–	5 691	91 024	15 042	19	155 711
3.Vj.	1 327 958	17 438	822	1 154 373	711 482	183 268	69 088	–	5 639	90 416	18 100	–	156 147
4.Vj.	1 299 726	14 449	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 1.Vj. <sup>p)</sup>	1 327 548	11 410	–	1 160 614	721 343	182 095	71 028	–	5 310	91 084	23 572	–	155 524
2.Vj. <sup>p)</sup>	1 473 720	13 120	–	1 248 731	774 587	178 329	56 061	–	3 752	95 622	79 987	–	211 869
3.Vj. <sup>p)</sup>	1 536 666	11 886	–	1 345 251	796 338	191 388	57 144	–	3 737	99 276	127 478	–	179 529
4.Vj. <sup>p)</sup>	1 512 917	14 486	–	1 335 181	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2021 1.Vj. <sup>p)</sup>	1 538 572	12 200	–	1 379 979	821 254	194 571	60 687	–	3 857	103 910	134 800	–	146 392
2.Vj. <sup>p)</sup>	1 588 734	12 901	–	1 424 579	873 345	189 048	62 569	–	5 056	104 997	139 451	–	151 255
3.Vj. <sup>p)</sup>	1 616 738	13 319	–	1 451 547	884 358	203 353	63 851	–	5 456	105 398	146 533	–	151 872
4.Vj. <sup>p)</sup>	1 666 432	17 743	–	1 476 843	909 276	195 654	65 390	–	6 722	103 936	153 978	–	171 846

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. <sup>1)</sup> Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. <sup>2)</sup> Insbesondere Ver-

bindlichkeiten aus dem Münzumsatz. <sup>3)</sup> Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. <sup>4)</sup> Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung. <sup>5)</sup> Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). <sup>6)</sup> Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen).

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2019			2020			2020		2021				2022
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2015=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
<b>Preisbereinigt, verkettet</b>													
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	108,0	98,0	101,9	- 1,6	- 9,3	4,1	- 9,5	- 1,4	- 1,9	20,1	2,7	- 1,7	- 0,3
Baugewerbe	104,2	108,2	106,3	0,4	3,8	- 1,7	- 1,8	9,0	- 4,4	3,0	1,6	- 6,4	2,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	109,1	103,5	106,8	3,3	- 5,2	3,2	- 2,7	- 2,9	- 7,5	12,6	3,7	4,8	8,7
Information und Kommunikation	120,7	119,5	123,3	3,8	- 1,0	3,2	- 1,1	0,5	0,5	6,5	2,9	3,3	3,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	95,3	95,8	95,4	1,3	0,5	- 0,4	1,3	- 0,4	- 1,4	- 0,7	- 0,1	0,6	3,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	102,7	102,3	103,2	0,9	- 0,4	0,9	0,2	- 0,4	0,2	1,8	0,8	0,9	0,6
Unternehmensdienstleister <sup>1)</sup>	110,7	102,5	108,1	0,1	- 7,4	5,5	- 8,2	- 6,9	- 5,7	12,4	9,4	7,2	7,6
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	107,0	103,5	106,7	1,8	- 3,2	3,1	0,0	- 3,8	- 3,3	10,6	3,1	2,9	4,3
Sonstige Dienstleister	103,3	92,5	93,3	1,9	-10,5	0,8	- 3,9	-16,0	-10,4	8,4	2,3	5,1	8,5
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>107,3</b>	<b>102,1</b>	<b>105,0</b>	<b>1,0</b>	<b>- 4,9</b>	<b>2,9</b>	<b>- 3,9</b>	<b>- 2,4</b>	<b>- 3,5</b>	<b>10,9</b>	<b>3,3</b>	<b>1,7</b>	<b>3,6</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>107,2</b>	<b>102,3</b>	<b>105,3</b>	<b>1,1</b>	<b>- 4,6</b>	<b>2,9</b>	<b>- 3,6</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 3,0</b>	<b>10,8</b>	<b>2,8</b>	<b>1,8</b>	<b>4,0</b>
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	107,0	100,8	101,1	1,6	- 5,9	0,3	- 3,4	- 5,7	- 9,4	6,4	1,6	3,3	8,5
Konsumausgaben des Staates	110,0	113,9	117,2	3,0	3,5	2,9	4,0	4,2	2,4	6,4	2,0	1,1	1,8
Ausrüstungen	113,1	100,5	103,8	1,0	-11,2	3,3	- 9,5	- 2,9	0,6	20,8	- 2,0	- 2,8	0,4
Bauten	108,7	111,4	111,5	1,1	2,5	0,0	- 0,6	5,1	- 1,9	4,4	0,5	- 3,0	2,2
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	119,9	121,1	121,9	5,5	1,0	0,7	0,3	1,3	- 2,0	2,9	1,0	0,8	1,2
Vorratsveränderungen <sup>5) 6)</sup>	.	.	.	- 0,1	- 0,9	1,1	- 1,9	- 1,3	0,5	0,2	1,9	1,6	0,9
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>109,5</b>	<b>105,2</b>	<b>107,6</b>	<b>1,8</b>	<b>- 4,0</b>	<b>2,3</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,3</b>	<b>- 4,3</b>	<b>7,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>	<b>6,0</b>
<b>Außenbeitrag <sup>6)</sup></b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>- 0,7</b>	<b>- 0,8</b>	<b>0,8</b>	<b>- 0,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>3,8</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 1,6</b>
Exporte	111,2	100,8	110,5	1,1	- 9,3	9,6	- 9,1	- 3,1	- 0,2	28,2	7,4	6,9	2,9
Importe	117,5	107,4	117,2	2,9	- 8,6	9,1	-10,1	- 6,4	- 2,9	20,6	9,5	11,2	7,2
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>107,2</b>	<b>102,3</b>	<b>105,3</b>	<b>1,1</b>	<b>- 4,6</b>	<b>2,9</b>	<b>- 3,6</b>	<b>- 1,9</b>	<b>- 3,0</b>	<b>10,8</b>	<b>2,8</b>	<b>1,8</b>	<b>4,0</b>
<b>In jeweiligen Preisen (Mrd €)</b>													
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>													
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	1 802,9	1 708,0	1 766,6	2,9	- 5,3	3,4	- 3,7	- 5,6	- 7,7	8,3	5,6	8,0	13,8
Konsumausgaben des Staates	705,2	754,6	800,3	5,2	7,0	6,1	7,3	7,7	6,5	7,0	5,7	5,1	6,9
Ausrüstungen	241,1	216,9	228,4	2,4	-10,0	5,3	- 8,3	- 1,9	2,0	22,7	- 0,2	- 0,1	4,4
Bauten	364,1	380,1	411,6	5,4	4,4	8,3	0,0	5,7	- 0,1	9,5	12,7	10,5	17,4
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	137,0	138,9	141,5	6,9	1,4	1,9	0,6	1,7	- 0,9	4,1	2,2	2,0	3,3
Vorratsveränderungen <sup>5)</sup>	26,8	-23,7	29,9	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>3 277,1</b>	<b>3 174,8</b>	<b>3 378,3</b>	<b>3,7</b>	<b>- 3,1</b>	<b>6,4</b>	<b>- 3,4</b>	<b>- 3,0</b>	<b>- 2,7</b>	<b>9,7</b>	<b>8,9</b>	<b>10,0</b>	<b>12,2</b>
<b>Außenbeitrag</b>	<b>196,2</b>	<b>192,8</b>	<b>192,4</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>
Exporte	1 619,4	1 462,1	1 690,6	1,7	- 9,7	15,6	- 9,9	- 3,8	0,8	33,4	15,0	17,0	14,8
Importe	1 423,2	1 269,3	1 498,2	2,7	-10,8	18,0	-12,5	- 8,1	- 2,1	30,0	20,4	26,8	25,7
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>3 473,4</b>	<b>3 367,6</b>	<b>3 570,6</b>	<b>3,1</b>	<b>- 3,0</b>	<b>6,0</b>	<b>- 2,7</b>	<b>- 1,3</b>	<b>- 1,3</b>	<b>11,9</b>	<b>7,3</b>	<b>6,8</b>	<b>8,0</b>
<b>IV. Preise (2015=100)</b>													
Privater Konsum	105,1	105,8	109,0	1,3	0,6	3,1	- 0,3	0,1	1,8	1,7	3,9	4,6	5,0
Bruttoinlandsprodukt	107,0	108,8	112,1	2,1	1,6	3,0	1,0	0,6	1,8	1,0	4,3	4,9	3,9
Terms of Trade	100,8	102,9	100,3	0,7	2,0	- 2,5	1,8	1,2	0,3	- 3,5	- 2,5	- 4,0	- 4,8
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>													
Arbeitnehmerentgelt	1 855,5	1 852,1	1 921,4	4,6	- 0,2	3,7	- 0,7	0,4	- 0,5	5,4	4,9	4,9	6,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	752,7	676,1	778,5	- 1,5	-10,2	15,1	- 7,4	- 2,2	2,3	42,3	12,8	12,6	1,6
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2 608,2</b>	<b>2 528,2</b>	<b>2 699,9</b>	<b>2,8</b>	<b>- 3,1</b>	<b>6,8</b>	<b>- 2,8</b>	<b>- 0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>13,6</b>	<b>7,2</b>	<b>6,8</b>	<b>5,1</b>
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 586,0	3 461,3	3 677,8	3,2	- 3,5	6,3	- 3,4	- 1,7	- 1,2	11,8	7,8	7,2	8,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2022. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

**3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.



## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 2. Produktion im Produzierenden Gewerbe \*)

Arbeitstäglich bereinigt o)

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungs-güter-produzenten	Investitions-güter-produzenten	Gebrauchs-güter-produzenten	Verbrauchs-güter-produzenten	Metall-erzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metall-erzeugnissen	Herstellung von Daten-verarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraft-wagenteilen	
<b>2015 = 100</b>												
Gewicht in % 1)	100	14,04	6,37	79,59	29,45	36,98	2,27	10,89	10,31	9,95	12,73	14,16
Zeit												
2018	2) 105,8	2) 109,0	97,4	106,0	105,5	106,1	106,2	106,9	107,4	109,0	106,5	103,6
2019	102,5	112,7	90,4	101,7	101,8	101,5	106,2	101,0	102,8	106,5	103,4	92,0
2020	94,1	116,1	84,4	91,0	94,9	85,7	97,6	97,2	90,6	98,5	89,5	69,3
2021 x)	97,1	114,3	86,9	94,8	102,2	87,2	103,7	99,0	98,4	108,1	95,8	65,3
2021 1.Vj.	95,0	94,8	92,0	95,3	103,6	88,1	100,7	96,1	99,5	107,1	91,3	75,4
2.Vj.	97,7	118,2	81,5	95,4	104,8	87,1	103,0	96,4	101,1	108,2	95,3	66,7
3.Vj.	95,8	119,3	80,5	92,8	101,9	82,5	102,5	101,3	97,5	108,8	94,6	55,2
4.Vj. x)	99,8	125,0	93,6	95,8	98,4	90,9	108,8	102,2	95,6	108,4	102,2	63,8
2022 1.Vj. x)	95,2	99,9	93,7	94,4	102,7	84,3	104,1	104,3	97,6	110,0	90,5	64,8
2021 April	97,5	116,2	86,5	95,0	104,2	88,1	101,9	92,0	100,9	106,9	94,5	71,2
Mai	96,5	117,6	81,2	94,0	104,7	84,6	100,3	95,8	99,7	106,4	92,9	64,1
Juni	99,2	120,9	76,9	97,1	105,4	88,6	106,7	101,3	102,7	111,2	98,5	64,7
Juli 3)	99,0	123,2	77,7	96,4	105,2	87,6	102,9	100,9	101,0	109,9	98,1	64,6
Aug. 3)	89,6	113,1	80,1	86,3	97,9	73,2	93,0	98,1	91,0	105,3	86,4	42,8
Sept.	98,7	121,7	83,8	95,8	102,6	86,7	111,5	105,0	100,6	111,1	99,3	58,2
Okt. x)	100,5	124,2	92,4	96,9	103,9	87,8	113,0	105,5	101,2	109,5	96,4	63,6
Nov. x)	103,8	127,7	93,1	100,4	103,9	94,7	114,3	107,1	103,1	111,8	101,6	71,1
Dez. x)	95,0	123,0	95,2	90,0	87,5	90,2	99,1	94,1	82,5	104,0	108,6	56,6
2022 Jan. x)	89,6	85,2	98,4	89,6	99,6	78,3	96,6	99,6	93,1	103,4	81,9	62,5
Febr. x)	93,7	97,2	94,4	93,0	100,7	83,9	105,0	100,5	96,4	107,9	88,9	67,9
März x)	102,2	117,2	88,3	100,6	107,9	90,6	110,6	112,9	103,2	118,7	100,7	64,0
April x)p)	95,4	114,8	91,2	92,3	100,8	82,0	104,9	101,3	96,3	108,2	88,5	61,6
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>												
2018	2) + 0,9	2) + 0,3	- 1,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,7	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,3	- 1,6
2019	- 3,1	+ 3,4	- 7,2	- 4,1	- 3,5	- 4,3	± 0,0	- 5,5	- 4,3	- 2,3	- 2,9	- 11,2
2020	- 8,2	+ 3,0	- 6,6	- 10,5	- 6,8	- 15,6	- 8,1	- 3,8	- 11,9	- 7,5	- 13,4	- 24,7
2021 x)	+ 3,2	- 1,6	+ 3,0	+ 4,2	+ 7,7	+ 1,8	+ 6,3	+ 1,9	+ 8,6	+ 9,7	+ 7,0	- 5,8
2021 1.Vj.	- 1,7	- 4,7	- 2,4	- 1,1	+ 2,3	- 3,3	- 0,9	- 3,8	+ 1,3	+ 3,6	- 0,1	- 5,9
2.Vj.	+ 16,0	+ 2,1	+ 11,9	+ 19,8	+ 22,4	+ 22,8	+ 22,1	+ 4,8	+ 28,2	+ 22,5	+ 17,2	+ 51,1
3.Vj.	+ 2,2	+ 0,7	+ 2,2	+ 2,5	+ 7,9	- 2,7	+ 4,6	+ 3,4	+ 8,7	+ 12,1	+ 9,2	- 23,0
4.Vj. x)	- 2,0	- 4,5	+ 2,0	- 1,7	+ 0,2	- 5,1	+ 2,2	+ 3,3	+ 0,2	+ 3,0	+ 3,7	- 21,6
2022 1.Vj. x)	+ 0,2	+ 5,4	+ 1,8	- 0,9	- 0,8	- 4,4	+ 3,4	+ 8,5	- 1,9	+ 2,7	- 0,9	- 14,1
2021 April	+ 27,6	+ 3,3	+ 18,8	+ 35,1	+ 25,7	+ 61,7	+ 44,5	+ 2,7	+ 37,8	+ 27,6	+ 35,0	+ 384,4
Mai	+ 16,8	+ 3,8	+ 13,2	+ 20,4	+ 24,6	+ 21,6	+ 17,7	+ 7,0	+ 29,0	+ 22,9	+ 19,9	+ 40,6
Juni	+ 5,8	- 0,7	+ 3,9	+ 7,3	+ 17,2	± 0,0	+ 9,8	+ 4,6	+ 19,4	+ 17,7	+ 2,1	- 10,3
Juli 3)	+ 5,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 6,5	+ 12,8	+ 1,7	+ 10,9	+ 3,5	+ 16,8	+ 16,4	+ 13,4	- 15,0
Aug. 3)	+ 1,8	- 0,5	- 0,7	+ 2,6	+ 7,5	- 2,8	+ 1,5	+ 4,7	+ 6,2	+ 12,4	+ 9,6	- 25,3
Sept.	- 0,7	- 0,1	+ 4,9	- 1,2	+ 3,8	- 6,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 5,0	- 28,9
Okt. x)	- 1,3	- 0,3	+ 1,2	- 1,7	+ 1,2	- 6,0	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,2	+ 4,8	+ 6,8	- 25,6
Nov. x)	- 2,1	- 2,1	+ 1,4	- 2,3	- 0,3	- 6,6	- 0,1	+ 5,4	± 0,0	+ 0,6	+ 2,8	- 23,1
Dez. x)	- 2,7	- 10,5	+ 3,4	- 1,1	- 0,5	- 2,7	+ 2,8	+ 1,6	- 2,0	+ 3,8	+ 1,9	- 14,2
2022 Jan. x)	+ 1,1	+ 11,7	+ 0,9	- 0,4	- 0,6	- 3,2	+ 1,2	+ 7,8	- 1,1	+ 3,0	- 0,1	- 12,0
Febr. x)	+ 3,1	+ 9,3	+ 9,1	+ 1,5	+ 1,4	- 2,0	+ 5,8	+ 11,9	- 0,2	+ 3,5	+ 0,8	- 8,4
März x)	- 3,1	- 1,6	- 4,1	- 3,5	- 3,0	- 7,4	+ 3,1	+ 6,3	- 4,2	+ 1,9	- 2,9	- 21,1
April x)p)	- 2,2	- 1,2	+ 5,4	- 2,8	- 3,3	- 6,9	+ 2,9	+ 10,1	- 4,6	+ 1,2	- 6,3	- 13,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c o Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2015. 2 Ab Januar 2018 Gewichte im Hoch- und

Tiefbau vom Statistischen Bundesamt korrigiert. 3 Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 3. Auftragseingang in der Industrie \*)

Arbeitsmäßig bereinigt o)

Zeit	Industrie		davon:				Industrie		davon:			
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
			2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
<b>insgesamt</b>												
2018	110,5	+ 1,7	111,5	+ 1,9	109,9	+ 1,3	110,0	+ 4,1	118,9	+ 2,1	107,1	+ 4,8
2019	104,9	- 5,1	103,5	- 7,2	105,4	- 4,1	107,0	- 2,7	123,3	+ 3,7	101,7	- 5,0
2020	97,2	- 7,3	97,9	- 5,4	95,6	- 9,3	105,8	- 1,1	124,4	+ 0,9	99,6	- 2,1
2021	119,3	+ 22,7	124,6	+ 27,3	116,3	+ 21,7	117,4	+ 11,0	146,5	+ 17,8	107,9	+ 8,3
2021 April	117,5	+ 83,3	126,4	+ 64,6	112,9	+ 114,2	110,1	+ 20,6	162,6	+ 85,4	92,8	+ 0,3
Mai	113,9	+ 59,7	123,1	+ 60,5	108,4	+ 67,0	113,9	+ 19,6	157,2	+ 41,6	99,6	+ 10,8
Juni	126,7	+ 31,8	127,6	+ 48,4	125,4	+ 22,9	132,1	+ 33,6	151,3	+ 31,7	125,7	+ 34,3
Juli	128,1	+ 32,9	127,9	+ 35,5	128,5	+ 33,3	127,3	+ 20,8	151,0	+ 25,5	119,5	+ 18,9
Aug.	106,4	+ 16,7	115,6	+ 28,7	100,1	+ 10,6	111,2	+ 6,5	135,4	+ 9,1	103,3	+ 5,5
Sept.	122,6	+ 17,7	124,2	+ 22,1	122,7	+ 17,1	113,9	+ 2,2	139,1	- 5,0	105,7	+ 5,7
Okt.	117,2	+ 7,4	124,9	+ 15,3	112,2	+ 2,7	119,8	+ 7,5	141,9	- 2,1	112,5	+ 12,2
Nov.	125,4	+ 10,3	132,9	+ 16,6	120,9	+ 6,1	124,5	+ 13,0	149,6	+ 8,2	116,2	+ 15,0
Dez.	123,7	+ 13,9	120,2	+ 18,2	127,0	+ 11,8	114,5	+ 11,6	148,9	+ 13,4	103,2	+ 10,7
2022 Jan.	131,2	+ 19,8	143,7	+ 19,2	124,0	+ 20,9	127,5	+ 16,1	152,9	+ 8,1	119,2	+ 19,8
Febr.	128,3	+ 15,4	136,7	+ 16,3	122,6	+ 14,0	132,5	+ 21,0	149,8	+ 14,3	126,9	+ 23,8
März	140,1	+ 8,2	152,7	+ 13,3	131,5	+ 3,4	146,5	+ 19,4	182,6	+ 23,3	134,7	+ 17,8
April	124,1	+ 5,6	143,6	+ 13,6	111,3	- 1,4	130,3	+ 18,3	169,8	+ 4,4	117,3	+ 26,4
<b>aus dem Inland</b>												
2018	107,2	+ 0,2	108,6	+ 1,4	106,6	- 1,1	103,0	+ 1,4	114,7	+ 5,5	98,9	- 0,4
2019	101,2	- 5,6	99,1	- 8,7	103,0	- 3,4	101,2	- 1,7	116,2	+ 1,3	96,2	- 2,7
2020	94,9	- 6,2	94,1	- 5,0	95,2	- 7,6	98,0	- 3,2	105,5	- 9,2	95,4	- 0,8
2021	115,5	+ 21,7	119,6	+ 27,1	113,1	+ 18,8	108,0	+ 10,2	114,8	+ 8,8	105,6	+ 10,7
2021 April	110,8	+ 68,9	117,2	+ 59,5	106,6	+ 88,0	102,3	+ 27,6	128,2	+ 95,4	93,5	+ 9,9
Mai	112,3	+ 50,3	118,7	+ 58,7	108,6	+ 49,6	100,8	+ 14,4	121,5	+ 21,7	93,8	+ 11,5
Juni	127,7	+ 22,4	125,1	+ 53,9	130,5	+ 3,7	124,0	+ 36,0	117,1	+ 16,6	126,3	+ 43,4
Juli	128,7	+ 35,2	126,1	+ 34,7	132,1	+ 37,6	121,3	+ 22,4	116,0	+ 11,0	123,1	+ 26,5
Aug.	104,5	+ 18,1	111,5	+ 26,4	98,4	+ 13,1	106,0	+ 6,0	110,9	- 0,4	104,4	+ 8,5
Sept.	110,0	+ 10,6	117,9	+ 23,6	104,3	+ 1,6	103,0	+ 1,3	106,1	- 15,3	102,0	+ 8,9
Okt.	115,6	+ 10,6	123,1	+ 15,3	110,0	+ 7,2	110,4	+ 5,6	106,7	- 10,8	111,7	+ 12,4
Nov.	119,4	+ 9,3	126,7	+ 11,8	113,8	+ 7,1	115,4	+ 10,3	117,6	- 5,4	114,6	+ 17,1
Dez.	119,1	+ 21,3	111,4	+ 17,3	127,7	+ 25,1	105,5	+ 16,1	101,9	- 2,0	106,7	+ 23,4
2022 Jan.	122,2	+ 18,4	137,7	+ 21,0	109,9	+ 15,7	116,5	+ 20,1	106,0	- 4,5	120,1	+ 30,1
Febr.	123,4	+ 14,4	132,1	+ 17,2	116,0	+ 10,6	122,9	+ 22,5	115,6	+ 5,2	125,4	+ 29,1
März	137,4	+ 8,6	148,2	+ 13,7	128,9	+ 2,5	132,0	+ 20,7	135,9	+ 3,6	130,7	+ 28,1
April	123,5	+ 11,5	139,8	+ 19,3	110,0	+ 3,2	120,5	+ 17,8	117,7	- 8,2	121,5	+ 29,9
<b>aus dem Ausland</b>												
2018	113,0	+ 2,9	114,6	+ 2,4	111,9	+ 2,8	115,5	+ 6,1	122,2	- 0,5	113,4	+ 8,5
2019	107,7	- 4,7	108,3	- 5,5	106,9	- 4,5	111,5	- 3,5	129,1	+ 5,6	105,9	- 6,6
2020	98,9	- 8,2	102,0	- 5,8	95,9	- 10,3	111,8	+ 0,3	139,5	+ 8,1	102,8	- 2,9
2021	122,2	+ 23,6	130,1	+ 27,5	118,2	+ 23,3	124,8	+ 11,6	171,9	+ 23,2	109,6	+ 6,6
2021 April	122,5	+ 94,8	136,4	+ 69,9	116,7	+ 132,0	116,2	+ 16,3	190,2	+ 80,3	92,3	- 6,0
Mai	115,2	+ 67,4	127,9	+ 62,3	108,2	+ 79,4	124,0	+ 23,1	186,0	+ 55,0	104,1	+ 10,3
Juni	125,9	+ 40,2	130,2	+ 43,1	122,4	+ 39,7	138,3	+ 32,0	178,8	+ 41,2	125,2	+ 28,0
Juli	127,7	+ 31,2	129,9	+ 36,3	126,3	+ 30,6	131,9	+ 19,7	179,1	+ 34,7	116,7	+ 13,4
Aug.	107,9	+ 15,6	120,1	+ 31,3	101,1	+ 9,2	115,2	+ 6,9	155,2	+ 15,5	102,4	+ 3,2
Sept.	132,2	+ 22,6	131,1	+ 20,7	133,8	+ 26,1	122,4	+ 2,8	165,7	+ 1,5	108,5	+ 3,4
Okt.	118,5	+ 5,2	126,8	+ 15,3	113,5	+ 0,1	127,0	+ 8,8	170,2	+ 2,9	113,1	+ 12,0
Nov.	129,9	+ 10,9	139,5	+ 21,5	125,1	+ 5,6	131,5	+ 14,8	175,4	+ 17,4	117,4	+ 13,6
Dez.	127,1	+ 9,1	129,7	+ 19,1	126,5	+ 4,9	121,5	+ 8,8	186,8	+ 21,9	100,5	+ 2,1
2022 Jan.	138,0	+ 20,7	150,1	+ 17,4	132,5	+ 23,6	136,1	+ 13,6	190,6	+ 14,9	118,5	+ 12,9
Febr.	132,0	+ 16,1	141,6	+ 15,4	126,5	+ 15,9	140,0	+ 20,1	177,4	+ 19,8	128,0	+ 20,1
März	142,2	+ 7,9	157,6	+ 13,0	133,0	+ 3,9	157,8	+ 18,6	220,2	+ 36,2	137,7	+ 11,3
April	124,6	+ 1,7	147,7	+ 8,3	112,1	- 3,9	137,9	+ 18,7	211,7	+ 11,3	114,1	+ 23,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. o) Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	
2015 = 100	%	2015 = 100	%	2015 = 100	%	2015 = 100	%	2015 = 100	%	2015 = 100	%	2015 = 100	%	2015 = 100	%	
2018	135,1	+ 10,4	131,7	+ 7,0	137,1	+ 11,4	128,7	+ 4,2	125,2	+ 2,7	139,0	+ 14,3	136,1	+ 13,6	132,6	+ 6,1
2019	146,2	+ 8,2	145,3	+ 10,3	150,4	+ 9,7	142,5	+ 10,7	138,8	+ 10,9	147,1	+ 5,8	148,1	+ 8,8	141,3	+ 6,6
2020	145,6	- 0,4	144,2	- 0,8	160,8	+ 6,9	130,3	- 8,6	141,5	+ 1,9	147,3	+ 0,1	139,6	- 5,7	143,3	+ 1,4
2021	159,0	+ 9,2	164,1	+ 13,8	174,3	+ 8,4	156,6	+ 20,2	158,7	+ 12,2	153,0	+ 3,9	161,6	+ 15,8	146,7	+ 2,4
2021 März	158,0	- 0,6	157,1	+ 1,8	175,4	+ 3,2	141,6	+ 0,2	154,7	+ 2,7	159,0	- 3,3	151,0	- 2,8	155,5	- 0,6
April	160,2	+ 7,0	158,3	+ 18,0	185,2	+ 40,5	139,5	+ 1,6	139,9	+ 7,5	162,3	- 3,2	148,1	+ 5,5	158,8	- 7,2
Mai	158,9	+ 14,6	163,0	+ 31,8	184,2	+ 26,3	146,7	+ 42,6	154,1	+ 20,6	154,2	- 1,2	150,8	+ 24,2	152,9	- 0,7
Juni	164,7	- 1,8	165,2	+ 7,9	177,5	+ 7,6	160,4	+ 15,0	142,6	- 13,5	164,0	- 11,2	166,7	+ 15,4	154,5	- 21,2
Juli	160,0	+ 7,2	168,4	+ 10,6	179,1	+ 12,9	163,7	+ 19,2	150,5	- 19,2	150,2	+ 2,9	158,6	+ 15,9	149,9	- 5,0
Aug.	158,9	+ 16,5	162,5	+ 20,5	167,1	+ 5,4	163,3	+ 43,4	144,0	+ 6,4	154,8	+ 11,9	158,5	+ 21,9	154,4	+ 18,4
Sept.	181,0	+ 19,3	189,0	+ 20,2	191,5	+ 10,0	193,2	+ 36,9	165,4	+ 1,9	171,7	+ 18,2	192,9	+ 31,9	161,1	+ 11,5
Okt.	158,6	+ 11,2	168,8	+ 11,7	169,1	- 7,2	171,7	+ 35,1	157,2	+ 13,9	146,8	+ 10,7	171,6	+ 21,3	137,4	+ 14,8
Nov.	145,3	+ 4,1	143,0	- 2,7	159,5	- 5,0	132,6	+ 0,3	127,3	- 4,6	148,0	+ 13,0	159,5	+ 10,9	120,5	+ 2,5
Dez.	185,3	+ 24,3	205,7	+ 41,1	196,2	+ 3,5	173,7	+ 50,3	356,7	+ 213,4	161,6	+ 5,6	186,9	+ 38,2	176,9	+ 26,0
2022 Jan.	142,8	+ 7,0	145,4	+ 4,1	165,7	+ 13,7	134,0	- 8,1	121,0	+ 24,2	139,9	+ 10,7	149,1	- 1,0	121,7	+ 14,2
Febr.	155,7	+ 8,7	161,0	+ 8,1	176,0	+ 9,1	158,3	+ 7,5	121,8	+ 6,7	149,5	+ 9,4	165,3	+ 15,3	132,5	+ 0,3
März	209,6	+ 32,7	208,8	+ 32,9	219,4	+ 25,1	201,7	+ 42,4	200,5	+ 29,6	210,5	+ 32,4	217,4	+ 44,0	194,7	+ 25,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

### 5. Umsätze des Einzelhandels \*)

Kalenderbereinigt ◊

Zeit	Insgesamt										darunter:					
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2015		in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:						Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)			
					Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik						Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel	
2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2018	110,7	+ 2,9	107,5	+ 1,6	109,6	+ 3,5	105,6	- 2,3	107,1	+ 0,8	103,0	± 0,0	112,5	+ 4,5	127,7	+ 6,0
2019	114,9	+ 3,8	110,9	+ 3,2	112,1	+ 2,3	106,7	+ 1,0	108,9	+ 1,7	107,1	+ 4,0	118,7	+ 5,5	138,4	+ 8,4
2020	121,4	+ 5,7	115,9	+ 4,5	121,2	+ 8,1	81,9	- 23,2	106,9	- 1,8	117,1	+ 9,3	125,5	+ 5,7	169,0	+ 22,1
2021 3)	124,9	+ 2,9	116,9	+ 0,9	121,8	+ 0,5	78,1	- 4,6	95,4	- 10,8	110,3	- 5,8	135,4	+ 7,9	191,3	+ 13,2
2021 April	121,1	+ 8,8	113,6	+ 7,4	124,2	- 0,6	39,1	+ 32,5	69,3	+ 25,8	107,0	+ 5,8	131,7	+ 14,5	193,5	+ 11,7
Mai	125,5	+ 1,5	117,5	- 0,3	127,1	- 0,3	62,2	- 20,8	74,3	- 22,9	113,3	- 11,6	128,7	+ 12,7	199,8	+ 18,2
Juni	129,9	+ 7,1	121,9	+ 5,2	121,9	+ 2,3	113,0	+ 18,2	97,9	- 5,0	125,1	+ 2,4	132,4	+ 9,9	184,3	+ 13,4
Juli	126,2	+ 2,6	118,2	+ 0,5	120,5	+ 1,1	104,0	+ 5,9	102,1	- 6,4	121,4	- 3,4	136,4	+ 10,0	161,3	+ 3,1
Aug.	123,3	+ 2,3	115,6	+ 0,4	115,2	- 4,8	100,5	+ 9,7	101,8	- 2,4	116,9	- 0,3	132,8	+ 10,7	169,5	+ 9,0
Sept.	121,3	+ 1,5	113,0	- 0,7	112,5	- 1,1	100,1	- 0,7	100,7	- 3,6	113,1	- 4,2	132,1	+ 7,1	171,5	+ 6,5
Okt.	130,4	+ 0,8	120,8	- 1,8	119,6	- 2,3	114,3	+ 4,7	108,5	- 10,6	124,3	- 4,5	143,4	+ 10,2	192,2	+ 5,3
Nov.	138,3	+ 1,0	128,2	- 1,8	121,2	- 1,9	104,5	+ 15,5	132,7	- 14,4	128,1	- 9,0	144,1	+ 7,1	233,2	+ 2,0
Dez.	144,8	+ 4,3	133,7	+ 1,1	138,5	- 1,1	98,6	+ 41,7	142,9	+ 5,6	123,9	+ 3,3	149,9	+ 4,5	218,7	- 0,4
2022 Jan.	118,2	+ 14,0	108,6	+ 10,1	113,5	- 1,7	70,6	+ 263,9	103,5	+ 64,8	105,0	+ 75,6	135,5	+ 5,9	183,0	- 2,0
Febr.	116,3	+ 10,9	105,9	+ 7,0	112,0	- 1,6	71,5	+ 220,6	90,7	+ 43,5	109,2	+ 54,5	129,2	+ 0,3	171,4	- 3,9
März	136,0	+ 5,1	121,1	- 0,9	130,6	- 1,1	90,3	+ 53,8	96,1	+ 8,8	133,0	+ 10,4	142,7	+ 5,0	192,5	- 6,9
April	129,7	+ 7,1	114,2	+ 0,5	124,9	+ 0,6	96,5	+ 146,8	89,3	+ 28,9	126,5	+ 18,2	136,8	+ 3,9	183,0	- 5,4

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.

2 Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben ab Januar 2021 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd	
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: dem Rechtskreis SGB III zugeordnet			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung								
2017	44 251	+ 1,4	32 234	+ 2,3	9 146	21 980	868	4 742	114	24	2 533	7)	855	5,7	731
2018	44 858	+ 1,4	32 964	+ 2,3	9 349	22 532	840	4 671	118	25	2 340		802	5,2	796
2019	45 268	+ 0,9	33 518	+ 1,7	9 479	23 043	751	4 579	145	60	2 267	8)	827	5,0	774
2020	44 898	- 0,8	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695		1 137	5,9	613
2021	44 918	+ 0,0	33 897	+ 0,9	9 344	23 603	702	4 101	...	1 744	2 613		999	5,7	706
2019 1.Vj.	44 906	+ 1,2	33 214	+ 2,0	9 419	22 803	761	4 581	303	34	2 360		892	5,2	780
2.Vj.	45 230	+ 1,0	33 388	+ 1,8	9 455	22 932	750	4 615	51	43	2 227	8)	778	4,9	795
3.Vj.	45 378	+ 0,8	33 548	+ 1,5	9 491	23 049	753	4 598	66	58	2 276		827	5,0	794
4.Vj.	45 559	+ 0,7	33 924	+ 1,4	9 551	23 388	738	4 522	161	105	2 204		811	4,8	729
2020 1.Vj.	45 122	+ 0,5	33 642	+ 1,3	9 439	23 284	686	4 458	1 219	949	2 385		960	5,2	683
2.Vj.	44 712	- 1,1	33 415	+ 0,1	9 387	23 137	640	4 235	5 399	5 388	2 770		1 154	6,0	593
3.Vj.	44 794	- 1,3	33 424	- 0,4	9 359	23 171	640	4 273	2 705	2 691	2 904		1 266	6,3	583
4.Vj.	44 965	- 1,3	33 836	- 0,3	9 395	23 518	676	4 194	2 433	2 361	2 722		1 167	5,9	595
2021 1.Vj.	44 451	- 1,5	33 568	- 0,2	9 294	23 376	665	4 051	3 473	3 157	2 878		1 248	6,3	586
2.Vj.	44 742	+ 0,1	33 718	+ 0,9	9 322	23 446	697	4 066	2 164	2 143	2 691		1 024	5,9	658
3.Vj.	45 088	+ 0,7	33 929	+ 1,5	9 347	23 606	719	4 161	935	915	2 545		920	5,5	774
4.Vj.	45 391	+ 0,9	34 374	+ 1,6	9 415	23 982	727	4 124	...	761	2 341		802	5,1	804
2022 1.Vj.	45 138	+ 1,5	34 239	+ 2,0	9 347	23 943	714	4 054	...	716	2 417		874	5,3	818
2019 Jan.	44 852	+ 1,2	33 156	+ 2,0	9 405	22 762	763	4 574	354	42	2 406		919	5,3	758
Febr.	44 894	+ 1,2	33 199	+ 2,0	9 416	22 794	758	4 564	310	29	2 373		908	5,3	784
März	44 971	+ 1,1	33 286	+ 1,9	9 442	22 855	749	4 574	246	32	2 301		850	5,1	797
April	45 134	+ 1,1	33 383	+ 1,8	9 457	22 925	753	4 607	49	40	2 229		795	4,9	796
Mai	45 259	+ 1,0	33 433	+ 1,8	9 462	22 968	749	4 627	53	45	2 236	8)	772	4,9	792
Juni	45 297	+ 0,9	33 407	+ 1,6	9 455	22 948	750	4 646	51	43	2 216		766	4,9	798
Juli	45 312	+ 0,9	33 360	+ 1,6	9 450	22 901	757	4 644	55	47	2 275		825	5,0	799
Aug.	45 307	+ 0,7	33 610	+ 1,4	9 505	23 101	750	4 568	60	51	2 319		848	5,1	795
Sept.	45 516	+ 0,8	33 938	+ 1,5	9 583	23 341	754	4 517	84	75	2 234		808	4,9	787
Okt.	45 592	+ 0,8	33 966	+ 1,4	9 567	23 398	748	4 510	111	102	2 204		795	4,8	764
Nov.	45 622	+ 0,7	33 968	+ 1,4	9 559	23 423	742	4 532	124	115	2 180		800	4,8	736
Dez.	45 463	+ 0,6	33 740	+ 1,4	9 474	23 344	694	4 531	247	97	2 227		838	4,9	687
2020 Jan.	45 140	+ 0,6	33 608	+ 1,4	9 432	23 255	689	4 471	382	133	2 426		985	5,3	668
Febr.	45 160	+ 0,6	33 624	+ 1,3	9 427	23 278	683	4 461	439	134	2 396		971	5,3	690
März	45 066	+ 0,2	33 648	+ 1,1	9 440	23 290	675	4 350	2 834	2 580	2 335		925	5,1	691
April	44 798	- 0,7	33 430	+ 0,1	9 396	23 141	643	4 194	6 007	5 995	2 644		1 093	5,8	626
Mai	44 662	- 1,3	33 328	- 0,3	9 367	23 083	624	4 206	5 726	5 715	2 813		1 172	6,1	584
Juni	44 676	- 1,4	33 323	- 0,3	9 355	23 084	629	4 260	4 464	4 452	2 853		1 197	6,2	570
Juli	44 687	- 1,4	33 233	- 0,4	9 322	23 024	635	4 302	3 319	3 306	2 910		1 258	6,3	573
Aug.	44 722	- 1,3	33 482	- 0,4	9 367	23 218	642	4 266	2 551	2 518	2 537		1 302	6,4	584
Sept.	44 972	- 1,2	33 792	- 0,4	9 421	23 454	656	4 240	2 244	2 229	2 847		1 238	6,2	591
Okt.	45 054	- 1,2	33 862	- 0,3	9 410	23 530	671	4 229	2 037	2 021	2 760		1 183	6,0	602
Nov.	45 002	- 1,4	33 899	- 0,2	9 400	23 559	696	4 166	2 405	2 386	2 699		1 152	5,9	601
Dez.	44 838	- 1,4	33 700	- 0,1	9 327	23 478	666	4 134	2 856	2 676	2 707		1 166	5,9	581
2021 Jan.	44 430	- 1,6	33 515	- 0,3	9 282	23 347	657	4 045	3 638	3 294	2 901		1 298	6,3	566
Febr.	44 423	- 1,6	33 521	- 0,3	9 281	23 343	662	4 026	3 766	3 358	2 904		1 270	6,3	583
März	44 501	- 1,3	33 636	- 0,0	9 309	23 397	685	4 032	3 016	2 818	2 827		1 177	6,2	609
April	44 608	- 0,4	33 689	+ 0,8	9 324	23 427	687	4 039	2 583	2 560	2 771		1 091	6,0	629
Mai	44 726	+ 0,1	33 747	+ 1,3	9 326	23 461	703	4 067	2 342	2 320	2 687		1 020	5,9	654
Juni	44 892	+ 0,5	33 802	+ 1,4	9 324	23 504	716	4 151	1 568	1 548	2 614		961	5,7	693
Juli	44 956	+ 0,6	33 731	+ 1,5	9 304	23 458	715	4 194	1 088	1 068	2 590		956	5,6	744
Aug.	45 028	+ 0,7	33 994	+ 1,5	9 358	23 658	722	4 153	857	838	2 578		940	5,6	779
Sept.	45 280	+ 0,7	34 323	+ 1,6	9 432	23 903	726	4 123	859	839	2 465		864	5,4	799
Okt.	45 376	+ 0,7	34 369	+ 1,5	9 425	23 965	724	4 123	780	762	2 377		814	5,2	809
Nov.	45 448	+ 1,0	34 449	+ 1,6	9 423	24 039	739	4 133	767	750	2 317		789	5,1	808
Dez.	45 350	+ 1,1	34 285	+ 1,7	9 363	23 984	708	4 111	...	772	2 330		803	5,1	794
2022 Jan.	45 058	+ 1,4	34 169	+ 1,9	9 329	23 898	710	4 042	...	821	2 462		903	5,4	792
Febr.	45 121	+ 1,6	34 238	+ 2,1	9 345	23 938	718	4 041	...	775	2 428		884	5,3	822
März	45 236	+ 1,7	34 335	+ 2,1	9 368	24 003	718	4 048	...	553	2 362		835	5,1	839
April	45 379	+ 1,7	...	...	...	...	...	...	...	...	2 309		800	5,0	852
Mai	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 260		771	4,9	865

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. \* Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Anzahl innerhalb eines Monats. 4 Stand zur Monatsmitte. 5 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 6 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 7 Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. 8 Statistischer Bruch aufgrund von Nacherfassungen der

Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2019 und 2020 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 55,3 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. 11 Ab Mai 2022 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex							nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 3)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Pro- dukte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	davon				darunter: Tatsäch- liche Miet- zahlungen	Ausfuhr					Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)	
		Nah- rungs- mittel 1) 2)	Industrie- erzeug- nisse ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienst- leis- tungen 1)										
	2015 = 100											2020 = 100			
<b>Indexstand</b>															
2018	104,0	106,7	103,0	102,3	104,2	104,6	103,8	110,2	103,7	109,0	101,9	102,7	174,1	99,9	
2019	105,5	108,4	104,2	103,7	105,7	106,1	105,3	115,3	104,8	111,5	102,4	101,7	150,2	98,7	
2020	7) 105,8	7) 110,9	7) 104,1	7) 99,0	7) 106,9	107,6	7) 105,8	7) 117,0	103,8	8) 108,0	101,7	97,3	100,0	100,0	
2021	7) 109,2	7) 114,1	7) 106,7	7) 109,0	7) 109,0	109,0	7) 109,1	7) 127,0	114,7	8) 117,5	107,4	110,4	220,7	137,6	
2020 Juli	7) 106,4	7) 110,2	7) 102,5	7) 98,0	7) 109,4	107,7	7) 106,1		103,2	107,5	101,3	96,4	90,6	95,8	
Aug.	7) 106,2	7) 110,1	7) 102,6	7) 97,6	7) 109,0	107,8	7) 106,0	7) 115,7	103,2	104,8	101,2	96,5	95,8	98,4	
Sept.	7) 105,8	7) 109,9	7) 103,6	7) 96,9	7) 108,0	107,8	7) 105,8		103,6	103,5	101,3	96,8	97,1	103,5	
Okt.	7) 105,8	7) 110,2	7) 103,9	7) 97,0	7) 107,6	108,0	7) 105,9		103,7	103,8	101,4	97,1	103,3	104,9	
Nov.	7) 104,7	7) 110,3	7) 104,0	7) 96,0	7) 105,5	108,1	7) 105,0	7) 116,0	103,9	103,9	101,8	97,6	109,5	107,1	
Dez.	7) 105,3	7) 109,9	7) 103,4	7) 97,4	7) 106,9	108,2	7) 105,5		104,7	104,2	101,9	98,2	121,8	112,3	
2021 Jan.	106,8	112,3	105,1	102,6	106,9	108,4	106,3		106,2	106,8	102,8	100,1	141,6	120,6	
Febr.	107,4	113,0	105,5	104,1	107,3	108,5	107,0	121,2	106,9	108,9	103,3	101,8	146,0	124,7	
März	107,9	113,1	105,7	106,2	107,6	108,6	107,5		107,9	114,0	104,1	103,6	150,3	130,4	
April	108,4	114,5	105,8	106,1	108,3	108,7	108,2		108,8	115,9	104,9	105,0	154,1	134,3	
Mai	108,7	114,2	106,3	106,7	108,7	108,9	108,7	125,1	110,4	118,5	105,6	106,8	168,3	144,9	
Juni	109,1	114,1	106,5	107,6	109,1	108,9	109,1		111,8	117,7	106,4	108,5	183,0	142,3	
Juli	7) 109,7	7) 114,4	7) 106,4	7) 109,0	7) 110,2	109,1	7) 110,1		113,9	117,3	107,7	110,9	204,8	141,9	
Aug.	7) 109,8	7) 114,4	7) 106,5	7) 109,4	7) 110,3	109,2	7) 110,1	7) 129,4	115,6	118,8	108,5	112,4	217,6	138,9	
Sept.	7) 110,1	7) 114,4	7) 107,6	7) 110,1	7) 109,9	109,3	7) 110,1		118,3	8) 117,4	109,5	113,9	256,1	136,3	
Okt.	7) 110,7	7) 114,5	7) 108,0	7) 114,6	7) 110,0	109,5	7) 110,7		122,8	120,6	111,0	118,2	352,7	143,0	
Nov.	7) 111,0	7) 114,9	7) 108,4	7) 116,7	7) 109,5	109,5	7) 110,5	7) 132,2	123,8	125,5	111,9	121,7	304,4	143,0	
Dez.	7) 111,3	7) 115,7	7) 108,6	7) 115,0	7) 110,3	109,6	7) 111,1		130,0	127,1	113,0	121,8	352,9	148,3	
2022 Jan.	112,3	117,2	108,4	123,7	109,8	109,9	111,5		132,8	129,2	115,0	127,0	327,8	157,0	
Febr.	113,3	118,2	109,1	127,4	110,2	110,0	112,5	138,1	134,6	133,4	116,1	128,6	336,0	166,5	
März	116,1	119,1	110,4	146,1	110,6	110,2	115,3		141,2	153,6	120,7	135,9	504,2	185,4	
April	116,9	122,2	111,3	142,7	111,7	110,4	116,2		145,2	162,2	121,7	138,3	407,8	184,8	
Mai	118,2	124,2	112,3	146,7	112,0	110,6	117,3	...	...	...	...	...	366,8	178,9	
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>															
2018	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 4,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,6	+ 25,4	+ 0,3	
2019	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 4,7	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,5	- 1,0	- 13,7	- 1,2	
2020	7) + 0,4	7) + 2,9	7) - 0,1	7) - 4,5	7) + 1,2	+ 1,4	7) + 0,5	7) + 1,4	- 1,0	- 3,1	- 0,7	- 4,3	- 33,4	+ 1,3	
2021	7) + 3,2	7) + 2,3	7) + 2,5	7) +10,1	7) + 2,0	+ 1,3	7) + 3,1	7) + 8,6	+ 10,5	8) + 8,8	+ 5,6	+ 13,5	+ 120,7	+ 37,6	
2020 Juli	7) ± 0,0	7) + 1,4	7) - 0,8	7) - 6,4	7) + 1,4	+ 1,4	7) - 0,1		- 1,7	- 5,9	- 1,1	- 4,6	- 36,1	- 5,1	
Aug.	7) - 0,1	7) + 1,2	7) - 0,8	7) - 6,0	7) + 1,1	+ 1,4	7) ± 0,0	7) - 0,1	- 1,2	- 6,8	- 1,1	- 4,0	- 29,3	+ 2,3	
Sept.	7) - 0,4	7) + 1,0	7) - 1,1	7) - 6,6	7) + 1,0	+ 1,3	7) - 0,2		- 1,0	- 5,8	- 1,1	- 4,3	- 32,3	+ 5,9	
Okt.	7) - 0,5	7) + 1,5	7) - 1,0	7) - 6,6	7) + 0,7	+ 1,3	7) - 0,2		- 0,7	- 5,9	- 1,0	- 3,9	- 29,1	+ 7,0	
Nov.	7) - 0,7	7) + 1,2	7) - 1,1	7) - 7,4	7) + 0,6	+ 1,3	7) - 0,3	7) - 0,3	- 0,5	- 7,2	- 0,6	- 3,8	- 28,0	+ 8,4	
Dez.	7) - 0,7	7) + 0,6	7) - 1,6	7) - 6,0	7) + 0,8	+ 1,3	7) - 0,3		+ 0,2	- 8,9	- 0,6	- 3,4	- 20,8	+ 11,1	
2021 Jan.	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,1	- 2,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,0		+ 0,9	- 5,7	+ 0,1	- 1,2	- 2,2	+ 17,7	
Febr.	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,9	- 4,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 15,9	+ 24,6	
März	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,5	+ 4,5	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,7		+ 3,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 6,9	+ 79,1	+ 36,1	
April	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,4	+ 7,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,0		+ 5,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 10,3	+ 128,3	+ 45,0	
Mai	+ 2,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 9,5	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 5,7	+ 7,2	+ 8,6	+ 4,2	+ 11,8	+ 127,4	+ 56,0	
Juni	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 9,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,3		+ 8,5	+ 7,0	+ 5,0	+ 12,9	+ 113,0	+ 51,2	
Juli	7) + 3,1	7) + 3,8	7) + 3,8	7) +11,2	7) + 0,7	+ 1,3	7) + 3,8		+ 10,4	+ 9,1	+ 6,3	+ 15,0	+ 126,0	+ 48,1	
Aug.	7) + 3,4	7) + 3,9	7) + 3,8	7) +12,1	7) + 1,2	+ 1,3	7) + 3,9	7) + 11,8	+ 12,0	+ 13,4	+ 7,2	+ 16,5	+ 127,1	+ 41,2	
Sept.	7) + 4,1	7) + 4,1	7) + 3,9	7) +13,6	7) + 1,8	+ 1,4	7) + 4,1		+ 14,2	8) + 13,4	+ 8,1	+ 17,7	+ 163,7	+ 31,7	
Okt.	7) + 4,6	7) + 3,9	7) + 3,9	7) +18,1	7) + 2,2	+ 1,4	7) + 4,5		+ 18,4	+ 16,2	+ 9,5	+ 21,7	+ 241,4	+ 36,3	
Nov.	7) + 6,0	7) + 4,2	7) + 4,2	7) +21,6	7) + 3,8	+ 1,3	7) + 5,2	7) + 14,0	+ 19,2	+ 20,8	+ 9,9	+ 24,7	+ 178,0	+ 33,5	
Dez.	7) + 5,7	7) + 5,3	7) + 5,0	7) +18,1	7) + 3,2	+ 1,3	7) + 5,3		+ 24,2	+ 22,0	+ 10,9	+ 24,0	+ 189,7	+ 32,1	
2022 Jan.	+ 5,1	+ 4,4	+ 3,1	+20,6	+ 2,7	+ 1,4	+ 4,9		+ 25,0	+ 21,0	+ 11,9	+ 26,9	+ 131,5	+ 30,2	
Febr.	+ 5,5	+ 4,6	+ 3,4	+22,4	+ 2,7	+ 1,4	+ 5,1	+ 13,9	+ 25,9	+ 22,5	+ 12,4	+ 26,3	+ 130,1	+ 33,5	
März	+ 7,6	+ 5,3	+ 4,4	+37,6	+ 2,8	+ 1,5	+ 7,3		+ 30,9	+ 34,7	+ 15,9	+ 31,2	+ 235,5	+ 42,2	
April	+ 7,8	+ 6,7	+ 5,2	+34,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 7,4		+ 33,5	+ 39,9	+ 16,0	+ 31,7	+ 164,6	+ 37,6	
Mai	+ 8,7	+ 8,8	+ 5,6	+37,5	+ 3,0	+ 1,6	+ 7,9	...	...	...	...	...	+ 117,9	+ 23,5	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. 2 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 3 Oh-

ne Umsatzsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 5 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 7 Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 8 Ab September 2021 vorläufig.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 8. Einkommen der privaten Haushalte \*)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2014	1 234,2	4,0	830,5	3,9	394,0	2,6	1 224,5	3,5	1 734,5	2,6	170,6	8,6	9,8
2015	1 285,5	4,2	863,3	4,0	410,5	4,2	1 273,8	4,0	1 782,3	2,8	179,4	5,1	10,1
2016	1 337,4	4,0	896,3	3,8	426,2	3,8	1 322,5	3,8	1 841,5	3,3	187,8	4,7	10,2
2017	1 395,4	4,3	932,5	4,0	441,8	3,6	1 374,3	3,9	1 905,2	3,5	202,8	8,0	10,6
2018	1 462,6	4,8	976,3	4,7	454,3	2,8	1 430,6	4,1	1 975,8	3,7	223,7	10,3	11,3
2019	1 524,1	4,2	1 022,0	4,7	474,4	4,4	1 496,4	4,6	2 021,6	2,3	218,7	- 2,2	10,8
2020	1 514,1	- 0,7	1 021,3	- 0,1	518,8	9,4	1 540,1	2,9	2 035,1	0,7	327,1	49,6	16,1
2021	1 572,0	3,8	1 065,3	4,3	529,2	2,0	1 594,5	3,5	2 078,4	2,1	311,8	- 4,7	15,0
2020 4.Vj.	417,9	0,1	282,1	1,1	131,3	10,4	413,3	3,9	514,9	0,7	78,9	60,6	15,3
2021 1.Vj.	361,8	- 1,2	245,0	- 0,5	136,2	8,9	381,2	2,6	516,3	- 0,8	113,7	35,1	22,0
2.Vj.	377,4	6,1	251,3	7,0	134,0	2,7	385,3	5,5	509,9	3,7	83,0	- 14,8	16,3
3.Vj.	393,5	5,2	272,2	5,5	130,5	- 1,2	402,7	3,2	520,4	2,4	54,2	- 18,5	10,4
4.Vj.	439,3	5,1	296,7	5,2	128,5	- 2,1	425,2	2,9	531,8	3,3	60,8	- 22,9	11,4
2022 1.Vj.	388,4	7,4	261,7	6,8	131,9	- 3,1	393,6	3,3	536,6	3,9	78,2	- 31,2	14,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2022. \* Private Haushalte einschli. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen.

5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

### 9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	
2014	97,7	3,1	97,8	2,9	97,7	2,8	97,7	2,8	97,2	2,9
2015	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,4	100,0	2,9
2016	102,2	2,2	102,2	2,2	102,2	2,2	102,3	2,3	102,5	2,5
2017	104,5	2,2	104,5	2,2	104,6	2,3	104,7	2,4	105,1	2,6
2018	107,6	3,0	107,5	3,0	107,5	2,8	107,6	2,8	108,5	3,2
2019	110,7	2,9	110,6	2,8	110,1	2,5	110,2	2,4	111,7	3,0
2020	112,9	2,0	112,9	2,1	112,2	1,9	112,3	1,9	111,5	- 0,1
2021	114,7	1,6	114,7	1,6	114,1	1,7	114,1	1,6	115,5	3,6
2020 4.Vj.	125,3	2,5	125,2	2,5	124,2	1,7	112,7	1,7	122,8	1,2
2021 1.Vj.	106,1	1,4	106,0	1,4	106,1	1,5	113,4	1,5	107,4	0,1
2.Vj.	107,7	2,3	107,6	2,3	106,8	1,4	113,9	1,5	111,4	5,7
3.Vj.	117,8	1,0	117,8	1,0	116,4	1,5	114,2	1,5	115,4	4,3
4.Vj.	127,3	1,6	127,2	1,6	127,2	2,4	114,8	1,8	127,6	3,9
2022 1.Vj.	110,8	4,4	110,6	4,4	107,8	1,6	115,2	1,6	113,4	5,5
2021 Okt.	108,9	3,4	108,8	3,4	108,8	3,3	114,6	1,7	.	.
Nov.	163,4	1,7	163,3	1,7	163,5	2,2	114,8	1,9	.	.
Dez.	109,5	- 0,3	109,5	- 0,3	109,2	1,8	114,8	1,9	.	.
2022 Jan.	108,4	2,2	108,3	2,2	107,7	1,5	115,2	1,6	.	.
Febr.	110,5	4,3	110,4	4,2	107,9	1,8	115,2	1,6	.	.
März	113,3	6,8	113,2	6,8	107,8	1,6	115,3	1,6	.	.
April	109,5	2,2	109,4	2,1	109,2	2,1	116,1	2,0	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen

z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2022.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahressende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
												zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	darunter:	
Finanzschulden																
<b>Insgesamt (Mrd €)</b>																
2018 3)	2 589,0	1 536,7	540,8	610,8	288,5	1 052,3	249,5	234,7	172,6	789,8	1 799,2	925,7	558,7	873,4	257,5	205,0
2019	2 800,6	1 769,7	586,3	737,1	333,4	1 030,9	257,5	237,6	168,4	821,0	1 979,6	1 091,2	676,3	888,4	289,8	207,6
2020	2 850,0	1 797,3	607,5	733,1	335,1	1 052,7	243,6	225,9	240,5	811,5	2 038,5	1 181,5	746,3	857,0	304,4	196,1
2021 p)	3 292,0	1 971,6	680,1	773,9	368,6	1 320,4	272,1	338,2	269,6	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	310,4	238,0
2020 1.Hj.	2 891,4	1 800,9	625,0	734,0	319,7	1 090,5	257,6	216,4	220,7	793,7	2 097,7	1 183,8	754,2	913,9	335,5	179,7
2.Hj.	2 850,0	1 797,3	607,5	733,1	335,1	1 052,7	243,6	225,9	240,5	811,5	2 038,5	1 181,5	746,3	857,0	304,4	196,1
2021 1.Hj.	3 017,6	1 877,0	649,3	745,0	343,7	1 140,6	256,2	273,2	240,8	906,9	2 110,7	1 178,6	751,9	932,1	297,4	206,9
2.Hj. p)	3 292,0	1 971,6	680,1	773,9	368,6	1 320,4	272,1	338,2	269,6	994,4	2 297,6	1 206,9	772,1	1 090,7	310,4	238,0
in % der Bilanzsumme																
2018 3)	100,0	59,4	20,9	23,6	11,1	40,6	9,6	9,1	6,7	30,5	69,5	35,8	21,6	33,7	10,0	7,9
2019	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,2	31,7	10,4	7,4
2020	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2021 p)	100,0	59,9	20,7	23,5	11,2	40,1	8,3	10,3	8,2	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	9,4	7,2
2020 1.Hj.	100,0	62,3	21,6	25,4	11,1	37,7	8,9	7,5	7,6	27,5	72,6	40,9	26,1	31,6	11,6	6,2
2.Hj.	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2021 1.Hj.	100,0	62,2	21,5	24,7	11,4	37,8	8,5	9,1	8,0	30,1	70,0	39,1	24,9	30,9	9,9	6,9
2.Hj. p)	100,0	59,9	20,7	23,5	11,2	40,1	8,3	10,3	8,2	30,2	69,8	36,7	23,5	33,1	9,4	7,2
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)</b>																
2018 3)	2 149,3	1 215,4	388,1	472,9	277,5	933,9	234,5	188,6	139,2	636,7	1 512,6	760,2	442,4	752,3	236,2	152,5
2019	2 302,9	1 396,4	419,6	565,4	319,7	906,5	243,8	188,5	136,8	662,2	1 640,7	887,5	523,8	753,2	257,5	158,0
2020	2 265,0	1 354,9	399,0	543,5	320,0	910,1	228,7	179,5	187,9	636,2	1 628,7	904,7	536,9	724,0	267,3	149,8
2021 p)	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	347,4	1 147,0	254,4	281,7	212,3	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,1	274,9	184,0
2020 1.Hj.	2 304,8	1 351,9	406,4	547,1	303,3	952,9	243,9	171,5	171,3	614,6	1 690,2	912,1	548,4	778,0	294,6	137,0
2.Hj.	2 265,0	1 354,9	399,0	543,5	320,0	910,1	228,7	179,5	187,9	636,2	1 628,7	904,7	536,9	724,0	267,3	149,8
2021 1.Hj.	2 392,8	1 398,3	416,6	551,0	322,5	994,6	240,6	221,9	192,4	703,5	1 689,4	892,3	532,0	797,1	261,3	162,1
2.Hj. p)	2 626,3	1 479,3	441,7	573,9	347,4	1 147,0	254,4	281,7	212,3	764,7	1 861,6	918,5	548,5	943,1	274,9	184,0
in % der Bilanzsumme																
2018 3)	100,0	56,6	18,1	22,0	12,9	43,5	10,9	8,8	6,5	29,6	70,4	35,4	20,6	35,0	11,0	7,1
2019	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,3	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2021 p)	100,0	56,3	16,8	21,9	13,2	43,7	9,7	10,7	8,1	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	10,5	7,0
2020 1.Hj.	100,0	58,7	17,6	23,7	13,2	41,3	10,6	7,4	7,4	26,7	73,3	39,6	23,8	33,8	12,8	6,0
2.Hj.	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2021 1.Hj.	100,0	58,4	17,4	23,0	13,5	41,6	10,1	9,3	8,0	29,4	70,6	37,3	22,2	33,3	10,9	6,8
2.Hj. p)	100,0	56,3	16,8	21,9	13,2	43,7	9,7	10,7	8,1	29,1	70,9	35,0	20,9	35,9	10,5	7,0
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)</b>																
2018 3)	439,7	321,3	152,7	137,9	11,0	118,3	14,9	46,1	33,3	153,1	286,6	165,5	116,3	121,1	21,3	52,5
2019	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2021 p)	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	56,5	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	53,9
2020 1.Hj.	586,6	449,0	218,7	186,8	16,3	137,6	13,7	44,9	49,4	179,1	407,6	271,7	205,7	135,9	40,9	42,6
2.Hj.	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2021 1.Hj.	624,7	478,7	232,6	194,1	21,2	146,1	15,5	51,4	48,4	203,4	421,3	286,4	219,9	135,0	36,1	44,8
2.Hj. p)	665,7	492,2	238,5	200,0	21,3	173,5	17,7	56,5	57,3	229,7	436,0	288,4	223,6	147,6	35,5	53,9
in % der Bilanzsumme																
2018 3)	100,0	73,1	34,7	31,4	2,5	26,9	3,4	10,5	7,6	34,8	65,2	37,6	26,5	27,6	4,8	11,9
2019	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2021 p)	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,5	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	8,1
2020 1.Hj.	100,0	76,5	37,3	31,9	2,8	23,5	2,3	7,7	8,4	30,5	69,5	46,3	35,1	23,2	7,0	7,3
2.Hj.	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2021 1.Hj.	100,0	76,6	37,2	31,1	3,4	23,4	2,5	8,2	7,8	32,6	67,4	45,8	35,2	21,6	5,8	7,2
2.Hj. p)	100,0	73,9	35,8	30,0	3,2	26,1	2,7	8,5	8,6	34,5	65,5	43,3	33,6	22,2	5,3	8,1

\* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl.

Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 3 Ab 1. Hj. 2018 bzw. 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes						
	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)				
						1.Quartil	Median	3.Quartil				1.Quartil	Median	3.Quartil		
					%	%	%			%	%	%	%			
<b>Insgesamt</b>																
2014	1 564,3	1,0	198,7	5,0	12,7	0,5	5,9	10,3	17,4	109,3	8,6	7,0	0,5	1,9	6,2	11,1
2015	1 633,9	6,9	195,9	-1,1	12,0	-1,0	6,3	10,6	17,8	91,5	-16,4	5,6	-1,5	1,8	6,7	11,3
2016	1 624,3	-0,4	214,4	7,8	13,2	1,0	6,7	11,4	17,9	111,7	9,0	6,9	0,5	2,6	6,7	12,0
2017	1 719,3	5,1	243,4	14,6	14,2	1,2	7,0	11,0	18,0	141,9	33,3	8,3	1,8	2,5	6,8	12,1
2018 6)	1 706,8	0,7	232,8	-0,9	13,6	-0,2	6,1	10,6	17,8	129,2	-6,3	7,6	-0,6	2,1	6,5	11,9
2019	1 764,6	2,6	233,6	0,4	13,2	-0,3	6,9	12,2	19,2	105,5	-17,9	6,0	-1,5	1,6	5,8	11,8
2020	1 632,8	-8,8	213,6	-7,7	13,1	0,2	6,5	11,5	17,9	52,1	-41,0	3,2	-2,1	-0,8	4,9	10,5
2021 p)	1 994,7	20,4	305,8	41,5	15,3	2,3	7,8	13,4	19,9	169,6	228,0	8,5	5,4	2,9	8,2	12,2
2017 1.Hj.	843,9	6,7	125,7	14,6	14,9	1,0	5,7	10,1	17,1	78,4	29,6	9,3	1,6	1,8	5,8	11,6
2.Hj.	878,5	3,5	117,4	14,6	13,4	1,3	6,9	12,0	19,2	63,0	38,2	7,2	1,8	3,2	7,4	12,4
2018 1.Hj. 6)	848,2	-0,1	120,8	-2,1	14,2	-0,3	5,1	10,6	18,2	72,7	-5,3	8,6	-0,5	1,7	6,4	12,5
2.Hj.	869,4	1,4	114,4	0,5	13,2	-0,1	6,3	11,2	18,0	58,0	-7,6	6,7	-0,6	2,1	6,8	12,5
2019 1.Hj.	861,3	2,7	112,3	-4,0	13,0	-0,9	6,5	11,8	18,6	53,4	-23,3	6,2	-2,1	1,5	5,7	11,7
2.Hj.	903,7	2,4	121,3	4,8	13,4	0,3	6,6	11,8	20,0	52,0	-11,4	5,8	-0,9	0,8	6,1	12,5
2020 1.Hj.	744,5	-14,4	78,2	-34,1	10,5	-3,0	4,8	9,9	16,7	7,9	-88,0	1,1	-5,3	-2,1	3,5	8,8
2.Hj.	888,4	-3,3	135,4	17,1	15,2	2,8	7,6	13,2	19,8	44,2	8,7	5,0	0,7	1,7	6,5	11,6
2021 1.Hj.	920,0	20,3	152,5	88,4	16,6	6,0	7,4	12,6	19,5	85,5	.	9,3	8,4	2,3	7,8	12,2
2.Hj. p)	1 075,6	20,4	153,5	13,4	14,3	-0,9	8,4	13,2	20,8	84,1	88,9	7,8	2,9	2,9	7,8	13,4
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 5)</b>																
2014	1 220,0	1,0	152,2	5,9	12,5	0,6	5,8	10,1	15,5	85,2	9,8	7,0	0,6	1,7	6,0	10,6
2015	1 309,7	7,0	149,0	-2,6	11,4	-1,1	6,3	10,5	16,3	69,1	-19,7	5,3	-1,8	2,2	6,6	10,4
2016	1 295,9	-0,8	161,9	6,3	12,5	0,8	6,5	10,6	16,0	84,8	4,2	6,5	0,3	2,8	6,3	10,5
2017	1 395,9	5,5	187,5	16,6	13,4	1,3	7,1	11,0	15,8	112,5	40,6	8,1	2,0	3,2	6,7	10,4
2018 6)	1 367,7	1,0	175,7	-1,5	12,9	-0,3	6,9	10,7	16,0	100,7	-7,1	7,4	-0,6	2,8	6,9	11,4
2019	1 410,9	2,0	168,1	-4,4	11,9	-0,8	6,9	11,3	16,6	76,3	-23,8	5,4	-1,8	1,4	5,7	10,1
2020	1 285,2	-9,4	143,6	-8,6	11,2	0,1	5,7	10,6	16,5	29,1	-48,1	2,3	-2,3	-0,7	4,3	9,8
2021 p)	1 585,8	22,4	217,0	51,6	13,7	2,6	7,9	12,8	17,9	126,8	354,3	8,0	5,9	2,8	7,8	11,1
2017 1.Hj.	695,1	7,3	101,5	18,7	14,6	1,4	6,0	10,1	16,1	66,3	37,3	9,5	2,1	2,3	5,8	10,8
2.Hj.	701,4	3,7	86,0	14,2	12,3	1,1	7,0	11,7	16,9	46,2	45,5	6,6	1,9	3,6	7,2	10,8
2018 1.Hj. 6)	681,9	-0,1	94,9	-3,4	13,9	-0,5	7,0	10,9	16,7	60,0	-5,9	8,8	-0,6	2,9	6,8	11,5
2.Hj.	695,4	2,1	83,1	0,7	12,0	-0,2	6,2	11,1	16,2	42,1	-8,7	6,1	-0,7	2,0	6,4	11,4
2019 1.Hj.	689,9	2,4	83,3	-8,8	12,1	-1,5	7,1	10,9	16,1	41,9	-26,8	6,1	-2,4	1,8	6,0	9,5
2.Hj.	721,0	1,7	84,8	0,3	11,8	-0,2	6,1	10,8	16,9	34,4	-19,7	4,8	-1,3	0,6	5,2	11,1
2020 1.Hj.	580,6	-16,0	49,0	-42,4	8,4	-3,8	4,4	8,8	14,9	0,2	-101,7	0,0	-6,2	-2,1	3,1	7,8
2.Hj.	704,6	-3,0	94,6	25,4	13,4	3,4	7,0	12,1	18,6	28,9	19,7	4,1	1,1	0,3	6,0	10,5
2021 1.Hj.	731,9	24,0	112,1	128,8	15,3	7,0	8,2	12,6	18,6	67,7	.	9,3	9,4	2,9	7,9	12,1
2.Hj. p)	854,2	21,1	104,9	11,3	12,3	-1,1	7,8	12,4	17,5	59,1	105,2	6,9	2,9	2,7	7,0	11,5
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor</b>																
2014	344,2	0,8	46,5	1,8	13,5	0,1	6,0	12,3	22,6	24,1	4,3	7,0	0,2	2,6	6,3	13,7
2015	324,1	6,1	46,9	4,0	14,5	-0,3	5,9	11,1	22,1	22,3	-3,8	6,9	-0,7	1,3	6,7	13,9
2016	328,4	1,3	52,5	12,8	16,0	1,6	6,8	13,4	25,1	26,9	24,4	8,2	1,5	2,3	8,2	15,3
2017	323,4	3,5	55,9	8,3	17,3	0,8	6,8	11,5	23,0	29,4	11,4	9,1	0,6	2,1	7,2	15,1
2018 6)	339,2	-0,6	57,1	1,3	16,8	0,3	5,5	10,5	24,7	28,5	-3,5	8,4	-0,3	1,4	5,8	16,6
2019	353,7	4,8	65,4	15,2	18,5	1,7	6,9	13,7	24,5	29,2	2,8	8,3	-0,2	2,4	6,2	16,2
2020	347,6	-6,1	70,0	-5,4	20,1	0,1	6,9	13,3	22,1	23,0	-22,1	6,6	-1,4	-1,2	6,5	12,2
2021 p)	408,9	13,0	88,8	21,6	21,7	1,6	7,6	15,0	24,0	42,8	79,7	10,5	3,9	3,0	9,2	15,6
2017 1.Hj.	148,8	4,6	24,2	0,4	16,2	-0,6	5,2	9,8	21,0	12,1	0,3	8,2	-0,3	1,2	5,6	14,5
2.Hj.	177,1	2,5	31,5	15,6	17,8	2,0	6,6	12,5	24,6	16,8	21,6	9,5	1,5	2,9	7,8	17,9
2018 1.Hj. 6)	166,3	0,2	25,9	2,8	15,6	0,4	3,8	9,5	22,7	12,6	-1,9	7,6	-0,2	-0,9	4,7	15,3
2.Hj.	174,0	-1,3	31,3	-0,0	18,0	0,2	6,7	11,3	25,6	15,9	-4,6	9,1	-0,3	2,2	7,0	17,8
2019 1.Hj.	171,4	4,0	29,0	13,1	16,9	1,4	5,7	12,3	24,4	11,6	-7,5	6,7	-0,9	0,0	4,9	14,5
2.Hj.	182,7	5,5	36,5	16,9	20,0	1,9	7,1	15,1	24,4	17,7	10,9	9,7	0,5	1,8	8,2	16,3
2020 1.Hj.	163,9	-8,1	29,2	-9,4	17,8	-0,3	5,6	10,8	21,2	7,7	-36,4	4,7	-2,1	-2,2	4,3	10,9
2.Hj.	183,8	-4,2	40,8	-2,2	22,2	0,4	8,9	14,7	23,3	15,3	-12,8	8,3	-0,9	2,6	7,5	13,3
2021 1.Hj.	188,1	7,7	40,3	26,1	21,5	3,1	6,9	12,6	24,5	17,8	119,9	9,5	4,8	0,9	6,9	13,6
2.Hj. p)	221,4	17,9	48,7	18,2	22,0	0,1	9,4	16,5	24,7	25,1	59,1	11,3	3,0	3,8	9,5	17,7

\* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen, teilweise revidiert. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig

der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 3. 4 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 5 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 6 Ab 1. Hj. 2018 bzw. 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.



## XII. Außenwirtschaft

### 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum \*)

Mio €

Position	2019	2020	2021	2021		2022			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. <sup>Ⓟ</sup>	Januar <sup>Ⓝ</sup>	Februar	März <sup>Ⓟ</sup>
I. Leistungsbilanz	+ 273 903	+ 219 080	+ 291 630	+ 94 004	+ 39 403	+ 12 606	- 2 598	+ 6 548	+ 8 656
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 392 037	2 188 391	2 508 421	623 441	672 702	684 941	206 793	222 195	255 953
Ausgaben	2 083 737	1 847 313	2 218 170	552 467	634 096	681 085	214 146	215 694	251 245
Saldo	+ 308 299	+ 341 079	+ 290 249	+ 70 973	+ 38 606	+ 3 857	- 7 353	+ 6 502	+ 4 708
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 019 656	869 514	1 003 644	265 308	291 761	267 158	88 527	84 050	94 581
Ausgaben	984 330	863 985	907 700	231 013	271 705	234 122	76 144	75 899	82 079
Saldo	+ 35 330	+ 5 530	+ 95 943	+ 34 295	+ 20 057	+ 33 035	+ 12 383	+ 8 150	+ 12 502
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	853 413	753 071	795 654	184 889	208 309	194 582	64 362	61 245	68 975
Ausgaben	769 040	718 040	732 400	165 911	186 765	172 428	56 127	52 169	64 132
Saldo	+ 84 373	+ 35 031	+ 63 252	+ 18 979	+ 21 544	+ 22 155	+ 8 235	+ 9 077	+ 4 843
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	119 797	124 786	150 609	39 588	41 410	33 972	10 545	11 478	11 949
Ausgaben	273 896	287 345	308 423	69 831	82 213	80 413	26 408	28 659	25 346
Saldo	- 154 096	- 162 557	- 157 815	- 30 244	- 40 803	- 46 441	- 15 863	- 17 181	- 13 397
II. Vermögensänderungsbilanz	- 26 857	- 3 163	+ 40 828	+ 18 681	+ 12 760	+ 7 863	+ 2 732	+ 3 218	+ 1 913
III. Kapitalbilanz <sup>1)</sup>	+ 208 170	+ 197 526	+ 316 759	+ 84 785	+ 22 169	- 5 080	+ 8 113	+ 6 126	- 19 319
1. Direktinvestitionen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 71 412	- 150 812	+ 290 652	+ 106 975	+ 47 284	+ 48 975	+ 4 469	+ 47 461	- 2 955
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 571	- 15 353	+ 148 661	+ 45 755	- 24 103	+ 66 657	+ 54 550	+ 25 313	- 13 206
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 70 841	+ 135 461	- 141 988	- 61 218	- 71 386	+ 17 681	+ 50 080	- 22 148	- 10 251
2. Wertpapieranlagen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	- 93 777	+ 536 984	+ 421 366	+ 54 097	+ 119 738	- 46 463	+ 26 115	- 21 585	- 50 993
des Euroraums	+ 423 422	+ 689 039	+ 765 294	+ 121 276	+ 143 852	- 37 925	+ 18 584	- 4 809	- 51 700
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 57 433	+ 314 529	+ 354 131	+ 41 721	+ 28 530	- 33 301	+ 44 994	- 37 210	- 41 085
kurzfristige	- 905	+ 125 715	+ 116 603	- 7 932	+ 82 699	- 58 477	- 40 496	- 4 801	- 13 180
langfristige	+ 366 895	+ 248 795	+ 294 561	+ 87 488	+ 32 623	+ 53 853	+ 14 086	+ 37 202	+ 2 565
Schuldverschreibungen									
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 517 199	+ 152 054	+ 343 931	+ 67 179	+ 24 115	+ 8 538	- 7 532	+ 16 776	- 706
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 289 454	+ 159 616	+ 509 621	+ 124 776	+ 145 834	- 56 550	- 35 561	+ 8 061	- 29 050
kurzfristige	- 28 277	+ 139 008	+ 23 602	+ 9 401	- 81 935	+ 84 211	+ 26 485	+ 23 986	+ 33 740
langfristige	+ 256 024	- 146 570	- 189 292	- 66 999	- 39 782	- 19 125	+ 1 544	- 15 272	- 5 397
Schuldverschreibungen									
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 6 945	+ 9 165	+ 69 434	+ 24 216	+ 44 529	+ 892	+ 3 781	- 1 034	- 1 855
4. Übriger Kapitalverkehr									
Eurosysteem	+ 217 293	- 210 977	- 594 933	- 223 703	- 192 271	- 8 051	- 24 083	- 20 393	+ 36 425
Staat	+ 144 211	- 203 600	- 442 796	- 166 751	- 356 934	+ 184 372	+ 216 455	+ 20 012	- 52 095
Monetäre Finanzinstitute <sup>2)</sup>	+ 4 154	- 18 138	- 73 916	- 37 484	+ 2 235	- 1 302	+ 6 868	- 4 775	- 3 395
Unternehmen und Privatpersonen	+ 186 932	+ 17 495	- 133 383	- 38 438	+ 184 625	- 230 926	- 230 491	- 64 205	+ 63 770
Unternehmen und Privatpersonen	- 118 004	- 6 734	+ 55 165	+ 18 970	- 22 196	+ 39 806	- 16 916	+ 28 576	+ 28 146
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 6 297	+ 13 163	+ 130 240	+ 123 199	+ 2 891	- 434	- 2 169	+ 1 675	+ 60
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 38 877	- 18 394	- 15 699	- 27 900	- 29 994	- 25 549	+ 7 980	- 3 641	- 29 888

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. <sup>1</sup> Zunahme: + / Abnahme: -. <sup>2</sup> Ohne Eurosysteem.

## XII. Außenwirtschaft

### 2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 2)	Kapitalbilanz 3)			Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 4)
	Insgesamt	Warenhandel		Dienst- leistungen	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven		
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 1)								
2007	+ 171 493	+ 201 728	- 1 183	- 32 465	+ 35 620	- 33 390	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 13 273	
2008	+ 144 954	+ 184 160	- 3 947	- 29 122	+ 24 063	- 34 147	+ 893	+ 121 336	+ 2 008	- 22 725	
2009	+ 142 744	+ 140 626	- 6 605	- 17 642	+ 54 524	- 34 764	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 11 194	
2010	+ 147 298	+ 160 829	- 6 209	- 25 255	+ 51 306	- 39 582	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 55 760	
2011	+ 167 340	+ 162 970	- 9 357	- 29 930	+ 69 087	- 34 787	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 46 902	
2012	+ 195 712	+ 199 531	- 11 388	- 30 774	+ 65 658	- 38 703	+ 413	+ 151 417	+ 1 297	- 43 882	
2013	+ 184 352	+ 203 802	- 12 523	- 39 321	+ 63 284	- 43 413	- 563	+ 226 014	+ 838	+ 42 224	
2014	+ 210 906	+ 219 629	- 14 296	- 25 303	+ 57 752	- 41 172	+ 2 936	+ 240 258	- 2 564	+ 26 416	
2015	+ 260 286	+ 248 394	- 15 405	- 18 516	+ 69 262	- 38 854	+ 48	+ 234 392	- 2 213	- 25 845	
2016	+ 266 689	+ 252 409	- 19 921	- 20 987	+ 76 199	- 40 931	+ 2 142	+ 261 123	+ 1 686	- 7 708	
2017	+ 255 814	+ 255 077	- 13 613	- 23 994	+ 76 404	- 51 673	+ 2 936	+ 276 697	- 1 269	+ 23 819	
2018	+ 267 729	+ 221 983	- 22 985	- 15 806	+ 111 890	- 50 338	+ 580	+ 246 928	+ 392	- 21 381	
2019	+ 262 903	+ 215 456	- 30 887	- 18 100	+ 115 359	- 49 811	- 887	+ 186 317	- 544	- 75 700	
2020	+ 238 741	+ 189 963	- 7 246	+ 2 725	+ 98 780	- 52 727	- 5 829	+ 216 515	- 51	- 16 397	
2021	+ 264 981	+ 192 150	+ 3 091	+ 314	+ 126 606	- 54 090	- 1 376	+ 314 750	+ 31 892	+ 51 145	
2019 2.Vj.	+ 59 361	+ 52 177	- 7 580	- 2 223	+ 16 014	- 6 606	+ 509	+ 40 266	+ 444	- 18 586	
3.Vj.	+ 64 013	+ 57 726	- 7 447	- 11 912	+ 30 937	- 12 738	+ 235	+ 19 657	- 349	- 44 590	
4.Vj.	+ 68 030	+ 49 432	- 11 400	- 3 126	+ 35 102	- 13 378	- 1 412	+ 83 477	- 576	+ 16 860	
2020 1.Vj.	+ 62 570	+ 52 090	- 2 656	- 2 238	+ 27 396	- 14 679	- 608	+ 33 152	+ 133	- 28 810	
2.Vj.	+ 37 621	+ 28 076	- 1 806	+ 5 190	+ 13 563	- 9 209	+ 55	+ 25 747	+ 243	- 11 929	
3.Vj.	+ 62 788	+ 55 716	- 695	- 5 827	+ 23 501	- 10 601	- 1 493	+ 65 414	- 1 276	+ 4 118	
4.Vj.	+ 75 762	+ 54 082	- 2 089	+ 5 599	+ 34 320	- 18 238	- 3 783	+ 92 203	+ 848	+ 20 223	
2021 1.Vj.	+ 75 009	+ 57 190	+ 1 200	+ 3 281	+ 31 814	- 17 276	- 331	+ 106 919	+ 385	+ 32 241	
2.Vj.	+ 63 932	+ 47 133	- 194	+ 6 401	+ 18 624	- 8 225	- 1 788	+ 84 594	+ 58	+ 22 450	
3.Vj.	+ 61 165	+ 49 076	- 34	+ 8 160	+ 34 277	- 14 029	+ 1 745	+ 36 922	+ 31 199	- 25 987	
4.Vj.	+ 64 875	+ 38 751	+ 2 119	- 1 208	+ 41 892	- 14 560	- 1 002	+ 86 314	+ 250	+ 22 441	
2022 1.Vj.	+ 52 344	+ 34 305	+ 3 802	- 2 468	+ 36 895	- 16 388	- 1 865	+ 94 003	+ 2 200	+ 43 524	
2019 Nov.	+ 23 931	+ 17 195	- 2 913	+ 603	+ 9 918	- 3 785	- 480	+ 17 523	- 356	- 5 928	
Dez.	+ 24 284	+ 11 784	- 5 357	+ 2 016	+ 15 269	- 4 784	- 37	+ 22 677	- 113	- 4 780	
2020 Jan.	+ 15 929	+ 14 031	- 905	- 859	+ 10 181	- 7 423	+ 198	+ 3 819	+ 898	- 12 309	
Febr.	+ 21 309	+ 19 874	- 1 884	- 1 316	+ 7 135	- 4 383	- 101	+ 15 791	+ 750	- 5 418	
März	+ 25 331	+ 18 185	+ 133	- 62	+ 10 080	- 2 872	- 706	+ 13 542	- 1 514	- 11 083	
April	+ 10 787	+ 4 530	- 102	+ 1 675	+ 9 003	- 4 421	+ 110	+ 11 487	+ 950	+ 589	
Mai	+ 6 134	+ 8 575	+ 87	+ 1 110	+ 23	- 3 573	+ 9	+ 2 095	+ 33	- 4 029	
Juni	+ 20 700	+ 14 971	- 1 791	+ 2 406	+ 4 538	- 1 214	- 47	+ 12 165	- 740	- 8 489	
Juli	+ 20 883	+ 20 319	- 330	- 2 709	+ 7 024	- 3 751	- 1 005	+ 14 644	- 611	- 5 234	
Aug.	+ 16 852	+ 13 976	+ 38	- 2 543	+ 8 850	- 3 432	+ 412	+ 30 512	- 611	+ 13 248	
Sept.	+ 25 053	+ 21 421	- 404	- 575	+ 7 627	- 3 419	- 900	+ 20 258	- 53	- 3 895	
Okt.	+ 24 773	+ 20 389	- 415	+ 782	+ 8 128	- 4 527	- 1 386	+ 25 983	+ 140	+ 2 596	
Nov.	+ 22 799	+ 18 384	+ 164	+ 2 120	+ 9 835	- 7 541	- 2 266	+ 23 695	+ 89	+ 3 162	
Dez.	+ 28 191	+ 15 308	- 1 838	+ 2 697	+ 16 356	- 6 171	- 132	+ 42 524	+ 618	+ 14 466	
2021 Jan.	+ 20 394	+ 14 733	+ 301	+ 896	+ 11 006	- 6 241	- 458	+ 22 458	+ 743	+ 2 522	
Febr.	+ 20 814	+ 18 248	+ 44	+ 1 159	+ 9 016	- 7 609	- 1 461	+ 52 644	+ 102	+ 33 291	
März	+ 33 801	+ 24 208	+ 855	+ 1 227	+ 11 792	- 3 427	+ 1 588	+ 31 817	- 460	- 3 572	
April	+ 23 029	+ 15 866	+ 83	+ 3 051	+ 7 812	- 3 701	- 700	+ 35 418	- 251	+ 13 090	
Mai	+ 15 757	+ 14 492	- 160	+ 2 344	+ 644	- 1 724	- 375	+ 14 146	+ 211	+ 1 235	
Juni	+ 25 147	+ 16 775	- 117	+ 1 005	+ 10 167	- 2 800	- 713	+ 35 029	+ 98	+ 10 595	
Juli	+ 20 669	+ 18 645	- 451	- 2 511	+ 9 907	- 5 372	- 626	+ 5 325	+ 102	- 14 718	
Aug.	+ 16 987	+ 12 859	+ 645	- 3 543	+ 11 922	- 4 251	+ 493	+ 20 653	+ 31 254	+ 3 173	
Sept.	+ 23 509	+ 17 573	- 229	- 2 105	+ 12 447	- 4 406	+ 1 877	+ 10 944	- 158	- 14 442	
Okt.	+ 19 141	+ 15 259	+ 1 117	- 2 802	+ 11 783	- 5 099	+ 416	+ 21 714	+ 261	+ 2 157	
Nov.	+ 21 329	+ 14 820	+ 893	+ 71	+ 12 021	- 5 582	- 1 153	+ 48 411	+ 963	+ 28 235	
Dez.	+ 24 405	+ 8 672	+ 109	+ 1 523	+ 18 088	- 3 878	- 265	+ 16 190	- 974	- 7 951	
2022 Jan.	+ 12 519	+ 5 831	+ 1 230	- 338	+ 13 100	- 6 074	- 104	+ 55 703	+ 309	+ 43 288	
Febr.	+ 21 057	+ 15 649	+ 2 346	+ 414	+ 10 415	- 5 421	- 1 297	+ 28 963	+ 1 161	+ 9 203	
März	+ 18 768	+ 12 824	+ 225	- 2 543	+ 13 380	- 4 893	- 464	+ 9 337	+ 730	- 8 967	
April p)	+ 7 441	+ 2 031	.	- 662	+ 10 675	- 4 603	- 1 247	- 2 131	+ 83	- 8 325	

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung.  
2 Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen.

3 Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: - 4 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland  
 nach Ländergruppen und Ländern \*)

Mio €

Ländergruppe/Land		2019	2020	2021	2021		2022			
					November	Dezember	Januar	Februar	März	April
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 328 152	1 206 928	1 375 658	126 032	117 016	109 532	123 409	137 871	122 300
	Einfuhr	1 104 141	1 026 502	1 203 174	114 520	110 622	106 259	112 425	130 427	121 454
	Saldo	+ 224 010	+ 180 427	+ 172 484	+ 11 512	+ 6 393	+ 3 273	+ 10 984	+ 7 444	+ 846
I. Europäische Länder	Ausfuhr	902 831	824 921	945 989	87 211	79 082	75 470	85 269	93 322	84 092
	Einfuhr	747 692	682 477	803 992	77 591	73 222	68 781	76 680	85 796	78 740
	Saldo	+ 155 140	+ 142 444	+ 141 997	+ 9 620	+ 5 860	+ 6 689	+ 8 590	+ 7 526	+ 5 352
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	698 257	635 741	747 245	68 120	63 254	59 044	67 861	74 959	68 174
	Einfuhr	593 251	546 655	638 713	60 717	56 544	51 163	59 084	64 690	59 066
	Saldo	+ 105 006	+ 89 087	+ 108 533	+ 7 403	+ 6 711	+ 7 881	+ 8 777	+ 10 269	+ 9 108
Euroraum (19)	Ausfuhr	492 308	441 853	518 865	47 124	44 022	41 443	47 325	51 658	47 608
	Einfuhr	409 863	371 211	438 666	41 774	39 427	35 523	41 177	44 975	41 060
	Saldo	+ 82 445	+ 70 643	+ 80 199	+ 5 350	+ 4 595	+ 5 920	+ 6 148	+ 6 683	+ 6 548
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	52 006	48 824	57 322	5 077	4 894	4 582	5 376	5 789	5 601
	Einfuhr	46 322	39 584	55 335	5 283	4 764	4 287	4 760	5 463	4 932
	Saldo	+ 5 683	+ 9 240	+ 1 986	- 206	+ 130	+ 294	+ 616	+ 326	+ 669
Frankreich	Ausfuhr	106 564	90 910	102 180	9 422	8 421	8 217	9 152	10 206	9 247
	Einfuhr	66 199	56 364	62 063	5 740	5 397	4 904	5 590	6 218	5 588
	Saldo	+ 40 364	+ 34 546	+ 40 117	+ 3 681	+ 3 024	+ 3 313	+ 3 561	+ 3 988	+ 3 660
Italien	Ausfuhr	67 887	60 634	75 331	6 661	6 072	5 937	7 095	7 630	6 638
	Einfuhr	57 100	53 906	65 369	6 109	5 485	4 616	6 003	6 469	5 843
	Saldo	+ 10 786	+ 6 728	+ 9 962	+ 552	+ 586	+ 1 322	+ 1 092	+ 1 161	+ 795
Niederlande	Ausfuhr	91 528	84 579	100 410	8 874	9 659	8 045	9 180	9 335	8 975
	Einfuhr	97 816	87 024	105 488	10 706	10 471	9 694	9 572	11 201	10 112
	Saldo	- 6 288	- 2 445	- 5 078	- 1 832	- 812	- 1 649	- 393	- 1 866	- 1 136
Österreich	Ausfuhr	66 076	60 118	71 934	6 748	5 929	5 755	6 467	7 660	7 208
	Einfuhr	44 059	40 454	47 562	4 284	4 203	3 723	4 434	4 920	4 763
	Saldo	+ 22 017	+ 19 663	+ 24 372	+ 2 464	+ 1 726	+ 2 033	+ 2 032	+ 2 740	+ 2 445
Spanien	Ausfuhr	44 218	37 618	43 708	4 060	3 513	3 580	3 964	4 243	3 910
	Einfuhr	33 126	31 281	34 293	3 329	3 400	2 817	3 423	3 337	2 991
	Saldo	+ 11 092	+ 6 337	+ 9 414	+ 732	+ 113	+ 762	+ 541	+ 906	+ 919
Anderer EU-Länder	Ausfuhr	205 949	193 888	228 380	20 996	19 232	17 601	20 536	23 301	20 567
	Einfuhr	183 387	175 444	200 047	18 943	17 116	15 640	17 908	19 715	18 007
	Saldo	+ 22 561	+ 18 444	+ 28 333	+ 2 053	+ 2 116	+ 1 961	+ 2 628	+ 3 586	+ 2 560
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	204 575	189 180	198 743	19 091	15 827	16 426	17 408	18 363	15 918
	Einfuhr	154 441	135 822	165 279	16 874	16 678	17 618	17 595	21 107	19 674
	Saldo	+ 50 134	+ 53 358	+ 33 465	+ 2 217	- 851	- 1 192	- 187	- 2 743	- 3 756
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	56 345	56 265	60 617	6 140	4 945	5 206	5 387	6 470	5 372
	Einfuhr	45 824	45 556	48 884	4 592	3 838	4 108	4 601	5 180	4 775
	Saldo	+ 10 521	+ 10 708	+ 11 732	+ 1 549	+ 1 107	+ 1 099	+ 786	+ 1 290	+ 596
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	79 166	67 086	65 351	6 122	4 957	5 405	5 838	6 526	5 618
	Einfuhr	38 397	35 018	32 167	2 925	2 649	2 688	2 545	3 638	3 486
	Saldo	+ 40 770	+ 32 068	+ 33 184	+ 3 196	+ 2 308	+ 2 717	+ 3 292	+ 2 888	+ 2 132
II. Außer-europäische Länder	Ausfuhr	421 728	380 292	427 496	38 591	37 706	33 837	37 905	44 219	37 795
	Einfuhr	355 390	343 270	398 285	36 835	37 308	37 392	35 635	44 457	42 554
	Saldo	+ 66 338	+ 37 022	+ 29 210	+ 1 756	+ 398	- 3 556	+ 2 271	- 238	- 4 758
1. Afrika	Ausfuhr	23 627	20 086	23 111	1 926	1 938	1 803	1 922	2 276	1 915
	Einfuhr	24 475	18 758	26 033	2 240	2 168	2 204	2 153	3 173	2 914
	Saldo	- 848	+ 1 328	- 2 923	- 315	- 230	- 401	- 231	- 897	- 999
2. Amerika	Ausfuhr	165 602	141 375	167 737	15 215	14 573	13 566	14 881	18 261	16 310
	Einfuhr	100 007	94 005	101 259	8 717	9 095	8 690	8 406	11 015	9 685
	Saldo	+ 65 595	+ 47 370	+ 66 478	+ 6 498	+ 5 478	+ 4 876	+ 6 475	+ 7 247	+ 6 626
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	118 680	103 476	122 038	11 001	10 695	9 963	10 939	13 769	11 922
	Einfuhr	71 334	67 694	72 116	6 318	6 369	6 183	6 134	7 670	6 698
	Saldo	+ 47 346	+ 35 782	+ 49 922	+ 4 682	+ 4 326	+ 3 780	+ 4 805	+ 6 099	+ 5 224
3. Asien	Ausfuhr	221 278	208 146	224 993	20 226	20 153	17 458	20 012	22 385	18 397
	Einfuhr	227 036	226 646	266 810	25 588	25 503	25 910	24 675	29 620	29 283
	Saldo	- 5 759	- 18 500	- 41 817	- 5 362	- 5 350	- 8 452	- 4 663	- 7 235	- 10 886
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 663	25 882	26 112	2 273	2 782	1 953	2 204	2 461	1 981
	Einfuhr	7 460	6 721	7 507	790	718	557	698	728	939
	Saldo	+ 21 202	+ 19 161	+ 18 605	+ 1 484	+ 2 064	+ 1 396	+ 1 507	+ 1 732	+ 1 042
Japan	Ausfuhr	20 662	17 396	18 238	1 686	1 504	1 557	1 738	1 917	1 611
	Einfuhr	23 904	21 427	23 492	2 162	1 885	1 859	1 937	2 130	2 089
	Saldo	- 3 243	- 4 032	- 5 254	- 476	- 381	- 302	- 199	- 213	- 477
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	95 984	95 840	103 690	8 972	8 442	7 902	9 066	10 456	8 254
	Einfuhr	110 054	117 373	142 236	14 207	14 764	14 614	13 530	16 775	16 681
	Saldo	- 14 070	- 21 533	- 38 546	- 5 235	- 6 322	- 6 711	- 4 463	- 6 319	- 8 427
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	54 164	50 590	55 241	5 185	5 072	4 501	5 071	5 422	4 740
	Einfuhr	51 748	48 222	55 401	5 088	4 816	5 162	4 987	5 448	5 297
	Saldo	+ 2 416	+ 2 368	- 160	+ 97	+ 256	- 661	+ 84	- 25	- 557
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	11 221	10 685	11 655	1 224	1 042	1 009	1 090	1 297	1 173
	Einfuhr	3 872	3 861	4 182	290	542	587	401	650	672
	Saldo	+ 7 349	+ 6 824	+ 7 472	+ 934	+ 500	+ 422	+ 689	+ 647	+ 501

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. EU ohne Vereinigtes Königreich. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

## XII. Außenwirtschaft

### 4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmer-entgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanzdienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Informa-tionsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2017	- 23 994	- 3 679	- 43 558	+ 9 613	+ 14 903	- 8 188	- 1 065	+ 2 177	+ 1 139	+ 76 669	- 1 403
2018	- 15 806	- 2 044	- 44 543	+ 10 060	+ 17 219	- 7 060	+ 723	+ 3 322	+ 671	+ 112 223	- 1 004
2019	- 18 100	- 72	- 45 947	+ 10 999	+ 18 299	- 9 697	- 2 984	+ 3 489	+ 846	+ 115 462	- 949
2020	+ 2 725	- 9 392	- 14 678	+ 10 239	+ 17 546	- 7 107	- 4 382	+ 3 363	+ 3 234	+ 97 017	- 1 471
2021	+ 314	- 12 067	- 21 924	+ 8 737	+ 31 878	- 7 515	- 8 523	+ 3 513	+ 2 605	+ 126 146	- 2 145
2020 3.Vj.	- 5 827	- 2 735	- 7 386	+ 2 233	+ 3 331	- 2 031	- 1 586	+ 895	+ 283	+ 24 338	- 1 120
4.Vj.	+ 5 599	- 2 902	- 98	+ 2 713	+ 4 880	- 928	- 1 007	+ 668	+ 1 067	+ 29 998	+ 3 255
2021 1.Vj.	+ 3 281	- 3 183	- 13	+ 2 251	+ 5 756	- 2 478	- 1 436	+ 884	+ 1 324	+ 31 487	- 997
2.Vj.	+ 6 401	- 2 075	- 2 151	+ 2 589	+ 8 007	- 1 329	- 1 164	+ 914	+ 494	+ 21 077	- 2 947
3.Vj.	- 8 160	- 2 259	- 14 130	+ 1 221	+ 9 080	- 2 169	- 2 331	+ 946	- 77	+ 35 585	- 1 232
4.Vj.	- 1 208	- 4 551	- 5 629	+ 2 676	+ 9 035	- 1 539	- 3 592	+ 769	+ 864	+ 37 996	+ 3 031
2022 1.Vj.	- 2 468	- 5 551	- 4 636	+ 2 301	+ 7 619	- 3 220	- 1 746	+ 949	+ 1 233	+ 36 924	- 1 262
2021 Juni	+ 1 005	- 744	- 2 100	+ 396	+ 3 044	- 8	- 592	+ 366	+ 177	+ 10 420	- 430
Juli	- 2 511	- 961	- 3 234	+ 886	+ 2 719	- 1 283	- 1 240	+ 291	- 43	+ 10 358	- 408
Aug.	- 3 543	- 438	- 5 364	- 418	+ 2 818	- 334	- 418	+ 303	- 26	+ 12 356	- 408
Sept.	- 2 105	- 861	- 5 532	+ 753	+ 3 543	- 552	- 469	+ 353	- 8	+ 12 871	- 416
Okt.	- 2 802	- 1 157	- 3 543	+ 1 115	+ 2 593	- 637	- 1 813	+ 285	+ 248	+ 12 006	- 472
Nov.	+ 71	- 1 122	- 1 354	+ 646	+ 3 318	- 830	- 1 478	+ 182	+ 252	+ 12 184	- 415
Dez.	+ 1 523	- 2 272	- 733	+ 915	+ 3 125	- 72	- 301	+ 302	+ 364	+ 13 807	+ 3 918
2022 Jan.	- 338	- 1 741	- 1 141	+ 894	+ 2 714	- 1 340	- 458	+ 311	+ 437	+ 13 068	- 405
Febr.	+ 414	- 1 844	- 1 249	+ 714	+ 2 773	- 875	- 232	+ 322	+ 434	+ 10 396	- 415
März	- 2 543	- 1 966	- 2 246	+ 694	+ 2 132	- 1 005	- 1 056	+ 317	+ 361	+ 13 460	- 441
April p)	- 662	- 283	- 2 247	+ 905	+ 1 967	- 1 106	- 616	+ 301	+ 103	+ 11 183	- 610

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen

ausländischer militärischer Dienststellen. 3 Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

### 5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen						Vermögensänderungsbilanz			
	Insgesamt	Staat		Alle Sektoren ohne Staat 2)			Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögens-übertragungen	
		Insgesamt	darunter:	Insgesamt	darunter:	darunter:				
		Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.		Persönliche Über-tragungen 3)	darunter: Heimat-überweisungen				
2017	- 51 673	- 23 191	- 9 851	+ 9 665	- 28 482	.	+ 4 613	- 2 936	+ 926	- 3 863
2018	- 50 338	- 28 710	- 10 186	+ 10 230	- 21 627	.	+ 5 142	+ 580	+ 3 349	- 2 769
2019	- 49 811	- 28 986	- 10 728	+ 11 742	- 20 825	.	+ 5 431	- 887	+ 3 028	- 3 915
2020	- 52 727	- 34 127	- 12 239	+ 10 929	- 18 600	.	+ 5 908	- 5 829	+ 380	- 6 209
2021	- 54 090	- 32 567	- 7 039	+ 11 982	- 21 523	.	+ 6 170	- 1 376	+ 3 191	- 4 567
2020 3.Vj.	- 10 601	- 6 387	- 3 264	+ 2 153	- 4 215	.	+ 1 477	- 1 493	- 34	- 1 459
4.Vj.	- 18 238	- 13 375	- 4 391	+ 1 752	- 4 863	+ 1 482	+ 1 477	- 3 783	+ 295	- 4 078
2021 1.Vj.	- 17 276	- 11 088	+ 327	+ 2 297	- 6 188	.	+ 1 543	- 331	+ 123	- 454
2.Vj.	- 8 225	- 3 644	- 1 113	+ 5 341	- 4 582	.	+ 1 543	- 1 788	- 1 578	- 211
3.Vj.	- 14 029	- 8 787	- 2 834	+ 2 199	- 5 242	.	+ 1 543	+ 1 745	+ 2 918	- 1 173
4.Vj.	- 14 560	- 9 048	- 3 420	+ 2 144	- 5 511	+ 1 548	+ 1 543	- 1 002	+ 1 728	- 2 730
2022 1.Vj.	- 16 388	- 10 040	- 2 369	+ 2 410	- 6 348	.	+ 1 598	- 1 865	- 1 885	+ 20
2021 Juni	- 2 800	- 1 177	- 377	+ 1 173	- 1 623	+ 515	+ 514	- 713	- 589	- 124
Juli	- 5 372	- 3 462	- 2 317	+ 712	- 1 910	.	+ 514	- 626	- 208	- 418
Aug.	- 4 251	- 2 813	- 277	+ 410	- 1 438	+ 515	+ 514	+ 493	+ 686	- 192
Sept.	- 4 406	- 2 512	- 240	+ 1 077	- 1 894	.	+ 514	+ 1 877	+ 2 440	- 563
Okt.	- 5 099	- 3 257	- 122	+ 472	- 1 843	+ 516	+ 514	+ 416	+ 786	- 370
Nov.	- 5 582	- 3 691	- 743	+ 347	- 1 892	+ 516	+ 514	- 1 153	+ 513	- 640
Dez.	- 3 878	- 2 101	- 2 555	+ 1 325	- 1 777	+ 516	+ 514	- 265	+ 1 455	- 1 720
2022 Jan.	- 6 074	- 4 295	- 1 394	+ 454	- 1 779	.	+ 533	- 104	- 291	+ 187
Febr.	- 5 421	- 3 893	- 829	+ 940	- 1 527	+ 534	+ 533	- 1 297	- 1 257	- 40
März	- 4 893	- 1 852	- 145	+ 1 016	- 3 041	+ 537	+ 533	- 464	- 337	- 127
April p)	- 4 603	- 2 689	- 423	+ 1 096	- 1 914	.	+ 533	- 1 247	- 787	- 460

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen.

2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

## XII. Außenwirtschaft

### 6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2019	2020	2021	2021		2022			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Februar	März	April <sup>¶</sup>
<b>I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)</b>	<b>+ 251 072</b>	<b>+ 739 081</b>	<b>+ 844 810</b>	<b>+ 147 616</b>	<b>+ 276 086</b>	<b>+ 204 882</b>	<b>+ 48 762</b>	<b>+ 43 856</b>	<b>+ 6 709</b>
1. Direktinvestitionen	+ 139 279	+ 119 458	+ 163 651	+ 43 555	+ 38 791	+ 44 793	+ 7 375	+ 896	+ 30 061
Beteiligungskapital	+ 116 157	+ 90 170	+ 113 012	+ 35 950	+ 11 956	+ 29 186	+ 10 901	+ 8 120	+ 9 550
darunter:									
Reinvestierte Gewinne <sup>1)</sup>	+ 40 785	+ 21 039	+ 55 475	+ 17 913	+ 7 203	+ 20 797	+ 8 594	+ 6 124	+ 5 738
Direktinvestitionskredite	+ 23 122	+ 29 288	+ 50 638	+ 7 606	+ 26 835	+ 15 607	- 3 526	- 7 224	+ 20 511
2. Wertpapieranlagen	+ 134 961	+ 191 740	+ 221 477	+ 55 285	+ 42 049	+ 59 730	- 2 697	+ 26 029	- 10 475
Aktien <sup>2)</sup>	+ 13 672	+ 65 214	+ 56 007	+ 19 786	+ 19 786	+ 12 910	+ 7 228	+ 6 023	+ 7 853
Investmentfondsanteile <sup>3)</sup>	+ 53 708	+ 62 585	+ 103 434	+ 22 168	+ 39 858	+ 3 970	- 1 298	- 1 180	+ 2 203
kurzfristige									
Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	+ 7 424	+ 3 852	- 6 256	+ 7 639	- 10 366	+ 1 329	- 3 796	+ 1 975	+ 519
langfristige									
Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 60 157	+ 60 089	+ 68 292	+ 5 692	- 353	+ 47 202	+ 8 420	+ 17 380	- 16 816
3. Finanzderivate und Mitarbeiteroptionen <sup>6)</sup>	+ 24 544	+ 96 276	+ 60 977	+ 10 230	+ 18 916	+ 10 566	+ 4 788	- 6 947	+ 3 845
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	- 47 168	+ 331 659	+ 366 813	+ 7 347	+ 176 081	+ 87 593	+ 38 135	+ 23 149	- 16 803
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>	+ 9 256	- 4 522	+ 112 866	- 31 971	- 15 065	+ 139 954	+ 28 281	- 20 529	- 3 532
kurzfristig	- 8 901	+ 3 526	+ 99 548	- 23 041	- 26 717	+ 131 275	+ 26 258	- 26 399	+ 2 035
langfristig	+ 18 157	- 8 048	+ 13 318	- 8 931	+ 11 652	+ 8 679	+ 2 023	+ 5 869	- 5 567
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	+ 14 348	+ 90 994	+ 138 858	+ 24 931	+ 44 797	+ 45 131	+ 12 497	+ 25 740	+ 24 266
kurzfristig	+ 793	+ 45 448	+ 124 088	+ 17 622	+ 46 917	+ 43 566	+ 11 540	+ 27 722	+ 21 521
langfristig	+ 13 555	+ 45 545	+ 14 770	+ 7 309	- 2 119	+ 1 565	+ 957	- 1 982	+ 2 745
Staat	+ 144	+ 2 076	- 8 305	- 724	+ 756	- 5 842	- 3 181	- 2 464	- 1 717
kurzfristig	+ 3 357	+ 3 461	- 7 502	- 456	+ 1 061	- 5 362	- 3 177	- 2 544	- 1 637
langfristig	- 3 213	- 1 385	- 803	- 268	- 305	- 480	- 4	+ 80	- 80
Bundesbank	- 70 915	+ 243 112	+ 123 394	+ 15 111	+ 145 592	- 91 650	+ 537	+ 20 403	- 35 820
5. Währungsreserven	- 544	- 51	+ 31 892	+ 31 199	+ 250	+ 2 200	+ 1 161	+ 730	+ 83
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)</b>	<b>+ 64 756</b>	<b>+ 522 566</b>	<b>+ 530 060</b>	<b>+ 110 694</b>	<b>+ 189 772</b>	<b>+ 110 879</b>	<b>+ 19 799</b>	<b>+ 34 520</b>	<b>+ 8 841</b>
1. Direktinvestitionen	+ 63 683	+ 122 929	+ 61 833	+ 19 265	+ 5 884	+ 40 074	- 7 186	+ 4 717	+ 16 474
Beteiligungskapital	+ 23 492	+ 43 862	+ 36 972	+ 5 379	+ 9 840	+ 4 684	+ 1 760	+ 847	+ 1 150
darunter:									
Reinvestierte Gewinne <sup>1)</sup>	- 492	+ 1 880	+ 4 787	+ 3 003	+ 1 952	+ 3 284	+ 1 292	+ 642	+ 893
Direktinvestitionskredite	+ 40 192	+ 79 068	+ 24 861	+ 13 887	- 3 956	+ 35 390	- 8 946	+ 3 870	+ 15 324
2. Wertpapieranlagen	+ 65 309	+ 148 877	- 33 617	- 8 155	- 53 336	+ 21 283	+ 5 632	+ 9 137	- 17 886
Aktien <sup>2)</sup>	- 7 275	- 15 982	- 3 703	+ 420	- 7 583	- 9 199	- 932	- 4 710	- 3 716
Investmentfondsanteile <sup>3)</sup>	- 4 519	+ 1 862	- 2 760	- 1 096	- 2 847	- 2 211	- 287	- 2 562	+ 494
kurzfristige									
Schuldverschreibungen <sup>4)</sup>	+ 14 400	+ 83 707	+ 25 027	+ 9 532	- 6 073	- 5 244	- 11 975	+ 11 203	- 7 129
langfristige									
Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 62 704	+ 79 290	- 52 181	- 17 011	- 36 833	+ 37 937	+ 18 827	+ 5 206	- 7 534
3. Übriger Kapitalverkehr <sup>7)</sup>	- 64 237	+ 250 760	+ 501 843	+ 99 584	+ 237 225	+ 49 522	+ 21 353	+ 20 665	+ 10 253
Monetäre Finanzinstitute <sup>8)</sup>	- 10 214	+ 108 323	+ 159 384	- 2 854	- 114 455	+ 266 244	+ 54 648	- 19 236	+ 5 613
kurzfristig	- 20 978	+ 74 805	+ 115 401	- 19 087	- 127 741	+ 290 964	+ 56 025	- 9 742	+ 6 103
langfristig	+ 10 764	+ 33 517	+ 43 984	+ 16 233	+ 13 286	- 24 720	- 1 377	- 9 494	- 490
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	+ 43 978	+ 39 313	+ 120 200	+ 27 460	+ 89 278	- 14 909	- 4 145	+ 4 160	+ 24 310
kurzfristig	+ 11 681	+ 18 361	+ 115 536	+ 25 692	+ 80 436	- 17 519	- 5 605	+ 5 127	+ 22 465
langfristig	+ 32 297	+ 20 952	+ 4 663	+ 1 768	+ 8 842	+ 2 610	+ 1 460	- 967	+ 1 845
Staat	+ 1 620	- 7 817	- 4 537	- 140	- 246	- 641	+ 3 881	+ 1 842	- 63
kurzfristig	+ 1 424	- 7 664	- 2 186	- 156	- 661	+ 2 078	+ 3 816	+ 1 816	- 161
langfristig	+ 196	- 153	- 2 351	+ 15	+ 416	- 2 719	+ 65	+ 26	+ 98
Bundesbank	- 99 621	+ 110 941	+ 226 796	+ 75 117	+ 262 648	- 201 172	- 33 031	+ 33 899	- 19 608
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)</b>	<b>+ 186 317</b>	<b>+ 216 515</b>	<b>+ 314 750</b>	<b>+ 36 922</b>	<b>+ 86 314</b>	<b>+ 94 003</b>	<b>+ 28 963</b>	<b>+ 9 337</b>	<b>- 2 131</b>

**1** Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionskredite). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine

Laufzeitbegrenzung. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

## XII. Außenwirtschaft

### 7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank \*)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva										Auslands-passiva 3) 4)	Netto-Auslands-position 5)
	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen						
	Insgesamt	Insgesamt	Gold und Gold-forderungen	Sonder-ziehungs-rechte	Reserve-position im IWF	Bargeld, Ein-lagen und Wertpapier-anlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungs-konten innerhalb des ESZB 1)	Wertpapier-anlagen 2)			
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688	
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 278	37 670	
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065	
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904	
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891	
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308	
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923	
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118	
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641	
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454	
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932	
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003	
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217	
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490	
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921	
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727	
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318	
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462	
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651	
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898	
2021	1 592 822	261 387	173 821	14 691	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334	
2019 Dez.	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651	
2020 Jan.	1 090 725	209 432	154 867	14 785	6 110	33 671	828 120	811 435	53 173	580 866	509 859	
Febr.	1 106 033	215 748	159 889	14 857	5 989	35 014	836 782	821 562	53 503	577 011	529 022	
März	1 218 815	213 722	158 677	14 812	5 965	34 268	952 781	935 126	52 312	617 919	600 896	
April	1 214 851	226 903	170 359	14 935	6 857	34 753	934 333	918 814	53 615	616 319	598 532	
Mai	1 209 328	223 125	167 780	14 650	6 787	33 908	931 521	916 145	54 682	612 403	596 925	
Juni	1 294 167	226 135	170 728	14 603	6 955	33 849	1 012 982	995 083	55 050	618 825	675 342	
Juli	1 323 691	233 547	180 400	14 179	7 465	31 503	1 034 282	1 019 214	55 862	599 189	724 503	
Aug.	1 358 137	230 309	177 973	14 129	7 423	30 784	1 071 521	1 056 231	56 307	600 390	757 747	
Sept.	1 414 933	227 150	173 979	14 293	7 632	31 246	1 131 686	1 115 189	56 097	649 781	765 151	
Okt.	1 346 367	227 767	174 433	14 346	7 656	31 332	1 061 498	1 047 327	57 102	619 445	726 922	
Nov.	1 347 202	212 286	159 737	14 193	7 535	30 820	1 078 270	1 060 263	56 647	625 921	721 282	
Dez.	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898	
2021 Jan.	1 348 921	219 860	166 494	14 115	8 061	31 190	1 072 140	1 054 994	56 921	638 042	710 879	
Febr.	1 328 303	210 619	157 313	14 119	8 047	31 140	1 060 378	1 043 746	57 306	616 473	711 830	
März	1 364 046	209 400	155 323	14 367	7 966	31 744	1 098 486	1 081 989	56 160	647 647	716 400	
April	1 307 161	210 799	158 143	14 085	7 836	30 735	1 041 472	1 024 734	54 890	604 863	702 299	
Mai	1 370 231	221 201	168 678	14 037	7 809	30 677	1 093 721	1 076 918	55 309	621 827	748 404	
Juni	1 384 834	213 600	159 995	14 326	8 094	31 184	1 115 447	1 101 897	55 787	670 632	714 202	
Juli	1 319 694	219 775	165 984	14 345	8 104	31 343	1 042 015	1 024 970	57 903	657 905	661 789	
Aug.	1 360 722	250 742	165 757	14 091	8 174	31 720	1 053 653	1 037 259	56 327	699 773	660 949	
Sept.	1 431 909	246 908	160 943	14 606	8 267	32 092	1 130 558	1 115 126	54 443	746 128	685 781	
Okt.	1 388 160	250 340	164 602	14 719	8 449	31 570	1 083 141	1 066 604	54 678	735 595	652 564	
Nov.	1 456 861	258 815	170 460	14 375	8 405	33 575	1 142 719	1 127 545	55 327	773 217	683 644	
Dez.	1 592 822	261 387	173 821	14 691	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334	
2022 Jan.	1 479 694	261 965	173 362	14 931	8 504	33 168	1 163 561	1 149 868	54 168	807 889	671 805	
Febr.	1 491 552	273 726	184 255	14 854	8 711	33 905	1 164 098	1 149 722	53 729	774 786	716 766	
März	1 516 744	277 782	187 779	14 375	8 663	33 965	1 184 501	1 169 952	54 462	808 690	708 055	
April	1 491 558	288 953	196 274	14 617	8 799	35 263	1 148 681	1 135 400	53 923	790 221	701 337	
Mai	1 505 419	278 174	186 481	14 031	8 681	34 980	1 173 376	1 159 716	53 869	805 179	700 240	

\* Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

ung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

## XII. Außenwirtschaft

### 8. Auslandspositionen der Unternehmen \*)

Mio €

Stand zum Ende des Berichts- zeitraums	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					insgesamt	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	insgesamt	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
<b>Alle Länder</b>														
2018	933 849	234 970	698 880	466 225	232 654	217 969	14 686	1 232 594	146 575	1 086 019	879 752	206 267	135 214	71 053
2019	963 967	227 688	736 279	502 594	233 685	217 370	16 314	1 305 705	167 656	1 138 048	927 650	210 399	134 768	75 630
2020	1 021 200	248 779	772 421	544 059	228 362	211 891	16 471	1 394 364	171 998	1 222 366	1 012 503	209 863	129 098	80 766
2021	1 152 509	260 321	892 188	604 424	287 764	270 847	16 917	1 548 984	218 886	1 330 098	1 066 016	264 082	175 351	88 730
2021 Nov.	1 175 237	277 554	897 684	621 094	276 590	259 158	17 433	1 548 326	223 393	1 324 933	1 073 773	251 160	162 349	88 811
Dez.	1 152 509	260 321	892 188	604 424	287 764	270 847	16 917	1 548 984	218 886	1 330 098	1 066 016	264 082	175 351	88 730
2022 Jan.	1 182 691	270 790	911 902	621 146	290 756	273 635	17 121	1 578 209	219 558	1 358 651	1 089 067	269 583	179 085	90 498
Febr.	1 197 848	268 435	929 412	620 512	308 901	280 714	28 187	1 567 699	214 946	1 352 753	1 072 422	280 331	180 331	99 999
März	1 215 926	280 049	935 878	614 010	321 868	293 304	28 564	1 575 472	200 446	1 375 026	1 081 713	293 313	193 098	100 215
April p)	1 267 380	290 328	977 053	651 307	325 746	296 740	29 005	1 627 082	212 263	1 414 819	1 123 245	291 574	188 466	103 107
<b>EU-Länder (27 ohne GB)</b>														
2018	544 009	177 064	366 944	274 402	92 542	84 191	8 351	801 772	88 161	713 611	631 814	81 798	61 161	20 637
2019	572 324	176 847	395 476	304 605	90 871	82 120	8 752	836 863	91 122	745 740	660 385	85 355	62 692	22 664
2020	609 449	187 703	421 746	332 983	88 763	79 780	8 983	884 904	95 716	789 188	702 991	86 197	61 357	24 841
2021	660 768	198 911	461 857	350 591	111 266	102 689	8 578	978 060	153 424	824 636	713 878	110 758	84 237	26 521
2021 Nov.	683 376	217 947	465 428	355 285	110 143	100 892	9 251	968 904	141 415	827 489	719 796	107 693	81 141	26 553
Dez.	660 768	198 911	461 857	350 591	111 266	102 689	8 578	978 060	153 424	824 636	713 878	110 758	84 237	26 521
2022 Jan.	671 660	215 565	456 095	345 388	110 707	102 134	8 572	971 933	142 339	829 594	722 051	107 544	80 084	27 460
Febr.	681 358	211 676	469 682	348 920	120 762	108 053	12 709	973 954	142 276	831 677	716 073	115 604	84 901	30 703
März	699 393	215 782	483 611	355 742	127 869	115 140	12 729	981 025	136 454	844 571	725 830	118 742	88 163	30 579
April p)	728 072	231 300	496 773	365 913	130 859	118 035	12 825	997 183	136 798	860 384	740 158	120 227	88 881	31 345
<b>Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)</b>														
2018	389 841	57 905	331 935	191 823	140 112	133 777	6 335	430 822	58 415	372 408	247 939	124 469	74 053	50 416
2019	391 643	50 841	340 803	197 989	142 814	135 251	7 563	468 842	76 534	392 308	267 265	125 043	72 077	52 967
2020	411 751	61 076	350 675	211 076	139 599	132 112	7 487	509 460	76 282	433 178	309 512	123 666	67 741	55 295
2021	491 741	61 410	430 331	253 833	176 498	168 158	8 340	570 924	65 462	505 463	352 138	153 324	91 115	62 210
2021 Nov.	491 862	59 606	432 256	265 809	166 447	158 265	8 182	579 422	81 978	497 444	353 977	143 467	81 208	62 259
Dez.	491 741	61 410	430 331	253 833	176 498	168 158	8 340	570 924	65 462	505 463	352 138	153 324	91 115	62 210
2022 Jan.	511 031	55 225	455 806	275 758	180 049	171 500	8 549	606 275	77 219	529 056	367 017	162 039	99 001	63 038
Febr.	516 490	56 759	459 731	271 591	188 139	172 661	15 478	593 744	72 670	521 074	356 349	164 725	95 429	69 297
März	516 534	64 267	452 267	258 268	193 999	178 164	15 835	594 446	63 991	530 455	355 883	174 572	104 935	69 636
April p)	539 308	59 028	480 280	285 394	194 886	178 706	16 180	629 899	75 465	554 434	383 087	171 347	99 585	71 762
<b>Euroraum (19)</b>														
2018	467 428	156 887	310 542	238 963	71 579	64 295	7 283	735 094	68 959	666 136	601 205	64 931	49 138	15 792
2019	493 062	158 102	334 960	264 834	70 127	62 531	7 595	761 144	70 561	690 584	624 607	65 977	48 775	17 202
2020	522 933	166 846	356 087	287 662	68 425	60 750	7 674	799 046	74 101	724 945	658 931	66 014	47 100	18 914
2021	553 838	176 279	377 560	289 330	88 230	80 844	7 386	896 256	131 735	764 521	675 868	88 653	68 232	20 421
2021 Nov.	579 922	198 341	381 581	295 204	86 377	78 367	8 010	884 965	120 057	764 908	680 461	84 447	64 003	20 444
Dez.	553 838	176 279	377 560	289 330	88 230	80 844	7 386	896 256	131 735	764 521	675 868	88 653	68 232	20 421
2022 Jan.	575 958	197 224	378 734	291 435	87 300	79 960	7 339	891 509	121 646	769 863	685 108	84 755	63 633	21 122
Febr.	583 733	192 153	391 581	295 971	95 610	84 169	11 441	893 089	121 854	771 235	679 362	91 874	67 627	24 247
März	596 153	195 325	400 828	299 564	101 264	89 818	11 446	897 685	116 893	780 793	686 158	94 635	70 651	23 984
April p)	628 579	213 590	414 989	310 956	104 033	92 572	11 462	914 718	116 794	797 923	701 415	96 509	71 970	24 539
<b>Extra-Euroraum (19)</b>														
2018	466 421	78 083	388 338	227 262	161 076	153 673	7 403	497 500	77 617	419 883	278 548	141 336	86 075	55 260
2019	470 905	69 586	401 319	237 761	163 558	154 839	8 719	544 560	97 096	447 465	303 043	144 422	85 993	58 428
2020	498 267	81 933	416 334	256 397	159 937	151 141	8 796	595 318	97 897	497 421	353 572	143 849	81 997	61 852
2021	598 671	84 042	514 629	315 094	199 535	190 003	9 532	652 728	87 151	565 577	390 148	175 429	107 119	68 309
2021 Nov.	595 315	79 212	516 103	325 889	190 214	180 791	9 423	663 360	103 335	560 025	393 312	166 713	98 346	68 368
Dez.	598 671	84 042	514 629	315 094	199 535	190 003	9 532	652 728	87 151	565 577	390 148	175 429	107 119	68 309
2022 Jan.	606 733	73 566	533 167	329 711	203 456	193 674	9 782	686 699	97 912	588 788	403 959	184 829	115 452	69 377
Febr.	614 115	76 283	537 832	324 541	213 291	196 545	16 746	674 609	93 092	581 516	393 060	188 456	112 704	75 752
März	619 773	84 723	535 050	314 445	220 604	203 486	17 118	677 787	83 553	594 234	395 555	198 679	122 447	76 231
April p)	638 801	76 737	562 064	340 351	221 712	204 169	17 544	712 364	95 469	616 895	421 830	195 065	116 496	78 569

\* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch be-

dingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

## XII. Außenwirtschaft

### 9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen \*)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien	China	Dänemark	Japan	Kanada	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
	AUD	CNY	DKK	JPY	CAD	NOK	SEK	CHF	USD	GBP
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2021 Jan.	1,5764	7,8730	7,4387	126,31	1,5494	10,3661	10,0952	1,0794	1,2171	0,89267
Febr.	1,5605	7,8136	7,4367	127,49	1,5354	10,2791	10,0887	1,0858	1,2098	0,87268
März	1,5444	7,7465	7,4363	129,38	1,4970	10,1469	10,1692	1,1065	1,1899	0,85873
April	1,5544	7,8051	7,4367	130,49	1,4975	10,0376	10,1620	1,1031	1,1979	0,86527
Mai	1,5653	7,8109	7,4362	132,57	1,4732	10,0931	10,1471	1,0968	1,2146	0,86258
Juni	1,5761	7,7391	7,4364	132,63	1,4713	10,1444	10,1172	1,0940	1,2047	0,85872
Juli	1,5926	7,6536	7,4373	130,35	1,4806	10,3767	10,1979	1,0856	1,1822	0,85613
Aug.	1,6118	7,6237	7,4369	129,28	1,4827	10,4195	10,2157	1,0762	1,1772	0,85287
Sept.	1,6087	7,6007	7,4361	129,66	1,4910	10,1861	10,1710	1,0857	1,1770	0,85683
Okt.	1,5669	7,4500	7,4398	131,21	1,4436	9,8143	10,0557	1,0708	1,1601	0,84694
Nov.	1,5615	7,2927	7,4373	130,12	1,4339	9,9661	10,0459	1,0522	1,1414	0,84786
Dez.	1,5781	7,1993	7,4362	128,80	1,4463	10,1308	10,2726	1,0408	1,1304	0,84875
2022 Jan.	1,5770	7,1922	7,4411	130,01	1,4282	10,0070	10,3579	1,0401	1,1314	0,83503
Febr.	1,5825	7,1957	7,4408	130,66	1,4422	10,0544	10,5342	1,0461	1,1342	0,83787
März	1,4946	6,9916	7,4404	130,71	1,3950	9,7367	10,5463	1,0245	1,1019	0,83638
April	1,4663	6,9605	7,4391	136,61	1,3652	9,6191	10,3175	1,0211	1,0819	0,83655
Mai	1,4995	7,0830	7,4405	136,24	1,3588	10,1453	10,4956	1,0355	1,0579	0,84969

\* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

### 10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399	
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583	
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573	
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957	
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564	
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27	
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399	
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371	
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603	
	Portugal	Escudo	PTE	200,482	
	Spanien	Peseta	ESP	166,386	
	2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
	2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300	
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274	
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260	
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466	
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804	
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280	



XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft \*)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen der Ländergruppe				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-19 1)		EWK-42 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	26 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
							insgesamt	davon:					
						Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder						
1999	96,2	96,2	96,1	96,0	96,6	96,0	97,9	99,6	95,9	97,7	98,3	98,1	97,8
2000	87,1	86,9	86,1	85,5	88,1	86,2	92,0	97,5	85,5	91,2	93,1	92,3	91,2
2001	87,6	87,2	86,7	84,3	90,2	86,9	91,7	96,6	86,0	90,5	93,0	91,7	91,1
2002	89,8	90,2	89,8	87,9	94,5	90,5	92,4	95,7	88,5	91,1	93,5	92,2	91,9
2003	100,4	101,4	100,8	98,9	106,4	101,6	95,9	94,8	97,6	95,3	97,0	96,7	96,9
2004	104,2	105,2	103,8	102,1	110,9	105,4	96,2	93,6	100,0	95,6	98,5	98,2	98,5
2005	102,8	103,9	101,8	100,4	109,0	102,9	94,8	92,0	98,8	93,3	98,4	97,1	96,8
2006	102,8	103,9	101,2	99,2	109,1	102,3	93,5	90,4	98,2	91,6	98,6	96,7	96,1
2007	106,3	106,9	103,3	100,8	112,7	104,5	94,5	89,6	102,0	92,0	100,9	98,3	97,4
2008	110,1	109,7	105,5	104,7	117,4	106,9	94,9	88,3	105,1	91,3	102,4	98,4	97,6
2009	111,6	110,6	106,6	108,3	120,5	108,0	95,2	89,2	104,7	92,0	101,9	98,6	98,0
2010	104,4	102,9	98,5	100,7	111,9	99,0	92,5	88,7	98,2	88,1	98,8	94,3	92,6
2011	104,2	101,9	96,7	99,1	112,7	98,5	92,1	88,5	97,6	87,4	98,2	93,5	92,0
2012	98,5	96,7	91,1	93,4	107,5	93,7	90,1	88,3	92,5	84,7	95,9	90,5	89,0
2013	102,0	99,8	94,1	96,3	112,2	96,8	92,3	88,8	97,5	86,6	98,1	92,3	91,0
2014	102,3	99,1	94,0	96,5	114,5	97,1	92,9	89,6	97,7	87,4	98,2	92,5	91,6
2015	92,5	89,5	85,5	85,9	106,1	88,6	89,8	90,3	88,9	83,6	94,4	87,8	87,0
2016	95,2	91,4	87,8	p) 87,2	110,1	90,6	90,7	90,8	90,4	84,9	95,0	88,8	88,2
2017	97,4	93,4	88,9	p) 87,9	112,4	91,8	91,9	90,9	93,3	85,7	96,3	89,9	89,0
2018	99,9	95,5	90,4	p) 89,5	117,3	95,0	93,2	91,0	96,4	86,7	97,7	91,2	90,9
2019	98,1	93,1	88,7	p) 87,0	115,4	92,4	92,2	91,2	93,5	85,8	96,4	89,9	89,5
2020	99,6	93,5	p) 89,3	p) 87,6	119,4	93,9	92,1	91,2	93,3	86,2	96,4	90,1	90,3
2021	99,6	93,4	p) 88,5	p) 85,7	120,8	94,2	93,3	91,8	95,4	86,6	97,4	90,7	91,1
2019 Dez.	97,3	92,0			114,6	91,1				95,9	89,5	88,9	
2020 Jan.	96,9	91,3			114,1	90,4				95,9	89,1	88,4	
Febr.	96,2	90,5	88,0	p) 86,9	113,5	89,7	91,7	91,3	92,0	85,4	95,5	88,7	88,1
März	98,8	92,9			117,8	93,0					96,3	90,0	90,0
April	98,1	92,4			117,5	92,9					96,1	90,0	90,3
Mai	98,3	92,5	88,6	p) 87,4	117,5	92,8	91,2	91,1	91,2	85,8	96,3	90,2	90,3
Juni	99,7	93,8			119,1	94,0					97,0	90,8	90,9
Juli	100,4	94,5			120,3	94,8					96,0	90,0	90,3
Aug.	101,5	94,9	90,3	p) 88,3	122,4	95,9	92,6	91,3	94,5	86,9	97,0	90,7	91,3
Sept.	101,5	94,9			122,4	95,8					96,8	90,6	91,2
Okt.	101,3	94,8			122,4	95,7					96,7	90,5	91,1
Nov.	100,6	94,3	90,4	p) 87,8	121,6	95,2	93,0	91,2	95,4	86,8	96,5	90,1	90,6
Dez.	101,8	95,3			122,9	96,0					97,0	90,6	91,0
2021 Jan.	101,3	95,3			122,4	96,0					98,0	91,4	91,8
Febr.	100,6	94,5	89,9	p) 87,9	121,5	95,1	93,2	91,6	95,6	86,8	98,0	91,2	91,6
März	100,3	94,1			121,2	94,8					97,7	91,1	91,5
April	100,6	94,2			121,9	95,1					97,8	91,2	91,6
Mai	100,8	94,2	89,1	p) 86,0	122,3	95,2	93,0	91,1	95,6	86,3	98,0	91,3	91,8
Juni	100,2	93,7			121,5	94,5					97,9	91,1	91,5
Juli	99,7	93,5			120,8	94,3					97,6	91,0	91,3
Aug.	99,3	93,2	p) 88,6	p) 85,2	120,4	93,9	93,8	92,2	95,9	87,0	97,3	90,7	91,0
Sept.	99,4	93,3			120,4	93,8					97,4	90,7	90,9
Okt.	98,4	92,4			119,5	93,1					96,6	90,0	90,3
Nov.	97,6	91,7	p) 86,4	p) 83,8	118,8	92,6	93,3	92,4	94,6	86,4	96,2	89,5	89,9
Dez.	97,1	91,2			119,0	92,5					95,8	89,0	89,6
2022 Jan.	96,6	91,2			118,6	p) 92,3					p) 96,0	p) 89,0	p) 89,5
Febr.	96,9	91,6	...	...	118,9	p) 92,7	p) 92,3	p) 91,6	93,2	p) 85,1	p) 96,1	p) 89,1	p) 89,6
März	95,9	91,3			118,4	p) 92,8					p) 96,3	p) 89,5	p) 90,2
April	95,2	p) 89,9			116,4	p) 90,4					p) 96,1	p) 89,0	p) 89,1
Mai	95,6	p) 90,0	...	...	116,2	p) 89,9	...	...	...	...	p) 96,7	p) 89,8	p) 89,6

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (<https://www.bundesbank.de/content/774128>). 1 Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Umfasst die Ländergruppe EWK-19 zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, In-

dien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB setzt die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres aus. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikativkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. 4 Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. 5 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-19. 6 Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-42.



# Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die gedruckten Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über das Bestellportal der Bundesbank zu beziehen. Aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken stehen im Internet bereit. Darüber hinaus sind mit den neuen Statistischen Fachreihen Daten in einer neuen Grundstruktur und mit erweiterten Nutzungsoptionen auf der Internetseite der Bundesbank verfügbar.

## ■ Geschäftsbericht

## ■ Finanzstabilitätsbericht

## ■ Monatsbericht

Ein Verzeichnis der Aufsätze, die in der Zeit von 2010 bis 2021 veröffentlicht wurden, steht auf der Internetseite der Bundesbank zur Verfügung.

### Aufsätze im Monatsbericht

#### August 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2021

#### September 2021

- Die geldpolitische Strategie des Eurosystems
- Der Einfluss der Geldpolitik des Eurosystems auf Bitcoin und andere Krypto-Token
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2020

#### Oktober 2021

- Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemieeinflüsse, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt
- Die Weltwirtschaft während der Coronavirus-Pandemie
- Wie stehen private Haushalte in Deutschland zum digitalen Euro? Erste Ergebnisse aus Umfragen und Interviews
- Die Regulierung der Vergütung in Kreditinstituten

#### November 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2021

#### Dezember 2021

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2020

#### Januar 2022

- Veränderungen im besicherten Geldmarkt
- Klimawandel und Klimapolitik: Analysebedarf und -optionen aus Notenbanksicht
- Szenariobasierte Bewertungseffekte am Aktienmarkt durch Treibhausgasemissionen

### Februar 2022

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2021/22

### März 2022

- Geldpolitik in einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase – Eine Diskussion des Konzeptes der Reversal Rate
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2021

### April 2022

- Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario
- Zur Entwicklung der Verschuldungslage im nichtfinanziellen Privatsektor des Euroraums seit Ausbruch der Corona-Pandemie
- Die Schuldenbremse des Bundes: Möglichkeiten einer stabilitätsorientierten Weiterentwicklung
- Nachfrage nach Euro-Banknoten bei der Bundesbank: aktuelle Entwicklungen

### Mai 2022

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2022

### Juni 2022

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024
- Rentenversicherung: Langfristszenarien und Reformoptionen
- Zur kalten Progression im Einkommensteuertarif
- Öffentliche Finanzen im Euroraum: aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen
- Unternehmensbefragungen der Deutschen Bundesbank – Anwendungen zur Bewertung der finanziellen Lage im Unternehmenssektor

## ■ Statistische Fachreihen\*)

### Außenwirtschaft

- Auslandsvermögen und -verschuldung, monatlich
- Direktinvestitionsstatistiken, April
- Zahlungsbilanzstatistik, monatlich

### Banken

- Bankenstatistiken, monatlich
- Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken, September

### Geld- und Kapitalmärkte

- Emissionsstatistiken, monatlich
- Investmentfondsstatistik, monatlich
- Kapitalmarktkennzahlen, monatlich

### Gesamtwirtschaftliche Rechenwerke

- Finanzierungsrechnung, Juni

### Konjunktur und Preise

- Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatlich

### Unternehmensabschlüsse

- Jahresabschlussstatistik (Hochgerechnete Angaben), Dezember
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen), Mai
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen – vorläufig), Mai
- Konzernabschlussstatistik, Juni/Dezember

### Wechselkurse

- Wechselkursstatistik, monatlich

## ■ Statistische Sonderveröffentlichungen

1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2022<sup>2)</sup>

2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2022<sup>2)</sup>

- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen,  
 Juli 2013<sup>1)2)</sup> 09/2022  
 Existence and uniqueness of solutions to dynamic models with occasionally binding constraints
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für  
 die Zahlungsbilanz, September 2013 10/2022  
 Optimal timing of policy interventions in troubled banks

## ■ Sonderveröffentlichungen

- Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell,  
 November 1996<sup>1)</sup> 11/2022  
 Wealth and subjective well-being in Germany
- Europäische Organisationen und Gremien im  
 Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai  
 1997<sup>1)</sup> 12/2022  
 Inflation expectations and climate concern
- Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975  
 bis 1989, August 1999<sup>1)</sup> 13/2022  
 Addressing COVID-19 outliers in BVARs with stochastic volatility
- Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere,  
 Mai 2000 14/2022  
 Interest rate shocks, competition and bank liquidity creation
- Macro-Econometric Multi-Country Model:  
 MEMMOD, Juni 2000 15/2022  
 Financial crises and shadow banks: A quantitative analysis
- Gesetz über die Deutsche Bundesbank,  
 September 2002 16/2022  
 What moves markets?
- Die Europäische Union: Grundlagen und Politik-  
 bereiche außerhalb der Wirtschafts- und Wäh-  
 rungunion, April 2005<sup>1)</sup> 17/2022  
 Would households understand average inflation targeting?
- Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder,  
 rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006<sup>1)</sup> 18/2022  
 Time inconsistency and overdraft use: Evidence from transaction data and behavioral measurement experiments
- Die Europäische Wirtschafts- und Währungs-  
 union, April 2008 19/2022  
 The impact of German public support transfers on firm finance – Evidence from the Covid-19 crisis
- Weltweite Organisationen und Gremien im  
 Bereich von Währung und Wirtschaft, März  
 2013<sup>1)</sup>

## ■ Diskussionspapiere<sup>o)</sup>

- 08/2022  
 Cybersecurity and financial stability

20/2022

Foreign exchange interventions and their impact on expectations: Evidence from the USD/ILS options market

21/2022

Monetary policy and endogenous financial crises

22/2022

The augmented bank balance-sheet channel of monetary policy

23/2022

Pulling ourselves up by our bootstraps: the greenhouse gas value of products, enterprises and industries

24/2022

CDS market structure and bond spreads

## ■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008<sup>1)</sup>
- 2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008<sup>2)</sup>

---

\* Die Statistischen Fachreihen ersetzen die Statistischen Beihefte sowie teilweise die Statistischen Sonderveröffentlichungen und werden ausschließlich auf der Internetseite der Bundesbank in der Rubrik Publikationen/Statistiken angeboten.

○ Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

**1** Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

**2** Nur im Internet verfügbar.